



Job Nr.: 2015-0532
Prospekt gebilligt

08. Feb. 2016



FINANZMARKTAUFSICHT
Abt. III/4, Kapitalmarktprospekte
1090 Wien, Otto-Wagner-Platz 5

RAIFFEISENVERBAND SALZBURG eGen Angebotsprogramm für Schuldverschreibungen und Zertifikate

Gemäß den Bedingungen des in diesem Prospekt (einschließlich etwaiger Nachträge und Dokumente oder Teile von Dokumenten, die in Form eines Verweises einbezogen sind, der "Prospekt") beschriebenen Angebotsprogramms für Schuldverschreibungen und Zertifikate (das "Programm") kann die RAIFFEISENVERBAND SALZBURG eGen (die "Bank" oder die "Emittentin" oder der "RVS") (i) nicht-nachrangige Schuldverschreibungen; (ii) nachrangige Schuldverschreibungen, die Instrumente des Ergänzungskapitals (Tier 2) gemäß Artikel 63 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (*Capital Requirements Regulation* – "CRR") darstellen; und (iii) fundierte Schuldverschreibungen emittieren, und zwar festverzinsliche Schuldverschreibungen, variabel verzinsliche Schuldverschreibungen, Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung, Schuldverschreibungen mit strukturierter Verzinsung und Nullkupon-Schuldverschreibungen, wobei jede dieser Schuldverschreibungen auch als Aktienanleihe ausgestaltet sein kann (zusammen die "Schuldverschreibungen") und nicht-nachrangige Zertifikate, die sich auf einen oder mehrere Basiswerte beziehen (die "Zertifikate", und gemeinsam mit den Schuldverschreibungen die "Wertpapiere" und die Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung und die Zertifikate zusammen die "derivativen Wertpapiere").

Jede Emission von Wertpapieren erfolgt zu den im Abschnitt "Emissionsbedingungen" auf den Seiten 169 ff beschriebenen und für die jeweiligen Wertpapiere relevanten Bedingungen, die für die verschiedenen unter diesem Programm begebenen Kategorien von Wertpapieren in unterschiedlichen Optionen iSv Artikel 22 Nr 4 lit c der Verordnung (EG) Nr. 809/2004 der Kommission vom 29.4.2004 (die "Prospektverordnung") ausgestaltet sind und im Hinblick auf die Schuldverschreibungen auch eine Zusatzoption enthalten können (die "Muster-Emissionsbedingungen"), zusammen mit den in den maßgeblichen endgültigen Bedingungen (die "Endgültigen Bedingungen") festgelegten zusätzlichen Bedingungen (zusammen die "Emissionsbedingungen"). Die Endgültigen Bedingungen, welche ein Dokument gemäß Artikel 26 Nr 5 der Prospektverordnung darstellen, sind auf den Seiten 288 ff und 341 ff dieses Prospekts als Muster abgedruckt und enthalten bestimmte Angaben in Bezug auf die betreffende Emission von Wertpapieren, einschließlich der genauen Bezeichnung, des Gesamtnennbetrages oder der Gesamtzahl und Art, des Emissionspreises, der Basiswerte auf welche die Wertpapiere allenfalls Bezug nehmen, die Verzinsung und bestimmte sonstige Bestimmungen im Zusammenhang mit der Ausstattung, dem Angebot und dem Verkauf der Schuldverschreibungen. Die für eine Emission von Wertpapieren geltenden Endgültigen Bedingungen werden der die Wertpapiere verbriefende Sammelurkunde (wie nachfolgend definiert) beigelegt oder darauf vermerkt. Die Endgültigen Bedingungen ergänzen gegebenenfalls die Muster-Emissionsbedingungen. Dieser Prospekt wurde nach Maßgabe der Anhänge V, XI, XII, XXII und XXX der Prospektverordnung erstellt und von der österreichischen Finanzmarktaufsichtsbehörde (die "FMA") in ihrer Funktion als zuständige Behörde gemäß dem österreichischem Kapitalmarktgesetz, BGBl. 625/1991 idgF (das "KMG"), das die Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und des Rates betreffend die in Prospekten enthaltenen Angaben sowie die Aufmachung, die Aufnahme von Angaben in Form eines Verweises und die Veröffentlichung solcher Prospekts sowie die Verbreitung von Werbung in der geltenden Fassung (die "Prospektrichtlinie") umsetzt, gebilligt und auf der Website der Emittentin, www.rvs.at, derzeit erreichbar unter www.rvs.at/eigenemissionen veröffentlicht.

Die inhaltliche Richtigkeit der in diesem Prospekt gemachten Angaben ist nicht Gegenstand der Prüfung dieses Prospektes durch die FMA im Rahmen der diesbezüglichen gesetzlichen Vorgaben. Die FMA prüft diesen Prospekt ausschließlich auf Vollständigkeit, Kohärenz und Verständlichkeit gemäß § 8a Abs. 1 KMG.

Die Bank hat die FMA ersucht, der zuständige Behörde in der Bundesrepublik Deutschland eine Bescheinigung über die Billigung des Prospekts zu übermitteln, aus der hervorgeht, dass dieser Prospekt gemäß dem KMG erstellt wurde (die "Notifizierung"). Die Bank kann die FMA jederzeit ersuchen, weiteren zuständigen Behörden von Staaten des Europäischen Wirtschaftsraums (der "EWR") Notifizierungen zu übermitteln. Öffentliche Angebote der Wertpapiere können in Österreich und Deutschland und jedem anderen Land erfolgen, in welches dieser Prospekt gültig notifiziert wurde.

Die Zulassung von Wertpapieren zum Handel in einem geregelten Markt ist nicht vorgesehen. Die Einbeziehung von Wertpapieren in den Handel an dem von der Wiener Börse als Multilaterales Handelssystem geführten Dritten Markt (der "Dritte Markt") kann beantragt werden. Unter dem Programm können auch Wertpapiere begeben werden, die nicht in ein multilaterales Handelssystem einbezogen werden. In den Endgültigen Bedingungen wird angegeben, ob Einbeziehung in den Dritten Markt erfolgen soll oder nicht. Jede Serie von Wertpapieren wird in einer auf Inhaber lautenden Dauerglobalurkunde verbrieft (eine "Sammelurkunde"), die nach Maßgabe der Endgültigen Bedingungen entweder bei der Bank oder von einem oder von oder namens der Wertpapiersammelbank der OeKB CSD GmbH ("OeKB CSD") mit der Geschäftsanschrift 1010 Wien, Strauchgasse 1-3 verwahrt wird, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Bank aus den Wertpapieren erfüllt sind. Ein Anspruch auf Einzelverbriefung oder Ausfolgung effektiver Stücke einzelner Wertpapiere oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.

Interessierte Anleger sollten sich vergewissern, dass sie die Struktur der jeweiligen Wertpapiere und das mit ihnen verbundene Risiko verstehen, und ferner die Eignung der betreffenden Wertpapiere als Anlageinstrument angesichts ihrer persönlichen Umstände und finanziellen Situation abwägen. Wertpapiere können in einem hohen Maß mit Risiken behaftet sein, einschließlich des Risikos des Totalverlustes des eingesetzten Kapitals. Interessierte Anleger sollten daher bereit sein, einen Totalverlust des Kaufpreises ihrer Wertpapiere hinzunehmen. Weitere Informationen zu Risiken enthält der Abschnitt "Risikofaktoren" auf den Seiten 42 ff.

Dieser Prospekt stellt einen Basisprospekt im Sinne des Artikels 5 Nr 4 der Prospektrichtlinie dar.

Das Datum dieses Prospektes ist 8. Februar 2016.

INHALTSVERZEICHNIS

ZUSAMMENFASSUNG DES PROSPEKTS	3
RISIKOFAKTOREN	42
1. Allgemein	42
2. Risikofaktoren in Bezug auf die Geschäftstätigkeit der Emittentin.....	43
3. Risiken in Bezug auf die Wertpapiere.....	68
4. Zusätzliche Risiken derivativer Wertpapiere	90
5. Risiken in Zusammenhang mit bestimmten Produkten und Produktmerkmalen.....	91
ALLGEMEINE HINWEISE UND VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN	94
ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS	99
ANGABEN ZUR BANK	104
1. Verantwortliche Personen.....	104
2. Abschlussprüfer	104
3. RISIKOFAKTOREN	104
4. Angaben über die Bank.....	105
5. Geschäftsüberblick	106
6. Organisationsstruktur.....	107
7. Trend Informationen	110
8. Gewinnprognosen oder -schätzungen.....	110
9. Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane	110
10. Hauptgenossenschafter	117
11. Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank	117
12. Wesentliche Verträge	119
13. Angaben von Seiten Dritter, Erklärungen von Seiten Sachverständiger und Interessenerklärungen	122
14. Einsehbare Dokumente	122
WERTPAPIERBESCHREIBUNG	123
1. Haftende Personen.....	123
2. Risikofaktoren.....	123
3. Zentrale Angaben.....	123
4. Angaben über die anzubietenden bzw zum Handel zuzulassenden Wertpapiere.....	124
5. Konditionen des Angebots	161

6. Zulassung zum Handel und Handelsregeln	164
7. Zusätzliche Angaben	165
LISTE DER ANGABEN, DIE IN FORM EINES VERWEISES IN DIESEN PROSPEKT ÜBERNOMMEN WURDEN	168
EMISSIONSBEDINGUNGEN	169
Option 1 - Muster-Emissionsbedingungen für festverzinsliche Schuldverschreibungen.....	171
Option 2 - Muster-Emissionsbedingungen für variabel verzinsliche Schuldverschreibungen.....	186
Option 3 - Muster-Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung.....	204
Option 4 - Muster-Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit strukturierter Verzinsung.....	248
Option 5 - Muster-Emissionsbedingungen für Nullkupon- Schuldverschreibungen.....	271
Zusatzoption A - Zusätzliche Muster-Emissionsbedingungen für Aktienanleihen (zusätzlich zu den maßgeblichen Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen anwendbar)	284
Muster der Endgültigen Bedingungen der Schuldverschreibungen (einschließlich Aktienanleihen)	288
Option 6 - Muster-Emissionsbedingungen für Zertifikate	307
Muster der Endgültigen Bedingungen der Zertifikate	341
UNTERFERTIGUNG DES PROSPEKTS	353

ZUSAMMENFASSUNG DES PROSPEKTS

Diese Zusammenfassung besteht aus Elementen, die verschiedene Informations- und Veröffentlichungspflichten enthalten. Diese Elemente sind in die Abschnitte A bis E gegliedert (A.1 bis E.7). Diese Zusammenfassung enthält alle Elemente, die für Wertpapiere und Emittenten dieser Art vorgeschrieben sind. Da manche Elemente nicht erforderlich sind, können Lücken in der Nummerierung der Elemente auftreten. Auch wenn ein Element aufgrund der Art der Wertpapiere und der Emittentin für die Zusammenfassung vorgeschrieben ist, kann es sein, dass dazu keine passende Information gegeben werden kann. In diesem Fall ist in der Zusammenfassung eine kurze Beschreibung des Elements mit dem Hinweis "entfällt" enthalten.

A. Einleitung und Warnhinweise

A.1 Warnhinweise Diese Zusammenfassung sollte als Prospekt einleitung verstanden werden.

Ein Anleger sollte sich bei jeder Entscheidung, in die unter diesem Prospekt emittierten Wertpapiere zu investieren, auf diesen Prospekt als Ganzes stützen.

Ein Anleger, der wegen der in diesem Prospekt enthaltenen Angaben Klage einreichen will, muss nach den nationalen Rechtsvorschriften seines Mitgliedstaats möglicherweise für die Übersetzung des Prospekts aufkommen, bevor das Verfahren eingeleitet werden kann.

Zivilrechtlich sind nur diejenigen Personen haftbar, die die Zusammenfassung samt etwaiger Übersetzungen vorgelegt und übermittelt haben, und dies auch nur für den Fall, dass die Zusammenfassung verglichen mit den anderen Teilen des Prospekts irreführend, unrichtig oder inkohärent ist oder verglichen mit den anderen Teilen dieses Prospekts wesentliche Angaben (Schlüsselinformationen), die in Bezug auf Anlagen in die Wertpapiere für die Anleger eine Entscheidungshilfe darstellen, vermissen lassen.

A.2 Zustimmung der Emittentin zur Verwendung des Prospektes Die Raiffeisenverband Salzburg eGen (die "**Emittentin**" oder die "**Bank**" oder der "**RVS**") erteilt allen Kreditinstituten als Finanzintermediären, die im Sinne der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (*Capital*

Requirements Directive IV - "**CRD IV**") in der Europäischen Union zugelassen sind ("**Finanzintermediäre**"), ihre ausdrückliche Zustimmung, diesen Prospekt samt allen durch Verweis einbezogenen Dokumenten und allfälligen Nachträgen (der "**Prospekt**"), für den Vertrieb von Wertpapieren in Deutschland und Österreich während der Angebotsperiode vom [●] bis [●], zu verwenden, vorausgesetzt jedoch, dass der Prospekt noch gültig ist.

Die Emittentin erklärt, dass sie die Haftung für den Inhalt des Prospekts auch hinsichtlich einer späteren Weiterveräußerung oder endgültigen Platzierung der unter dem Prospekt begebenen Wertpapiere (die "**Wertpapiere**") durch die Finanzintermediäre übernimmt. Für Handlungen oder Unterlassungen der Finanzintermediäre übernimmt die Emittentin keine Haftung. Finanzintermediäre dürfen den Prospekt nur im Einklang mit den nachfolgenden Bestimmungen und unter der Bedingung verwenden, dass sie auf ihrer Internetseite angeben, den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin zu verwenden.

Die Zustimmung entbindet ausdrücklich nicht von der Einhaltung der für das jeweilige Angebot von Wertpapieren geltenden Verkaufsbeschränkungen und sämtlicher jeweils anwendbarer Vorschriften. Kein Finanzintermediär wird von der Einhaltung der auf ihn anwendbaren gesetzlichen Vorschriften entbunden.

Hinweis für Anleger: Finanzintermediäre haben Anleger zum Zeitpunkt der Angebotsvorlage über die Bedingungen eines Angebots von Wertpapieren zu unterrichten.

B. Die Emittentin

- | | | |
|-------------|--|--|
| B.1 | Gesetzliche und kommerzielle Bezeichnung | Die gesetzliche Bezeichnung der Emittentin lautet "Raiffeisenverband Salzburg eGen". Die Emittentin verwendet auch den kommerziellen Namen "RVS". |
| B.2 | Sitz/Rechtsform/Recht/Gründungsland | Die Emittentin wurde in Österreich gegründet, hat ihren Sitz in Salzburg und weist die Rechtsform einer registrierten Genossenschaft mit beschränkter Haftung nach österreichischem Recht auf. |
| B.4b | Bekannt Trends | Bekannt Trends welche die Emittentin und die Branche, in der sie aktiv ist, beeinflussen, sind das generelle makroökonomische Umfeld mit abnehmenden Wachstumsraten und die weiterhin |

angespannte Lage an den Finanz- und Kapitalmärkten, die in der Vergangenheit und möglicherweise auch in der Zukunft negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und -ergebnisse, insbesondere auch auf die Kapitalkosten der Emittentin haben können. Zudem können aufsichtsrechtliche Änderungen oder Initiativen zur Durchsetzung aufsichtsrechtlicher Bestimmungen die Emittentin negativ beeinträchtigen. Neue gesetzliche oder aufsichtsrechtliche Erfordernisse und eine Änderung des als angemessen angenommenen Niveaus für Eigenmittel, Liquidität und Verschuldungsquote können zu höheren Anforderungen an und Standards für Eigenmittel und Liquidität führen.

B.5 Gruppe

Die Gruppe des RVS (der RVS gemeinsam mit seinen vollkonsolidierten Tochterunternehmen, die "**RVS-Gruppe**" oder die "**Gruppe**") umfasst als Mutterunternehmen die Raiffeisenverband Salzburg eGen, sowie 19 Tochterunternehmen, davon 18 Finanzinstitute gemäß Art. 4 (1) Z 26 CRR, sowie einen Anbieter von Nebendienstleistungen gemäß Art. 4 (1) Z 18 CRR. Diese Unternehmen werden nach der Methode der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss der RVS einbezogen.

B.9 Gewinnprognosen oder -schätzungen

Entfällt; die Emittentin gibt keine Gewinnprognosen oder -schätzungen ab.

B.10 Beschränkungen im Bestätigungsvermerk

Entfällt; es liegen keine Beschränkungen im Bestätigungsvermerk zu den historischen Finanzinformationen der Emittentin vor.

B.12 Ausgewählte
wesentliche
historische
Finanzinformationen

	in tausend €	31.12.2014	31.12.2013
Gesamtvermögen (Summe Aktiva)		6.191.019	6.714.780
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		2.290.666	2.423.226
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		2.149.490	2.482.481
Verbriefte Verbindlichkeiten*)		1.070.761	1.142.422
Gezeichnetes Kapital		54.396	54.221
Nettozinsertrag		55.537	58.811
Provisionserträge		42.101	48.405
Betriebsergebnis		50.726	57.598

Quelle: Geschäftsbericht 2014 des RVS, Seiten 55 – 59

*) Der Wert zum 31.12.2013 wurde auf Basis der damals gültigen Rechtslage nach Basel II dargestellt und ist nicht mit dem Wert zum 31.12.2014 vergleichbar.

	in tausend €	30.9.2015	30.9.2014
Gesamtvermögen (Summe Aktiva)		6.166.488	6.174.017
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		2.131.220	2.238.713
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		2.363.792	2.133.292
Verbriefte Verbindlichkeiten		1.020.288	1.137.420
Gezeichnetes Kapital		54.396	54.398
Nettozinsertrag		41.562	42.120
Betriebserträge		134.232	145.008
Betriebsergebnis		25.240	37.322

Quelle: Sonderbericht gemäß § 88 (2) BörseG – Verkürzte Bilanz & GuV per 30.9.2014 und 30.9.2015 RVS Konzern (Diese Zwischenfinanzinformation

wurde keiner Prüfung unterzogen.)

Erklärung zu den Aussichten der Emittentin	Seit dem 31.12.2014, dem Datum des letzten geprüften Jahresabschlusses, gab es vorbehaltlich der Entwicklungen in Bezug auf die RBI keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin.
Beschreibung wesentlicher Veränderungen bei Finanzlage oder den Handelsposition der Emittentin	Entfällt; es gab keine wesentlichen Veränderungen der Finanzlage oder der Handelsposition der Emittentin, die nach dem von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraum, das heißt nach dem 30.9.2015, eingetreten sind.
B.13 Ereignisse, die für die Bewertung der Zahlungsfähigkeit der Emittentin in hohem Maße relevant sind	<p>Die RBI führte im Februar 2014 eine Kapitalerhöhung in Höhe von EUR 2,78 Milliarden durch. Durch die Kapitalerhöhung reduzierte sich die Beteiligung der RZB an der RBI von 78,5% auf 60,7% (indirekte RBI-Beteiligung des RVS somit etwa 3,4%). Aufgrund der Entwicklungen in der Ukraine, Russland und Ungarn wies die RBI für 2014 ein negatives Bilanzergebnis in Höhe von EUR 493 Mio aus. Die RBI schüttete für das Geschäftsjahr 2014 keine Dividende an die Aktionäre (ua RZB) aus. Gemäß dem Zwischenbericht der RBI über das 3. Quartal 2015 wird für das Geschäftsjahr 2015 ein leicht positives Konzernergebnis erwartet, weil ein Großteil der Kosten der Restrukturierung der RBI erst nach dem 31.12.2015 anfallen werden. Daher werden auch keine Dividenden für das Geschäftsjahr 2015 ausgeschüttet.</p> <p>Am 31.10.2014 erhielt die RZB stellvertretend für alle am B-IPS teilnehmenden Mitglieder den erforderlichen Bescheid für das B-IPS.</p>
B.14 Gruppe und Abhängigkeit in der Gruppe	<p><i>Bitte lesen Sie Punkt B.5 gemeinsam mit den nachstehenden Informationen.</i></p> <p>Entfällt; die Emittentin ist von anderen Einheiten innerhalb der Gruppe nicht abhängig.</p>
B.15 Haupttätigkeiten	Der Raiffeisenverband Salzburg eGen ist eine Regionalbank und als Universalbank tätig. Die Emittentin ist zur Ausübung aller Bankgeschäfte berechtigt, mit Ausnahme solcher Bankgeschäfte, für

die aufgrund gesonderter gesetzlicher Vorschriften eine eigene Bewilligung erforderlich ist. Die Emittentin konzentriert sich bei ihren Aktivitäten in erster Linie auf ihren selbstdefinierten Heimatmarkt Österreich und Süddeutschland.

B.16 Beteiligungen oder Beherrschungsverhältnisse

Die Genossenschaftsanteile des RVS werden großteils von den 65 selbständigen Raiffeisenbanken des Bundeslandes Salzburg gehalten (diese bilden zusammen mit dem RVS, die "**Raiffeisenbankengruppe Salzburg**").

Der RVS ist als Zentralinstitut für die Raiffeisenbankengruppe Salzburg tätig und fungiert für seine Mitglieder auch als Interessensvertretung und gesetzlicher Revisionsverband.

B.17 Ratings

Moody's Deutschland GmbH hat dem RVS ein Emittentenrating von Baa1 (Ausblick negativ) erteilt.

C. Die Wertpapiere

C.1 Art und Gattung, Wertpapierkennung

Die Emittentin kann unter dem Programm "**festverzinsliche Schuldverschreibungen**" gemäß Option 1 der Muster-Emissionsbedingungen, "**variabel verzinsliche Schuldverschreibungen**" gemäß Option 2 der Muster-Emissionsbedingungen, "**Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung**" gemäß Option 3 der Muster-Emissionsbedingungen, "**Schuldverschreibungen mit strukturierter Verzinsung**" gemäß Option 4 der Muster-Emissionsbedingungen und "**Nullkupon-Schuldverschreibungen**" gemäß Option 5 der Muster-Emissionsbedingungen (zusammen, die "**Schuldverschreibungen**"), wobei jede dieser Schuldverschreibungen auch als "Aktienanleihe" gemäß Zusatzoption A der Muster-Emissionsbedingungen ausgestaltet sein kann und Zertifikate gemäß Option 6 der Muster-Emissionsbedingungen, die sich auf einen oder mehrere Basiswerte beziehen (die "**Zertifikate**", und zusammen mit den Schuldverschreibungen die "**Wertpapiere**" und die Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung und die Zertifikate die "**derivativen Wertpapiere**").

[Bei den Wertpapieren der gegenständlichen Emission handelt es sich um [festverzinsliche] [variabel verzinsliche] [Schuldverschreibungen] [mit basiswertabhängiger Verzinsung] [mit strukturierter Verzinsung] [Nullkupon-Schuldverschreibungen] [die als Aktienanleihe ausgestaltet sind] [Zertifikate].]

[Die International Securities Identification Number ("ISIN") der Wertpapiere lautet [●].]

[Der Common Code der Wertpapiere lautet [●].]

[Die Wertpapierkennnummer ("WKN") der Wertpapiere lautet [●].]

C.2	Währung	Die Wertpapiere lauten auf [●].
C.5	Beschränkungen für die freie Übertragbarkeit	Entfällt; die Emissionsbedingungen enthalten keine Beschränkungen der freien Übertragbarkeit der Wertpapiere.
C.8	Mit den Wertpapieren verbundene Rechte	<p>Die Rechte der Inhaber von Wertpapieren (die "Anleihegläubiger") umfassen insbesondere:</p> <ul style="list-style-type: none">▪ [das Recht, Zinszahlungen zu erhalten [, wobei diese von [einem Basiswert] [einem Korb von Basiswerten] abhängen].]▪ [das Recht, [Tilgungszahlungen] [Teiltilgungszahlungen] zu erhalten [, wobei diese von [einem Basiswert] [einem Korb von Basiswerten] abhängt].]▪ [das Recht, die Wertpapiere zu kündigen und eine vorzeitige Rückzahlung der Wertpapiere zu verlangen.]
	Rangordnung	<p>[Die Wertpapiere stellen unbesicherte Verbindlichkeiten der Bank dar.]</p> <p>[Die Schuldverschreibungen stellen Instrumente des Ergänzungskapitals (<i>Tier 2</i>) gemäß Artikel 63 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26 Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (<i>Capital Requirements Regulation</i> – "CRR") dar und unterliegen jeweils den dortigen Bestimmungen und Beschränkungen.</p>

Die Verpflichtungen aus den Schuldverschreibungen begründen direkte, unbesicherte und nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind. Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin sind die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin gemäß den Schuldverschreibungen nachrangig gegenüber nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, gleichrangig mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, die nicht aufgrund ihrer Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind, sowie vorrangig gegenüber den Ansprüchen von Aktionären, Eigentümern von Instrumenten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1*) gemäß Artikel 28 der CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1*) gemäß Artikel 52 der CRR der Emittentin. Kein Anleihegläubiger ist berechtigt, mit Rückerstattungsansprüchen aus den Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin aufzurechnen.]

[Im Fall von fundierten Schuldverschreibungen einfügen:

Die Wertpapiere begründen nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen nicht-nachrangigen, fundierten Schuldverschreibungen der Emittentin gleichrangig sind.

Die Schuldverschreibungen werden gemäß dem Gesetz betreffend fundierte Bankschuldverschreibungen (BGBl I 2005/32 idgF, "FBSchVG") durch die gesonderten Deckungswerte des Deckungsstocks für hypothekarisch fundierte Bankschuldverschreibungen (der "**Deckungsstock**") besichert, welche zur vorzugsweisen Deckung aller durch diesen Deckungsstock besicherten fundierten Bankschuldverschreibungen der Emittentin bestimmt sind (hauptsächlich Werte gemäß § 1 Abs 5 Z 1 und 2 FBSchVG). Die Deckungswerte für Schuldverschreibungen werden im Deckungsregister eingetragen, welches von der Emittentin gemäß dem FBSchVG geführt wird.]

Beschränkungen

Die Beschränkungen der mit den Wertpapieren

dieser Rechte

verbundenen Rechte umfassen insbesondere:

- Ansprüche gegen die Bank auf Zahlungen hinsichtlich der Wertpapiere verjähren, sofern sie nicht innerhalb von zehn Jahren bzw der jeweils in den Emissionsbedingungen angegeben davon abweichenden Frist (im Falle des Kapitals) oder innerhalb von drei Jahren bzw der jeweils in den Emissionsbedingungen angegeben davon abweichenden Frist (im Falle von Zinsen) ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden.
- Die Wertpapiere sehen keine ausdrücklichen Verzugsfälle vor.
- Die Wertpapiere unterliegen keiner Negativverpflichtung.
- [Es erfolgt keine laufende Verzinsung der Wertpapiere.]
- [Es kann zu einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht der Anleihegläubiger kommen, die einen ganzen oder teilweisen Verlust des eingesetzten Kapitals nach sich ziehen kann.]
- Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Emittentin, der Berechnungsstelle und/oder der Zahlstelle(n) für die Zwecke der Wertpapiere gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin und die Beauftragten Stellen und die Anleihegläubiger bindend.
- [Die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin aus nachrangigen Schuldverschreibungen sind im Fall der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin nachrangig gegenüber nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, gleichrangig mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, die nicht aufgrund ihrer Bedingungen nachrangig

gegenüber den Schuldverschreibungen sind, sowie vorrangig gegenüber den Ansprüchen von Aktionären, Eigentümern von Instrumenten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1*) gemäß Artikel 28 der CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1*) gemäß Artikel 52 der CRR der Emittentin und kein Anleihegläubiger ist berechtigt, mit Rückerstattungsansprüchen aus den Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin aufzurechnen.]

- [Kein Recht, die Wertpapiere zu kündigen und eine vorzeitige Rückzahlung der Wertpapiere zu verlangen.]
- [Die Wertpapiere können nach Wahl der Emittentin vor dem Endfälligkeitstag vorzeitig gekündigt und zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag zurückgezahlt werden.]
- [Die Wertpapiere können nach Wahl der Emittentin aus aufsichtsrechtlichen oder steuerlichen Gründen jederzeit vor dem Endfälligkeitstag vorzeitig gekündigt und zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag zurückgezahlt werden.]
- [Die Schuldverschreibungen können nach Wahl der Emittentin bei Vorliegen [einer Rechtsänderung] [und] [Absicherungs-Störung und/oder Gestiegenen Absicherungs-Kosten] jederzeit vor dem Endfälligkeitstag vorzeitig gekündigt und zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag zurückgezahlt werden.]

[C.9 Nominaler Zinssatz

Bitte lesen Sie Punkt C.8 gemeinsam mit den nachstehenden Informationen.

[Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren ausstehenden Nennbetrag jährlich mit [einem Zinssatz von [●]] [einem jährlichen Festzinsbetrag von [●]] [den folgenden, für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen, Zinssätzen] verzinst.

[Zinsperiode]	Zinssatz
[]	[]

[]

[]

[Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag mit dem Zinssatz verzinst, der der Zinsberechnungsbasis (wie nachstehend definiert) [multipliziert mit [•]] [zuzüglich/abzüglich [•]] entspricht. "**Zinsberechnungsbasis**" ist **[im Fall von ISDA Feststellung einfügen]**: der ISDA Zinssatz (gemäß der *International Swaps and Derivatives Association* – "**ISDA**") wobei (i) die variable Verzinsungsoption (in den ISDA-Definitionen: "Floating Rate Option" genannt) wie folgt lautet: [•]; (ii) die vorbestimmte Laufzeit (in den ISDA-Definitionen: "Designated Maturity" genannt) wie folgt lautet: [•]; (iii) der jeweilige Neufeststellungstag (in den ISDA-Definitionen: "Reset Date" genannt) wie folgt lautet: [•]] **[im Fall von Bildschirmfeststellung einfügen]**: Der Angebotssatz oder das arithmetische Mittel der Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz *per annum*) für Einlagen in [•] wie auf der Bildschirmseite (wie unten definiert) gegen 11:00 Uhr ([•] Ortszeit) am [•] angezeigt. Wenn fünf oder mehr solcher Angebotssätze auf der Bildschirmseite verfügbar sind, werden der höchste Angebotssatz (oder wenn mehrere höchste Angebotssätze vorhanden sind, nur einer dieser Angebotssätze) und der niedrigste Angebotssatz (oder, wenn mehrere niedrigste Angebotssätze vorhanden sind, nur einer dieser Angebotssätze) zum Zwecke der Bestimmung des arithmetischen Mittels der Angebotssätze außer Betracht gelassen. "**Bildschirmseite**" meint [•].]

[Die Schuldverschreibungen werden bezogen auf ihren Nennbetrag wie folgt verzinst: [Anfänglich werden die Schuldverschreibungen mit einem fixen Zinssatz von **[fixen Zinssatz einfügen]**% *per annum* verzinst. Ab dem **[letzten fixen Zinszahlungstag einfügen]** ist die Verzinsung] [Die Verzinsung ist] abhängig von der Entwicklung des nachfolgend beschriebenen Basiswerts (der "**Basiswert**"): [•]. Die Formel zur Errechnung des basiswertabhängigen Zinssatzes (der "**basiswertabhängige Zinssatz**"), das Verfahren zu dessen Feststellung und/oder sonstige Details zur Verzinsung finden sich nachstehend.]

[Bei standsabhängiger Verzinsung einfügen:

Der basiswertabhängige Zinssatz der Schuldverschreibungen für eine basiswertabhängige Zinsperiode entspricht der Summe von **[Additive Margin¹ einfügen]** und dem Produkt von (i) **[Partizipationsfaktor² einfügen]** und (ii) dem Schlusskurs des Basiswerts zum Basiswertfeststellungstag.]

[Bei ertragsabhängiger Verzinsung einfügen:]

Der basiswertabhängige Zinssatz der Schuldverschreibungen für eine basiswertabhängige Zinsperiode entspricht der Summe von (i) **[Additive Margin³ einfügen]** und dem (ii) Produkt von (A) **[Partizipationsfaktor⁴ einfügen]** und (B) dem (x) Schlusskurs des Basiswerts zum Basiswertfeststellungstag minus dem (y) Schlusskurs des Basiswerts zum letzten vergangenen Basiswertfeststellungstag gebrochen durch den Schlusskurs des Basiswerts zum letzten vergangenen

¹ Die Additive Margin ist ein Teil des Zinssatzes (Summand) und stellt somit den "Ausgangswert" für die Berechnung des Zinssatzes dar. Wenn die Additive Margin einen positiven Wert annimmt, stellt dieser, solange der zweite Summand der Zinsberechnungsformel einen positiven Wert ergibt, den Mindestzinssatz dar und mindert die negative Auswirkung, wenn der zweite Summand einen negativen Wert annimmt. Das Gegenteil ist der Fall, wenn die Additive Margin einen negativen Wert annimmt: In diesem Fall ergibt sich für den Zinssatz erst dann ein (positiver) Wert, wenn der zweite Summand einen Wert annimmt, der positiv und größer als der Wert der additive Margin ist.

² Der Partizipationsfaktor gibt an, in welchem Verhältnis sich eine Änderung des *Basiswerts* auf den maßgeblichen Teil der Zinsberechnungsformel (hier den zweiten Summanden) auswirkt. Folgende Werte des Partizipationsfaktors führen zu den nachfolgenden Auswirkungen: Partizipationsfaktor = 1: Direkte Proportionalität; Partizipationsfaktor = -1: Indirekte Proportionalität; Partizipationsfaktor > 1: Direkte Überproportionalität, Partizipationsfaktor < 1: direkte Unterproportionalität; 0 < Partizipationsfaktor > -1: indirekte Unterproportionalität; und Partizipationsfaktor < -1: indirekte Überproportionalität.

³ Die Additive Margin ist ein Teil des Zinssatzes (Summand) und stellt somit den "Ausgangswert" für die Berechnung des Zinssatzes dar. Wenn die Additive Margin einen positiven Wert annimmt, stellt dieser, solange der zweite Summand der Zinsberechnungsformel einen positiven Wert ergibt, den Mindestzinssatz dar und mindert die negative Auswirkung, wenn der zweite Summand einen negativen Wert annimmt. Das Gegenteil ist der Fall, wenn die Additive Margin einen negativen Wert annimmt: In diesem Fall ergibt sich für den Zinssatz erst dann ein (positiver) Wert, wenn der zweite Summand einen Wert annimmt, der positiv und größer als der Wert der additive Margin ist.

⁴ Der Partizipationsfaktor gibt an, in welchem Verhältnis sich eine Änderung des *Basiswerts* auf den maßgeblichen Teil der Zinsberechnungsformel (hier den zweiten Summanden) auswirkt. Folgende Werte des Partizipationsfaktors führen zu den nachfolgenden Auswirkungen: Partizipationsfaktor = 1: Direkte Proportionalität; Partizipationsfaktor = -1: Indirekte Proportionalität; Partizipationsfaktor > 1: Direkte Überproportionalität, Partizipationsfaktor < 1: direkte Unterproportionalität; 0 < Partizipationsfaktor > -1: indirekte Unterproportionalität; und Partizipationsfaktor < -1: indirekte Überproportionalität.

Basiswertfeststellungstag.]

[Bei ereignisabhängiger Verzinsung einfügen:
Falls **[Bedingung einfügen]** erfüllt ist, beträgt der basiswertabhängige Zinssatz **[Cashflow 1 einfügen]**, sonst beträgt der basiswertabhängige Zinssatz **[Cashflow 2 einfügen].]**

[Die Schuldverschreibungen werden mit folgendem Zinssatz verzinst:

[Bei Schuldverschreibungen mit strukturierter Verzinsung nach Struktur CMS-linked einfügen:

Der Zinssatz der Schuldverschreibungen für eine Zinsperiode entspricht [dem Produkt von (A) **[Faktor einfügen]** und (B) **[gegebenenfalls einfügen:** der Differenz aus (i) **[Swapsatz 1 einfügen]** **[gegebenenfalls einfügen:** und (ii) **[Swapsatz 2 einfügen]**] *per annum* wie jeweils gemäß der Swapsatzberechnungsbasis festgestellt.]

[Bei Schuldverschreibungen mit strukturierter Verzinsung nach Struktur Reverse-floating einfügen:

Der Zinssatz der Schuldverschreibungen für eine Zinsperiode entspricht der Differenz von (i) **[Minuend einfügen]** und (ii) [dem Produkt aus (A) **[Faktor einfügen]** und (B) **[Zinsberechnungsbasis einfügen]** *per annum.*]

[Bei Schuldverschreibungen mit strukturierter Verzinsung nach Struktur Fix-to-floating einfügen:

In der Zinsperiode vom **[●]** (einschließlich) bis **[●]** (einschließlich) werden die Schuldverschreibungen mit **[Fixzinssatz einfügen]** verzinst. Danach werden die Schuldverschreibungen mit folgendem variablen Zinssatz verzinst: **[[Zinsberechnungsbasis] [multipliziert mit [●]] [zuzüglich / abzüglich [Marge einfügen]]**

[[Swapsatzberechnungsbasis] [Faktor [●]] [mal] [Swapsatz 1] [minus Swapsatz 2] *per annum* wie jeweils gemäß der Swapsatzberechnungsbasis festgestellt]]

[Für Schuldverschreibungen mit strukturierter Verzinsung nach Struktur Fix-to-reverse-floating einfügen:

In der Zinsperiode vom [●] (einschließlich) bis [●] (einschließlich) werden die Schuldverschreibungen mit **[Fixzinssatz einfügen]** verzinst. Danach werden die Schuldverschreibungen mit folgendem variablen Zinssatz verzinst:

Der Differenz von (i) **[Minuend einfügen]** und (ii) [dem Produkt aus (A) **[Faktor einfügen]** und (B)] **[Zinsberechnungsbasis einfügen]** per annum.]

["Zinsberechnungsbasis" ist **[Im Fall von ISDA Feststellung einfügen]**: der ISDA Zinssatz wobei (i) die variable Verzinsungsoption (in den ISDA-Definitionen: "Floating Rate Option" genannt) wie folgt lautet: [●]; (ii) die vorbestimmte Laufzeit (in den ISDA-Definitionen: "Designated Maturity" genannt) wie folgt lautet: [●]; (iii) der jeweilige Neufeststellungstag (in den ISDA-Definitionen: "Reset Date" genannt) wie folgt lautet: [●]) **[im Fall von Bildschirmfeststellung einfügen]**: Der Angebotssatz oder das arithmetische Mittel der Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz per annum) für Einlagen in [●] wie auf der Bildschirmseite (wie unten definiert) gegen 11:00 Uhr ([●] Ortszeit) am [●] angezeigt. Wenn fünf oder mehr solcher Angebotssätze auf der Bildschirmseite verfügbar sind, werden der höchste Angebotssatz (oder wenn mehrere höchste Angebotssätze vorhanden sind, nur einer dieser Angebotssätze) und der niedrigste Angebotssatz (oder, wenn mehrere niedrigste Angebotssätze vorhanden sind, nur einer dieser Angebotssätze) zum Zwecke der Bestimmung des arithmetischen Mittels der Angebotssätze außer Betracht gelassen. **"Bildschirmseite"** meint [●].] **["Swapsatzberechnungsbasis"** ist jeweils der Swapsatz 1 [und Swapsatz 2] der auf der Bildschirmseite am Zinsfeststellungstag (wie nachstehend definiert) gegen 11.00 Uhr Brüsseler Ortszeit) am zweiten TARGET Geschäftstag vor Beginn der jeweiligen Zinsperiode (jeweils ein **"Zinsfeststellungstag"**) angezeigt wird, wie von der Berechnungsstelle festgestellt.]

[Im Fall von Nullkupon-Schuldverschreibungen einfügen]: Auf diese Schuldverschreibungen erfolgen keine periodischen Zinszahlungen.]

[Auf diese Zertifikate erfolgen keine Zinszahlungen.]

[Der auf die Schuldverschreibungen anwendbare Zinssatz ist niemals höher als **[Maximalzinssatz**

einfügen].]

[Der auf die Schuldverschreibungen anwendbare Zinssatz ist niemals niedriger als **[Mindestzinssatz einfügen].]**

[Der auf eine Schuldverschreibung für eine Zinsperiode zu zahlende maximale Zinsbetrag entspricht dem Ergebnis der Subtraktion (a) des Zielzinsbetrags (*Target Coupon*) von **[Zielzinsbetrag einfügen]** und (b) der Summe der je [Nennbetrag][Nennwert] für alle vorausgehenden Zinsperioden gezahlten Zinsbeträge.]

Datum, ab dem die Zinsen zahlbar werden

[Die Schuldverschreibungen werden ab dem [●] verzinst.] [Entfällt; auf diese Wertpapiere erfolgen keine Zinszahlungen.]

Zinsfälligkeitstermine

[Die Zinsen [für die Perioden mit fixer Verzinsung] werden am Zinszahlungstag/Fixzinszahlungstag fällig. "**Zinszahlungstag/Fixzinszahlungstag**" bedeutet [jeden [●]] [jeweils den Tag, der auf den Ablauf der festgelegten Fixzinsperiode/Zinsperiode von [●] nach dem vorhergehenden Fixzinszahlungstag/Zinszahlungstag, oder im Fall des ersten Zinszahlungstags, nach dem Fixverzinsungsbeginn/Verzinsungsbeginn, folgt.] [Die [erste/letzte] Fixzinsperiode/Zinsperiode ist [kurz/lang], sie beginnt am [●] und endet am [●].] [Fällt ein Fixzinszahlungstag/Zinszahlungstag auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, wird der Zahlungstermin nach den Regeln der Emissionsbedingungen verschoben.]

[Die Zinsen für die Perioden mit variabler/basiswertabhängiger Verzinsung werden am Variabelzinszahlungstag/basiswertabhängigen Zinszahlungstag fällig. "**Variabelzinszahlungstag/basiswertabhängiger Zinszahlungstag**" bedeutet [jeden [●]] [jeweils den Tag, der auf den Ablauf der festgelegten Variabelzinsperiode/basiswertabhängigen Zinsperiode von [●] nach dem vorhergehenden Variabelzinszahlungstag/basiswertabhängigen Zinszahlungstag, oder im Fall des ersten Variabelzinszahlungstags/basiswertabhängigen Zinszahlungstags, nach dem Variabelverzinsungsbeginn/basiswertabhängigen Verzinsungsbeginn, folgt.] [Die [erste/letzte] Variabelzinsperiode/basiswertabhängige Zinsperiode ist [kurz/lang], sie beginnt am [●] und endet am [●].] [Fällt ein

Variabelzinszahlungstag/basiswertabhängiger Zinszahlungstag auf einen Tag, der kein Geschäftstag ist, wird der Zahlungstermin nach den Regeln der Emissionsbedingungen verschoben.]

[Entfällt; auf diese Wertpapiere erfolgen keine [laufenden] Zinszahlungen.]

Basiswert

[Der Zinssatz dieser Schuldverschreibungen stützt sich (in Perioden mit basiswertabhängiger Verzinsung) auf einen Basiswert. Bei dem Basiswert handelt es sich um ein(e)n [Basiswertkorb aus] [Aktie(n)] [Index(izes)] [Wechselkurs(e)] [Ware(n)] [Zinssatz(-sätze)] und zwar [●].]

[Entfällt; der Zinssatz der Schuldverschreibungen ist festgelegt.]

Fälligkeitstermin und Vereinbarungen für die Darlehenstilgung, einschließlich der Rückzahlungsverfahren

[Für nicht-nachrangige, Tier 2- und fundierte Schuldverschreibungen einfügen:

[Im Fall von Rückzahlung bei Endfälligkeit einfügen: Die Schuldverschreibungen werden zum Rückzahlungsbetrag von [●] am [●] zurückgezahlt.]

[Im Fall von Teiltilgung einfügen: Die Schuldverschreibungen werden ab dem **[Teiltilgungsbeginn einfügen]** **[halbjährlich]** **[jährlich]** **[anderen Zahlungszeitraum einfügen]** durch Zahlung eines *Teiltilgungsbetrags* von **[Teiltilgungsbetrag einfügen]**% des Nennbetrags (der "**Teiltilgungsbetrag**") je Schuldverschreibung jeweils zum [●] (jeweils ein "**Teiltilgungstag**") zurückgezahlt.]]

[Für Aktienanleihen einfügen: Tilgungswahlrecht. Die Emittentin hat das Recht, die Schuldverschreibungen entweder (i) durch Lieferung der Basiswerte (die in keinem Fall Aktien der Emittentin sind) oder (ii) durch Zahlung des Rückzahlungsbetrags zu tilgen, in beiden Fällen zusammen mit bis zum Liefertag oder Endfälligkeitstag aufgelaufenen Zinsen.]

[Die Einlösung der Zertifikate erfolgt durch Zahlung eines Betrages (der "**Tilgungsbetrag**") je Zertifikat, der folgendermaßen berechnet wird:

[Für endstandsabhängige Zertifikate einfügen:

Der Anleihegläubiger erhält als Tilgungskurs zumindest [●]% des Nennbetrages.

Falls der folgende Tilgungsbetrag höher als der Mindestbetrag ist, erhält der Anleihegläubiger den Tilgungsbetrag.

Der Tilgungsbetrag entspricht [●]% vom Nennbetrag plus [●]% des Ertrags des Basiswerts wie nachfolgend berechnet (der "Ertrag"):

$$Ertrag = \min\left\{\max\left[\left(AdditiveMargin\% + Partizipationsfaktor * Basiswert_{final}\right)Floor\right]Cap\right\}$$

wobei:

$$AdditiveMargin = [●]$$

$$Partizipationsfaktor = [●]$$

$$Basiswert_{final} = [●]$$

[Für Zertifikate mit zwei Beobachtungstagen (absolut) einfügen:

Der Anleihegläubiger erhält als Tilgungskurs zumindest [●]% des Nennbetrages.

Falls der folgende Tilgungsbetrag höher als der Mindestbetrag ist, erhält der Anleihegläubiger den Tilgungsbetrag.

Der Tilgungsbetrag entspricht [●]% vom Nennbetrag plus [●]% des Ertrags des Basiswerts wie nachfolgend berechnet (der "Ertrag"):

$$Ertrag = \min\left\{\max\left[\left(AdditiveMargin\% + Partizipationsfaktor * \frac{Basiswert_{final} - Basiswert_{start}}{Basiswert_{start}}\right); Floor\right]; Cap\right\}$$

wobei:

$$AdditiveMargin = [●]$$

$$Partizipationsfaktor = [●]$$

$$Basiswert_{final} = [●]$$

$$Basiswert_{start} = [●]$$

[Für Zertifikate mit mehrfacher Beobachtung (Durchschnitt) einfügen:

Der Anleihegläubiger erhält als Tilgungskurs zumindest [●]% des Nennbetrages.

Falls der folgende Tilgungsbetrag höher als der Mindestbetrag ist, erhält der Anleihegläubiger

den Tilgungsbetrag.

Der Tilgungsbetrag entspricht [●]% vom Nennbetrag plus [●]% des Ertrags des Basiswerts wie nachfolgend berechnet (der "Ertrag"):

$$\text{Ertrag} = \max \left\{ 0\%; \frac{1}{n} \frac{\sum_{i=1}^{n_{\text{Beobachtungstage}}} \text{Basiswert}_{\dots t(i)}}{\text{Basiswert}_{\text{start}}} - 1 \right\}$$

wobei.

$$\text{Basiswert}_{\dots t(i)} = [\bullet]$$

$$\text{Basiswert}_{\text{start}} = [\bullet]$$

$$n_{\text{Beobachtungstage}} = [\bullet]$$

[Für ereignisabhängige Zertifikate einfügen:

Falls die Bedingung [●] erfüllt ist, erhält der Anleihegläubiger einen Tilgungsbetrag von [●], sonst einen Tilgungsbetrag von [●].]

Die Rückzahlung des Rückzahlungs- bzw Tilgungsbetrags erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle(n) zur Weiterleitung an die Wertpapiersammelbank oder deren Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen für den Anleihegläubiger depotführende Stelle mit Konto bei der Wertpapiersammelbank.

Rendite

[Im Fall von fix verzinsten, Stufenzins- und Nullkupon-Schuldverschreibungen einfügen:

Die Rendite beträgt [●] unter der Voraussetzung, dass die Wertpapiere am Erstausgabetag erworben werden und bis zum Ende der Laufzeit gehalten werden.]

[Im Fall von allen anderen Schuldverschreibungen mit Maximal- und/oder Mindestzinssatz: Die Rendite beträgt [mindestens [●]] [und] [höchstens [●]].]

[Im Fall von allen anderen Schuldverschreibungen ohne Maximal- und/oder Mindestzinssatz und für Wertpapiere mit Verzinsung und/oder Rückzahlungsbetrag mit derivativer Komponente einfügen: Aufgrund der unbestimmten Erträge des Wertpapiers kann

keine Rendite berechnet werden.]

[Im Fall von Zertifikaten einfügen: Aufgrund der unbestimmten Erträge des Zertifikats kann keine Rendite berechnet werden.]

Vertreter der
Schuldtitelinhaber

Grundsätzlich sind alle Rechte aus Emissionen durch den einzelnen Anleihegläubiger selbst oder den von ihm bestellten Rechtsvertreter gegenüber der Bank direkt geltend zu machen. Seitens der Bank ist keine organisierte Vertretung der Anleihegläubiger vorgesehen. Generell gilt jedoch, dass gemäß den Bestimmungen des Kuratorengesetzes in bestimmten Fällen vom zuständigen Gericht ein Kurator für die jeweiligen Anleihegläubiger zu bestellen ist.]

[C.10 Derivative
Komponente bei
der Zinszahlung

[Bitte lesen Sie Punkt C.9 gemeinsam mit den nachstehenden Informationen.]

[Entfällt; die Wertpapiere schütten keine Zinsen aus bzw haben keine derivative Komponente bei der Zinszahlung]

[Die Emittentin geht davon aus, dass der Marktwert der Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung oder basiswertabhängig verzinsten Perioden die Erwartungen des Marktes über die Rendite der Schuldverschreibungen widerspiegelt, dh wenn der Markt von einem steigenden Zinssatz der Schuldverschreibungen ausgeht, wird der Wert der Schuldverschreibungen steigen und umgekehrt.]

[Der Zinssatz der Schuldverschreibungen ist [in den basiswertabhängig verzinsten Perioden] [einer/einem Korb von] [Aktie(n)] [Index(izes)] [Wechselkurs(en)] [Ware(n)] [Zinssatz/sätzen] (der "**Basiswert**") zugeordnet, dh er hängt von der Entwicklung des Wertes dieses Basiswertes ab.]

[Da diese Zuordnung direkt ist, führt ein Anstieg des Wertes des Basiswertes zu einem Anstieg des Zinssatzes und ein Sinken des Wertes des Basiswertes zu einem Sinken des Zinssatzes der Schuldverschreibungen.]

[Da diese Zuordnung indirekt ist, führt ein Anstieg des Wertes des Basiswertes zu einem Sinken des Zinssatzes und ein Sinken des Wertes des Basiswertes zu einem Anstieg des Zinssatzes der Schuldverschreibungen.]

[Da die Zuordnung proportional ist hat ein Anstieg/Absinken des Wertes des Basiswertes einen Anstieg/Absinken des Zinssatzes im selben Ausmaß zur Folge.]

[Die Zuordnung ist überproportional: ein Anstieg/Absinken des Wertes des Basiswertes hat einen unverhältnismäßig größeren Anstieg/Absinken des Zinssatzes zur Folge.]

[Die Zuordnung ist unterproportional: ein Anstieg/Absinken des Wertes des Basiswertes hat einen unverhältnismäßig geringeren Anstieg/Absinken des Zinssatzes zur Folge.]]

C.11 Zulassung zum Handel

[Entfällt; die Emittentin hat lediglich die Einbeziehung dieser Serie von Wertpapieren in den von der Wiener Börse als Multilaterales Handelssystem geführten Dritten Markt angedacht.]

[Entfällt; die Emittentin hat keinen Antrag auf Zulassung der Wertpapiere zum Handel an einem geregelten Markt oder auf Einbeziehung in ein Multilaterales Handelssystem gestellt.]

[C.15 Beeinflussung des Werts der Anlage durch den Wert des Basisinstruments

[Bei Schuldverschreibungen mit (teilweise) basiswertabhängiger Verzinsung einfügen: Der auf Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung oder mit basiswertabhängig verzinsten Perioden im Hinblick auf diese Perioden anwendbare Zinssatz ist von einem oder mehreren Basiswerten abhängig. Der Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen hingegen steht bereits am Begebungstag fest und ändert sich nicht.

Der Marktwert der Schuldverschreibungen neigt typischerweise weniger zu Schwankungen ("**Volatilität**") als der Marktwert von Zertifikaten. Der Marktwert der Schuldverschreibungen hängt unter anderem von der Einschätzung des Marktes über die Rendite der Schuldverschreibungen ab. Geht der Markt von einer Erhöhung der Rendite der Schuldverschreibungen aus, erhöht sich in der Regel auch der Marktwert der Schuldverschreibungen. Die Rendite der Schuldverschreibungen ist von der Differenz zwischen dem Preis, zu dem die Schuldverschreibungen erworben werden, und dem Preis, zu dem sie verkauft werden bzw dem Rückzahlungsbetrag sowie dem Zinssatz der Schuldverschreibungen abhängig. Da die

Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung bzw mit basiswertabhängig verzinsten Perioden ausgestattet sind, kommt der Veränderung des Basiswerts eine maßgebliche Bedeutung für die Veränderung des Marktwerts der Schuldverschreibungen mit (teilweise) basiswertabhängiger Verzinsung zu. Je nach der in den Emissionsbedingungen vorgesehenen Zuordnung zwischen Basiswert und Zinssatz (dazu gleich unten), ist bei einer Änderung des Marktwertes des Basiswertes grundsätzlich von einer Änderung des Marktwertes der Schuldverschreibungen mit (teilweise) basiswertabhängiger Verzinsung auszugehen.

Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung oder basiswertabhängig verzinsten Perioden im Hinblick auf diese Perioden bemisst sich die Höhe des auf eine (basiswertabhängige) Zinsperiode anwendbaren Zinssatzes nach der Entwicklung des Marktpreises eines oder mehrerer Basiswerte in einem bestimmten Zeitraum (die "**Basiswertperformance**"). Die Abhängigkeit zwischen der Basiswertperformance und dem basiswertabhängigen Zinssatz (die "**Zuordnung**") kann dabei direkt, dh eine positive Veränderung des Marktwertes des Basiswerts im Beobachtungszeitraum führt zu einer entsprechend positiven Veränderung des basiswertabhängigen Zinssatzes und umgekehrt ("**direkte Zuordnung**"), oder indirekt, dh eine positive Veränderung des Marktwertes des Basiswerts im Beobachtungszeitraum führt zu einer negativen Veränderung des Zinssatzes und umgekehrt ("**indirekte Zuordnung**"), sein. Die Basiswertperformance kann sich weiters im selben Ausmaß auf die Veränderung des basiswertabhängigen Zinssatzes auswirken, dh eine Basiswertperformance von 4% führt zu einer Erhöhung oder Reduktion des Zinssatzes um 4% (seines Wertes, dh zB von 4,00% auf 4,16%) ("**Proportionalität**"), oder in einem stärkeren Ausmaß ("**Überproportionalität**") oder auch in einem schwächeren Ausmaß ("**Unterproportionalität**"), wie jeweils in den maßgeblichen Emissionsbedingungen angegeben.]

[Bei Zertifikaten einfügen: Zertifikate. Bei Zertifikaten ist die Höhe des Tilgungsbetrags von der Entwicklung des Marktpreises eines oder mehrerer Basiswerte in einem bestimmten Zeitraum (die "**Basiswertperformance**")

abhängig. Zertifikate weisen keine Verzinsung auf. Die Rendite der Zertifikate bemisst sich daher maßgeblich vom Tilgungsbetrag; auf Zertifikate werden keine laufenden Ausschüttungen getätigt. Der Marktwert von Zertifikaten ist typischerweise sehr volatil, da sie keine laufende Verzinsung aufweisen und der Tilgungsbetrag (meist) ungewiss ist. Die Abhängigkeit zwischen der Basiswertperformance und dem basiswertabhängigen Tilgungsbetrag (die "**Zuordnung**") kann dabei direkt, dh eine positive Veränderung des Marktwertes des Basiswerts im Beobachtungszeitraum führt zu einer entsprechend positiven Veränderung des basiswertabhängigen Tilgungsbetrags und umgekehrt ("**direkte Zuordnung**"), oder indirekt, dh eine positive Veränderung des Marktwertes des Basiswerts im Beobachtungszeitraum führt zu einer negativen Veränderung des Tilgungsbetrags und umgekehrt ("**indirekte Zuordnung**"), sein. Die Basiswertperformance kann sich weiters im selben Ausmaß auf die Veränderung des basiswertabhängigen Tilgungsbetrags auswirken, dh eine Basiswertperformance von 4% führt zu einer Erhöhung oder Reduktion des Tilgungsbetrags um 4% (seines Wertes, dh zB von 4,00% auf 4,16%) ("**Proportionalität**"), oder in einem stärkeren Ausmaß ("**Überproportionalität**") oder auch in einem schwächeren Ausmaß ("**Unterproportionalität**"), wie jeweils in den maßgeblichen Emissionsbedingungen angegeben. Darüber hinaus können die Zertifikate je nach Zertifikateart auch noch weitere Merkmale bzw Strukturen aufweisen. Der Marktwert der Zertifikate wird maßgeblich von ihrem Tilgungsbetrag bzw der Einschätzung des Marktes über die voraussichtliche Höhe des Tilgungsbetrags der Zertifikate bei Laufzeitende beeinflusst. Zwischen der Höhe des Tilgungsbetrags von Zertifikaten und dem Ertrag des Basiswerts besteht eine Zuordnung, wobei auch eine Untergrenze (der "**Mindestbetrag**") gelten kann. Der Ertrag (der "**Ertrag**") des Basiswerts wird durch einen Vergleich zwischen dem Kurs des Basiswertes an einem oder mehreren bestimmten Tag(en) und dem Kurs des Basiswertes am Begebungstag ermittelt. Der Ertrag kann dabei (wie in den Emissionsbedingungen angegeben) entweder als absolute Größe maßgeblich sein, dh der Kurs des Basiswerts am Ende der Laufzeit wird mit dem Kurs des Basiswerts am Begebungstag verglichen (der "**absolute Ertrag**") oder es wird ein Durchschnittswert des Ertrags ermittelt, in dem der

Ertrag seit dem Begebungstag an bestimmten Beobachtungstagen ermittelt wird und daraus dann das arithmetische Mittel gebildet wird (der "**Durchschnittsertrag**"). Bei Zertifikaten, die auf den absoluten Ertrag abstellen, wird der Marktwert der Zertifikate maßgeblich von der Einschätzung des Marktes über den Kurs des Basiswerts zum Laufzeitende der Zertifikate abhängen, da allein dieser maßgeblich ist. Dies kann dazu führen, dass der Marktwert des Zertifikats zu einem bestimmten Zeitpunkt während der Laufzeit des Zertifikats, trotz eines hohen Kurses des Basiswerts gering sein kann; dies wäre uU der Fall, wenn der Markt davon ausgeht, dass der Kurs des Basiswerts am Laufzeitende des Zertifikates gering ist. Diese Eigenschaft weisen Zertifikate mit Berechnung des Durchschnittsertrags weniger stark auf (grundsätzlich: je mehr Beobachtungstage, desto geringer die Auswirkung).]

[Bei allen anderen Wertpapieren einfügen:
Entfällt; der Wert der Wertpapiere hängt von keinem Basiswert ab.]]

[C.16] Verfalltag /
Fälligkeitstermin,
letzter
Referenztermin

[Fälligkeitstermin ist der [●].]

[Nicht anwendbar]]

[C.17] Abrechnungs-
verfahren

Sämtliche Zahlungen gemäß den Wertpapieren erfolgen, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle zur Weiterleitung an die Clearing-Systeme oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den Anleihegläubiger depotführende Stelle.

Als Zahlstelle fungiert (fungieren) die in den Endgültigen Bedingungen bezeichnete(n) Zahlstelle(n).]

[C.18] Ertragsmodalitäten

[Zahlung des Rückzahlungsbetrags am Endfälligkeitstag.]

[Zahlung von Teiltilgungsbeträgen an den Teiltilgungstagen.]

[Tilgung der Aktienanleihen entweder (i) durch Lieferung der Basiswerte (die in keinem Fall Aktien der Emittentin sind) am Liefertag oder (ii) durch Zahlung des Rückzahlungsbetrags am Endfälligkeitstag.]

[Einlösung der Zertifikate erfolgt durch Zahlung

eines basiswertabhängigen Tilgungsbetrages je Zertifikat durch die Emittentin am Endfälligkeitstag.]

Hinsichtlich "Verzinsung", "Datum, ab dem die Zinsen zahlbar werden", "Zinsfälligkeitstermine", "Basiswert", "Fälligkeitstermin und Vereinbarungen für die Darlehenstilgung, einschließlich der Rückzahlungsverfahren" und "Vertreter der Schuldtitelinhaber" wird auf die Informationen in Punkt C.9 dieser Zusammenfassung und hinsichtlich der "Derivativen Komponente bei der Zinszahlung" wird auf die Informationen in Punkt C.10 verwiesen.

[C.19 Ausübungspreis / endgültiger Referenzpreis des Basiswerts. [Nicht anwendbar; die Wertpapiere haben keinen Basiswert.]
[Der [Ausübungspreis] [endgültige Referenzpreis] des Basiswerts ist [●.] [●]]

[C.20 Art des Basiswerts, Informationen über den Basiswert [Nicht anwendbar; die Wertpapiere haben keinen Basiswert.]

Typ: [Basiswertkorb aus] [Aktie(n)]
[Index(izes)] [Wechselkurs(e)]
[Ware(n)] [Zinssatz(-sätze)]

Bezeichnung: **[einfügen]**

[Emittent:] **[einfügen]**

[Sponsor:] **[einfügen]**

[ISIN:] **[einfügen]**

[Informationen zur historischen und fortlaufenden Wertentwicklung des Basiswerts und zu seiner Volatilität sind [auf der öffentlich zugänglichen Website [●]] **[Sind keine öffentlichen Informationen vorhanden, bitte einfügen:** in den Geschäftsstellen von **[Adresse/Telefonnummer einfügen]** erhältlich.]]

D. Die Risiken

- D.2 Zentrale Risiken, die der Emittentin eigen sind
- Risiko, dass die Emittentin aufgrund der unterschiedlichen Fristigkeiten von Forderungen und Verbindlichkeiten ihre gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder fristgerecht erfüllen kann

(Liquiditätsrisiko der Emittentin).

- Risiko, dass Kunden und andere Vertragspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen und die von der Emittentin gebildeten Rückstellungen für die Abdeckung dieses Risikos nicht ausreichen (Kreditausfallsrisiko).
- Das Risiko aus Krediten an Kunden aus derselben Branche oder Region oder an assoziierte bzw verbundene Unternehmen der Emittentin kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin erheblich negativ beeinflussen (Konzentrationsrisiko).
- Risiko der Emittentin, dass Vertragspartner ihre Verpflichtungen aus Handelsgeschäften nicht vereinbarungsgemäß erfüllen (Kontrahentenrisiko).
- Risiko der Emittentin, aufgrund eines intensiven Wettbewerbs bzw einer sich verschärfenden Wettbewerbssituation Nachteile zu erleiden (Wettbewerbsrisiko).
- Risiko des Verlusts einer oder mehrerer Führungskräfte.
- Risiko des nicht zeitgerechten Erkennens von wesentlichen Entwicklungen und Trends im Bankensektor.
- Risiko potenzieller Interessenkonflikte der Organmitglieder der Emittentin aufgrund ihrer Tätigkeit für andere Mitglieder der Raiffeisenbankengruppe Österreich.
- Aufgrund der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen der Emittentin oder aufgrund externer Ereignisse kann es zum Eintritt unerwarteter Verluste kommen (operationelles Risiko).
- Risiko, dass Ausfälle, Unterbrechungen oder Sicherheitsmängel den laufenden Betrieb verschiedener Geschäftsfelder der Emittentin vorübergehend beeinträchtigen (IT-Risiko).
- Risiko des Eintritts einer aus heutiger

Sicht nicht vorhersehbaren Situation bzw die Realisierung aus heutiger Sicht unabsehbarer Risiken (Abhängigkeit von erfolgreichem Risikomanagement).

- Die Absicherungsstrategien der Emittentin könnten sich als unwirksam erweisen.
- Risiko der Stagnation oder des Fallens der Erträge aus dem Provisionsgeschäft.
- Risiko des Sinkens der Erlöse der Emittentin aus Handelsgeschäften aufgrund ungünstiger Marktverhältnisse oder wirtschaftlicher Bedingungen.
- Laufende und künftige Gerichts- und Behördenverfahren können bei negativem Ausgang zu finanziellen und rechtlichen Belastungen der Emittentin führen.
- Zinsänderungen werden durch viele Faktoren verursacht, die außerhalb des Einflussbereichs der Emittentin liegen, und solche Änderungen können wesentliche negative Auswirkungen auf das Finanzergebnis und ihren Zinsüberschuss haben (Zinsänderungsrisiko).
- Risiken der Änderung des wirtschaftlichen und politischen Umfeldes oder rückläufiger Finanzmärkte.
- Risiko, dass aufgrund von Änderungen der Marktpreise Verluste entstehen (Marktrisiko).
- Risiko von Vermögensschäden bei der Emittentin infolge von Geldentwertung (Inflationsrisiko).
- Die Emittentin unterliegt Risiken im Zusammenhang mit einer möglichen Deflation.
- Risiken im Zusammenhang mit Wechselkursschwankungen (Wechselkursrisiko).
- Die Emittentin kann von wirtschaftlichen Schwierigkeiten anderer großer Finanzinstitute direkt betroffen werden (systemisches Risiko).
- Es besteht das Risiko, dass

Wertminderungen von Sicherheiten zur Absicherung von Geschäfts- und Immobilienkrediten die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin wesentlich negativ beeinflussen.

- Risiko mangelnder Verfügbarkeit kostengünstiger Refinanzierungsmöglichkeiten.
- Risiko erhöhter Refinanzierungskosten der Emittentin aufgrund einer Verschlechterung ihres Ratings (Risiko einer Ratingveränderung).
- Risiko, dass die Emittentin durch eine mögliche Verschlechterung des Geschäftsverlaufs der Raiffeisenbankengruppe Salzburg und/oder der RVS-Gruppe als deren wesentliche Vertriebs- und Vertragspartnerin Nachteile erleidet.
- Risiko aufgrund von Wertverlusten aus den Beteiligungen der Emittentin (Beteiligungsrisiko).
- Risiko des Zahlungsausfalles bedingt durch hoheitliche Maßnahmen eines Staates sowie den Ausfall von staatlichen Schuldnern (Länderrisiko).
- Änderungen von Gesetzen oder Änderungen des aufsichtsrechtlichen Umfelds können negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Emittentin haben.
- Die Emittentin ist möglicherweise nicht in der Lage, die Mindestanforderungen für Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten zu erfüllen; dies würde zu weiteren aufsichtsrechtlichen Maßnahmen führen, die die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu leisten, wesentlich nachteilig beeinflussen könnte.
- Die Emittentin ist verpflichtet, Beiträge in den einheitlichen Abwicklungsfonds und an *ex-ante* finanzierte Fonds der Einlagensicherungssysteme abzuführen; dies wird zu zusätzlichen finanziellen Belastungen der Emittentin führen und könnte somit eine wesentliche Verschlechterung der Vermögens-, Finanz-

und Ertragslage der Emittentin zur Folge haben.

- Es besteht das Risiko, verstärkter rechtlicher und öffentlicher Einflussnahme auf Kredit- und Finanzinstitute.
- Risiko der Emittentin, dass sich das regulatorische Umfeld ändert.
- Risiko der Änderung steuerlicher Rahmenbedingungen, insbesondere betreffend die Stabilitätsabgabe und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.
- Änderungen von Rechnungslegungsgrundsätzen und -standards können einen Einfluss auf die Darstellung der Geschäfts- und Finanzergebnisse der Emittentin haben (Risiko der Änderung von Rechnungslegungsgrundsätzen).
- Die Einhaltung von Vorschriften im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung bringt erhebliche Kosten und Aufwendungen mit sich und die Nichteinhaltung dieser Vorschriften hat schwerwiegende rechtliche sowie reputationsmäßige Folgen.
- Risiko der Emittentin, als Mitglied von Solidaritätseinrichtungen der Raiffeisenbankengruppe Salzburg durch wirtschaftliche Schieflagen oder Insolvenz eines Mitglieds dieser Solidaritätsvereine Nachteile zu erleiden.
- Aufgrund der Mitgliedschaft der Emittentin im institutsbezogenen Sicherungssystem auf Bundesebene kommt dem Geschäftsverlauf der übrigen Mitglieder dieses Sicherungssystems eine entscheidende Bedeutung für die Emittentin zu. Eine Zahlungsverpflichtung unter diesem Sicherungssystem könnte sich wesentlich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken.
- Risiko der Inanspruchnahme von Liquiditätsmanagementvereinbarungen durch andere Kreditinstitute der Raiffeisenbankengruppe Österreich.

- Neben den mit dem Bankgeschäft verbundenen Risiken unterliegt die RVS-Gruppe weiteren Risiken aus ihrem Warengeschäft (Warenrisiko).
- Die Emittentin unterliegt Risiken in Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Revisionsverband der Raiffeisenbankengruppe Salzburg (Revisionsrisiko).
- Die Emittentin unterliegt Risiken in Zusammenhang mit den von ihr selbst genutzten Immobilien (Immobilienrisiko).
- Die Emittentin unterliegt dem Risiko nachteiliger Änderungen von Credit Spreads (Credit Spread Risiko).
- Risiko aus einer übermäßigen Verschuldung (*Leverage Ratio*).
- Die Emittentin unterliegt dem Risiko eines Imageverlusts der Marke "Raiffeisen" (Reputationsrisiko).
- Die Emittentin unterliegt Risiken aufgrund der Auslagerung von Dienstleistungen (Outsourcing Risiko).

[D.3 Zentrale Risiken, die den Wertpapieren eigen sind und Risikohinweis

- Wertpapiere können ein ungeeignetes Investment sein.
- Es besteht keine Gewissheit, dass ein liquider Sekundärmarkt für die Wertpapiere entsteht oder, sofern er entstehen wird, dass er fortbestehen wird. In einem illiquiden Markt könnte es sein, dass Anleihegläubiger ihre Wertpapiere nicht oder nicht zu angemessenen Marktpreisen veräußern können.
- Anleihegläubiger sind dem Risiko nachteiliger Entwicklungen der Marktpreise ihrer Wertpapiere ausgesetzt und der Preis von Zertifikaten wird vorrangig vom Preis und der Volatilität der zugrunde liegenden Basiswerte und der verbleibenden Dauer beeinflusst.
- Anleihegläubiger können dem Risiko ausgesetzt sein, dass die tatsächliche Rendite der Wertpapiere aufgrund einer künftigen Geldentwertung (Inflation) sinkt.

- Anleihegläubiger sind dem Kreditrisiko der Emittentin ausgesetzt.
- Der Credit Spread der Emittentin kann nachteilige Auswirkungen auf den Marktpreis der Wertpapiere haben.
- Risiko von Änderungen des anwendbaren Rechts.
- [Interessenskonflikte können die den Wertpapieren zu Grunde liegende Basiswerte negativ beeinflussen.]
- [Risiko vorzeitiger Rückzahlung zu einem Betrag, der niedriger als der Rückzahlungsbetrag und/oder der Marktpreis der Wertpapiere ist (Risiko vorzeitiger Rückzahlung).]
- [Bei Wertpapieren, die kein Kündigungsrecht der Anleihegläubiger vorsehen, haben die Anleihegläubiger möglicherweise keine Möglichkeit, ihr Investment vorzeitig zu beenden.]
- Die für die Verjährung von Ansprüchen auf Zahlung von Zinsen gesetzlich vorgesehene Frist von 3 Jahren bzw die für die Verjährung von Ansprüchen auf Zahlung von Kapital gesetzlich vorgesehene Frist von 30 Jahren ab Fälligkeit kann in den auf die Wertpapiere anwendbaren Emissionsbedingungen verkürzt werden. In diesem Fall haben die Anleihegläubiger weniger Zeit, ihre Ansprüche aus den Wertpapieren geltend zu machen.
- Anleihegläubiger tragen das Risiko, Erträge aus den Wertpapieren möglicherweise nicht zu denselben oder günstigeren Konditionen, als den in den Wertpapieren verbrieften veranlagen zu können (Wiederveranlagungsrisiko).
- [Anleihegläubiger von Wertpapieren, die auf fremde Währung lauten, unterliegen einem Wechselkursrisiko.]
- [Bei Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin werden die Forderungen besicherter Anleihegläubiger der Emittentin (wie beispielsweise die Inhaber fundierter

Schuldverschreibungen) vor den Forderungen der Inhaber unbesicherter Schuldverschreibungen bedient.]

- [Bei festverzinslichen Schuldverschreibungen und Schuldverschreibungen mit festverzinslichen Perioden kann der Marktpreis der Schuldverschreibungen infolge von Veränderungen des aktuellen Marktzinssatzes fallen.]
- [Bei variabel verzinslichen Schuldverschreibungen besteht das Risiko eines schwankenden Zinsniveaus und ungewisser Zinserträge.]
- [Risiko eines volatilen Marktpreises von gegenläufig variabel verzinslichen (*reverse-floating*) Schuldverschreibungen.]
- [Bei Nullkupon-Schuldverschreibungen kann der Marktpreis infolge von Veränderungen des Marktzinssatzes fallen.]
- [Zahlungen unter Wertpapieren, bei denen die Verzinsung und/oder die Rückzahlung an den Wert von Aktien (oder Aktienkörben) gebunden ist, sind abhängig von der Wertentwicklung der zugrundeliegenden Aktien (oder Aktienkörbe).]
- [Anleihegläubiger von Wertpapieren mit indexabhängiger Verzinsung/Rückzahlung sind dem Risiko der Wertentwicklung des zugrundeliegenden Index ausgesetzt.]
- [Anleihegläubiger von Wertpapieren mit warenabhängiger Verzinsung/Rückzahlung sind dem Risiko der Wertentwicklung der zugrundeliegenden Ware ausgesetzt.]
- [Anleihegläubiger von Wertpapieren mit zinssatzabhängiger Verzinsung/Rückzahlung sind dem Risiko der Wertentwicklung des zugrundeliegenden Zinssatzes ausgesetzt.]
- [Anleihegläubiger von Wertpapieren, die von Wechselkursen abhängig sind, sind dem Risiko der Entwicklung der zugrundeliegenden Wechselkurse ausgesetzt.]
- Die mit dem Erwerb sowie der Ausübung

oder dem Verkauf der Wertpapiere verbundenen Kosten und die eventuell zu zahlenden Steuern können die Rendite der Wertpapiere nachteilig beeinflussen.

- [Bei fundierten Schuldverschreibungen besteht keine Sicherheit, dass die Deckungswerte des Deckungsstockes der fundierten Schuldverschreibungen zu jedem Zeitpunkt ausreichen, um die Verpflichtungen aus den fundierten Schuldverschreibungen zu decken und/oder dass Ersatzwerte dem Deckungsstock zeitgerecht hinzugefügt werden können.]
- [Anleihegläubiger sind dem Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht ausgesetzt.]
- [Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin sind nachrangige Schuldverschreibungen gegenüber nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten nachrangig zu bedienen.]
- [Nachrangige Schuldverschreibungen dürfen nicht nach Wahl der Anleihegläubiger gekündigt werden, und jegliche Rechte der Emittentin auf vorzeitige Rückzahlung oder Rückkauf oder Kündigung der nachrangigen Schuldverschreibungen sind von einer vorherigen Erlaubnis der zuständigen Behörde abhängig. Bei nachrangigen Schuldverschreibungen besteht das Risiko, dass ein Rückkauf durch die Emittentin nicht zulässig ist. Anleger, die in nachrangige Schuldverschreibungen investieren, sind dem Risiko ausgesetzt, dass sie während der Laufzeit der Schuldverschreibungen ihr eingesetztes Kapital nicht zurückverlangen können.]
- Es ist der Emittentin nicht untersagt, weitere Verbindlichkeiten einzugehen, die im Vergleich zu den Verbindlichkeiten aus nachrangigen Schuldverschreibungen vorrangig oder gleichrangig sind.
- [Die Wertpapiere sind nicht von der gesetzlichen Einlagensicherung gedeckt; nachrangige Schuldverschreibungen sind zudem nicht von einer freiwilligen Sicherungseinrichtung gedeckt.]
- Ein österreichisches Gericht kann einen

Treuhänder (Kurator) für die Wertpapiere ernennen, der die Rechte und Interessen der Anleihegläubiger in deren Namen ausübt und wahrnimmt, wodurch die Möglichkeit der Anleihegläubiger zur individuellen Geltendmachung ihrer Rechte aus den Wertpapieren eingeschränkt werden kann.

- Risiko, dass aufgrund des U.S. Foreign Account Tax Compliance Act Quellensteuer einbehalten wird.
- [Wertpapiere ohne Kündigungsrechte für Anleihegläubiger können von diesen nicht gekündigt sondern allenfalls auf einem Handelsmarkt für Wertpapiere verkauft werden und unterliegen daher einem Kurs- und Liquiditätsrisiko (Risiko fehlender Kündigungsmöglichkeit).]
- [Im Falle eines Höchstzinssatzes können die Anleihegläubiger nicht von einer tatsächlichen günstigen Entwicklung oberhalb des Höchstzinssatzes profitieren.]
- Gemäß der EU-Zinsrichtlinie gilt Folgendes: Soweit Zahlungen durch eine Zahlstelle in einem Staat geleistet oder eingezogen werden, der ein System des Steuereinbehalts anwendet und sofern von dieser Zahlung ein Steuerbetrag oder ein Betrag in Bezug auf Steuern einbehalten wird, so wäre weder die Emittentin noch eine Zahlstelle noch eine sonstige Person verpflichtet, infolge der Einbehaltung dieser Quellensteuer zusätzliche Beträge auf eine Schuldverschreibung zu zahlen (keine Steuerausgleichszahlungen, "no gross-up").
- Allfällige Ratings von Wertpapieren berücksichtigen unter Umständen nicht sämtliche Risiken einer Anlage in diese Wertpapiere angemessen und können ausgesetzt, herabgestuft oder zurückgenommen werden, was den Marktpreis und den Handelspreis der Wertpapiere beeinträchtigen kann.
- Die Anleihegläubiger müssen sich auf die Funktionalität des maßgeblichen Clearingsystems verlassen.

- Die Anleihegläubiger sollten beachten, dass sich das anwendbare Steuerregime zu ihrem Nachteil ändern kann; die steuerlichen Auswirkungen einer Anlage in die Wertpapiere sollten daher sorgfältig geprüft werden.
- Bestimmte Anlagen können durch rechtliche Anlageerwägungen eingeschränkt sein.

[Zusätzliche Risiken derivativer Wertpapiere

Eine Anlage in derivative Wertpapiere ist für Anleger mit nicht ausreichenden Kenntnissen im Finanzbereich nicht geeignet. Anleger sollten daher abwägen, ob eine Anlage in derivative Wertpapiere vor dem Hintergrund ihrer persönlichen Umstände für sie geeignet ist. Eine Investition in derivative Wertpapiere erfordert die genaue Kenntnis der Funktionsweise der jeweiligen Wertpapiere. Anleger sollten Erfahrung mit der Anlage in die den derivativen Wertpapieren zu Grunde liegenden Basiswerte haben und die damit verbundenen Risiken kennen. Eine Anlage in derivative Wertpapiere ist mit erheblichen Risiken verbunden, die bei einer vergleichbaren Anlage in konventionelle fest- oder variabel verzinsten Schuldverschreibungen nicht auftreten.

Die Risiken einer Anlage in derivative Wertpapiere umfassen sowohl Risiken der zu Grunde liegenden Basiswerte als auch Risiken, die nur für die Wertpapiere selbst gelten. Anleger sind möglicherweise nicht in der Lage, sich gegen die verschiedenen Risiken in Bezug auf derivative Wertpapiere abzusichern.

Darüber hinaus ist der Wert der derivativen Wertpapiere am Sekundärmarkt einem höheren Risikoniveau ausgesetzt als der Wert anderer Wertpapiere. Eine Reihe von Faktoren wirken sich unabhängig von der Bonität der Bank auf den Marktpreis der Wertpapiere an einem etwaigen Sekundärmarkt für die derivativen Wertpapiere aus, das sind beispielsweise die Wertentwicklung des jeweiligen zu Grunde liegenden Basiswertes, die von einer Reihe zusammenhängender Faktoren abhängt,

darunter volkswirtschaftliche, finanzwirtschaftliche und politische Ereignisse, über die die Bank keine Kontrolle hat, die historische und erwartete Schwankungsbreite der Kurse des jeweiligen zu Grunde liegenden Basiswertes ("Volatilität"), die Restlaufzeit der Wertpapiere, der ausstehende Betrag der Wertpapiere und das Marktzinsniveau.]

[Risiken in Zusammenhang mit bestimmten Produkten und Produktmerkmalen

- [Wertpapiere, bei denen die zu zahlenden Beträge bzw die zu liefernden Vermögenswerte unter Zugrundelegung einer Formel berechnet werden.

In Bezug auf eine Emission von Wertpapieren kann eine Formel Anwendung finden, anhand derer die zu zahlenden Beträge und/oder zu liefernden Vermögenswerte berechnet werden. Potenzielle Anleger sollten sicherstellen, dass sie die jeweilige Formel verstehen, und, falls erforderlich, ihren/ihre persönlichen Berater zu Rate ziehen. Zudem kann diese Formel komplexe Ergebnisse und unter bestimmten Umständen einen Anstieg oder Rückgang dieser Beträge zur Folge haben. In einigen Fällen bieten die Wertpapiere ein Short-Exposure, dh der wirtschaftliche Wert von Wertpapieren steigt nur, wenn der entsprechende Preis oder Wert des Referenzwerts/der Referenzwerte fällt. Steigt der Preis oder Wert des Referenzwerts/der Referenzwerte, kann der Wert der Wertpapiere sinken.]

- [Mit wesentlichem Ab- bzw Aufschlag emittierte Schuldtitel.

Der Marktwert von mit einem wesentlichen Ab- bzw Aufschlag emittierten Schuldtiteln reagiert auf allgemeine Änderungen von Zinssätzen in der Regel volatiler als die Preise für herkömmliche verzinsliche Wertpapiere].

- [Wertpapiere mit Tilgungsrecht der Emittentin.

Wertpapiere, die ein Tilgungsrecht der Emittentin vorsehen oder bei Eintritt bestimmter Ereignisse beendet werden

können, werden voraussichtlich einen niedrigeren Marktwert haben als ähnliche Wertpapiere ohne Tilgungsrecht der Emittentin. Besteht ein Tilgungsrecht oder die Möglichkeit einer Beendigung, so unterliegt die Entwicklung des Marktwerts der Wertpapiere voraussichtlich Beschränkungen. Es ist davon auszugehen, dass die Emittentin die Wertpapiere tilgen wird, wenn ihre Finanzierungskosten unter dem Zinssatz auf die Wertpapiere liegen oder wenn ihr hohe Kosten entstehen, indem sie die Wertpapiere im Umlauf belässt.]

- [Spezielle Risiken von Aktienanleihen (Cash-or-Share Schuldverschreibungen).

Aktienanleihen sind Schuldverschreibungen, für die die Tilgung durch die Bank – abhängig von der Kursentwicklung der zu Grunde liegende(n) Aktie(n) bis zum Tilgungszeitpunkt – nicht zum Rückzahlungsbetrag sondern durch die Lieferung der zu Grunde liegende(n) Aktie(n) erfolgen kann. Der Zinssatz für Aktienanleihen enthält einen Aufschlag (Risikoprämie) gegenüber dem aktuellen Marktzinssatz für die Laufzeit der Aktienanleihe. Der Anleihegläubiger einer Aktienanleihe ist in der Position eines Verkäufers einer Put-Option, dh er hat das Risiko, dass die Bank die zu Grunde liegende(n) Aktie(n) am Laufzeitende liefert und der dann aktuelle Marktkurs der Aktie so stark zurückgegangen ist, dass die Rendite der Aktienanleihe (deutlich) unter der Rendite, die im Falle einer Rückzahlung zum Rückzahlungsbetrag eingetreten wäre, liegen kann. Die Rendite einer Aktienanleihe kann auch negativ sein, im schlimmsten Fall können die gelieferten Aktien keinen Marktwert mehr aufweisen. Behält der Anleihegläubiger einer Aktienanleihe die Aktien nach Lieferung durch die Bank, so hat er alle Risiken einer Aktienveranlagung zu tragen.]

- [Allgemeine Risiken von Zertifikaten.

Da Zertifikate typischerweise keinen laufenden Ertrag abwerfen, können Wertverluste der Zertifikate nicht durch

andere Erträge aus den Zertifikaten kompensiert werden. Die einzige Ertragschance besteht in einer für den Anleger positiven Entwicklung des Basiswerts. Wenn sich dies nicht realisiert und das entsprechende Zertifikat über keinen Kapitalschutz verfügt, kann die Höhe der Kapitalrückzahlung erheblich unter dem Emissionspreis oder dem vom Anleihegläubiger bezahlten Kaufpreis liegen und sogar null betragen, mit der Folge, dass der Anleihegläubiger sein gesamtes eingesetztes Kapital verliert (Totalverlust).]

- [Spezielle Risiken von Zertifikaten mit einem Mindestbetrag.

Anleger dürfen eine Tilgungszahlung in Höhe von zumindest dem Mindestbetrag nur dann erwarten, wenn sie die Zertifikate bis zum Endfälligkeitstag halten. Weiters müssen Anleger beachten, dass die versprochene Rückzahlung zumindest in Höhe des Mindestbetrags von der Zahlungsfähigkeit der Emittentin abhängt und somit auch Inhaber von Zertifikaten nicht gegen das Insolvenzrisiko der Emittentin geschützt sind. Anleger sollten bedenken, dass sie bei einem Investment in ein Zertifikat mit einem Mindestbetrag auf ein höheres Gewinnpotenzial verzichten.]]

[D.6 Risikohinweis

Anleihegläubiger von derivativen Wertpapieren unterliegen dem Risiko, ihren Kapitaleinsatz ganz oder teilweise zu verlieren.

[Bei derivativen Wertpapieren spezifische Risikofaktoren aus D.3 einfügen]]

E. Das Angebot

E.2b Gründe für das Angebot und Zweckbestimmung der Erlöse (sofern diese nicht in der Gewinnerzielung und/oder der Absicherung bestimmter Risiken liegen)

Die Gründe für das Angebot und die Verwendung der Erlöse werden in den Endgültigen Bedingungen beschrieben.

E.3 Angebotskonditionen

Das Angebot der Wertpapiere unter diesem

Programm unterliegt keinen Bedingungen. Die Endgültigen Bedingungen sind zusammen mit diesem Prospekt zu lesen und enthalten, gemeinsam mit dem Prospekt, vollständige und umfassende Angaben über das Programm und die einzelnen Emissionen von Wertpapieren.

[Vertriebsmethode: [Nicht syndiziert]] [Syndiziert]]

[Stelle(n), die Zeichnungen entgegennimmt/-nehmen: [RAIFFEISENVERBAND SALZBURG eGen]] [●]]

[Zeitraum für die Zeichnung: [●]]

[Provisionen: [●]]

[Methode und Fristen für die Bedienung der Wertpapiere und ihre Lieferung: [●]]

Bekanntgabe der Ergebnisse des Angebotes: Die Ergebnisse des Angebotes der Wertpapiere werden nach Ablauf der Zeichnungsfrist durch die Emittentin u.a. auf ihrer Homepage veröffentlicht. Die Anleihegläubiger werden über ihre depotführende Bank über die ihnen zugeteilten Wertpapieren verständigt.

Verfahren zur Meldung zugeteilter Beträge: Die Anleihegläubiger werden über ihre depotführende Bank über die ihnen zugeteilten Wertpapiere verständigt.

[Lieferung: [●]]

[Hier weitere Konditionen des Angebots einfügen: [●]]

E.4 Interessenskonflikte im Hinblick auf das Angebot der Wertpapiere

[Mögliche Interessenskonflikte können sich zwischen der Emittentin, der Zahlstelle und den Anleihegläubigern ergeben, insbesondere hinsichtlich bestimmter Ermessensentscheidungen die den vorgenannten Funktionen aufgrund der Emissionsbedingungen oder auf anderer Grundlage zustehen sowie durch die Zahlung marktüblicher Provisionen (die auch bereits im Emissionspreis der Wertpapiere enthalten sein können) an Vertriebspartner durch die Emittentin. Diese Interessenskonflikte könnten einen

negativen Einfluss auf die Anleihegläubiger haben.] [●]

E.7 Schätzung der Ausgaben, die dem Anleger vom Emittenten oder Anbieter in Rechnung gestellt werden.

[●]

RISIKOFAKTOREN

1. Allgemein

Der Erwerb von und die Investition in Wertpapiere der Raiffeisenverband Salzburg eGen ist für den Erwerber mit Risiken verbunden. Dieses Kapitel beschreibt jene Risikofaktoren, die nach Ansicht der Bank mit dem Erwerb der Wertpapiere verbunden sind. Der Eintritt dieser Risiken kann, einzeln oder zusammen mit anderen Umständen, die Geschäftstätigkeit der Emittentin wesentlich beeinträchtigen und erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Anleger haben.

Die nachfolgend aufgeführten Risiken können sich als nicht abschließend herausstellen und daher nicht die einzigen Risiken sein, denen die Emittentin ausgesetzt ist. Die Reihenfolge und die Ausführlichkeit der nachfolgend dargestellten Risikofaktoren sagt nichts über ihre Eintrittswahrscheinlichkeit oder die potenziellen wirtschaftlichen Auswirkungen im Falle ihres Eintritts aus. Zu beachten ist ferner, dass Risikofaktoren auch kumulativ vorliegen und sich gegenseitig verstärken können. Weitere Risiken und Unsicherheiten, die der Emittentin etwa gegenwärtig nicht bekannt sind oder die von ihr gegenwärtig als unwesentlich eingeschätzt werden, können ihre Geschäftstätigkeit ebenfalls beeinträchtigen und wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

Dieser Prospekt kann die vor jeder Anlageentscheidung in jedem individuellen Fall unerlässliche Beratung durch Hausbank, Anlage-, Rechts-, Steuer- oder sonstigen Berater nicht ersetzen. Potenzielle Anleger sollten vor einer Anlageentscheidung sicherstellen, dass sie die Funktionsweise des jeweiligen Wertpapiers und die damit verbundenen Risiken verstanden haben, dass der Erwerb der Wertpapiere eine ihren Bedürfnissen und Verhältnissen entsprechende Anlage darstellt, und dass sie das Risiko des Verlusts des eingesetzten Kapitals einschließlich anfallender Transaktionskosten tragen können.

Falls einer oder mehrere der nachstehend oder gegebenenfalls in einem Nachtrag angeführten Risikofaktoren eintreten, können Anleger ihr Investment zur Gänze oder zum Teil verlieren.

Potentielle Anleger sollten sich bewusst sein, dass die Wertpapiere an Wert verlieren können und es zu einem Verlust der gesamten Investition (Totalverlust) kommen kann.

2. Risikofaktoren in Bezug auf die Geschäftstätigkeit der Emittentin

Die Emittentin ist im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit Risiken ausgesetzt, deren Realisierung dazu führen kann, dass sie ihren Verpflichtungen aus den Wertpapieren nicht oder nicht zur Gänze und/oder fristgerecht nachkommen kann. Diese Risiken können auch dazu führen, dass die Umsätze und Erträge der Bank von Berichtszeitraum zu Berichtszeitraum schwanken.

Wichtiger Hinweis: Historische Finanzzahlen lassen keine Rückschlüsse auf künftige Zeiträume zu und können sich von einem Jahr auf das nächste wesentlich ändern.

Angehende Investoren sollten beachten, dass die nachstehend beschriebenen Risiken nicht die einzigen Risiken sind, denen sich die Bank gegenüber sieht. Die Bank hat jene Risiken betreffend ihr Geschäft, ihre Geschäftstätigkeit, ihre Finanzlage und/oder ihre Aussichten beschrieben, welche sie zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Prospektes als wesentlich ansieht und von welchen sie derzeit Kenntnis hat. Es gibt zusätzliche Risiken, welche die Bank derzeit als nicht wesentlich ansieht und/oder von welchen sie derzeit keine Kenntnis hat, und jedes dieser Risiken könnte Auswirkungen auf ihre Ertrags- und Finanzlage und das Ergebnis ihrer Geschäftstätigkeit haben.

2.1 Risiko, dass die Emittentin aufgrund der unterschiedlichen Fristigkeiten von Forderungen und Verbindlichkeiten ihre gegenwärtigen oder zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder fristgerecht erfüllen kann (Liquiditätsrisiko der Emittentin).

Aufgrund der unterschiedlichen Fristigkeit von Forderungen und Verbindlichkeiten der Emittentin besteht das Risiko, dass die Emittentin ihre gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig und/oder nicht zeitgerecht erfüllen bzw die erforderliche Liquidität bei Bedarf nicht zu den erwarteten Konditionen beschaffen kann. Das Liquiditätsrisiko umfasst folgende Teilrisiken: (i) Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko schließt das Terminrisiko (unplanmäßige Verlängerung der Kapitalbindungsdauer von Aktivgeschäften) und Abrufisiko (vorzeitiger Abzug von Einlagen, unerwartete Inanspruchnahme von zugesagten Kreditlinien) ein. (ii) Das Liquiditätsfristentransformationsrisiko umfasst das Marktliquiditätsrisiko (Aktivposten der Bilanz können nicht oder nur zu schlechteren Konditionen veräußert werden) und das Refinanzierungsrisiko (Anschlussfinanzierungen können nicht oder nur zu schlechteren Konditionen durchgeführt werden). Die Verwirklichung dieses Risikos kann negative Auswirkungen auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

2.2 Risiko, dass Kunden und andere Vertragspartner vertragliche Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen und die von der Emittentin gebildeten Rückstellungen für die Abdeckung dieses Risikos nicht ausreichen (Kreditausfallsrisiko).

Das Risiko, dass Kunden und andere Vertragspartner der Emittentin ihre Zahlungsverpflichtungen gegenüber der Emittentin nicht erfüllen, trifft die Emittentin aus Geschäften mit Privatkunden, Firmenkunden, anderen Banken, Finanzinstitutionen und souveränen Schuldner (Staaten). Es besteht das Risiko, dass die Emittentin zusätzlich zu den bereits gebildeten Wertberichtigungen und Rückstellungen weitere Vorsorgen für etwaige zweifelhafte oder uneinbringliche Forderungen bilden muss. Das Ausmaß uneinbringlicher Forderungen sowie erforderliche Wertberichtigungen können die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin nachteilig beeinflussen und zu zusätzlichen Anforderungen an die Eigenmittelunterlegung führen.

2.3 Das Risiko aus Krediten an Kunden aus derselben Branche oder Region oder an assoziierte bzw verbundene Unternehmen der Emittentin kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin erheblich negativ beeinflussen (Konzentrationsrisiko).

Die Emittentin ist aufgrund von Forderungen, die sie gegenüber Kreditnehmern eines bestimmten Wirtschaftszweiges oder innerhalb einer Region oder gegenüber assoziierten bzw verbundenen Unternehmen hält in unterschiedlichem Ausmaß den nachteiligen Folgen der Konzentration oder den Wechselwirkungen innerhalb einer Branche, einer Region oder innerhalb der Gruppe assoziierter bzw verbundener Unternehmen ausgesetzt. Daraus kann sich ein erheblich nachteiliger Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin ergeben.

2.4 Risiko der Emittentin, dass Vertragspartner ihre Verpflichtungen aus Handelsgeschäften nicht vereinbarungsgemäß erfüllen (Kontrahentenrisiko).

Die Emittentin ist dem Risiko ausgesetzt, dass Vertragspartner (die "Kontrahenten", insbesondere andere Banken und Finanzinstitute) ihre Verpflichtungen nicht vereinbarungsgemäß erfüllen. Dies kann nachteilige Auswirkungen auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

2.5 Risiko der Emittentin, aufgrund eines intensiven Wettbewerbs bzw einer sich verschärfenden Wettbewerbssituation Nachteile zu erleiden (Wettbewerbsrisiko).

Die Emittentin ist eine regionale Bank mit dem Fokus auf das Bankgeschäft mit Privat- und Firmenkunden. Der regionale Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit liegt in Salzburg. Die Emittentin ist in einem herausfordernden wirtschaftlichen

Heimatmarkt Österreich und Süddeutschland tätig. Intensiver Wettbewerb mit anderen Banken bzw eine sich verschärfende Wettbewerbssituation, insbesondere auf dem Heimatmarkt Österreich und Süddeutschland, kann die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin erheblich nachteilig beeinflussen.

2.6 Risiko des Verlusts einer oder mehrerer Führungskräfte.

Die Geschäfts- und Ertragslage der Emittentin hängt in hohem Maße von qualifizierten Führungskräften und Mitarbeitern ab, die bei der Emittentin zum überwiegenden Teil schon seit Jahren beschäftigt sind. Es besteht jedoch das Risiko, dass solche qualifizierten Führungskräfte und Mitarbeiter in Schlüsselpositionen in Zukunft für die Emittentin nicht mehr tätig sein werden. Der Verlust einer oder mehrerer dieser Führungskräfte und Mitarbeiter kann einen nachteiligen Effekt auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

2.7 Risiko des nicht zeitgerechten Erkennens von wesentlichen Entwicklungen und Trends im Bankensektor.

Die Führungskräfte der Emittentin treffen strategische Entscheidungen aufgrund von wesentlichen Entwicklungen und Trends im Bankensektor. Es besteht jedoch das Risiko, dass selbst hochqualifizierte Führungskräfte und Mitarbeiter, die diese Entwicklungen verfolgen, analysieren und auch potentielle Risiken überprüfen wesentliche Entwicklungen und Trends im Bankensektor nicht zeitgerecht erkennen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Emittentin hängt aber in einem hohen Maße von ihrer Fähigkeit zur raschen Anpassung ihrer Geschäftsbereiche an Branchentrends ab. Ein nicht zeitgerechtes Erkennen wesentlicher Entwicklungen und Trends im Bankensektor könnte sich daher nachteilig auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken.

2.8 Risiko potenzieller Interessenkonflikte der Organmitglieder der Emittentin aufgrund ihrer Tätigkeit für andere Mitglieder der Raiffeisenbankengruppe Österreich.

Die Mitglieder des Vorstands, der Geschäftsleitung und des Aufsichtsrats der Emittentin üben wesentliche Organfunktionen und sonstige leitende Funktionen (zB als Vorstand, Aufsichtsrat, Geschäftsführer, Geschäftsleiter) in anderen Mitgliedern der Raiffeisenbankengruppe Österreich oder im Konzern der Emittentin (die Emittentin gemeinsam mit ihren vollkonsolidierten Tochterunternehmen, die "**RVS-Gruppe**" oder die "**Gruppe**") aus. Aus diesen Tätigkeiten können sich potenzielle Interessenkonflikte mit ihrer Organfunktion bei der Emittentin ergeben. Derartige Interessenkonflikte bei den Organmitgliedern können insbesondere dann auftreten, wenn diese über Maßnahmen zu entscheiden haben, bei welchen die Interessen der Emittentin von jenen der Raiffeisenbankengruppe Österreich oder einzelner Mitgliedern derselben abweichen (zB bei Veräußerung wichtiger Vermögensgegenstände,

gesellschaftsrechtlichen Maßnahmen, wie Spaltungen, Verschmelzungen oder Kapitalerhöhungen, Übernahmen, der Genehmigung des Jahresabschlusses, Gewinnausschüttungen, Beteiligungen, etc.). Das Auftreten derartiger Interessenkonflikte kann nachteilige Auswirkungen auf die Emittentin und/oder die Inhaber von Wertpapieren (die "**Anleihegläubiger**") der Emittentin bzw deren Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben.

2.9 Aufgrund der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen der Emittentin oder aufgrund externer Ereignisse kann es zum Eintritt unerwarteter Verluste kommen (operationelles Risiko).

Unter dem operationellen Risiko versteht die Emittentin das Risiko von unerwarteten Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen der Emittentin oder von externen Ereignissen einschließlich des Rechtsrisikos eintreten. Dies umfasst insbesondere auch interne Risikofaktoren wie zB unbefugte Handlungen, Diebstahl und Betrug oder Abwicklungs- und Prozessfehler, Geschäftsunterbrechungen oder Systemausfälle sowie externe Risikofaktoren einschließlich Sachschäden und Betrugsabsichten. Die Bankbranche ist von Natur aus zahlreichen und umfangreichen operationellen Risiken ausgesetzt, insbesondere in volatilen oder illiquiden sowie in sich entwickelnden Märkten. Die Emittentin ist mit großen Risiken in Zusammenhang mit Kunden- oder Mitarbeiterbetrug, Geldwäsche, Mitarbeiterfehlern oder Fehlverhalten von Mitarbeitern, aber auch in Zusammenhang mit einem Versagen ihrer Vertragspartner konfrontiert. Unter dem Rechtsrisiko versteht man beispielsweise die fehlende Berechtigung eines Vertragspartners der Emittentin zum Geschäftsabschluss, vertragliche Mängel, eine unvollständige Dokumentation der Geschäfte oder rechtliche Besonderheiten und Änderungen in der Rechtsgrundlage eines Geschäfts, die dazu führen können, dass Forderungen/Ansprüche der Emittentin aus Transaktionen rechtlich nicht durchsetzbar sind, woraus Verluste der Emittentin resultieren können. Der Eintritt solcher Ereignisse, insbesondere von Betriebsausfällen (zB infolge des Ausfalls von Kommunikationssystemen, etc.) oder systemtechnisch bedingten Ausfällen von Gegenleistungen der Vertragspartner der Emittentin kann zu spürbaren Verlusten der Emittentin führen. Hieraus können Verluste entstehen, die auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin einen erheblichen negativen Einfluss haben.

2.10 Risiko, dass Ausfälle, Unterbrechungen oder Sicherheitsmängel den laufenden Betrieb verschiedener Geschäftsfelder der Emittentin vorübergehend beeinträchtigen (IT-Risiko).

Die Geschäftstätigkeit der Emittentin hängt in hohem Maße von funktionierenden Kommunikations- und Datenverarbeitungssystemen ab. Ausfälle, Unterbrechungen und Sicherheitsmängel können zu Ausfällen oder Unterbrechungen der Systeme für Kundenbeziehungen, Buchhaltung,

Verwahrung, Betreuung und/oder Kundenverwaltung führen. Ausfälle und Unterbrechungen der Datenverarbeitungssysteme können den laufenden Betrieb verschiedener Geschäftsfelder der Emittentin vorübergehend beeinträchtigen und sich dadurch negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken.

2.11 Risiko des Eintritts einer aus heutiger Sicht nicht vorhersehbaren Situation bzw die Realisierung aus heutiger Sicht unabsehbarer Risiken (Abhängigkeit von erfolgreichem Risikomanagement).

Der Eintritt einer aus heutiger Sicht nicht vorhersehbaren Situation bzw die Realisierung aus heutiger Sicht unabsehbarer Risiken kann dazu führen, dass das System der Emittentin zur Risikosteuerung und zum Risikomanagement überfordert ist bzw versagt. Dies kann einen nachteiligen Einfluss auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

2.12 Die Absicherungsstrategien der Emittentin könnten sich als unwirksam erweisen.

Die Emittentin verwendet eine Reihe von Instrumenten und Strategien, um sich gegen Risiken abzusichern. Unvorhergesehene Marktentwicklungen können einen maßgeblichen Einfluss auf die Effektivität von Absicherungsstrategien haben. Instrumente zur Absicherung von Zins- und Währungsrisiken können zu Verlusten führen, wenn die ihnen zugrunde liegenden Finanzinstrumente verkauft werden oder Wertberichtigungen erforderlich werden. Erträge und Verluste von ineffizienten Absicherungsmaßnahmen können die Volatilität der Ergebnisse der Bank erhöhen, was sich erheblich nachteilig auf die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken könnte.

2.13 Risiko der Stagnation oder des Fallens der Erträge aus dem Provisionsgeschäft.

Die aus dem Bankgeschäft der Emittentin resultierenden Provisionserträge haben in den letzten Jahren wesentlich zu den gesamten Betriebserträgen beigetragen. Sollten die Provisionserträge aus dem Bankgeschäft der Emittentin in Zukunft stagnieren oder sogar fallen, kann sich daraus ein nachteiliger Einfluss auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin ergeben.

2.14 Risiko des Sinkens der Erlöse der Emittentin aus Handelsgeschäften aufgrund ungünstiger Marktverhältnisse oder wirtschaftlicher Bedingungen.

Die Erlöse der Emittentin aus Handelsgeschäften (Zinshandel, Devisenhandel und Wertpapierhandel) können auf Grund ungünstiger Marktverhältnisse oder ungünstiger wirtschaftlicher Bedingungen sinken. Dies kann nachteilige Auswirkungen auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

2.15 Laufende und künftige Gerichts- und Behördenverfahren können bei negativem Ausgang zu finanziellen und rechtlichen Belastungen der Emittentin führen.

Die Emittentin führt im Rahmen ihres üblichen Geschäftsverlaufes zivilgerichtliche und verwaltungsrechtliche Verfahren vor diversen Gerichten und staatlichen Behörden. Die Emittentin bildet für die von ihr geführten zivilgerichtlichen und verwaltungsrechtlichen Verfahren Rückstellungen entsprechend ihrer Einschätzung des Prozessrisikos bzw. der Prozessaussichten. Der Ausgang eines anhängigen Gerichts- oder Behördenverfahrens kann jedoch nicht vorhergesagt werden. Ein negativer Ausgang laufender oder künftiger Gerichts- oder Behördenverfahren könnte wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

2.16 Zinsänderungen werden durch viele Faktoren verursacht, die außerhalb des Einflussbereichs der Emittentin liegen, und solche Änderungen können wesentliche negative Auswirkungen auf das Finanzergebnis und ihren Zinsüberschuss haben (Zinsänderungsrisiko).

Nettozinserträge bilden einen wesentlichen Bestandteil der betrieblichen Erträge der Emittentin. Zinssätze reagieren sehr sensibel auf viele Faktoren, die außerhalb der Kontrolle der Emittentin liegen, wie zB Inflation, die von den Zentralbanken oder Regierungen festgelegte Währungspolitik, die Liberalisierung der Finanzdienstleistungen und verstärkter Wettbewerb auf den Finanzmärkten in denen die Emittentin tätig ist, innerstaatliche und internationale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie auch andere Faktoren. Veränderungen der Zinssätze können die Marge zwischen dem Zinssatz, den eine Bank ihren Einlegern und sonstigen Kreditgebern zahlen muss und dem Zinssatz, den die Bank auf Kredite, die sie an ihre Kunden begibt, erhält, beeinflussen. Wenn die Zinsmarge fällt, sinken auch die Nettozinserträge, es sei denn eine Bank schafft es, diesen Rückgang durch eine Erhöhung des Gesamtbetrages an Geldmitteln, die sie an ihre Kunden verleiht, auszugleichen. Ein Rückgang der Zinssätze, die den Kunden verrechnet werden, kann häufig die Zinsmarge negativ beeinflussen, insbesondere dann, wenn die Zinssätze für Einlagen bereits sehr niedrig sind, da eine Bank nur geringe Möglichkeiten hat, die Zinsen, die sie ihren Kreditgebern bezahlt, entsprechend zu reduzieren. Eine Erhöhung der Zinssätze, die den Kunden verrechnet werden kann auch negative Auswirkungen auf die Nettozinserträge haben, wenn dadurch weniger Geldmittel durch Kunden aufgenommen werden. Aus Gründen des Wettbewerbs kann sich die Emittentin auch dazu entschließen, die Zinsen für Einlagen zu erhöhen, ohne dabei die Zinssätze für vergebene Kredite entsprechend anzuheben. Schließlich könnte in einem bestimmten Zeitraum ein Ungleichgewicht von verzinslichen Vermögenswerten und verzinslichen Verbindlichkeiten im Fall von Zinsveränderungen die Nettozinsmarge der Emittentin reduzieren, was erhebliche negative Auswirkungen auf ihre Nettozinserträge und dadurch auf die Geschäftstätigkeit und die Finanz- und

Ertragslage der Emittentin haben könnte.

2.17 Risiken der Änderung des wirtschaftlichen und politischen Umfeldes oder rückläufiger Finanzmärkte.

Neben dem wirtschaftlichen und politischen Umfeld in Österreich haben als Ergebnis der Globalisierung auch die Entwicklung der Weltwirtschaft und der globalen Finanzmärkte einen wesentlichen Einfluss auf die Nachfrage nach den von der Emittentin angebotenen Dienstleistungen und Finanzprodukten und damit auch auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin.

Seit 2010 stellt die Eskalation der Staatsschulden einiger Euroländer eine neuerliche Belastung für die Finanzmärkte - allen voran der Staatsanleihenmärkte - dar. In der Folge gewann die Krise aufgrund der enormen Spannungen innerhalb der Europäischen Währungsunion rund um die Verschuldungssituation eine neue Dimension. Die Schuldenkrise hat auch die Realwirtschaft erreicht, wodurch eine Rezession im EURO-Raum einsetzte. Mit dem griechischen Schuldenschnitt im Jahr 2012 trat ein Kreditereignis ein und Kreditausfallsversicherungen wurden zur Zahlung fällig. Die Dauer und weiteren Folgen der Staatsschuldenkrise sind in ihrem Umfang noch nicht abschätzbar, jedenfalls sind diese wesentlich von der Realisierung von Budgetsanierungen und einer verstärkten Lösungskompetenz der EU-Politik (Stichwort: EU - Krisenmechanismus) abhängig. Die internationalen Finanzmärkte stehen weiterhin unter dem Einfluss der europäischen Staatsschuldenkrise. Obwohl geld- und finanzpolitische Maßnahmen stabilisierend wirkten, bleiben die Risiken für die Finanzmarktstabilität auf hohem Niveau. Die Sparmaßnahmen, die von einigen Ländern eingeführt wurden, haben verbunden mit dem eingeschränkten Zugang zu Refinanzierungsmitteln zu geringerem oder negativem BIP-Wachstum und hohen Arbeitslosenraten geführt und könnten auch zukünftig weitere negative Auswirkungen auf die Wirtschaftssysteme dieser Länder haben.

Seit September 2012 kam es zu einer Zunahme der weltweiten Interventionen von Zentralbanken und Regierungen zur Verhinderung einer weiteren Verschlechterung des Wirtschaftswachstums. Im Dezember 2013 hat das US Federal Reserve System (Fed) angekündigt, ab Januar 2014 das Programm zum Kauf von Staatsanleihen (bekannt als "**Quantitative Easing**" oder "**QE**") durch die Reduzierung des Kaufvolumens auf monatlich USD 75 Mrd (von monatlich USD 85 Mrd) zu reduzieren. Das QE wurde im Oktober 2014 beendet. Die Beendigung oder die Reduzierung (*Tapering*) ähnlicher Programme (oder die Erwartung, dass solche Programme beendet oder reduziert werden könnten) könnte – ebenso wie die eingeleitete Zinswende der Fed - wiederum zu mehr Unbeständigkeit der Finanzmärkte führen und das Wirtschaftswachstum negativ beeinflussen.

Die Europäische Zentralbank ("**EZB**") veröffentlichte einen Plan zum unbegrenzten Kauf von Staatsanleihen notleidender Länder wie Italien und Spanien teilweise im Austausch gegen die Annahme formeller Sparpakete.

Diese sog "Outright Monetary Transactions" der EZB trugen zur Stabilisierung in all diesen Ländern der Eurozone bei, allerdings sind die Langzeitauswirkungen ungewiss. Im Oktober 2014 veröffentlichte die EZB Details ihrer Programme zum Ankauf forderungsbesicherter Wertpapiere (*asset-backed securities purchase programme* – "**ABSPP**") und gedeckter Schuldverschreibungen (*covered bonds purchase programme* – "**CBPP3**"). Die Programme, die 2014 begonnen haben und auf zwei Jahre ausgelegt waren, sollen die Übertragung geldpolitischer Impulse fördern und die Bereitstellung von Krediten im Euroraum unterstützen und so die Geldpolitik weiter lockern. Diese Programme stießen teilweise auf Kritik bestimmter Zentralbanken im Euroraum, da die EZB beim Ankauf von Kreditverbriefungen geringerer Qualität überbezahlte Preise zahlen könnte und durch den Ankauf Kreditrisiken aus den Bilanzen von Kreditinstituten ohne angemessenen Ausgleich auf die EZB (und damit den Steuerzahler) übertragen würde. Anfang 2015 kündigte der EZB-Rat ein erweitertes Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (*expanded asset purchase programme*) an. Ziel des Programms ist die Gewährleistung von Preisstabilität. Das Programm sieht vor, dass die EZB zusätzlich zu ihren bestehenden Programmen zum Ankauf von Vermögenswerten des privaten Sektors Staatsanleihen ankauft, um den Risiken einer zu lang anhaltenden Phase niedriger Inflation zu begegnen. Dieser Beschluss des EZB-Rats fiel in einer Situation, in der sich die meisten Indikatoren für die gegenwärtige und erwartete Inflation im Euroraum historischen Tiefständen angenähert hatten. Nach Ansicht der EZB bestand die Gefahr, dass mögliche Zweitrundeneffekte auf die Lohn- und Preisfestsetzung die mittelfristige Preisentwicklung negativ beeinflussen. Die Ankäufe von Vermögenswerten sollen in einem Umfeld, in dem die Leitzinsen der EZB ihre Untergrenze erreicht haben, monetäre Anreize für die Wirtschaft schaffen und die gelockerten monetären und finanziellen Bedingungen sollen es Unternehmen und privaten Haushalten ermöglichen, günstiger Finanzmittel aufnehmen zu können. Dies soll Investitionen und Konsum stützen und letztlich dazu beitragen, dass sich die Teuerungsraten wieder dem Niveau von 2% annähern. Das Programm wird das ABSPP und das CBPP3 einschließen. Insgesamt sind monatliche Ankäufe von Vermögenswerten in Höhe von EUR 60 Mrd geplant. Dieses Ankaufprogramm wurde im Dezember 2015 von der EZB bis mindestens März 2017 verlängert und soll in jedem Fall so lange erfolgen, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die im Einklang steht mit seinem Ziel, mittelfristig Inflationsraten von unter, aber nahe 2% zu erreichen. Die Auswirkungen dieser und anderer Maßnahmen sind ungewiss; sie können den erwarteten Nutzen für die jeweiligen Volkswirtschaften erreichen oder auch nicht.

Das anhaltende historisch niedrige Zinsniveau in Verbindung mit dem erforderlichen Aufbau zusätzlicher Eigenmittel sowie die verhältnismäßig hohen steuerlichen Belastungen für Banken dämpfen die Ertragsmöglichkeiten und erhöhen den Kostendruck. Aus diesem Grund bleiben Verbesserungen der Struktur und der Effizienz von Kreditinstituten von besonderer Bedeutung im Bankensektor. Zudem können eine nachteilige Änderung des wirtschaftlichen

oder politischen Umfeldes in Österreich sowie eine erneute und/oder verschärfte nachteilige Entwicklung der Weltwirtschaft und der globalen Finanzmärkte die Emittentin und ihre Vertragspartner bzw die Nachfrage nach den von der Emittentin angebotenen Dienstleistungen und Finanzprodukten jederzeit nachteilig beeinflussen und sich damit nachteilig auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken.

Die Krise der internationalen Finanzmärkte hatte zu enormen Abschreibungen von Aktiva in den Bilanzen vieler Banken und zu einer maßgeblichen Ausweitung der Kreditaufschläge auf den Kapitalmärkten geführt, was die Refinanzierungskosten bestimmter Banken erhöht hat. Aufgrund dieser erhöhten Kosten und Abschreibungen sind einige Marktteilnehmer in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten und konnten eine Insolvenz nicht vermeiden. Diese Entwicklung hat zu einer beachtlichen Vertrauenskrise im Interbanken-Markt mit dem Resultat geführt, dass die Kreditgewährung zwischen den Banken substantiell zurückgegangen ist. Während die Refinanzierungskosten für Banken wesentlich gestiegen sind, ist die zur Verfügung stehende Liquidität im Interbanken- und Kapitalmarkt erheblich zurückgegangen. Die dauerhaften Auswirkungen dieser Vertrauenskrise auf die Kreditinstitute im Interbanken-Markt sind ungewiss, können sich aber auch auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin nachteilig auswirken.

Schwierige wirtschaftliche Bedingungen hatten, und haben möglicherweise in der Zukunft, negative Auswirkungen auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin. Wenn sich die wirtschaftlichen Bedingungen in den Märkten, in denen die Gruppe tätig ist, verschlechtern oder länger als erwartet herausfordernd bleiben, könnte sich das ebenso nachteilig auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken.

2.18 Risiko, dass aufgrund von Änderungen der Marktpreise Verluste entstehen (Marktrisiko).

Die Bedingungen auf den Finanzmärkten haben einen wesentlichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit der Emittentin. Änderungen und Schwankungen des Marktzinsniveaus (die "**Zinsvolatilität**") sowie Änderungen und Schwankungen an den Devisen-, Aktien-, Waren- oder anderen Märkten können sich nachteilig auf die Geschäftsergebnisse der Emittentin auswirken. Zu nachteiligen Entwicklungen an den Finanzmärkten kann es nicht nur aus rein wirtschaftlichen Gründen sondern auch durch Kriege, Terroranschläge, Naturkatastrophen oder ähnlichen Ereignissen kommen. Entwicklungen an den Finanzmärkten können unter anderem zu erhöhten Kosten für die Kapital- und Liquiditätsausstattung der Emittentin und zu Abwertungserfordernissen hinsichtlich bestehender Vermögenspositionen wie insbesondere von der Emittentin gehaltenen Beteiligungen führen. Die Verwirklichung dieses Marktrisikos kann darüber hinaus nachteilige Auswirkungen auf die Nachfrage nach den von der Emittentin angebotenen Dienstleistungen und Finanzprodukten und damit auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und

Ertragslage der Emittentin haben.

2.19 Risiko von Vermögensschäden bei der Emittentin infolge von Geldentwertung (Inflationsrisiko).

Die Gefahr von Vermögensschäden infolge von Geldentwertung (Inflationsrisiko) ist vor allem dann gegeben, wenn die tatsächliche Inflation stärker ausfällt als die erwartete Inflation. Das Inflationsrisiko wirkt sich vor allem auf den Realwert des vorhandenen Vermögens der Emittentin aus und auf den realen Ertrag, der durch das Vermögen der Emittentin erwirtschaftet werden kann. Demnach kann es bei einer höheren als der erwarteten Inflationsrate zu einer nachteiligen Beeinflussung der Wertentwicklung des Vermögens der Emittentin kommen.

2.20 Die Emittentin unterliegt Risiken im Zusammenhang mit einer möglichen Deflation.

Unter einer Deflation versteht man Preissenkungen, die auf fehlender Nachfrage beruhen. Eine Deflation führt typischerweise dazu, dass Unternehmen nicht mehr investieren, weil Investitionen keinen Gewinn mehr versprechen und Konsumenten ihre Konsumausgaben möglichst nach hinten schieben. In diesem Fall kann eine Deflation zu einer schweren Wirtschaftskrise und hoher Arbeitslosigkeit in den betroffenen Märkten führen.

In einer deflationären Phase ist die Gefahr einer selbsterhaltenden bzw sogar selbstverstärkenden Tendenz sehr groß: Sinkende Preise und Einkommen führen zu einer merklichen Kaufzurückhaltung der Konsumenten. Die sinkende Nachfrage wiederum bewirkt eine niedrigere Auslastung der Produktionskapazitäten oder gar Insolvenzen und damit weiter sinkende Preise und Einkommen. Aufgrund der negativen Auswirkungen auf die Gläubiger (unter anderem Kreditinstitute) schränken diese ihre Kreditvergabe ein, was die Geldmenge vermindert und Wirtschaftswachstum erschwert. Dies kann nachteilige Auswirkungen auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

2.21 Risiken im Zusammenhang mit Wechselkursschwankungen (Wechselkursrisiko).

Wertschwankungen zwischen dem Euro und anderen Währungen können die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin nachteilig beeinflussen.

2.22 Die Emittentin kann von wirtschaftlichen Schwierigkeiten anderer großer Finanzinstitute direkt betroffen werden (systemisches Risiko).

Die Finanz- und Kapitalmärkte können sich durch die Nicht- oder nicht vollständige Erfüllung von Verpflichtungen eines oder mehrerer Finanzinstitute,

wie etwa Kreditinstitute oder Versicherungsunternehmen, gegenüber anderen Teilnehmern am Finanz- oder Kapitalmarkt negativ entwickeln. Aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtungen großer Finanzinstitute und/oder mit anderen Teilnehmern des Finanz- und Kapitalmarkts besteht das Risiko, dass wirtschaftliche Schwierigkeiten eines großen Finanzinstituts oder die Nichterfüllung von Verbindlichkeiten durch ein großes Finanzinstitut zu einer den gesamten Finanz- und Kapitalmarkt negativ beeinflussenden Liquiditätsverknappung oder zu Verlusten oder zur Nichterfüllung der Verbindlichkeiten auch durch andere Finanz- und Kapitalmarktteilnehmer führen. Es besteht das Risiko, dass diese "systemischen" Risiken auch Finanzintermediäre (etwa Clearingstellen, Banken etc.) betreffen, mit denen die Emittentin täglich Geschäfte abwickelt. Die Verwirklichung eines der vorgenannten Risiken könnte zu erheblich negativen Entwicklungen der Finanz- und Kapitalmärkte führen und wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

2.23 Es besteht das Risiko, dass Wertminderungen von Sicherheiten zur Absicherung von Geschäfts- und Immobilienkrediten die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin wesentlich negativ beeinflussen.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Rahmenbedingungen werden volatile Preise für die Absicherung von Geschäfts- und Immobilienkrediten erwartet. Aufgrund sich ändernder Rahmenbedingungen auf den Geld- und Kapitalmärkten und/oder bei den Renditeerwartungen von Investoren kann es zu Anspannungen und wesentlichen Wertminderungen der Sicherheiten kommen, die die Geschäftsergebnisse und die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin wesentlich negativ beeinflussen können.

2.24 Risiko mangelnder Verfügbarkeit kostengünstiger Refinanzierungsmöglichkeiten.

Die Profitabilität der Emittentin hängt von ihrem Zugang zu kostengünstigen Refinanzierungsmöglichkeiten ab. Der Zugang zu Refinanzierungsmöglichkeiten kann sich - aufgrund externer Faktoren (wie zB der Finanzmarktkrise) oder aufgrund einer Ratingverschlechterung - gegenüber der Vergangenheit oder den Planungen der Emittentin einschränken oder verteuern, insbesondere aufgrund einer Änderung der Zinssätze. Zum Datum dieses Prospekts hat die EZB den europäischen Finanzinstituten niedrig verzinsten Refinanzierungen zugesichert. Falls die EZB ihre Sicherheitenstandards einschränken oder die Ratinganforderungen für als Sicherheiten dienende Wertpapiere erhöhen würde, könnte dies die Refinanzierungskosten der Emittentin erhöhen und ihre Möglichkeiten der Liquiditätsbeschaffung einschränken. Ungünstige Refinanzierungsmöglichkeiten können sich nachteilig auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken.

2.25 Risiko erhöhter Refinanzierungskosten der Emittentin aufgrund einer Verschlechterung ihres Ratings (Risiko einer Ratingveränderung).

Die Emittentin verfügt über ein Rating der Rating Agentur Moody's Deutschland GmbH (Moody's). Das Rating der Emittentin hat wesentlichen Einfluss auf ihre Refinanzierungskosten. Das Rating stellt eine Einschätzung der Ratingagentur dar, die anhand von Bonitätskriterien vorgenommen wird, deren Grundlage neben dem Geschäftsmodell, der Unternehmensstrategie und dem Kreis der Eigentümer der Emittentin die Bewertung deren Vermögens-, Finanz-, Risiko- und Ertragslage ist. Eine Herabstufung (*Downgrading*) oder gar Aussetzung oder Zurückziehung des Ratings reduziert die Konkurrenzfähigkeit insbesondere durch Erhöhung der Eigen- und Fremdkapitalkosten. Sie kann den Kreis potenzieller Geschäftspartner und damit den Zugang zu liquiden Mitteln einschränken, zum Entstehen neuer oder zur Fälligkeit bestehender Verbindlichkeiten, oder zur Verpflichtung zur Bestellung von Sicherheiten führen. Würde sich die Bonität und damit auch das Rating der Emittentin verschlechtern, kann das aus den vorgenannten Gründen die Refinanzierungsmöglichkeiten beeinträchtigen und damit eine wesentliche Verschlechterung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin zur Folge haben.

2.26 Risiko, dass die Emittentin durch eine mögliche Verschlechterung des Geschäftsverlaufs der Raiffeisenbankengruppe Salzburg und/oder der RVS-Gruppe als deren wesentliche Vertriebs- und Vertragspartnerin Nachteile erleidet.

Die Emittentin ist eine wesentliche Vertrags- und Vertriebspartnerin der RVS-Gruppe und der Raiffeisenbankengruppe Salzburg (diese umfasst 65 Raiffeisenbanken im Bundesland Salzburg mit der Emittentin als Spitzeninstitut). Jede Verschlechterung des Geschäftsverlaufs der RVS-Gruppe oder des Geschäftsverlaufs der Raiffeisenbankengruppe Salzburg birgt daher das Risiko nachteiliger Auswirkungen auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin.

2.27 Risiko aufgrund von Wertverlusten aus den Beteiligungen der Emittentin (Beteiligungsrisiko).

Die Emittentin ist über mehrere Beteiligungsgesellschaften indirekt an der RZB, und indirekt an der Raiffeisen Bank International AG ("**RBI**"), sowie anderen Gesellschaften beteiligt. Die RBI führte im Februar 2014 eine Kapitalerhöhung in Höhe von EUR 2,78 Mrd durch. Durch die Kapitalerhöhung reduzierte sich die indirekte RBI-Beteiligung der Emittentin auf 3,4%. Die Dividende aus dieser Beteiligung stellt einen wesentlichen Beitrag zum Ergebnis der Emittentin dar.

Die Beteiligungen der Emittentin sind verschiedenen Risiken ausgesetzt. Sie unterliegen insbesondere allgemeinen Geschäftsrisiken wie dem Risiko potentieller Verluste aus Marktänderungen in Form von schwankenden bzw sich ändernden Zinssätzen, Devisen- oder Aktienkursen und Preisen im

Allgemeinen (Marktrisiko), dem Risiko, dass Kunden nicht in der Lage sind, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen (Kreditrisiko), Währungsrisiken, dem Risiko unerwarteter Verluste aufgrund unzureichender oder verfehlter interner Abläufe, Systeme und Personalpolitik sowie dem Risiko externer Vorgänge (operationelles Risiko), einschließlich des Rechtsrisikos und können Rechtsstreitigkeiten unterliegen, behördlichen oder staatlichen Prüfungen unterzogen werden oder mit Änderungen der anwendbaren Gesetze bzw behördlichen Praxis konfrontiert werden, die erheblichen negativen Einfluss auf ihre Geschäftstätigkeit haben können. Sie sind von der Verfügbarkeit von Liquidität und Refinanzierungsmöglichkeiten abhängig und unterliegen ihrerseits mit ihren börsennotierten und nicht börsennotierten Beteiligungen einem analogen Beteiligungsrisiko, dh im Wesentlichen dem Risiko, dass das in die Beteiligung investierte Kapital keine Rendite generiert oder an Wert verliert.

Des Weiteren ist die Geschäftstätigkeit der Beteiligungen der Emittentin, insbesondere der RBI, die über Beteiligungen an Banken und Leasinggesellschaften in Zentraleuropa, Südosteuropa und verschiedenen GUS-Staaten verfügt, vom geschäftlichen und wirtschaftlichen Umfeld – insbesondere der Entwicklung der Finanzmärkte und der politischen Situation in Zentral- und Osteuropa – abhängig.

Die Länder und Regionen, in denen Beteiligungen bestehen, insbesondere Nicht-EU-Mitgliedsstaaten, sind erhöhten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen und den damit verbundenen Risiken unterworfen, wie zum Beispiel Wechselkursschwankungen, Änderungen des regulatorischen Umfelds, hoheitliche Maßnahmen, Inflation, wirtschaftliche Rezession, Beeinträchtigungen der heimischen Märkte, Spannungen am Arbeitsmarkt verbunden mit Änderungen der sozialpolitischen Werte, ethnische Spannungen, abnehmende Geburtenraten, etc.

Die aktuelle Krise zwischen der Ukraine und Russland hat zu signifikanten Unsicherheiten in Bezug auf die Beteiligungen der RBI in Russland und der Ukraine geführt, die durch die Abwertungen des russischen Rubel und der ukrainischen Hryvna noch verstärkt werden. Eine weitere Eskalation dieser Krise (militärischer Konflikt, Staatsbankrott, negative Wirtschaftsentwicklungen, weitere Währungsabwertungen oder ähnliches) könnten die Geschäfts-, Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der RBI wesentlich beeinträchtigen.

Zudem besteht aktuell vor allem in Ungarn durch politische Entwicklungen ein für Banken generell und für ausländische Banken besonders schwieriges Umfeld.

Aufgrund der Entwicklungen in der Ukraine, Russland und Ungarn wies die RBI für 2014 ein negatives Bilanzergebnis in Höhe von EUR 493 Mio aus. Für das Geschäftsjahr 2014 wurde seitens der RBI weder eine Dividende auf Aktien noch auf das staatliche oder private Partizipationskapital ausbezahlt. Gemäß dem Zwischenbericht der RBI über das 3. Quartal 2015 wird für das

Geschäftsjahr 2015 ein leicht positives Konzernergebnis erwartet, weil ein Großteil der Kosten der Restrukturierung der RBI erst nach dem 31.12.2015 anfallen werden. Daher wird auch keine Dividende für das Geschäftsjahr 2015 ausgeschüttet.

Jedes der oben genannten Risiken in Zusammenhang mit den Beteiligungen der Emittentin kann sich nachteilig auf die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage der Emittentin auswirken.

2.28 Risiko des Zahlungsausfalles bedingt durch hoheitliche Maßnahmen eines Staates sowie den Ausfall von staatlichen Schuldnern (Länderrisiko).

Die Emittentin ist einem Länderrisiko ausgesetzt, das sich nachteilig auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken kann. Das Länderrisiko wird bei der Emittentin in Anlehnung an das kreditinstitutseigene Verfahren zur Bewertung der Eigenkapitalausstattung gemäß § 39a des österreichischen Bankwesengesetzes (BGBl Nr 532/1993 idgF, das "**BWG**") (*Internal Capital Adequacy Assessment Process – ICAAP*) definiert und fokussiert auf das Risiko des Zahlungsausfalles bedingt durch hoheitliche Maßnahmen eines Staates sowie den Ausfall von staatlichen Schuldnern. Ein Zahlungsausfall durch hoheitliche Maßnahmen eines Staates und/oder ein Ausfall von staatlichen Schuldnern sowie erforderliche Wertberichtigungen können die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin nachteilig beeinflussen und zu zusätzlichen Anforderungen an die Eigenmittelunterlegung führen.

2.29 Änderungen von Gesetzen oder Änderungen des aufsichtsrechtlichen Umfelds können negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Emittentin haben.

Die Geschäftstätigkeit der Emittentin unterliegt sowohl nationalen und supranationalen Gesetzen und Regulativen als auch der Aufsicht der jeweiligen Aufsichtsbehörden in den Jurisdiktionen, in denen die Emittentin tätig ist. Durch Änderungen der jeweiligen rechtlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen (zB stärkere Regulierung oder Einschränkung bestimmter Geschäfte, zB im Rahmen der Einführung neuer Mindesteigenmittelvorschriften oder Änderungen der Bilanzierungsregeln), einschließlich Änderungen der Rechtsprechung und Verwaltungspraxis, kann die Geschäftstätigkeit und die Zahlungsfähigkeit der Emittentin beeinträchtigt werden.

- **Basel III und CRD IV-Paket**

Im Juni 2011 bzw Januar 2013 veröffentlichte der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (*Basel Committee on Banking Supervision – "BCBS"*) sein (endgültiges) als Basel III bekanntes internationales aufsichtsrechtliches Rahmenwerk für Kreditinstitute.

Die Basel III-Bestimmungen wurden auf europäischer Ebene ua

insbesondere durch eine Richtlinie ("Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG") (*Capital Requirements Directive IV – "CRD IV"*) sowie eine unmittelbar anwendbare Verordnung ("Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012") (*Capital Requirements Regulation – "CRR"*) umgesetzt.

Das CRD IV-Paket (das am 27.06.2013 veröffentlicht wurde) umfasst insbesondere folgende Themen: Neudefinition der (qualitativen) Eigenmittelanforderungen, Erhöhung der (quantitativen) Eigenmittelanforderungen, Neuberechnung von Kontrahentenrisiken, sowie Einführung von (quantitativen) Liquiditätsanforderungen sowie eines maximalen Leverage (Verhältnis von Kapital zu Risikopositionen (Verschuldungsquote – *Leverage Ratio*), (über die Mindesteigenmittelanforderungen hinausgehenden) Kapitalpuffern und Sonderregelungen für systemrelevante Institute.

Das CRD IV-Paket erhöht weiter die Qualität und Quantität von aufsichtsrechtlich erforderlichem Kapital (Eigenmittel) und die Mindesteigenmittel für derivative Positionen führen neue Liquiditätsvorschriften sowie eine Leverage Ratio ein.

Die CRR (eine EU-Verordnung, die in den EU-Mitgliedsstaaten ohne nationale Umsetzung unmittelbar anwendbar ist) sowie das österreichische Bundesgesetz zur Umsetzung der CRD IV in österreichisches Recht, welches insbesondere Änderungen des BWG beinhaltet, traten am 01.01.2014, vorbehaltlich bestimmter Übergangsbestimmungen, in Kraft.

Zusammen mit der Umsetzung der Basel III-Vorschriften verfolgt die EU durch die CRR das Ziel eines "einheitlichen Regelwerks" (*Single Rule Book*) innerhalb der EU, wodurch nationale Unterschiede, insbesondere durch Ausübung nationaler Wahlrechte und divergierende Interpretationen durch die Mitgliedstaaten reduziert bzw. beseitigt werden sollen.

Die Umsetzung von Basel III auf internationaler (insbesondere europäischer) und nationaler Ebene bringt für die Emittentin Mehrbelastungen mit sich, die sich auf ihre Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage nachteilig auswirken können.

Darüber hinaus können Untersuchungen und Verfahren von zuständigen Aufsichtsbehörden nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit der Emittentin und ihrer Beteiligungsgesellschaften haben.

- **Änderungen in der Anerkennung von Eigenmitteln**

Aufgrund der aufsichtsrechtlichen Änderungen werden verschiedene Eigenmittelinstrumente, die in der Vergangenheit emittiert wurden, ihre aufsichtsrechtliche Anrechenbarkeit als Eigenmittel verlieren oder als Eigenmittel geringerer Qualität eingestuft werden. Weitere Anpassungen der aufsichtsrechtlichen Anforderungen an die Eigenmittelausstattung durch die zuständigen Aufsichtsbehörden sind zu erwarten.

- **Strengere und geänderte Rechnungslegungsstandards**

Potenzielle Änderungen der Rechnungslegungsstandards, sowie strengere oder weitergehende Anforderungen, Vermögenswerte zum Fair Value (beizulegender Zeitwert) zu erfassen, könnten sich auf den Kapitalbedarf der Emittentin und der RVS-Gruppe auswirken. Außerdem könnte dies einen wesentlichen Einfluss darauf haben, wie die Emittentin ihre Finanzlage und ihre Geschäfts- und Finanzergebnisse aufzeichnet und berichtet.

- **Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten**

Am 12.06.2014 wurde eine Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten ("Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates") (*Bank Recovery and Resolution Directive* - "BRRD") im Amtsblatt der EU veröffentlicht. In Österreich wurde die BRRD durch das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz ("**BaSAG**") umgesetzt, das am 01.01.2015 zur Gänze in Kraft trat (vgl dazu näher den Risikofaktor "Anleihegläubiger sind dem Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht ausgesetzt.").

- **Regelungen für OTC Derivate gemäß EMIR**

Die am 4.7.2012 angenommene Verordnung zu OTC Derivaten, Zentralen Gegenparteien und Transaktionsregister (bekannt als *European Market Infrastructure Regulation* -- "**EMIR**") trat am 16.08.2012 in der EU in Kraft. Unter EMIR müssen bestimmte außerbörsliche, standardisierte OTC-Derivat-Geschäfte, die früher in den meisten Fällen direkt (dh *over the counter* -- OTC) zwischen den finanziellen Gegenparteien abgeschlossen wurden, über eine Zentrale Gegenpartei (*central counterparty*, "**CCP**") abgewickelt werden. Zusätzlich führt EMIR bestimmte Berichtspflichten und Risikominderungstechniken, einschließlich Regelungen betreffend Margining und Finanzsicherheiten, ein, was im Ergebnis zu höheren Kosten für Derivatgeschäfte führt.

Dementsprechend hat diese Rechtsvorschrift zu Veränderungen geführt, die Auswirkungen auf die Profitabilität der Geschäftstätigkeit der Emittentin haben, Anpassungen ihrer Handelspraktiken erfordern und die Kosten, einschließlich der Compliance- und IT-Kosten, erhöhen.

- **Der einheitliche Abwicklungsmechanismus für europäische Banken**

Der einheitliche Abwicklungsmechanismus (*Single Resolution Mechanism* - "**SRM**"), der im Januar 2016 operativ gestartet ist, stellt neben dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus (*Single Supervisory Mechanism* – "**SSM**") und dem gemeinsamen Einlagensicherungssystem ein Element der Bankenunion dar. Dieser dient zur Zentralisierung der Schlüsselkompetenzen und -ressourcen um bei Zusammenbruch eines Kreditinstituts in den teilnehmenden Mitgliedstaaten einzugreifen. Der SRM ergänzt den SSM und hat das Ziel zu gewährleisten, dass falls ein Kreditinstitut, das dem SSM unterliegt, ernste Schwierigkeiten hat, dessen Abwicklung effizient mit minimalen Kosten für die Steuerzahler und die Realwirtschaft bewältigt werden kann. Die Interaktion und Kooperation zwischen den Abwicklungs- und Aufsichtsbehörden ist ein zentrales Element des SRM. Der SSM wird zur Unterstützung des SRM bei der Überprüfung der Abwicklungspläne herangezogen, um eine Duplizierung der Aufgaben zu vermeiden.

Grundlage des SRM sind zwei Rechtsinstrumente: (i) eine SRM-Verordnung, die die wichtigsten Aspekte des Mechanismus regelt und weitgehend die Regelungen der BRRD über die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten wiederholt; und (ii) eine zwischenstaatliche Vereinbarung über bestimmte spezifische Aspekte des einheitlichen Abwicklungsfonds (*Single Resolution Fund* – *SRF*).

Die EU-Mitgliedstaaten, die Mitglieder der Bankenunion sind, müssen einen einheitlichen Abwicklungsfonds innerhalb eines Zeitraums von acht Jahren mit einer Zielausstattung von mind. 1% der abgedeckten Einlagen einrichten. Während dieses Übergangszeitraums soll der durch die SRM-Verordnung geschaffene Abwicklungsfonds nationale Kompartimente für die einzelnen teilnehmenden Mitgliedstaaten umfassen. Die Mittelausstattung dieser Kompartimente soll über einen Zeitraum von acht Jahren schrittweise vergemeinschaftet werden, beginnend mit einer 40%igen Vergemeinschaftung im ersten Jahr (dh 2016).

In Zukunft können zusätzliche weitere bzw neue aufsichtsrechtliche Anforderungen verabschiedet werden bzw in Kraft treten und das aufsichtsrechtliche Umfeld entwickelt und verändert sich weiterhin in den Märkten, in denen die Emittentin tätig ist. Der Inhalt und Umfang solcher neuen Regelungen sowie der Art und Weise, in der sie verabschiedet, durchgesetzt oder interpretiert werden, können die Refinanzierungskosten der Emittentin erhöhen und nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeiten, die Finanz-, die Ertragslage und Zukunftsaussichten der Emittentin haben.

Aus diesen Gründen benötigt die Emittentin in Zukunft zusätzliche Eigenmittel. Solches Kapital, sei es in Form von zusätzlichen Geschäftsanteilen oder anderem Kapital, das als Eigenmittel anerkannt wird, kann möglicherweise nicht bzw nicht zu annehmbaren Konditionen zur Verfügung stehen. Ferner können solche aufsichtsrechtlichen Entwicklungen die Emittentin daran hindern, bestehende Geschäftssegmente ganz oder teilweise weiterzuführen, Art oder Umfang der von der Emittentin durchgeführten Transaktionen einschränken oder Zinsen und Gebühren, die sie für Kredite und andere Finanzprodukte verrechnet, begrenzen oder diesbezüglich Änderungen erzwingen. Zusätzlich können für die Emittentin wesentlich höhere Compliance-Kosten und erhebliche Beschränkungen bei der Wahrnehmung von Geschäftschancen entstehen. Es ist ungewiss, ob die Emittentin in der Lage sein wird, ihre Kapitalquoten ausreichend und/oder rechtzeitig zu erhöhen. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass die Emittentin in zukünftige Stresstests der EBA und/oder Bewertungen der EZB einbezogen wird und dabei schlechte Ergebnisse erzielt. Wenn die Emittentin nicht in der Lage ist, ihre Kapitalquoten ausreichend zu erhöhen, kann es zu Herabstufungen ihres Ratings und einer Erhöhung ihrer Refinanzierungskosten kommen, was erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit, die Finanz- und die Ertragslage der Emittentin haben kann.

2.30 Die Emittentin ist möglicherweise nicht in der Lage, die Mindestanforderungen für Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten zu erfüllen; dies würde zu weiteren aufsichtsrechtlichen Maßnahmen führen, die die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Schuldverschreibungen zu leisten, wesentlich nachteilig beeinflussen könnte.

Im Einklang mit der BRRD / dem BaSAG muss jedes Institut sicherstellen, dass es jederzeit (auf Einzelinstituts- und konsolidierter Ebene) Mindestanforderungen für Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten erfüllt. Diese Mindestanforderungen sind von der Abwicklungsbehörde festzusetzen und aus dem Betrag der Eigenmittel und der berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten - ausgedrückt im Prozentanteil der gesamten Verbindlichkeiten und Eigenmittel des Instituts - zu berechnen.

Es besteht das Risiko, dass die Emittentin nicht in der Lage ist, diese Mindestanforderungen für Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten zu erfüllen, was die Fähigkeit der Emittentin, Zahlungen auf die Wertpapiere zu leisten, wesentlich nachteilig beeinflussen könnte.

2.31 Die Emittentin ist verpflichtet, Beiträge in den einheitlichen Abwicklungsfonds und an *ex-ante* finanzierte Fonds der Einlagensicherungssysteme abzuführen; dies wird zu zusätzlichen finanziellen Belastungen der Emittentin führen und könnte somit eine wesentliche Verschlechterung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin zur Folge haben.

Der Einheitliche Abwicklungsmechanismus (*Single Resolution Mechanism - SRM*) sieht die Errichtung eines einheitlichen Abwicklungsfonds (*Single Resolution Fund - SRF*) vor, an den alle Kreditinstitute in den teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten Beiträge abführen müssen.

Außerdem gibt es erstmals seit der Einführung der Einlagensicherungssysteme (*Deposit Guarantee Schemes - DGS*) im Jahr 1994, Finanzierungsanforderungen für die Einlagensicherungssysteme in der geänderten Richtlinie ("Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Einlagensicherungssysteme" (*Directive on Deposit Guarantee Schemes – "DGSD"*)). Grundsätzlich beträgt die Zielgröße der *ex-ante* finanzierten Fonds der Einlagensicherungssysteme 0,8% der gedeckten Einlagen, die von den Kreditinstituten bis zum Endtermin (3.7.2024) eingezogen werden. Gemäß dem Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (ESAEG), das die DGSD in Österreich umsetzt, ist der Einlagensicherungsfonds daher bis 3.7.2024 (Endtermin) aufzubauen.

Neben diesen *ex-ante* Beiträgen, werden die Kreditinstitute gegebenenfalls zusätzliche (*ex-post*) zu leistende Beiträge in einem bestimmten Ausmaß leisten müssen, welches aber begrenzt sein wird, um die Prozyklizität und die Verschlechterung der finanziellen Situation der gesunden Kreditinstitute zu vermeiden.

In der Vergangenheit erforderten die verpflichtenden Einlagensicherungssysteme in Österreich keine *ex-ante* zu leistenden Beiträge, sondern sie haben die Mitglieder der Einlagensicherungssysteme nur zu *ex-post* zu leistenden Beiträgen verpflichtet, nachdem die Einlage eines Mitglieds nicht mehr gedeckt war (schützendes Ereignis). Daher führt die Umsetzung der DGSD in österreichisches Recht, die *ex-ante* Beiträge vorsieht, zu zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Emittentin.

Die Errichtung des einheitlichen Abwicklungsfonds sowie die *ex-ante* zu leistenden Beiträge der Einlagensicherungssysteme führen zu zusätzlichen finanziellen Belastungen für die Emittentin und dies hat daher erhebliche negative Auswirkungen auf die finanzielle Position der Emittentin und ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

2.32 Es besteht das Risiko, verstärkter rechtlicher und öffentlicher Einflussnahme auf Kredit- und Finanzinstitute.

Jüngere Entwicklungen auf den globalen Märkten haben zu einer verstärkten Einflussnahme von staatlichen und behördlichen Stellen auf den Finanzsektor und die Tätigkeiten von Kredit- und Finanzinstituten geführt. Insbesondere

staatliche und behördliche Stellen in der EU und in Österreich schufen zusätzliche Möglichkeiten zur Kapitalaufbringung und Finanzierung für Kredit- und Finanzinstitute (einschließlich der Emittentin) und implementieren weitere Maßnahmen, inklusive verstärkter Kontrollmaßnahmen im Bankensektor und zusätzlicher Kapitalanforderungen (für Details zu Basel III siehe den entsprechenden Risikofaktor). Wo die öffentliche Hand direkt in Kredit- oder Finanzinstitute investiert, ist es möglich, dass sie auch auf Geschäftsentscheidungen der betroffenen Institute Einfluss nimmt. Es ist unklar, wie sich diese verstärkte Einflussnahme auf die Kredit- und Finanzinstitute einschließlich der Emittentin auswirkt. Dies könnte dazu führen, dass der Marktpreis der Wertpapiere sinkt oder Zahlungen aus den Wertpapieren verringert werden oder ausbleiben.

2.33 Risiko der Emittentin, dass sich das regulatorische Umfeld ändert.

Die Emittentin ist in Österreich und Süddeutschland tätig. Die Geschäftstätigkeit der Emittentin unterliegt den jeweiligen nationalen Gesetzen, EU-Vorschriften und internationalen Verträgen sowie der Aufsicht durch die jeweiligen Aufsichtsbehörden. Eine Änderung der geltenden rechtlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen kann sich nachteilig auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken.

2.34 Risiko der Änderung steuerlicher Rahmenbedingungen, insbesondere betreffend die Stabilitätsabgabe und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer.

Die zukünftige Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin ist ua auch abhängig von den steuerlichen Rahmenbedingungen. Jede zukünftige Änderung der Gesetzeslage, der Rechtsprechung oder der steuerlichen Verwaltungspraxis kann die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin nachteilig beeinflussen.

Die Emittentin unterliegt der Stabilitätsabgabe nach dem Stabilitätsabgabegesetz. Bemessungsgrundlage der Stabilitätsabgabe ist die durchschnittliche unkonsolidierte Bilanzsumme jenes Geschäftsjahres, das im Jahr vor dem Kalenderjahr endet, für das die Stabilitätsabgabe zu entrichten ist. Diese wird allenfalls vermindert um gesicherte Einlagen, gezeichnetes Kapital und Rücklagen, bestimmte Verpflichtungen von sich in Abwicklung oder Restrukturierung befindlichen Kreditinstituten, bestimmte Verbindlichkeiten, für die die Republik Österreich die Haftung übernommen hat sowie Verbindlichkeiten auf Grund bestimmter Treuhandgeschäfte. Die Höhe der Stabilitätsabgabe beträgt 0,09% für jene Teile der Bemessungsgrundlage, die einen Betrag von EUR 1 Mrd überschreiten und EUR 20 Mrd nicht überschreiten, und 0,11% für jene Teile, die einen Betrag von EUR 20 Mrd überschreiten. Hinzu kommt für die Kalenderjahre bis einschließlich 2017 ein Sonderbeitrag zur Stabilitätsabgabe. Im Ergebnis kommt es für die Emittentin zu einer Belastung für das Geschäftsjahr 2015 in Höhe von EUR 4,45 Mio (Geschäftsjahr 2014: EUR 4,40 Mio).

Der Vorschlag der Europäischen Kommission für eine "Richtlinie des Rates über die Umsetzung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Finanztransaktionssteuer" sieht vor, dass elf EU-Mitgliedstaaten, nämlich Österreich, Belgien, Estland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Portugal, die Slowakei, Slowenien und Spanien ("**Teilnehmende Mitgliedstaaten**") eine Finanztransaktionssteuer ("**FTS**") auf bestimmte Finanztransaktionen einheben sollen, sofern zumindest eine an der Transaktion beteiligte Partei im Hoheitsgebiet eines Teilnehmenden Mitgliedstaates ansässig ist und ein im Hoheitsgebiet eines Teilnehmenden Mitgliedstaates ansässiges Finanzinstitut eine Transaktionspartei ist, die entweder für eigene oder fremde Rechnung oder im Namen einer Transaktionspartei handelt (Ansässigkeitsprinzip). Zusätzlich enthält der Vorschlag eine Regelung, wonach ein Finanzinstitut bzw eine Person, die kein Finanzinstitut ist, dann als in einem Teilnehmenden Mitgliedstaat ansässig gelten, wenn sie Parteien einer Finanztransaktion über bestimmte Finanzinstrumente sind, die im Hoheitsgebiet dieses Teilnehmenden Mitgliedstaates ausgegeben werden (Ausgabeprinzip). Laut einer Veröffentlichung des Rates der Europäischen Union vom 8. Dezember 2015 sollen anfänglich Aktien und Derivate besteuert werden. Alle Teilnehmenden Mitgliedstaaten mit Ausnahme von Estland sind zu den Kernpunkten der Steuerbemessungsgrundlage, jedoch nicht zu den jeweiligen Steuersätzen übereingekommen. Es erscheint unklar, ob die FTS in der vorgeschlagenen Form überhaupt eingeführt werden wird. Sollte die FTS eingeführt werden, besteht aufgrund höherer Kosten für die Investoren das Risiko, dass die FTS zu weniger Transaktionen führt und dadurch die Erträge der Emittentin negativ beeinflussen könnte.

2.35 Änderungen von Rechnungslegungsgrundsätzen und -standards können einen Einfluss auf die Darstellung der Geschäfts- und Finanzergebnisse der Emittentin haben (Risiko der Änderung von Rechnungslegungsgrundsätzen).

Die Emittentin erstellt ihre Einzel- und Konzernabschlüsse aktuell nach den Vorschriften des UGB und des BWG. Die Emittentin könnte aufgrund gesetzlicher oder anderer Vorgaben gezwungen sein, geänderte Rechnungslegungsgrundsätze anzuwenden oder ihre Buchführung auf IFRS (*International Financial Reporting Standards*) umstellen. Jede Änderungen von Rechnungslegungsgrundsätzen oder eine allfällige Umstellung auf IFRS könnten einen wesentlichen Einfluss darauf haben, wie die Emittentin ihre Finanzlage und ihre Geschäfts- und Finanzergebnisse aufzeichnet und berichtet.

2.36 Die Einhaltung von Vorschriften im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung bringt erhebliche Kosten und Aufwendungen mit sich und die Nichteinhaltung dieser Vorschriften hat schwerwiegende rechtliche sowie reputationsmäßige Folgen.

Die Emittentin unterliegt rechtlichen Vorschriften im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung. Diese Vorschriften wurden in den letzten Jahren strenger und werden sich in Zukunft (insbesondere durch die 4. Geldwäsche-Richtlinie) weiter verschärfen und könnten strikter durchgesetzt werden. Die Einhaltung von Vorschriften im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung kann erhebliche Kosten und technische Aufwendungen für Banken und andere Finanzinstitute mit sich bringen. Die Emittentin kann weder die Einhaltung aller anwendbaren Vorschriften im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung garantieren noch, dass die gruppenweiten Standards zur Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung von jedem ihrer Mitarbeiter in jedem Fall eingehalten werden. Jeder Verstoß gegen Vorschriften im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Verhinderung von Geldwäsche, Korruption und Terrorismusfinanzierung und sogar vermeintliche Verstöße gegen solche Vorschriften können schwerwiegende rechtliche, finanzielle sowie reputationsmäßige Konsequenzen haben und die Geschäfts-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin erheblich nachteilig beeinflussen.

2.37 Risiko der Emittentin, als Mitglied von Solidaritätseinrichtungen der Raiffeisenbankengruppe Salzburg durch wirtschaftliche Schieflagen oder Insolvenz eines Mitglieds dieser Solidaritätsvereine Nachteile zu erleiden.

In der Raiffeisenbankengruppe Salzburg sind Solidaritätseinrichtungen etabliert, die im Falle von wirtschaftlichen Schieflagen eines Mitglieds der Raiffeisenbankengruppe Salzburg diesem Hilfe gewähren (der "**Salzburger Raiffeisen-Garantiefonds**") oder im Falle der Insolvenz eines Mitglieds der Raiffeisenbankengruppe Salzburg dessen Gläubiger entschädigen (die "**Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Salzburg**" und, zusammen mit dem Salzburger Raiffeisen-Garantiefonds, die "**Solidaritätsvereine**").

Aufgrund der Rolle der Emittentin als Mitglied der Solidaritätsvereine kommt dem Geschäftsverlauf der übrigen Mitglieder der Solidaritätsvereine auch für jenen der Emittentin eine entscheidende Bedeutung zu. Eine wirtschaftliche Schieflage oder Insolvenz eines Mitglieds der der Solidaritätsvereine birgt aufgrund der Unterstützungsleistungen für dieses Mitglied oder der garantierten Erfüllung der geschützten Kundenforderungen des insolventen Mitglieds der Solidaritätsvereine durch die übrigen Mitglieder der der Solidaritätsvereine, einschließlich der Emittentin, das Risiko, negativer Auswirkungen auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der

Emittentin.

2.38 Aufgrund der Mitgliedschaft der Emittentin im institutsbezogenen Sicherungssystem auf Bundesebene kommt dem Geschäftsverlauf der übrigen Mitglieder dieses Sicherungssystems eine entscheidende Bedeutung für die Emittentin zu. Eine Zahlungsverpflichtung unter diesem Sicherungssystem könnte sich wesentlich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken.

Die Emittentin hat eine Vereinbarung über die Errichtung eines institutsbezogenen Sicherungssystems (*Institutional Protection Scheme* – "IPS") im Sinne des Art 113 Abs 7 CRR auf Bundesebene ("B-IPS") mit der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG ("RZB"), den übrigen Raiffeisen Landesbanken, der RAIFFEISEN-HOLDING NIEDERÖSTERREICH-WIEN reg.Gen.m.b.H., der ZVEZA BANK, registrirana zadruha z omejenim jamstvom, Bank und Revisionsverband, reg.Gen.m.b.H, der Raiffeisen Wohnbaubank AG und der Raiffeisen Bausparkasse GmbH abgeschlossen. Am 31.10.2014 erhielt die RZB stellvertretend für alle am B-IPS teilnehmenden Mitglieder die für das B-IPS erforderliche Bewilligung der Finanzmarktaufsichtsbehörde ("FMA"). Im Hinblick auf Art 49 Abs 3 und Art 113 Abs 7 CRR können sich die am B-IPS teilnehmen Mitglieder auf die rechtliche Wirkung der Genehmigung beziehen.

Das B-IPS entspricht den Voraussetzungen der CRR, dh insbesondere sollen die Mitglieder in ihrem Bestand abgesichert und bei Bedarf ihre Liquidität und Solvenz zur Vermeidung eines Konkurses sichergestellt werden. Zur Sicherstellung dieses Zwecks wird von den Mitgliedern des B-IPS ein Sonderfonds dotiert, der eine rasche Hilfe sicherstellen soll. Die Dotierung dieses Sonderfonds mindert die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin.

Aufgrund der Mitgliedschaft der Emittentin im B-IPS kommt dem Geschäftsverlauf der übrigen Mitglieder des B-IPS eine entscheidende Bedeutung für die Emittentin zu. Eine – über die Fondsdotierung hinausgehende - Zahlungsverpflichtung unter dem B-IPS könnte sich wesentlich negativ auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin auswirken.

2.39 Risiko der Inanspruchnahme von Liquiditätsmanagementvereinbarungen durch andere Kreditinstitute der Raiffeisenbankengruppe Österreich.

Die Emittentin hat Liquiditätsmanagementvereinbarungen mit Kreditinstituten der Raiffeisenbankengruppe Österreich abgeschlossen, die die Bereitstellung von Liquidität durch die Emittentin sowie das gemeinsame Monitoring von Liquiditätskennzahlen und Maßnahmen im Zusammenhang mit Liquiditätsschwierigkeiten in der Raiffeisenbankengruppe Österreich regeln. Alle

teilnehmenden Kreditinstitute haben sich verpflichtet, bei Eintritt bestimmter Ereignisse, die die Liquiditätsversorgung eines teilnehmenden Kreditinstituts oder der gesamten Raiffeisenbankengruppe Österreich betreffen, Maßnahmen zur Behebung eines solchen Präventiv- bzw Krisenfalles mitzutragen und umzusetzen. Eine Inanspruchnahme der Liquiditätsmanagementvereinbarung durch andere Kreditinstitute der Raiffeisenbankengruppe Österreich kann einen nachteiligen Einfluss auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

Die Emittentin ist Zentralinstitut der Raiffeisenbankengruppe Salzburg und hat als solches mit allen Mitgliedsinstituten der Raiffeisenbankengruppe Salzburg eine wie oben beschriebene Liquiditätsmanagementvereinbarung abgeschlossen. Alle Mitgliedsinstitute der Raiffeisenbankengruppe Salzburg haben sich verpflichtet, bei Eintritt bestimmter Ereignisse, die die Liquiditätsversorgung ihrer Mitglieder betreffen, Maßnahmen zur Behebung eines solchen Präventiv- bzw Krisenfalles mitzutragen und umzusetzen. Eine Inanspruchnahme der Liquiditätsmanagementvereinbarung durch eines oder mehrere Mitgliedsinstitute der Raiffeisenbankengruppe Salzburg kann einen nachteiligen Einfluss auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

2.40 Neben den mit dem Bankgeschäft verbundenen Risiken unterliegt die RVS-Gruppe weiteren Risiken aus ihrem Warengeschäft (Warenrisiko).

Die RVS-Gruppe betreibt neben dem Bankgeschäft auch das klassische Lagerhausgeschäft (Warengeschäft). In diesem Bereich ist die Emittentin als Zentrale der Lagerhausgenossenschaften des Landes Salzburg tätig, die 38 Lagerhäuser, 26 Tankstellen, 9 Landmaschinenwerkstätten und ein Mischfutterwerk betreiben. Die RVS-Gruppe ist im Bereich des Warengeschäfts auch im Energie- und Einzelhandel tätig. In allen Bereichen des Warenhandels, in denen die Emittentin tätig ist, unterliegt sie dem Risiko von Warenpreisvolatilitäten und/oder falscher Einschätzungen der Märkte für die maßgeblichen Waren (Warenrisiko). Sollte das Warenrisiko in einem oder mehreren Bereichen des Warengeschäfts, in denen die RVS-Gruppe tätig ist, schlagend werden, könnte dies nachteiligen Einfluss auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

2.41 Die Emittentin unterliegt Risiken in Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit als Revisionsverband der Raiffeisenbankengruppe Salzburg (Revisionsrisiko).

Innerhalb der Raiffeisenbankengruppe Salzburg übernimmt die Emittentin die Aufgabe des Revisionsverbands. In dieser Aufgabe ist die Emittentin für die gesetzliche Revision und die Jahresabschlussprüfung der Mitglieder der Raiffeisenbankengruppe Salzburg verantwortlich. Die Emittentin ist in ihrer Funktion als Revisionsverband Haftungs- und Klagsrisiken ausgesetzt, die

beispielsweise im Falle einer unsachgemäßen Prüfung schlagend werden könnten. Ein Schlagendwerden von Haftungs- und Klagsrisiken der Emittentin als Revisionsverband der Raiffeisenbankengruppe Salzburg könnte die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin wesentlich beeinträchtigen.

2.42 Die Emittentin unterliegt Risiken in Zusammenhang mit den von ihr selbst genutzten Immobilien (Immobilienrisiko).

Unter dem Immobilienrisiko versteht die Emittentin das Risiko von Marktwertschwankungen der in ihrer Bilanz enthaltenen, eigengenutzten Immobilien. Sollte sich das Immobilienrisiko der Emittentin verwirklichen, könnte dies wesentliche nachteilige Auswirkungen auf die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin haben.

2.43 Die Emittentin unterliegt dem Risiko nachteiliger Änderungen der von Credit Spreads (Credit Spread Risiko).

Credit Spread Risiken bezeichnen potenzielle Verluste aufgrund sich ändernder Marktpreise hervorgerufen durch Änderungen von Credit Spreads bzw. der Spreadkurve im Vergleich zum risikofreien Zinssatz. Das Schlagendwerden von Credit Spread Risiken kann die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin wesentlich beeinträchtigen.

2.44 Risiko aus einer übermäßigen Verschuldung (*Leverage Ratio*).

Kreditinstitute mit übermäßiger Verschuldung könnten eine Negativspirale in Gang setzen, wenn sie im Falle von Verlusten oder Refinanzierungsengpässen dazu gezwungen sind, die eigene Verschuldung durch Notverkäufe zu reduzieren. Dies würde die Preise für die zu veräußernden Vermögenswerte drücken, was zu weiteren Bewertungsanpassungen und damit Verlusten bei diesen und anderen Kreditinstituten führen könnte. Die Verschuldungsgrenze (*Leverage Ratio*) ist eine Alternative zu risikogewichteten Messgrößen. Sie setzt die weitgehend ungewichtete Bilanzsumme eines Kreditinstituts ins Verhältnis zum Kernkapital eines Kreditinstituts. Eine richtig bemessene *Leverage Ratio* soll Kreditinstitute vor einer übermäßigen Verschuldung bewahren und somit das Risiko eines destabilisierenden Schuldenaufbaus senken. Sollte die Emittentin ihr *Leverage Ratio* falsch bemessen, könnte dies ihre die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich nachteilig beeinflussen.

2.45 Die Emittentin unterliegt dem Risiko eines Imageverlusts der Marke "Raiffeisen" (Reputationsrisiko).

Als Mitglied der Raiffeisenbankengruppe Österreich, ist die Emittentin eng mit der Marke "Raiffeisen" verbunden und von dieser Abhängig. Die Emittentin tritt als "Raiffeisen" auf und verwendet das Logo der Marke "Raiffeisen" in sämtlichen Geschäftsfeldern, in denen sie tätig ist. Ein Imageverlust der Marke "Raiffeisen" kann aus Gründen eintreten, die die Emittentin nicht beeinflussen

kann. So könnte ein Reputationsverlust eines anderen Mitglieds der Raiffeisenbankengruppe Österreich einen Imageverlust der Marke "Raiffeisen" verursachen. Jeder Imageverlust der Marke "Raiffeisen" könnte die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin nachhaltig schädigen.

2.46 Die Emittentin unterliegt Risiken aufgrund der Auslagerung von Dienstleistungen (Outsourcing Risiko).

Die Emittentin hat bestimmte für, den Betrieb ihres Geschäfts erforderliche, Dienstleistungen aus Effizienzgründen an dritte Unternehmen ausgelagert. Sie unterliegt daher dem Risiko, dass dritte Unternehmen, die Dienstleistungen für sie erbringen diese Dienstleistungen unzureichend erbringen. Dies könnte unmittelbar wie mittelbar (im Wege eines Reputationsverlusts) die Geschäfts-, Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Emittentin nachteilig beeinflussen.

3. Risiken in Bezug auf die Wertpapiere

Interessierte Investoren sollten beachten, dass die nachstehend beschriebenen Risiken nicht die einzigen mit den Wertpapieren verbundenen Risiken sind. Die Bank hat jene Risiken der Wertpapiere beschrieben, welche sie als materiell ansieht und welche ihr derzeit bewusst sind. Es kann zusätzliche Risiken geben, welche die Bank derzeit als nicht wesentlich ansieht oder welche ihr derzeit nicht bewusst sind, und jedes dieser Risiken könnte eine Auswirkung auf den Marktpreis der Wertpapiere haben, oder könnte zur Folge haben, dass Zins- und/oder Kapitalbeträge, welche aufgrund solcher Wertpapiere bezahlt werden, geringer als erwartet sind.

3.1 Wertpapiere können ein ungeeignetes Investment sein.

Potentielle Anleger sollten nur dann in Wertpapiere investieren, wenn sie über die nötige Expertise verfügen, um das Verhalten der Wertpapiere unter wechselnden Bedingungen, die resultierenden Veränderungen des Wertes der Wertpapiere sowie die Auswirkungen einer Anlage in Wertpapiere auf ihr Gesamtportfolio einzuschätzen.

Die Wertpapiere sind für Anleger keine geeignete Anlageform, wenn sie nicht über ausreichende Kenntnis und/oder Erfahrung über die Funktionsweise von Finanzmärkten und/oder Zugang zu Informationen und/oder finanziellen Ressourcen und Liquidität verfügen, um sämtliche Risiken aus dem Investment tragen zu können und/oder ein vollständiges Verständnis der Bedingungen der Wertpapiere und/oder die Fähigkeit besitzen, mögliche Szenarien für die Wirtschaft, die Zinsrate und andere Faktoren, die auf ihr Investment einwirken könnten, einzuschätzen.

Jeder potenzielle Anleger muss unter Einbeziehung seiner individuellen Umstände beurteilen, ob die Anlage für ihn geeignet ist. Insbesondere sollte jeder potenzielle Anleger:

- über ausreichendes Wissen und ausreichende Erfahrung verfügen, um die Wertpapiere, die Chancen und Risiken einer Anlage in die Wertpapiere und die in diesem Prospekt oder einem maßgeblichen Nachtrag enthaltenen oder mittels Verweis darin aufgenommenen Angaben aussagekräftig beurteilen zu können;
- Zugang zu geeigneten Analyseinstrumenten haben, mit deren Hilfe er unter Berücksichtigung seiner individuellen Finanzlage und des/der in Erwägung gezogenen Investment(s) eine Anlage in die Wertpapiere und den Einfluss der Wertpapiere auf sein gesamtes Anlagenportfolio beurteilen kann und diese Analyseinstrumente auch bedienen können;
- über ausreichende finanzielle Mittel und Liquidität verfügen, um alle mit einer Anlage in die Wertpapiere verbundenen Risiken tragen zu können;
- die Emissionsbedingungen der Wertpapiere genau verstehen und mit den Verhaltensweisen der jeweils maßgeblichen Finanzmärkte vertraut sein; und
- (alleine oder mit Hilfe eines Finanzberaters) in der Lage sein, mögliche Szenarien der Entwicklung von Wirtschafts-, Zins- und sonstigen Faktoren zu beurteilen, die die Anlage und die Fähigkeit des Anlegers, die betreffenden Risiken zu verkraften, beeinträchtigen können.

3.2 Es besteht keine Gewissheit, dass ein liquider Sekundärmarkt für die Wertpapiere entsteht oder, sofern er entstehen wird, dass er fortbestehen wird. In einem illiquiden Markt könnte es sein, dass Anleihegläubiger ihre Wertpapiere nicht oder nicht zu angemessenen Marktpreisen veräußern können.

Die Zulassung von Wertpapieren zum Handel in einem geregelten Markt ist nicht vorgesehen. Die Einbeziehung des Programms und einzelner Emissionen von Wertpapieren in den Handel in dem von der Wiener Börse als Multilaterales Handelssystem (*Multilateral Trading Facility* – "MTF") betriebenen Dritten Markt kann beantragt werden. Darüber hinaus sieht das Programm vor, dass die Wertpapiere möglicherweise überhaupt nicht notiert werden.

Unabhängig von einer Notierung der Wertpapiere an einem unregulierten Markt kann nicht gewährleistet werden, dass ein liquider Sekundärmarkt für die Wertpapiere entsteht oder, sofern er entstehen wird, dass er fortbestehen wird. Der Umstand, dass die Wertpapiere in den Handel im Dritten Markt einbezogen werden können, führt nicht zwangsläufig zu einer größeren Liquidität im Vergleich zu nicht in den Handel in einem MTF einbezogenen Wertpapieren. Sollten die Wertpapiere nicht in den Handel im Dritten Markt einbezogen werden, kann es schwieriger sein, für diese Wertpapiere Kursinformationen zu erhalten, was sich nachteilig auf die Liquidität der Wertpapiere auswirken kann. In einem illiquiden Markt sind Anleihegläubiger möglicherweise nicht in der Lage, ihre Wertpapiere zu verkaufen bzw zu angemessenen Marktpreisen bzw zu Preisen zu verkaufen, mit denen sie einen Ertrag erzielen, der mit dem von Anlagen, für die sich ein Sekundärmarkt gebildet hat, vergleichbar ist. Dies ist

vor allem bei Wertpapieren der Fall, die besonders anfällig für Zins-, Währungs-, oder Marktrisiken sind, zur Verfolgung bestimmter Anlageziele oder -strategien entwickelt wurden oder so strukturiert sind, dass sie die Anlagebedürfnisse begrenzter Anlegerkreise erfüllen. Bei diesen Arten von Wertpapieren wäre der Sekundärmarkt in der Regel eingeschränkter und die Kursschwankungen höher als bei herkömmlichen Schuldtiteln. Illiquidität kann sich wesentlich nachteilig auf den Marktwert von Wertpapieren auswirken. Die Möglichkeit zum Verkauf der Wertpapiere kann außerdem aus länderspezifischen Gründen beschränkt sein.

3.3 Anleihegläubiger sind dem Risiko nachteiliger Entwicklungen der Marktpreise ihrer Wertpapiere ausgesetzt und der Preis von Zertifikaten wird vorrangig vom Preis und der Volatilität der zugrunde liegenden Basiswerte und der verbleibenden Dauer beeinflusst.

Das Marktpreisrisiko ist eines der zentralen Risiken der Wertpapiere. Der Marktpreis der Wertpapiere ändert sich typischerweise täglich. Er wird durch eine Vielzahl von Faktoren, wie den Wert und die Volatilität maßgeblicher Referenzgrößen und die noch verbleibende Zeit bis zum Rückzahlungstag, gesamtwirtschaftliche Entwicklungen (insbesondere hinsichtlich der Marktzinssätze), der Politik von Zentralbanken, dem Inflationsniveau oder einer nicht vorhandenen oder besonders niedrigen bzw. besonders hohen Nachfrage nach den betreffenden Wertpapieren, aber auch von anderen Faktoren, wie etwa der Bonität der Bank bestimmt. Die Bedeutung der einzelnen Faktoren ist nicht direkt quantifizierbar und schwankt im Zeitablauf.

Der Preis, zu dem Anleihegläubiger Wertpapiere vor Fälligkeit verkaufen können, kann erheblich unter dem Emissionspreis, dem vom Anleihegläubiger bezahlten Kaufpreis oder dem erwarteten Preis liegen; falls Anleger zu diesem Preis Wertpapiere verkaufen, erleiden sie Verluste. Der historische Marktwert der Basiswerte kann nicht als Indikator für die zukünftige Entwicklung der Basiswerte während der Laufzeit der Wertpapiere angesehen werden.

3.4 Anleihegläubiger können dem Risiko ausgesetzt sein, dass die tatsächliche Rendite der Wertpapiere aufgrund einer künftigen Geldentwertung (Inflation) sinkt.

Das Inflationsrisiko steht für die Möglichkeit, dass der Wert von Vermögenswerten wie den Wertpapieren oder der Ertrag daraus sinkt, da eine Inflation die Kaufkraft einer Währung reduziert. Eine Inflation führt zu einem Wertverlust der Rendite. Wenn die Inflationsrate die auf die Wertpapiere zahlbaren Beträge übersteigt, wird die tatsächliche Rendite auf diese Wertpapiere negativ und die Anleihegläubiger erleiden – gemessen an der Kaufkraft - Verluste.

3.5 Anleihegläubiger sind dem Kreditrisiko der Emittentin ausgesetzt.

Kreditrisiko ist das Risiko des teilweisen oder vollständigen Ausfalls von

vereinbarten Zins- und/oder Tilgungszahlungen, die von der Emittentin zu erbringen sind. Je schlechter die Bonität der Emittentin ist, desto höher ist dieses Ausfallrisiko. Die Verwirklichung des Kreditrisikos kann dazu führen, dass Zahlungen unter den Wertpapieren ganz (Totalverlust) oder teilweise (Teilverlust) ausfallen. Jeder Anleihegläubiger trägt das Risiko einer möglichen Verschlechterung der finanziellen Situation der Emittentin bis zur Insolvenz. Die Wertpapiere begründen nicht-nachrangige bzw nachrangige Verbindlichkeiten der Bank, die im Fall der Liquidation, der Insolvenz der Bank oder einem Verfahren zur Abwendung einer Insolvenz der Emittentin untereinander und mit allen sonstigen gegenwärtigen und künftigen unbesicherten und nicht-nachrangigen bzw nachrangigen Verbindlichkeiten der Bank gleichrangig sind, ausgenommen solche Verbindlichkeiten, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt. Die Realisierung des Insolvenzrisikos hätte zur Folge, dass die Emittentin ihren Zahlungs- und/oder Lieferverpflichtungen aus den Wertpapieren gegenüber den Anleihegläubigern nicht oder nur teilweise nachkommen könnte.

3.6 Der Credit Spread der Emittentin kann nachteilige Auswirkungen auf den Marktpreis der Wertpapiere haben.

Der Credit-Spread ist jene Spanne, die die Emittentin einem Anleihegläubiger als Aufschlag für das vom Anleihegläubiger eingegangene Kreditrisiko bezahlen muss. Credit-Spreads werden als Aufschläge auf aktuelle risikolose bzw –arme Zinssätze oder als Abschläge auf den Preis gehandelt. Credit-Spread Risiko ist das Risiko, dass sich der Credit-Spread der Emittentin verändert. Weitet sich der Credit-Spread der Emittentin aus, so sinkt der Marktpreis der Wertpapiere und es kann zu einem Kursverlust während der Laufzeit der Wertpapiere kommen.

3.7 Risiko von Änderungen des anwendbaren Rechts.

Die Wertpapiere unterliegen österreichischem Recht und Änderungen anwendbarer Gesetze, Verordnungen oder der Aufsichtspraxis können nachteilige Auswirkungen auf die Emittentin, die Wertpapiere und die Anleihegläubiger haben. Die Auswirkungen gerichtlicher Entscheidungen oder Änderungen der derzeit anwendbaren Gesetze, Verordnungen oder der Aufsichtspraxis, die nach dem Datum dieses Prospekts ergehen oder erfolgen, sind derzeit nicht absehbar.

3.8 Interessenskonflikte können die den Wertpapieren zu Grunde liegende Basiswerte negativ beeinflussen.

Im normalen Verlauf ihrer Geschäftstätigkeit stehen die Bank und/oder die Mitglieder der RVS-Gruppe möglicherweise mit Emittenten der Basiswerte, deren jeweiligen verbundenen Unternehmen oder Garanten oder Dritten, die Verpflichtungen gegenüber den Emittenten der Basiswerte oder deren jeweiligen verbundenen Unternehmen oder Garanten haben, nicht nur in Geschäftsbeziehungen, sondern wickeln mit diesen Transaktionen ab, gehen

Bankgeschäfte jeder Art und Investmentbankgeschäfte ein oder stehen anderweitig in Geschäftskontakt, so als ob es die Wertpapiere nicht gäbe, und zwar unabhängig davon, ob sich die vorgenannten Handlungen nachteilig auf den Emittenten der Basiswerte, deren verbundene Unternehmen oder Garanten auswirken.

Die Bank ist möglicherweise von Zeit zu Zeit an Transaktionen im Zusammenhang mit den Basiswerten beteiligt, die den Marktwert, die Liquidität oder den Wert der Wertpapiere beeinflussen und sich gegebenenfalls nachteilig auf die Interessen der Anleihegläubiger auswirken können.

Mögliche Interessenkonflikte können sich auch zwischen der Berechnungsstelle und den Anleihegläubigern ergeben, insbesondere hinsichtlich bestimmter im Ermessen der Berechnungsstelle liegender Bestimmungen und Entscheidungen, die diese nach Maßgabe der Emissionsbedingungen der Wertpapiere zu treffen hat und die die auf Wertpapiere zu leistenden Zins- und/oder Kapitalzahlungen beeinflussen können.

3.9 Risiko vorzeitiger Rückzahlung zu einem Betrag, der niedriger als der Rückzahlungsbetrag und/oder der Marktpreis der Wertpapiere ist (Risiko vorzeitiger Rückzahlung).

Wenn die Emittentin gemäß den maßgeblichen Emissionsbedingungen das Recht hat, die Wertpapiere vorzeitig entweder zu einem von der Emittentin nach billigem Ermessen als angemessenen Marktpreis festgelegten Preis oder zu ihrem Nennbetrag oder einem anderen Betrag zurückzuzahlen, trägt der Anleihegläubiger das Risiko, dass der Betrag, den er bei vorzeitiger Rückzahlung erhält niedriger als der Marktpreis und/oder der Rückzahlungsbzw Tilgungsbetrag der Wertpapiere ist. Anleger können in diesem Fall massive Verluste erleiden.

Durch eine vorzeitige Rückzahlung von Wertpapieren kann auch die Laufzeit dieser Wertpapiere erheblich verkürzt werden. In diesem Fall trägt der Anleihegläubiger das Risiko, dass seine Renditeerwartungen aufgrund der kürzeren Laufzeit nicht mehr erfüllt werden können. Anleihegläubiger sollten daher nicht auf die Werthaltigkeit der Wertpapiere im Rückzahlungszeitpunkt vertrauen.

3.10 Bei Wertpapieren, die kein Kündigungsrecht der Anleihegläubiger vorsehen, haben die Anleihegläubiger möglicherweise keine Möglichkeit, ihr Investment vorzeitig zu beenden.

Die Wertpapiere sehen kein Recht der Anleihegläubiger auf vorzeitige Rückzahlung vor, wenn ihnen dieses nicht ausdrücklich in den Emissionsbedingungen eingeräumt wird. Sofern dies nicht der Fall ist trägt ein Anleihegläubiger daher grundsätzlich das Risiko, bis zum Ende der Laufzeit in den Wertpapieren investiert bleiben zu müssen und keine vorzeitige Rückzahlung verlangen zu können. Weiters sollten Anleger bedenken, dass die

Emittentin Wertpapiere, die nicht fix verzinst sind und deren Emissionsbedingungen der Emittentin ein vorzeitiges Kündigungsrecht einräumen, auch im Falle einer für die Emittentin nachteiligen Entwicklung des (der) maßgeblichen Basiswerte(s) und/oder Referenzzinssatzes(-sätze) kündigen kann, wodurch den Anleihegläubigern die Chance auf eine höhere Rendite genommen werden kann. Umgekehrt steht den Anleihegläubigern im Falle einer für sie nachteiligen Entwicklung des Basis- und/oder Referenzwerts keine Möglichkeit der vorzeitigen Kündigung der Wertpapiere zu und die Emittentin könnte von der für sie vorteilhaften Entwicklung des Basis- und/oder Referenzwerts bis zum Ende der Laufzeit der Wertpapiere profitieren.

3.11 Die für die Verjährung von Ansprüchen auf Zahlung von Zinsen gesetzlich vorgesehene Frist von 3 Jahren bzw die für die Verjährung von Ansprüchen auf Zahlung von Kapital gesetzlich vorgesehene Frist von 30 Jahren ab Fälligkeit kann in den auf die Wertpapiere anwendbaren Emissionsbedingungen verkürzt werden. In diesem Fall haben die Anleihegläubiger weniger Zeit, ihre Ansprüche aus den Wertpapieren geltend zu machen.

Gemäß den Emissionsbedingungen der Wertpapiere kann die gesetzmäßige Verjährungsfrist von 3 Jahren (im Fall von Zinsen) und von 30 Jahren (im Fall von Kapital) gekürzt werden. Diesfalls ist es wahrscheinlicher, dass der Anleihegläubiger die gegenüber ihm fälligen Beträge nicht erhält, weil der Anleihegläubiger im Gegensatz zu Anleihegläubigern von Schuldinstrumenten, deren Emissionsbedingungen die gesetzliche Verjährungsfrist überhaupt nicht oder in einem geringeren Maß als die Emissionsbedingungen der Wertpapiere kürzen, weniger Zeit hat, seine Ansprüche aus den Wertpapieren geltend zu machen bevor diese verjähren.

3.12 Anleihegläubiger tragen das Risiko, Erträge aus den Wertpapieren möglicherweise nicht zu denselben oder günstigeren Konditionen, als den in den Wertpapieren verbrieften veranlagen zu können (Wiederveranlagungsrisiko).

Das Wiederveranlagungsrisiko beschreibt das Risiko in Zusammenhang mit einer erneuten Anlage der aus dem Wertpapier frei gewordenen Geldmittel.

Für Anleihegläubiger von Schuldverschreibungen hängt die Rendite einer Schuldverschreibung neben ihrem Kurs und ihrer Nominalverzinsung auch davon ab, ob Zinserträge, die während der Laufzeit der Schuldverschreibung erzielt werden, zu einem gleich hohen oder besseren Zinssatz wie der der Schuldverschreibung wieder angelegt werden können. Das Risiko, dass der allgemeine Marktzins während der Laufzeit unter die Verzinsung der Schuldverschreibung fällt, wird allgemein als Wiederaanlagerisiko bezeichnet. Die Höhe des Wiederveranlagungsrisikos hängt auch von der Ausgestaltung der jeweiligen Schuldverschreibung ab.

Bei Zertifikaten hängt die Rendite von der Entwicklung des Marktpreises des zugrundeliegenden Basiswerts und weiteren Faktoren, wie dem allgemeinen Marktzinsniveau ab. Da während der Laufzeit keine periodischen Zinszahlungen auf die Zertifikate erfolgen, kann erst am Endfälligkeitstag bei Rückzahlung der eingesetzten Summe beurteilt werden, wie sich der Wert der Zertifikate im Vergleich zu einem Investment mit gleichem Risikoprofil entwickelt hat.

3.13 Anleihegläubiger von Wertpapieren, die auf fremde Währung lauten, unterliegen einem Wechselkursrisiko.

Die Emittentin zahlt die gemäß den Emissionsbedingungen auf die Wertpapiere zahlbaren Beträge in der in den Emissionsbedingungen für die Wertpapiere festgelegten Währung (die "**Festgelegte Währung**"). Damit sind bestimmte Risiken im Zusammenhang mit Währungsumrechnungen verbunden, falls die Finanzgeschäfte eines Anleihegläubigers hauptsächlich in einer anderen Währung oder Währungseinheit als der Festgelegten Währung getätigt werden (die "**Anleihegläubiger-Währung**"). Zu diesen Risiken zählt auch das Risiko einer erheblichen Wechselkursänderung (einschließlich Änderungen aufgrund einer Abwertung der Festgelegten Währung oder einer Neubewertung der Anleihegläubiger-Währung) sowie das Risiko, dass die für die Anleihegläubiger-Währung zuständigen Behörden Devisenkontrollen einführen oder ändern. Eine Aufwertung der Anleihegläubiger-Währung gegenüber der Festgelegten Währung würde (i) zu einer Verringerung des Gegenwerts jeglicher auf die Wertpapiere zahlbaren Beträge in der Anleihegläubiger-Währung und (ii) zu einer Verringerung des Gegenwerts des Marktwerts der Wertpapiere in der Anleihegläubiger-Währung führen.

Regierungs- und Währungsbehörden können (wie es in der Vergangenheit bereits teilweise geschehen ist) Devisenkontrollen einführen, die sich nachteilig auf einen geltenden Wechselkurs auswirken könnten. Infolgedessen können Anleihegläubiger geringere Zins- oder Kapitalbeträge erhalten als erwartet oder auch überhaupt keine.

3.14 Bei Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin werden die Forderungen besicherter Anleihegläubiger der Emittentin (wie beispielsweise die Inhaber fundierter Schuldverschreibungen) vor den Forderungen der Inhaber unbesicherter Schuldverschreibungen bedient.

Im Falle der Liquidation oder Insolvenz der Emittentin werden die Forderungen besicherter Anleihegläubiger der Emittentin (wie beispielsweise die Inhaber fundierter Schuldverschreibungen) vor den Forderungen der Inhaber unbesicherter Wertpapiere durch ein Sondervermögen bedient (im Falle fundierter Schuldverschreibungen durch separate Deckungsstöcke). Erst nachdem die besicherten Anleihegläubiger durch ein solches Sondervermögen befriedigt wurden (wie beispielsweise die Inhaber fundierter Schuldverschreibungen) können andere (unbesicherte) Anleihegläubiger der

Emittentin Zahlungen erhalten. Das für die unbesicherten Anleihegläubiger verfügbare Vermögen der Emittentin wird somit vermindert und das Insolvenzrisiko steigt in Zusammenhang mit der vorrangigen Befriedigung der besicherten Anleihegläubiger.

3.15 Bei festverzinslichen Schuldverschreibungen und Schuldverschreibungen mit festverzinslichen Perioden kann der Marktpreis der Schuldverschreibungen infolge von Veränderungen des aktuellen Marktzinssatzes fallen.

Anleihegläubiger festverzinslicher Schuldverschreibungen und Schuldverschreibungen mit festverzinslichen Perioden sind dem Risiko ausgesetzt, dass der Marktpreis dieser Schuldverschreibungen aufgrund einer Änderung des Marktzinssatzes fällt. Während der nominelle Zinssatz festverzinsster Schuldverschreibungen während der Laufzeit dieser Schuldverschreibungen fix ist, verändert sich der tatsächliche Zinssatz für Emissionen mit gleicher Laufzeit typischerweise täglich. Wenn sich der Marktzinssatz ändert, ändert sich typischerweise auch der Marktpreis von festverzinsten Schuldverschreibungen, aber in die andere Richtung. Wenn der Marktzinssatz steigt, fällt der Marktpreis festverzinsster Schuldverschreibungen typischerweise, bis die Rendite dieser Schuldverschreibungen etwa gleich hoch wie der Marktzinssatz (einschließlich dem Credit Spread) ist. Wenn der Marktzinssatz fällt, steigt der Marktpreis von festverzinsten Schuldverschreibungen typischerweise, bis die Rendite dieser Schuldverschreibungen etwa gleich hoch wie der Marktzinssatz ist. Diese Kursschwankungen sind typischerweise umso größer, je länger die Restlaufzeit der Schuldverschreibungen ist.

3.16 Bei variabel verzinslichen Schuldverschreibungen besteht das Risiko eines schwankenden Zinsniveaus und ungewisser Zinserträge.

Anleihegläubiger variabel verzinslicher Schuldverschreibungen (Geld- oder Kapitalmarkt-Floater), dh Schuldverschreibungen, deren Zinssatz sich laufend ändert und in Abhängigkeit von einem Geldmarkt- oder Kapitalmarkt-Referenzzinssatz (zB EURIBOR, LIBOR, EUR-Swap-Satz, etc.) bestimmt wird, sind dem Risiko eines schwankenden Zinsniveaus und ungewisser Zinserträge ausgesetzt. Variabel verzinsliche Schuldverschreibungen können mit Multiplikatoren oder anderen Hebefaktoren sowie mit Zinsober- und Zinsuntergrenzen (*Cap/Floor*) oder einer Kombination dieser Merkmale oder mit ähnlichen Merkmalen ausgestattet sein. Der Marktpreis solcher strukturierter variabel verzinslicher Schuldverschreibungen neigt zu größerer Volatilität als der von herkömmlichen variabel verzinslichen Schuldverschreibungen und kann daher durch Schwankungen des Zinsniveaus stärker negativ beeinträchtigt werden als der Marktpreis von Schuldverschreibungen, die diese Merkmale nicht aufweisen.

3.17 Risiko eines volatilen Marktpreises von gegenläufig variabel verzinslichen (*reverse-floating*) Schuldverschreibungen.

Anleihegläubiger von gegenläufig variabel verzinslichen (*reverse-floating*) Schuldverschreibungen sind dem Risiko ausgesetzt, dass der Marktpreis von gegenläufig variabel verzinslichen (*reverse-floating*) Schuldverschreibungen typischerweise volatil ist als der Marktpreis anderer konventioneller variabel verzinslicher Schuldverschreibungen basierend auf demselben Referenzzinssatz (und mit sonst gleicher Ausstattung), weil ein Anstieg des Referenzzinssatzes nicht nur den auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Zins verringert, sondern weil er zudem einen Anstieg des geltenden Zinssatzes reflektieren könnte, was weitere negative Auswirkungen auf den Marktpreis derartiger Schuldverschreibungen haben könnte.

3.18 Bei Nullkupon-Schuldverschreibungen kann der Marktpreis infolge von Veränderungen des Marktzinssatzes fallen.

Nullkupon-Schuldverschreibungen sind Schuldverschreibungen ohne laufende Verzinsung, bei denen sich die Erträge der Anleihegläubiger ausschließlich aus der Differenz zwischen dem Emissionspreis und dem Rückzahlungsbetrag ergeben. Nullkupon-Schuldverschreibungen werden typischerweise entweder zu einem Emissionspreis, der deutlich unter dem Nennbetrag (unter par) liegt und durch Abzinsung zustande kommt begeben oder zu einem Rückzahlungspreis, der deutlich über dem Emissionspreis (über par) liegt und durch Aufzinsung zustande kommt, getilgt. Marktpreise von Nullkupon-Schuldverschreibungen sind volatil als die Marktpreise von verzinslichen Schuldverschreibungen und reagieren in höherem Maße auf Veränderungen des Marktzinssatzes als verzinsliche Schuldverschreibungen mit einer ähnlichen Laufzeit und können daher eine wesentlich höhere negative Beeinträchtigung ihres Marktpreises aufgrund von Änderung des Marktzinssatzes erfahren.

3.19 Zahlungen unter Wertpapieren, bei denen die Verzinsung und/oder die Rückzahlung an den Wert von Aktien (oder Aktienkörben) gebunden ist, sind abhängig von der Wertentwicklung der zugrundeliegenden Aktien (oder Aktienkörbe).

Ein Investment in Wertpapiere mit aktienabhängiger Verzinsung oder aktiengebundener Rückzahlung (zB Aktienanleihen (Cash-or-Share Schuldverschreibungen) und aktiengebundene Zertifikate) kann ähnliche Risiken aufweisen, wie jene, die mit einer direkten Anlage in den dem Wertpapier unterliegenden Basiswert verbunden sind und Investoren sollten dementsprechende Beratung einholen.

Aktienabhängige Wertpapiere sind Wertpapiere, bei denen der Rückzahlungsbetrag und/oder die Zinszahlungen (sofern solche gemäß den Emissionsbedingungen der maßgeblichen Wertpapiere erfolgen sollen) nicht im Vorhinein feststehen und die von der Wertentwicklung eines Aktienwertes

abhängen. Rückzahlungsbetrag und/oder Zinszahlungen hängen vom Marktwert der Basiswerte ab, der unter Umständen erheblich geringer sein kann als der Emissionspreis oder der vom Anleihegläubiger bezahlte Kaufpreis und sogar null betragen kann, in welchem Fall die Anleihegläubiger ihr gesamtes Investment verlieren. Wenn anstelle eines Barausgleichs die Basiswerte geliefert werden, ist nicht auszuschließen, dass der Rückzahlungswert dieser Wertpapiere ebenfalls erheblich geringer sein kann als der Emissionspreis oder der Kaufpreis, den der Anleihegläubiger bezahlt hat.

Aktienabhängige Wertpapiere werden vom Emittenten der Basiswerte in keiner Art und Weise gefördert, unterstützt oder verkauft. Der Emittent des Basiswertes gibt keine ausdrückliche oder konkludente Zusicherung oder Garantie hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung des Basiswertes. Der Emittent des Basiswertes ist nicht verpflichtet, die Interessen der Bank oder diejenigen der Anleihegläubiger in irgendeiner Form zu berücksichtigen. Die Emittenten der Basiswerte sind nicht an dem aus den Wertpapieren resultierenden Erlösen beteiligt. Sie sind auch nicht für die Ermittlung des Preises, die Wahl des Zeitpunktes und den Umfang einer Emission von Wertpapieren verantwortlich und haben daran auch nicht mitgewirkt. Der Erwerb der Wertpapiere berechtigt weder zum Erhalt von Informationen vom Emittenten des Basiswertes, noch zur Ausübung von Stimmrechten oder zum Erhalt von Dividenden aus Aktien.

3.20 Anleihegläubiger von Wertpapieren mit indexabhängiger Verzinsung/Rückzahlung sind dem Risiko der Wertentwicklung des zugrundeliegenden Index ausgesetzt.

Indexabhängige Wertpapiere sind Wertpapiere, bei denen weder der Rückzahlungsbetrag noch die Zinszahlungen (sofern solche gemäß den Emissionsbedingungen erfolgen sollen) im Vorhinein feststehen, sondern von der Entwicklung eines Indexes (oder eines Indexkorbes) abhängen, der selbst wiederum erhebliche Kredit-, Zinssatz- oder andere Risiken beinhaltet. Anleihegläubiger von Wertpapieren mit indexabhängiger Rückzahlung sind Unsicherheiten in Bezug auf den Rückzahlungsbetrag ausgesetzt. Die Rendite eines in Bezug auf den Rückzahlungsbetrag indexierten Wertpapiers kann negativ sein und ein Anleihegläubiger kann den Wert seiner Anlage ganz oder teilweise verlieren. Je volatil der betreffende Index ist, desto größer ist die Ungewissheit in Bezug auf Zinsertrag und Rückzahlungsbetrag. Die Höhe der Kapitalrückzahlung und/oder Zinszahlungen, die, wenn überhaupt, von der Bank zu zahlen sind, kann erheblich unter dem Emissionspreis oder dem vom Anleihegläubiger bezahlten Kaufpreis liegen und sogar null betragen, mit der Folge, dass der Anleihegläubiger sein gesamtes eingesetztes Kapital verliert.

Indexabhängige Wertpapiere werden von der Indexberechnungsstelle weder gesponsert noch anderweitig unterstützt. Die Indexberechnungsstelle gibt weder ausdrücklich noch konkludent irgendeine Zusicherung oder Garantie hinsichtlich der Folgen ab, die sich aus der Verwendung des Index und/oder dem Wert des Index zu einem bestimmten Zeitpunkt ergeben. Die

Zusammensetzung und Berechnung eines jeden Index geschieht durch die betreffende Indexberechnungsstelle ohne Rücksichtnahme auf die Bank oder die Anleihegläubiger. Die Indexberechnungsstelle übernimmt auch keine Verpflichtung oder Haftung im Zusammenhang mit der Verwaltung, dem Vertrieb oder dem Handel der Wertpapiere.

3.21 Anleihegläubiger von Wertpapieren mit warenabhängiger Verzinsung/Rückzahlung sind dem Risiko der Wertentwicklung der zugrundeliegenden Ware ausgesetzt.

Warenabhängige Wertpapiere sind Wertpapiere, bei denen weder der Rückzahlungsbetrag noch die Zinszahlungen (sofern solche gemäß den Emissionsbedingungen erfolgen sollen) im Vorhinein feststehen. Warenabhängige Wertpapiere können sich auf eine oder mehrere Waren (oder Körbe davon) beziehen und die Verzinsung kann an warenabhängige Beträge geknüpft sein und/oder sie werden zu einem warenabhängigen Rückzahlungsbetrag zurückgezahlt. Beide Beträge werden unter Bezugnahme auf die entsprechende Ware berechnet. Veränderungen des Wertes der Ware wirken sich auf den Marktpreis des warenabhängigen Wertpapiers aus. Die Höhe der Kapitalrückzahlung und/oder Zinszahlungen, die, wenn überhaupt, von der Bank zu zahlen sind, kann erheblich unter dem Emissionspreis oder dem vom Anleihegläubiger bezahlten Kaufpreis liegen und sogar null betragen mit der Folge, dass der Anleihegläubiger sein gesamtes eingesetztes Kapital verliert.

3.22 Anleihegläubiger von Wertpapieren mit zinssatzabhängiger Verzinsung/Rückzahlung sind dem Risiko der Wertentwicklung des zugrundeliegenden Zinssatzes ausgesetzt.

Zinssatzabhängige Wertpapiere sind Wertpapiere, bei denen weder der Rückzahlungsbetrag noch die Zinszahlungen (sofern solche gemäß den Emissionsbedingungen erfolgen sollen) im Vorhinein feststehen, sondern von der Entwicklung eines Zinssatzes (oder eines Korbes von Zinssätzen) abhängen. Besondere Risiken, die mit zinssatzabhängigen Wertpapieren verbunden sind, sind die Volatilität des generellen Zinssatzniveaus oder dessen wider Erwarten fehlende Volatilität. Die Höhe der Kapitalrückzahlung und/oder Zinszahlungen, die, wenn überhaupt, von der Bank zu zahlen sind, kann erheblich unter dem Emissionspreis oder dem vom Anleihegläubiger bezahlten Kaufpreis liegen und sogar null betragen, mit der Folge, dass der Anleihegläubiger sein gesamtes eingesetztes Kapital verliert.

3.23 Anleihegläubiger von Wertpapieren, die von Wechselkursen abhängig sind, sind dem Risiko der Entwicklung der zugrundeliegenden Wechselkurse ausgesetzt.

Wertpapiere, deren Verzinsung und/oder Rückzahlung von der Entwicklung eines Wechselkurses abhängt, weist dieselben komplexen Risiken auf, wie ein direktes Investment in den betreffenden Basiswert, und jeder Anleger sollte sich

dementsprechend beraten lassen. Weiters sollten Anleger beachten, dass ein Investment in solche Wertpapiere nicht identisch mit einem direkten Investment in den jeweiligen Basiswert oder ein Instrument, welches direkt an den jeweiligen Basiswert gebunden ist, ist. Preisbewegungen des Basiswertes beeinflussen den Wert des Basiswertes. Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung des Basiswertes gibt es keine Sicherheit. Der Tilgungsbetrag, den die Bank am Ende der Laufzeit an den Anleihegläubiger zu zahlen hat, kann den Emissionspreis des Wertpapiers substantiell unterschreiten oder sogar null betragen, in welchem Fall der Anleihegläubiger sein gesamtes Investment verliert.

3.24 Die mit dem Erwerb sowie der Ausübung oder dem Verkauf der Wertpapiere verbundenen Kosten und die eventuell zu zahlenden Steuern können die Rendite der Wertpapiere nachteilig beeinflussen.

Bei seinen Renditeerwartungen muss der Anleger die mit dem Erwerb sowie der Ausübung oder dem Verkauf der Wertpapiere verbundenen Kosten (einschließlich durch die depotführende Bank in Rechnung gestellte Gebühren oder Transaktionskosten) und die eventuell zu zahlenden Steuern berücksichtigen. Je höher diese Kosten sind, desto später wird die Gewinnschwelle erreicht, da diese Kosten zunächst abgedeckt werden müssen, bevor der Anleihegläubiger einen Gewinn aus den Wertpapieren realisieren kann. Besonders bei einem niedrigen Auftragswert kann es vorkommen, dass die Transaktionskosten die möglicherweise erzielten Gewinne der Wertpapiere übersteigen und der Anleihegläubiger einen Verlust erleidet.

3.25 Bei fundierten Schuldverschreibungen besteht keine Sicherheit, dass die Deckungswerte des Deckungsstockes der fundierten Schuldverschreibungen zu jedem Zeitpunkt ausreichen, um die Verpflichtungen aus den fundierten Schuldverschreibungen zu decken und/oder dass Ersatzwerte dem Deckungsstock zeitgerecht hinzugefügt werden können.

Die Zahlungsansprüche der Anleihegläubiger aus fundierten Schuldverschreibungen sind durch einen Deckungsstock besichert. Der Deckungsstock wird im Falle von Insolvenz- und Exekutionsverfahren gegen die Emittentin und/oder ihr Vermögen vom Vermögen der Emittentin getrennt und darf nicht dafür herangezogen werden, Ansprüche anderer Anleihegläubiger der Emittentin als der Anleihegläubiger der durch den Deckungsstock bedeckten fundierten Schuldverschreibungen zu befriedigen. Es besteht dennoch keine Sicherheit dafür, dass die Deckungsstockwerte zu jedem Zeitpunkt ausreichen, um die Verpflichtungen aus den fundierten Schuldverschreibungen zu decken und/oder dass Ersatzwerte dem Deckungsstock zeitgerecht hinzugefügt werden können. Anleger dürfen daher nicht darauf vertrauen, dass die Werte des Deckungsstockes zur Befriedigung ihrer Forderungen herangezogen werden können.

3.26 Anleihegläubiger sind dem Risiko einer gesetzlichen Verlustbeteiligungspflicht ausgesetzt.

Am 12.6.2014 wurde die Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten ("Richtlinie 2014/59/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Richtlinie 82/891/EWG des Rates, der Richtlinien 2001/24/EG, 2002/47/EG, 2004/25/EG, 2005/56/EG, 2007/36/EG, 2011/35/EU, 2012/30/EU und 2013/36/EU sowie der Verordnungen (EU) Nr. 1093/2010 und (EU) Nr. 648/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates") (*Bank Recovery and Resolution Directive* - "**BRRD**") veröffentlicht.

Ziel der BRRD ist es, bestimmten Behörden einheitliche und wirksame Instrumente und Befugnisse an die Hand zu geben, um Banken Krisen durch Präventivmaßnahmen abzuwenden, die Finanzstabilität zu erhalten und das Risiko, dass der Steuerzahler für Insolvenzverluste aufkommen muss, so gering wie möglich zu halten.

In Österreich wurde die BRRD durch das Sanierungs- und Abwicklungsgesetz ("**BaSAG**") umgesetzt. Das BaSAG trat am 1.1.2015 in Kraft und sieht die Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung bereits mit Inkrafttreten des BaSAG (somit ab 1.1.2015) vor.

Die Abwicklungsbehörden (in Österreich die FMA) erhalten die Befugnis Herabschreibung und Umwandlung anzuordnen, um sicherzustellen, dass unter anderem die relevanten Kapitalinstrumente zum Zeitpunkt der Nicht-Tragfähigkeit (wie unten definiert) des emittierenden Instituts vollständig Verluste absorbieren und das Instrument der Gläubigerbeteiligung (*bail-in tool*) anzuwenden mit dem Ziel, die Eigenmittel des maßgeblichen Instituts wieder herzustellen, um es in die Lage zu versetzen, sein Geschäft auf einer going-concern Basis weiterzuführen. Dementsprechend können die Abwicklungsbehörden verpflichtet werden anzuordnen, solche Kapitalinstrumente dauerhaft abschreiben oder sie zur Gänze in Posten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1 items* – "**CET 1**") (wie zB Stammaktien oder andere Beteiligungsinstrumente) umwandeln zu lassen, und zwar zum Zeitpunkt der Nicht-Tragfähigkeit und bevor etwaige Abwicklungsmaßnahmen (außer die Abwicklungsbehörde entscheidet das Instrument der Gläubigerbeteiligung anzuwenden) ergriffen wurden ("*Non-Viability Loss Absorption*" - "**Nicht-Tragfähigkeit Verlustbeteiligung**"). Die Abwicklungsbehörden sollen die Abschreibung in Bezug auf die Nicht-Tragfähigkeit Verlustbeteiligung derart ausüben, dass (i) CET 1 zuerst proportional zu den relevanten Verlusten abgeschrieben werden und (ii) danach, sofern CET 1 nicht ausreichend vorhanden ist, um die Verluste abzudecken, den Nennwert an Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1 instruments* – "**AT1**"), (iii) danach, sofern CET 1 und AT 1 nicht ausreichend vorhanden ist, um die Verluste abzudecken, den Nennwert

an Instrumenten des Ergänzungskapitals (*Tier 2 instruments* – "**Tier 2**"); und im Falle eines Instruments der Gläubigerbeteiligung ebenfalls (iv) danach, wenn CET 1, AT 1 und Tier 2 nicht ausreichend vorhanden ist, um die Verluste abzudecken, andere nachrangige Schuldverschreibungen (gemäß der Hierarchie der Forderungen in gewöhnlichen Insolvenzverfahren), und (v) falls immer noch nicht ausreichend, die übrigen Verbindlichkeiten einschließlich bestimmter nicht-nachrangiger Verbindlichkeiten (gemäß der Hierarchie der Forderungen in gewöhnlichen Insolvenzverfahren) dauerhaft auf null reduziert werden. Wenn das Instrument der Gläubigerbeteiligung angewendet wird, um das Kapital des Instituts wieder herzustellen, erfolgt die Umwandlung von Schuldtitel in CET 1 in derselben Reihenfolge.

Zur Sicherheit soll durch diese Maßnahmen (sowohl beim Instrument der Gläubigerbeteiligung als auch beim Herabschreibungs- und Umwandlungsinstrument) kein Gläubiger in einer schlechteren Position sein, als in einem ordentlichen Insolvenzverfahren ("Keine Schlechterstellung von Gläubigern Prinzip" – "*no creditor worse off principle*").

Für die Zwecke der Nicht-Tragfähigkeit Verlustbeteiligung ist der Zeitpunkt der Nicht-Tragfähigkeit der Zeitpunkt, an dem die folgenden Voraussetzungen erfüllt sind:

1. Die zuständige Behörde oder die Abwicklungsbehörde stellt fest, dass die Institution die Voraussetzungen für die Abwicklung bereits erfüllt bzw voraussichtlich erfüllen wird, dh:
 - (a) die Voraussetzungen für eine Konzessionsrücknahme liegen vor oder es liegen objektive Anhaltspunkte dafür vor, dass dies in naher Zukunft der Fall sein wird, beispielsweise (aber nicht abschließend) aufgrund der Tatsache, dass das Institut Verluste erlitten hat oder voraussichtlich erleiden wird, durch die seine gesamten Eigenmittel oder ein wesentlicher Teil seiner Eigenmittel aufgebraucht wird;
 - (b) die Vermögenswerte des Instituts unterschreiten die Höhe seiner Verbindlichkeiten oder es liegen objektive Anhaltspunkte dafür vor, dass dies in naher Zukunft der Fall sein wird;
 - (c) das Institut ist nicht in der Lage, seine Schulden oder sonstigen Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu begleichen oder es liegen objektive Anhaltspunkte dafür vor, dass dies in naher Zukunft der Fall sein wird;
 - (d) eine außerordentliche finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln wird benötigt, es sei denn, die außerordentliche finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln erfolgt in bestimmten Formen zur Abwendung einer

schweren Störung der Volkswirtschaft und zur Wahrung der Finanzstabilität; und

2. unter Berücksichtigung zeitlicher Zwänge und anderer relevanter Umstände besteht nach vernünftigem Ermessen keine Aussicht, dass der Ausfall des Instituts innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens durch alternative Maßnahmen der Privatwirtschaft, darunter Maßnahmen im Rahmen von institutsbezogenen Sicherungssystemen, oder anderer Aufsichtsmaßnahmen, darunter Frühinterventionsmaßnahmen oder die Herabschreibung oder Umwandlung von relevanten Kapitalinstrumenten gemäß § 70 BaSAG, die in Bezug auf das Institut getroffen werden, abgewendet werden kann; und
3. im Fall der Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung, Abwicklungsmaßnahmen sind im öffentlichen Interesse erforderlich.

Die gesamte oder teilweise Abschreibung oder Umwandlung des Nominalbetrages von Instrumenten, einschließlich etwaiger unter den nachrangigen Schuldverschreibungen angefallener, aber noch nicht ausgezahlter Zinsen, stellen gemäß dem Instrument der Gläubigerbeteiligung oder den Herabschreibungs- und Umwandlungsbefugnissen keinen Ausfall nach den Bestimmungen des relevanten Kapitalinstruments dar. Dementsprechend wären sämtliche so abbeschriebenen Beträge unwiderruflich verloren und die aus solchen Kapitalinstrumenten resultierenden Rechte der Gläubiger wären erloschen, unabhängig davon, ob die finanzielle Lage des Kreditinstituts wiederhergestellt wird oder nicht.

Folglich können die Schuldverschreibungen Gegenstand der Herabschreibungen oder der Umwandlung in CET 1 im Falle des maßgeblichen Auslösungsereignisses sein, wodurch Anleihegläubiger ihr Investment in die Schuldverschreibungen ganz oder teilweise verlieren könnten. Die Anwendung einer solchen Befugnis oder bereits die Erwägung oder der Vorschlag einer solchen Befugnis könnte daher den Marktpreis der Schuldverschreibungen wesentlich nachteilig beeinflussen.

Neben den oben dargestellten Abwicklungsinstrumenten könnte die Emittentin auch Gegenstand nationaler Insolvenzverfahren sein.

3.27 Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin sind nachrangige Schuldverschreibungen gegenüber nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten nachrangig zu bedienen.

Die Verpflichtungen der Emittentin aus den nachrangigen Schuldverschreibungen sind unbesicherte und nachrangige Verpflichtungen. Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin sind derartige Verpflichtungen gegenüber den Forderungen sämtlicher nicht-nachrangiger

Anleihegläubiger der Emittentin nachrangig, sodass in einem solchen Fall Beträge auf Grund der Verpflichtungen unter diesen Schuldverschreibungen erst dann zahlbar werden, wenn die Forderungen aller nicht-nachrangigen Anleihegläubiger der Emittentin bereits zur Gänze erfüllt wurden, dh dass die Anleihegläubiger nachrangiger Schuldverschreibungen erst und nur insoweit befriedigt werden, als der Emittentin nach der Befriedigung der Anleihegläubiger nicht-nachrangiger Schuldverschreibungen und allen anderen nicht-nachrangigen Forderungen noch liquide Mittel zur Verfügung stehen, was insbesondere bei Insolvenz der Emittentin meist zu einem Totalausfall für den Anleihegläubiger führt. Anleihegläubiger sind daher dem Risiko ausgesetzt, dass der Emittentin nach Befriedigung ihrer nicht-nachrangigen Anleihegläubiger kein ausreichendes Vermögen mehr für die Rückzahlung der nachrangigen Schuldverschreibungen verbleibt. Forderungen der Emittentin können weder mit auf Grund der nachrangigen Schuldverschreibungen bestehenden Zahlungsverpflichtungen der Emittentin aufgerechnet werden, noch können von der Emittentin oder einem Dritten in Bezug auf die durch die nachrangigen Schuldverschreibungen verbrieften Verbindlichkeiten vertragliche Sicherheiten gestellt werden. Eine Einschränkung der Nachrangigkeit oder Änderung der Laufzeit der nachrangigen Schuldverschreibungen mittels einer späteren Vereinbarung ist nicht möglich. Nachrangige Verbindlichkeiten können im Verhältnis zueinander mit unterschiedlicher Nachrangigkeit ausgestattet sein (zB Instrumente des Ergänzungskapitals gegenüber Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals).

3.28 Nachrangige Schuldverschreibungen dürfen nicht nach Wahl der Anleihegläubiger gekündigt werden, und jegliche Rechte der Emittentin auf vorzeitige Rückzahlung oder Rückkauf oder Kündigung der nachrangigen Schuldverschreibungen sind von einer vorherigen Erlaubnis der zuständigen Behörde abhängig. Bei nachrangigen Schuldverschreibungen besteht das Risiko, dass ein Rückkauf durch die Emittentin nicht zulässig ist. Anleger, die in nachrangige Schuldverschreibungen investieren, sind dem Risiko ausgesetzt, dass sie während der Laufzeit der Schuldverschreibungen ihr eingesetztes Kapital nicht zurückverlangen können.

Die Anleihegläubiger der nachrangigen Schuldverschreibungen haben kein Recht, die (vorzeitige) Rückzahlung ihrer nachrangigen Schuldverschreibungen zu verlangen und sollen daher bei ihrer Anlageentscheidung nicht davon ausgehen, dass die Emittentin eines ihrer Rechte auf Kündigung oder vorzeitige Rückzahlung ausüben wird.

Die Emittentin darf nach ihrem Ermessen, bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen (insbesondere der vorherigen Erlaubnis der zuständigen Behörde), die nachrangigen Schuldverschreibungen jederzeit entweder aus steuerlichen oder aufsichtsrechtlichen Gründen zum vorzeitigen Rückzahlungsbetrag zuzüglich etwaiger bis zum festgelegten

Rückzahlungstag aufgelaufener Zinsen zurückzahlen. Weiters darf die Emittentin, sofern die Emissionsbedingungen dies vorsehen und bei Erfüllung bestimmter Voraussetzungen (insbesondere der vorherigen Erlaubnis der zuständigen Behörde), nach ihrem Ermessen, die nachrangigen Schuldverschreibungen vor dem Endfälligkeitstag, und frühestens aber nach fünf Jahre nach dem Emissionszeitpunkt, an einem speziellen Wahlrückzahlungstag zum maßgeblichen Wahlrückzahlungsbetrag zuzüglich etwaiger angefallener Zinsen zurückzahlen.

Nachrangige Schuldverschreibungen dürfen nur nach Maßgabe der bestehenden gesetzlichen Vorschriften von der Emittentin vor Ende der Laufzeit gekündigt, vorzeitig zurückgezahlt oder zurückgekauft werden. Ein Rückkauf nachrangiger Schuldverschreibungen durch die Emittentin ist nur mit der Erlaubnis der zuständigen Behörde zulässig. Anleihegläubiger dürfen daher nicht davon ausgehen oder sich erwarten, dass die Emittentin nachrangige Schuldverschreibungen zurückkaufen wird oder kann und tragen das Risiko, bis zum Ende der Laufzeit der nachrangigen Schuldverschreibungen in diesen Schuldverschreibungen investiert bleiben zu müssen.

Die Emittentin muss für jede Rückzahlung und jeden Rückkauf der nachrangigen Schuldverschreibungen zuvor die Erlaubnis der zuständigen Behörde einholen. Gemäß der CRR darf die zuständige Behörde Kreditinstituten die Rückzahlung von Instrumenten des Ergänzungskapitals (*Tier 2*), wie etwa der nachrangigen Schuldverschreibungen, vor ihrer vertraglichen Fälligkeit nur dann erlauben, falls bestimmte in der CRR festgelegte Voraussetzungen (ua die Einhaltung bestimmter aufsichtsrechtlicher Kapitalanforderungen durch die Emittentin) vorliegen. Diese Voraussetzungen sowie einige andere technische Bestimmungen und Standards in Bezug auf - auf die Emittentin anwendbare - aufsichtsrechtliche Kapitalanforderungen sind von der zuständigen Behörde bei ihrer Beurteilung hinsichtlich einer Erlaubnis einer Rückzahlung oder eines Rückkaufs zu berücksichtigen. Allerdings ist ungewiss, wie die zuständige Behörde diese Kriterien in der Praxis anwendet und wie sich diese Bestimmungen und Standards während der Laufzeit der nachrangigen Schuldverschreibungen ändern. Daher ist es schwer vorherzusagen, ob und falls ja, zu welchen Konditionen die zuständige Behörde ihre vorherige Erlaubnis für eine Kündigung oder vorzeitige Rückzahlung oder einen Rückkauf der nachrangigen Schuldverschreibungen erteilt.

Selbst wenn die Emittentin die vorherige Erlaubnis der zuständigen Behörde erhalten würde, wird jede Entscheidung der Emittentin auf eine Kündigung oder vorzeitige Rückzahlung der nachrangigen Schuldverschreibungen nach ihrem absoluten Ermessen unter Berücksichtigung der Auswirkungen externer (wie etwa wirtschaftliche und Markt-) Faktoren, auf die Ausübung eines vorzeitigen Rückzahlungsrechts, aufsichtsrechtlicher Kapitalanforderungen und vorherrschender Marktbedingungen, erfolgen.

Investoren dürfen nicht davon ausgehen, dass die Emittentin ein ihr in Bezug auf die nachrangigen Schuldverschreibungen zustehendes vorzeitiges Rückzahlungsrecht ausüben wird.

Die Anleihegläubiger der nachrangigen Schuldverschreibungen sollten sich daher bewusst sein, dass sie gezwungen sein könnten, die finanziellen Risiken eines Investments in die nachrangigen Schuldverschreibungen bis zu ihrer Endfälligkeit zu tragen.

3.29 Es ist der Emittentin nicht untersagt, weitere Verbindlichkeiten einzugehen, die im Vergleich zu den Verbindlichkeiten aus nachrangigen Schuldverschreibungen vorrangig oder gleichrangig sind.

Die Höhe von im Vergleich zu nachrangigen Schuldverschreibungen vorrangigem oder gleichrangigem Kapital, das die Emittentin aufnehmen darf, ist gesetzlich nicht begrenzt. Die Aufnahme weiterer Verbindlichkeiten kann den Betrag, den Anleihegläubiger nachrangiger Schuldverschreibungen im Falle einer Insolvenz der Emittentin oder eines die Insolvenz der Emittentin abwehrenden Verfahrens zurückerhalten, reduzieren und die Wahrscheinlichkeit, dass die Emittentin keine Zahlungen auf nachrangige Schuldverschreibungen leistet, erhöhen. Nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin können auch von Ereignissen stammen, die in der Bilanz der Emittentin keinen Niederschlag finden, wie beispielsweise die Ausstellung von abstrakten Garantieverprechen oder das Schlagendwerden anderer nicht-nachrangiger Eventualverbindlichkeiten. Ansprüche aus solchen Garantieverprechen oder aus anderen nicht-nachrangigen Eventualverbindlichkeiten werden zu nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, die im Falle eines Insolvenzverfahrens der Emittentin oder eines Verfahrens zur Abwendung einer Insolvenz der Emittentin vorrangig zu den Rückzahlungsansprüchen aus nachrangigen Schuldverschreibungen sind.

3.30 Die Wertpapiere sind nicht von der gesetzlichen Einlagensicherung gedeckt; nachrangige Schuldverschreibungen sind zudem nicht von einer freiwilligen Sicherungseinrichtung gedeckt.

Die Forderungen der Anleihegläubiger unter den Wertpapieren sind nicht von der gesetzlichen Einlagensicherung gedeckt. Weiters sind Forderungen der Anleihegläubiger unter nachrangigen Schuldverschreibungen (dh Schuldverschreibungen, die Ergänzungskapital (*Tier 2*) gemäß Art 63 CRR verbriefen) nicht von einer freiwilligen Sicherungseinrichtung gedeckt. Im Falle einer Liquidation oder Insolvenz der Emittentin besteht daher für Anleihegläubiger das Risiko, dass sie das gesamte in die Wertpapiere investierte Kapital verlieren.

3.31 Ein österreichisches Gericht kann einen Treuhänder (Kurator) für die Wertpapiere ernennen, der die Rechte und Interessen der Anleihegläubiger in deren Namen ausübt und wahrnimmt, wodurch die Möglichkeit der Anleihegläubiger zur individuellen Geltendmachung ihrer Rechte aus den Wertpapieren eingeschränkt werden kann.

Gemäß dem österreichischen Kuratorenrecht kann auf Verlangen eines Beteiligten (zB eines Anleihegläubigers) oder auf Veranlassung des zuständigen Gerichts von einem österreichischen Gericht ein Treuhänder (Kurator) ernannt werden, der die gemeinsamen Interessen der Anleihegläubiger in Bezug auf alle Angelegenheiten, die ihre gemeinsamen Rechte berühren, vertritt. Dies ist insbesondere möglich, wenn ein Insolvenzverfahren gegen die Emittentin eingeleitet wird, in Zusammenhang mit Änderungen der Emissionsbedingungen der Wertpapiere oder Änderungen in Bezug auf die Emittentin oder in ähnlichen Fällen. Wenn ein Kurator bestellt wird, dann übt er die gemeinsamen Rechte aller Anleihegläubiger aus und vertritt die Interessen aller Anleihegläubiger und kann in ihrem Namen Erklärungen abgeben, die für alle Anleihegläubiger bindend sind. In Fällen, in denen ein Kurator die Interessen der Anleihegläubiger vertritt und die Rechte der Anleihegläubiger ausübt, kann dies zu einer Benachteiligung bzw zu einer Kollision mit den Interessen einzelner oder aller Anleihegläubiger führen.

3.32 Risiko, dass aufgrund des U.S. Foreign Account Tax Compliance Act Quellensteuer einbehalten wird.

Zahlungen auf die Wertpapiere an die Anleihegläubiger und die an den Wertpapieren wirtschaftlich Berechtigten, einschließlich Zahlungen von Kapital, können einer Quellensteuer in Höhe von 30 Prozent unterliegen, sofern (i) sie Steuerbescheinigungen oder Identifizierungsanforderungen (einschließlich der Abgabe einer Erklärung, auf den Schutz von Gesetzen, die eine Offenlegung solcher Informationen gegenüber einer Steuerbehörde untersagen, zu verzichten) nicht erfüllen oder (ii) es sich um Finanzinstitute handelt, die den U. S. Foreign Account Tax Compliance Act oder entsprechende Bestimmungen von nicht US-amerikanischen Gesetzen, einschließlich etwaiger aufgrund von FATCA oder entsprechenden Bestimmungen von nicht US-amerikanischen Gesetzen mit einer Steuerbehörde auf freiwilliger Basis geschlossener Verträge, nicht einhalten. Die Emittentin ist nicht verpflichtet, irgendwelche zusätzlichen Zahlungen mit Bezug auf solche von der Emittentin oder einer zwischengeschalteten Zahlstelle einbehaltenen Beträge zu leisten.

Gemäß Sections 1471 bis 1474 des U.S. Internal Revenue Code von 1986, gemäß einem Vertrag, der von der Emittentin, einer Zahlstelle oder einem Intermediär mit den US-Steuerbehörden (U.S. Internal Revenue Service – "IRS") im Rahmen dieses US-Gesetzes geschlossen wurde, gemäß einem zwischenstaatlichen Abkommen zwischen den Vereinigten Staaten und einem anderen Land (zB dem Land, in dem die Emittentin, eine Zahlstelle oder ein Intermediär ansässig ist) oder irgendwelche nicht US-amerikanischen Gesetze die zur Förderung eines solchen zwischenstaatlichen Abkommens erlassen

wurden (zusammen als "**FATCA**" bezeichnet), ist die Emittentin, eine Zahlstelle oder ein Intermediär möglicherweise dazu verpflichtet, in bestimmten Fällen einen Betrag in Höhe von 30 Prozent von allen oder einem Teil der an die Anleihegläubiger, ein empfangendes Finanzinstitut oder einen Intermediär gezahlten Kapital- und Zinsbeträge einzubehalten, es sei denn der Anleihegläubiger, das empfangende Finanzinstitut oder der Intermediär ist FATCA-konform oder ist davon ausgenommen.

Um FATCA zu erfüllen, müssen Anleihegläubiger im Allgemeinen bestimmte Steuerbescheinigungen und Identifizierungsangaben in Bezug auf sich selbst und bestimmte ihrer an den Schuldverschreibungen wirtschaftlich Berechtigten vorlegen sowie ggf. eine Verzichtserklärung in Bezug auf bestimmte Gesetze abgeben, die die Offenlegung solcher Informationen gegenüber einer Steuerbehörde untersagen. Ein empfangendes Finanzinstitut wäre generell dazu verpflichtet, einen Vertrag mit dem IRS abzuschließen und unter anderem zu vereinbaren, den steuerlichen Status der Kontoinhaber des Instituts (oder der verbundenen Unternehmen des Instituts) offen zu legen und jährlich bestimmte Informationen über diese Konten weiterzugeben. Empfangende Finanzinstitute, die in einem Land ansässig sind, das ein zwischenstaatliches Abkommen mit den Vereinigten Staaten in Zusammenhang mit FATCA abgeschlossen hat, sind möglicherweise dazu verpflichtet, die FATCA-Durchführungsgesetze dieses Landes zu erfüllen, so dass es für das Finanzinstitut nicht erforderlich ist mit dem IRS einen Vertrag abzuschließen.

Eine Bestandsschutzregelung sieht vor, dass bestimmte aus US-Quellen stammende Verpflichtungen die zum 30.6.2014 ausstehen und bestimmte nicht US-amerikanische Verpflichtungen, die, sechs Monate nach rechtskräftigem Erlass der Regelungen über "ausländische Durchlaufzahlungen" (*foreign passthru payments*) durch das US-Finanzministerium (das "**Datum des Bestandsschutzes**") und weder geändert werden noch als Neuemission gelten, nach US-Einkommensteuerrecht nach dem maßgeblichen Datum nicht der Einkommensbesteuerung unterliegen. Für diese Zwecke können Wertpapiere, die direkt oder indirekt auf eine oder mehrere US-Aktien als Basiswerte Bezug nehmen (oder einen Index der ein oder mehrere US-Aktien beinhaltet) als aus US-Quellen stammende Verpflichtungen angesehen werden. Der Bestandsschutz gilt jedoch nicht für Verpflichtungen, die als Eigenkapital gelten, und für bestimmte andere Titel ohne feste Laufzeit (wie Spar- und Sichteinlagen). Bestimmte Wertpapiere, die am oder vor dem relevanten Datum des Bestandsschutzes begeben wurden, können unter den Bestandsschutz fallen. Jedoch kann nicht zugesichert werden, dass die Wertpapiere unter den Bestandsschutz fallen werden.

Wenn Beträge von Zahlungen auf die Wertpapiere oder vom Verkaufserlös einbehalten werden müssen, so kann ein solcher Einbehalt auf Zahlungen, die seit dem 1.7.2014 getätigt werden, erfolgen. Wenn die Emittentin gemäß FATCA zum Einbehalt verpflichtet ist, dann wird der entsprechende Betrag von etwaigen Zins-, Kapital oder sonstigen Zahlungen auf die Schuldverschreibungen abgezogen. In diesem Fall ist weder die Emittentin,

noch eine Zahlstelle oder andere Person dazu verpflichtet, dem Anleihegläubiger eine Entschädigung für den Abzug zu zahlen, sodass der mögliche Steuereinbehalt zu Lasten des Anleihegläubigers geht.

3.33 Wertpapiere ohne Kündigungsrechte für Anleihegläubiger können von diesen nicht gekündigt sondern allenfalls auf einem Handelsmarkt für Wertpapiere verkauft werden und unterliegen daher einem Kurs- und Liquiditätsrisiko (Risiko fehlender Kündigungsmöglichkeit).

Sofern in den Emissionsbedingungen kein Kündigungsrecht für Anleihegläubiger geregelt ist, können diese die Wertpapiere vor Ende ihrer Laufzeit nicht kündigen, sondern nur am Handelsmarkt für Wertpapiere verkaufen. Dabei unterliegen die Anleihegläubiger einem Kurs- und einem Liquiditätsrisiko (siehe entsprechende Risikofaktoren oben).

3.34 Im Falle eines Höchstzinssatzes können die Anleihegläubiger nicht von einer tatsächlichen günstigen Entwicklung oberhalb des Höchstzinssatzes profitieren.

Wenn der Zinssatz einer Emission von Schuldverschreibungen nicht fest ist, sondern in Übereinstimmung mit der in den maßgeblichen Emissionsbedingungen aufgeführten Struktur der Schuldverschreibungen bestimmt wird, dann kann die Emission ebenfalls einen Höchstzinssatz enthalten. Ein Höchstzinssatz hat zur Folge, dass der Zinssatz nie über die vorab festgelegte Grenze steigt, sodass die Anleihegläubiger von einer tatsächlichen günstigen Entwicklung oberhalb des Höchstzinssatzes nicht profitieren können. Die Rendite könnte daher wesentlich unter der Rendite von ähnlich ausgestatteten Schuldverschreibungen ohne Höchstzinssatz liegen.

3.35 Gemäß der EU-Zinsrichtlinie gilt Folgendes: Soweit Zahlungen durch eine Zahlstelle in einem Staat geleistet oder eingezogen werden, der ein System des Steuereinhalts anwendet und sofern von dieser Zahlung ein Steuerbetrag oder ein Betrag in Bezug auf Steuern einbehalten wird, so wäre weder die Emittentin noch eine Zahlstelle noch eine sonstige Person verpflichtet, infolge der Einbehaltung dieser Quellensteuer zusätzliche Beträge auf eine Schuldverschreibung zu zahlen (keine Steuerausgleichszahlungen, "no gross-up").

Die Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen in der geltenden Fassung (die "**EU-Zinsrichtlinie**") verpflichtet EU-Mitgliedstaaten, den Steuerbehörden anderer EU-Mitgliedsstaaten Auskünfte betreffend Zinszahlungen oder ähnlicher Einkünfte zu erteilen, die eine in einem EU-Mitgliedstaat niedergelassene Zahlstelle an wirtschaftliche Eigentümer, die als natürliche Personen in einem anderen EU-Mitgliedstaat ansässig sind, leistet oder zu deren Gunsten einzieht. Während eines Übergangszeitraums waren ursprünglich Belgien, Luxemburg und Österreich verpflichtet, im Hinblick auf solche Zahlungen ein System zur Erhebung von Quellensteuer anzuwenden (es sei denn, sie entscheiden sich

während dieses Zeitraums anderweitig). Belgien und Luxemburg haben mittlerweile die Erhebung von Quellensteuer zugunsten des automatischen Informationsaustausches eingestellt. Einige andere Nicht-EU-Staaten und Territorien, einschließlich der Schweiz, wenden Maßnahmen ähnlich denen an, die in der EU-Zinsrichtlinie vorgesehen sind (Erhebung von Quellensteuer im Fall der Schweiz).

Gemäß der Richtlinie (EU) 2015/2016 des Rates vom 10. November 2015 zur Aufhebung der Richtlinie 2003/48/EG wurde die EU-Zinsrichtlinie im Allgemeinen mit Wirkung ab 1. Jänner 2016 aufgehoben. Aufgrund detaillierter Übergangsbestimmungen soll Österreich die EU-Zinsrichtlinie jedoch im Allgemeinen bis zum 31. Dezember 2016 anwenden.

Würde eine Zahlung durch eine Zahlstelle in einem Staat vorgenommen oder eingezogen, der sich für ein Quellensteuerabzugssystem entschieden hat, und von dieser Zahlung ein Steuerbetrag oder ein Betrag in Bezug auf Steuern einbehalten, so wäre weder die Emittentin noch eine Zahlstelle (wie in den Emissionsbedingungen der Wertpapiere definiert) noch eine sonstige Person verpflichtet, infolge der Einbehaltung dieser Quellensteuer zusätzliche Beträge auf die Wertpapiere zu zahlen.

3.36 Allfällige Ratings von Wertpapieren berücksichtigen unter Umständen nicht sämtliche Risiken einer Anlage in diese Wertpapiere angemessen und können ausgesetzt, herabgestuft oder zurückgenommen werden, was den Marktpreis und den Handelspreis der Wertpapiere beeinträchtigen kann.

Ein Rating von Wertpapieren reflektiert möglicherweise nicht alle Risiken einer Anlage in die Wertpapiere. Außerdem können Ratings ausgesetzt, herabgestuft oder zurückgenommen werden. Jede Aussetzung, Herabstufung oder Rücknahme kann sich nachteilig auf den Marktpreis der Wertpapiere auswirken. Ein Rating stellt keine Empfehlung zum Kauf, Verkauf oder Halten von Wertpapieren dar und kann jederzeit von der Ratingagentur überprüft oder zurückgenommen werden.

3.37 Die Anleihegläubiger müssen sich auf die Funktionalität des maßgeblichen Clearingsystems verlassen.

Die Wertpapiere werden über Clearingsysteme wie jenes der OeKB CSD GmbH gekauft und verkauft. Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung dafür, dass die Wertpapiere tatsächlich in das Wertpapierportfolio des jeweiligen Anlegers übertragen werden. Die Anleihegläubiger müssen sich auf die Funktionalität des maßgeblichen Clearingsystems verlassen.

3.38 Die Anleihegläubiger sollten beachten, dass sich das anwendbare Steuerregime zu ihrem Nachteil ändern kann; die steuerlichen Auswirkungen einer Anlage in die Wertpapiere sollten daher sorgfältig geprüft werden.

Zahlungen auf Wertpapiere oder durch einen Anleihegläubiger beim Verkauf oder der Rückzahlung von Wertpapieren realisierte Gewinne können im Heimatland des Anleihegläubigers oder in anderen Jurisdiktionen, in denen er steuerpflichtig ist, der Besteuerung unterliegen. Die steuerlichen Folgen für Anleihegläubiger im Allgemeinen werden in dem Abschnitt "Besteuerung" beschrieben; die steuerlichen Folgen für einzelne Anleihegläubiger können jedoch von der Situation abweichen, die für die Anleihegläubiger im Allgemeinen beschrieben wird. Potenziellen Anlegern wird daher empfohlen, sich bei ihren Steuerberatern über die steuerlichen Folgen einer Anlage in die Wertpapiere zu informieren. Überdies können sich die anwendbaren Steuergesetze in der Zukunft zum Nachteil für die Anleger ändern.

3.39 Bestimmte Anlagen können durch rechtliche Anlageerwägungen eingeschränkt sein.

Die Anlagetätigkeit bestimmter Investoren unterliegt Anlagegesetzen und -vorschriften oder der Prüfung oder Aufsicht durch bestimmte Behörden. Jeder potenzielle Anleger sollte sich von seinen Rechtsberatern beraten lassen, um festzustellen, ob und inwieweit (i) die Wertpapiere eine für ihn rechtlich zulässige Anlageform sind, (ii) die Wertpapiere als Sicherheit für verschiedene Arten der Kreditaufnahme genutzt werden können und (iii) für ihn sonstige Beschränkungen hinsichtlich des Kaufs oder der Verpfändung von Wertpapieren gelten. Finanzinstitute sollten ihre Rechtsberater oder die zuständigen Aufsichtsbehörden bezüglich der richtigen Behandlung der Wertpapiere gemäß den anwendbaren Risikokapital- oder ähnlichen Vorschriften konsultieren. Überdies können die Emissionsbedingungen bestimmte Haftungsausschlüsse oder -beschränkungen der Emittentin oder anderer Parteien (zB die Emissionsstelle, Berechnungsstelle, Zahlstelle, etc.) in Bezug auf fahrlässige Handlungen oder Auslassungen in Zusammenhang mit den Wertpapieren enthalten, die dazu führen könnten, dass die Anleihegläubiger für den ihnen entstandenen Schaden keine (oder nicht mal einen Teil der) Entschädigung verlangen können. Anleihegläubiger sollten sich daher selbst über solche Haftungsausschlüsse oder -beschränkungen informieren und überlegen, ob sie damit einverstanden sind.

4. Zusätzliche Risiken derivativer Wertpapiere

Eine Anlage in derivative Wertpapiere ist für Anleger mit nicht ausreichenden Kenntnissen im Finanzbereich nicht geeignet.

Anleger sollten abwägen, ob eine Anlage in derivative Wertpapiere vor dem Hintergrund ihrer persönlichen Umstände für sie geeignet ist. Eine Investition in derivative Wertpapiere erfordert die genaue Kenntnis der Funktionsweise der

jeweiligen Wertpapiere. Anleger sollten Erfahrung mit der Anlage in die den derivativen Wertpapieren zu Grunde liegenden Basiswerte haben und die damit verbundenen Risiken kennen. Eine Anlage in derivative Wertpapiere ist mit erheblichen Risiken verbunden, die bei einer vergleichbaren Anlage in konventionelle fest- oder variabel verzinsten Schuldverschreibungen nicht auftreten.

Die Risiken einer Anlage in derivative Wertpapiere umfassen sowohl Risiken der zu Grunde liegenden Basiswerte als auch Risiken, die für die Wertpapiere selbst gelten. Anleger sind möglicherweise nicht in der Lage, sich gegen die verschiedenen Risiken in Bezug auf derivative Wertpapiere abzusichern.

Darüber hinaus ist der Marktpreis derivativer Wertpapiere am Sekundärmarkt einem höheren Risikoniveau ausgesetzt als der Marktpreis anderer Wertpapiere. Eine Reihe von Faktoren wirken sich unabhängig von der Bonität der Bank auf den Marktpreis der Wertpapiere an einem etwaigen Sekundärmarkt für die derivativen Wertpapiere aus, das sind beispielsweise die Preisentwicklung des jeweiligen zu Grunde liegenden Basiswertes, die von einer Reihe zusammenhängender Faktoren abhängt, darunter volkswirtschaftliche, finanzwirtschaftliche und politische Ereignisse, über die die Bank keine Kontrolle hat, die historische und erwartete Schwankungsbreite der Kurse des jeweiligen zu Grunde liegenden Basiswertes ("**Volatilität**"), die Restlaufzeit der Wertpapiere, der ausstehende Betrag der Wertpapiere und das Marktzinsniveau.

5. Risiken in Zusammenhang mit bestimmten Produkten und Produktmerkmalen

5.1 Wertpapiere, bei denen die zu zahlenden Beträge bzw die zu liefernden Vermögenswerte unter Zugrundelegung einer Formel berechnet werden.

In Bezug auf eine Emission von Wertpapieren kann eine Formel Anwendung finden, anhand derer die (bei Tilgung, Abwicklung oder in regelmäßigen Abständen) zu zahlenden Zinsen und/oder andere Beträge und/oder zu liefernden Vermögenswerte berechnet werden. Potenzielle Anleger sollten sicherstellen, dass sie die jeweilige Formel verstehen, und, falls erforderlich, ihren/ihre persönlichen Berater zu Rate ziehen.

Zudem kann die Formel im Hinblick auf die bei Tilgung, Abwicklung oder in regelmäßigen Abständen voraussichtlich zu zahlenden Zinsen und/oder andere Beträge und/oder zu liefernden Vermögenswerte komplexe Ergebnisse und unter bestimmten Umständen einen Anstieg oder Rückgang dieser Beträge zur Folge haben.

In einigen Fällen bieten die Wertpapiere ein Short-Exposure, dh der wirtschaftliche Wert von Wertpapieren steigt nur, wenn der entsprechende Preis oder Wert des Referenzwerts/der Referenzwerte fällt. Steigt der Preis oder Wert des Referenzwerts/der Referenzwerte, kann der Wert der Wertpapiere sinken.

5.2 Mit wesentlichem Ab- bzw Aufschlag emittierte Schuldtitel.

Der Marktpreis von mit einem wesentlichen Ab- bzw Aufschlag emittierten Schuldtiteln reagiert auf allgemeine Änderungen von Zinssätzen in der Regel volatiler als die Preise für herkömmliche verzinsliche Wertpapiere. Grundsätzlich gilt: Je länger die Restlaufzeit der Wertpapiere, desto volatiler die Marktpreise im Vergleich zu den Marktpreisen herkömmlicher verzinslicher Wertpapiere mit ähnlicher Laufzeit.

5.3 Wertpapiere mit Tilgungsrecht der Emittentin.

Wertpapiere, die ein Tilgungsrecht (dh ein Recht auf vorzeitige Rückzahlung) der Emittentin vorsehen oder bei Eintritt bestimmter Ereignisse beendet werden können, werden voraussichtlich einen niedrigeren Marktpreis haben als ähnliche Wertpapiere ohne Tilgungsrecht der Emittentin. Besteht ein Tilgungsrecht oder die Möglichkeit einer Beendigung, so unterliegt die Entwicklung des Marktpreises der Wertpapiere voraussichtlich Beschränkungen. In Zeiträumen, in denen die Emittentin eine Tilgung der Wertpapiere vornehmen kann oder eine solche Beendigung eintreten kann, wird der Marktpreis dieser Wertpapiere in der Regel nicht deutlich über den Preis steigen, zu dem die Tilgung oder Beendigung erfolgen kann. Eine solche Entwicklung kann auch im Vorfeld von Tilgungs- oder Beendigungszeiträumen eintreten.

Es ist davon auszugehen, dass die Emittentin die Wertpapiere tilgen wird, wenn ihre Finanzierungskosten unter dem Zinssatz auf die Wertpapiere liegen oder wenn ihr hohe Kosten entstehen, indem sie die Wertpapiere im Umlauf belässt. In der Regel würde ein Anleger zu einem solchen Zeitpunkt den infolge des ausgeübten Tilgungsrechts erzielten Erlös nicht zu einem effektiven Zinssatz reinvestieren können, der so hoch ist wie der Zinssatz auf die getilgten Wertpapiere. Eine Wiederveranlagung wäre unter Umständen nur zu einem deutlich niedrigeren Zinssatz möglich. Potenzielle Anleger sollten bei der Abwägung der mit einer Wiederveranlagung verbundenen Risiken andere zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehende Veranlagungen berücksichtigen.

Ob die Emittentin zur Tilgung der Wertpapiere vor Fälligkeit oder vor der endgültigen Abwicklung berechtigt ist, ist in den jeweiligen Emissionsbedingungen angegeben.

5.4 Spezielle Risiken von Aktienanleihen (Cash-or-Share Schuldverschreibungen).

Aktienanleihen (auch Cash-or-Share Schuldverschreibungen) sind Schuldverschreibungen, für die die Tilgung durch die Bank – abhängig von der Kursentwicklung der zu Grunde liegende(n) Aktie(n) bis zum Tilgungszeitpunkt – nicht zum Rückzahlungsbetrag sondern durch die Lieferung der zu Grunde liegende(n) Aktie(n) erfolgen kann. Der Zinssatz für Aktienanleihen enthält einen Aufschlag (Risikoprämie) gegenüber dem aktuellen Marktzinssatz für die Laufzeit der Aktienanleihe. Der Anleihegläubiger einer Aktienanleihe ist in der

Position eines Verkäufers einer Put-Option, dh er hat das Risiko, dass die Bank die zu Grunde liegende(n) Aktie(n) am Laufzeitende liefert und der dann aktuelle Marktkurs der Aktie so stark zurückgegangen ist, dass die Rendite der Aktienanleihe (deutlich) unter der Rendite, die im Falle einer Rückzahlung zum Rückzahlungsbetrag eingetreten wäre, liegen kann. Die Rendite einer Aktienanleihe kann auch negativ sein, im schlimmsten Fall können die gelieferten Aktien keinen Marktpreis mehr aufweisen. Behält der Anleihegläubiger einer Aktienanleihe die Aktien nach Lieferung durch die Bank, so hat er alle Risiken einer Aktienveranlagung zu tragen.

5.5 Allgemeine Risiken von Zertifikaten.

Da Zertifikate typischerweise keinen laufenden Ertrag abwerfen, können Wertverluste der Zertifikate nicht durch andere Erträge aus den Zertifikaten kompensiert werden. Die einzige Ertragschance besteht in einer für den Anleger positiven Entwicklung des Basiswerts. Wenn sich dies nicht realisiert und das entsprechende Zertifikat über keinen Kapitalschutz verfügt, kann die Höhe der Kapitalrückzahlung erheblich unter dem Emissionspreis oder dem vom Anleihegläubiger bezahlten Kaufpreis liegen und sogar null betragen, mit der Folge, dass der Anleihegläubiger sein gesamtes eingesetztes Kapital verliert (Totalverlust).

5.6 Spezielle Risiken von Zertifikaten mit einem Mindestbetrag.

Anleger dürfen eine Tilgungszahlung in Höhe von zumindest dem Mindestbetrag nur dann erwarten, wenn sie die Zertifikate bis zum Endfälligkeitstag halten. Weiters müssen Anleger beachten, dass die versprochene Rückzahlung zumindest in Höhe des Mindestbetrags von der Zahlungsfähigkeit der Emittentin abhängt und somit auch Inhaber von Zertifikaten nicht gegen das Insolvenzrisiko der Emittentin geschützt sind. Anleger sollten bedenken, dass sie bei einem Investment in ein Zertifikat mit einem Mindestbetrag auf ein höheres Gewinnpotenzial verzichten.

ALLGEMEINE HINWEISE UND VERKAUFSBESCHRÄNKUNGEN

Allgemeine Hinweise

Die im Prospekt enthaltenen Informationen in Bezug auf die Bank und ihre konsolidierten Tochtergesellschaften (zusammen die "**Gruppe**" oder die "**RVS-Gruppe**"), die mit den Wertpapieren verbundenen Rechte sowie die geltende Rechtslage und Praxis der Rechtsanwendung (zB steuerliche Angaben), beziehen sich auf das Datum dieses Prospektes. Diese Informationen sind solange gültig, als nicht aufgrund eines neuen wichtigen Umstandes oder einer wesentlichen Unrichtigkeit oder Ungenauigkeit hinsichtlich der im Prospekt enthaltenen Angaben, die die Beurteilung der Wertpapiere beeinflussen können, ein Nachtrag zum Prospekt gebilligt und veröffentlicht wurde. Die Gültigkeit dieses Prospekts ist mit höchstens zwölf Monaten nach seiner Billigung beschränkt vorausgesetzt, dass er um etwaige Nachträge ergänzt wird.

Eine möglichst vollständige Information über die Bank und die Wertpapiere der Bank ist nur gegeben, wenn dieser Prospekt - ergänzt um allfällige Nachträge - in Verbindung mit den durch Verweis in diesen Prospekt aufgenommenen Informationen und den jeweils veröffentlichten Endgültigen Bedingungen einer Serie von Wertpapieren gelesen wird.

Investoren haben sich bei einer Investitionsentscheidung auf ihre eigene Einschätzung der Bank sowie die Chancen und Risiken, die mit der Investition in Wertpapiere der Bank zusammenhängen, zu verlassen.

Jedwede Entscheidung zur Investition in Wertpapiere der Bank sollte ausschließlich auf dem genauen Studium des Prospekts (einschließlich allfälliger Nachträge dazu und der durch Verweis inkorporierten Informationen) zusammen mit den jeweiligen Endgültigen Bedingungen beruhen, wobei zu bedenken ist, dass jede Zusammenfassung oder Beschreibung rechtlicher Bestimmungen, gesellschaftsrechtlicher Strukturen oder Vertragsverhältnisse, die in diesem Prospekt enthalten sind, nur der Information dient und nicht als Rechts- oder Steuerberatung betreffend die Auslegung oder Durchsetzbarkeit ihrer Bestimmungen oder Beziehungen angesehen werden sollte. Der Prospekt ersetzt nicht die in jedem individuellen Fall unerlässliche Beratung durch geeignete Berater des Investors.

Der vorliegende Prospekt dient ausschließlich der Information potentieller Anleger. Bei den im Prospekt enthaltenen Informationen handelt es sich insbesondere weder um eine Empfehlung zum An- oder Verkauf oder zur Zeichnung von Wertpapieren noch um eine Aufforderung bzw eine Einladung zur Abgabe eines Angebots zur Zeichnung oder zum An- oder Verkauf derselben. Im Falle von Zweifeln über den Inhalt oder die Bedeutung der im Prospekt enthaltenen Informationen ist eine befugte oder sachverständige Person zu Rate zu ziehen, die auf die Beratung beim Erwerb von Finanzinstrumenten spezialisiert ist.

Die unter diesem Prospekt begebenen Wertpapiere der Bank sind von keiner Zulassungs-, Billigungs- oder Aufsichtsbehörde in Deutschland oder Österreich oder

einer Wertpapier-, Billigungs- oder Zulassungsstelle im Ausland noch in sonstiger Weise zum Kauf empfohlen.

Keine Person ist ermächtigt, Informationen oder Zusagen über die Bank und/oder die Wertpapiere abzugeben, die nicht im Prospekt enthalten sind. Falls solche doch erfolgen, darf niemand darauf vertrauen, dass diese von der Bank autorisiert worden sind.

Dieser Prospekt samt Nachträgen und Endgültigen Bedingungen (einschließlich allfälliger Anhänge) darf weder ganz oder teilweise reproduziert noch weitervertrieben werden. **Jeder Anleger stimmt der eingeschränkten Verwendung mit Entgegennahme dieses Prospektes zu.** Ausschließlich die Bank sowie gegebenenfalls die sonstigen in diesem Prospekt samt Nachträgen und Endgültigen Bedingungen (einschließlich allfälliger Anhänge) genannten Quellen haben die zur Erstellung dieser Dokumente benötigten Informationen zur Verfügung gestellt.

Verkaufsbeschränkungen

Mit Ausnahme von Deutschland und Österreich darf dieser Prospekt in keinem Staat veröffentlicht werden, in dem Vorschriften über die Registrierung, Zulassung oder sonstige Vorschriften im Hinblick auf ein öffentliches Angebot bestehen oder bestehen könnten, die einer Veröffentlichung oder einem Angebot der Wertpapiere entgegen stehen könnten. Insbesondere darf der Prospekt nicht in die Vereinigten Staaten von Amerika gebracht werden.

Die unter diesem Prospekt begebenen Wertpapiere der Bank sind und werden auch in Zukunft nicht nach den Vorschriften des U.S. Securities Act of 1933 (der "**Securities Act**") registriert und unterliegen als Inhaberpapiere bestimmten Voraussetzungen des U.S. Steuerrechtes. Abgesehen von bestimmten Ausnahmen, die im U.S. Steuerrecht festgelegt werden, dürfen die Wertpapiere nicht innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika oder an U.S. Personen (wie im Securities Act definiert) angeboten, verkauft oder geliefert werden.

In keinem EWR-Mitgliedstaat, der die Prospektrichtlinie umgesetzt hat, dürfen die Wertpapiere öffentlich angeboten werden, außer

- a) es wurde im Einklang mit den jeweils anwendbaren nationalen Umsetzungsvorschriften zur Prospektrichtlinie vor oder gleichzeitig mit dem Angebotsbeginn ein von der Billigungsbehörde im Angebotsstaat gebilligter oder der im jeweiligen Mitgliedsstaat zuständigen Behörde notifizierter Prospekt (Nachtrag) ordnungsgemäß hinterlegt und veröffentlicht und die Gültigkeitsdauer des Prospekts von 12 Monaten ist noch nicht abgelaufen;
- b) es handelt sich um ein Angebot, das sich ausschließlich an qualifizierte Anleger iSv Art. 2 Abs 1 lit. e der Prospektrichtlinie richtet;
- c) es handelt sich um ein Angebot an weniger als 150 natürliche oder juristische Personen pro EWR-Vertragsstaat, bei denen es sich nicht um qualifizierte Anleger handelt;

- d) es handelt sich um ein Angebot von Wertpapieren mit einer Mindeststückelung von EUR 100.000; oder
- e) es handelt sich um ein Angebot, das sonst keine Pflicht zur Veröffentlichung eines Prospektes durch die Bank gemäß Art. 3 Abs 2 der Prospektrichtlinie auslöst.

Unter einem "**öffentlichem Angebot**" der Wertpapiere in einem Angebotsstaat, der EWR-Mitgliedstaat ist, ist eine Mitteilung an das Publikum in jedweder Form und auf jedwede Art und Weise zu verstehen, die ausreichende Informationen über die Angebotsbedingungen und die anzubietenden Wertpapiere enthält, um einen Anleger in die Lage zu versetzen, sich für den Kauf oder die Zeichnung dieser Wertpapiere zu entscheiden, wobei Abweichungen von dieser Definition in den nationalen Umsetzungsbestimmungen zur Prospektrichtlinie miterfasst sind.

Durch Verweis in den Prospekt aufgenommene Dokumente

Dieser Prospekt ist in Verbindung mit den folgenden Informationen zu lesen, die vor oder zugleich mit dem Prospekt veröffentlicht wurden (ausgenommen die Endgültigen Bedingungen, die jeweils vor dem Angebot der jeweiligen Wertpapieren veröffentlicht werden) und die bei der FMA hinterlegt wurden: Die in diesem Prospekt (siehe die "Liste der Angaben, die in Form eines Verweises in diesem Prospekt übernommen wurden" auf Seite 168) angeführten Teile der Geschäftsberichte der Bank für die Geschäftsjahre 2014 und 2013 (der "**Geschäftsbericht 2014**" und der "**Geschäftsbericht 2013**") werden durch Verweis in diesen Prospekt aufgenommen. Die Geschäftsberichte 2014 und 2013 sind bei der FMA hinterlegt und werden auf der Internetseite der Emittentin (www.rvs.at) veröffentlicht.

Soweit eine durch Verweis in diesen Prospekt aufgenommene Information diesem Prospekt widerspricht, hat dieser Prospekt Vorrang. Kopien dieses Prospektes und der Dokumente, die durch Verweis in diesen Prospekt aufgenommene Informationen enthalten, sind kostenlos am Hauptsitz der Bank in Österreich, A-5020 Salzburg, Schwarzstraße 13-15 erhältlich.

Informationsquellen

Soweit in diesem Prospekt nichts anderes angegeben ist, wurden die hierin enthaltenen Daten und Informationen dem im Geschäftsbericht 2014 enthaltenen geprüften konsolidierten Jahresabschluss der Bank zum 31.12.2014 sowie den VERA Daten der Bank zum 30.09.2015 und 30.09.2014 entnommen. Die Bank bestätigt, dass Angaben in diesem Prospekt, die von dritten Personen übernommen wurden, korrekt wiedergegeben werden und dass, soweit dies der Bank bekannt ist und sie dies aus den von der dritten Person veröffentlichten Informationen ableiten konnte, keine Tatsachen unterschlagen werden, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

Zustimmung zur Prospektverwendung

Die Emittentin erteilt allen Kreditinstituten als Finanzintermediären, die im Sinne der Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni

2013 über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen, zur Änderung der Richtlinie 2002/87/EG und zur Aufhebung der Richtlinien 2006/48/EG und 2006/49/EG (*Capital Requirements Directive IV* - "**CRD IV**") in der Europäischen Union zugelassen sind ("**Finanzintermediäre**"), ihre ausdrückliche Zustimmung, diesen Prospekt samt allen durch Verweis einbezogenen Dokumenten und allfälligen Nachträgen, für den Vertrieb von Wertpapieren in Deutschland und Österreich während der Angebotsperiode zu verwenden, vorausgesetzt jedoch, dass der Prospekt noch gültig ist.

Die Emittentin erklärt, dass sie die Haftung für den Inhalt des Prospekts auch hinsichtlich einer späteren Weiterveräußerung oder endgültigen Platzierung der Wertpapiere durch die Finanzintermediäre übernimmt. Für Handlungen oder Unterlassungen der Finanzintermediäre übernimmt die Emittentin keine Haftung. Finanzintermediäre dürfen den Prospekt nur im Einklang mit den nachfolgenden Bestimmungen und unter der Bedingung verwenden, dass sie auf ihrer Internetseite angeben, den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin zu verwenden. Die Angebotsfrist, während der die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der Wertpapiere durch Finanzintermediäre erfolgen kann, wird in den Endgültigen Bedingungen angegeben.

Die Zustimmung entbindet ausdrücklich nicht von der Einhaltung der für das jeweilige Angebot geltenden Verkaufsbeschränkungen und sämtlicher jeweils anwendbarer Vorschriften. Der Finanzintermediär wird nicht von der Einhaltung der auf ihn anwendbaren gesetzlichen Vorschriften entbunden.

Hinweis für Anleger: Finanzintermediäre haben Anleger zum Zeitpunkt der Angebotsvorlage über die Bedingungen eines Angebots von Wertpapieren zu unterrichten und auf der Internetseite des Finanzintermediärs ist anzugeben, dass der Finanzintermediär den Prospekt mit Zustimmung der Emittentin und gemäß den Bedingungen verwendet, an die die Zustimmung gebunden ist.

Zukunftsgerichtete Aussagen

Dieser Prospekt enthält unter der Rubrik "Zusammenfassung des Prospekts", "Risikofaktoren" und an weiteren Stellen Aussagen, die zukunftsgerichtete Aussagen (die "**zukunftsgerichteten Aussagen**") sind oder als solche gedeutet werden können. In manchen Fällen können diese zukunftsgerichteten Aussagen an der Verwendung von zukunftsgerichteten Ausdrücken, wie beispielsweise "glauben", "schätzen", "vorhersehen", "erwarten", "beabsichtigen", "abzielen", "können", "werden", "planen", " fortfahren" oder "sollen" oder im jeweiligen Fall deren negative Formulierungen oder Varianten oder eine vergleichbare Ausdrucksweise oder durch die Erörterung von Strategien, Plänen, Zielen, zukünftigen Ereignissen oder Absichten erkannt werden. Die in diesem Prospekt enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen enthalten bestimmte Ziele. Diese Ziele meinen Ziele, die die Bank zu erreichen beabsichtigt, stellen jedoch keine Vorhersagen dar.

Die in diesem Prospekt enthaltenen zukunftsgerichteten Aussagen schließen alle Themen ein, die keine historischen Tatsachen sind sowie Aussagen über die

Absichten, Ansichten oder derzeitigen Erwartungen der Bank, die unter anderem das Ergebnis der Geschäftstätigkeit, die finanzielle Lage, die Liquidität, den Ausblick, das Wachstum, die Strategien und die Dividendenpolitik sowie den Industriezweig und die Märkte, in denen die Bank tätig ist, betreffen. Ihrer Natur nach umfassen zukunftsgerichtete Aussagen bekannte und unbekannt Risiken sowie Unsicherheiten, da sie sich auf Ereignisse und Umstände beziehen, die in der Zukunft eintreten oder nicht eintreten können. Zukunftsgerichtete Aussagen sind keine Zusicherungen einer künftigen Wertentwicklung. Potentielle Anleger sollten daher kein Vertrauen in diese zukunftsgerichteten Aussagen legen.

Viele Faktoren können dafür verantwortlich sein, dass sich die tatsächlichen Erträge, die Wertentwicklung oder die Erfolge der Bank wesentlich von künftigen Erträgen, Wertentwicklungen oder Erfolgen, die durch solche zukunftsgerichteten Aussagen ausgedrückt oder impliziert werden, unterscheiden. Manche dieser Faktoren werden unter "Risikofaktoren" genauer beschrieben.

Sollte ein Risiko oder sollten mehrere der in diesem Prospekt beschriebenen Risiken eintreten oder sollte sich eine der zugrunde liegenden Annahmen als unrichtig herausstellen, können die tatsächlichen Erträge wesentlich von den in diesem Prospekt als erwartet, vermutet oder geschätzt beschriebenen abweichen oder zur Gänze ausfallen. Die Bank beabsichtigt keine Aktualisierung der in diesem Prospekt enthaltenen Informationen nach dem Ende des Angebots der Wertpapiere.

Nachtrag zum Prospekt

Gemäß Art 16 der Prospektrichtlinie und § 6 KMG hat die Bank jeden wichtigen neuen Umstand oder jede wesentliche Unrichtigkeit oder Ungenauigkeit in Bezug auf die im Prospekt enthaltenen Angaben, die die Bewertung der Wertpapiere beeinflussen könnten und die zwischen der Billigung des Prospekts und dem endgültigen Schluss des öffentlichen Angebots oder, wenn diese später eintritt, der Eröffnung des Handels an einem geregelten Markt auftreten bzw festgestellt werden, in einem Nachtrag zum Prospekt bekannt zu machen, der unverzüglich veröffentlicht und bei der FMA zur Billigung eingereicht werden muss.

ALLGEMEINE BESCHREIBUNG DES PROGRAMMS

Die folgende Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wörter und Ausdrücke, die in den Emissionsbedingungen definiert sind, haben in diesem Abschnitt dieselbe Bedeutung, wenn sich aus dem Zusammenhang nicht etwas anderes ergibt.

Emittentin	Raiffeisenverband Salzburg eGen
Beschreibung	Angebotsprogramm für Schuldverschreibungen und Zertifikate
Emissionsvolumen	Die Gesamtsumme der Emissionen von Wertpapieren unter dem Programm ist betragsmäßig nicht beschränkt. Die Volumina der einzelnen Emissionen von Wertpapieren ergeben sich aus den Emissionsbedingungen.
Arten von Wertpapieren	Unter dem Programm kann die Emittentin (i) nicht-nachrangige Schuldverschreibungen, (ii) nachrangige Schuldverschreibungen, die Instrumente des Ergänzungskapitals (<i>Tier 2</i>) gemäß Artikel 63 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (<i>Capital Requirements Regulation</i> – " CRR ") darstellen und (iii) fundierte Schuldverschreibungen emittieren, und zwar festverzinsliche Schuldverschreibungen, variabel verzinsliche Schuldverschreibungen, Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung, Schuldverschreibungen mit strukturierter Verzinsung und Nullkupon-Schuldverschreibungen, wobei jede dieser Schuldverschreibungen auch als Aktienanleihe ausgestaltet sein kann (zusammen die " Schuldverschreibungen ") und nicht-nachrangige Zertifikate, die sich auf einen oder mehrere Basiswerte beziehen (die " Zertifikate ", und die Schuldverschreibungen und die Zertifikate zusammen die " Wertpapiere " und die Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung und die Zertifikate, die " derivativen Wertpapiere ").

Emissionspreis	Wertpapiere können zum Nennbetrag oder abzüglich eines Disagios oder zuzüglich eines Agios begeben werden. Im Falle von Daueremissionen wird der Erstemissionspreis in den Emissionsbedingungen angegeben und kann danach laufend an die jeweiligen Marktbedingungen angepasst werden. Ein allfälliger Ausgabeaufschlag ist in den Emissionsbedingungen angegeben.
Form der Wertpapiere	Jedes Wertpapier lautet auf den Inhaber und jede Serie von Wertpapieren ist durch eine auf den Inhaber lautende Sammelurkunde ohne Zinsscheine verbrieft, welche die eigenhändigen Unterschriften zweier ordnungsgemäß bevollmächtigter Vertreter der Emittentin trägt. Die Ausgabe effektiver Stücke ist ausgeschlossen.
Hinterlegung der Wertpapiere	<p>Am oder vor dem (Erst-)Begebungstag jeder Serie wird die die Inhaberwertpapiere verbrieftende Sammelurkunde nach Maßgabe der Emissionsbedingungen entweder (i) im Fall von Eigenverwahrung bei der Bank und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt bei der Wertpapiersammelbank der OeKB CSD GmbH ("OeKB CSD") mit der Geschäftsanschrift 1010 Wien, Strauchgasse 1-3 oder (ii) im Fall von Fremdverwahrung von Beginn an bei der OeKB CSD (jeweils eine "Verwahrstelle") hinterlegt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Bank aus den Wertpapieren erfüllt sind.</p> <p>Jede Sammelurkunde wird so lange von der entsprechenden Verwahrungsstelle verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Wertpapieren erfüllt sind. Den Anleihegläubigern stehen Miteigentumsanteile an der jeweiligen Sammelurkunde zu, die gemäß den Regelungen und Bestimmungen der Verwahrungsstelle und anwendbarem Recht übertragen werden können.</p>
Währungen	Die Wertpapiere lauten auf Euro oder eine andere Währung, wie in den Emissionsbedingungen bezeichnet.
Laufzeiten	Die Laufzeit der Wertpapiere ist in den Emissionsbedingungen angegeben.

Stückelung	Die Wertpapiere werden in Stückelungen, wie in den Emissionsbedingungen beschrieben, begeben. Wertpapiere können, wenn dies in den Emissionsbedingungen angegeben ist, ohne Nennbetrag ausgegeben werden (Stücknotiz).
Verzinsung	Die Verzinsung der Schuldverschreibungen erfolgt, wenn es eine solche gibt, in Übereinstimmung mit den Emissionsbedingungen. Zertifikate werden nicht verzinst.
Vorzeitige Rückzahlung	Eine vorzeitige Rückzahlung der Wertpapiere durch die Emittentin ist möglich, wenn dies in den Emissionsbedingungen ausdrücklich angeführt ist. Eine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger ist möglich, wenn dies in den Emissionsbedingungen ausdrücklich vorgesehen ist. Eine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin, aus aufsichtsrechtlichen oder steuerlichen Gründen ist im Fall von nachrangigen Schuldverschreibungen möglich, sofern die Voraussetzungen des § 4 (4) (" Vorzeitige Rückzahlung aus aufsichtsrechtlichen oder steuerlichen Gründen ") erfüllt wurden. Eine vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer (i) Rechtsänderung, (ii) Absicherungs-Störung und/oder (iii) Gestiegenen Absicherungs-Kosten ist möglich, wenn dies in den Emissionsbedingungen ausdrücklich vorgesehen ist.
Rang von nicht-nachrangigen Wertpapieren	Die Verbindlichkeiten der Emittentin aus nicht-nachrangigen Wertpapieren begründen nicht-nachrangige und unbesicherte Verbindlichkeiten der Emittentin.
Rang von nachrangigen Schuldverschreibungen	Die Verbindlichkeiten der Emittentin aus nachrangigen Schuldverschreibungen (dh Schuldverschreibungen, die Ergänzungskapital (<i>Tier 2</i>) gemäß Art 63 CRR verbrieften) begründen direkte, unbesicherte und nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin gleichrangig sind. Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin sind die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin gemäß den Schuldverschreibungen nachrangig gegenüber nicht-

nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, gleichrangig mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, die nicht aufgrund ihrer Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind, sowie vorrangig gegenüber den Ansprüchen von Aktionären, Eigentümern von Instrumenten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1*) gemäß Artikel 28 der CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1*) gemäß Artikel 52 der CRR der Emittentin. Kein Anleihegläubiger ist berechtigt, mit Rückerstattungsansprüchen aus den Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin aufzurechnen

Rang von fundierten Schuldverschreibungen

Fundierte Schuldverschreibungen werden durch separate Deckungsstöcke gemäß dem österreichischen Gesetz betreffend fundierte Bankschuldverschreibungen besichert und sind nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, die durch eine gesonderte Deckungsmasse besichert sind.

Anwendbares Recht

Die Wertpapiere unterliegen österreichischem Recht unter Ausschluss der Regelungen des internationalen Privatrechts, soweit dies die Anwendung fremden Rechts zur Folge hätte.

Gerichtsstand

Ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den Wertpapieren entstehenden Klagen oder sonstigen Verfahren sind die für 5020 Salzburg bzw die jeweils in den Emissionsbedingungen angegebenen in Handelssachen sachlich zuständigen Gerichte. Verbraucher im Sinne des österreichischen Konsumentenschutzgesetzes (Bundesgesetz vom 8.3.1979, mit dem Bestimmungen zum Schutz der Verbraucher getroffen werden, Konsumentenschutzgesetz, BGBl. Nr. 140/1979 idgF, das "**KSchG**") können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.

Börsennotiz und Zulassung zum Handel

Eine Zulassung von Wertpapieren zum Handel in einem geregelten Markt ist nicht vorgesehen.

Die Einbeziehung von Wertpapieren in den Handel an dem von der Wiener Börse als Multilaterales

Handelssystem geführten Dritten Markt kann beantragt werden.

Unter dem Programm können auch Wertpapiere begeben werden, die nicht in ein multilaterales Handelssystem einbezogen werden.

In den Endgültigen Bedingungen wird angegeben, ob eine Einbeziehung in den Dritten Markt der Wiener Börse erfolgen soll oder nicht.

Verwendung des Emissionserlöses

Die Gründe für das Angebot und die Verwendung der Erlöse (sofern diese nicht in der Gewinnerzielung und/oder Absicherung bestimmter Risiken liegen) werden in den Endgültigen Bedingungen beschrieben.

Koordinatoren / Platzeure

Derzeit sind keine Koordinatoren und/oder Platzeure für die Bank bei der Emission der Wertpapiere tätig. Allenfalls künftig bestellte Koordinatoren und/oder Platzeure werden in den Endgültigen Bedingungen offen gelegt.

Verkaufsbeschränkungen

Die Wertpapiere wurden und werden weder gemäß dem U.S. Securities Act of 1933 registriert und noch von irgendeiner Behörde eines U.S. Bundesstaates oder gemäß den anwendbaren wertpapierrechtlichen Bestimmungen von Australien, Kanada, Japan oder dem Vereinigten Königreich registriert und dürfen weder in den Vereinigten Staaten noch für oder auf Rechnung von U.S. Personen oder andere Personen, die in Australien, Kanada, Japan oder dem Vereinigten Königreich ansässig sind angeboten oder verkauft werden.

ANGABEN ZUR BANK

1. Verantwortliche Personen

1.1 Für die im Prospekt gemachten Angaben verantwortliche Personen

Der Raiffeisenverband Salzburg eGen mit Sitz in Salzburg und der Geschäftsanschrift Schwarzstraße 13-15, 5020 Salzburg, eingetragen im Firmenbuch zu FN 38219 f, ist für die inhaltliche Richtigkeit der in diesem Prospekt gemachten Angaben verantwortlich.

1.2 Erklärung der für den Prospekt verantwortlichen Personen

Der Raiffeisenverband Salzburg eGen hat die erforderliche Sorgfalt walten lassen, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen weggelassen wurden, die die Aussagen des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

2. Abschlussprüfer

2.1 Name und Anschrift der Abschlussprüfer

Der unabhängige Bankprüfer des Raiffeisenverbandes Salzburg eGen ist gemäß § 60 Abs 2 BWG ein Revisor des Österreichischen Raiffeisenverbandes (ÖRV), Friedrich-Wilhelm-Raiffeisen-Platz 1, 1020 Wien, Österreich. Der ÖRV ist Mitglied in der "Vereinigung Österreichischer Revisionsverbände".

Folgende Revisoren des ÖRV wurden als Bankprüfer tätig:

- 2013: Mag. Christian Loicht
- 2014: Mag. Christian Loicht

Die unkonsolidierten Einzelabschlüsse und die konsolidierten Konzernabschlüsse des Raiffeisenverbandes Salzburg eGen für die Geschäftsjahre 2014 und 2013 wurden geprüft und jeweils mit uneingeschränkten Bestätigungsvermerken versehen.

2.2 Wechsel Abschlussprüfer

Während des von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraums gab es keinen Wechsel des Abschlussprüfers.

3. RISIKOFAKTOREN

Siehe Kapitel "Risikofaktoren" auf den Seiten 42 ff dieses Prospekts.

4. Angaben über die Bank

4.1 Geschäftsgeschichte und Geschäftsentwicklung der Bank

4.1.1 Juristischer und kommerzieller Name der Bank

Der juristische Name der Emittentin lautet "Raiffeisenverband Salzburg eGen". Die Emittentin verwendet auch den kommerziellen Namen "RVS".

4.1.2 Ort der Registrierung der Bank und ihre Registrierungsnummer

Die Emittentin ist im Firmenbuch des Landesgerichts Salzburg unter der FN 38219 f eingetragen.

4.1.3 Datum der Gründung

Die Emittentin wurde am 10.10.1905 unter dem Namen Salzburgerische Genossenschaftszentralkasse reg.Gen.m.b.H. gegründet.

4.1.4 Sitz und Rechtsform der Bank

Die Emittentin hat ihren Sitz in Salzburg und weist seit dem 10.10.1905 die Rechtsform einer registrierten Genossenschaft mit beschränkter Haftung nach österreichischem Recht auf.

4.1.5 Wichtige Ereignisse aus jüngster Zeit in der Geschäftstätigkeit der Bank

- Die RBI führte im Februar 2014 eine Kapitalerhöhung in Höhe von EUR 2,78 Milliarden durch. Durch die Kapitalerhöhung reduzierte sich die Beteiligung der RZB an der RBI von 78,5% auf 60,7% (indirekte RBI-Beteiligung des RVS somit etwa 3,4%). Aufgrund der Entwicklungen in der Ukraine, Russland und Ungarn wies die RBI für 2014 ein negatives Bilanzergebnis in Höhe von EUR 493 Mio aus. Die RBI schüttete für das Geschäftsjahr 2014 keine Dividende an die Aktionäre (ua RZB) aus. Gemäß dem Zwischenbericht der RBI für das 3. Quartal 2015 wird für das Geschäftsjahr 2015 ein leicht positives Konzernergebnis erwartet, weil ein Großteil der Kosten der Restrukturierung der RBI erst nach dem 31.12.2015 anfallen werden. Daher werden voraussichtlich auch für das Geschäftsjahr 2015 keine Dividenden ausgeschüttet.
- Am 31.10.2014 erhielt die RZB stellvertretend für alle am B-IPS teilnehmenden Mitglieder den erforderlichen Bescheid für das B-IPS.

5. Geschäftsüberblick

5.1 Haupttätigkeitsbereiche

5.1.1 Haupttätigkeit der Bank

Der Raiffeisenverband Salzburg eGen ist eine Regionalbank und als Universalbank tätig. Die Emittentin ist zur Ausübung aller Bankgeschäfte berechtigt, mit Ausnahme solcher Bankgeschäfte, für die aufgrund gesonderter gesetzlicher Vorschriften eine eigene Bewilligung erforderlich ist. Die Emittentin konzentriert sich bei ihren Aktivitäten in erster Linie auf ihren selbstdefinierten Heimatmarkt Österreich und Süddeutschland.

5.1.2 Wichtige neue Produkte und/oder Dienstleistungen

Die Emittentin verfügt über keine wichtigen neuen Produkte und/oder Dienstleistungen.

5.1.3 Wichtigste Märkte

Als sogenannter gemischter Verband betreibt der RVS seine Geschäftstätigkeit in den Bereichen Bank, Ware und Revision.

Das Tätigkeitsgebiet des RVS liegt dabei schwerpunktmäßig im Bundesland Salzburg, in den angrenzenden Bundesländern sowie in Bayern (schwerpunktmäßig der Bereich von der österreichisch-deutschen Staatsgrenze in westlicher Richtung bis München).

Grundlage für die Festlegung der Strategie und der Ziele des RVS bilden das Unternehmensleitbild des RVS mit den fünf Kernwerten Kompetenz, Kundenvertrauen, Nachhaltigkeit, Seriosität und Verantwortungsbewusstsein.

Der RVS verfügt über eine Konzession der FMA zum Betrieb der Bankgeschäfte gemäß § 1 Abs 1 Z 1 bis 11, Z 15 bis 18 und Z 20 BWG.

Als Geldausgleichsstelle obliegt dem RVS die Abwicklung aller Zwischenbankgeschäfte mit den Mitgliedern der Raiffeisenbankengruppe Salzburg und unterstützt diese im Bereich des Liquiditäts- und Fremdwährungsmanagements. Zudem veranlassen die Mitglieder der Raiffeisenbankengruppe Salzburg ihre Liquiditäts- und Mindestreserve beim RVS. Der RVS erbringt weitere Unterstützungs- und Beratungsleistungen für die Raiffeisenbankengruppe Salzburg.

Im Kundengeschäft des RVS liegt der Schwerpunkt auf dem Retailgeschäft in den 16 Filialen des RVS und auf dem gehobenen Privatkundengeschäft (*Private Banking*). Im Bereich der Geschäfts- und Firmenkunden liegt der Fokus des RVS auf regionalen Klein- und Mittelbetrieben, die vorrangig in den Bereichen Tourismus und Freizeitwirtschaft sowie Handel und Gewerbe tätig sind.

Der RVS betreut seine Kunden bei einer Vielzahl finanzieller Angelegenheiten wie im Finanzierungs-, Veranlagungs- und Versicherungsgeschäft sowie bei Zahlungsverkehrs- und Immobiliendienstleistungen.

Im Bereich der Beteiligungsstrategie liegt der Fokus des RVS auf strategischen Kernbeteiligungen, die Produkte und Dienstleistungen für die RVS-Gruppe erbringen.

Weiters ist der RVS die Zentrale der Lagerhausgenossenschaften des Landes Salzburg mit 38 Lagerhäusern, 26 Tankstellen, 9 Landmaschinenwerkstätten und einem Mischfutterwerk. In diesem Bereich übernimmt der RVS eine regionalwirtschaftliche Aufgabe als Nahversorger für Konsumenten und landwirtschaftliche Betriebe.

Schließlich nimmt der RVS die Aufgabe als gesetzlicher Revisionsverband für die Mitglieder der Raiffeisenbankengruppe Salzburg wahr. Entsprechend den rechtlichen Bestimmungen werden bei den Mitgliedsgenossenschaften die gesetzliche Revision und die Jahresabschlussprüfung durchgeführt.

5.1.4 Grundlage für Angaben zur Wettbewerbsposition

Trifft nicht zu.

6. Organisationsstruktur

6.1 Gruppe, Stellung der Bank innerhalb dieser Gruppe

Die RVS-Gruppe

Die Gruppe des RVS (der RVS gemeinsam mit seinen vollkonsolidierten Tochterunternehmen, die "**RVS-Gruppe**" oder die "**Gruppe**") umfasst als Mutterunternehmen die Raiffeisenverband Salzburg eGen, sowie 19 Tochterunternehmen, davon 18 Finanzinstitute gemäß Art. 4 (1) Z 26 CRR, sowie einen Anbieter von Nebendienstleistungen gemäß Art. 4 (1) Z 18 CRR. Diese Unternehmen werden nach der Methode der Vollkonsolidierung in den Konzernabschluss der RVS einbezogen.

Die Unternehmensbeteiligungen des RVS ergänzen das Finanzierungsgeschäft des Bankbetriebes bzw. nehmen Aufgaben zur Unterstützung der Durchführung des Unternehmensgegenstandes des RVS wahr. Die größte Unternehmensbeteiligung hält der RVS (über die Agroconsult Austria GmbH bzw. direkt) an der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG ("**RZB**") in Höhe von 5,6% des Grundkapitals der RZB. Aufgrund des vergleichsweise geringen Geschäftsumfanges nehmen die Tochtergesellschaften des RVS eine eher untergeordnete Rolle ein.

Nachfolgend findet sich eine Auflistung der Mitglieder der RVS-Gruppe:

1. Agroconsult Austria Gesellschaft m.b.H.
2. West Consult Objekterrichtungs- und Verwaltungs-II Gesellschaft m.b.H.
3. Weco FH Holztechnikum GmbH
4. SABAG Garagen Projekterrichtungs- und Vermietungs-GmbH
5. VisVitalis Lizenz- und Handels GmbH
6. Fremdenverkehrs GmbH
7. West Consult Objekterrichtungs und Verwaltungs-III Gesellschaft m.b.H.
8. West Consult Revitalisierung Gesellschaft m.b.H.
9. SABAG Schulen Errichtungs- und Vermietungs-GmbH
10. PMN Beteiligungs- und Finanzberatungs Gesellschaft m.b.H.
11. Industriebeteiligungs-GmbH
12. West Consult Objekterrichtungs- und Verwaltungs-IV Gesellschaft m.b.H.
13. Kienberg Panoramastrasse Errichtungs GmbH
14. SABAG Proj.Errichtungs- und Vermietungs-GmbH
15. BVG Liegenschaftsverwaltung GmbH
16. Salzburger Unternehmensbeteiligungs GmbH
17. West Consult Leasing GmbH
18. WECO REHA Leasing GmbH
19. Tinca-Beteiligungs-GmbH

Die Raiffeisenbankengruppe Salzburg

Die Genossenschaftsanteile des RVS werden größtenteils von den 65 selbständigen Raiffeisenbanken des Bundeslandes Salzburg gehalten (diese bilden zusammen mit dem RVS, die "**Raiffeisenbankengruppe Salzburg**").

Der RVS ist als Zentralinstitut für die Raiffeisenbankengruppe Salzburg tätig und fungiert für seine Mitglieder auch als Interessensvertretung und gesetzlicher Revisionsverband.

Die Raiffeisenbankengruppe Österreich

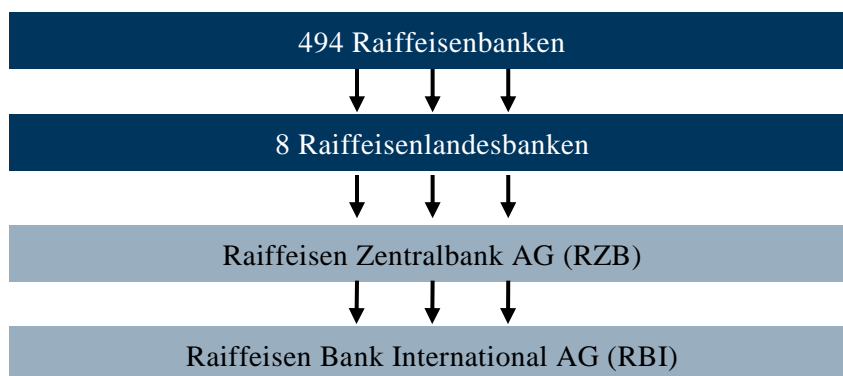
Die Raiffeisenbankengruppe in Österreich, dh der Sektor, dem die Emittentin und die RVS-Gruppe angehören (die "**Raiffeisenbankengruppe Österreich**"), ist dreistufig aufgebaut:

Selbstständige und lokal tätige Raiffeisenbanken bilden die erste Stufe der Raiffeisenbankengruppe Österreich.

Die acht Landeszentralen bilden die zweite Stufe der Raiffeisenbankengruppe Österreich. Die Raiffeisenbanken eines Bundeslandes sind die Eigentümer ihrer jeweiligen Landeszentrale (Raiffeisenlandesbank). Der Raiffeisenverband Salzburg eGen ist eine dieser acht Raiffeisenlandesbanken.

Die Raiffeisen Zentralbank Österreich AG ("**RZB**") ist als Aktiengesellschaft organisiert. Die Eigentümer der RZB sind die Raiffeisenlandesbanken (die Emittentin hält 5,6%). Die RZB hält ihrerseits wiederum 60,7% an der börsennotierten Raiffeisen Bank International AG ("**RBI**"), die Österreich, wo sie als eine führende Kommerz- und Investmentbank tätig ist, und Zentral- und Osteuropa als ihren Heimmarkt betrachtet. Die indirekte Beteiligung des RVS an der RBI beträgt etwa 3,4%.

Aufbau der Raiffeisenbankengruppe Österreich:



6.2 Abhängigkeit innerhalb dieser Gruppe

Die Emittentin ist nicht von anderen Unternehmen der Gruppe abhängig.

7. Trend Informationen

7.1 Erklärung betreffend negative Veränderungen seit dem letzten Jahresabschluss

Seit dem 31.12.2014, dem Datum des letzten geprüften konsolidierten Jahresabschlusses, gab es vorbehaltlich der Entwicklungen in Bezug auf die RBI keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin.

7.2 Informationen über die Beeinflussung der Aussichten der Bank im laufenden Geschäftsjahr

Bekannte Trends welche die Emittentin und die Branche, in der sie aktiv ist, beeinflussen, sind das generelle makroökonomische Umfeld mit abnehmenden Wachstumsraten und die weiterhin angespannte Lage an den Finanz- und Kapitalmärkten, die in der Vergangenheit und möglicherweise auch in der Zukunft negative Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit und -ergebnisse, insbesondere auch auf die Kapitalkosten der Emittentin haben können. Zudem können aufsichtsrechtliche Änderungen oder Initiativen zur Durchsetzung aufsichtsrechtlicher Bestimmungen die Emittentin negativ beeinträchtigen. Neue gesetzliche oder aufsichtsrechtliche Erfordernisse und eine Änderung des als angemessen angenommenen Niveaus für Eigenmittel, Liquidität und Verschuldungsquote können zu höheren Anforderungen an und Standards für Eigenmittel und Liquidität führen.

8. Gewinnprognosen oder -schätzungen

Die Bank stellt keine Gewinnprognosen oder -schätzungen zur Verfügung.

9. Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane

9.1 Mitglieder der Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane

9.1.1 Geschäftsleitung

Name und Funktion innerhalb der Emittentin	Wesentliche Funktionen außerhalb der Emittentin
Dr. Günther Reibersdorfer Generaldirektor	Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats: - Salzburger Landesversicherung AG Mitglied des Aufsichtsrats:

Name und Funktion innerhalb der Emittentin	Wesentliche Funktionen außerhalb der Emittentin
	<ul style="list-style-type: none">- Raiffeisenbank International AG- Raiffeisen Zentralbank Österreich AG- Porsche Bank AG- Geislinger GmbH <p>Mitglied des Vorstands:</p> <ul style="list-style-type: none">- Raiffeisen-Einlagensicherung Salzburg reg.Gen.m.b.H. (Obmann)- Raiffeisen Salzburg Karrierecenter eGen (Obmann)- Salzburger Viehvermarktung reg.Gen.m.b.H. (Obmann-StV)- Landwirtschaftliche Besitzfestigungsgenossenschaft reg.Gen.m.b.H- Österreichische Raiffeisen Einlagensicherung eGen <p>Geschäftsführer:</p> <ul style="list-style-type: none">- Agroconsult Austria GmbH- Raiffeisenverband Salzburg Anteils- und Beteiligungsverwaltung GmbH-

Name und Funktion innerhalb der Emittentin	Wesentliche Funktionen außerhalb der Emittentin
<p>Dir. Dr. Heinz Konrad Geschäftsbereich Firmenkunden</p>	<p>Stellvertreter des Vorsitzenden des Aufsichtsrats:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Salzburger Kreditgarantiegesellschaft (ehem. BBS) - Salzburger Unternehmensbeteiligungsgesellschaft m.b.H. - Raiffeisen Salzburg Vorsorge GmbH <p>Mitglied des Aufsichtsrats:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Heimat Österreich gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft m.b.H. - W&H Dentalwerk Bürmoos GmbH
<p>Dir. Mag. Andreas Derndorfer Geschäftsbereich Unternehmenssteuerung</p>	<p>Vorsitzender des Aufsichtsrats:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bergbahnen Aktiengesellschaft Wagrain <p>Mitglied des Aufsichtsrats:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Raiffeisen Salzburg Vorsorge GmbH <p>Mitglied des Vorstands:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Raiffeisen Immobilien Salzburg eGen. - Salzburger Viehvermarktung reg.Gen.m.b.H. - Raiffeisen Salzburg IT-Service eGen - Raiffeisen Salzburg Karrierecenter eGen - Raiffeisen-Einlagensicherung Salzburg reg.Gen.m.b.H. <p>Geschäftsführer:</p>

Name und Funktion innerhalb der Emittentin	Wesentliche Funktionen außerhalb der Emittentin
	<ul style="list-style-type: none"> - Agroconsult Austria GmbH - Raiffeisenverband Salzburg Anteils- und Beteiligungsverwaltung GmbH
<p>Dir. Erich Ortner Geschäftsbereich Privat- und Geschäftskunden</p>	<p>Vorsitzender des Aufsichtsrats:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Hobex AG - Raiffeisen Salzburg Vorsorge GmbH <p>Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Raiffeisen Salzburg Invest Kapitalanlage GmbH <p>Mitglied des Aufsichtsrats:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Raiffeisen Versicherung AG - Salzburger Landesversicherung AG <p>Mitglied des Vorstands:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Raiffeisen Immobilien Salzburg eGen
<p>Dir. Mag. Thomas Nussbaumer Geschäftsbereich Servicecenter Bank</p>	<p>Mitglied des Aufsichtsrats:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Raiffeisen e-force GmbH <p>Mitglied des Vorstands:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Raiffeisen Salzburg IT-Service eGen

9.1.2 Vorstand

Name und Funktion innerhalb der Emittentin	Wesentliche Funktionen außerhalb der Emittentin
<p>Ök-Rat Sebastian Schönbuchner Obmann</p>	<p>Mitglied des Aufsichtsrats:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Landwirtschaftliche Besitzfestigungsgenossenschaft

Name und Funktion innerhalb der Emittentin	Wesentliche Funktionen außerhalb der Emittentin
	<p>Salzburg reg.Gen.m.b.H.</p> <p>Mitglied des Vorstands:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Raiffeisenbank Großmain eGen (Obmann) - Salzburger Viehvermarktung reg.Gen.m.b.H. (Obmann) - Raiffeisen-Einlagensicherung Salzburg reg.Gen.m.b.H. (Obmann-StV)
<p>Richard Hacksteiner Obmann-Stellvertreter</p>	<p>Mitglied des Vorstands:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Raiffeisenbank Faistenau-Hintersee eGen (Obmann) <p>Geschäftsführer:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Stahl-Hacksteiner-Metall Ges.mbH.
<p>Felix Berger Mitglied des Vorstands</p>	<p>Mitglied des Aufsichtsrats:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bergbahnen Aktiengesellschaft Wagrain <p>Mitglied des Vorstands:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Raiffeisenbank Wagrain-Kleinarl eGen <p>Geschäftsführer:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Berger Gesellschaft m.b.H.
<p>Alois Lüftenegger Mitglied des Vorstands</p>	<p>Mitglied des Vorstands:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Raiffeisenbank Mauterndorf-Tweng-Obertauern eGen (Obmann)
<p>Anton Ronacher Mitglied des Vorstands</p>	<p>Mitglied des Vorstands:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Raiffeisenbank Mittersill-Hollersbach-Stuhlfelden reg.Gen.m.b.H. (Obmann)
<p>Herbert Steger Mitglied des Vorstands</p>	<p>Mitglied des Vorstands:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Raiffeisenbank Bruck-Fusch-Kaprun eGen (Obmann)
<p>Ing. Herbert Sturm Mitglied des Vorstands</p>	<p>Mitglied des Vorstands:</p>

Name und Funktion innerhalb der Emittentin	Wesentliche Funktionen außerhalb der Emittentin
	<ul style="list-style-type: none"> - Raiffeisenbank Salzburg Lieferung eGen (Obmann) <p>Geschäftsführer:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Herbert Sturm Gesellschaft m.b.H.
<p>Erich Zauner Mitglied des Vorstands</p>	<p>Mitglied des Vorstands:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Raiffeisenbank St. Georgen eGen (Obmann)

9.1.3 Aufsichtsrat

Name und Funktion innerhalb der Emittentin	Wesentliche Funktionen außerhalb der Emittentin
<p>Ing. Peter Burgschwaiger Aufsichtsratsvorsitzender</p>	<p>Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Landwirtschaftliche Besitzfestigungsgenossenschaft Salzburg <p>Mitglied des Vorstands:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Raiffeisenbank Dienten eGen (Obmann) - Lagerhaus Salzachtal reg.Gen.m.b.H. (Obmann) - Raiffeisen Einlagensicherung Salzburg reg.Gen.m.b.H.
<p>Thomas Winter Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden</p>	<p>Stellvertreter des Aufsichtsratsvorsitzenden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bioenergie Altenmarkt im Pongau reg.Gen.m.b.H. <p>Mitglied des Vorstands:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Raiffeisenbank Altenmarkt-Flachau-Eben reg.Gen.m.b.H. (Obmann) - Lagerhaus Oberes Ennstal

Name und Funktion innerhalb der Emittentin	Wesentliche Funktionen außerhalb der Emittentin
	reg.Gen.m.b.H. (Obmann-StV) - Einförstungsgenossenschaft Radstadt reg.Gen.m.b.H.
Friedrich Geisler Mitglied des Aufsichtsrats	Mitglied des Vorstands: - Raiffeisenbank Krimml reg.Gen.m.b.H. (Obmann)
Renate Hofbauer Mitglied des Aufsichtsrats	Vorsitzende des Aufsichtsrats: - Raiffeisenbank Maxglan Siezenheim eGen
Blasius Reschreiter Mitglied des Aufsichtsrats	Mitglied des Vorstands: - Raiffeisenbank Abtenau-Rußbach reg.Gen.m.b.H. (Obmann)
Johann Riedl Mitglied des Aufsichtsrats	Mitglied des Vorstands: - Raiffeisenbank Henndorf eGen (Obmann)
Bernhard Befurt Mitglied des Aufsichtsrats (vom Betriebsrat entsandt)	Vorsitzender des Betriebsrats
Hubert Dorfer Mitglied des Aufsichtsrats (vom Betriebsrat entsandt)	Mitglied des Betriebsrats
Johannes Huber Mitglied des Aufsichtsrats (vom Betriebsrat entsandt)	Mitglied des Betriebsrats

Die Mitglieder der Geschäftsleitung, des Vorstands und des Aufsichtsrats der Emittentin sind an der Geschäftsadresse der Emittentin erreichbar.

9.1.4 Staatskommissäre und Regierungskommissäre

Name	Stellung
Mag. Wolfgang Ebner	Staatskommissär
MMag. Bernhard Mazegger	Staatskommissär-Stellvertreter
HR Mag. Siegfried Manhal	Regierungskommissär
Mag. Franz Mayr	Regierungskommissär-Stellvertreter

9.2 Potentielle Interessenkonflikte

Vereinbarungen zwischen der Emittentin und den Mitgliedern der Geschäftsleitung, des Vorstandes sowie des Aufsichtsrates können in bestimmten Fällen Interessenskonflikte bedingen. Sollte ein Interessenskonflikt eintreten, so hat die Emittentin ausreichend Regularien und Abläufe installiert um einen solchen Interessenskonflikt ordnungsgemäß in Übereinstimmung mit den anwendbaren Gesetzen und Branchenstandards zu behandeln.

10. Hauptgenossenschafter

10.1 Hauptgenossenschafter

Der RVS ist in Form einer registrierten Genossenschaft mit beschränkter Haftung organisiert und steht im Eigentum von 185 Mitgliedern mit insgesamt 725.295 Geschäftsanteilen, wobei die überwiegenden Mitglieder als Genossenschaften nach dem System Friedrich Wilhelm Raiffeisen organisiert sind (Salzburger Raiffeisenbanken). Keines der Mitglieder vereinigt mehr als 10% der Geschäftsanteile auf sich.

10.2 Vereinbarung betreffend die Kontrolle der Bank

Trifft nicht zu.

11. Finanzinformationen über die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank

11.1 Historische Finanzinformationen

Siehe die geprüften konsolidierten Jahresabschlüsse der Emittentin zum 31.12.2014 und zum 31.12.2013, die durch Verweis in diesen Prospekt inkorporiert sind, sowie die Konzernanhangs für die Geschäftsjahre 2014 und 2013, die als Anlage ./2 und Anlage ./3 diesem Prospekt angefügt sind.

11.2 Jahresabschluss

Die geprüften konsolidierten Jahresabschlüsse der Emittentin zum 31.12.2014 und zum 31.12.2013 sind durch Verweis in diesen Prospekt inkorporiert.

11.3 Prüfung der historischen jährlichen Finanzinformationen

11.3.1 Erklärung über die Prüfung der historischen Finanzinformationen

Die historischen Finanzinformationen wurden von den jeweils darin angeführten Abschlussprüfern geprüft.

11.3.2 Angabe sonstiger Informationen

Abgesehen von den im Kapitel 11.1. "Historische Finanzinformationen" angeführten Informationen wurden in diesen Prospekt keine sonstigen von den Abschlussprüfern geprüften Informationen aufgenommen.

11.3.3 Andere Quellen von Finanzdaten

Ungeprüfte Finanzinformationen der Emittentin zum 30.9.2015 und 30.9.2014 wurden den Daten des Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweises (VERA) entnommen, der der FMA gem § 74 BWG quartalsweise zu melden ist.

11.4 Alter der jüngsten Finanzinformationen

Die letzten geprüften Finanzinformationen datieren vom 31.12.2014 und sind damit jünger als 18 Monate.

11.5 Zwischenfinanzinformationen- und sonstige Finanzinformationen

11.5.1 Veröffentlichte Interims-Finanzinformationen

Trifft nicht zu.

11.5.2 Zwischenabschluss

Siehe die in Anlage ./1 zu diesem Prospekt abgedruckten ungeprüften Finanzinformationen der Emittentin zum 30.9.2015 und 30.9.2014, die den Daten des Vermögens-, Erfolgs- und Risikoausweises (VERA) entnommen wurden, der der FMA gem § 74 BWG quartalsweise zu melden ist. Der Geschäftsverlauf der Emittentin wird durch eine Ertrags- und Aufwandsabgrenzung bestmöglich dargestellt.

11.6 Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren

Die Bank ist an einigen Gerichts- und Schiedsverfahren sowohl auf Kläger als auch auf Beklagenseite beteiligt. Diese Verfahren sind auf das laufende ordentliche Bankgeschäft zurückzuführen, das Ausmaß ist nicht ungewöhnlich und der Ausgang dieser Verfahren wird sich voraussichtlich nicht erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Bank und/oder der RVS-Gruppe auswirken. Darüber hinaus sind nach Kenntnis der Bank derzeit keine staatlichen Interventionen geplant oder Gerichts- oder Schiedsverfahren anhängig und könnten auch keine Gerichts- oder Schiedsverfahren eingeleitet werden, die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der Bank und/oder der RVS-Gruppe auswirken oder in jüngster Zeit ausgewirkt haben. Solche Verfahren haben auch nicht in den vergangenen 12 Monaten bestanden und wurden nicht binnen dieses Zeitraums abgeschlossen.

11.7 Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der Bank

Seit dem 31.12.2014 gab es keine wesentliche Veränderung in der Finanzlage der Gruppe.

12. Wesentliche Verträge

Die Emittentin ist auf vertraglicher Grundlage Mitglied eines institutsbezogenen Sicherungssystems, des Salzburger Raiffeisen Garantiefonds und der Raiffeisen Kundengarantiegemeinschaft Salzburg, sowie der Österreichischen Einlagensicherung eGen.

Institutsbezogenes Sicherungssystem

Gemäß Art 49 CRR, der seit 1.1.2014 anwendbar ist, müssen Kreditinstitute bei der Ermittlung ihrer Eigenmittel grundsätzlich deren Positionen in Eigenmittelinstrumenten anderer Kreditinstitute in Abzug bringen, sofern nicht eine Befreiung aufgrund von Art 49 Abs 3 CRR durch gebildete institutsbezogene Sicherungssysteme (*Institutional Protection Schemes* – "IPS") besteht. Gemäß Art 113 Abs 7 CRR dürfen Kreditinstitute mit Genehmigung der zuständigen Behörden (in Österreich der Finanzmarktaufsichtsbehörde, die "FMA") Risikopositionen – mit Ausnahme von Risikopositionen, die Posten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1* – "CET 1"), zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1* – "AT 1") (gemeinsam Kernkapital – "Tier 1"), oder Ergänzungskapitals ("Tier 2") gemäß der CRR bilden – gegenüber Gegenparteien, mit denen sie ein IPS abgeschlossen haben, mit einem Risikogewicht von 0% bewerten. Das Risikogewicht ist für die Berechnung der Eigenmittelerfordernisse nach der CRR relevant.

Ein IPS im Sinne des Art 113 Abs 7 CRR ist eine vertragliche oder satzungsmäßige Haftungsvereinbarung, die die teilnehmenden Institute absichert und insbesondere bei Bedarf ihre Liquidität und Solvenz sicherstellt, um eine Insolvenz zu vermeiden. Die FMA ist befugt, die Genehmigung im obigen Sinne unter anderem dann zu erteilen, wenn die Gegenpartei ein Kreditinstitut mit Sitz in demselben Mitgliedstaat (dh Österreich) ist und ein wesentliches tatsächliches oder rechtliches Hindernis für die unverzügliche Übertragung von Eigenmitteln von der Gegenpartei auf das Kreditinstitut oder die Rückzahlung von Verbindlichkeiten an das Kreditinstitut durch die Gegenpartei nicht vorhanden oder abzusehen ist. Nach den Vorgaben der CRR muss die Haftungsvereinbarung weiters sicherstellen, dass das IPS im Rahmen seiner Verpflichtung die notwendige Unterstützung aus sofort verfügbaren Mitteln gewähren kann. Das IPS muss über geeignete und einheitlich geregelte Systeme für die Überwachung und Einstufung der Risiken, wodurch ein vollständiger Überblick über die Risikosituationen der einzelnen Mitglieder und das IPS insgesamt geliefert wird, mit entsprechenden Mitteln der Einflussnahme verfügen. Dies muss eine angemessene Überwachung von Forderungsausfällen gemäß Art 178

Abs 1 CRR sicherstellen. Das IPS muss eine eigene Risikobewertung durchführen, die den einzelnen Mitgliedern mitgeteilt wird, und muss jährlich einen konsolidierten Bericht mit Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Lagebericht und Risikoprofil über das IPS insgesamt oder einen Bericht mit der aggregierten Bilanz, aggregierten Gewinn- und Verlustrechnung, Lagebericht und Risikobericht zum IPS insgesamt erstellen und veröffentlichen. Weiters darf die FMA die Genehmigung nur erteilen, wenn die Mitglieder verpflichtet sind, ihre Absicht, aus dem IPS auszuschneiden, mindestens 24 Monate im Voraus zu melden und die mehrfache Nutzung von für die Berechnung von Eigenmitteln anerkanntsfähigen Bestandteilen sowie jegliche unangemessene Bildung von Eigenmitteln zwischen den Mitgliedern des IPS unterlassen wird. Das IPS muss sich schließlich auf eine breite Mitgliedschaft von Kreditinstituten mit einem überwiegend homogenen Geschäftsprofil stützen.

Die Emittentin hat eine Vereinbarung über die Errichtung eines IPS (wie oben dargestellt) auf Bundesebene ("**B-IPS**") mit der Raiffeisen Zentralbank Österreich AG, den übrigen Raiffeisen Landesbanken, der RAIFFEISEN-HOLDING NIEDERÖSTERREICH-WIEN reg.Gen.m.b.H., der ZVEZA BANK, registrirana zadruha z omejenim jamstvom, Bank und Revisionsverband, reg.Gen.m.b.H, der Raiffeisen Wohnbaubank AG und der Raiffeisen Bausparkasse GmbH abgeschlossen. Am 31.10.2014 erhielt die RZB stellvertretend für alle am B-IPS teilnehmenden Mitglieder die für das B-IPS erforderliche FMA-Bewilligung.

Das B-IPS entspricht den oben dargestellten Voraussetzungen, dh insbesondere sollen die Mitglieder in ihrem Bestand abgesichert und bei Bedarf ihre Liquidität und ihre Solvenz zur Vermeidung einer Insolvenz sichergestellt werden. Um diese Aufgaben möglichst effizient erfüllen zu können, besteht ein Früherkennungssystem, mit Hilfe dessen Problemfälle bei einzelnen Mitgliedern sowie beim B-IPS in seiner Gesamtheit möglichst frühzeitig erkannt werden sollen bzw denen vorgebeugt werden soll. Sofern erforderlich, trifft der unter dem B-IPS als Entscheidungsgremium eingerichtete Risikorat geeignete Maßnahmen zur Bestandssicherung der Mitglieder bzw des B-IPS in seiner Gesamtheit. Solche Maßnahmen umfassen beispielweise erweiterte Berichtspflichten, Managementgespräche bis hin zur Zurverfügungstellung von Liquidität oder Eigenmitteln. Die Mitglieder wurden von der FMA zum Aufbau eines Sondervermögens verpflichtet. Sollte dieses Sondervermögen im Einzelfall nicht ausreichen, kann der Risikorat den Mitgliedern auch sogenannte Ad-hoc Zahlungen vorschreiben. Ad-hoc Zahlungspflichten sollen jedoch nicht zur Selbstgefährdung eines Mitglieds führen; dies wird vertraglich durch Verankerung von Obergrenzen für die Zahlungspflichten sichergestellt: Die vertragliche Obergrenze für solche Ad-hoc Zahlungen liegt pro Geschäftsjahr bei 50% des Durchschnitts der Betriebsergebnisse der drei letztvorangegangenen Geschäftsjahre. Jedenfalls endet die Zahlungspflicht eines Mitgliedes bei Erreichen der Eigenmittelgrenze, die aus den aufsichtsrechtlich zum Konzessionserhalt vorgeschriebenen

Mindesteigenmitteln (CET 1-Quote, Tier 1-Quote und Gesamtkapitalquote), zuzüglich eines Puffers von 10%, besteht. Reichen auch solche Ad-hoc Zahlungen zur Erfüllung des Vertragszwecks des B-IPS nicht aus, kann der Risikorat den Mitgliedern auch zusätzliche Ad-hoc Zahlungen oder sonstige zweckdienliche Maßnahmen vorschreiben; sollte dazu kein einstimmiger Beschluss zustande kommen, haben die Mitglieder maximal 25% jener Eigenmittel, die die oben erwähnte Eigenmittelgrenze übersteigen, zu leisten.

Salzburger Raiffeisen Garantiefonds

Die Salzburger Raiffeisenbanken haben gemeinsam mit dem der Emittentin den Salzburger Raiffeisen-Garantiefonds eingerichtet, der durch geeignete Maßnahmen sicherstellt, dass in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene Mitglieder bei Bedarf Hilfestellung erhalten. Die Leistungsfähigkeit der gesamten Raiffeisenbankengruppe Salzburg soll erhalten und Schäden an Ruf und Ansehen aufgrund wirtschaftlicher oder finanzieller Probleme einzelner Mitgliedsgenossenschaften vermieden werden.

Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Salzburg

Diese Gemeinschaft aus der Emittentin und 59 Salzburger Raiffeisenbanken garantiert solidarisch die zeitgerechte Erfüllung aller Verpflichtungen gegenüber Kunden über die gesetzliche Einlagensicherung hinaus bis zu 100%. Von dieser Garantie sind Geldforderungen aufgrund von Einlagen und sonstigen Guthaben sowie Forderungen aus der Begebung von Wertpapieren (wie z.B. Schuldverschreibungen oder Kassenobligationen) erfasst.

Österreichische Raiffeisen-Einlagensicherung eGen ("ÖRE")

Gemäß dem BWG ist jedes Kreditinstitut, das sicherungspflichtige Einlagen entgegennimmt oder sicherungspflichtige Wertpapierdienstleistungen erbringt, verpflichtet, der Sicherungseinrichtung im Rahmen ihres Fachverbandes anzugehören. Neben den österreichischen Raiffeisenbanken, Raiffeisenlandesbanken, RZB und RBI, ist die Emittentin Mitglied der Österreichischen Raiffeisen-Einlagensicherung eGen, die die Funktion als gesetzliche Einlagensicherung und Anlegerentschädigung für die gesamte Raiffeisenbankengruppe Österreich gemäß § 93 ff BWG übernimmt. Ansprüche der Anleihegläubiger aus den Wertpapieren sind nicht von der gesetzlichen Einlagensicherung gedeckt.

Nach Einschätzung des Managements der Bank wurden von der Bank darüber hinaus keine wesentlichen Verträge abgeschlossen, die nicht im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit der Bank abgeschlossen wurden und die dazu führen könnten, dass die Bank eine Verpflichtung oder ein Recht erlangt, die bzw das für die Fähigkeit der Bank, ihren Verpflichtungen gegenüber den Anleihegläubigern in Bezug auf die unter dem

Angebotsprogramm auszugebenden Wertpapiere nachzukommen, von wesentlicher Bedeutung ist.

13. Angaben von Seiten Dritter, Erklärungen von Seiten Sachverständiger und Interessenerklärungen

13.1 Sachverständigen-Berichte

In diesen Prospekt wurde keine Erklärung oder Bericht einer Person aufgenommen, die als Sachverständiger handelt.

13.2 Angaben von Seiten Dritter

In die Emittentenbeschreibung wurden keine Informationen von Seiten Dritter aufgenommen.

14. Einsehbare Dokumente

Während der Gültigkeitsdauer dieses Prospektes können folgende Dokumente am Sitz der Emittentin, Schwarzstraße 13-15, 5020 Salzburg, zu den üblichen Geschäftszeiten kostenlos eingesehen werden:

- die Satzung der Emittentin in der jeweils gültigen Fassung;
- die geprüften konsolidierten Jahresabschlüsse der Bank zum 31.12.2014 und 31.12.2013;
- dieser Prospekt (samt allen Nachträgen);
- die Endgültigen Bedingungen jeder unter diesem Prospekt begebenen Serie von Wertpapieren.

WERTPAPIERBESCHREIBUNG

Unter diesem Prospekt werden Wertpapiere gemäß den jeweils anwendbaren Muster-Emissionsbedingungen (samt Ergänzungen, soweit anwendbar) und den maßgeblichen Endgültigen Bedingungen begeben.

1. Haftende Personen

1.1 Für die im Prospekt gemachten Angaben haftende Personen

Die Emittentin mit Sitz in Salzburg und der Geschäftsanschrift Schwarzstraße 13-15, 5020 Salzburg, eingetragen im Firmenbuch zu FN 38219 f, übernimmt die Haftung für die inhaltliche Richtigkeit der in diesem Prospekt gemachten Angaben.

1.2 Erklärung der für den Prospekt verantwortlichen Personen

Die Emittentin hat die erforderliche Sorgfalt walten lassen, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt gemachten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen weggelassen wurden, die die Aussagen des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

2. Risikofaktoren

Siehe Kapitel "Risikofaktoren" auf Seiten 42 ff dieses Prospekts.

3. Zentrale Angaben

3.1 Interessen von an der Emission und/oder Angebot beteiligten Personen

Im normalen Verlauf ihrer Geschäftstätigkeit stehen die Bank und/oder andere Mitglieder der RVS-Gruppe möglicherweise mit Emittenten von Basiswerten, deren jeweiligen verbundenen Unternehmen oder Garanten oder Dritten, die Verpflichtungen gegenüber den Emittenten von Basiswerten oder deren jeweiligen verbundenen Unternehmen oder Garanten haben, nicht nur in Geschäftsbeziehungen, sondern wickeln mit diesen Transaktionen ab, gehen Geschäfte jeder Art ein, so als ob die Wertpapiere nicht existent wären, und zwar unabhängig davon, ob sich die vorgenannten Handlungen nachteilig auf den Emittenten der Basiswerte, deren verbundene Unternehmen oder Garanten auswirken.

Die Bank ist möglicherweise von Zeit zu Zeit an Transaktionen im Zusammenhang mit Basiswerten beteiligt, die den Marktwert, die Liquidität oder den Wert von Wertpapieren beeinflussen und sich gegebenenfalls nachteilig auf die Interessen der Anleihegläubiger auswirken können.

Mögliche Interessenkonflikte können sich auch zwischen der Berechnungsstelle und den Anleihegläubigern ergeben, insbesondere hinsichtlich bestimmter im Ermessen der Berechnungsstelle liegender Bestimmungen und Entscheidungen, die diese nach Maßgabe der Emissionsbedingungen der Wertpapiere zu treffen hat und die den Rückzahlungsbetrag der Wertpapiere beeinflussen können.

Im Falle einer Übernahme oder des Vertriebs von Wertpapieren durch eine oder mehrere Banken erhalten die übernehmenden bzw. vertreibenden Banken für die Übernahme bzw. den Vertrieb und die Platzierung der Wertpapiere gegebenenfalls eine Provision, über die die Endgültigen Bedingungen informieren. Etwaige weitere Interessen der Bank oder anderer an der Emission von Wertpapieren beteiligter Personen werden gegebenenfalls in den Endgültigen Bedingungen dargestellt.

Die Bank und/oder andere Mitglieder der RVS-Gruppe können am Tag der Emission von Wertpapieren und danach über Informationen verfügen, welche die Wertpapiere oder die Basiswerte betreffen, deren Wert maßgeblich beeinflussen und nicht öffentlich verfügbar sind.

3.2 Gründe für das Angebot und Verwendung der Erlöse

Die Gründe für das Angebot und die Verwendung der Erlöse werden in den Endgültigen Bedingungen beschrieben.

4. Angaben über die anzubietenden bzw. zum Handel zuzulassenden Wertpapiere

4.1 Angaben über die Wertpapiere

4.1.1 (i) Art und Gattung der Wertpapiere

Die Wertpapiere sind entweder Schuldtitel im Sinne der Artikel 8 der Prospektverordnung oder derivative Wertpapiere im Sinne des Art 15 der Prospektverordnung.

Die Bank kann unter diesem Programm nicht-nachrangige, nachrangige (Schuldverschreibungen, die Ergänzungskapital (*Tier 2*) gemäß Art 63 CRR verbiefen) und fundierte Schuldverschreibungen emittieren, und zwar festverzinsliche Schuldverschreibungen, variabel verzinsliche Schuldverschreibungen, Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung, Schuldverschreibungen mit strukturierter Verzinsung und Nullkupon-Schuldverschreibungen, wobei jede dieser Schuldverschreibungen auch als Aktienanleihe ausgestaltet sein kann (zusammen die "**Schuldverschreibungen**") und nicht-nachrangige Zertifikate, die sich auf einen oder mehrere Basiswerte beziehen (die "**Zertifikate**", und zusammen mit

den Schuldverschreibungen, die "**Wertpapiere**" und die Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung und die Zertifikate, die "**derivativen Wertpapiere**"), begeben.

Die Basiswerte der derivativen Wertpapiere können Aktien, Indices, Wechselkurse, Waren, Zinssätze oder Körbe der vorstehenden Basiswerte sein.

(ii) ISIN

Die International Securities Identification Number ("**ISIN**") oder eine andere Kennziffer der Wertpapiere ist in den jeweiligen Endgültigen Bedingungen (auf dem Deckblatt und in der Zeile "ISIN") enthalten.

4.1.2 Erklärung zur Wertentwicklung für derivative Wertpapiere

Die Bank kann unter dem Programm sowohl Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung als auch Zertifikate (derivative Wertpapiere) begeben.

Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung oder mit basiswertabhängig verzinsten Perioden. Bei Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung oder mit basiswertabhängig verzinsten Perioden im Hinblick auf diese Perioden ist die Höhe des Zinssatzes von der Entwicklung des Marktpreises eines oder mehrerer Basiswerte abhängig. Der Rückzahlungsbetrag der Schuldverschreibungen hingegen steht bereits am Begebungstag fest und ändert sich nicht. Der Marktwert der Schuldverschreibungen neigt typischerweise weniger zu Schwankungen ("**Volatilität**") als der Marktwert von Zertifikaten, bei denen die Höhe des Tilgungsbetrags von der Entwicklung des Marktpreises eines oder mehrerer Basiswerte abhängt. Der Marktwert der Schuldverschreibungen hängt unter anderem von der Einschätzung des Marktes über die Rendite der Schuldverschreibungen ab. Geht der Markt beispielsweise aufgrund einer positiven Entwicklung des Marktpreises eines oder mehrerer Basiswerte von einer Erhöhung der Rendite der Schuldverschreibungen aus, erhöht sich in der Regel auch der Marktwert der Schuldverschreibungen. Die Rendite der Schuldverschreibungen ist von der Differenz zwischen dem Preis, zu dem die Schuldverschreibungen erworben werden, und dem Preis, zu dem sie verkauft werden bzw dem Rückzahlungsbetrag sowie dem Zinssatz der Schuldverschreibungen abhängig. Der Veränderung des Basiswerts kommt eine maßgebliche Bedeutung für die Veränderung des Marktwerts der Schuldverschreibungen zu. Je nach der in den Emissionsbedingungen vorgesehenen Zuordnung zwischen Basiswert und basiswertabhängigem Zinssatz (dazu gleich unten), ist bei einer Änderung des Marktwertes des Basiswertes grundsätzlich von einer Änderung des Marktwertes der Schuldverschreibungen mit (teilweise) basiswertabhängiger Verzinsung auszugehen. Bei Schuldverschreibungen mit (teilweise) basiswertabhängiger Verzinsung bemisst sich die Höhe des auf eine Zinsperiode anwendbaren

basiswertabhängigen Zinssatzes nach der Entwicklung des Marktpreises eines oder mehrerer Basiswerte in einem bestimmten Zeitraum (die "**Basiswertperformance**"). Die Abhängigkeit zwischen der Basiswertperformance und dem Zinssatz (die "**Zuordnung**") kann dabei direkt, dh eine positive Veränderung des Marktwertes des Basiswerts im Beobachtungszeitraum führt zu einer entsprechend positiven Veränderung des basiswertabhängigen Zinssatzes und umgekehrt ("**direkte Zuordnung**"), oder indirekt, dh eine positive Veränderung des Marktwertes des Basiswerts im Beobachtungszeitraum führt zu einer negativen Veränderung des basiswertabhängigen Zinssatzes und umgekehrt ("**indirekte Zuordnung**"), sein. Die Basiswertperformance kann sich weiters im selben Ausmaß auf die Veränderung des basiswertabhängigen Zinssatzes auswirken, dh eine Basiswertperformance von 4% führt zu einer Erhöhung oder Reduktion des basiswertabhängigen Zinssatzes um 4% (seines Wertes, dh zB von 4,00% auf 4,16%) ("**Proportionalität**"), oder in einem stärkeren Ausmaß ("**Überproportionalität**") oder auch in einem schwächeren Ausmaß ("**Unterproportionalität**"), wie jeweils in den Emissionsbedingungen angegeben.

Zertifikate. Bei Zertifikaten ist die Höhe des Tilgungsbetrags von der Entwicklung des Marktpreises eines oder mehrerer Basiswerte abhängig. Zertifikate weisen keine Verzinsung auf. Die Rendite der Zertifikate bemisst sich daher maßgeblich vom Tilgungsbetrag; auf Zertifikate werden keine laufenden Ausschüttungen getätigt. Der Marktwert von Zertifikaten ist typischerweise sehr volatil, da sie keine laufende Verzinsung aufweisen und der Tilgungsbetrag (meist) ungewiss ist. Die Zuordnung zwischen Basiswert und Tilgungsbetrag kann die gleichen Formen wie die oben bei basiswertabhängigen Schuldverschreibungen beschriebene Zuordnung zwischen Basiswert und Zinssatz aufweisen. Darüber hinaus können die Zertifikate je nach Zertifikateart auch noch weitere Merkmale bzw Strukturen aufweisen. Der Marktwert der Zertifikate wird maßgeblich von ihrem Tilgungsbetrag bzw der Einschätzung des Marktes über die voraussichtliche Höhe des Tilgungsbetrags der Zertifikate bei Laufzeitende beeinflusst. Zwischen der Höhe des Tilgungsbetrags von Zertifikaten und dem Ertrag des Basiswerts besteht eine Zuordnung, wobei auch eine Untergrenze (der "**Mindestbetrag**") gelten kann. Der Ertrag (der "**Ertrag**") des Basiswerts wird durch einen Vergleich zwischen dem Kurs des Basiswertes an einem oder mehreren bestimmten Tag(en) und dem Kurs des Basiswertes am Begebungstag ermittelt. Der Ertrag kann dabei (wie in den Emissionsbedingungen angegeben) entweder als absolute Größe maßgeblich sein, dh der Kurs des Basiswerts am Ende der Laufzeit wird mit dem Kurs des Basiswerts am Begebungstag verglichen (der "**absolute Ertrag**") oder es wird ein Durchschnittswert des Ertrags ermittelt, in dem der Ertrag seit dem Begebungstag an bestimmten Beobachtungstagen ermittelt wird und daraus dann das arithmetische Mittel gebildet wird (der "**Durchschnittsertrag**"). Bei Zertifikaten, die auf den absoluten Ertrag abstellen, wird der Marktwert der Zertifikate maßgeblich von der Einschätzung des Marktes über den Kurs des Basiswerts zum Laufzeitende der Zertifikate abhängen, da allein dieser

maßgeblich ist. Dies kann dazu führen, dass der Marktwert des Zertifikats zu einem bestimmten Zeitpunkt während der Laufzeit des Zertifikats, trotz eines hohen Kurses des Basiswerts gering sein kann; dies wäre uU der Fall, wenn der Markt davon ausgeht, dass der Kurs des Basiswerts am Laufzeitende des Zertifikates gering ist. Diese Eigenschaft weisen Zertifikate mit Berechnung des Durchschnittsertrags weniger stark auf (grundsätzlich: je mehr Beobachtungstage, desto geringer die Auswirkung).

4.1.3 *Rechtsvorschriften, auf deren Grundlage die Wertpapiere geschaffen wurden*

Der vorliegende Prospekt wurde nach dem derzeit geltenden österreichischen Recht erstellt.

Für sämtliche Rechtsverhältnisse – ausgenommen Teile des Notifizierungsverfahrens in anderen Mitgliedstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums – aus den unter diesem Programm begebenen Wertpapieren gilt österreichisches Recht. Erfüllungsort ist Salzburg.

Einer anderen Rechtsordnung unterliegende Geschäfte können außerdem auch anderweitig Einfluss auf die Wertpapiere haben, zB wenn die Bank Absicherungsgeschäfte tätigt.

Ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den Wertpapieren entstehenden Klagen oder sonstigen Verfahren sind die für 5020 Salzburg bzw die jeweils in den Emissionsbedingungen angegebenen in Handelssachen sachlich zuständigen Gerichte. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.

4.1.4 *(i) Angabe, ob es sich bei den Wertpapieren um Namens- oder Inhaberpapiere handelt und ob sie in Stückeform oder stückelos vorliegen.*

Jede Serie der Wertpapiere lautet auf Inhaber und wird zur Gänze durch eine veränderbare Sammelurkunde gemäß § 24 lit b Depotgesetz (BGBl Nr. 424/1969 idgF) ohne Zinsscheine verbrieft, welche die Unterschriften der erforderlichen Anzahl zeichnungsberechtigter Vertreter der Bank trägt.

Ein Anspruch auf Einzelverbriefung oder Ausfolgung einzelner Wertpapiere (effektiver Stücke) oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.

(ii) Name und Anschrift des die Buchungsunterlagen führenden Instituts

Die Wertpapiere werden, wie in den Emissionsbedingungen angegeben entweder von der Emittentin und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt von der Wertpapiersammelbank der OeKB CSD GmbH ("**OeKB CSD**") mit der Geschäftsanschrift 1010 Wien, Strauchgasse 1-3 oder von Beginn der Laufzeit

an von der OeKB CSD verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Emittentin aus den Wertpapieren erfüllt sind.

4.1.5 Währung der Wertpapiere

Die Wertpapiere können auf Euro oder jede andere offizielle Währung mit Ausnahme von Renminbi lauten, wie von der Emittentin bestimmt.

4.1.6 Rang der Wertpapiere

Im Hinblick auf die Rangfolge der Wertpapiere, die die Bank unter diesem Programm begeben kann, ist zwischen den folgenden drei möglichen Rängen zu unterscheiden.

Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen und Zertifikate. Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen und Zertifikate begründen unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Bank, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Bank gleichrangig sind.

Nachrangige Schuldverschreibungen. Schuldverschreibungen, die Instrumente des Ergänzungskapitals (*Tier 2*) gemäß Art 63 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (*Capital Requirements Regulation – "CRR"*) verbrieften, sind direkte, unbesicherte und nachrangige Verbindlichkeiten der Emittentin, und untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nachrangigen Verbindlichkeiten der Bank gleichrangig. Im Fall der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin sind die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin gemäß den nachrangigen Schuldverschreibungen nachrangig gegenüber nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, gleichrangig mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, die nicht aufgrund ihrer Bedingungen nachrangig gegenüber den nachrangigen Schuldverschreibungen sind, sowie vorrangig gegenüber den Ansprüchen von Aktionären, Eigentümern von Instrumenten des harten Kernkapitals (Common Equity Tier 1) gemäß Artikel 28 der CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (Additional Tier 1) gemäß Artikel 52 der CRR der Emittentin. Kein Anleihegläubiger ist berechtigt, mit Rückerstattungsansprüchen aus den nachrangigen Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin aufzurechnen.

Fundierte Schuldverschreibungen. Fundierte Schuldverschreibungen begründen nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der Bank, die untereinander und mit allen anderen nicht-nachrangigen, fundierten Verbindlichkeiten der Bank gleichrangig sind. Fundierte Schuldverschreibungen werden durch gesonderte Deckungswerte des Deckungsstocks für hypothekarisch fundierte Bankschuldverschreibungen besichert, welche zur vorzugsweisen Deckung

aller durch diesen Deckungsstock besicherten fundierten Bankschuldverschreibungen der Emittentin bestimmt sind.

4.1.7 *Mit den Wertpapieren verbundene Rechte einschließlich Beschränkungen dieser Rechte und des Verfahrens zur Wahrnehmung dieser Rechte.*

Die mit den Wertpapieren verbundenen Rechte ergeben sich aus den Emissionsbedingungen der jeweiligen Emission von Wertpapieren, insbesondere:

- im Fall von Schuldverschreibungen (ausgenommen Nullkupon-Schuldverschreibungen) das Recht, Zinszahlungen gemäß den Emissionsbedingungen zu erhalten, wobei diese auch von einem in den Emissionsbedingungen beschriebenen Basiswert (oder einem Korb von Basiswerten) abhängen können (bei Nullkupon-Schuldverschreibungen werden keine laufenden Zinsen bezahlt);
- das Recht, Tilgungszahlungen oder Teiltilgungszahlungen zu erhalten, wobei diese auch von einem in den Emissionsbedingungen beschriebenen Basiswert (oder einem Korb von Basiswerten) abhängen können;
- sofern die Emissionsbedingungen dies ausdrücklich vorsehen, das Recht, die Wertpapiere zu kündigen und eine vorzeitige Rückzahlung der Wertpapiere zu verlangen;

Grundsätzlich sind alle Rechte aus Wertpapieren durch den einzelnen Anleihegläubiger selbst oder den von ihm bestellten Rechtsvertreter gegenüber der Bank direkt geltend zu machen. Seitens der Bank ist keine organisierte Vertretung der Anleihegläubiger vorgesehen. Generell gilt jedoch, dass gemäß den Bestimmungen des Kuratorengesetzes in bestimmten Fällen vom zuständigen Gericht ein Kurator für die jeweiligen Anleihegläubiger zu bestellen ist.

Die Beschränkungen der mit den Wertpapieren verbundenen Rechte umfassen insbesondere:

- Ansprüche gegen die Bank auf Zahlungen hinsichtlich der Wertpapiere verjähren, sofern sie nicht innerhalb von zehn Jahren bzw der jeweils in den Emissionsbedingungen angegeben davon abweichenden Frist (im Falle des Kapitals) oder innerhalb von drei Jahren bzw der jeweils in den Emissionsbedingungen angegeben davon abweichenden Frist (im Falle von Zinsen) ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden;
- die Wertpapiere sehen keine ausdrücklichen Verzugsfälle vor;
- die Wertpapiere unterliegen keiner Negativverpflichtung;

- auf Zertifikate und Nullkupon-Schuldverschreibungen erfolgt keine laufende Verzinsung;
- es kann zu einer Verlustbeteiligungspflicht der Anleihegläubiger kommen, die einen ganzen oder teilweisen Verlust des eingesetzten Kapitals nach sich ziehen kann;
- alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der Emittentin, der Berechnungsstelle und/oder der Zahlstelle(n) für die Zwecke der Wertpapiere gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die Emittentin und die Beauftragten Stellen und die Anleihegläubiger bindend;
- die Zahlungsverpflichtungen der Emittentin aus nachrangigen Schuldverschreibungen sind im Fall der Liquidation oder der Insolvenz der Emittentin nachrangig gegenüber nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, gleichrangig mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der Emittentin, die nicht aufgrund ihrer Bedingungen nachrangig gegenüber den Schuldverschreibungen sind, sowie vorrangig gegenüber den Ansprüchen von Aktionären, Eigentümern von Instrumenten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1*) gemäß Artikel 28 der CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1*) gemäß Artikel 52 der CRR der Emittentin und kein Anleihegläubiger ist berechtigt, mit Rückerstattungsansprüchen aus den Schuldverschreibungen gegen Forderungen der Emittentin aufzurechnen;
- sofern die Emissionsbedingungen dies nicht ausdrücklich vorsehen, haben die Anleihegläubiger kein Recht, die Wertpapiere zu kündigen und eine vorzeitige Rückzahlung der Wertpapiere zu verlangen;
- sofern die Emissionsbedingungen dies ausdrücklich vorsehen, können die Wertpapiere nach Wahl der Emittentin vor dem Endfälligkeitstag vorzeitig gekündigt und zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag zurückgezahlt werden;
- sofern die Emissionsbedingungen dies ausdrücklich vorsehen, können die Wertpapiere nach Wahl der Emittentin aus aufsichtsrechtlichen oder steuerlichen Gründen jederzeit vor dem Endfälligkeitstag vorzeitig gekündigt und zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag zurückgezahlt werden; und
- sofern die Emissionsbedingungen dies ausdrücklich vorsehen, können die Schuldverschreibungen nach Wahl der Emittentin bei Vorliegen (i) einer Rechtsänderung, (ii) Absicherungs-Störung und/oder (iii) Gestiegenen Absicherungs-Kosten jederzeit vor dem

Endfälligkeitstag vorzeitig gekündigt und zu ihrem vorzeitigen Rückzahlungsbetrag zurückgezahlt werden.

4.1.8 (i) **Nominaler Zinssatz**

Im Hinblick auf die Art der Verzinsung der Schuldverschreibungen, die die Bank unter diesem Programm begeben kann, ist zwischen den folgenden Verzinsungsarten zu unterscheiden.

Festverzinsliche Schuldverschreibungen. Festverzinsliche Schuldverschreibungen werden, wie in den Emissionsbedingungen (in der Zeile "Festzinsmodalitäten") angegeben, entweder mit einem Zinssatz oder mit einem Festzinsbetrag oder mit einem Stufenzinssatz verzinst. Im Falle einer Verzinsung mit einem Zinssatz ist dieser als Prozentsatz bezogen auf den Nennbetrag angegebene Zinssatz über die gesamte Laufzeit der Schuldverschreibungen anwendbar. Im Falle eines Festzinsbetrags werden die Schuldverschreibungen über die gesamte Laufzeit mit dem jährlichen Festzinsbetrag, der als Festbetrag in der maßgeblichen Währung angegeben wird, verzinst. Im Falle eines Stufenzinssatzes werden die Schuldverschreibungen jährlich mit bestimmten, für festgelegte Zinsperioden maßgeblichen Zinssätzen verzinst.

Variabel verzinsliche Schuldverschreibungen. Sofern die Schuldverschreibungen in den Emissionsbedingungen als "variabel verzinsliche Schuldverschreibungen" bezeichnet sind, handelt es sich bei den maßgeblichen Schuldverschreibungen um "**variabel verzinsliche Schuldverschreibungen**". Der nominale Zinssatz variabel verzinslicher Schuldverschreibungen entspricht der Zinsberechnungsbasis, die gegebenenfalls mit einem Hebefaktor zu multiplizieren ist (falls dies in den Emissionsbedingungen vorgesehen ist) zuzüglich oder abzüglich (je nach Vorzeichen) der Marge wie in den Emissionsbedingungen angegeben. Die Bestimmungen zur Zinsberechnungsbasis finden sich in § 3(9) der Emissionsbedingungen.

Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung. Der nominale Zinssatz von Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung ist von der Entwicklung des Marktpreises eines oder mehrerer Basiswerte abhängig, der allenfalls gemäß den Emissionsbedingungen angepasst wird. Die Formeln zur Errechnung des Zinssatzes finden sich in den Emissionsbedingungen. Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung können auch anfänglich mit einem Fixzinssatz ausgestattet sein, dh dass die Schuldverschreibungen erst mit einem fixen Zinssatz und später mit einem basiswertabhängigen Zinssatz verzinst werden.

Schuldverschreibungen mit strukturierter Verzinsung. Unter dem Programm können folgende Arten von Schuldverschreibungen mit strukturierter Verzinsung begeben werden:

Schuldverschreibungen mit CMS-linked Verzinsung. Der Zinssatz von Schuldverschreibungen mit CMS-linked Verzinsung ist an CMS-Rates (*Constant Maturity Swap Rate*) gebunden. CMS-Rates sind Zinssätze, die für Swaps gezahlt werden müssen, bei denen ein variabler Zinssatz (zB 3-Monats Euribor) gegen einen kontinuierlich langen Zinssatz (zB 10 Jahre Swapsatz) getauscht werden. Der Zinssatz der Schuldverschreibungen kann zum Beispiel 4-mal die Differenz zwischen der zehnjährigen und der zweijährigen CMS-Rate betragen.

Schuldverschreibungen mit reverse-floating Verzinsung. Der Zinssatz von Schuldverschreibungen mit reverse-floating Verzinsung ist wie jener von variabel verzinslichen Schuldverschreibungen an eine Zinsberechnungsbasis gebunden. Die Zuordnung zwischen Zinsberechnungsbasis und Zinssatz der Schuldverschreibungen ist aber nicht direkt sondern indirekt (indirekte Zuordnung), dh ein Anstieg der Zinsberechnungsbasis führt zu einem Absinken des Zinssatzes. Ein allfälliger Faktor gibt dabei an, ob die Zuordnung proportional (Proportionalität) ist (Faktor = 1, dh der Zinssatz ändert sich in gleicher Höhe wie die Zinsberechnungsbasis nur in die andere Richtung) oder überproportional (Faktor > 1, dh der Zinssatz ändert sich stärker als die Zinsberechnungsbasis in die andere Richtung; zB wenn die Zinsberechnungsbasis um 10% sinkt, steigt der Zinssatz um 20%) oder unterproportional (Faktor < 1; dh der Zinssatz ändert sich weniger stark als die Zinsberechnungsbasis in die andere Richtung; zB wenn die Zinsberechnungsbasis um 24% sinkt, steigt der Zinssatz nur um 12%). Die Berechnung erfolgt nach der Formel: Minuend minus Faktor mal Zinsberechnungsbasis.

Schuldverschreibungen mit fix-to-floating Verzinsung. Bei Schuldverschreibungen mit fix-to-floating Verzinsung ändert sich die Verzinsungsart einer Schuldverschreibung zu einem bestimmten Termin von fixer in variable Verzinsung.

Schuldverschreibungen mit fix-to-reverse-floating Verzinsung. Bei Schuldverschreibungen mit fix-to-reverse-floating Verzinsung ändert sich die Verzinsungsart der Festverzinslichen Schuldverschreibungen zu einem bestimmten Termin in die Verzinsung für Schuldverschreibungen mit reverse-floating Verzinsung.

Nullkupon-Schuldverschreibungen. Auf Nullkupon-Schuldverschreibungen erfolgen keine periodischen Zinszahlungen.

Zertifikate. Zertifikate werden nicht verzinst.

(ii) Bestimmungen zur Zinsschuld

Berechnung. Außer bei festverzinslichen Schuldverschreibungen wird der auf die Schuldverschreibungen zahlbare Zinsbetrag (der "**Zinsbetrag**") zu oder baldmöglichst nach jedem Zeitpunkt, an dem der Zinssatz zu bestimmen ist von der Berechnungsstelle berechnet.

Zinsbetrag. Der Zinsbetrag wird ermittelt, indem der Zinssatz und der Zinstagequotient (wie in § 3 der Emissionsbedingungen) auf die einzelnen Nennbeträge/Nennwerte der Schuldverschreibungen angewendet werden, wobei der resultierende Betrag auf die kleinste Einheit der festgelegten Währung auf- oder abgerundet wird, wobei 0,5 solcher Einheiten aufgerundet werden.

Mitteilung. Der Zinssatz, der Zinsbetrag für die jeweilige Zinsperiode, die jeweilige Zinsperiode und der betreffende Zinszahlungstag wird der Emittentin und den Anleihegläubigern von der Berechnungsstelle gemäß § 10 bzw § 12 der Emissionsbedingungen baldmöglichst nach deren Bestimmung mitgeteilt.

Zu den detaillierten Bestimmungen siehe § 3 der Emissionsbedingungen.

(iii) Datum, ab dem die Zinsen zahlbar werden

Die Schuldverschreibungen werden ab dem in den Emissionsbedingungen angegebenen Verzinsungsbeginn (einschließlich) (der "**Verzinsungsbeginn**") verzinst. Die Zertifikate und die Nullkupon-Schuldverschreibungen werden nicht verzinst.

(iv) Zinsfälligkeitstermine

Der Zinsbetrag ist an jedem Zinszahlungstag wie in den maßgeblichen Emissionsbedingungen definiert zahlbar.

(v) Gültigkeitsdauer der Ansprüche auf Zins- und Kapitalrückzahlungen

Gemäß § 7 bzw § 9 der Emissionsbedingungen verjähren Ansprüche gegen die Emittentin auf Zahlungen hinsichtlich der Wertpapiere, sofern sie nicht innerhalb von zehn Jahren bzw der jeweils in den Emissionsbedingungen angegeben davon abweichenden Frist (im Falle des Kapitals) und innerhalb von drei Jahren bzw der jeweils in den Emissionsbedingungen angegeben davon abweichenden Frist (gegebenenfalls im Falle von Zinsen) ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden.

(vi) Angabe der Art des Basiswerts

Siehe unten Punkt 4.2.2.

(vii) Beschreibung des Basiswerts, auf den er sich stützt

Siehe unten Punkt 4.2.2.

(viii) und der Methode, die zur Verknüpfung der beiden Werte verwendet wird

Siehe dazu Punkt 4.1.2 oben.

(ix) Hinweis darauf, wo Informationen über die vergangene und künftige Wertentwicklung des Basiswerts und dessen Volatilität erhältlich sind.

Siehe unten Punkt 4.2.2.

(x) Beschreibung aller etwaigen Ereignisse, die eine Störung des Markts oder der Abrechnung bewirken und den Basiswert beeinflussen

Ereignisse und/oder Situationen, die eine Marktstörung begründen, sind in § 5 der Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung und Zertifikate rechtsverbindlich dargestellt. Danach ist eine "**Marktstörung**" eine(s) der folgenden Ereignisse oder Situationen, sofern diese(s) nach Feststellung der Berechnungsstelle wesentlich für die Bewertung eines Referenzwerts oder von Absicherungsmaßnahmen der Emittentin in Bezug auf die derivativen Wertpapiere ist, wobei eine Marktstörung in Bezug auf einen Maßgeblichen Referenzwert als eine Marktstörung in Bezug auf den verbundenen Referenzwert gilt:

Sofern die Referenzstelle für einen Referenzwert oder einen Maßgeblichen Referenzwert nach Bestimmung der Berechnungsstelle eine Börse oder ein Handels- oder Notierungssystem ist, ist eine Marktstörung, wenn die jeweilige Verbundene Börse oder Referenzstelle nicht für den Handel zu regulären Handelszeiten an einem Handelstag geöffnet ist; oder der jeweilige Index-Sponsor den Stand eines Referenzwerts oder Maßgeblichen Referenzwerts, bei dem es sich um einen Index handelt, an einem Handelstag nicht veröffentlicht oder die jeweilige Verbundene Börse nicht für den Handel zu regulären Handelszeiten geöffnet ist; oder an einem Handelstag zum Zeitpunkt der Notierung für einen Referenzwert oder Maßgeblichen Referenzwert bzw zu einem Zeitpunkt innerhalb der Stunde, die mit dem Zeitpunkt der Notierung für diesen Referenzwert oder Maßgeblichen Referenzwert endet, eines der folgenden Ereignisse eintritt oder vorliegt:

- (a) eine Aussetzung oder Beschränkung des Handels durch die jeweilige Referenzstelle oder Verbundene Börse oder anderweitig (wegen Preisbewegungen, die die von der bzw den jeweilige(n) Referenzstelle(n) oder Verbundenen Börse(n) zugelassenen Grenzen überschreiten, oder aus anderen Gründen): (A) für einen Referenzwert oder Maßgeblichen Referenzwert an der jeweiligen Referenzstelle oder (B) an der Referenzstelle insgesamt, sofern es sich bei dem Referenzwert gemäß den Angaben in den Emissionsbedingungen nicht um einen Multi-Exchange Index handelt, oder (C) für Options- oder Futures-Kontrakte auf oder in Bezug auf einen Referenzwert an einer Verbundenen Börse oder

- (D) an einer anderen Börse oder einem anderen Handels- oder Notierungssystem, an dem der Referenzwert zugelassen ist oder notiert wird, oder
- (b) ein Ereignis, das (nach Bestimmung der Berechnungsstelle) allgemein die Möglichkeit der Marktteilnehmer stört oder beeinträchtigt, (i) an der jeweiligen Referenzstelle Transaktionen in Bezug auf einen Referenzwert oder Maßgeblichen Referenzwert durchzuführen bzw Marktwerte für einen Referenzwert oder Maßgeblichen Referenzwert zu ermitteln oder (ii) an einer entsprechenden Verbundenen Börse Transaktionen in Bezug auf Options- oder Futures-Kontrakte auf einen Referenzwert oder Maßgeblichen Referenzwert durchzuführen bzw Marktwerte für solche Options- oder Futures-Kontrakte zu ermitteln;

oder der Handel an einem Börsengeschäftstag an der bzw den jeweiligen Referenzstelle(n) oder der bzw den Verbundenen Börse(n) vor dem Üblichen Börsenschluss geschlossen wird, es sei denn, die frühere Schließung des Handels wird von der bzw den Referenzstelle(n) oder Verbundenen Börse(n) mindestens eine Stunde vor (je nachdem, welches Ereignis früher eintritt) (aa) dem tatsächlichen Börsenschluss für den regulären Handel an dieser bzw diesen Referenzstelle(n) oder Verbundenen Börse(n) an dem betreffenden Börsengeschäftstag oder (bb) dem Orderschluss (sofern gegeben) der Referenzstelle oder Verbundenen Börse für die Ausführung von Aufträgen zum Zeitpunkt der Notierung an diesem Börsengeschäftstag angekündigt.

Sofern die Referenzstelle für einen Referenzwert oder einen Maßgeblichen Referenzwert nach Bestimmung der Berechnungsstelle keine Börse und kein Handels- oder Notierungssystem ist, ist eine Marktstörung, wenn aus Gründen, auf welche die Berechnungsstelle nach billigem Ermessen keinen Einfluss hat, die Bestimmung des Preises oder Werts (oder eines Preis- oder Wertbestandteils) des betreffenden Referenzwerts oder Maßgeblichen Referenzwerts unter Bezugnahme auf die jeweilige Referenzstelle gemäß den Vorschriften oder dem üblichen oder akzeptierten Verfahren zur Bestimmung dieses Preises oder Werts, nicht möglich ist (unabhängig davon, ob dies dadurch bedingt ist, dass der entsprechende Preis oder Wert nicht veröffentlicht wurde, oder eine andere Ursache hat); ein allgemeines Moratorium für Bankgeschäfte in dem für die Wertpapiere gemäß den Emissionsbedingungen Maßgeblichen Land wird verhängt.

Liegt nach Auffassung der Berechnungsstelle an einem Planmäßigen Bewertungstag eine Marktstörung in Bezug auf einen Referenzwert vor, werden alle Bestimmungen an diesem Planmäßigen Bewertungstag entweder für alle Referenzwerte (einschließlich des betroffenen Referenzwerts) oder nur für den betroffenen Referenzwert (je nachdem, ob in den Emissionsbedingungen eine separate Referenzwertbestimmung vorgesehen ist, oder nicht) auf den nächstfolgenden Handelstag verschoben, an dem keine Marktstörung in Bezug auf einen Referenzwert vorliegt.

(xi) Anpassungsregeln in Bezug auf Ereignisse, die den Basiswert betreffen

Die rechtsverbindlichen Regeln zu Anpassungsereignissen und Anpassungs-/Beendigungsereignissen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung und Zertifikate finden sich gegebenenfalls in § 6 der Emissionsbedingungen.

Anpassungsereignisse. Die Emissionsbedingungen sehen "allgemeine" Anpassungsereignisse vor, die für alle Referenzwerte gelten, und besondere Anpassungsereignisse, die von dem/den Referenzwert(en) abhängen. Die besonderen Anpassungsereignisse finden sich in § 6 (5) der Emissionsbedingungen, die allgemeinen Anpassungsereignisse sind nachstehend kurz dargestellt:

- (a) Ein Ereignis tritt ein, das den theoretischen wirtschaftlichen Wert des jeweiligen Referenzwerts wesentlich beeinflusst bzw wesentlich beeinflussen kann oder wirtschaftliche Auswirkungen bzw einen Verwässerungs- oder Konzentrationseffekt auf den theoretischen wirtschaftlichen Wert dieses Referenzwerts haben kann.
- (b) Ein Ereignis tritt ein, das die wirtschaftliche Verbindung zwischen dem Wert des jeweiligen Referenzwerts und den Wertpapieren, die unmittelbar vor Eintritt dieses Ereignisses besteht, in erheblichem Maße beeinträchtigt.
- (c) Es erfolgt eine wesentliche Veränderung eines Referenzwerts bzw des/der einem Referenzwert zugrunde liegenden Bestandteils/Bestandteilen oder Referenzgröße(n).

Ein solches Anpassungsereignis kann jeweils sowohl vor als auch nach seinem Eintritt die Kosten für die Verwaltung der Wertpapiere bzw die Aufrechterhaltung der Absicherungsmaßnahmen für die Wertpapiere oder die Wahrung des gleichen wirtschaftlichen Werts der Wertpapiere in einer Weise wesentlich beeinflussen, die im Preis des Wertpapieres nicht berücksichtigt ist.

Daher ist die Emittentin berechtigt, nach Eintritt eines Anpassungsereignisses Anpassungen der Emissionsbedingungen vorzunehmen, bzw, falls nach Feststellung der Emittentin eine geeignete Anpassung gemäß nachstehendem Absatz nicht möglich ist, das Anpassungsereignis als ein Anpassungs-/Beendigungsereignis, wie unten dargestellt, zu behandeln. Dies stellt einen Teil des von den Anleihegläubigern bei einer Anlage in die Wertpapiere zu tragenden wirtschaftlichen Risikos und die Bestimmungsgrundlage für den Preis der Wertpapiere dar.

Auswirkungen eines Anpassungsereignisses. Falls mit Wirkung für die Zeit vor oder zum Laufzeitende ein Anpassungsereignis eintritt, wird die Berechnungsstelle den Eintritt eines Anpassungsereignisses unverzüglich im

Einklang mit den Emissionsbedingungen bekanntmachen. Nach Eintritt eines Anpassungsereignisses kann die Berechnungsstelle Anpassungen der Emissionsbedingungen vornehmen, die sie nach billigem Ermessen als erforderlich oder angemessen erachtet, um den Auswirkungen dieses Anpassungsereignisses Rechnung zu tragen und/oder soweit wie durchführbar den gleichen wirtschaftlichen Wert der Wertpapiere wie vor Eintritt des Anpassungsereignisses auch nach dessen Eintritt sicherzustellen sowie die wirtschaftliche Verbindung zwischen dem Basiswert und den Wertpapieren zu erhalten und/oder ihre Absicherungsmaßnahmen aufrecht erhalten zu können; die Berechnungsstelle legt fest, wann diese Anpassungen in Kraft treten. Unter anderem kann in dem Fall, dass es sich bei dem Basiswert oder jeweiligen Referenzwert um einen Index handelt, die Bestimmung des Stands dieses Index am entsprechenden Tag nicht auf Basis eines veröffentlichten Indexstands, sondern eines Indexstands erfolgen, den die Berechnungsstelle für diesen Tag unter Anwendung der vor Eintritt des jeweiligen Anpassungsereignisses zuletzt geltenden Formel und Methode für die Berechnung dieses Index bestimmt, wobei nur diejenigen maßgeblichen Referenzwerte berücksichtigt werden, die unmittelbar vor dem Ereignis Bestandteil dieses Index waren.

Entsprechende Anpassungen erfolgen unter Umständen unter Berücksichtigung zusätzlicher direkter oder indirekter Kosten, die der Emittentin im Rahmen des oder im Zusammenhang mit dem jeweiligen Anpassungsereignis entstanden sind, u. a. Steuern, Abgaben, Einbehaltungen, Abzüge oder andere von der Emittentin zu tragende Belastungen (unter anderem in Folge von Änderungen der steuerlichen Behandlung), und Weitergabe dieser Kosten an die Anleihegläubiger. Änderungen der steuerlichen Behandlung können dabei unter anderem auch Änderungen beinhalten, die von Absicherungsmaßnahmen der Emittentin in Bezug auf die Wertpapiere herrühren.

Die Berechnungsstelle kann (muss jedoch nicht) die Bestimmung dieser sachgerechten Anpassung an der Anpassung ausrichten, die eine Verbundene Börse aus Anlass des betreffenden Ereignisses bei an dieser Verbundenen Börse gehandelten Options- oder Futures-Kontrakten auf den jeweiligen Basiswert vornimmt. Eine solche Anpassung kann nach Ermessen der Berechnungsstelle infolge des Anpassungsereignisses von der Emittentin zu tragenden Steuern, Abgaben, Einbehaltungen, Abzügen oder anderen Belastungen (unter anderem in Folge von Änderungen der steuerlichen Behandlung) Rechnung tragen.

Nach Vornahme der Anpassungen teilt die Berechnungsstelle den Anleihegläubigern im Einklang mit den Emissionsbedingungen unter kurzer Beschreibung des jeweiligen Anpassungsereignisses so bald wie praktikabel mit, welche Anpassungen der Emissionsbedingungen vorgenommen wurden.

Anpassungs-/Beendigungsereignis. Die Emissionsbedingungen sehen "allgemeine" Anpassungs-/Beendigungsereignisse vor, die für alle Wertpapiere gelten und besondere Anpassungs-/Beendigungsereignisse, die von dem/den Referenzwerten abhängen. Die besonderen Anpassungs-/Beendigungsereignisse finden sich in § 6 (5) der Emissionsbedingungen, die allgemeinen Anpassungsereignisse sind nachstehend kurz dargestellt:

- (a) Ein Ereignis tritt ein, das wesentliche Auswirkungen auf die von der Berechnungsstelle verwendete Methode zur Bestimmung des Stands oder Preises eines Referenzwertes bzw die Fähigkeit der Berechnungsstelle zur Bestimmung des Stands oder Preises eines Referenzwertes hat.
- (b) Es erfolgt eine wesentliche Veränderung oder Beeinflussung eines Referenzwertes, sei es infolge einer Einstellung der Börsennotierung, einer Verschmelzung, eines Übernahmeangebots oder einer Beendigung, Tilgung, Insolvenz oder Verstaatlichung, infolge einer wesentlichen Veränderung der Formel oder Methode zur Berechnung dieses Referenzwertes, infolge einer wesentlichen Veränderung der Anlagerichtlinien, -politik oder -strategie, der Geschäftsführung oder der Gründungsdokumente oder infolge eines anderen Ereignisses, das nach billigem Ermessen der Berechnungsstelle eine wesentliche Veränderung oder Beeinflussung eines Referenzwertes darstellt.
- (c) Ein Anpassungsereignis ist eingetreten, in Bezug auf welches die Berechnungsstelle nach eigener Feststellung nicht in der Lage ist, eine geeignete Anpassung gemäß den Emissionsbedingungen vorzunehmen.
- (d) Die Emittentin stellt fest, dass (A) die Erfüllung ihrer Verpflichtungen unter den Wertpapieren, sei es vollständig oder in Teilen, illegal geworden ist bzw werden wird oder nach billigem Ermessen nicht länger praktikabel ist bzw sein wird oder dass durch diese Erfüllung wesentlich höhere direkte oder indirekte Kosten, Steuern, Abgaben oder Aufwendungen (im Vergleich zur Situation am Begebungstag) entstehen, oder (B) es für sie illegal oder nach billigem Ermessen nicht länger praktikabel ist bzw sein wird, Absicherungsmaßnahmen in Bezug auf die Wertpapiere zu erwerben, abzuschließen bzw erneut abzuschließen, zu ersetzen, aufrechtzuerhalten, aufzulösen oder zu veräußern, sei es vollständig oder in Teilen, oder dass ihr durch den Erwerb, Abschluss oder erneuten Abschluss bzw die Ersetzung, Aufrechterhaltung, Auflösung oder Veräußerung von Absicherungsmaßnahmen wesentlich höhere direkte oder indirekte Kosten, Steuern, Abgaben oder Aufwendungen (im Vergleich zur Situation am Begebungstag) entstehen, u. a. aufgrund einer erhöhten Steuerpflicht, geringerer Steuervorteile oder anderer negativer Auswirkungen auf die Steuersituation der Emittentin; (die Emittentin kann entsprechende Feststellungen u. a. im Falle einer Änderung von anwendbaren Gesetzen oder Verordnungen (u. a. Steuergesetzen) in

einer entsprechenden Rechtsordnung oder Änderung der Auslegung entsprechender Gesetze oder Verordnungen (einschließlich Maßnahmen von Steuerbehörden) durch ein Gericht oder eine Aufsichtsbehörde, eines Rückgangs der Zahl geeigneter Dritter, mit denen in Bezug auf einen Referenzwert Verträge geschlossen bzw zu angemessenen Bedingungen geschlossen werden können, oder eines wesentlichen Mangels an Marktliquidität für Aktien, Optionen, Instrumente oder sonstige Vermögenswerte, die typischerweise zum Ausgleich von Risiken in Bezug auf einen Referenzwert eingesetzt werden, treffen).

- (e) Die Emittentin stellt fest, dass sie auch mit wirtschaftlich zumutbaren Anstrengungen nicht in der Lage ist, die Erlöse von Absicherungsmaßnahmen zu realisieren, wiederzugewinnen oder zu transferieren.
- (f) Die Emittentin stellt fest, dass am fünften Letztmöglichen Handelstag (gemäß § 5 der Emissionsbedingungen) eine Marktstörung vorliegt und dass die in den Emissionsbedingungen angegebenen Bewertungsmethoden in diesem Fall nicht für die entsprechende Berechnung geeignet sind, und beschließt, diese Marktstörung als ein Anpassungs-/Beendigungsereignis zu behandeln.
- (g) Ein Ereignis Höherer Gewalt tritt ein. Für diese Zwecke ist unter einem "**Ereignis höherer Gewalt**" ein Ereignis oder eine Situation zu verstehen, das/die die Emittentin in der Ausübung ihrer Verpflichtungen hindert oder wesentlich beeinträchtigt; hierzu zählen u. a. Systemstörungen, Brände, Gebäudeevakuierungen, Naturkatastrophen, durch den Menschen bedingte Katastrophen, höhere Gewalt, bewaffnete Auseinandersetzungen, terroristische Anschläge, Ausschreitungen, Arbeitskämpfe oder ähnliche Ereignisse und Umstände.
- (h) Es liegt eine wesentliche Beeinträchtigung der Liquidität oder Marktbedingungen in Bezug auf einen Referenzwert (einschließlich des Handels eines Referenzwerts), die nicht zu einer Marktstörung führt, vor.

Der Eintritt eines Anpassungs-/Beendigungsereignisses kann dazu führen, dass die Emittentin nicht in der Lage ist, weiterhin ihre Verpflichtungen im Rahmen der Wertpapiere zu erfüllen bzw ihre Absicherungsmaßnahmen aufrechtzuerhalten, oder dass sich für die Emittentin durch eine entsprechende Erfüllung bzw Aufrechterhaltung höhere Kosten, Steuern oder Aufwendungen ergeben und dies im Preis der Wertpapiere nicht berücksichtigt ist. Daher ist die Emittentin berechtigt, nach Eintritt eines Anpassungs-/Beendigungsereignisses Anpassungen der Emissionsbedingungen vorzunehmen, einen Referenzwert zu ersetzen oder die Wertpapiere zu kündigen und zu beenden. **Dies stellt einen Teil des von den Anleihegläubigern bei einer Anlage in die**

Schuldverschreibungen zu tragenden wirtschaftlichen Risiken und die Bestimmungsgrundlage für den Preis der Wertpapiere dar.

(xii) Name der Berechnungsstelle

Die Berechnungsstelle wird in den Emissionsbedingungen angegeben.

(xiii) wenn das Wertpapier bei der Zinszahlung eine derivative Komponente aufweist, klare und umfassende Erläuterung, die den Anlegern verständlich macht, wie der Wert ihrer Anlage durch den Wert des Basisinstruments/der Basisinstrumente beeinflusst wird, insbesondere in Fällen, in denen die Risiken am offensichtlichsten sind.

Siehe Punkt 4.1.2 oben.

4.1.9 (i) Fälligkeitstermin nicht-derivativer Wertpapiere

Die Fälligkeitstermine der Schuldverschreibungen ergeben sich aus den Emissionsbedingungen. Für Zertifikate nicht anwendbar, weil diese immer derivativ sind.

(ii) Tilgungsmodalitäten, einschließlich der Rückzahlungsverfahren nicht-derivativer Wertpapiere. Wird auf Initiative der Emittentin oder des Wertpapierinhabers eine vorzeitige Tilgung ins Auge gefasst, so ist diese unter Angabe der Tilgungskonditionen zu beschreiben.

Nicht-derivative Schuldverschreibungen werden zu ihrem in den Emissionsbedingungen definierten Rückzahlungsbetrag am in den Emissionsbedingungen definierten Endfälligkeitstag zurückgezahlt.

Schuldverschreibungen mit Teiltilgungen werden in einem bestimmten, in den Emissionsbedingungen definierten, Zahlungszeitraum durch Zahlung eines in den Emissionsbedingungen definierten Teiltilgungsbetrags (der "**Teiltilgungsbetrag**") je Schuldverschreibung jeweils zu den in den Emissionsbedingungen definierten Teiltilgungstagen (jeweils ein "**Teiltilgungstag**") zurückgezahlt.

Vorzeitige Tilgung. Soweit dies in den für eine Emission maßgeblichen Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen (in der Zeile Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin/Anleihegläubiger) vorgesehen ist, kann die Emittentin und/oder können die Anleihegläubiger die Schuldverschreibungen an bestimmten Wahrrückzahlungstagen nach eigenem Ermessen zurückzahlen bzw kündigen und Rückzahlung verlangen.

Soweit dies in den für eine Emission maßgeblichen Emissionsbedingungen der Schuldverschreibungen angegeben ist, ist die Emittentin berechtigt, die Schuldverschreibungen jederzeit vor dem Endfälligkeitstag bei Vorliegen einer Rechtsänderung, Absicherungs-Störung und/oder Gestiegenen

Absicherungs-Kosten (wie jeweils in den maßgeblichen Emissionsbedingungen definiert) vorzeitig zurückzahlen.

Nachrangige Schuldverschreibungen (dh Schuldverschreibungen, die Instrumente des Ergänzungskapitals (Tier 2) im Sinne von Art 63 CRR verbiefen), müssen eine Laufzeit von mindestens fünf Jahren aufweisen. Bei einer Änderung der aufsichtsrechtlichen Einstufung der Schuldverschreibungen, die wahrscheinlich zu ihrem Ausschluss aus den Eigenmitteln oder ihrer Neueinstufung als Eigenmittel geringerer Qualität führen würde, und zum Zeitpunkt der Emission der Schuldverschreibungen die aufsichtsrechtliche Neueinstufung für die Emittentin nicht vorherzusehen war, oder bei einer Änderung der geltenden steuerlichen Behandlung der Schuldverschreibungen, die wesentlich ist und zum Zeitpunkt der Emission der Schuldverschreibungen nicht vorherzusehen war, ist die Emittentin berechtigt, jederzeit vor dem Endfälligkeitstag alle Schuldverschreibungen zu kündigen und zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag, und mit Ausnahme der Nullkupon-Schuldverschreibungen, samt bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen an die Anleihegläubiger zurückzuzahlen, vorausgesetzt, dass (i) die zur Beaufsichtigung der Emittentin befugte Behörde gemäß Artikel 4 Abs 1 Nr 40 CRR (die "**Zuständige Behörde**") der Emittentin zuvor die Erlaubnis zur vorzeitigen Rückzahlung der Schuldverschreibungen nach dieser Bestimmung erteilt hat, (ii) die Emittentin vor oder gleichzeitig mit der vorzeitigen Rückzahlung der Schuldverschreibungen durch Eigenmittelinstrumente zumindest gleicher Qualität zu Bedingungen ersetzt hat, die im Hinblick auf die Ertragsmöglichkeiten der Emittentin nachhaltig sind, oder (iii) die Emittentin der Zuständigen Behörde hinreichend nachgewiesen hat, dass die Eigenmittel der Emittentin nach der vorzeitigen Rückzahlung die Anforderungen nach Artikel 92 Absatz 1 der CRR und die kombinierte Kapitalpufferanforderung im Sinne des Artikels 128 Nr. 6 der Richtlinie 2013/36/EU um eine Spanne übertreffen, die die Zuständige Behörde auf der Grundlage des Artikels 104 Absatz 3 der Richtlinie 2013/36/EU gegebenenfalls für erforderlich hält .

Aktienanleihen. Bei Aktienanleihen hat die Emittentin das Recht, alle, jedoch nicht nur einige Schuldverschreibungen entweder (i) durch Lieferung der Basiswerte oder (ii) durch Zahlung des Rückzahlungsbetrags zu tilgen, in beiden Fällen zusammen mit bis zum Liefertag oder Endfälligkeitstag aufgelaufenen Zinsen.

Für Zertifikate nicht anwendbar, weil diese immer derivativ sind.

Die Rückzahlung des Rückzahlungs- bzw Tilgungsbetrags erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle(n) zur Weiterleitung an die Wertpapiersammelbank oder deren Order zur Gutschrift auf den Konten der jeweiligen für den Anleihegläubiger depotführende Stelle mit Konto bei der Wertpapiersammelbank

4.1.10 (i) Angabe der Rendite von derivativen/nicht-derivativen Schuldverschreibungen

Die Rendite (bestimmt durch Emissionspreis, Zinssatz, Laufzeit und Tilgungszahlung; siehe die folgenden Ausführungen) wird bei nicht-derivativen fix verzinsten, Stufenzins- und Nullkupon-Schuldverschreibungen im Vorhinein in den Endgültigen Bedingungen (in der Zeile "Emissionsrendite") angegeben.

Im Fall von allen anderen Schuldverschreibungen mit Maximal- und/oder Mindestzinssatz wird in den Endgültigen Bedingungen (in der Zeile "Emissionsrendite") eine Maximal- und/oder Minimalrendite angegeben.

Für alle anderen Schuldverschreibungen ohne Maximal- und/oder Mindestzinssatz und für Wertpapiere mit Verzinsung und/oder Rückzahlungsbetrag mit derivativer Komponente kann aufgrund der unbestimmten Erträge des Wertpapiers keine Rendite berechnet werden, daher entfällt in diesen Fällen die Angabe einer Rendite in den Endgültigen Bedingungen.

(ii) Beschreibung der Methode zur Berechnung der Rendite in Kurzform.

Die Berechnung der Rendite von fix verzinsten, Stufenzins- und Nullkupon-Schuldverschreibungen erfolgt auf Basis der von ICMA definierten Methode (unter der Annahme, dass die Schuldverschreibungen zum (Erst-) Emissionspreis erworben und bis zum Ende der Laufzeit gehalten werden) auf der Basis actual/actual. Die ICMA Methode ermittelt die Effektivverzinsung von Schuldverschreibungen unter Berücksichtigung der täglichen Stückzinsen. Allfällige zusätzlich zum Ausgabepreis/-kurs anfallende Nebenkosten (beispielsweise Zeichnungsspesen) sowie laufende Nebenkosten (beispielsweise Depotgebühren) finden in die Berechnung der Emissionsrendite keinen Eingang.

4.1.11 Vertretung von Anleihegläubigern

Grundsätzlich sind alle Rechte aus Emissionen durch den einzelnen Anleihegläubiger selbst oder den von ihm bestellten Rechtsvertreter gegenüber der Bank direkt, an deren Sitz zu den üblichen Geschäftsstunden, sowie in schriftlicher Form (eingeschriebene Postsendung) oder im ordentlichen Rechtsweg geltend zu machen.

Seitens der Bank ist keine organisierte Vertretung der Anleihegläubiger vorgesehen.

Generell gilt jedoch, dass zur Wahrung der Ausübung der Rechte von Anleihegläubigern von auf Inhaber lautenden oder durch Indossament übertragbaren (Teil-) Schuldverschreibungen inländischer Emittenten und bestimmter anderer Schuldverschreibungen, wie der Wertpapiere, wenn deren Rechte wegen Mangels einer gemeinsamen Vertretung gefährdet oder die

Rechte der Bank in ihrem Gange gehemmt würden, insbesondere im Konkursfall der Bank, nach den Regelungen des Kuratorengesetzes 1874 und des Kuratorenergänzungsgesetzes 1877 vom zuständigen Gericht ein Kurator für die jeweiligen Anleihegläubiger zu bestellen ist. Die Regelungen des Kuratorengesetzes 1874 und des Kuratorenergänzungsgesetzes 1877 können durch Vereinbarung oder Emissionsbedingungen nicht aufgehoben oder verändert werden, es sei denn, es ist eine für die Anleihegläubiger gleichwertige gemeinsame Interessensvertretung vorgesehen.

4.1.12 *Beschlüsse, die die Grundlage für die Schaffung der Wertpapiere bilden*

Emissionen von Wertpapieren werden von der Emittentin auf Grundlage der jeweils geltenden Pouvoirregelung begeben.

4.1.13 *Angabe des erwarteten Emissionstermins der Wertpapiere*

Der erwartete Emissionstermin und Tilgungstermin der Wertpapiere wird in den jeweiligen Emissionsbedingungen angegeben.

4.1.14 *Übertragbarkeit der Wertpapiere*

Die Wertpapiere lauten auf den Inhaber und sind frei übertragbar.

4.1.15 (i) *Verfalltermin derivativer Wertpapiere*

Der Endfälligkeitstag der Schuldverschreibungen und Zertifikate ist, ebenso wie die Endfälligkeitstage aller anderen Zahlungen, in den Emissionsbedingungen angeführt.

(ii) *Ausübungstermin oder letzter Referenztermin derivativer Wertpapiere*

Die letzten Referenztermine derivativer Wertpapiere ergeben sich aus den maßgeblichen Emissionsbedingungen (für Schuldverschreibungen siehe den (letzten) Basiswertfeststellungstag, für Zertifikate siehe "Endbeobachtungstag" bzw den letzten "Beobachtungsstichtag" wie jeweils in den Emissionsbedingungen angegeben).

4.1.16 *Abrechnungsverfahren derivativer Wertpapiere*

Sämtliche Zahlungen gemäß den derivativen Wertpapieren erfolgen, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die Zahlstelle zur Weiterleitung an die Clearing-Systeme oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den Anleihegläubiger depotführende Stelle.

Als Zahlstelle fungiert (fungieren) die in den Endgültigen Bedingungen bezeichnete(n) Zahlstelle(n).

4.1.17 (i) Beschreibung der Ertragsmodalitäten bei derivativen Wertpapieren

Siehe unten Punkt 4.2.2. bzw die Angaben in den Emissionsbedingungen.

(ii) Zahlungs- und Liefertermin

Die Endfälligkeitstage für Zahlungen ergeben sich aus den Emissionsbedingungen wie folgt:

Schuldverschreibungen: Für die Termine der Zahlung von Zinsen siehe die Zinszahlungstage in, für den Termin der Zahlung des Rückzahlungsbetrags siehe den Endfälligkeitstag (wie jeweils in den Emissionsbedingungen angegeben).

Aktienanleihen: Für die Termine der Zahlung von Zinsen siehe die Zinszahlungstage, für den Termin der Zahlung des Rückzahlungsbetrags siehe den Endfälligkeitstag, eine allfällige Lieferung von Basiswerten erfolgt am Liefertag (wie jeweils in den Emissionsbedingungen angegeben).

Zertifikate: Für den Termin der Zahlung des Tilgungsbetrags siehe den Endfälligkeitstag (wie in den Emissionsbedingungen angegeben).

(iii) Berechnungsweise

Die Schuldverschreibungen und Zertifikate werden zu ihrem Rückzahlungsbetrag bzw Tilgungsbetrag (wie in den Emissionsbedingungen festgelegt) am Endfälligkeitstag (wie in den Emissionsbedingungen festgelegt) zurückgezahlt. Aktienanleihen können durch die Lieferung von Verbindlichkeiten oder Aktientiteln erfüllt werden.

4.1.18 Besteuerung

4.1.18.1 Österreich

Dieser Abschnitt zur Besteuerung enthält eine kurze Zusammenfassung des Verständnisses der Emittentin betreffend einige wichtige Grundsätze, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten und der Veräußerung der Wertpapiere in Österreich bedeutsam sind. Die Zusammenfassung erhebt nicht den Anspruch, sämtliche steuerliche Überlegungen vollständig wiederzugeben und geht auch nicht auf besondere Sachverhaltsgestaltungen ein, die für einzelne potenzielle Anleger von Bedeutung sein können. Die folgenden Ausführungen sind genereller Natur und hierin nur zu Informationszwecken enthalten. Sie sollen keine rechtliche oder steuerliche Beratung darstellen und auch nicht als solche ausgelegt werden. Diese Zusammenfassung basiert auf den derzeit gültigen österreichischen Steuergesetzen, der höchstgerichtlichen Rechtsprechung sowie den Richtlinien der Finanzverwaltung und deren jeweiliger Auslegung, die alle Änderungen unterliegen können. Solche Änderungen können auch

rückwirkend eingeführt werden und die beschriebenen steuerlichen Folgen nachteilig beeinflussen. Potenziellen Anlegern wird empfohlen, wegen der steuerlichen Folgen des Kaufs, des Haltens sowie der Veräußerung der Wertpapiere ihre rechtlichen und steuerlichen Berater zu konsultieren. Das steuerliche Risiko aus den Wertpapieren (insbesondere aus einer allfälligen Qualifizierung als steuerliches Eigenkapital statt Fremdkapital) trägt der Anleger. Im Folgenden wird angenommen, dass die Wertpapiere an einen in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht unbestimmten Personenkreis angeboten werden.

Die Emittentin übernimmt keine Verantwortung für die Einbehaltung von Steuern an der Quelle.

Allgemeine Hinweise

Natürliche Personen, die in Österreich einen Wohnsitz und/oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt gemäß § 26 Bundesabgabenordnung (BAO) haben, unterliegen mit ihrem Welteinkommen der Einkommensteuer in Österreich (unbeschränkte Einkommensteuerpflicht). Natürliche Personen, die weder Wohnsitz noch gewöhnlichen Aufenthalt in Österreich haben, unterliegen nur mit bestimmten Inlandseinkünften der Steuerpflicht in Österreich (beschränkte Einkommensteuerpflicht).

Körperschaften, die in Österreich ihre Geschäftsleitung und/oder ihren Sitz gemäß § 27 BAO haben, unterliegen mit ihrem Welteinkommen der Körperschaftsteuer in Österreich (unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht). Körperschaften, die weder Geschäftsleitung noch Sitz in Österreich haben, unterliegen nur mit bestimmten Inlandseinkünften der Steuerpflicht in Österreich (beschränkte Körperschaftsteuerpflicht).

Sowohl in Fällen der unbeschränkten als auch der beschränkten Einkommen- oder Körperschaftsteuerpflicht in Österreich kann Österreichs Besteuerungsrecht durch Doppelbesteuerungsabkommen eingeschränkt werden.

Einkommensbesteuerung der Wertpapiere

Gemäß § 27 Abs 1 Einkommensteuergesetz (EStG) gelten als Einkünfte aus Kapitalvermögen:

- Einkünfte aus der Überlassung von Kapital gemäß § 27 Abs 2 EStG, dazu gehören Dividenden und Zinsen;
- Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen gemäß § 27 Abs 3 EStG, dazu gehören Einkünfte aus der Veräußerung, Einlösung und sonstigen Abschichtung von Wirtschaftsgütern, deren Erträge Einkünfte aus der Überlassung von Kapital sind, einschließlich Einkünfte aus Nullkuponanleihen und Stückzinsen; und

- Einkünfte aus Derivaten gemäß § 27 Abs 4 EStG, dazu gehören Differenzausgleiche, Stillhalterprämien und Einkünfte aus der Veräußerung oder sonstigen Abwicklung von Termingeschäften wie Optionen, Futures und Swaps sowie sonstigen derivativen Finanzinstrumenten wie Indexzertifikaten.

Auch die Entnahme und das sonstige Ausscheiden der Wertpapiere aus einem Depot sowie Umstände, die zu einer Einschränkung des Besteuerungsrechtes Österreichs im Verhältnis zu anderen Staaten führen, wie zB der Wegzug aus Österreich, gelten im Allgemeinen als Veräußerung (§ 27 Abs 6 EStG).

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen, die die Wertpapiere in ihrem Privatvermögen halten, unterliegen gemäß § 27 Abs 1 EStG mit Einkünften aus Kapitalvermögen daraus der Einkommensteuer. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen aus den Wertpapieren – das sind im Allgemeinen Einkünfte, die über eine inländische auszahlende oder depotführende Stelle ausbezahlt werden – unterliegen der Kapitalertragsteuer (KESt) zum besonderen Steuersatz von 27,5 %. Über den Abzug von KESt hinaus besteht keine Einkommensteuerpflicht (Endbesteuerung nach § 97 Abs 1 EStG). Ausländische Einkünfte aus Kapitalvermögen aus den Wertpapieren müssen in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden und unterliegen der Besteuerung zum besonderen Steuersatz von 27,5 %. In beiden Fällen besteht auf Antrag die Möglichkeit, dass sämtliche einem besonderen Steuersatz gemäß § 27a Abs 1 EStG unterliegenden Einkünfte zum niedrigeren progressiven Einkommensteuertarif veranlagt werden (Regelbesteuerungsoption gemäß § 27a Abs 5 EStG). § 27 Abs 8 EStG sieht unter anderem folgende Beschränkungen betreffend den Verlustausgleich vor: negative Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen bzw Derivaten dürfen weder mit Zinserträgen aus Geldeinlagen und nicht verbrieften sonstigen Forderungen bei Kreditinstituten (ausgenommen Ausgleichzahlungen und Leihegebühren) noch mit Zuwendungen von Privatstiftungen, ausländischen Stiftungen oder sonstigen Vermögensmassen, die mit einer Privatstiftung vergleichbar sind, ausgeglichen werden; Einkünfte, die einem besonderen Steuersatz gemäß § 27a Abs 1 EStG unterliegen, dürfen nicht mit Einkünften ausgeglichen werden, die dem progressiven Einkommensteuersatz unterliegen (dies gilt auch bei Inanspruchnahme der Regelbesteuerungsoption); nicht ausgeglichene Verluste aus Kapitalvermögen dürfen nicht mit Einkünften aus anderen Einkunftsarten ausgeglichen werden.

Die österreichische depotführende Stelle ist gemäß § 93 Abs 6 EStG verpflichtet, unter Einbeziehung aller bei ihr geführten Depots negative Kapitaleinkünfte automatisch mit positiven Kapitaleinkünften auszugleichen. Werden zunächst negative und zeitgleich oder später positive Einkünfte erzielt, sind die negativen Einkünfte mit diesen positiven Einkünften

auszugleichen. Werden zunächst positive und später negative Einkünfte erzielt, ist die für die positiven Einkünfte einbehaltene KEST gutzuschreiben, wobei die Gutschrift höchstens 27,5 % der negativen Einkünfte betragen darf. In bestimmten Fällen ist kein Ausgleich möglich. Die depotführende Stelle hat dem Steuerpflichtigen eine Bescheinigung über jeden Verlustausgleich zu erteilen.

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige natürliche Personen, die die Wertpapiere in ihrem Betriebsvermögen halten, unterliegen gemäß § 27 Abs 1 EStG mit Einkünften aus Kapitalvermögen daraus der Einkommensteuer. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen aus den Wertpapieren unterliegen der KEST zum besonderen Steuersatz von 27,5 %. Während die KEST Endbesteuerungswirkung bezüglich Einkünften aus der Überlassung von Kapital entfaltet, müssen Einkünfte aus realisierten Wertsteigerungen und Einkünfte aus Derivaten in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden (nichtsdestotrotz ist der besondere Steuersatz von 27,5 % anwendbar). Ausländische Einkünfte aus Kapitalvermögen aus den Wertpapieren müssen immer in der Einkommensteuererklärung des Anlegers angegeben werden (in der Regel ist der besondere Steuersatz von 27,5 % anwendbar). In beiden Fällen besteht auf Antrag die Möglichkeit, dass sämtliche einem besonderen Steuersatz gemäß § 27a Abs 1 EStG unterliegenden Einkünfte zum niedrigeren progressiven Einkommensteuertarif veranlagt werden (Regelbesteuerungsoption gemäß § 27a Abs 5 EStG). Gemäß § 6 Z 2 lit c EStG sind Abschreibungen auf den niedrigeren Teilwert und Verluste aus der Veräußerung, Einlösung und sonstigen Abschichtung von Wirtschaftsgütern und Derivaten iSd § 27 Abs 3 und 4 EStG, die dem besonderen Steuersatz von 27,5% unterliegen, vorrangig mit positiven Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen von solchen Wirtschaftsgütern und Derivaten sowie mit Zuschreibungen solcher Wirtschaftsgüter zu verrechnen. Ein verbleibender negativer Überhang darf nur zu 55 % ausgeglichen werden.

In Österreich unbeschränkt steuerpflichtige Kapitalgesellschaften unterliegen gemäß § 7 Abs 2 Körperschaftsteuergesetz (KStG) mit Einkünften iSd § 27 Abs 1 EStG aus den Wertpapieren der Körperschaftsteuer von 25 %. Inländische Einkünfte iSd § 27 Abs 1 EStG aus den Wertpapieren unterliegen der KEST zum besonderen Steuersatz von 27,5 %. Ein Steuersatz von 25 % kann jedoch gemäß § 93 Abs 1a EStG vom Abzugsverpflichteten angewendet werden, wenn der Schuldner der KEST eine Körperschaft ist. Die KEST kann auf die Körperschaftsteuer angerechnet werden. Unter den Voraussetzungen des § 94 Z 5 EStG kommt es von vornherein nicht zum Abzug von KEST. Verluste aus der Veräußerung der Wertpapiere sind grundsätzlich mit anderen Einkünften ausgleichsfähig.

Privatstiftungen nach dem Privatstiftungsgesetz, welche die Voraussetzungen des § 13 Abs 3 und 6 KStG erfüllen und die Wertpapiere

nicht in einem Betriebsvermögen halten, unterliegen gemäß § 13 Abs 3 Z 1 iVm § 22 Abs 2 KStG mit Zinsen, Einkünften aus realisierten Wertsteigerungen und Einkünften aus (unter anderem, verbrieften) Derivaten der Zwischenbesteuerung von 25 %. Diese entfällt im Allgemeinen in jenem Umfang, in dem im Veranlagungszeitraum KESt-pflichtige Zuwendungen an Begünstigte getätigt werden. Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen aus den Wertpapieren unterliegen grundsätzlich der KESt zum besonderen Steuersatz von 27,5 %. Ein Steuersatz von 25 % kann jedoch gemäß § 93 Abs 1a EStG vom Abzugsverpflichteten angewendet werden, wenn der Schuldner der KESt eine Körperschaft ist. Die KESt kann auf die anfallende Steuer angerechnet werden. Unter den Voraussetzungen des § 94 Z 12 EStG kommt es nicht zum Abzug von KESt.

In Österreich beschränkt steuerpflichtige natürliche Personen und Kapitalgesellschaften unterliegen mit Einkünften aus Kapitalvermögen aus den Wertpapieren dann der Einkommen- bzw Körperschaftsteuer, wenn sie eine Betriebsstätte in Österreich haben und die Wertpapiere dieser Betriebsstätte zurechenbar sind (§ 98 Abs 1 Z 3 EStG (iVm § 21 Abs 1 Z 1 KStG)). In Österreich beschränkt steuerpflichtige natürliche Personen unterliegen auch mit Zinsen im Sinne des EU-Quellensteuergesetzes (EU-QuStG, siehe unten) aus den Wertpapieren der Besteuerung, wenn KESt einzubehalten ist (dies gilt, unter anderem, nicht für natürliche Personen, die in den Anwendungsbereich des EU-QuStG fallen; § 98 Abs 1 Z 5 lit b EStG).

EU-Quellensteuer

Das EU-QuStG sieht – in Umsetzung der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen – vor, dass Zinsen, die eine inländische Zahlstelle an einen wirtschaftlichen Eigentümer, der eine natürliche Person ist, zahlt oder zu dessen Gunsten einzieht, der EU-Quellensteuer in Höhe von 35 % unterliegen, sofern er seinen Wohnsitz in einem anderen Mitgliedstaat der EU (oder in bestimmten abhängigen und assoziierten Gebieten, zu denen derzeit Anguilla, Aruba, die British Virgin Islands, Curaçao, Guernsey, die Isle of Man, Jersey, Montserrat, Sint Maarten sowie die Turks and Caicos Islands gehören) hat. Gemäß § 10 EU-QuStG ist die EU-Quellensteuer nicht zu erheben, wenn der wirtschaftliche Eigentümer der Zahlstelle eine vom Wohnsitzfinanzamt des Mitgliedstaats seines steuerlichen Wohnsitzes auf seinen Namen ausgestellte Bescheinigung vorlegt, die Name, Anschrift, Steuer- oder sonstige Identifizierungsnummer oder in Ermangelung einer solchen Geburtsdatum und -ort des wirtschaftlichen Eigentümers, Name und Anschrift der Zahlstelle, die Kontonummer des wirtschaftlichen Eigentümers oder in Ermangelung einer solchen das Kennzeichen des Wertpapiers enthält. Eine solche Bescheinigung gilt für einen Zeitraum von maximal drei Jahren.

Betreffend die Frage, ob auch Indexzertifikate der EU-Quellensteuer unterliegen, unterscheidet die österreichische Finanzverwaltung zwischen

Indezertifikaten mit und ohne Kapitalgarantie, wobei eine Kapitalgarantie bei Zusicherung der Rückzahlung eines Mindestbetrages des eingesetzten Kapitals oder auch bei der Zusicherung von Zinsen besteht. Die genaue steuerliche Behandlung von Indexzertifikaten hängt in weiterer Folge vom jeweiligen Basiswert des Indexzertifikats ab.

Gemäß der Richtlinie (EU) 2015/2016 des Rates vom 10. November 2015 zur Aufhebung der Richtlinie 2003/48/EG wurde letztere im Allgemeinen mit Wirkung ab 1. Jänner 2016 aufgehoben. Aufgrund detaillierter Übergangsbestimmungen soll Österreich die Richtlinie 2003/48/EG jedoch im Allgemeinen bis zum 31. Dezember 2016 anwenden.

Steuerabkommen Österreich/Schweiz und Österreich/Liechtenstein

Das Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Zusammenarbeit in den Bereichen Steuern und Finanzmarkt und das Abkommen zwischen der Republik Österreich und dem Fürstentum Liechtenstein über die Zusammenarbeit im Bereich der Steuern sehen vor, dass schweizerische bzw liechtensteinische Zahlstellen im Fall von in Österreich ansässigen betroffenen Personen (das sind im Wesentlichen natürliche Personen im eigenen Namen und als nutzungsberechtigte Personen von Vermögenswerten, die von einer Sitzgesellschaft gehalten werden) auf, unter anderem, Zinserträge, Dividendenerträge und Veräußerungsgewinne aus Vermögenswerten, die auf einem Konto oder Depot bei der schweizerischen bzw liechtensteinischen Zahlstelle verbucht sind, eine der österreichischen Einkommensteuer entsprechende Steuer in Höhe von 25 % bzw 27,5 % zu erheben haben. Dasselbe gilt für solche Einkünfte aus von einer liechtensteinischen Zahlstelle verwalteten Vermögenswerten im Fall von in Österreich ansässigen betroffenen Personen (das sind im Wesentlichen natürliche Personen als nutzungsberechtigte Personen von Vermögenswerten einer transparenten Vermögensstruktur). Diese Steuer hat Abgeltungswirkung, soweit das EStG für die der Steuer unterliegenden Erträge Abgeltungswirkung vorsieht. Die Steuerabkommen finden jedoch keine Anwendung auf Zinserträge, die erfasst sind von den Abkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Schweizerischen Eidgenossenschaft bzw dem Fürstentum Liechtenstein betreffend die Richtlinie 2003/48/EG des Rates im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen. Der Steuerpflichtige hat die Möglichkeit, anstatt der Erhebung der Abgeltungssteuer zur freiwilligen Meldung zu optieren, indem er die schweizerische bzw liechtensteinische Zahlstelle ermächtigt, der zuständigen österreichischen Behörde die Erträge eines Kontos oder Depots zu melden, wodurch diese in die Veranlagung einbezogen werden müssen.

Erbschafts- und Schenkungssteuer

Österreich erhebt keine Erbschafts- oder Schenkungssteuer.

Bestimmte unentgeltliche Zuwendungen an privatrechtliche Stiftungen und damit vergleichbare Vermögensmassen unterliegen jedoch der Stiftungseingangssteuer nach dem Stiftungseingangssteuergesetz (StiftEG), wenn der Zuwendende und/oder der Erwerber im Zeitpunkt der Zuwendung einen Wohnsitz, den gewöhnlichen Aufenthalt, den Sitz oder den Ort der Geschäftsleitung in Österreich haben. Ausnahmen von der Steuerpflicht bestehen bezüglich Zuwendungen von Todes wegen von Kapitalvermögen im Sinn des § 27 Abs 3 und 4 EStG (ausgenommen Anteile an Kapitalgesellschaften), wenn auf die daraus bezogenen Einkünfte ein besonderer Einkommensteuersatz gemäß § 27a Abs 1 EStG anwendbar ist. Die Steuerbemessungsgrundlage ist der gemeine Wert des zugewendeten Vermögens abzüglich Schulden und Lasten zum Zeitpunkt der Vermögensübertragung. Der Steuersatz beträgt generell 2,5 %, in speziellen Fällen jedoch 25 %. Sonderregelungen gelten für Vermögensübertragungen an Vermögensstrukturen im Anwendungsbereich des Steuerabkommens Österreich/Liechtenstein.

Zusätzlich besteht eine Anzeigepflicht für Schenkungen von Bargeld, Kapitalforderungen, Anteilen an Kapitalgesellschaften und Personenvereinigungen, Betrieben, beweglichem körperlichen Vermögen und immateriellen Vermögensgegenständen, wenn der Geschenkgeber und/oder der Geschenknehmer einen Wohnsitz, den gewöhnlichen Aufenthalt, den Sitz oder die Geschäftsleitung im Inland haben. Nicht alle Schenkungen sind von der Anzeigepflicht umfasst: Im Fall von Schenkungen unter Angehörigen besteht ein Schwellenwert von EUR 50.000 pro Jahr; in allen anderen Fällen ist eine Anzeige verpflichtend, wenn der gemeine Wert des geschenkten Vermögens innerhalb von fünf Jahren EUR 15.000 übersteigt. Darüber hinaus sind unentgeltliche Zuwendungen an Stiftungen iSd StiftEG wie oben beschrieben von der Anzeigepflicht ausgenommen. Eine vorsätzliche Verletzung der Anzeigepflicht kann zur Einhebung einer Strafe von bis zu 10 % des gemeinen Werts des geschenkten Vermögens führen.

Außerdem kann die unentgeltliche Übertragung der Wertpapiere gemäß § 27 Abs 6 Z 2 EStG den Anfall von Einkommensteuer auf Ebene des Übertragenden auslösen (siehe oben).

4.1.18.2 Bundesrepublik Deutschland

Dieser Abschnitt enthält eine kurze Beschreibung einiger wichtiger deutscher Besteuerungsgrundsätze, die im Zusammenhang mit dem Erwerb, dem Halten und der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung von Schuldverschreibungen bedeutsam sind oder werden können. Es handelt sich dabei nicht um eine umfassende und vollständige Darstellung sämtlicher möglicherweise relevanter steuerlicher Aspekte. Da dieser Prospekt die Ausgabe einer Vielzahl verschiedener Arten von Schuldverschreibungen ermöglicht, kann die steuerliche Behandlung der

Schuldverschreibungen im Einzelfall von den folgenden Ausführungen abweichen. Außerdem enthält die folgende Beschreibung keine Informationen zu der Besteuerung von Basiswerten (z.B. Aktien oder Waren), die anstelle der Rückzahlung geliefert werden können, sofern dies nicht ausdrücklich erwähnt wird.

Grundlage dieser Beschreibung ist das zur Zeit der Erstellung dieses Prospekts geltende nationale deutsche Steuerrecht. Es wird darauf hingewiesen, dass sich steuerrechtliche Bestimmungen – unter Umständen und in gewissen Grenzen auch rückwirkend – ändern können. Soweit auf Stellungnahmen der Finanzverwaltung verwiesen wird, ist zu beachten, dass Änderungen in der Sichtweise der Finanzverwaltung möglich und zudem die Gerichte nicht an entsprechende Vorgaben gebunden sind. Selbst für den Fall, dass gerichtliche Entscheidungen zu bestimmten Arten von Schuldverschreibungen bestehen, müssen die entwickelten Grundsätze nicht auf solche Schuldverschreibungen Anwendung finden, die in ihrer Ausgestaltung von spezifischen Eigenheiten geprägt sind.

Diese Beschreibung kann die individuelle Situation potenzieller Käufer nicht berücksichtigen. Diesen wird daher empfohlen, wegen der Steuerfolgen des Erwerbs, des Haltens und der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung bzw. der unentgeltlichen Übertragung von Schuldverschreibungen sowie von Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen ihre steuerlichen Berater zu konsultieren. Nur diese sind in der Lage, die besonderen steuerlichen Verhältnisse des einzelnen Inhabers angemessen zu berücksichtigen.

Steuerinländer

Schuldverschreibungen im Privatvermögen

Zinsen und Veräußerungsgewinne

Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen an Personen, die die Schuldverschreibungen in ihrem Privatvermögen halten (Privatanleger) und bei denen es sich für steuerliche Zwecke um in Deutschland Ansässige handelt, (d. h. Personen, deren Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt sich in Deutschland befindet), stellen Einkünfte aus Kapitalvermögen dar und unterliegen gemäß §§ 20 Abs 1, 32d Abs 1 Einkommensteuergesetz grundsätzlich einem besonderen Steuersatz in Höhe von 25% (sog. Abgeltungsteuer, nachfolgend auch als "**Abgeltungsteuer**" bezeichnet) zzgl. darauf anfallenden Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5% gemäß §§ 1 und 4 Solidaritätszuschlaggesetz und ggf. Kirchensteuer.

Gewinne aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen, einschließlich eines etwaigen Disagios sowie etwaiger bis zur Veräußerung oder Abtretung der Schuldverschreibungen aufgelaufener und getrennt verrechneter Zinsen ("**Stückzinsen**"), stellen – unabhängig von einer Haltedauer – Einkünfte aus Kapitalvermögen gemäß

§ 20 Abs 2 Einkommensteuergesetz dar und unterliegen ebenfalls der Abgeltungsteuer (zzgl. darauf anfallenden Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5% und ggf. Kirchensteuer). Die Einlösung, Rückzahlung, Abtretung oder verdeckte Einlage von Schuldverschreibungen in eine Kapitalgesellschaft gilt ebenfalls als Veräußerung. Veräußerungsgewinne werden ermittelt aus der Differenz zwischen den Erlösen aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung (nach Abzug der Kosten, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung stehen) und dem Ausgabe- oder Kaufpreis der Schuldverschreibungen. Werden Schuldverschreibungen in einer anderen Währung als Euro begeben, sind die Erlöse aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung und die Ausgabe- oder Kaufpreise in Euro auf Basis der maßgeblichen Umrechnungskurse am Tag der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung bzw. der Anschaffung umzurechnen.

Werbungskosten (andere als solche, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung stehen), die im Zusammenhang mit Zinszahlungen oder Gewinnen aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen stehen, sind – abgesehen von dem Sparer-Pauschbetrag in Höhe von EUR 801 (EUR 1.602 bei zusammen veranlagten Ehepaaren) – nicht abzugsfähig.

Privatanleger, deren persönlicher Steuersatz unter dem Abgeltungsteuersatz in Höhe von 25% (zzgl. darauf anfallenden Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5% und ggf. Kirchensteuer) liegt, können die Kapitaleinkünfte in ihrer persönlichen Einkommensteuererklärung angeben, um auf Antrag eine niedrigere Besteuerung zu erreichen.

Nach den Regelungen zur Abgeltungsteuer sind Verluste aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen nur mit anderen positiven Kapitaleinkünften einschließlich Veräußerungsgewinnen verrechenbar. Sofern eine Verrechnung in dem Veranlagungszeitraum, in dem die Verluste realisiert werden, nicht möglich ist, können diese Verluste nur in zukünftige Veranlagungszeiträume vorgetragen und dort mit positiven Kapitaleinkünften einschließlich Veräußerungsgewinnen, die in diesen zukünftigen Veranlagungszeiträumen erzielt werden, verrechnet werden.

Für den Fall, dass der Inhaber der Schuldverschreibung von der Emittentin am Fälligkeitstag eine Lieferung der zugrunde liegenden Wertpapiere statt einer Zahlung in Geld erhält, ist die Einlösung der Schuldverschreibung in Abweichung von den vorstehenden Ausführungen steuerneutral. Dies gilt unabhängig davon, ob der Verkehrswert der Wertpapiere die Anschaffungskosten der Schuldverschreibung im Zeitpunkt der Lieferung über- oder unterschreitet, da in diesem Fall die Anschaffungskosten der Schuldverschreibung gemäß § 20 Abs 4a Satz 3 Einkommensteuergesetz als Veräußerungspreis der Schuldverschreibung und als Anschaffungskosten der gelieferten Wertpapiere gelten. Gewinne aus einer

späteren Veräußerung der gelieferten Wertpapiere unterliegen gemäß § 20 Abs 2 Einkommensteuergesetz der Abgeltungsteuer in Höhe von 25% (zzgl. darauf anfallenden Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5% und ggf. Kirchensteuer). Verluste aus einer späteren Veräußerung der gelieferten Wertpapiere können mit anderen positiven Kapitaleinkünften einschließlich Veräußerungsgewinnen verrechnet werden, ausgenommen Verluste aus der Veräußerung von Aktien, welche nur mit Gewinnen aus anderen Aktienverkäufen verrechenbar sind. § 20 Abs 4a Satz 3 Einkommensteuergesetz findet auch in Bezug auf sog. Vollrisikozertifikate (d. h. index- oder Aktienkorb-bezogene Schuldverschreibungen, bei denen sowohl die Höhe der Rückzahlung als auch das Entgelt ungewiss sind) mit Andienungsrecht Anwendung.

Weitere Besonderheiten gelten für Vollrisikozertifikate mit mehreren Zahlungszeitpunkten. Gemäß dem Schreiben des Bundesfinanzministeriums vom 9. Oktober 2012 (IV C 1 – S 2252/10/10013), geändert durch Schreiben vom 9. Dezember 2014 (IV C 1 – S 2252/08/10004 :015), sollen bei diesen Zertifikaten sämtliche Zahlungen, die der Anleger vor Ende der Laufzeit erhält, bei ihm als Erträge aus einer sonstigen Kapitalforderung nach § 20 Abs 1 Nr 7 EStG zu versteuern sein. Etwas anderes soll nur dann gelten, wenn die Muster-Emissionsbedingungen von vornherein eindeutige Angaben zur Tilgung oder zur Teiltilgung während der Laufzeit enthalten und die Vertragspartner entsprechend verfahren. Fehlen Tilgungsvereinbarungen und erfolgt bei diesen Zertifikaten zum Zeitpunkt der Endfälligkeit keine Zahlung mehr, so soll im Zeitpunkt der Endfälligkeit kein veräußerungsgleicher Vorgang iSd § 20 Abs 2 Einkommensteuergesetz vorliegen. Entstehende Verluste sollen daher steuerlich nicht geltend gemacht werden können. Gleichfalls soll kein veräußerungsgleicher Vorgang vorliegen, wenn bei Zertifikaten im Zeitpunkt der Endfälligkeit keine Zahlung vorgesehen ist, weil der Basiswert eine nach den Muster-Emissionsbedingungen vorgesehene Bandbreite verlassen hat oder es durch das Verlassen der Bandbreite zu einer (vorzeitigen) Beendigung des Zertifikats (z. B. bei einem Zertifikat mit "Knock-out-Struktur") ohne weitere Kapitalrückzahlungen kommt. Auch wenn sich das Schreiben des Bundesfinanzministeriums nur auf Vollrisikozertifikate bezieht, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Finanzverwaltung die oben dargestellten Grundsätze auch auf andere Arten von Zertifikaten bzw. Schuldverschreibungen anwendet.

Darüber hinaus vertritt das Bundesfinanzministerium in seinem Schreiben vom 9. Oktober 2012 (IV C 1 – S 2252/10/10013), geändert durch Schreiben vom 9. Dezember 2014 (IV C 1 – S 2252/08/10004 :015), die Auffassung, dass auch ein Forderungsausfall oder ein Forderungsverzicht nicht als Veräußerung anzusehen ist, so dass entsprechende Verluste steuerlich nicht abziehbar wären. In diesem Zusammenhang ist nicht geklärt, ob die Auffassung der Finanzverwaltung auch Wertpapiere betrifft, die sich auf einen Referenzwert beziehen, sofern bei einem solchen ein Wertverlust

eintritt. Zudem liegt nach Ansicht des Bundesfinanzministeriums eine Veräußerung nicht vor (und folglich wäre ein Veräußerungsverlust steuerlich nicht abziehbar), wenn (i) der Veräußerungspreis die tatsächlichen Transaktionskosten nicht übersteigt oder (ii) die Höhe der in Rechnung gestellten Transaktionskosten nach Vereinbarung mit dem depotführenden Institut dergestalt begrenzt wird, dass sich die Transaktionskosten aus dem Veräußerungserlös unter Berücksichtigung eines Abzugsbetrages errechnen. Schließlich könnte die Geltendmachung von Verlusten auch eingeschränkt sein, soweit bestimmte Arten von Schuldverschreibungen als Finanzderivate zu qualifizieren wären und bei Wertlosigkeit verfallen.

Steuereinbehalt

Werden die Schuldverschreibungen in einem Wertpapierdepot verwahrt oder verwaltet, das der Gläubiger bei einem inländischen Kreditinstitut, Finanzdienstleistungsinstitut (einschließlich einer inländischen Zweigniederlassung eines solchen ausländischen Instituts), einem inländischen Wertpapierhandelsunternehmen oder einer inländischen Wertpapierhandelsbank (die "**Auszahlende Stelle**") unterhält, wird die Abgeltungsteuer in Höhe von 25% (zzgl. darauf anfallenden Solidaritätszuschlags in Höhe von 5,5% und ggf. Kirchensteuer) auf Zinsen sowie auf den positiven Unterschiedsbetrag zwischen den Erlösen aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung (nach Abzug der Kosten, die im unmittelbaren sachlichen Zusammenhang mit der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung in Zusammenhang stehen) und den Ausgabe- oder Kaufpreis der Schuldverschreibungen (ggf. umgerechnet in Euro auf Basis der maßgeblichen Umrechnungskurse am Tag der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung bzw. der Anschaffung) von der Auszahlenden Stelle einbehalten (Kapitalertragsteuerabzug). Fließen die Kapitalerträge nach dem 31. Dezember 2014 zu, wird ggf. anfallende Kirchensteuer im Rahmen eines automatisierten Abzugsverfahrens grundsätzlich als Zuschlag zur Kapitalertragsteuer (Abgeltungsteuer) erhoben, es sei denn, der Privatanleger beantragt nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck schriftlich beim Bundeszentralamt für Steuern, dass der automatisierte Datenabruf seiner rechtlichen Zugehörigkeit zu einer steuererhebenden Religionsgemeinschaft bis auf schriftlichen Widerruf unterbleibt (sog. Sperrvermerk).

Die Auszahlende Stelle wird eine Verrechnung von Verlusten mit laufenden Kapitalerträgen und Veräußerungsgewinnen aus anderen Kapitalanlagen vornehmen. Für den Fall, dass eine Verlustverrechnung mangels entsprechender positiver Kapitalerträge bei der Auszahlenden Stelle nicht möglich ist, hat die Auszahlende Stelle auf Verlangen des Gläubigers eine Bescheinigung über die Höhe des nicht ausgeglichenen Verlusts nach amtlich vorgeschriebenem Muster zu erteilen; der Verlustübertrag durch die Auszahlende Stelle ins nächste Jahr entfällt in diesem Fall zugunsten einer Verlustverrechnung mit Kapitalerträgen im Rahmen des

Veranlagungsverfahrens. Der Antrag auf Erteilung der Bescheinigung muss der Auszahlenden Stelle bis zum 15. Dezember des laufenden Jahres zugehen. Hat das verwahrende Institut seit der Anschaffung gewechselt und können die Anschaffungskosten nicht nachgewiesen werden oder sind sie nicht relevant, wird der Steuersatz in Höhe von 25% (zuzüglich 5,5% Solidaritätszuschlag darauf und ggf. Kirchensteuer) auf 30% der Erlöse aus Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen erhoben. Im Zuge des Steuereinbehalts durch die Auszahlende Stelle können ausländische Steuern im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften angerechnet werden.

Die Abgeltungsteuer wird grundsätzlich nicht erhoben, sofern der Inhaber der Schuldverschreibungen der Auszahlenden Stelle einen Freistellungsauftrag vorlegt (maximal in Höhe des Sparer-Pauschbetrages von EUR 801 (EUR 1.602 bei zusammen veranlagten Ehepaaren)), jedoch nur in dem Umfang, in dem die Kapitaleinkünfte den im Freistellungsauftrag ausgewiesenen Betrag nicht übersteigen. Entsprechend wird keine Abgeltungsteuer einbehalten, wenn der Inhaber der Schuldverschreibungen der Auszahlenden Stelle eine vom zuständigen Finanzamt ausgestellte Nichtveranlagungsbescheinigung übergeben hat.

Für Privatanleger ist die einbehaltene Abgeltungsteuer grundsätzlich definitiv. Eine Ausnahme vom Grundsatz der abgeltenden Besteuerung ist gegeben, wenn die beim Kapitalertragsteuerabzug angesetzte Bemessungsgrundlage kleiner ist als die tatsächlich erzielten Erträge. In diesem Fall tritt die Abgeltungswirkung nur insoweit ein, als die Erträge der Höhe nach dem Steuerabzug unterlegen haben. Der darüber hinausgehende Betrag, den der Anleger in seiner Einkommensteuererklärung anzugeben hat, unterliegt der Abgeltungsteuer im Rahmen des Veranlagungsverfahrens. Nach dem Schreiben des Bundesfinanzministeriums vom 9. Oktober 2012 (IV C 1 – S 2252/10/10013) kann aus Billigkeitsgründen hiervon abgesehen werden, wenn die Differenz je Veranlagungszeitraum nicht mehr als EUR 500 beträgt und keine anderen Gründe für eine Veranlagungspflicht nach § 32d Abs 3 Einkommensteuergesetz bestehen. Weiterhin können Privatanleger, deren persönlicher Steuersatz unter dem Abgeltungsteuersatz liegt, die Kapitaleinkünfte in ihrer persönlichen Einkommensteuererklärung angeben, um auf Antrag eine niedrigere Besteuerung zu erreichen. Zum Nachweis der Kapitaleinkünfte und der einbehaltenen Kapitalertragsteuer kann der Anleger von der Auszahlenden Stelle eine entsprechende Bescheinigung gemäß dem amtlich vorgeschriebenen Vordruck verlangen.

Kapitaleinkünfte, die nicht dem Steuereinbehalt unterlegen haben (z. B. mangels Auszahlender Stelle) müssen im Rahmen der persönlichen Einkommensteuererklärung angegeben werden und unterliegen im Veranlagungsverfahren der Abgeltungsteuer in Höhe von 25% (zuzüglich 5,5% Solidaritätszuschlag darauf und ggf. Kirchensteuer), sofern der persönliche Steuersatz des Anlegers nicht niedriger ist und er eine

Besteuerung zu diesem niedrigeren Steuersatz beantragt. Im Zuge des Veranlagungsverfahrens können ausländische Steuern auf Kapitaleinkünfte sowie die EU-Quellensteuer im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften angerechnet bzw. gutgeschrieben werden.

Anwendbarkeit der steuerlichen Bestimmungen des deutschen Investmentsteuergesetzes

Andere als die vorstehend beschriebenen steuerlichen Folgen können sich ergeben, wenn die Schuldverschreibungen oder die diesen Schuldverschreibungen zugrunde liegenden und an den Inhaber bei Rückzahlung der Schuldverschreibung physisch übergebenen Wertpapiere (Referenzwerte) als Anteil an einem ausländischen Investmentvermögen bzw. Investmentfonds qualifizieren. Nach bisherigem Verständnis galten index- oder fondsbezogene Schuldverschreibungen grundsätzlich nicht als Anteile an einem ausländischen Investmentvermögen. Ob dies auch nach dem geänderten Investmentsteuergesetz gilt, ist bisher noch nicht abschließend geklärt. Allerdings sprechen gute Gründe dafür, dass solche Schuldverschreibungen auch in Zukunft nicht vom Investmentsteuergesetz erfasst werden sollen.

Schuldverschreibungen im Betriebsvermögen

Zinszahlungen auf die Schuldverschreibungen und Gewinne aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen, einschließlich eines etwaigen Disagios sowie etwaiger Stückzinsen, unterliegen bei Anlegern, die die Schuldverschreibungen im Betriebsvermögen halten (betriebliche Anleger) und bei denen es sich für steuerliche Zwecke um in Deutschland Ansässige handelt (dh, Anleger, deren Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt, Sitz oder Ort der Geschäftsleitung sich in Deutschland befindet), der Körperschaftsteuer beziehungsweise Einkommensteuer (jeweils zuzüglich Solidaritätszuschlag sowie im Falle der Einkommensteuer ggf. noch zuzüglich Kirchensteuer) in Höhe des für den betrieblichen Anleger geltenden Steuersatzes. Sie müssen auch für Zwecke der Gewerbesteuer berücksichtigt werden, sofern die Schuldverschreibungen zu einem inländischen Betriebsvermögen gehören. Werden bei Fälligkeit einer Schuldverschreibung anstelle der Rückzahlung des Nominalbetrags in Geld Wertpapiere geliefert, wird diese Lieferung als steuerbare Veräußerung behandelt und ein entsprechender Veräußerungsgewinn ist zu versteuern. Verluste aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung der Schuldverschreibungen werden steuerlich grundsätzlich berücksichtigt; etwas anderes kann gelten, wenn bestimmte (z.B. index- oder auf Derivate bezogene) Schuldverschreibungen als Finanzderivate zu qualifizieren wären.

Etwaig einbehaltene Kapitalertragsteuer einschließlich des Solidaritätszuschlags hierauf werden als Vorauszahlung auf die deutsche

Körperschaft- oder persönliche Einkommensteuerschuld und den Solidaritätszuschlag im Rahmen der Steuerveranlagung angerechnet, dh ein Steuereinbehalt ist nicht definitiv. Übersteigt der Steuereinbehalt die jeweilige Steuerschuld, wird der Unterschiedsbetrag erstattet. Ein Steuereinbehalt erfolgt jedoch grundsätzlich und vorbehaltlich weiterer Voraussetzungen nicht auf Gewinne aus der Veräußerung, Abtretung oder Einlösung von Schuldverschreibungen, wenn (i) die Schuldverschreibungen von einer unbeschränkt steuerpflichtigen Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse gehalten werden (§ 43 Abs 2 Satz 3 Nr 1 Einkommensteuergesetz) oder (ii) die Kapitalerträge aus den Schuldverschreibungen Betriebseinnahmen eines inländischen Betriebs sind und der Gläubiger der Kapitalerträge dies gegenüber der Auszahlenden Stelle nach amtlich vorgeschriebenem Vordruck erklärt (Erklärung zur Freistellung vom Kapitalertragsteuerabzug, § 43 Abs 2 Satz 3 Nr 2 Einkommensteuergesetz).

Ausländische Steuern sowie die EU-Quellensteuer können im Rahmen der gesetzlichen Regelungen angerechnet bzw. EU-Quellensteuern auch gutgeschrieben werden. Ausländische Steuern können auch von der für deutsche Steuerzwecke maßgeblichen Bemessungsgrundlage abgezogen werden.

Steuerausländer

Zinszahlungen und Veräußerungsgewinne, einschließlich etwaiger Stückzinsen, in Bezug auf die Schuldverschreibungen unterliegen nicht der deutschen Besteuerung, es sei denn, (i) die Schuldverschreibungen gehören zum Betriebsvermögen einer Betriebsstätte (einschließlich eines ständigen Vertreters) oder festen Einrichtung, die der Anleihegläubiger der Schuldverschreibungen in Deutschland unterhält, oder (ii) die Zinseinkünfte stellen in sonstiger Weise Einkünfte aus deutschen Quellen dar. In den Fällen (i) und (ii) gelten ähnliche Regeln wie oben unter "Steuerinländer" erläutert.

Steuerausländer sind grundsätzlich von der deutschen Abgeltungsteuer und dem Solidaritätszuschlag darauf befreit. Sofern Einkünfte aus Kapitalvermögen jedoch nach Maßgabe des vorstehenden Absatzes in Deutschland steuerpflichtig sind und Schuldverschreibungen in einem Depot bei einer Auszahlenden Stelle verwahrt werden, wird ein Steuereinbehalt – wie oben unter "Steuerinländer" erläutert – vorgenommen. Es kann jedoch eine Erstattung der Abgeltungsteuer im Rahmen der Veranlagung oder aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens in Betracht kommen.

Erbschaft- und Schenkungsteuer

Erbschaft- und Schenkungsteuer fällt nicht an, wenn – im Erbfall – weder der Erwerber noch der Erblasser oder – im Falle einer Schenkung – weder der Schenker noch der Beschenkte in Deutschland ansässig sind und die

Schuldverschreibung nicht Teil des Betriebsvermögens einer Betriebsstätte einschließlich eines ständigen Vertreters des Gläubigers in Deutschland sind. Unter gewissen Voraussetzungen kann Erbschaft- und Schenkungsteuer jedoch für Personen entstehen, die ehemals in der Bundesrepublik Deutschland unbeschränkt steuerpflichtig waren (Auswanderer).

Sonstige Steuern

Im Zusammenhang mit der Emission, Ausgabe oder Ausfertigung der Schuldverschreibungen fällt in Deutschland keine Stempel-, Emissions-, Registrierungs- oder ähnliche Steuer oder Abgabe an. Vermögensteuer wird in Deutschland gegenwärtig nicht erhoben. Deutschland und andere EU-Mitgliedstaaten beabsichtigen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Es ist jedoch noch unklar, ob und in welcher Form eine solche Steuer tatsächlich eingeführt werden wird.

EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie

Der Rat der Europäischen Union hat am 10. November 2015 – vorbehaltlich gewisser Übergangsregelungen – die Aufhebung der Richtlinie 2003/48/EG im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen (EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie) mit Wirkung zum 1. Januar 2016 (bzw. 1. Januar 2017 für Österreich) beschlossen.

Die EU-Zinsbesteuerungsrichtlinie wurde im Wesentlichen durch Richtlinie 2014/107/EU ersetzt, welche eine Erweiterung zur Richtlinie 2011/16/EU über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung (EU-Amtshilferichtlinie) darstellt. Diese Richtlinie ist ab dem 1. Januar 2016 (bzw. 1. Januar 2017 für Österreich) anzuwenden und sieht einen automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten zwischen den Mitgliedstaaten gemäß einem OECD-Standard vor.

4.2 Angaben über die derivativen Schuldverschreibungen zugrunde liegenden Basiswerte

4.2.1 *Ausübungspreis oder endgültiger Referenzpreis des Basiswertes*

Die endgültigen Referenzpreise der Basiswerte ergeben sich aus den Emissionsbedingungen.

4.2.2 *Art des Basiswertes derivativer Schuldverschreibungen*

Unter Basiswert werden jene Referenzgrößen verstanden, auf welche die Berechnung einer Zahlung auf die Wertpapiere (insbesondere Rückzahlungsbetrag, Tilgungsbetrag und Zinsen) Bezug nimmt. Diese Basiswerte können Indices (einschließlich Inflationsindices aber ausschließlich Indices, die von der Emittentin zusammengestellt werden), Aktien (mit

Ausnahme von Aktien der Emittentin), Wechselkurse, Waren, Zinssätze oder Körbe der vorstehenden Basiswerte sein. Eine detaillierte Nennung und Beschreibung des/der jeweiligen Basiswerte(s) erfolgt in den jeweiligen Emissionsbedingungen.

Hinweis darauf, wo Informationen über die vergangene und künftige Wertentwicklung des Basiswerts und dessen Volatilität erhältlich sind.

Informationen über die vergangene und künftige Wertentwicklung der Basiswerte und seiner/ihrer Volatilität können auf der Homepage der Referenzstelle (siehe Emissionsbedingungen), soweit der Basiswert dort börsennotiert ist, gegebenenfalls auf der Homepage der Emittentin, auf freien Börseinformationsseiten und in kostenpflichtigen Informationssystemen (wie zB Reuters, Bloomberg) bezogen werden, sofern derartige Informationen dort zur Verfügung stehen.

(i) Wenn es sich bei dem Basiswert um ein Wertpapier handelt, Name des Wertpapieremittenten und ISIN oder ähnliche Wertpapierkennung

Handelt es sich bei dem Basiswert um ein Wertpapier, kann der Namen des Wertpapieremittenten und die ISIN ("International Security Identification Number") oder eines ähnlichen Sicherheitsidentifikationscodes den Emissionsbedingungen entnommen werden.

(ii) wenn es sich bei dem Basiswert um einen Index handelt:

(a) Bezeichnung des Indexes

Die Bezeichnung des Index wird in den Emissionsbedingungen angegeben

(b) Beschreibung des Indexes, wenn er von der Emittentin oder einer derselben Gruppe angehörenden juristischen Person zusammengestellt wird

Nicht anwendbar; die Emittentin beabsichtigt unter dem Programm nicht, derivative Wertpapiere zu begeben, deren Basiswert ein Index ist, der von der Emittentin oder einer derselben Gruppe angehörenden juristischen Person zusammengestellt wird.

(c) Beschreibung des Indexes, der durch eine juristische oder natürliche Person zur Verfügung gestellt wird, die in Verbindung mit der Emittentin oder in dessen Namen handelt, es sei denn, der Prospekt enthält die folgenden Erklärungen: (x) sämtliche Regeln des Indexes und Informationen zu seiner Wertentwicklung sind kostenlos auf der Website der Emittentin oder des Indexanbieters abrufbar; und (y) die Regeln des Indexes (einschließlich Indexmethode für die Auswahl und die

Neuabwägung der Indexbestandteile, Beschreibung von Marktstörungen und Anpassungsregeln) basieren auf vorher festgelegten und objektiven Kriterien.

Falls die Emittentin derivative Wertpapiere begibt, deren Basiswert ein Index ist, der durch eine juristische oder natürliche Person zur Verfügung gestellt wird, die in Verbindung mit der Emittentin oder in dessen Namen handelt, wird die Emittentin dafür Sorge tragen, dass sämtliche Regeln des Indexes und Informationen zu seiner Wertentwicklung kostenlos auf ihrer Website abrufbar sind und die Regeln des Indexes (einschließlich Indexmethode für die Auswahl und die Neuabwägung der Indexbestandteile, Beschreibung von Marktstörungen und Anpassungsregeln) auf vorher festgelegten und objektiven Kriterien basieren.

- (d)** *der Index nicht von der Emittenten zusammengestellt, den Ort, wo Informationen zu diesem Index erhältlich sind*

Falls die Emittentin derivative Wertpapiere begibt, deren Basiswert ein Index ist, der nicht von der Emittentin zusammengestellt ist, wird der Ort, wo Informationen zu diesem Index erhältlich sind in den Emissionsbedingungen angegeben.

- (iii) wenn es sich bei dem Basiswert um einen Zinssatz handelt, eine Beschreibung des Zinssatzes**

Handelt es sich bei dem Basiswert um einen Zinssatz, wird eine Beschreibung des Zinssatzes in die Emissionsbedingungen aufgenommen.

- (iv) Wenn der Basiswert unter keine der oben genannten Kategorien fällt, muss die Wertpapierbeschreibung gleichwertige Angaben enthalten**

Fällt der Basiswert nicht unter eine der vorgenannten Kategorien, werden gleichwertige Informationen in den Emissionsbedingungen enthalten sein.

- (v) Wenn es sich bei dem Basiswert um einen Korb von Basiswerten handelt, die Gewichtung der einzelnen Basiswerte im Korb**

Im Falle eines Korbes von Basiswerten werden die entsprechenden Gewichtungen jedes einzelnen Basiswertes im Korb in den Emissionsbedingungen beschrieben.

4.2.3 Beschreibung aller etwaigen Ereignisse, die eine Störung des Marktes oder der Abrechnung bewirken und den Basiswert beeinflussen

Siehe 4.1.8 (x).

4.2.4 Anpassungsregelungen in Bezug auf Ereignisse, die den Basiswert betreffen

Siehe 4.1.8 (xi).

5. Konditionen des Angebots

5.1 Bedingungen, Angebotsstatistiken, erwarteter Zeitplan und erforderliche Maßnahmen für die Antragstellung

5.1.1 Angebotskonditionen

Das Angebot der Wertpapiere unter diesem Programm unterliegt keinen Bedingungen. Die Endgültigen Bedingungen sind zusammen mit diesem Prospekt zu lesen und enthalten, gemeinsam mit dem Prospekt, vollständige und umfassende Angaben über das Programm und die einzelnen Emissionen von Wertpapieren.

5.1.2 Gesamtvolumen

Die Gesamtsumme der Emissionen von Wertpapieren unter diesem Prospekt ist betragsmäßig nicht beschränkt. Die Volumina der einzelnen Emissionen von Wertpapieren ergeben sich aus den Emissionsbedingungen.

Die Bank ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der Anleihegläubiger weitere Wertpapiere mit gleicher Ausstattung (mit Ausnahme des Kalendertags der Begebung, des Emissionspreises und, soweit anwendbar, des ersten Zinszahlungstags) in der Weise zu begeben, dass sie mit den bestehenden Wertpapieren eine einheitliche Serie bilden.

5.1.3 (i) Angebotsfrist, Antragsverfahren, Angebotsform

Das Programm sieht dauernde und/oder wiederholte Emissionen von Wertpapieren vor. Bei Daueremissionen (als solche in der Zeile "Daueremission/Angebotsfrist" in den Endgültigen Bedingungen bestimmt) entspricht die Angebotsfrist der Laufzeit, wobei der Emissionspreis laufend angepasst werden kann. Die Bank kann auch eine Angebotsfrist (in der Zeile "Daueremission/Angebotsfrist") in den Endgültigen Bedingungen bestimmen.

(ii) Zeichnungsverfahren

Die Einladung zur Angebotsstellung gegenüber Ersterwerbern erfolgt durch die Bank sowie etwaige Vertriebspartner. Die Angebotsstellung zur Zeichnung der Wertpapiere hat durch die Anleger über ihre depotführende Bank zu erfolgen. Die Emittentin behält sich die (gänzliche oder teilweise) Annahme der Zeichnungsangebote vor.

5.1.4 Zuteilungen, Erstattung von Beträgen

Eine Reduzierung der Zeichnungen ist grundsätzlich nicht vorgesehen. Der Emittentin steht aber das Recht zur Verkürzung der Zeichnungen in ihrem freien Ermessen zu; falls die Emittentin von diesem Recht Gebrauch macht, werden von den Anleihegläubigern zu viel bezahlte Beträge diesen von der Emittentin über ihre depotführende Bank rückerstattet werden.

Die Anleihegläubiger werden über ihre depotführende Bank über die ihnen zugeteilten Wertpapiere verständigt.

Es kommt kein Verfahren zur Meldung des den Zeichnern zugeteilten Betrags zur Anwendung. Eine Angabe, ob eine Aufnahme des Handels vor dem Meldeverfahren möglich ist, entfällt dementsprechend.

5.1.5 Mindest-/Höchstzeichnungsbeträge

Die Stückelung der Wertpapiere und/oder allfällige Mindest- oder Höchstzeichnungsbeträge ergeben sich aus den Endgültigen Bedingungen (Zeile Nennbetrag/-beträge oder Stückelung und Mindestzeichnungsbetrag und/oder Höchstzeichnungsbetrag). Wertpapiere (insbesondere Zertifikate) können, wenn dies in den Endgültigen Bedingungen angegeben ist, ohne Nennbetrag ausgegeben werden (Stücknotiz).

5.1.6 Bedienung und Lieferung

Die Methode und die Fristen für die Bedienung der Wertpapiere und ihre Lieferung ergeben sich aus den Endgültigen Bedingungen.

5.1.7 Bekanntgabe der Ergebnisse des Angebotes

Die Ergebnisse eines Angebotes von Wertpapieren werden nach Ablauf der jeweils anwendbaren Zeichnungsfrist durch die Emittentin unter anderem auf der Homepage der Emittentin veröffentlicht. Die Anleihegläubiger werden über ihre depotführende Bank über die ihnen zugeteilten Wertpapiere verständigt.

5.1.8 Vorzugsrechte, Übertragbarkeit der Zeichnungsrechte und nicht ausgeübte Zeichnungsrechte

Nicht anwendbar.

5.2 Verteilungs- und Zuteilungsplan

5.2.1 (i) Anlegerkategorien

Die Einladung zur Angebotsstellung erfolgt grundsätzlich an keine bestimmte oder begrenzte Zielgruppe.

(ii) Eigene Tranchen für bestimmte Märkte

Nicht anwendbar; die Emittentin beabsichtigt nicht, eigene Tranchen für bestimmte Märkte zu begeben.

5.2.2 Zuteilung

Siehe 5.1.4.

5.3 Preisfestsetzung

5.3.1 *(i) Methode, nach der der Preis festgesetzt wird, und Verfahren für seine Bekanntgabe*

Der anfängliche Emissionspreis wird von der Emittentin unter Berücksichtigung verschiedener preisrelevanter Faktoren wie zB des aktuellen Zinsniveaus und sonstiger produktspezifischer Kriterien für den ersten Tag der Zeichnungsfrist festgelegt, die weiteren Emissionspreise werden nach billigem Ermessen der Bank der jeweiligen Marktlage angepasst. Anleger erhalten Informationen über den aktuellen Emissionspreis über ihre jeweilige Depotbank.

(ii) Kosten und Steuern, die speziell dem Zeichner oder Käufer in Rechnung gestellt werden

Seitens der Emittentin werden den Zeichnern und/oder Käufern keine speziellen Kosten und Steuern in Rechnung gestellt werden. Es können jedoch marktübliche Provisionen, die die Emittentin an Vertriebspartner leistet, bereits im Emissionspreis der Wertpapiere enthalten sein. Kosten und Spesen, die im mittelbaren Erwerb anfallen, unterliegen nicht dem Einfluss der Emittentin.

5.4 Platzierung und Übernahme

5.4.1 *Koordinateure / Platzeure*

Allfällige Koordinatoren und/oder Platzeure werden in den Endgültigen Bedingungen offen gelegt.

5.4.2 *Zahl- und Verwahrstellen*

Zahlstelle und Berechnungsstelle werden in den Emissionsbedingungen genannt.

Die Bank ist berechtigt, jederzeit die Bestellung einer beauftragten Stelle zu ändern oder zu beenden und/oder zusätzliche oder andere beauftragte Stellen zu bestellen, wobei diese im EWR sein werden.

Jede beauftragte Stelle handelt ausschließlich als Beauftragte der Bank und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den Anleihegläubigern und es

wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und den Anleihegläubigern begründet.

Soweit gesetzlich zulässig, übernehmen die beauftragten Stellen keine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die Wertpapiere, sei es auf Grund von Fahrlässigkeit oder aus sonstigen Gründen.

Jede Sammelurkunde wird nach Maßgabe der Emissionsbedingungen entweder von der Emittentin und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt von der Wertpapiersammelbank der OeKB CSD GmbH ("**OeKB CSD**") mit der Geschäftsanschrift 1010 Wien, Strauchgasse 1-3 oder von Beginn der Laufzeit an von OeKB CSD (jeweils eine "**Verwahrstelle**") verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der Bank aus den Wertpapieren erfüllt sind.

5.4.3 Übernahme

Angaben zu einer allfälligen Übernahme der Wertpapiere finden sich in den Endgültigen Bedingungen.

5.4.4 Datum des Übernahmevertrages

Wenn ein Übernahmevertrag geschlossen wird, wird das Datum desselben in den Endgültigen Bedingungen (in der Zeile Übernahmevertrag) offen gelegt.

5.4.5 Berechnungsstelle

Siehe die Angaben bei Punkt 5.4.2.

6. Zulassung zum Handel und Handelsregeln

6.1 (i) Antrag auf Zulassung zum Handel

Die Einbeziehung von Wertpapieren in den Handel an dem von der Wiener Börse als Multilaterales Handelssystem geführten Dritten Markt kann beantragt werden.

Unter dem Programm können auch Wertpapiere begeben werden, die nicht in ein multilaterales Handelssystem einbezogen werden.

In den Endgültigen Bedingungen wird angegeben, ob eine Einbeziehung in den Dritten Markt der Wiener Börse erfolgen soll oder nicht.

(ii) Termine, zu denen die Wertpapiere zum Handel zugelassen sind

Soweit anwendbar, werden die Termine, zu denen die Wertpapiere voraussichtlich in den Handel im Dritten Markt einbezogen werden in den

Endgültigen Bedingungen angegeben.

6.2 Bereits zugelassene vergleichbare Schuldverschreibungen

Keine vergleichbaren Wertpapiere der Bank notieren derzeit an einem regulierten Markt.

6.3 Intermediäre im Sekundärhandel

Allfällige Intermediäre im Sekundärhandel werden in den Endgültigen Bedingungen (in der Zeile Intermediäre im Sekundärhandel) bestimmt.

7. Zusätzliche Angaben

7.1 Funktionen von an der Emission beteiligten Beratern

Es werden keine an dem Programm beteiligten Berater in der Wertpapierbeschreibung genannt.

7.2 Prüfungsbericht der Abschlussprüfer zu Informationen in der Wertpapierbeschreibung

Nicht anwendbar.

7.3 Sachverständigen-Erklärung/-Bericht

Es sind keine Sachverständigen für die Bank bei der Emission der Wertpapiere tätig.

7.4 Angaben von Seiten Dritter

Soweit in diesem Prospekt nichts anderes angegeben ist, wurden die hierin enthaltenen Daten und Informationen dem geprüften konsolidierten Jahresabschluss der Bank zum 31.12.2014 entnommen. Die Bank bestätigt, dass Angaben in diesem Prospekt, die von dritten Personen übernommen wurden, korrekt wiedergegeben werden und dass, soweit dies der Bank bekannt ist und sie dies aus den von der dritten Person veröffentlichten Informationen ableiten konnte, keine Tatsachen unterschlagen werden, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

7.5 Kreditrating

(i) Rating der Emittentin

Ein Rating spiegelt die Einschätzung einer Ratingagentur zur Wahrscheinlichkeit eines Zahlungsausfalls wider und stellt somit eine Aussage einer Ratingagentur zum Risiko in Bezug auf die Fähigkeit der Bank, ihre Verpflichtungen – gegebenenfalls insbesondere als Emittentin der Wertpapiere

- zu erfüllen, dar.

Die Angaben zum Rating der Bank stammen von der Ratingagentur Moody's Deutschland GmbH ("**Moody's Deutschland**"). Zum Datum des Prospekts gelten folgende Ratings⁵ von Moody's Deutschland⁶:

"Issuer Rating": Baa1 (Ausblick negativ)⁷

⁵ Ein Rating stellt keine Empfehlung dar, unter dem *Programm* begebene Wertpapiere zu kaufen, zu verkaufen oder zu halten, und kann von der erteilenden Ratingagentur jederzeit suspendiert, herabgesetzt oder zurückgezogen werden. Eine Suspendierung, Herabsetzung oder Zurückziehung des für die unter dem *Programm* begebenen Wertpapiere erteilten Ratings kann den Marktpreis der unter dem *Programm* begebenen Wertpapiere nachteilig beeinflussen. Das jeweils aktuelle Rating und dessen Definition sind über die üblichen elektronischen Informationssysteme abrufbar.

⁶ Moody's ist in der Europäischen Union niedergelassen und ist gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16.9.2009 über Ratingagenturen in der Fassung der Novelle durch die Verordnung (EG) Nr. 513/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.3.2011 (die "**EU-Kreditratingagentur-Verordnung**") registriert. Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (*European Securities and Markets Authority*, im Folgenden "**ESMA**") veröffentlicht auf ihrer Internetseite (<http://www.esma.europa.eu/page/List-registered-and-certified-CRAs>) eine Liste von Ratingagenturen, die gemäß der EU-Kreditagentur-Verordnung zugelassen sind. Diese Liste wird innerhalb von 5 Arbeitstagen nach der Annahme einer Entscheidung gem Art 16, 17 oder 20 der EU-Kreditagentur-Verordnung aktualisiert. Die Europäische Kommission veröffentlicht solche Updates im Amtsblatt der Europäischen Union innerhalb von 30 Tagen nach einer solchen Aktualisierung.

⁷ '**Baa**' — Verpflichtungen der Rating Kategorie Baa werden als Verpflichtung mittlerer Qualität eingestuft und unterliegen mittelgradigem Kreditrisiko und können als solches bestimmte spekulative Charakteristika beinhalten.

Hinweis: Moody's fügt jeder Rating Kategorie von Aa bis Caa die numerischen Modifikatoren 1, 2 und 3 an. Der Modifikator 1 zeigt an, dass die Emittentin am höheren Ende der Buchstaben-Ratingkategorie anzusiedeln ist; der Modifikator 2 indiziert einen mittleren Rang; und der Modifikator 3 meint, dass sich Emittentin am unteren Ende der Buchstaben-Ratingkategorie befindet.

'**Ausblick**' — Ein Moody's Ratingausblick ist mittelfristig eine Beurteilung der voraussichtlichen Ratingrichtung. Ratingausblicke werden in vier Kategorien eingeteilt: Positiv (POS), Negativ (NEG), Stabil (STA), und Entwickelnd (DEV). Ausblicke können auf Emittenten- oder Ratingebene zugewiesen werden. Falls ein Ausblick auf Emittentenebene zugewiesen wurde und der Emittent mehrere Ratings mit unterschiedlichen Ausblicken hat, wird ein "(m)" Modifikator (für mehrere) angegeben: Der schriftliche Bericht von Moody's wird die Gründe für diese Unterschiede vorsehen und beschreiben. Die Bezeichnung RUR (Rating(s) Under Review) bedeutet, dass ein oder mehrere Ratings eines Emittenten überprüft werden, wodurch die Bezeichnung des Ausblicks aufgehoben wird. Die Bezeichnung RWR (Rating(s) Rücknahme) bedeutet, dass ein Emittent kein aktives Rating hat, auf welches ein Ausblick anzuwenden wäre. Rating Ausblicke werden nicht allen Körperschaften mit Ratings zugewiesen. In manchen Fällen wird dies durch NOO (Kein Ausblick) angegeben.

Ein stabiler Ausblick weist mittelfristig auf eine geringe Wahrscheinlichkeit einer Ratingänderung hin. Ein negativer, positiver oder entwickelnder Ausblick weist mittelfristig auf eine höhere Wahrscheinlichkeit einer Ratingänderung hin. Ein Ratingausschuss, der einem Rating eines Emittenten einen stabilen, negativen, positiven oder entwickelnden Ausblick zuweist, beinhaltet auch dessen Ansicht, dass das Kreditprofil des Emittenten der relevanten Ratingstufe zu diesem Zeitpunkt entspricht.

Die Bank bestätigt, dass diese Angaben korrekt wiedergegeben wurden und dass – soweit es der Bank bekannt ist und sie aus den von diesem Dritten veröffentlichten Informationen ableiten konnte – keine Tatsachen unterschlagen wurden, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

(ii) Rating der Wertpapiere

Ein etwaiges Rating der Wertpapiere wird in den Endgültigen Bedingungen angegeben.

7.6 Veröffentlichung nach erfolgter Emission

Die Bank beabsichtigt keine Veröffentlichung nach erfolgter Begebung (ausgenommen Veröffentlichungen gemäß den Emissionsbedingungen oder aufgrund anwendbarer Gesetze oder Verordnungen).

**LISTE DER ANGABEN, DIE IN FORM EINES VERWEISES IN DIESEN PROSPEKT
ÜBERNOMMEN WURDEN**

Dokument/Überschrift	Seite des jeweiligen Dokuments
Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2014 geendet hat –	
Jahresabschluss 2014 (dem Geschäftsbericht 2014 entnommen)	
Konzern-Bilanz	55-57
Gewinn- und Verlustrechnung	58-59
Auszug aus dem Konzern-Anhang	60-73
Bestätigungsvermerk	75
Geprüfter konsolidierter Jahresabschluss der Emittentin für das Geschäftsjahr, das am 31.12.2013 geendet hat –	
Jahresabschluss 2013 (dem Geschäftsbericht 2013 entnommen)	
Bilanz	29-31
Gewinn- und Verlustrechnung	32-33
Auszug aus dem Anhang	34-43
Konzern-Bilanz	49-51
Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung	52-53
Bestätigungsvermerk	55

Sämtliche Informationen, die in der vorstehenden Liste nicht angeführt sind, sind nicht durch Verweis in diesen Prospekt aufgenommen und sind nicht Teil dieses Prospekts, da sie entweder für Anleger nicht relevant oder bereits an anderer Stelle im Prospekt enthalten sind.

Dieser Prospekt und die Dokumente, die durch Verweis in diesen Prospekt aufgenommene Informationen enthalten, sowie die Endgültigen Bedingungen werden auf der Webseite der Emittentin (www.rvs.at) veröffentlicht.

Die Webseiten, die durch die in diesem Prospekt aufgenommenen Links erreichbar sind, sind aus Informationszwecken angeführt und sind nicht Teil des Prospekts.

EMISSIONSBEDINGUNGEN

Die Wertpapiere unter dem Programm werden gemäß den nachstehenden Muster-Emissionsbedingungen (die "**Muster-Emissionsbedingungen**") begeben, die in fünf Optionen für Schuldverschreibungen einschließlich einer Zusatzoption A für Aktienanleihen sowie einer Option für Zertifikate ausgestaltet sind (auf diese kann die Zusatzoption A für Aktienanleihen nicht Anwendung finden):

- Option 1: Muster-Emissionsbedingungen für festverzinsliche Schuldverschreibungen;
- Option 2: Muster-Emissionsbedingungen für variabel verzinsliche Schuldverschreibungen;
- Option 3: Muster-Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung;
- Option 4: Muster-Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit strukturierter Verzinsung;
- Option 5: Muster-Emissionsbedingungen für Nullkupon-Schuldverschreibungen;
- Zusatzoption A: Zusätzliche Muster-Emissionsbedingungen für Aktienanleihen (Cash-or-Share-Schuldverschreibungen); und
- Option 6: Muster-Emissionsbedingungen für Zertifikate.

Der Satz von Muster-Emissionsbedingungen für jede dieser Optionen enthält bestimmte weitere Optionen, die entsprechend gekennzeichnet sind, indem die jeweilige optionale Bestimmung durch Instruktionen und Erklärungen innerhalb des Satzes der Muster-Emissionsbedingungen bezeichnet wird.

In den Endgültigen Bedingungen wird die Emittentin festlegen, welche der Optionen 1 bis 6 (einschließlich der jeweils enthaltenen bestimmten weiteren Optionen) für die einzelne Emission von Wertpapieren Anwendung findet, indem entweder die betreffenden Angaben wiederholt werden (nur im Falle von Angeboten an Retail-Kunden) oder auf die betreffenden Optionen verwiesen wird. In gleicher Weise wird festgelegt, ob im Hinblick auf eine der Optionen 1 bis 5 auch die Zusatzoption A Anwendung findet (im Hinblick auf die Option 6 kann die Zusatzoption A nicht angewendet werden).

Soweit die Emittentin zum Zeitpunkt der Billigung des Prospektes keine Kenntnis von bestimmten Angaben hatte, die auf eine einzelne Emission von Wertpapieren anwendbar sind, enthält dieser Prospekt Leerstellen in eckigen Klammern, die die

maßgeblichen durch die Endgültigen Bedingungen zu vervollständigenden Angaben enthalten.

[Falls die Endgültigen Bedingungen, die für eine einzelne Emission von Wertpapieren anwendbar sind, nur auf die weiteren Optionen verweisen (im Falle von Angeboten an institutionelle Investoren), die im Satz der Muster-Emissionsbedingungen der Option 1-6 einschließlich (nur im Falle der Optionen 1 bis 5) der Zusatzoption A enthalten sind, ist folgendes anwendbar:

Für die einzelnen Serien der Wertpapiere werden die Muster-Emissionsbedingungen durch die Angaben in den beigefügten Mustern für endgültige Bedingungen für Schuldverschreibungen und für Zertifikate (die "**Endgültigen Bedingungen**" oder "**EB**") vervollständigt und ergänzt (im Wege von Verweisen auf die in Klammer angegebenen Punkte der Endgültigen Bedingungen). Die Muster-Emissionsbedingungen und die Endgültigen Bedingungen werden der Sammelurkunde, welche die Wertpapiere der Serie verbrieft, angeschlossen.

Kopien der Endgültigen Bedingungen sind für die Inhaber der Wertpapiere (die "**Anleihegläubiger**") bei der Zahlstelle und am Sitz der Bank während der üblichen Geschäftszeiten kostenlos erhältlich. Kopien der 2000 ISDA-Definitionen und der 1998 ISDA-Euro-Definitionen (in der jeweils geltenden Fassung) können ebenfalls durch Investoren bei diesen Stellen eingesehen werden.]

Option 1 - Muster-Emissionsbedingungen für festverzinsliche Schuldverschreibungen

§ 1

(Währung. Stückelung. Form. Zeichnung. Sammelurkunden. Verwahrung)

- (1) **Währung. Stückelung. Form.** Diese Serie von *Schuldverschreibungen* (die "**Schuldverschreibungen**") wird von der Raiffeisenverband Salzburg eGen (die "**Emittentin**") in [**Währung (EB Punkt 2) einfügen**] (die "**Währung**") [**im Falle einer Daueremission (EB Punkt 6), einfügen:** als Daueremission ab dem] [**im Falle keiner Daueremission einfügen:** am] [**(Erst-)Begebungstag (EB Punkt 6) einfügen**] (der "**(Erst-)Begebungstag**") begeben. Die Serie von *Schuldverschreibungen* ist eingeteilt in Stückelungen im *Nennbetrag* (oder den Nennbeträgen) von [**Nennbetrag (oder Nennbeträge) (EB Punkt 5) einfügen**] (jeweils ein "**Nennbetrag**") und weist einen Gesamtnennbetrag von [bis zu] [**Gesamtnennbetrag (EB Punkt 3) einfügen**] auf. Die *Schuldverschreibungen* lauten auf den Inhaber (jeweils ein "**Anleihegläubiger**").
- (2) **Zeichnung.** Die Zeichnung erfolgt zum Emissionspreis, der [zum Ausgabetag] [**(Erst-) Emissionspreis (EB Punkt 4) einfügen**] beträgt [**im Falle einer Daueremission einfügen:** und danach laufend an die Marktgegebenheiten angepasst wird] [, im Ausmaß von zumindest einem Stück] [**Im Falle eines Mindestzeichnungsbetrags einfügen:** zum Mindestzeichnungsbetrag von [**Mindestzeichnungsbetrag (EB Punkt 7) einfügen**] [**Im Falle eines Höchstzeichnungsbetrags einfügen:** und höchstens zum Höchstzeichnungsbetrag von [**Höchstzeichnungsbetrag (EB Punkt 7) einfügen**].
- (3) **Sammelurkunde.** Jede Serie der *Schuldverschreibungen* wird zur Gänze durch eine veränderbare Sammelurkunde (die "**Sammelurkunde**") gemäß § 24 lit b Depotgesetz (BGBl Nr. 424/1969 idgF) ohne Zinsscheine verbrieft, welche die Unterschriften der erforderlichen Anzahl zeichnungsberechtigter Vertreter der *Emittentin* trägt. Ein Anspruch auf Einzelverbrieftung oder Ausfolgung einzelner Urkunden oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.
- (4) **Verwahrung.** Jede *Sammelurkunde* wird [**im Fall von Eigenverwahrung (EB Punkt 8) einfügen:** von der *Emittentin* und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt] von der Wertpapiersammelbank der OeKB CSD GmbH ("**OeKB CSD**") mit der Geschäftsanschrift 1010 Wien, Strauchgasse 1-3 (die "**Verwahrstelle**") verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der *Emittentin* aus den *Schuldverschreibungen* erfüllt sind.

**§ 2
(Status)**

[Für nicht-nachrangige Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

Die Verpflichtungen aus den *Schuldverschreibungen* begründen direkte, unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin* gleichrangig sind, ausgenommen solche, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt.]

[Für Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

- (1) Die Verpflichtungen aus den *Schuldverschreibungen* begründen direkte, unbesicherte und nachrangige Verbindlichkeiten der *Emittentin* und haben den gleichen Rang untereinander und zumindest den gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin*, ausgenommen nachrangige Verbindlichkeiten, welche gemäß ihren Bedingungen als nachrangig gegenüber den *Schuldverschreibungen* bezeichnet werden.
- (2) Die *Schuldverschreibungen* stellen Instrumente des Ergänzungskapitals (*Tier 2*) gemäß Artikel 63 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (*Capital Requirements Regulation* – "CRR") dar und haben eine Mindestlaufzeit von fünf Jahren.
- (3) Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der *Emittentin* stehen die Zahlungsverpflichtungen der *Emittentin* gemäß den *Schuldverschreibungen* im Rang nach den nicht-nachrangigen *Anleihegläubigern* der *Emittentin*, aber zumindest im gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die nicht aufgrund ihrer Bedingungen nachrangig gegenüber den *Schuldverschreibungen* sind, sowie vorrangig gegenüber den Ansprüchen von Aktionären, Eigentümern von (anderen) Instrumenten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1*) gemäß Artikel 28 CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1*) gemäß Artikel 52 CRR der *Emittentin* und alle anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die gemäß ihren Bedingungen als nachrangig gegenüber den *Schuldverschreibungen* sind.
- (4) Forderungen der *Emittentin* dürfen nicht gegen Rückzahlungspflichten der *Emittentin* gemäß diesen *Schuldverschreibungen* aufgerechnet werden und für die *Schuldverschreibungen* dürfen keine vertraglichen Sicherheiten durch die *Emittentin* oder einen Dritten bestellt werden. Durch nachträgliche Vereinbarung darf weder die Nachrangigkeit gemäß diesem § 2 eingeschränkt werden, noch darf die Fälligkeit der *Schuldverschreibungen*, geändert werden.]

[Für fundierte Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

- (1) Die *Schuldverschreibungen* begründen nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die untereinander und mit allen anderen nicht-nachrangigen fundierten *Schuldverschreibungen* desselben *Deckungsstocks* (wie nachstehend definiert) der *Emittentin* gleichrangig sind.
- (2) Die *Schuldverschreibungen* werden gemäß dem Gesetz betreffend fundierte Bankschuldverschreibungen (FBSchVG) durch die gesonderten Deckungswerte des *Deckungsstocks* für hypothekarisch fundierte Bankschuldverschreibungen (der "**Deckungsstock**") besichert, welche zur vorzugsweisen Deckung aller durch diesen *Deckungsstock* besicherten fundierten Bankschuldverschreibungen der *Emittentin* bestimmt sind (hauptsächlich Werte gemäß § 1 Abs 5 Z 1 und 2 FBSchVG). Die Deckungswerte für *Schuldverschreibungen* werden im *Deckungsregister* eingetragen, welches von der *Emittentin* gemäß dem FBSchVG geführt wird.]

**§ 3
(Zinsen)**

[Im Fall eines gleichbleibenden Zinssatzes einfügen:

- (1) **[Zinssatz] [Festzinsbetrag]**. Diese *Schuldverschreibungen* werden bezogen auf ihren [ausstehenden (dh um bereits von der *Emittentin* bezahlte Teiltilgungsbeträge verringerten)] *Nennbetrag* jährlich mit **[Im Falle eines Zinssatzes (EB Punkt 16) einfügen: einem Zinssatz von [Zinssatz (EB Punkt 16) einfügen] (der "Zinssatz")]** **[Im Falle eines Festzinsbetrags (EB Punkt 16) einfügen: einem jährlichen Festzinsbetrag von [Festzinsbetrag (EB Punkt 16) einfügen] (der "Festzinsbetrag")]** ab dem **[Verzinsungsbeginn (EB Punkt 6) einfügen]** (einschließlich) (der "**Verzinsungsbeginn**") bis zum *Endfälligkeitstag* (wie in § 4 (1) definiert) (ausschließlich) verzinst. Die *Laufzeit* (die "**Laufzeit**") der *Schuldverschreibungen* beginnt am *Begebungstag* (einschließlich) und endet mit dem Ablauf des dem *Endfälligkeitstag* vorausgehenden Tages.]

[Im Fall von Stufenzinssatz einfügen:

- (1) **Zinssatz**. Diese *Schuldverschreibungen* werden bezogen auf ihren [ausstehenden (dh um bereits von der *Emittentin* bezahlte Teiltilgungsbeträge verringerten)] *Nennbetrag* jährlich mit den für die jeweilige Zinsperiode maßgeblichen Zinssätzen (jeweils ein "**Zinssatz**") wie nachstehend angegeben ab dem **[Verzinsungsbeginn (EB Punkt 6) einfügen]** (einschließlich) (der "**Verzinsungsbeginn**") bis zum *Endfälligkeitstag* (wie in § 4 (1) definiert) (ausschließlich) verzinst. Die *Laufzeit* (die "**Laufzeit**") der *Schuldverschreibungen* beginnt am *Begebungstag* (einschließlich) und endet mit dem Ablauf des dem *Endfälligkeitstag* vorausgehenden Tages.

Zinsperiode	Zinssatz
[]	[]% <i>per annum</i>
[]	[]% <i>per annum</i>]

- (2) **Fälligkeit der Zinsen.** Der *Zinsbetrag* (wie unten definiert) ist an jedem *Zinszahlungstag* (wie unten definiert) zahlbar.
- (3) **Zinsbetrag.** Der "**Zinsbetrag**" wird ermittelt, indem der maßgebliche *Zinssatz* und der *Zinstagequotient* (wie nachstehend definiert) auf die einzelnen [ausstehenden (dh um bereits von der *Emittentin* bezahlte Teiltilgungsbeträge verringerten)] *Nennbeträge* der *Schuldverschreibungen* angewendet werden, wobei der resultierende Betrag auf die kleinste Einheit der festgelegten *Währung* auf- oder abgerundet wird, wobei 0,5 solcher Einheiten aufgerundet werden.
- (4) **Verzugszinsen.** Wenn die *Emittentin* eine fällige Zahlung auf die *Schuldverschreibungen* aus irgendeinem Grund nicht leistet, wird der ausstehende Betrag ab dem *Endfälligkeitstag* (einschließlich) bis zum Tag der vollständigen Zahlung an die *Anleihegläubiger* (ausschließlich) weiterhin in der Höhe des in § 3 (1) vorgesehenen (letzten) *Zinssatzes* verzinst. Weitergehende Ansprüche der *Anleihegläubiger* bleiben unberührt.
- (5) **Zinszahlungstage und Zinsperioden.** **[Im Fall von festgelegten Zinszahlungstagen (EB Punkt 20) einfügen: "Zinszahlungstag"** bedeutet **[festgelegte Zinszahlungstage (EB Punkt 20) einfügen].** "**Zinsperiode**" bedeutet den Zeitraum ab dem *Verzinsungsbeginn* (einschließlich) bis zum ersten *Zinszahlungstag* (ausschließlich) und jeden weiteren Zeitraum von einem *Zinszahlungstag* (einschließlich) bis zum folgenden *Zinszahlungstag* (ausschließlich). [Die [erste/letzte] *Zinsperiode* ist [kurz/lang], sie beginnt am **[Datum Beginn Zinsperiode (EB Punkt 20) einfügen]** und endet am **[Datum Ende Zinsperiode (EB Punkt 20) einfügen].**] Der erste Zinszahlungstag ist der **[Datum ersten Zinszahlungstag (EB Punkt 20) einfügen]** [(langer/kurzer erster Kupon)].]
- [Im Fall von festgelegten Zinsperioden (EB Punkt 20) einfügen: "Zinszahlungstag"** bedeutet jeweils den Tag, der auf den Ablauf der festgelegten *Zinsperiode* von **[festgelegten Zinsperiode (EB Punkt 20) einfügen]** (jeweils eine "**Zinsperiode**") nach dem vorhergehenden *Zinszahlungstag*, oder im Fall des ersten *Zinszahlungstags*, nach dem *Verzinsungsbeginn*, folgt. [Die [erste/letzte] *Zinsperiode* ist [kurz/lang], sie beginnt am **[Datum Beginn Zinsperiode (EB Punkt 20) einfügen]** und endet am **[Datum Ende Zinsperiode (EB Punkt 20) einfügen].**]

Fällt ein *Zinszahlungstag* auf einen Tag, der kein *Geschäftstag* (wie in § 5 (2) definiert) ist, wird der Zahlungstermin:

[Bei Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Punkt 20) einfügen: auf den nächstfolgenden *Geschäftstag* verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der *Zinszahlungstag* auf den unmittelbar vorausgehenden *Geschäftstag* vorgezogen.]

[Bei Anwendung der Floating Rate Note Konvention ("FRN Convention") (EB Punkt 20) einfügen: auf den nächstfolgenden *Geschäftstag* verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall (i) wird der *Zinszahlungstag* auf den unmittelbar vorausgehenden *Geschäftstag* vorgezogen und (ii) ist jeder nachfolgende *Zinszahlungstag* der jeweils letzte *Geschäftstag* des Monats, der **[●] Monate** [die festgelegte *Zinsperiode*] nach dem vorhergehenden anwendbaren *Zinszahlungstag* liegt.]

[Bei Anwendung der Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Punkt 20) einfügen: auf den nächstfolgenden *Geschäftstag* verschoben.]

[Im Falle der Anwendung der Vorangegangener-Geschäftstag-Konvention (EB Punkt 20) einfügen: auf den unmittelbar vorausgehenden *Geschäftstag* vorgezogen.]

[Falls die Zinsperiode (EB Punkt 12) angepasst wird, einfügen:

Falls ein *Zinszahlungstag* (wie oben beschrieben) verschoben wird, wird die *Zinsperiode* entsprechend angepasst.]

[Falls die Zinsperiode (EB Punkt 12) nicht angepasst wird, einfügen:

Falls ein *Zinszahlungstag* (wie oben beschrieben) verschoben wird, wird die *Zinsperiode* nicht entsprechend angepasst. Die *Anleihegläubiger* sind nicht berechtigt, zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen auf Grund dieser Verschiebung zu verlangen]

(6) "**Zinstagequotient**" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Betrages für einen beliebigen Zeitraum (der "**Zinsberechnungszeitraum**"):

[Im Falle der Anwendung von Actual/Actual (ICMA) (EB Punkt 11) einfügen:

- (i) Falls der *Zinsberechnungszeitraum* gleich oder kürzer als die *Zinsperiode* ist, innerhalb welcher er fällt, die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch das Produkt (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in der jeweiligen *Zinsperiode* und (B) der Anzahl der *Zinsperioden* in einem Jahr.
- (ii) Falls der *Zinsberechnungszeitraum* länger als eine *Zinsperiode* ist, die Summe: (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen *Zinsberechnungszeitraum*, der in die *Zinsperiode* fällt, in der er beginnt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl

von Tagen in dieser *Zinsperiode* und (y) die Anzahl von *Zinsperioden* in einem Jahr, und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen *Zinsberechnungszeitraum*, der in die nächste *Zinsperiode* fällt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser *Zinsperiode* und (y) die Anzahl von *Zinsperioden* in einem Jahr.]

[Im Falle der Anwendung von 30/360 (EB Punkt 11) einfügen:

Die Anzahl von Tagen im jeweiligen *Berechnungszeitraum*, dividiert durch 360 (wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der diesen Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist)).]

[Im Falle der Anwendung von 30E/360 oder Eurobond Basis (EB Punkt 11) einfügen:

Die Anzahl der Tage im *Zinsberechnungszeitraum* dividiert durch 360 (es sei denn, im Fall des letzten *Zinsberechnungszeitraumes* fällt der *Endfälligkeitstag* auf den letzten Tag des Monats Februar, in welchem Fall der Monat Februar als nicht auf einen Monat zu 30 Tagen verlängert gilt).]

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 oder Actual/Actual (ISDA) (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch 365 (oder, falls ein Teil dieses *Zinsberechnungszeitraumes* in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (i) der tatsächlichen Anzahl der in das Schaltjahr fallenden Tage des *Zinsberechnungszeitraumes* dividiert durch 366 und (ii) die tatsächliche Anzahl der nicht in das Schaltjahre fallenden Tage des *Zinsberechnungszeitraumes* dividiert durch 365).]

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 (Fixed) (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum* dividiert durch 365.]

[Im Falle der Anwendung von Actual/360 (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch 360.]

**§ 4
(Rückzahlung)**

[Im Fall von Rückzahlung bei Endfälligkeit (EB Punkt 21), einfügen:

- (1) **Rückzahlung bei Endfälligkeit.** Die *Schuldverschreibungen* werden zu ihrem Rückzahlungsbetrag von **[Rückzahlungsbetrag (EB Punkt 21) einfügen]**% des *Nennbetrags* (der "Rückzahlungsbetrag") am **[Endfälligkeitstag (EB Punkt 9) einfügen]** (der "Endfälligkeitstag") zurückgezahlt.]

[Im Fall von Teiltilgung, einfügen:

- (1) **Teiltilgung.** Die *Schuldverschreibungen* werden ab dem **[Teiltilgungsbeginn (EB Punkt 9) einfügen]** **[halbjährlich]** **[jährlich]** **[anderen Zahlungszeitraum einfügen]** durch Zahlung eines *Teiltilgungsbetrags* von **[Teiltilgungsbetrag (EB Punkt 21) einfügen]**% des *Nennbetrags* (der "Teiltilgungsbetrag") je *Schuldverschreibung* jeweils zum **[Teiltilgungstage (EB Punkt 9) einfügen]** (jeweils ein "Teiltilgungstag") zurückgezahlt. Endfälligkeitstag ist der **[Endfälligkeitstag (EB Punkt 9) einfügen].]**

[Falls in den EB (EB Punkt 23) vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen:

- (2) **Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.** Es steht der *Emittentin* frei, [zum] [zu jedem] **[Wahlrückzahlungstag(e) (Call) (EB Punkt 23) einfügen]** ([der] [jeweils ein] "Wahlrückzahlungstag (Call)") die *Schuldverschreibungen* vollständig oder teilweise zu kündigen und zu ihrem *Wahlrückzahlungsbetrag (Call)* (wie nachstehend definiert) zuzüglich bis zum *Wahlrückzahlungstag (Call)* aufgelaufener Zinsen zurückzuzahlen, nachdem sie die *Anleihegläubiger* mindestens **[Kündigungsfrist (EB Punkt 23) einfügen]** *Geschäftstage* vor dem *Wahlrückzahlungstag (Call)* gemäß § 10 benachrichtigt hat (wobei diese Erklärung den für die Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* festgelegten *Wahlrückzahlungstag (Call)* angeben muss).

[Für Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

Eine solche Kündigung und vorzeitige Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* nach Wahl der *Emittentin* vor dem Ende der Laufzeit des *Schuldverschreibungen* ist nur zulässig, sofern der Zeitpunkt der Emission mindestens fünf Jahre zurückliegt und die Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (5) erfüllt sind.]]

[Falls keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen:

- (2) **Keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.** Die Emittentin ist **[im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:** mit Ausnahme des § 4 (4) der Emissionsbedingungen] nicht berechtigt, die *Schuldverschreibungen* zu kündigen und vorzeitig zurückzuzahlen.]

[Falls bei nicht-nachrangigen oder fundierten Schuldverschreibungen in den EB (EB Punkt 24) vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger vorgesehen ist, einfügen:

- (3) **Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger.** Sofern ein *Anleihegläubiger* der *Emittentin* die entsprechende Absicht in Form einer schriftlichen Ausübungserklärung (entsprechende Formulare sind bei der *Emittentin* erhältlich) **[Kündigungsfrist (EB Punkt 24) einfügen]** *Geschäftstage* im Voraus mitteilt, hat die *Emittentin* die entsprechenden *Schuldverschreibungen* am **[Wahlrückzahlungstag (Put) (EB Punkt 24) einfügen]** (jeweils ein "**Wahlrückzahlungstag (Put)**") zu ihrem *Wahlrückzahlungsbetrag (Put)* (wie nachstehend definiert) zuzüglich bis zum *Wahlrückzahlungstag (Put)* aufgelaufener Zinsen zurückzuzahlen. Ein Widerruf einer erfolgten Ausübung dieses Rechts ist nicht möglich.

Falls die Ausübungserklärung am letzten Tag der Kündigungsfrist vor dem *Wahlrückzahlungstag (Put)* nach 17:00 Uhr Wiener Zeit bei der *Emittentin* eingeht, ist das Wahlrecht nicht wirksam ausgeübt. Die Ausübungserklärung hat anzugeben: (i) den Gesamtnennbetrag der *Schuldverschreibungen*, für die das Wahlrecht ausgeübt wird und (ii) die ISIN dieser *Schuldverschreibungen* (soweit vergeben). Für die Ausübungserklärung kann ein Formular, wie es bei der *Emittentin* erhältlich ist, verwendet werden. Die Rückzahlung der *Schuldverschreibungen*, für welche das Wahlrecht ausgeübt worden ist, erfolgt nur gegen Lieferung der *Schuldverschreibungen* an die *Emittentin* oder deren Order.]

[Falls bei nicht-nachrangigen oder fundierten Schuldverschreibungen in den EB (EB Punkt 24) keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger vorgesehen ist, sowie im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

- (3) **Keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger.** Die *Anleihegläubiger* sind nicht berechtigt, die *Schuldverschreibungen* zu kündigen und die vorzeitige Rückzahlung zu verlangen.]

[Im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

(4) Vorzeitige Rückzahlung aus aufsichtsrechtlichen oder steuerlichen Gründen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit vor dem Endfälligkeitstag ganz, aber nicht teilweise die Schuldverschreibungen zu kündigen und zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag samt bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen an die *Anleihegläubiger* zurückzuzahlen, sofern

- (i) die *Emittentin* nicht weniger als dreißig und nicht mehr als sechzig Tage vor der beabsichtigten Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* die *Anleihegläubiger* von der Kündigung verständigt, wobei eine solche Kündigung unwiderruflich ist;
- (ii) (A) sich die aufsichtsrechtliche Einstufung der *Schuldverschreibungen* ändert, was wahrscheinlich zu ihrem gänzlichen oder teilweisen Ausschluss aus den Eigenmitteln oder ihrer Neueinstufung als Eigenmittel geringerer Qualität führen würde, und die folgenden Bedingungen erfüllt sind: (x) die *Zuständige Behörde* (wie nachstehend definiert) hält es für ausreichend sicher, dass eine solche Änderung stattfindet; (y) die *Emittentin* weist der *Zuständigen Behörde* hinreichend nach, dass zum Zeitpunkt der Emission der *Schuldverschreibungen* die aufsichtsrechtliche Neueinstufung für die *Emittentin* nicht vorherzusehen war; oder (B) sich die geltende steuerliche Behandlung der *Schuldverschreibungen* ändert, und die Emittentin der *Zuständigen Behörde* in Übereinstimmung mit und gemäß Artikel 78 Absatz 4 CRR hinreichend nachweist, dass diese Änderung wesentlich ist und zum Zeitpunkt der Emission der *Schuldverschreibungen* nicht vorherzusehen war; und
- (iii) die Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (5) erfüllt sind.

(5) Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung.

Eine vorzeitige Rückzahlung nach **[falls vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen: Absatz 2 oder]** Absatz 4 dieses § 4 setzt voraus, dass die zur Beaufsichtigung der *Emittentin* befugte Behörde gemäß Artikel 4 Absatz 1 Nr 40 CRR (die "**Zuständige Behörde**") der *Emittentin* zuvor die Erlaubnis zur vorzeitigen Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* in Übereinstimmung mit Artikel 78 CRR erteilt hat, wobei diese Erlaubnis unter anderem voraussetzen kann, dass:

- (i) die *Emittentin* vor oder gleichzeitig mit der vorzeitigen Rückzahlung die *Schuldverschreibungen* durch Eigenmittelinstrumente zumindest gleicher Qualität zu Bedingungen ersetzt, die im Hinblick auf die Ertragsmöglichkeiten der *Emittentin* nachhaltig sind; oder
- (ii) die *Emittentin* der *Zuständigen Behörde* hinreichend nachgewiesen hat, dass die Eigenmittel der *Emittentin* nach der vorzeitigen Rückzahlung die Anforderungen nach Artikel 92 Absatz 1 CRR und die kombinierte Kapitalpufferanforderung im Sinne des Artikels 128 Nr. 6 der Richtlinie 2013/36/EU um eine Spanne übertreffen, die die Zuständige Behörde auf der Grundlage des Artikels 104 Absatz 3 der Richtlinie 2013/36/EU gegebenenfalls für erforderlich hält.]

[Falls Definitionen anwendbar, einfügen:

(4)/(6) Definitionen:

[Im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen: "Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag" meint **[falls in den EB (EB Punkt 22) "standard" angegeben ist, einfügen:** [den von der Emittentin nach billigem Ermessen als angemessener Marktpreis der Schuldverschreibungen festgelegten Betrag] [●].]

[Falls Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin anwendbar ist, einfügen: "Wahlrückzahlungsbetrag (Call)" meint **[falls in den EB (EB Punkt 23) besonderes vorgesehen ist, einfügen, anderenfalls einfügen:** [den Nennbetrag der Schuldverschreibungen] [●].]

[Falls Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger anwendbar ist, einfügen: "Wahlrückzahlungsbetrag (Put)" meint **[falls in den EB (EB Punkt 24) besonderes vorgesehen ist, einfügen, anderenfalls einfügen:** [den Nennbetrag der Schuldverschreibungen] [●].]

[Falls bei nicht-nachrangigen oder fundierten Schuldverschreibungen in den EB (EB Punkt 25) Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung, einer Absicherungs-Störung und/oder Gestiegenen Absicherungs-Kosten vorgesehen ist, einfügen:

(4)/(5)/(7) Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen [einer Rechtsänderung] [,] [und/oder] [einer Absicherungs-Störung] [und/oder] [Gestiegenen Absicherungs-Kosten]. Die *Emittentin* ist berechtigt, die *Schuldverschreibungen* jederzeit vor dem *Endfälligkeitstag* bei Vorliegen [einer *Rechtsänderung*] [,] [und/oder] [*Absicherungs-Störung*] [und/oder] [*Gestiegenen Absicherungs-Kosten*] (wie [jeweils] nachstehend definiert) zu ihrem *Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag* (wie nachstehend definiert) vorzeitig zurückzahlen. Die *Emittentin* wird die *Schuldverschreibungen* einer solchen Serie vollständig (aber nicht nur teilweise) am zweiten *Geschäftstag* zurückzahlen, nachdem die Mitteilung der vorzeitigen Rückzahlung gemäß § 10 zugegangen ist,

vorausgesetzt, dass dieser Tag nicht später als zwei *Geschäftstage* (wie in § 5 (2) definiert) vor dem *Endfälligkeitstag* liegt (der "**Vorzeitige Rückzahlungstag**").

Wobei:

[Rechtsänderung bedeutet, dass aufgrund (A) des Inkrafttretens von Änderungen der Gesetze oder Verordnungen (einschließlich aber nicht beschränkt auf Steuergesetze) oder (B) der Änderungen der Auslegung von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen, die für die entsprechenden Gesetze oder Verordnungen relevant sind (einschließlich der Aussagen der Steuerbehörden) die *Emittentin* feststellt, dass die Kosten, die mit den Verpflichtungen unter den *Schuldverschreibungen* verbunden sind, wesentlich gestiegen sind (einschließlich aber nicht beschränkt auf Erhöhungen der Steuerverpflichtungen, der Senkung von steuerlichen Vorteilen oder anderen negativen Auswirkungen auf die steuerrechtliche Behandlung), falls solche Änderungen an oder nach dem *Begebungstag* wirksam werden.]

[Absicherungs-Störung bedeutet, dass die *Emittentin* nicht in der Lage ist, unter Anwendung wirtschaftlich vernünftiger Bemühungen, (A) Transaktionen abzuschließen, fortzuführen oder abzuwickeln bzw Vermögenswerte zu erwerben, auszutauschen, zu halten oder zu veräußern, welche die *Emittentin* zur Absicherung von Preisrisiken im Hinblick auf ihre Verpflichtungen aus den entsprechenden *Schuldverschreibungen* der maßgeblichen Serie für notwendig erachtet, oder sie (B) nicht in der Lage ist, die Erlöse aus den Transaktionen bzw Vermögenswerten zu realisieren, zurückzugewinnen oder weiterzuleiten.]

[Gestiegene Absicherungs-Kosten bedeutet, dass die *Emittentin* im Vergleich zum *Begebungstag* einen wesentlich höheren Betrag an Steuern, Abgaben, Aufwendungen und Gebühren (außer Maklergebühren) entrichten muss, um (A) Transaktionen abzuschließen, fortzuführen oder abzuwickeln bzw Vermögenswerte zu erwerben, auszutauschen, zu halten oder zu veräußern, welche die *Emittentin* zur Absicherung von Preisrisiken im Hinblick auf ihre Verpflichtungen aus den entsprechenden *Schuldverschreibungen* der maßgeblichen Serie für notwendig erachtet oder (B) Erlöse aus den Transaktionen bzw Vermögenswerten zu realisieren, zurückzugewinnen oder weiterzuleiten, unter der Voraussetzung, dass Beträge, die sich nur erhöht haben, weil die Kreditwürdigkeit der *Emittentin* zurückgegangen ist, nicht als Gestiegene Absicherungs-Kosten angesehen werden.]

Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag meint **[falls in den EB (EB Punkt 22) "standard" angegeben ist, einfügen:** den von der *Emittentin* nach billigem Ermessen als angemessener Marktpreis der *Schuldverschreibungen* festgelegten Betrag] **[Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag wie in EB Punkt 22 angegeben, einfügen].]**

§ 5 (Zahlungen)

- (1) **Zahlungen.** Zahlungen auf Kapital und Zinsen auf die *Schuldverschreibungen* erfolgen bei Fälligkeit vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Regelungen und Vorschriften in der frei handelbaren und konvertierbaren Währung, die am entsprechenden Fälligkeitstag die Währung des Staates der festgelegten Währung ist. Die Zahlung von Kapital und Zinsen erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die *Zahlstelle* zur Weiterleitung an die Verwahrstelle oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den *Anleihegläubiger* depotführende Stelle.
- (2) **Geschäftstag.** Fällt der *Endfälligkeitstag* [**im Fall von Teiltilgung einfügen:** oder ein *Teiltilgungstag*] (wie in § 4 (1) definiert) in Bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein *Geschäftstag* ist, hat der *Anleihegläubiger* keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten *Geschäftstag* am jeweiligen Ort und ist nicht berechtigt, zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen auf Grund dieser Verspätung zu verlangen.

"**Geschäftstag**" ist jeder Tag (außer einem Samstag und einem Sonntag) an dem die Banken in [**maßgeblichen Finanzzentrum (oder -zentren) (EB Punkt 20) einfügen**] für Geschäfte (einschließlich Devisenhandelsgeschäfte und Fremdwährungseinlagengeschäfte) geöffnet sind [**falls die festgelegte Währung (oder eine der festgelegten Währungen) Euro ist, einfügen:** und alle für die Abwicklung von Zahlungen in Euro wesentlichen Teile des Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer Systems ("TARGET2") in Betrieb sind].

- (3) **Bezugnahmen auf Kapital.** Bezugnahmen in diesen *Emissionsbedingungen* auf "Kapital" schließen den [*Rückzahlungsbetrag*] [*jeden Teiltilgungsbetrag*] [, den *Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag*] [, den *Wahlrückzahlungsbetrag (Call)*] [, den *Wahlrückzahlungsbetrag (Put)*] sowie sonstige auf oder in Bezug auf die *Schuldverschreibungen* zahlbaren Beträge mit ein.

§ 6 (Steuern)

- (1) Die *Emittentin* haftet nicht für und ist nicht zur Zahlung irgendwelcher Steuern, Abgaben, Gebühren, Abzüge und sonstiger Kosten verpflichtet, welche für den *Anleihegläubiger* zur Anwendung gelangen können oder könnten.
- (2) Alle in Bezug auf die *Schuldverschreibungen* zahlbaren Beträge werden unter Abzug oder Einbehalt von Steuern, Abgaben oder amtlichen Gebühren gleich welcher Art, gezahlt, falls der Abzug oder Einbehalt verpflichtend vorgeschrieben ist. In diesem Fall werden keine zusätzlichen Beträge in Bezug auf diesen Abzug oder Einbehalt geleistet.

§ 7
(Verjährung)

Ansprüche gegen die *Emittentin* auf Zahlungen hinsichtlich der *Schuldverschreibungen* verjähren, sofern sie nicht innerhalb von [zehn] **[anderes (EB Punkt 26) angeben]** Jahren (im Falle des Kapitals) und innerhalb von [drei] **[anderes (EB Punkt 26) angeben]** Jahren (im Falle von Zinsen) ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden.

§ 8
(Beauftragte Stellen)

(1) **Bestellung.** Die Zahlstelle (die "**beauftragte Stelle**") lautet:

Zahlstelle: **[in den Endgültigen Bedingungen bezeichnete Zahlstelle(n) (EB Punkt 14) einfügen]**

(2) **Änderung der Bestellung oder Abberufung.** Die *Emittentin* wird zu jedem Zeitpunkt eine Zahlstelle unterhalten, behält sich aber das Recht vor, jederzeit die Bestellung einer beauftragten Stelle zu ändern oder zu beenden und/oder zusätzliche oder andere Zahlstellen im EWR zu bestellen. Änderungen in Bezug auf die Zahlstelle werden den *Anleihegläubigern* gemäß § 10 mitgeteilt.

(3) **Beauftragte der Emittentin.** Jede *beauftragte Stelle* handelt ausschließlich als Beauftragte der *Emittentin* und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den *Anleihegläubigern* und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und den *Anleihegläubigern* begründet.

(4) **Verbindlichkeit der Festsetzungen.** Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der *Emittentin*, und/oder einer Zahlstelle für die Zwecke dieser *Emissionsbedingungen* gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die *Emittentin*, die Zahlstelle(n) und die *Anleihegläubiger* bindend.

(5) **Haftungsausschluss.** Soweit gesetzlich zulässig, übernimmt (übernehmen) die Zahlstelle(n) keine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die *Schuldverschreibungen*, sei es auf Grund von Fahrlässigkeit oder aus sonstigen Gründen.

§ 9

(Begebung weiterer Schuldverschreibungen. Ankauf. Entwertung)

- (1) **Begebung weiterer Schuldverschreibungen.** Die *Emittentin* ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der *Anleihegläubiger* weitere *Schuldverschreibungen* mit gleicher Ausstattung (mit Ausnahme des Kalendertags der Begebung, des Emissionspreises und/oder des ersten Zinszahlungstags) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen *Schuldverschreibungen* eine einheitliche Serie bilden, wobei in diesem Fall der Begriff "Schuldverschreibungen" entsprechend auszulegen ist.
- (2) **Ankauf.** Die *Emittentin* und jedes ihrer Tochterunternehmen sind **[Im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen einfügen:** nur unter Einhaltung sämtlicher anwendbarer aufsichtsrechtlicher und sonstiger gesetzlicher Beschränkungen und unter der Voraussetzung, dass die Bedingungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (5) erfüllt sind, möglich.] berechtigt, *Schuldverschreibungen* im Markt oder anderweitig (zB durch Privatkauf) zu jedem beliebigen Preis zu kaufen und diese zu halten, weiterzuverkaufen oder zu entwerten.

§ 10

(Mitteilungen)

- (1) **Bekanntmachung.** Alle die *Schuldverschreibungen* betreffenden Mitteilungen sind auf [der Website der *Emittentin* (www.rvs.at)] **[anderes (EB Punkt 27) angeben]** und – soweit gesetzlich zwingend erforderlich - in den gesetzlich bestimmten Medien zu veröffentlichen und jede derartig erfolgte Mitteilung gilt am fünften Tag nach der Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen am fünften Tag nach der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.
- (2) **Mitteilung über Verwahrstelle:** Die *Emittentin* ist berechtigt, eine Veröffentlichung gemäß § 10 (1) durch eine schriftliche Mitteilung an die Verwahrstelle zur Weiterleitung an die *Anleihegläubiger* zu ersetzen. Jede derartige Bekanntmachung gilt am fünften *Geschäftstag* nach dem Tag der Mitteilung an die Verwahrstelle als wirksam.
- (3) **Form der von Anleihegläubigern zu machenden Mitteilungen:** Die *Schuldverschreibungen* betreffende Mitteilungen der *Anleihegläubiger* an die *Emittentin* gelten als wirksam erfolgt, wenn sie der *Emittentin* oder der Zahlstelle (zur Weiterleitung an die *Emittentin*) in schriftlicher Form in der deutschen Sprache persönlich übergeben oder per Brief übersandt werden. Der *Anleihegläubiger* muss einen die *Emittentin* zufriedenstellenden Nachweis über die von ihm gehaltenen *Schuldverschreibungen* erbringen. Dieser Nachweis kann (i) in Form einer Bestätigung durch die Verwahrstelle oder die Depotbank, bei der der *Anleihegläubiger* ein Wertpapierdepot für die *Schuldverschreibungen* unterhält, dass der *Anleihegläubiger* zum Zeitpunkt der Mitteilung *Anleihegläubiger* der betreffenden *Schuldverschreibungen* ist, oder (ii) auf jede

andere geeignete Weise erfolgen. "**Depotbank**" bezeichnet jede Bank oder ein sonstiges anerkanntes Finanzinstitut, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrungsgeschäft zu betreiben und bei der/dem der *Anleihegläubiger* ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, einschließlich des der Verwahrstelle.

§ 11 (Salvatorische Klausel)

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser *Emissionsbedingungen* ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein oder werden, bleiben die übrigen Bestimmungen dieser *Emissionsbedingungen* in Kraft.

§ 12 (Anwendbares Recht. Gerichtsstand. Erfüllungsort)

- (1) **Anwendbares Recht.** Die *Schuldverschreibungen* unterliegen österreichischem Recht unter Ausschluss der Kollisionsnormen.
- (2) **Gerichtsstand.** Ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den *Schuldverschreibungen* entstehenden Klagen oder sonstigen Verfahren sind die für [5020 Salzburg] **[anderes (EB Punkt 28) angeben]** in Handelssachen sachlich zuständigen Gerichte. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.
- (3) **Erfüllungsort.** Erfüllungsort ist der Sitz der *Emittentin* in Salzburg, Österreich.

Option 2 - Muster-Emissionsbedingungen für variabel verzinsliche Schuldverschreibungen

§ 1

(Währung. Stückelung. Form. Zeichnung. Sammelurkunden. Verwahrung)

- (1) **Währung. Stückelung. Form.** Diese Serie von *Schuldverschreibungen* (die "**Schuldverschreibungen**") wird von der Raiffeisenverband Salzburg eGen (die "**Emittentin**") in [**Währung (EB Punkt 2) einfügen**] (die "**Währung**") [**im Falle einer Daueremission (EB Punkt 6), einfügen:** als Daueremission ab dem] [**im Falle keiner Daueremission einfügen:** am] [**(Erst-)Begebungstag (EB Punkt 6) einfügen**] (der "**(Erst-)Begebungstag**") begeben. Die Serie von *Schuldverschreibungen* ist eingeteilt in Stückelungen im *Nennbetrag* (oder den Nennbeträgen) von [**Nennbetrag (oder Nennbeträge) (EB Punkt 5) einfügen**] (jeweils ein "**Nennbetrag**") und weist einen Gesamtnennbetrag von [bis zu] [**Gesamtnennbetrag (EB Punkt 3) einfügen**] auf. Die *Schuldverschreibungen* lauten auf den Inhaber (jeweils ein "**Anleihegläubiger**").
- (2) **Zeichnung.** Die Zeichnung erfolgt zum Emissionspreis, der [zum Ausgabetag] [**(Erst-) Emissionspreis (EB Punkt 4) einfügen**] beträgt [**im Falle einer Daueremission einfügen:** und danach laufend an die Marktgegebenheiten angepasst wird] [, im Ausmaß von zumindest einem Stück] [**Im Falle eines Mindestzeichnungsbetrags einfügen:** zum Mindestzeichnungsbetrag von [**Mindestzeichnungsbetrag (EB Punkt 7) einfügen**] [**Im Falle eines Höchstzeichnungsbetrags einfügen:** und höchstens zum Höchstzeichnungsbetrag von [**Höchstzeichnungsbetrag (EB Punkt 7) einfügen**].
- (3) **Sammelurkunde.** Jede Serie der *Schuldverschreibungen* wird zur Gänze durch eine veränderbare Sammelurkunde (die "**Sammelurkunde**") gemäß § 24 lit b Depotgesetz, (BGBl Nr. 424/1969 idgF) ohne Zinsscheine verbrieft, welche die Unterschriften der erforderlichen Anzahl zeichnungsberechtigter Vertreter der *Emittentin* trägt. Ein Anspruch auf Einzelverbriefung oder Ausfolgung einzelner Urkunden oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.
- (4) **Verwahrung.** Jede *Sammelurkunde* wird [**im Fall von Eigenverwahrung (EB Punkt 8) einfügen:** von der *Emittentin* und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt] von der Wertpapiersammelbank der OeKB CSD GmbH ("**OeKB CSD**") mit der Geschäftsanschrift 1010 Wien, Strauchgasse 1-3 (die "**Verwahrstelle**") verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der *Emittentin* aus den *Schuldverschreibungen* erfüllt sind.

**§ 2
(Status)**

[Für nicht-nachrangige Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

Die Verpflichtungen aus den *Schuldverschreibungen* begründen direkte, unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin* gleichrangig sind, ausgenommen solche, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt.]

[Für Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

- (1) Die Verpflichtungen aus den *Schuldverschreibungen* begründen direkte, unbesicherte und nachrangige Verbindlichkeiten der *Emittentin* und haben den gleichen Rang untereinander und zumindest den gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin*, ausgenommen nachrangige Verbindlichkeiten, welche gemäß ihren Bedingungen als nachrangig gegenüber den *Schuldverschreibungen* bezeichnet werden.
- (2) Die *Schuldverschreibungen* stellen Instrumente des Ergänzungskapitals (*Tier 2*) gemäß Artikel 63 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (*Capital Requirements Regulation* – "CRR") dar und haben eine Mindestlaufzeit von fünf Jahren.
- (3) Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der *Emittentin* stehen die Zahlungsverpflichtungen der *Emittentin* gemäß den *Schuldverschreibungen* im Rang nach den nicht-nachrangigen *Anleihegläubiger* der *Emittentin*, aber zumindest im gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die nicht aufgrund ihrer Bedingungen nachrangig gegenüber den *Schuldverschreibungen* sind, sowie vorrangig gegenüber den Ansprüchen von Aktionären, Eigentümern von (anderen) Instrumenten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1*) gemäß Artikel 28 CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1*) gemäß Artikel 52 CRR der *Emittentin* und allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die gemäß ihren Bedingungen als nachrangig gegenüber den *Schuldverschreibungen* sind.
- (4) Forderungen der *Emittentin* dürfen nicht gegen Rückzahlungspflichten der *Emittentin* gemäß diesen *Schuldverschreibungen* aufgerechnet werden und für die *Schuldverschreibungen* dürfen keine vertraglichen Sicherheiten durch die *Emittentin* oder einen Dritten bestellt werden. Durch nachträgliche Vereinbarung darf weder die Nachrangigkeit gemäß diesem § 2 eingeschränkt werden, noch darf die Fälligkeit der *Schuldverschreibungen*, geändert werden.]

[Für fundierte Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

- (1) Die *Schuldverschreibungen* begründen nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die untereinander und mit allen anderen nicht-nachrangigen fundierten *Schuldverschreibungen* desselben Deckungsstocks (wie nachstehend definiert) der *Emittentin* gleichrangig sind.
- (2) Die *Schuldverschreibungen* werden gemäß dem Gesetz betreffend fundierte Bankschuldverschreibungen (FBSchVG) durch die gesonderten Deckungswerte des Deckungsstocks für hypothekarisch fundierte Bankschuldverschreibungen (der "**Deckungsstock**") besichert, welche zur vorzugsweisen Deckung aller durch diesen Deckungsstock besicherten fundierten Bankschuldverschreibungen der Emittentin bestimmt sind (hauptsächlich Werte gemäß § 1 Abs 5 Z 1 und 2 FBSchVG). Die Deckungswerte für *Schuldverschreibungen* werden im Deckungsregister eingetragen, welches von der Emittentin gemäß dem FBSchVG geführt wird.]

**§ 3
(Zinsen)**

- (1) **Verzinsung.** Diese *Schuldverschreibungen* werden bezogen auf ihren *Nennbetrag* ab dem [**Verzinsungsbeginn (EB Punkt 6) einfügen**] (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum ersten *Zinszahlungstag* (ausschließlich) und anschließend von jedem *Zinszahlungstag* (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden *Zinszahlungstag* (ausschließlich) mit dem *Zinssatz* (wie unten definiert) verzinst.
- (2) **Zinssatz.** Der *Zinssatz* (der "**Zinssatz**") für jede *Zinsperiode* (wie nachstehend definiert) entspricht der *Zinsberechnungsbasis* (wie nachstehend definiert), [**im Falle eines Hebelfaktors einfügen:** multipliziert mit [**Hebelfaktor (EB Punkt 17) einfügen**].] [**Im Falle einer Marge (EB Punkt 17) je nach Vorzeichen einfügen:** [zuzüglich] [abzüglich] [**Marge (EB Punkt 17) einfügen**]] (und ist in jedem Fall größer oder gleich null).
- (3) **Fälligkeit der Zinsen.** Der *Zinsbetrag* (wie unten definiert) ist an jedem *Zinszahlungstag* (wie unten definiert) zahlbar.

[Im Falle eines Maximal- und/oder Mindestzinssatzes (EB Punkt 20) einfügen:

[**Maximalzinssatz**] [und] [**Mindestzinssatz**]. Der *Zinssatz* ist durch [den Maximalzinssatz von [**Maximalzinssatz einfügen**]] [und] [den Mindestzinssatz von [**Mindestzinssatz einfügen**]] begrenzt.]

[Im Falle eines Zielzinsbetrags (Target Coupon) (EB Punkt 20) einfügen:

Der auf eine *Schuldverschreibung* für eine Zinsperiode zu zahlende maximale Zinsbetrag entspricht dem Ergebnis der Subtraktion (a) des Zielzinsbetrags von

[**Zielzinsbetrag einfügen**] und (b) der Summe der je Nennbetrag für alle vorausgehenden Zinsperioden gezahlten Zinsbeträge.]

- (4) **Zinsbetrag.** Die *Berechnungsstelle* wird zu oder baldmöglichst nach jedem Zeitpunkt, an dem der maßgebliche *Zinssatz* zu bestimmen ist, den auf die *Schuldverschreibungen* zahlbaren *Zinsbetrag* (der "**Zinsbetrag**") für die entsprechende *Zinsperiode* berechnen. Der *Zinsbetrag* wird ermittelt, indem der *Zinssatz* und der *Zinstagequotient* (wie nachstehend definiert) auf die einzelnen *Nennbeträge* der *Schuldverschreibungen* angewendet werden, wobei der resultierende Betrag auf die kleinste Einheit der festgelegten *Währung* auf- oder abgerundet wird, wobei 0,5 solcher Einheiten aufgerundet werden.
- (5) **Mitteilung von Zinssatz und Zinsbetrag.** Die *Berechnungsstelle* wird veranlassen, dass der *Zinssatz*, der *Zinsbetrag* für die jeweilige *Zinsperiode*, die jeweilige *Zinsperiode* und der betreffende *Zinszahlungstag* der *Emittentin* und den *Anleihegläubigern* gemäß § 10 baldmöglichst nach deren Bestimmung mitgeteilt werden; die *Berechnungsstelle* wird diese Mitteilung ferner auch gegenüber jeder Börse vornehmen, an der die betreffenden *Schuldverschreibungen* zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen, wobei die Mitteilung baldmöglichst nach der Bestimmung zu erfolgen hat. Im Fall einer Verlängerung oder Verkürzung der *Zinsperiode* können der mitgeteilte *Zinsbetrag* und *Zinszahlungstag* ohne Vorankündigung nachträglich angepasst (oder andere geeignete Anpassungsmaßnahmen getroffen) werden. Jede solche Anpassung wird umgehend allen Börsen, an denen die *Schuldverschreibungen* zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen, sowie den *Anleihegläubigern* mitgeteilt.
- (6) **Verzugszinsen.** Wenn die *Emittentin* eine fällige Zahlung auf die *Schuldverschreibungen* aus irgendeinem Grund nicht leistet, wird der ausstehende Betrag ab dem *Endfälligkeitstag* (einschließlich) bis zum Tag der vollständigen Zahlung an die *Anleihegläubiger* (ausschließlich) weiterhin in der Höhe des in §3 (2) vorgesehenen *Zinssatzes* verzinst. Weitergehende Ansprüche der *Anleihegläubiger* bleiben unberührt.

- (7) **Zinszahlungstage und Zinsperioden.** *[Im Fall von festgelegten Zinszahlungstagen (EB Punkt 20) einfügen: "Zinszahlungstag" bedeutet [festgelegte Zinszahlungstage (EB Punkt 20) einfügen]. "Zinsperiode" bedeutet den Zeitraum ab dem Verzinsungsbeginn (einschließlich) bis zum ersten Zinszahlungstag (ausschließlich) und jeden weiteren Zeitraum von einem Zinszahlungstag (einschließlich) bis zum folgenden Zinszahlungstag (ausschließlich). [Die [erste/letzte] Zinsperiode ist [kurz/lang], sie beginnt am [Datum Beginn Zinsperiode (EB Punkt 20) einfügen] und endet am [Datum Ende Zinsperiode (EB Punkt 20) einfügen].] Der erste Zinszahlungstag ist der [Datum ersten Zinszahlungstag (EB Punkt 20) einfügen] [(langer/kurzer erster Kupon)].]*

[Im Fall von festgelegten Zinsperioden (EB Punkt 20) einfügen: "Zinszahlungstag" bedeutet jeweils den Tag, der auf den Ablauf der festgelegten Zinsperiode von [festgelegten Zinsperiode (EB Punkt 20) einfügen] (jeweils eine "Zinsperiode") nach dem vorhergehenden Zinszahlungstag, oder im Fall des ersten Zinszahlungstags, nach dem Verzinsungsbeginn, folgt. [Die [erste/letzte] Zinsperiode ist [kurz/lang], sie beginnt am [Datum Beginn Zinsperiode (EB Punkt 20) einfügen] und endet am [Datum Ende Zinsperiode (EB Punkt 20) einfügen].]

Fällt ein *Zinszahlungstag* auf einen Tag, der kein *Geschäftstag* (wie in § 5 (2) definiert) ist, wird der Zahlungstermin:

[Bei Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Punkt 20) einfügen: auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen.]

[Bei Anwendung der Floating Rate Note Konvention ("FRN Convention") (EB Punkt 20) einfügen: auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall (i) wird der Zinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen und (ii) ist jeder nachfolgende Zinszahlungstag der jeweils letzte Geschäftstag des Monats, der [[●] Monate] [die festgelegte Zinsperiode] nach dem vorhergehenden anwendbaren Zinszahlungstag liegt.]

[Bei Anwendung der Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Punkt 20) einfügen: auf den nächstfolgenden Geschäftstag verschoben.]

[Im Falle der Anwendung der Vorangegangener-Geschäftstag-Konvention (EB Punkt 20) einfügen: auf den unmittelbar vorausgehenden Geschäftstag vorgezogen.]

[Falls die Zinsperiode (EB Punkt 12) angepasst wird, einfügen:

Falls ein Zinszahlungstag (wie oben beschrieben) verschoben wird, wird die Zinsperiode entsprechend angepasst.]

[Falls die Zinsperiode (EB Punkt 12) nicht angepasst wird, einfügen:

Falls ein Zinszahlungstag (wie oben beschrieben) verschoben wird, wird die Zinsperiode nicht entsprechend angepasst. Die *Anleihegläubiger* sind nicht berechtigt, zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen auf Grund dieser Verschiebung zu verlangen]

- (8) "**Zinstagequotient**" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Betrages für einen beliebigen Zeitraum (der "**Zinsberechnungszeitraum**"):

[Im Falle der Anwendung von Actual/Actual (ICMA) (EB Punkt 11) einfügen:

- (i) Falls der *Zinsberechnungszeitraum* gleich oder kürzer als die *Zinsperiode* ist, innerhalb welcher er fällt, die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch das Produkt (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in der jeweiligen *Zinsperiode* und (B) der Anzahl der *Zinsperioden* in einem Jahr.
- (ii) Falls der *Zinsberechnungszeitraum* länger als eine *Zinsperiode* ist, die Summe: (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen *Zinsberechnungszeitraum*, der in die *Zinsperiode* fällt, in der er beginnt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser *Zinsperiode* und (y) die Anzahl von *Zinsperioden* in einem Jahr, und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen *Zinsberechnungszeitraum*, der in die nächste *Zinsperiode* fällt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser *Zinsperiode* und (y) die Anzahl von *Zinsperioden* in einem Jahr.]

[Im Falle der Anwendung von 30/360 (EB Punkt 11) einfügen:

Die Anzahl von Tagen im jeweiligen *Berechnungszeitraum*, dividiert durch 360 (wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der diesen Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist)).]

[Im Falle der Anwendung von 30E/360 oder Eurobond Basis (EB Punkt 11) einfügen:

Die Anzahl der Tage im *Zinsberechnungszeitraum* dividiert durch 360 (es sei denn, im Fall des letzten *Zinsberechnungszeitraumes* fällt der *Endfälligkeitstag* auf den letzten Tag des Monats Februar, in welchem Fall der Monat Februar als nicht auf einen Monat zu 30 Tagen verlängert gilt).]

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 oder Actual/Actual (ISDA) (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch 365 (oder, falls ein Teil dieses *Zinsberechnungszeitraumes* in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (i) der tatsächlichen Anzahl der in das Schaltjahr fallenden Tage des *Zinsberechnungszeitraumes* dividiert durch 366 und (ii) die tatsächliche Anzahl der nicht in das Schaltjahre fallenden Tage des *Zinsberechnungszeitraumes* dividiert durch 365).]

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 (Fixed) (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum* dividiert durch 365.]

[Im Falle der Anwendung von Actual/360 (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch 360.]

- (9) "Zinsberechnungsbasis" ist

[Im Falle der Anwendung von ISDA-Feststellung (EB Punkt 20) einfügen:
Der jeweilige *ISDA Zinssatz* (wie nachstehend definiert).

"**ISDA Zinssatz**" bezeichnet einen *Zinssatz*, welcher der variablen Verzinsung entspricht, die von der *Berechnungsstelle* unter einem Zins-Swap-Geschäft bestimmt würde, bei dem die *Berechnungsstelle* ihre Verpflichtungen aus diesem Swap-Geschäft gemäß einer vertraglichen Vereinbarung ausübt, welche die von der International Swap and Derivatives Association, Inc. veröffentlichten 2000 ISDA-Definitionen und 1998 ISDA-Euro-Definitionen, jeweils wie bis zum *Begebungstag* der ersten Serie von *Schuldverschreibungen* ergänzt und aktualisiert (die "**ISDA-Definitionen**"), einbezieht.

Wobei:

- (i) die *variable Verzinsungsoption* (in den ISDA-Definitionen: "Floating Rate Option" genannt) wie folgt lautet: [**variable Verzinsungsoption (EB Punkt 20) einfügen**];
- (ii) die *vorbestimmte Laufzeit* (in den ISDA-Definitionen: "Designated Maturity" genannt) wie folgt lautet: [**vorbestimmte Laufzeit (EB Punkt 20) einfügen**];
- (iii) der jeweilige *Neufeststellungstag* (in den ISDA-Definitionen: "Reset Date" genannt) wie folgt lautet: [**Neufeststellungstag (EB Punkt 20) einfügen**].

Im Rahmen dieses Unterabschnitts bedeuten "**variable Verzinsung**", "**Berechnungsstelle**", "**variable Verzinsungsoption**", "**vorbestimmte Laufzeit**" und "**Neufeststellungstag**" dasselbe wie in den ISDA-Definitionen.]

[**Im Falle der Anwendung von Bildschirmfeststellung (EB Punkt 20) einfügen:**

Der Angebotssatz oder das arithmetische Mittel der Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz *per annum*) für Einlagen in [**Währung (EB Punkt 2) einfügen**] wie auf der *Bildschirmseite* (wie unten definiert) gegen 11:00 Uhr (**[im Falle von LIBOR einfügen:** Londoner] **[Im Falle von EURIBOR:** Brüsseler] **[Im Falle von PRIBOR:** Prager] Ortszeit) (die "**festgelegte Zeit**") am **[im Falle von LIBOR einfügen:** zweiter Londoner *Geschäftstag* vor Beginn der jeweiligen *Zinsperiode*] **[Im Falle von EURIBOR einfügen:** am zweiten TARGET *Geschäftstag* vor Beginn der jeweiligen *Zinsperiode*] **[im Falle von PRIBOR einfügen:** zweiter Prager *Geschäftstag* vor Beginn der jeweiligen *Zinsperiode*] (jeweils ein "**Zinsfeststellungstag**") angezeigt. Wenn fünf oder mehr solcher Angebotssätze auf der *Bildschirmseite* verfügbar sind, werden der höchste Angebotssatz (oder wenn mehrere höchste Angebotssätze vorhanden sind, nur einer dieser Angebotssätze) und der niedrigste Angebotssatz (oder, wenn mehrere niedrigste Angebotssätze vorhanden sind, nur einer dieser Angebotssätze) von der *Berechnungsstelle* zum Zwecke der Bestimmung des arithmetischen Mittels der Angebotssätze außer Betracht gelassen.

"**Bildschirmseite**" meint die [**Bildschirmseite (EB Punkt 20) einfügen**].

Sollte der Angebotssatz zur *festgelegten Zeit* nicht auf der *Bildschirmseite* erscheinen wird die *Berechnungsstelle* von je einer Geschäftsstelle der vier Banken mit der größten Bilanzsumme, deren Angebotssätze zur Bestimmung des zuletzt auf der *Bildschirmseite* erschienen Referenzsatzes verwendet wurden (die "**Referenzbanken**") deren Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz p.a.) für Einlagen in der *Währung* für die jeweilige *Zinsperiode* gegenüber führenden Banken **[im Falle von LIBOR**

einfügen: Londoner Interbanken-Markt] **[im Falle von EURIBOR einfügen:** in der Euro-Zone] **[im Falle von PRIBOR einfügen:** Prager Interbanken-Markt] (der "**relevante Markt**") etwa zur *festgelegten Zeit* am *Zinsfeststellungstag* anfordern. Falls zumindest zwei *Referenzbanken* der *Berechnungsstelle* solche Angebotssätze nennen, ist der Angebotssatz für die betreffende *Zinsperiode* das arithmetische Mittel (falls erforderlich, auf- oder abgerundet **[im Falle von EURIBOR einfügen:** auf das nächste tausendstel Prozent, wobei ab 0,0005 aufzurunden ist] **[in allen anderen Fällen einfügen:** auf- oder abgerundet auf das nächste einhunderttausendstel Prozent, wobei ab 0,000005 aufgerundet wird]) der ermittelten Angebotssätze.

Falls an einem *Zinsfeststellungstag* nur eine oder keine der *Referenzbanken* der *Berechnungsstelle* solche Angebotssätze nennt, wird der Angebotssatz für die betreffende *Zinsperiode* wie folgt berechnet:

Der Angebotssatz entspricht dem arithmetischen Mittel (gegebenenfalls gerundet wie oben beschrieben) jener Sätze, die die *Berechnungsstelle* von den ausgewählten *Referenzbanken* zur *festgelegten Zeit* am betreffenden *Zinsfeststellungstag* für Einlagen in der *Währung* für die betreffende *Zinsperiode* angeboten bekommt.

Falls weniger als zwei der *Referenzbanken* der *Berechnungsstelle* solche Angebotssätze nennen, dann soll der Angebotssatz für die betreffende *Zinsperiode* der Angebotssatz für Einlagen in der *Währung* für die betreffende *Zinsperiode* oder das arithmetische Mittel (gerundet wie oben beschrieben) der Angebotssätze für Einlagen in der *Währung* für die betreffende *Zinsperiode* sein, den bzw die eine oder mehrere Banken der *Berechnungsstelle* als Sätze bekannt geben, die sie an dem betreffenden *Zinsfeststellungstag* gegenüber führenden Banken am relevanten Markt nennen (bzw den diese Banken gegenüber der *Berechnungsstelle* nennen).

Für den Fall, dass der Angebotssatz nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen ermittelt werden kann, ist der Angebotssatz jener Angebotssatz, bzw das arithmetische Mittel der Angebotssätze, an dem letzten Tag vor dem *Zinsfeststellungstag*, an dem diese Angebotssätze angezeigt wurden.

["Euro-Zone" bezeichnet das Gebiet derjenigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die gemäß dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft (unterzeichnet in Rom am 25.3.1957), geändert durch den Vertrag über die Europäische Union (unterzeichnet in Maastricht am 7. Februar 1992), den Amsterdamer Vertrag vom 2.10.1997 und den Vertrag von Lissabon vom 13.12.2007, in seiner jeweiligen Fassung, eine einheitliche Währung eingeführt haben oder jeweils eingeführt haben werden.]]

**§ 4
(Rückzahlung)**

- (1) **Rückzahlung bei Endfälligkeit.** Die *Schuldverschreibungen* werden zu ihrem *Rückzahlungsbetrag* von **[Rückzahlungsbetrag (EB Punkt 21) einfügen]**% des *Nennbetrags* (der "*Rückzahlungsbetrag*") am **[Endfälligkeitstag (EB Punkt 9) einfügen]** (der "*Endfälligkeitstag*") zurückgezahlt.

[Falls in den EB (EB Punkt 23) vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen:

- (2) **Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.** Es steht der *Emittentin* frei, [zum] [zu jedem] **[Wahlrückzahlungstag(e) (Call) (EB Punkt 23) einfügen]** ([der] [jeweils ein] "**Wahlrückzahlungstag (Call)**") die *Schuldverschreibungen* vollständig oder teilweise zu kündigen und zu ihrem *Wahlrückzahlungsbetrag (Call)* (wie nachstehend definiert) zuzüglich bis zum *Wahlrückzahlungstag (Call)* aufgelaufener Zinsen zurückzuzahlen, nachdem sie die *Anleihegläubiger* mindestens **[Kündigungsfrist (EB Punkt 23) einfügen]** *Geschäftstage* vor dem *Wahlrückzahlungstag (Call)* gemäß § 10 benachrichtigt hat (wobei diese Erklärung den für die Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* festgelegten *Wahlrückzahlungstag (Call)* angeben muss).

[Für Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

Eine solche Kündigung und vorzeitige Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* nach Wahl der *Emittentin* vor dem Ende der Laufzeit des *Schuldverschreibungen* ist nur zulässig, sofern der Zeitpunkt der Emission mindestens fünf Jahre zurückliegt und die Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (5) erfüllt sind.]]

[Falls keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen:

- (2) **Keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.** Die *Emittentin* ist **[im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:** mit Ausnahme des § 4 (4) der Emissionsbedingungen] nicht berechtigt, die *Schuldverschreibungen* zu kündigen und vorzeitig zurückzuzahlen.]

[Falls bei nicht-nachrangigen oder fundierten Schuldverschreibungen in den EB (EB Punkt 24) vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger vorgesehen ist, einfügen:

- (3) **Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger.** Sofern ein *Anleihegläubiger* der *Emittentin* die entsprechende Absicht in Form einer schriftlichen Ausübungserklärung (entsprechende Formulare sind bei der *Emittentin* erhältlich) **[Kündigungsfrist (EB Punkt 24) einfügen]** *Geschäftstage*

im Voraus mitteilt, hat die *Emittentin* die entsprechenden *Schuldverschreibungen* am **[Wahlrückzahlungstag (Put) (EB Punkt 24) einfügen]** (jeweils ein "**Wahlrückzahlungstag (Put)**") zu ihrem *Wahlrückzahlungsbetrag (Put)* (wie nachstehend definiert) zuzüglich bis zum *Wahlrückzahlungstag (Put)* aufgelaufener Zinsen zurückzuzahlen. Ein Widerruf einer erfolgten Ausübung dieses Rechts ist nicht möglich.

Falls die Ausübungserklärung am letzten Tag der Kündigungsfrist vor dem *Wahlrückzahlungstag (Put)* nach 17:00 Uhr Wiener Zeit bei der *Emittentin* eingeht, ist das Wahlrecht nicht wirksam ausgeübt. Die Ausübungserklärung hat anzugeben: (i) den Gesamtnennbetrag der *Schuldverschreibungen*, für die das Wahlrecht ausgeübt wird und (ii) die ISIN dieser *Schuldverschreibungen* (soweit vergeben). Für die Ausübungserklärung kann ein Formular, wie es bei der *Emittentin* erhältlich ist, verwendet werden. Die Rückzahlung der *Schuldverschreibungen*, für welche das Wahlrecht ausgeübt worden ist, erfolgt nur gegen Lieferung der *Schuldverschreibungen* an die *Emittentin* oder deren Order.]

[Falls bei nicht-nachrangigen oder fundierten Schuldverschreibungen in den EB (EB Punkt 24) keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger vorgesehen ist, sowie im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

- (3) **Keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger.** Die *Anleihegläubiger* sind nicht berechtigt, die *Schuldverschreibungen* zu kündigen und die vorzeitige Rückzahlung zu verlangen.]

[Im Fall von Tier 2 Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

- (4) **Vorzeitige Rückzahlung aus aufsichtsrechtlichen oder steuerlichen Gründen.**

Die *Emittentin* ist berechtigt, jederzeit vor dem Endfälligkeitstag ganz, aber nicht teilweise die *Schuldverschreibungen* zu kündigen und zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag samt bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen an die *Anleihegläubiger* zurückzuzahlen, sofern

- (i) die *Emittentin* nicht weniger als dreißig und nicht mehr als sechzig Tage vor der beabsichtigten Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* die *Anleihegläubiger* von der Kündigung verständigt, wobei eine solche Kündigung unwiderruflich ist;
- (ii) (A) sich die aufsichtsrechtliche Einstufung der *Schuldverschreibungen* ändert, was wahrscheinlich zu ihrem gänzlichen oder teilweisen Ausschluss aus den Eigenmitteln oder ihrer Neueinstufung als

Eigenmittel geringerer Qualität führen würde, und die folgenden Bedingungen erfüllt sind: (x) die *Zuständige Behörde* (wie nachstehend definiert) hält es für ausreichend sicher, dass eine solche Änderung stattfindet; (y) die *Emittentin* weist der *Zuständigen Behörde* hinreichend nach, dass zum Zeitpunkt der Emission der *Schuldverschreibungen* die aufsichtsrechtliche Neueinstufung für die *Emittentin* nicht vorherzusehen war; oder (B) sich die geltende steuerliche Behandlung der *Schuldverschreibungen* ändert, und die Emittentin der *Zuständigen Behörde* in Übereinstimmung mit und gemäß Artikel 78 Absatz 4 CRR hinreichend nachweist, dass diese Änderung wesentlich ist und zum Zeitpunkt der Emission der *Schuldverschreibungen* nicht vorherzusehen war; und

(iii) die Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (5) erfüllt sind.

(5) *Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung.*

Eine vorzeitige Rückzahlung nach [***falls vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen:*** Absatz 2 oder] Absatz 4 dieses § 4 setzt voraus, dass die zur Beaufsichtigung der *Emittentin* befugte Behörde gemäß Artikel 4 Absatz 1 Nr 40 CRR (die "***Zuständige Behörde***") der *Emittentin* zuvor die Erlaubnis zur vorzeitigen Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* in Übereinstimmung mit Artikel 78 CRR erteilt hat, wobei diese Erlaubnis unter anderem voraussetzen kann, dass:

- (i) die *Emittentin* vor oder gleichzeitig mit der vorzeitigen Rückzahlung die *Schuldverschreibungen* durch Eigenmittelinstrumente zumindest gleicher Qualität zu Bedingungen ersetzt, die im Hinblick auf die Ertragsmöglichkeiten der *Emittentin* nachhaltig sind; oder
- (ii) die *Emittentin* der *Zuständigen Behörde* hinreichend nachgewiesen hat, dass die Eigenmittel der *Emittentin* nach der vorzeitigen Rückzahlung die Anforderungen nach Artikel 92 Absatz 1 CRR und die kombinierte Kapitalpufferanforderung im Sinne des Artikels 128 Nr. 6 der Richtlinie 2013/36/EU um eine Spanne übertreffen, die die *Zuständige Behörde* auf der Grundlage des Artikels 104 Absatz 3 der Richtlinie 2013/36/EU gegebenenfalls für erforderlich hält.]

[Falls Definitionen anwendbar, einfügen:

(4)/(6) **Definitionen:**

[Im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen: "Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag" meint [***falls in den EB (EB Punkt 22) "standard" angegeben ist, einfügen:*** [den von der Emittentin nach billigem

Ermessen als angemessener Marktpreis der Schuldverschreibungen festgelegten Betrag] [●].]

[Falls Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin anwendbar ist, einfügen: "Wahlrückzahlungsbetrag (Call)" meint **[falls in den EB (EB Punkt 23) besonderes vorgesehen ist, einfügen, anderenfalls einfügen:** [den Nennbetrag der Schuldverschreibungen] [●].]

[Falls Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger anwendbar ist, einfügen: "Wahlrückzahlungsbetrag (Put)" meint **[falls in den EB (EB Punkt 24) besonderes vorgesehen ist, einfügen, anderenfalls einfügen:** [den Nennbetrag der Schuldverschreibungen] [●].]

[Falls bei nicht-nachrangigen oder fundierten Schuldverschreibungen in den EB (EB Punkt 25) Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung, einer Absicherungs-Störung und/oder Gestiegenen Absicherungs-Kosten vorgesehen ist, einfügen:

(4)/(5)/(7) **Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen [einer Rechtsänderung] [,] [und/oder] [einer Absicherungs-Störung] [und/oder] [Gestiegenen Absicherungs-Kosten].** Die *Emittentin* ist berechtigt, die *Schuldverschreibungen* jederzeit vor dem *Endfälligkeitstag* bei Vorliegen [einer *Rechtsänderung*] [,] [und/oder] [*Absicherungs-Störung*] [und/oder] [*Gestiegenen Absicherungs-Kosten*] (wie [jeweils] nachstehend definiert) zu ihrem *Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag* (wie nachstehend definiert) vorzeitig zurückzahlen. Die *Emittentin* wird die *Schuldverschreibungen* einer solchen Serie vollständig (aber nicht nur teilweise) am zweiten *Geschäftstag* zurückzahlen, nachdem die Mitteilung der vorzeitigen Rückzahlung gemäß § 10 zugegangen ist, vorausgesetzt, dass dieser Tag nicht später als zwei *Geschäftstage* (wie in § 5 (2) definiert) vor dem *Endfälligkeitstag* liegt (der "**Vorzeitige Rückzahlungstag**").

Wobei:

[Rechtsänderung bedeutet, dass aufgrund (A) des Inkrafttretens von Änderungen der Gesetze oder Verordnungen (einschließlich aber nicht beschränkt auf Steuergesetze) oder (B) der Änderungen der Auslegung von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen, die für die entsprechenden Gesetze oder Verordnungen relevant sind (einschließlich der Aussagen der Steuerbehörden) die *Emittentin* feststellt, dass die Kosten, die mit den Verpflichtungen unter den *Schuldverschreibungen* verbunden sind, wesentlich gestiegen sind (einschließlich aber nicht beschränkt auf Erhöhungen der Steuerverpflichtungen, der Senkung von steuerlichen Vorteilen oder anderen negativen Auswirkungen auf die steuerrechtliche Behandlung), falls solche Änderungen an oder nach dem *Begebungstag* wirksam werden.]

[Absicherungs-Störung] bedeutet, dass die *Emittentin* nicht in der Lage ist, unter Anwendung wirtschaftlich vernünftiger Bemühungen, (A) Transaktionen abzuschließen, fortzuführen oder abzuwickeln bzw Vermögenswerte zu erwerben, auszutauschen, zu halten oder zu veräußern, welche die *Emittentin* zur Absicherung von Preisrisiken im Hinblick auf ihre Verpflichtungen aus den entsprechenden *Schuldverschreibungen* der maßgeblichen Serie für notwendig erachtet, oder sie (B) nicht in der Lage ist, die Erlöse aus den Transaktionen bzw Vermögenswerten zu realisieren, zurückzugewinnen oder weiterzuleiten.]

[Gestiegene Absicherungs-Kosten] bedeutet, dass die *Emittentin* im Vergleich zum *Begebungstag* einen wesentlich höheren Betrag an Steuern, Abgaben, Aufwendungen und Gebühren (außer Maklergebühren) entrichten muss, um (A) Transaktionen abzuschließen, fortzuführen oder abzuwickeln bzw Vermögenswerte zu erwerben, auszutauschen, zu halten oder zu veräußern, welche die *Emittentin* zur Absicherung von Preisrisiken im Hinblick auf ihre Verpflichtungen aus den entsprechenden *Schuldverschreibungen* der maßgeblichen Serie für notwendig erachtet oder (B) Erlöse aus den Transaktionen bzw Vermögenswerten zu realisieren, zurückzugewinnen oder weiterzuleiten, unter der Voraussetzung, dass Beträge, die sich nur erhöht haben, weil die Kreditwürdigkeit der *Emittentin* zurückgegangen ist, nicht als Gestiegene Absicherungs-Kosten angesehen werden.]

Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag meint **[falls in den EB (EB Punkt 22) "standard" angegeben ist, einfügen:** den von der *Berechnungsstelle* nach billigem Ermessen als angemessener Marktpreis der *Schuldverschreibungen* festgelegten Betrag] **[Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag wie in EB Punkt 22 angegeben, einfügen].]**

§ 5 (Zahlungen)

- (1) **Zahlungen.** Zahlungen auf Kapital und Zinsen auf die *Schuldverschreibungen* erfolgen bei Fälligkeit vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Regelungen und Vorschriften in der frei handelbaren und konvertierbaren Währung, die am entsprechenden Fälligkeitstag die Währung des Staates der festgelegten Währung ist. Die Zahlung von Kapital und Zinsen erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die *Zahlstelle* zur Weiterleitung an die Verwahrstelle oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den *Anleihegläubiger* depotführende Stelle.
- (2) **Geschäftstag.** Fällt der *Endfälligkeitstag* (wie in § 4 (1) definiert) in Bezug auf eine *Schuldverschreibung* auf einen Tag, der kein *Geschäftstag* ist, hat der *Anleihegläubiger* keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten *Geschäftstag* am jeweiligen Ort und ist nicht berechtigt, zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen auf Grund dieser Verspätung zu verlangen.

"**Geschäftstag**" ist jeder Tag (außer einem Samstag und einem Sonntag) an dem die Banken in **[maßgeblichen Finanzzentrum (oder -zentren) (EB Punkt 20) einfügen]** für Geschäfte (einschließlich Devisenhandelsgeschäfte und Fremdwährungseinlagengeschäfte) geöffnet sind **[falls die festgelegte Währung (oder eine der festgelegten Währungen) Euro ist, einfügen]**: und alle für die Abwicklung von Zahlungen in Euro wesentlichen Teile des Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer Systems ("TARGET2") in Betrieb sind].

- (3) **Bezugnahmen auf Kapital.** Bezugnahmen in diesen *Emissionsbedingungen* auf "Kapital" schließen den *Rückzahlungsbetrag* [, den *Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag*] [, den *Wahlrückzahlungsbetrag (Call)*] [, den *Wahlrückzahlungsbetrag (Put)*] sowie sonstige auf oder in Bezug auf die *Schuldverschreibungen* zahlbaren Beträge mit ein.

§ 6 (Steuern)

- (1) Die *Emittentin* haftet nicht für und ist nicht zur Zahlung irgendwelcher Steuern, Abgaben, Gebühren, Abzüge und sonstiger Kosten verpflichtet, welche für den *Anleihegläubiger* zur Anwendung gelangen können oder könnten.
- (2) Alle in Bezug auf die *Schuldverschreibungen* zahlbaren Beträge werden unter Abzug oder Einbehalt von Steuern, Abgaben oder amtlichen Gebühren gleich welcher Art, gezahlt, falls der Abzug oder Einbehalt verpflichtend vorgeschrieben ist. In diesem Fall werden keine zusätzlichen Beträge in Bezug auf diesen Abzug oder Einbehalt geleistet.

§ 7 (Verjährung)

Ansprüche gegen die *Emittentin* auf Zahlungen hinsichtlich der *Schuldverschreibungen* verjähren, sofern sie nicht innerhalb von [zehn] **[anderes (EB Punkt 26) angeben]** Jahren (im Falle des Kapitals) und innerhalb von [drei] **[anderes (EB Punkt 26) angeben]** Jahren (im Falle von Zinsen) ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden.

§ 8 (Beauftragte Stellen)

- (1) **Bestellung.** Die Zahlstelle und die Berechnungsstelle (zusammen die "beauftragten Stellen") lauten:

Zahlstelle: **[in den Endgültigen Bedingungen bezeichnete Zahlstelle(n) (EB Punkt 14) einfügen]**

Berechnungsstelle: [in den Endgültigen Bedingungen bezeichnete Berechnungsstelle(n) (EB Punkt 15) einfügen]

- (2) **Änderung der Bestellung oder Abberufung.** Die *Emittentin* wird zu jedem Zeitpunkt eine Zahlstelle und eine Berechnungsstelle unterhalten, behält sich aber das Recht vor, jederzeit die Bestellung einer beauftragten Stelle zu ändern oder zu beenden und/oder zusätzliche oder andere Zahlstellen und/oder *Berechnungsstellen* im EWR zu bestellen. Änderungen in Bezug auf die Zahlstelle und die *Berechnungsstelle* werden den *Anleihegläubigern* gemäß § 10 mitgeteilt.
- (3) **Beauftragte der Emittentin.** Jede *beauftragte Stelle* handelt ausschließlich als Beauftragte der *Emittentin* und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den *Anleihegläubigern* und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und den *Anleihegläubigern* begründet.
- (4) **Verbindlichkeit der Festsetzungen.** Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der *Emittentin*, einer Zahlstelle und/oder der *Berechnungsstelle* für die Zwecke dieser *Emissionsbedingungen* gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die *Emittentin*, die Zahlstelle(n) und die *Anleihegläubiger* bindend.
- (5) **Haftungsausschluss.** Soweit gesetzlich zulässig, übernehmen weder die *Berechnungsstelle* noch die Zahlstelle(n) eine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die *Schuldverschreibungen*, sei es auf Grund von Fahrlässigkeit oder aus sonstigen Gründen.

§ 9

(Begebung weiterer Schuldverschreibungen. Ankauf. Entwertung)

- (1) **Begebung weiterer Schuldverschreibungen.** Die *Emittentin* ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der *Anleihegläubiger* weitere *Schuldverschreibungen* mit gleicher Ausstattung (mit Ausnahme des Kalendertags der Begebung, des Emissionspreises und/oder des ersten Zinszahlungstags) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen *Schuldverschreibungen* eine einheitliche Serie bilden, wobei in diesem Fall der Begriff "*Schuldverschreibungen*" entsprechend auszulegen ist.
- (2) **Ankauf.** Die *Emittentin* und jedes ihrer Tochterunternehmen sind **[Im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen einfügen:** nur unter Einhaltung sämtlicher anwendbarer aufsichtsrechtlicher und sonstiger gesetzlicher Beschränkungen und unter der Voraussetzung, dass die Bedingungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (5) erfüllt sind, möglich.] berechtigt, *Schuldverschreibungen* im Markt oder anderweitig (zB durch Privatkauf) zu

jedem beliebigen Preis zu kaufen und diese zu halten, weiterzuverkaufen oder zu entwerfen.

§ 10 (Mitteilungen)

- (1) **Bekanntmachung.** Alle die *Schuldverschreibungen* betreffenden Mitteilungen sind auf [der Website der *Emittentin* (www.rvs.at)] [**anderes (EB Punkt 27) angeben**] und – soweit gesetzlich zwingend erforderlich - in den gesetzlich bestimmten Medien zu veröffentlichen und jede derartig erfolgte Mitteilung gilt am fünften Tag nach der Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen am fünften Tag nach der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.
- (2) **Mitteilung über die Verwahrstelle:** Die *Emittentin* ist berechtigt, eine Veröffentlichung gemäß § 10 (1) durch eine schriftliche Mitteilung an die Verwahrstelle zur Weiterleitung an die *Anleihegläubiger* zu ersetzen. Jede derartige Bekanntmachung gilt am fünften *Geschäftstag* nach dem Tag der Mitteilung an die Verwahrstelle als wirksam.
- (3) **Form der von Anleihegläubigern zu machenden Mitteilungen:** Die Schuldverschreibungen betreffende Mitteilungen der Anleihegläubiger an die Emittentin gelten als wirksam erfolgt, wenn sie der Emittentin oder der Zahlstelle (zur Weiterleitung an die Emittentin) in schriftlicher Form in der deutschen Sprache persönlich übergeben oder per Brief übersandt werden. Der Anleihegläubiger muss einen die Emittentin zufriedenstellenden Nachweis über die von ihm gehaltenen Schuldverschreibungen erbringen. Dieser Nachweis kann (i) in Form einer Bestätigung durch die Verwahrstelle oder die Depotbank, bei der der *Anleihegläubiger* ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, dass der Anleihegläubiger zum Zeitpunkt der Mitteilung *Anleihegläubiger* der betreffenden Schuldverschreibungen ist, oder (ii) auf jede andere geeignete Weise erfolgen. "**Depotbank**" bezeichnet jede Bank oder ein sonstiges anerkanntes Finanzinstitut, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrungsgeschäft zu betreiben und bei der/dem der *Anleihegläubiger* ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, einschließlich des der Verwahrstelle.

§ 11 (Salvatorische Klausel)

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser *Emissionsbedingungen* ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein oder werden, bleiben die übrigen Bestimmungen dieser *Emissionsbedingungen* in Kraft.

§ 12

(Anwendbares Recht. Gerichtsstand. Erfüllungsort)

- (1) **Anwendbares Recht.** Die *Schuldverschreibungen* unterliegen österreichischem Recht unter Ausschluss der Kollisionsnormen.
- (2) **Gerichtsstand.** Ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den *Schuldverschreibungen* entstehenden Klagen oder sonstigen Verfahren sind die für [5020 Salzburg] **[anderes (EB Punkt 28) angeben]** in Handelssachen sachlich zuständigen Gerichte. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.
- (3) **Erfüllungsort.** Erfüllungsort ist der Sitz der *Emittentin* in Salzburg, Österreich.

Option 3 - Muster-Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung

§ 1

(Währung. Stückelung. Form. Zeichnung. Sammelurkunden. Verwahrung)

- (1) **Währung. Stückelung. Form.** Diese Serie von *Schuldverschreibungen* (die "**Schuldverschreibungen**") wird von der Raiffeisenverband Salzburg eGen (die "**Emittentin**") in [**Währung (EB Punkt 2) einfügen**] (die "**Währung**") [**im Falle einer Daueremission (EB Punkt 6), einfügen:** als Daueremission ab dem] [**im Falle keiner Daueremission einfügen:** am] [**(Erst-)Begebungstag (EB Punkt 6) einfügen**] (der "**(Erst-)Begebungstag**") begeben. [**Bei Schuldverschreibungen mit festgelegtem Nennbetrag einfügen:** Die Serie von *Schuldverschreibungen* ist eingeteilt in Stückelungen im *Nennbetrag* (oder den Nennbeträgen) von [**Nennbetrag (oder Nennbeträge) (EB Punkt 5) einfügen**] (jeweils ein "**Nennbetrag**") und weist einen Gesamtnennbetrag von [bis zu] [**Gesamtnennbetrag (EB Punkt 3) einfügen**] auf] [**Bei Schuldverschreibungen ohne festgelegtem Nennbetrag (Stücknotiz (EB Punkt 5)) einfügen:** Die *Schuldverschreibungen* werden in einer Anzahl von [**Anzahl (EB Punkt 3) einfügen**] Stück mit einem Nennwert von je [**Nennwert einfügen**] (der "**Nennwert**") ausgegeben.] Die *Schuldverschreibungen* lauten auf den Inhaber (jeweils ein "**Anleihegläubiger**").
- (2) **Zeichnung.** Die Zeichnung erfolgt zum Emissionspreis, der [zum Ausgabetag] [**(Erst-) Emissionspreis (EB Punkt 4) einfügen**] beträgt [**im Falle einer Daueremission einfügen:** und danach laufend an die Marktgegebenheiten angepasst wird] [, im Ausmaß von zumindest einem Stück] [**Im Falle eines Mindestzeichnungsbetrags einfügen:** zum Mindestzeichnungsbetrag von [**Mindestzeichnungsbetrag (EB Punkt 7) einfügen**] [**Im Falle eines Höchstzeichnungsbetrags einfügen:** und höchstens zum Höchstzeichnungsbetrag von [**Höchstzeichnungsbetrag (EB Punkt 7) einfügen**].
- (3) **Sammelurkunde.** Jede Serie der *Schuldverschreibungen* wird zur Gänze durch eine veränderbare Sammelurkunde (die "**Sammelurkunde**") gemäß § 24 lit b Depotgesetz (BGBl Nr. 424/1969 idgF) ohne Zinsscheine verbrieft, welche die Unterschriften der erforderlichen Anzahl zeichnungsberechtigter Vertreter der *Emittentin* trägt. Ein Anspruch auf Einzelverbriefung oder Ausfolgung einzelner Urkunden oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.

- (4) **Verwahrung.** Jede *Sammelurkunde* wird **[im Fall von Eigenverwahrung (EB Punkt 8) einfügen:** von der *Emittentin* und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt] von der Wertpapiersammelbank der OeKB CSD GmbH ("**OeKB CSD**") mit der Geschäftsanschrift 1010 Wien, Strauchgasse 1-3 (die "Verwahrstelle") verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der *Emittentin* aus den *Schuldverschreibungen* erfüllt sind.

§ 2 (Status)

[Für nicht-nachrangige Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

Die Verpflichtungen aus den *Schuldverschreibungen* begründen direkte, unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin* gleichrangig sind, ausgenommen solche, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt.]

[Für Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

- (1) Die Verpflichtungen aus den *Schuldverschreibungen* begründen direkte, unbesicherte und nachrangige Verbindlichkeiten der *Emittentin* und haben den gleichen Rang untereinander und zumindest den gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin*, ausgenommen nachrangige Verbindlichkeiten, welche gemäß ihren Bedingungen als nachrangig gegenüber den *Schuldverschreibungen* bezeichnet werden.
- (2) Die *Schuldverschreibungen* stellen Instrumente des Ergänzungskapitals (*Tier 2*) gemäß Artikel 63 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (*Capital Requirements Regulation – "CRR"*) dar und haben eine Mindestlaufzeit von fünf Jahren.
- (3) Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der *Emittentin* stehen die Zahlungsverpflichtungen der *Emittentin* gemäß den *Schuldverschreibungen* im Rang nach den nicht-nachrangigen *Anleihegläubiger* der *Emittentin*, aber zumindest im gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die nicht aufgrund ihrer Bedingungen nachrangig gegenüber den *Schuldverschreibungen* sind, sowie vorrangig gegenüber den Ansprüchen von Aktionären, Eigentümern von (anderen) Instrumenten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1*) gemäß Artikel 28 CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1*) gemäß Artikel 52 CRR der *Emittentin* und alle anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die gemäß ihren Bedingungen als nachrangig gegenüber den *Schuldverschreibungen* sind.

- (4) Forderungen der *Emittentin* dürfen nicht gegen Rückzahlungspflichten der *Emittentin* gemäß diesen *Schuldverschreibungen* aufgerechnet werden und für die *Schuldverschreibungen* dürfen keine vertraglichen Sicherheiten durch die *Emittentin* oder einen Dritten bestellt werden. Durch nachträgliche Vereinbarung darf weder die Nachrangigkeit gemäß diesem § 2 eingeschränkt werden, noch darf die Fälligkeit der *Schuldverschreibungen*, geändert werden.]

[Für fundierte Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

- (1) Die *Schuldverschreibungen* begründen nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die untereinander und mit allen anderen nicht-nachrangigen fundierten *Schuldverschreibungen* desselben Deckungsstocks (wie nachstehend definiert) der *Emittentin* gleichrangig sind.
- (2) Die *Schuldverschreibungen* werden gemäß dem Gesetz betreffend fundierte Bankschuldverschreibungen (FBSchVG) durch die gesonderten Deckungswerte des Deckungsstocks für hypothekarisch fundierte Bankschuldverschreibungen (der "**Deckungsstock**") besichert, welche zur vorzugsweisen Deckung aller durch diesen Deckungsstock besicherten fundierten Bankschuldverschreibungen der *Emittentin* bestimmt sind (hauptsächlich Werte gemäß § 1 Abs 5 Z 1 und 2 FBSchVG). Die Deckungswerte für *Schuldverschreibungen* werden im Deckungsregister eingetragen, welches von der *Emittentin* gemäß dem FBSchVG geführt wird.]

**§ 3
(Zinsen)**

[Falls die Schuldverschreibungen anfänglich mit einem Fixzinssatz ausgestattet sind, einfügen:

- (1) **Fixer Zinssatz und fixe Zinszahlungstage.** Die *Schuldverschreibungen* werden bezogen auf ihren [Nennbetrag/Nennwert] ab dem [Verzinsungsbeginn (EB Punkt 6) einfügen] (der "Fixverzinsungsbeginn") (einschließlich) bis zum [Ende der Fixzinsperiode (EB Punkt 18) einfügen] (einschließlich) jährlich mit einem fixen Zinssatz von [fixen Zinssatz (EB Punkt 18) einfügen]% per annum (der "fixe Zinssatz") verzinst.]

([1][2]) **Basiswertabhängige Verzinsung.** Diese *Schuldverschreibungen* mit *basiswertabhängiger Verzinsung* ("**Schuldverschreibungen mit basiswertabhängiger Verzinsung**") werden bezogen auf ihren [Nennbetrag/Nennwert] ab dem [Verzinsungsbeginn (EB Punkt 6) bzw letzten Fixzinsszahlungstag (EB Punkt 18) einfügen] (der "**Basiswertabhängige Verzinsungsbeginn**" und [zusammen mit dem Fixverzinsungsbeginn, ein] "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum ersten *basiswertabhängigen Zinszahlungstag* (ausschließlich) und anschließend von jedem *basiswertabhängigen Zinszahlungstag* (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden *basiswertabhängigen Zinszahlungstag* (ausschließlich), [Im Falle

eines Verzinsungsendes (EB Punkt 18) einfügen: längstens aber bis zum [Verzinsungsende (EB Punkt 18) einfügen] (ausschließlich) wie folgt verzinst:

- (a) **Basiswert.** Die Verzinsung ist abhängig von der Entwicklung des Marktpreises des nachfolgend beschriebenen *Basiswerts* (der "**Basiswert**"), allenfalls angepasst gemäß § 5 wie folgt:

[Informationen zum Basiswert (EB Punkt 18) einfügen (Referenzwerte, Referenzstellen, etc)]

- (b) **Zinssatz.** Die Formel zur Errechnung des basiswertabhängigen Zinssatzes (der "**basiswertabhängige Zinssatz**" und [zusammen mit dem fixen Zinssatz] ein "**Zinssatz**"), das Verfahren zu dessen Feststellung und/oder sonstige Details zur Verzinsung finden sich nachstehend (Der Zinssatz ist in jedem Fall größer oder gleich null).

[Für standsabhängige Verzinsung (gemäß EB Punkt 18) einfügen:

$$\text{Zinssatz} = \text{AdditiveM arg in\%} + \text{Partizipationsfaktor} * \text{Basiswert}_{\text{aktuell}}$$

wobei:

$$\text{AdditiveM arg in} = \quad \text{[Additive Margin (EB Punkt 18) einfügen]}$$

$$\text{Partizipationsfaktor} = \quad \text{[Partizipationsfaktor (EB Punkt 18) einfügen]}$$

$$\text{Basiswert}_{\text{aktuell}} = \quad \text{der Schlusskurs des Basiswerts zum Basiswertfeststellungstag}$$

"Basiswertfeststellungstage" sind **[Basiswertfeststellungstage (EB Punkt 18) einfügen]**

[Für ertragsabhängige Verzinsung (gemäß EB Punkt 18) einfügen:

$$\text{Zinssatz} = \text{AdditiveM arg in\%} + \text{Partizipationsfaktor} * \frac{\text{Basiswert}_{\text{aktuell}} - \text{Basiswert}_{\text{aktuell-1}}}{\text{Basiswert}_{\text{aktuell-1}}}$$

wobei:

$$\text{AdditiveM arg in} = \quad \text{[Additive Margin (EB Punkt 18) einfügen]}$$

$$\text{Partizipationsfaktor} = \quad \text{[Partizipationsfaktor(EB Punkt 18) einfügen]}$$

$$\text{Basiswert}_{\text{aktuell}} = \quad \text{der Schlusskurs des Basiswerts zum Basiswertfeststellungstag}$$

$Basiswert_{aktuell-1}$ = der Schlusskurs des *Basiswerts* zum letzten vergangenen *Basiswertfeststellungstag*

"**Basiswertfeststellungstage**" sind [**Basiswertfeststellungstage (EB Punkt 18) einfügen**]

[Für ereignisabhängige Verzinsung (gemäß EB Punkt 18) einfügen:

$$Zinssatz = falls \left\{ \begin{array}{l} \text{Bedingunge erfüllt;} \\ \text{dann } CashFlow1 \\ \text{sonst } CashFlow2 \end{array} \right.$$

wobei:

Bedingunge erfüllt = [**Bedingung (EB Punkt 18) einfügen**]

CashFlow1 = [**Cashflow 1 (EB Punkt 18) einfügen**]

CashFlow2 = [**Cashflow 2 (EB Punkt 18) einfügen**]

(c) **Veröffentlichung.** Der für die Berechnung des *basiswertabhängigen Zinssatzes* maßgebliche Wert des *Basiswertes* wird gemäß § 12 veröffentlicht.

[Im Falle eines *Maximal- und/oder Mindestzinssatzes (EB Punkt 20) einfügen*:

[**Maximalzinssatz**] [und] [**Mindestzinssatz**]. Der *basiswertabhängige Zinssatz* ist durch [den *Maximalzinssatz* von [**Maximalzinssatz einfügen**]] [und] [den *Mindestzinssatz* von [**Mindestzinssatz einfügen**]] begrenzt.]

[Im Falle eines *Zielzinsbetrags (Target Coupon) (EB Punkt 20) einfügen*:

Der auf eine *Schuldverschreibung* für eine Zinsperiode zu zahlende maximale Zinsbetrag entspricht dem Ergebnis der Subtraktion (a) des *Zielzinsbetrags* von [**Zielzinsbetrag einfügen**] und (b) der Summe der je [**Nennbetrag**] [**Nennwert**] für alle vorausgehenden Zinsperioden gezahlten Zinsbeträge.]

([2]) **Fälligkeit der Zinsen.** Der *Zinsbetrag* (wie unten definiert) ist an jedem *Zinszahlungstag* (wie unten definiert) zahlbar.

- ([3]) **Zinsbetrag.** Die *Berechnungsstelle* wird zu oder baldmöglichst nach jedem Zeitpunkt, an dem der maßgebliche *Zinssatz* zu bestimmen ist, den auf die *Schuldverschreibungen* zahlbaren *Zinsbetrag* (der "**Zinsbetrag**") für die entsprechende *Zinsperiode* berechnen. Der *Zinsbetrag* wird ermittelt, indem der *Zinssatz* und der *Zinstagequotient* (wie nachstehend definiert) auf die einzelnen [*Nennwerte/Nennbeträge*] der *Schuldverschreibungen* angewendet werden, wobei der resultierende Betrag auf die kleinste Einheit der festgelegten *Währung* auf- oder abgerundet wird, wobei 0,5 solcher Einheiten aufgerundet werden.
- ([4]) **Mitteilung von Zinssatz und Zinsbetrag.** Die *Berechnungsstelle* wird veranlassen, dass der *Zinssatz*, der *Zinsbetrag* für die jeweilige *Zinsperiode*, die jeweilige *Zinsperiode* und der betreffende *Zinszahlungstag* der *Emittentin* und den *Anleihegläubigern* gemäß § 12 baldmöglichst nach deren Bestimmung mitgeteilt werden; die *Berechnungsstelle* wird diese Mitteilung ferner auch gegenüber jeder Börse vornehmen, an der die betreffenden *Schuldverschreibungen* zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen, wobei die Mitteilung baldmöglichst nach der Bestimmung zu erfolgen hat. Im Fall einer Verlängerung oder Verkürzung der *Zinsperiode* können der mitgeteilte *Zinsbetrag* und *Zinszahlungstag* ohne Vorankündigung nachträglich angepasst (oder andere geeignete Anpassungsmaßnahmen getroffen) werden. Jede solche Anpassung wird umgehend allen Börsen, an denen die *Schuldverschreibungen* zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen, sowie den *Anleihegläubigern* mitgeteilt.
- ([5]) **Verzugszinsen.** Wenn die *Emittentin* eine fällige Zahlung auf die *Schuldverschreibungen* aus irgendeinem Grund nicht leistet, wird der ausstehende Betrag ab dem *Endfälligkeitstag* (einschließlich) bis zum Tag der vollständigen Zahlung an die *Anleihegläubiger* (ausschließlich) weiterhin in der Höhe des *basiswertabhängigen Zinssatzes* verzinst. Weitergehende Ansprüche der *Anleihegläubiger* bleiben unberührt.
- ([6]) **Zinszahlungstage und Zinsperioden.**

[Im Fall von festgelegten Fixzinszahlungstagen (EB Punkt 20) einfügen:
"Fixzinszahlungstag" bedeutet [**festgelegte Fixzinszahlungstage (EB Punkt 20) einfügen**]. "Fixzinsperiode" bedeutet den Zeitraum ab dem *Verzinsungsbeginn* (einschließlich) bis zum ersten *Fixzinszahlungstag* (ausschließlich) und jeden weiteren Zeitraum von einem *Fixzinszahlungstag* (einschließlich) bis zum folgenden *Fixzinszahlungstag* (ausschließlich). [Die [*erste/letzte*] *Fixzinsperiode* ist [*kurz/lang*], sie beginnt am [**Datum Beginn Fixzinsperiode (EB Punkt 20) einfügen**] und endet am [**Datum Ende Fixzinsperiode (EB Punkt 20) einfügen**].] Der erste Fixzinszahlungstag ist der [**Datum des ersten Fixzinszahlungstags (EB Punkt 20) einfügen**] [(*langer/kurzer erster Kupon*)].]

[Im Fall von festgelegten Fixzinsperioden (EB Punkt 20) einfügen: "Fixzinszahlungstag" bedeutet jeweils den Tag, der auf den Ablauf der festgelegten Fixzinsperiode von **[festgelegten Fixzinsperiode (EB Punkt 20) einfügen]** (jeweils eine "Fixzinsperiode") nach dem vorhergehenden Fixzinszahlungstag, oder im Fall des ersten Fixzinszahlungstags, nach dem Verzinsungsbeginn, folgt. [Die [erste/letzte] Fixzinsperiode ist [kurz/lang], sie beginnt am **[Datum Beginn Fixzinsperiode (EB Punkt 20) einfügen]** und endet am **[Datum Ende Fixzinsperiode (EB Punkt 20) einfügen].]**

[Im Fall von festgelegten basiswertabhängigen Zinszahlungstagen (EB Punkt 20) einfügen: "Basiswertabhängiger Zinszahlungstag" (und [zusammen mit dem Fixzinszahlungstag,] ein "Zinszahlungstag") bedeutet **[festgelegte basiswertabhängige Zinszahlungstage (EB Punkt 20) einfügen].** "Basiswertabhängige Zinsperiode" (und [zusammen mit der Fixzinsperiode,] ein "Zinsperiode") bedeutet den Zeitraum ab dem *basiswertabhängigen Verzinsungsbeginn* (einschließlich) bis zum ersten *basiswertabhängigen Zinszahlungstag* (ausschließlich) und jeden weiteren Zeitraum von einem *basiswertabhängigen Zinszahlungstag* (einschließlich) bis zum folgenden *basiswertabhängigen Zinszahlungstag* (ausschließlich). [Die [erste/letzte] *basiswertabhängige Zinsperiode* ist [kurz/lang], sie beginnt am **[Datum Beginn basiswertabhängige Zinsperiode (EB Punkt 20) einfügen]** und endet am **[Datum Ende basiswertabhängige Zinsperiode (EB Punkt 20) einfügen].]** Der erste *basiswertabhängige Zinszahlungstag* ist der **[Datum des ersten basiswertabhängigen Zinszahlungstags (EB Punkt 20) einfügen]** [(langer/kurzer erster Kupon)].]

[Im Fall von festgelegten basiswertabhängigen Zinsperioden (EB Punkt 20) einfügen: "Basiswertabhängiger Zinszahlungstag" (und [zusammen mit dem Fixzinszahlungstag,] ein "Zinszahlungstag") bedeutet jeweils den Tag, der auf den Ablauf der festgelegten *basiswertabhängigen Zinsperiode* von **[festgelegten basiswertabhängige Zinsperiode (EB Punkt 20) einfügen]** (jeweils eine "basiswertabhängige Zinsperiode") nach dem vorhergehenden *basiswertabhängigen Zinszahlungstag*, oder im Fall des ersten *basiswertabhängigen Zinszahlungstags*, nach dem *basiswertabhängigen Verzinsungsbeginn*, folgt. [Die [erste/letzte] *basiswertabhängige Zinsperiode* ist [kurz/lang], sie beginnt am **[Datum des Beginns der basiswertabhängigen Zinsperiode (EB Punkt 20) einfügen]** und endet am **[Datum des Endes der basiswertabhängigen Zinsperiode (EB Punkt 20) einfügen].]**

[Für Schuldverschreibungen mit anfänglicher fixer Verzinsung einfügen:

Fällt ein *Fixzinszahlungstag* auf einen Tag, der kein *Geschäftstag* (wie in § 7 (2) definiert) ist, wird der Zahlungstermin:

[Bei Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Punkt 20) einfügen: auf den nächstfolgenden *Geschäftstag* verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der

Fixzinszahlungstag auf den unmittelbar vorausgehenden *Geschäftstag* vorgezogen.]

[Bei Anwendung der Floating Rate Note Konvention ("FRN Convention") (EB Punkt 20) einfügen: auf den nächstfolgenden *Geschäftstag* verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall (i) wird der *Fixzinszahlungstag* auf den unmittelbar vorausgehenden *Geschäftstag* vorgezogen und (ii) ist jeder nachfolgende *Fixzinszahlungstag* der jeweils letzte *Geschäftstag* des Monats, der **[●] Monate** [die festgelegte *Zinsperiode*] nach dem vorhergehenden anwendbaren *Zinszahlungstag* liegt.]

[Bei Anwendung der Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Punkt 20) einfügen: auf den nächstfolgenden *Geschäftstag* verschoben.]

[Im Falle der Anwendung der Vorangegangener-Geschäftstag-Konvention (EB Punkt 20) einfügen: auf den unmittelbar vorausgehenden *Geschäftstag* vorgezogen.]]

Fällt ein *basiswertabhängiger Zinszahlungstag* auf einen Tag, der kein *Geschäftstag* (wie in § 7 (2) definiert) ist, wird der Zahlungstermin:

[Bei Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Punkt 20) einfügen: auf den nächstfolgenden *Geschäftstag* verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der *basiswertabhängige Zinszahlungstag* auf den unmittelbar vorausgehenden *Geschäftstag* vorgezogen.]

[Bei Anwendung der Floating Rate Note Konvention ("FRN Convention") (EB Punkt 20) einfügen: auf den nächstfolgenden *Geschäftstag* verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall (i) wird der *basiswertabhängige Zinszahlungstag* auf den unmittelbar vorausgehenden *Geschäftstag* vorgezogen und (ii) ist jeder nachfolgende *basiswertabhängige Zinszahlungstag* der jeweils letzte *Geschäftstag* des Monats, der **[●] Monate** [die festgelegte *basiswertabhängige Zinsperiode*] nach dem vorhergehenden anwendbaren *basiswertabhängigen Zinszahlungstag* liegt.]

[Bei Anwendung der Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Punkt 20) einfügen: auf den nächstfolgenden *Geschäftstag* verschoben.]

[Im Falle der Anwendung der Vorangegangener-Geschäftstag-Konvention (EB Punkt 20) einfügen: auf den unmittelbar vorausgehenden *Geschäftstag* vorgezogen.]

[Für Schuldverschreibungen mit anfänglich fixer Verzinsung einfügen:

[Falls die Fixzinsperiode (EB Punkt 12) angepasst wird, einfügen:

Falls ein *Fixzinszahlungstag* (wie oben beschrieben) verschoben wird, wird die *Fixzinsperiode* entsprechend angepasst.]

[Falls die Fixzinsperiode (EB Punkt 12) nicht angepasst wird, einfügen:

Falls ein *Fixzinszahlungstag* (wie oben beschrieben) verschoben wird, wird die *Fixzinsperiode* nicht entsprechend angepasst. Die *Anleihegläubiger* sind nicht berechtigt, zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen auf Grund dieser Verschiebung zu verlangen.]]

[Falls die basiswertabhängige Zinsperiode (EB Punkt 12) angepasst wird, einfügen:

Falls ein *basiswertabhängiger Zinszahlungstag* (wie oben beschrieben) verschoben wird, wird die *basiswertabhängige Zinsperiode* entsprechend angepasst.]

[Falls die basiswertabhängige Zinsperiode (EB Punkt 12) nicht angepasst wird, einfügen:

Falls ein *basiswertabhängiger Zinszahlungstag* (wie oben beschrieben) verschoben wird, wird die *basiswertabhängige Zinsperiode* nicht entsprechend angepasst. Die *Anleihegläubiger* sind nicht berechtigt, zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen auf Grund dieser Verschiebung zu verlangen.]

[Für Schuldverschreibungen mit anfänglich fixer Verzinsung einfügen:

[(7)] "**Zinstagequotient**" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Betrages für einen beliebigen Zeitraum mit fixer Verzinsung (der "**Zinsberechnungszeitraum**"):

[Im Falle der Anwendung von Actual/Actual (ICMA) (EB Punkt 11) einfügen:

- (i) Falls der *Zinsberechnungszeitraum* gleich oder kürzer als die *Zinsperiode* ist, innerhalb welcher er fällt, die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch das Produkt (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in der jeweiligen *Zinsperiode* und (B) der Anzahl der *Zinsperioden* in einem Jahr.
- (ii) Falls der *Zinsberechnungszeitraum* länger als eine *Zinsperiode* ist, die Summe: (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen *Zinsberechnungszeitraum*, der in die *Zinsperiode* fällt, in der er beginnt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser *Zinsperiode* und (y) die Anzahl von *Zinsperioden*

in einem Jahr, und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen *Zinsberechnungszeitraum*, der in die nächste *Zinsperiode* fällt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser *Zinsperiode* und (y) die Anzahl von *Zinsperioden* in einem Jahr.]

[Im Falle der Anwendung von 30/360 (EB Punkt 11) einfügen:

Die Anzahl von Tagen im jeweiligen *Berechnungszeitraum*, dividiert durch 360 (wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der diesen Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist)).]

[Im Falle der Anwendung von 30E/360 oder Eurobond Basis (EB Punkt 11) einfügen:

Die Anzahl der Tage im *Zinsberechnungszeitraum* dividiert durch 360 (es sei denn, im Fall des letzten *Zinsberechnungszeitraumes* fällt der *Endfälligkeitstag* auf den letzten Tag des Monats Februar, in welchem Fall der Monat Februar als nicht auf einen Monat zu 30 Tagen verlängert gilt).]

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 oder Actual/Actual (ISDA) (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch 365 (oder, falls ein Teil dieses *Zinsberechnungszeitraumes* in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (i) der tatsächlichen Anzahl der in das Schaltjahr fallenden Tage des *Zinsberechnungszeitraumes* dividiert durch 366 und (ii) die tatsächliche Anzahl der nicht in das Schaltjahre fallenden Tage des *Zinsberechnungszeitraumes* dividiert durch 365).]

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 (Fixed) (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum* dividiert durch 365.]

[Im Falle der Anwendung von Actual/360 (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch 360.]]

([8]) "**Zinstagequotient**" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Betrages für einen beliebigen Zeitraum mit basiswertabhängiger Verzinsung (der "**Zinsberechnungszeitraum**"):

[Im Falle der Anwendung von Actual/Actual (ICMA) (EB Punkt 11) einfügen:

- (i) Falls der *Zinsberechnungszeitraum* gleich oder kürzer als die *Zinsperiode* ist, innerhalb welcher er fällt, die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch das Produkt (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in der jeweiligen *Zinsperiode* und (B) der Anzahl der *Zinsperioden* in einem Jahr.
- (ii) Falls der *Zinsberechnungszeitraum* länger als eine *Zinsperiode* ist, die Summe: (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen *Zinsberechnungszeitraum*, der in die *Zinsperiode* fällt, in der er beginnt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser *Zinsperiode* und (y) die Anzahl von *Zinsperioden* in einem Jahr, und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen *Zinsberechnungszeitraum*, der in die nächste *Zinsperiode* fällt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser *Zinsperiode* und (y) die Anzahl von *Zinsperioden* in einem Jahr.]

[Im Falle der Anwendung von 30/360 (EB Punkt 11) einfügen:

Die Anzahl von Tagen im jeweiligen *Berechnungszeitraum*, dividiert durch 360 (wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der diesen Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist)).]

[Im Falle der Anwendung von 30E/360 oder Eurobond Basis (EB Punkt 11) einfügen:

Die Anzahl der Tage im *Zinsberechnungszeitraum* dividiert durch 360 (es sei denn, im Fall des letzten *Zinsberechnungszeitraumes* fällt der *Endfälligkeitstag* auf den letzten Tag des Monats Februar, in welchem Fall der Monat Februar als nicht auf einen Monat zu 30 Tagen verlängert gilt).]

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 oder Actual/Actual (ISDA) (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch 365 (oder, falls ein Teil dieses *Zinsberechnungszeitraumes* in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (i) der tatsächlichen Anzahl der in das Schaltjahr fallenden Tage des *Zinsberechnungszeitraumes* dividiert durch 366 und (ii) die tatsächliche Anzahl der nicht in das Schaltjahre fallenden Tage des *Zinsberechnungszeitraumes* dividiert durch 365).]

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 (Fixed) (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum* dividiert durch 365.]

[Im Falle der Anwendung von Actual/360 (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch 360.]

**§ 4
(Rückzahlung)**

- (1) **Rückzahlung bei Endfälligkeit.** Die *Schuldverschreibungen* werden zu ihrem *Rückzahlungsbetrag* von [**Rückzahlungsbetrag (EB Punkt 21) einfügen**] [%] [des *Nennbetrags*/je Stück] (der "**Rückzahlungsbetrag**") am [**Endfälligkeitstag (EB Punkt 9) einfügen**] (der "**Endfälligkeitstag**") zurückgezahlt.

[Falls in den EB (EB Punkt 23) vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen:

- (2) **Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.** Es steht der *Emittentin* frei, [zum] [zu jedem] [**Wahlrückzahlungstag(e) (Call) (EB Punkt 23) einfügen**] ([der] [jeweils ein] "**Wahlrückzahlungstag (Call)**") die *Schuldverschreibungen* vollständig oder teilweise zu kündigen und zu ihrem *Wahlrückzahlungsbetrag (Call)* (wie nachstehend definiert) zuzüglich bis zum *Wahlrückzahlungstag (Call)* aufgelaufener Zinsen zurückzuzahlen, nachdem sie die *Anleihegläubiger* mindestens [**Kündigungsfrist (EB Punkt 23) einfügen**] *Geschäftstage* vor dem *Wahlrückzahlungstag (Call)* gemäß § 12 benachrichtigt hat (wobei diese Erklärung den für die Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* festgelegten *Wahlrückzahlungstag (Call)* angeben muss).

[Für Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

Eine solche Kündigung und vorzeitige Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* nach Wahl der *Emittentin* vor dem Ende der Laufzeit des *Schuldverschreibungen* ist nur zulässig, sofern der Zeitpunkt der Emission mindestens fünf Jahre

zurückliegt und die Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (5) erfüllt sind.]]

[Falls keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen:

- (2) **Keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.** Die Emittentin ist **[im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:** mit Ausnahme des § 4 (4) der Emissionsbedingungen] nicht berechtigt, die *Schuldverschreibungen* zu kündigen und vorzeitig zurückzuzahlen.]

[Falls bei nicht-nachrangigen oder fundierten Schuldverschreibungen in den EB (EB Punkt 24) vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger vorgesehen ist, einfügen:

- (3) **Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger.** Sofern ein *Anleihegläubiger* der *Emittentin* die entsprechende Absicht in Form einer schriftlichen Ausübungserklärung (entsprechende Formulare sind bei der *Emittentin* erhältlich) **[Kündigungsfrist (EB Punkt 24) einfügen]** *Geschäftstage* im Voraus mitteilt, hat die *Emittentin* die entsprechenden *Schuldverschreibungen* am **[Wahlrückzahlungstag (Put) (EB Punkt 24) einfügen]** (jeweils ein "**Wahlrückzahlungstag (Put)**") zu ihrem *Wahlrückzahlungsbetrag (Put)* (wie nachstehend definiert) zuzüglich bis zum *Wahlrückzahlungstag (Put)* aufgelaufener Zinsen zurückzuzahlen. Ein Widerruf einer erfolgten Ausübung dieses Rechts ist nicht möglich.

Falls die Ausübungserklärung am letzten Tag der Kündigungsfrist vor dem *Wahlrückzahlungstag (Put)* nach 17:00 Uhr Wiener Zeit bei der *Emittentin* eingeht, ist das Wahlrecht nicht wirksam ausgeübt. Die Ausübungserklärung hat anzugeben: (i) **[den Gesamtnennbetrag]** **[die Gesamtstückzahl]** der *Schuldverschreibungen*, für die das Wahlrecht ausgeübt wird und (ii) die ISIN dieser *Schuldverschreibungen* (soweit vergeben). Für die Ausübungserklärung kann ein Formular, wie es bei der *Emittentin* erhältlich ist, verwendet werden. Die Rückzahlung der *Schuldverschreibungen*, für welche das Wahlrecht ausgeübt worden ist, erfolgt nur gegen Lieferung der *Schuldverschreibungen* an die *Emittentin* oder deren Order.]

[Falls bei nicht-nachrangigen oder fundierten Schuldverschreibungen in den EB (EB Punkt 24) keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger vorgesehen ist sowie im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1), einfügen:

- (3) **Keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger.** Die *Anleihegläubiger* sind nicht berechtigt, die *Schuldverschreibungen* zu kündigen und die vorzeitige Rückzahlung zu verlangen.]

[Im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

(4) Vorzeitige Rückzahlung aus aufsichtsrechtlichen oder steuerlichen Gründen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit vor dem Endfälligkeitstag ganz, aber nicht teilweise die Schuldverschreibungen zu kündigen und zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag samt bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen an die Anleihegläubiger zurückzuzahlen, sofern

- (i) die *Emittentin* nicht weniger als dreißig und nicht mehr als sechzig Tage vor der beabsichtigten Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* die *Anleihegläubiger* von der Kündigung verständigt, wobei eine solche Kündigung unwiderruflich ist;
- (ii) (A) sich die aufsichtsrechtliche Einstufung der *Schuldverschreibungen* ändert, was wahrscheinlich zu ihrem gänzlichen oder teilweisen Ausschluss aus den Eigenmitteln oder ihrer Neueinstufung als Eigenmittel geringerer Qualität führen würde, und die folgenden Bedingungen erfüllt sind: (x) die *Zuständige Behörde* (wie nachstehend definiert) hält es für ausreichend sicher, dass eine solche Änderung stattfindet; (y) die *Emittentin* weist der *Zuständigen Behörde* hinreichend nach, dass zum Zeitpunkt der Emission der *Schuldverschreibungen* die aufsichtsrechtliche Neueinstufung für die *Emittentin* nicht vorherzusehen war; oder sich die geltende steuerliche Behandlung der *Schuldverschreibungen* ändert, und die Emittentin der *Zuständigen Behörde* in Übereinstimmung mit und gemäß Artikel 78 Absatz 4 CRR hinreichend nachweist, dass diese Änderung wesentlich ist und zum Zeitpunkt der Emission der *Schuldverschreibungen* nicht vorherzusehen war; und
- (iii) die Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (5) erfüllt sind.

(5) Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung.

Eine vorzeitige Rückzahlung nach **[falls vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen: Absatz 2 oder]** Absatz 4 dieses § 4 setzt voraus, dass die zur Beaufsichtigung der *Emittentin* befugte Behörde gemäß Artikel 4 Absatz 1 Nr 40 CRR (die "**Zuständige Behörde**") der *Emittentin* zuvor die Erlaubnis zur vorzeitigen Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* in Übereinstimmung mit Artikel 78 CRR erteilt hat, wobei diese Erlaubnis unter anderem voraussetzen kann, dass:

- (i) die *Emittentin* vor oder gleichzeitig mit der vorzeitigen Rückzahlung die *Schuldverschreibungen* durch Eigenmittelinstrumente zumindest gleicher

Qualität zu Bedingungen ersetzt, die im Hinblick auf die Ertragsmöglichkeiten der Emittentin nachhaltig sind; oder

- (ii) die *Emittentin* der *Zuständigen Behörde* hinreichend nachgewiesen hat, dass die Eigenmittel der *Emittentin* nach der vorzeitigen Rückzahlung die Anforderungen nach Artikel 92 Absatz 1 CRR und die kombinierte Kapitalpufferanforderung im Sinne des Artikels 128 Nr. 6 der Richtlinie 2013/36/EU um eine Spanne übertreffen, die die Zuständige Behörde auf der Grundlage des Artikels 104 Absatz 3 der Richtlinie 2013/36/EU gegebenenfalls für erforderlich hält.]

[Falls Definitionen anwendbar, einfügen:

(4)/(6) **Definitionen:**

[Im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen: "Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag" meint **[falls in den EB (EB Punkt 22) "standard" angegeben ist, einfügen:** [den von der *Emittentin* nach billigem Ermessen als angemessener Marktpreis der *Schuldverschreibungen* festgelegten Betrag] [●].]

[Falls Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin anwendbar ist, einfügen: "Wahrrückzahlungsbetrag (Call)" meint **[falls in den EB (EB Punkt 23) besonderes vorgesehen ist, einfügen, anderenfalls einfügen:** [den [Nennbetrag/Nennwert] der *Schuldverschreibungen*] [●].]

[Falls Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger anwendbar ist, einfügen: "Wahrrückzahlungsbetrag (Put)" meint **[falls in den EB (EB Punkt 24) besonderes vorgesehen ist, einfügen, anderenfalls einfügen:** [den [Nennbetrag/Nennwert] der *Schuldverschreibungen*] [●].]

[Falls bei nicht-nachrangigen oder fundierten Schuldverschreibungen in den EB (EB Punkt 25) Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung, einer Absicherungs-Störung und/oder Gestiegenen Absicherungs-Kosten vorgesehen ist, einfügen:

(4)/(5)/(7) **Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen [einer Rechtsänderung] [,] [und/oder] [einer Absicherungs-Störung] [und/oder] [Gestiegenen Absicherungs-Kosten].** Die *Emittentin* ist berechtigt, die *Schuldverschreibungen* jederzeit vor dem *Endfälligkeitstag* bei Vorliegen [einer *Rechtsänderung*] [,] [und/oder] [*Absicherungs-Störung*] [und/oder] [*Gestiegenen Absicherungs-Kosten*] (wie [jeweils] nachstehend definiert) zu ihrem *Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag* (wie nachstehend definiert) vorzeitig zurückzahlen. Die *Emittentin* wird die *Schuldverschreibungen* einer solchen Serie vollständig (aber nicht nur teilweise) am zweiten *Geschäftstag* zurückzahlen, nachdem die Mitteilung der vorzeitigen Rückzahlung gemäß § 10 zugegangen ist,

vorausgesetzt, dass dieser Tag nicht später als zwei *Geschäftstage* (wie in § 5 (2) definiert) vor dem *Endfälligkeitstag* liegt (der "**Vorzeitige Rückzahlungstag**").

Wobei:

[Rechtsänderung bedeutet, dass aufgrund (A) des Inkrafttretens von Änderungen der Gesetze oder Verordnungen (einschließlich aber nicht beschränkt auf Steuergesetze) oder (B) der Änderungen der Auslegung von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen, die für die entsprechenden Gesetze oder Verordnungen relevant sind (einschließlich der Aussagen der Steuerbehörden) die *Emittentin* feststellt, dass die Kosten, die mit den Verpflichtungen unter den *Schuldverschreibungen* verbunden sind, wesentlich gestiegen sind (einschließlich aber nicht beschränkt auf Erhöhungen der Steuerverpflichtungen, der Senkung von steuerlichen Vorteilen oder anderen negativen Auswirkungen auf die steuerrechtliche Behandlung), falls solche Änderungen an oder nach dem *Begebungstag* wirksam werden.]

[Absicherungs-Störung bedeutet, dass die *Emittentin* nicht in der Lage ist, unter Anwendung wirtschaftlich vernünftiger Bemühungen, (A) Transaktionen abzuschließen, fortzuführen oder abzuwickeln bzw Vermögenswerte zu erwerben, auszutauschen, zu halten oder zu veräußern, welche die *Emittentin* zur Absicherung von Preisrisiken im Hinblick auf ihre Verpflichtungen aus den entsprechenden *Schuldverschreibungen* der maßgeblichen Serie für notwendig erachtet, oder sie (B) nicht in der Lage ist, die Erlöse aus den Transaktionen bzw Vermögenswerten zu realisieren, zurückzugewinnen oder weiterzuleiten.]

[Gestiegene Absicherungs-Kosten bedeutet, dass die *Emittentin* im Vergleich zum *Begebungstag* einen wesentlich höheren Betrag an Steuern, Abgaben, Aufwendungen und Gebühren (außer Maklergebühren) entrichten muss, um (A) Transaktionen abzuschließen, fortzuführen oder abzuwickeln bzw Vermögenswerte zu erwerben, auszutauschen, zu halten oder zu veräußern, welche die *Emittentin* zur Absicherung von Preisrisiken im Hinblick auf ihre Verpflichtungen aus den entsprechenden *Schuldverschreibungen* der maßgeblichen Serie für notwendig erachtet oder (B) Erlöse aus den Transaktionen bzw Vermögenswerten zu realisieren, zurückzugewinnen oder weiterzuleiten, unter der Voraussetzung, dass Beträge, die sich nur erhöht haben, weil die Kreditwürdigkeit der *Emittentin* zurückgegangen ist, nicht als Gestiegene Absicherungs-Kosten angesehen werden.]

Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag meint **[falls in den EB (EB Punkt 22) "standard" angegeben ist, einfügen:** den von der *Emittentin* nach billigem Ermessen als angemessener Marktpreis der *Schuldverschreibungen* festgelegten Betrag] **[Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag wie in EB Punkt 22 angegeben, einfügen].]**

§ 5 (Marktstörungen und Handelstagsausfall)

(1) **Auswirkungen einer Marktstörung und eines Handelstagsausfalls.** Eine *Marktstörung* oder ein *Handelstagsausfall* kann die Bewertung eines *Referenzwertes* bzw. von *Absicherungsmaßnahmen* der *Emittentin* in unvorhergesehener und nicht beabsichtigter Weise beeinflussen. Im Falle einer *Marktstörung* oder eines *Handelstagsausfalls* ist daher eine Anpassung der Bewertung des *Referenzwertes* wie folgt erforderlich:

- (a) Ist ein Tag, in Bezug auf den die *Berechnungsstelle* für die Zwecke dieser *Emissionsbedingungen* den Preis oder Stand eines *Referenzwertes* bestimmen muss, kein *Handelstag* (wie nachstehend definiert), erfolgt die Bestimmung des entsprechenden Preises oder Stands vorbehaltlich nachstehender Bestimmungen am nächstfolgenden *Handelstag*. Ein entsprechender für die Bestimmung vorgesehener Tag wird als "**Planmäßiger Bewertungstag**" bezeichnet.

"Handelstag" ist

[wenn der Referenzwert (EB Punkt 18) kein Basket ist bzw. ein Basiswertkorb ist und die separate Referenzwertbestimmung (EB Punkt 13) Anwendung findet, einfügen: (i) in Bezug auf einen *Referenzwert*, dessen *Referenzstelle* eine Börse, ein Handels- oder ein Notierungssystem ist und der nicht als *Multi-Exchange Index* ausgewiesen ist, ein Tag, an dem die *Referenzstelle* und gegebenenfalls die *Verbundene Börse* in Bezug auf diesen *Referenzwert* planmäßig zu ihrer/ihren jeweiligen regulären Handelszeit(en) für den Handel geöffnet sind, (ii) in Bezug auf einen als *Multi-Exchange Index* ausgewiesenen *Referenzwert* ein Tag, an dem (aa) der maßgebliche *Index-Sponsor* planmäßig den Stand dieses *Referenzwertes* veröffentlicht und (bb) jede gegebenenfalls vorhandene *Verbundene Börse* planmäßig zu ihren regulären Handelszeiten in Bezug auf diesen *Referenzwert* für den Handel geöffnet ist, und (iii) in Bezug auf einen *Referenzwert*, der nicht als *Multi-Exchange Index* ausgewiesen ist und bei dessen *Referenzstelle* es sich nicht um eine Börse, ein Handels- oder ein Notierungssystem handelt, ein *Geschäftstag*, an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte in dem Land/den Ländern, wo sich die jeweilige *Referenzstelle* für diesen *Referenzwert* befindet, geöffnet sind.]

[wenn der Referenzwert (EB Punkt 18) ein Basiswertkorb ist und die separate Referenzwertbestimmung (EB Punkt 13) keine Anwendung findet, einfügen: ein Tag, der (i) in Bezug auf jeden *Referenzwert*, dessen *Referenzstelle* eine Börse, ein Handels- oder ein Notierungssystem ist und der nicht als *Multi-Exchange Index* ausgewiesen ist, ein Tag, an dem die *Referenzstelle* und gegebenenfalls die *Verbundene Börse* in Bezug auf jeden dieser *Referenzwerte* planmäßig zu ihrer/ihren jeweiligen regulären

Handelszeit(en) für den Handel geöffnet sind, (ii) in Bezug auf jeden als *Multi-Exchange Index* ausgewiesenen *Referenzwert* ein Tag, an dem (aa) der *Index-Sponsor* planmäßig den Stand jedes dieser *Referenzwerte* veröffentlicht und (bb) jede gegebenenfalls vorhandene *Verbundene Börse* für jeden dieser *Referenzwerte* planmäßig zu ihren regulären Handelszeiten in Bezug auf jeden dieser *Referenzwerte* für den Handel geöffnet ist, und (iii) in Bezug auf jeden *Referenzwert*, der nicht als *Multi-Exchange Index* ausgewiesen ist und bei dessen *Referenzstelle* es sich nicht um eine Börse, ein Handels- oder ein Notierungssystem handelt, ein *Geschäftstag*, an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte in dem Land/den Ländern, wo sich die jeweilige *Referenzstelle* für jeden dieser *Referenzwerte* befindet, geöffnet sind.]

- (b) Liegt nach Auffassung der *Berechnungsstelle* an einem *Planmäßigen Bewertungstag* eine *Marktstörung* in Bezug auf einen *Referenzwert* vor, gilt Folgendes:

[Im Fall von keiner Separaten Referenzwertbestimmung (EB Punkt 13), einfügen: alle Bestimmungen an diesem *Planmäßigen Bewertungstag* werden für alle *Referenzwerte* (einschließlich des betroffenen *Referenzwerts*) auf den nächstfolgenden *Handelstag* verschoben, an dem keine *Marktstörung* in Bezug auf einen *Referenzwert* vorliegt.]

[Falls es sich beim Referenzwert (EB Punkt 18) nicht um einen Basiswertkorb handelt bzw zwar um einen Basket handelt, aber Separate Referenzwertbestimmung (EB Punkt 13) gilt, einfügen: wird die Bestimmung an diesem *Planmäßigen Bewertungstag* nur für einen betroffenen *Referenzwert* auf den nächstfolgenden *Handelstag* verschoben, an dem keine *Marktstörung* in Bezug auf diesen *Referenzwert* vorliegt.]

Dabei gilt: Wenn der nächstfolgende *Handelstag* nicht bis zum *Letztmöglichen Handelstag* nach dem *Planmäßigen Bewertungstag* eingetreten ist, bestimmt die *Berechnungsstelle* nach vernünftigem Ermessen den Preis oder Stand jedes unbestimmten *Referenzwerts* zum *Letztmöglichen Handelstag* nach dem *Planmäßigen Bewertungstag*; im Falle eines *Referenzwerts*, für den zu diesem Zeitpunkt eine *Marktstörung* vorliegt, handelt es sich dabei um jenen Preis oder Stand, der nach Feststellung der *Berechnungsstelle* unter Berücksichtigung der zum jeweiligen Zeitpunkt herrschenden Marktbedingungen bzw des zuletzt gemeldeten, veröffentlichten oder notierten Stands oder Preises des *Referenzwerts* sowie gegebenenfalls unter Anwendung der vor Eintritt der *Marktstörung* zuletzt geltenden Formel und Methode für die Berechnung des Preises oder Stands des *Referenzwerts*, ohne Eintritt einer *Marktstörung* vorgelegen hätte. Die *Berechnungsstelle* gibt eine entsprechende Bestimmung so bald wie vernünftigerweise praktikabel gemäß § 12 bekannt.

[Sofern es sich beim Referenzwert (EB Punkt 18) um einen Basiswertkorb handelt und Separate Referenzwertbestimmung (EB Punkt 13) vorgesehen ist, einfügen: Für die Zwecke dieses § 5 (1) gilt: Vorbehaltlich nachstehender Bestimmungen, sind sämtliche Bezugnahmen auf einen *Handelstag* als Bezugnahmen auf einen *Handelstag* zu verstehen, der bestimmt wurde, als sei der jeweilige *Referenzwert* der einzige *Referenzwert*; für Zwecke der Bestimmung, ob an einem Tag eine *Marktstörung* vorliegt, findet nachstehender § 5 (4) unten in Bezug auf jeden *Referenzwert* separat Anwendung, und darin enthaltene Bezugnahmen auf einen *Handelstag* beziehen sich auf einen *Handelstag*, der auf die vorstehend dargestellte Weise ausschließlich in Bezug auf den jeweiligen *Referenzwert* bestimmt wurde, wobei es sich, wenn für die Zwecke der *Emissionsbedingungen* an einem *Handelstag* eine Berechnung eines Werts oder Stands für jeden *Referenzwert* erforderlich ist, bei diesem *Handelstag* um einen *Handelstag* für alle *Referenzwerte* handeln muss.]

Zur Klarstellung: Wird eine durch die *Berechnungsstelle* vorzunehmende Bestimmung in Bezug auf einen Tag oder einen *Referenzwert* gemäß diesem § 5 (1) aufgeschoben, so gilt auch dieser Tag auf dieselbe Weise wie die jeweilige(n) Bestimmung(en) und unter Bezugnahme auf den/die jeweiligen betroffenen *Referenzwert(e)* bis zu dem Tag als aufgeschoben, an dem die entsprechenden aufgeschobenen Bestimmungen für den/die jeweiligen betroffenen *Referenzwert(e)* vorgenommen wurden.

[Sofern es sich bei dem Referenzwert oder bei einem Referenzwert um einen Zinssatz handelt, einfügen:

- (2) **Bestimmung von Zinssätzen.** Handelt es sich bei dem *Referenzwert* oder bei einem *Referenzwert* um einen *Zinssatz*, oder ist für Zwecke der Berechnung einer gemäß diesen *Emissionsbedingungen* fälligen Verbindlichkeit die Bestimmung eines Zinses unter Bezugnahme auf einen oder mehrere *Zinssätze* (jeweils ein "**Zinssatz**") erforderlich, gelten folgende Bestimmungen: Ist die Bestimmung des jeweiligen Zinses unter Bezugnahme auf den/die jeweiligen *Zinssatz/-sätze* gemäß den Vorschriften oder dem üblichen oder akzeptierten Verfahren zur Bestimmung dieses/-er *Zinssatzes/-sätze* aus Gründen, auf welche die *Berechnungsstelle* nach billigem Ermessen keinen Einfluss hat, an einem maßgeblichen Tag nicht möglich (sei es aufgrund der Nichtveröffentlichung eines Preises oder Werts oder aus einem anderen Grund), erfolgt die Bestimmung jedes betroffenen *Zinssatzes* auf Basis der *Zinssätze*, zu denen die *Referenzbanken* Einlagen in der jeweiligen Währung für diesen *Zinssatz* zum oder in etwa zum *Marktrelevanten Zeitpunkt* an diesem Tag führenden Banken des *Maßgeblichen Marktes* mit einer *Laufzeit* entsprechend der *Festgelegten Laufzeit* mit Beginn am jeweiligen Tag und in Höhe eines *Repräsentativen Betrags* anbieten. Die *Berechnungsstelle* fordert von der am *Maßgeblichen Markt* vertretenen Hauptgeschäftsstelle der *Referenzbanken* die Mitteilung des von ihr zugrunde gelegten *Zinssatzes* an. Liegen mindestens zwei der

angeforderten Notierungen vor, ist der maßgebliche *Zinssatz* für diesen Tag das arithmetische Mittel der Notierungen. Werden weniger als zwei Notierungen bereitgestellt, so ist der maßgebliche *Zinssatz* für diesen Tag das arithmetische Mittel der Zinssätze, die von der *Berechnungsstelle* ausgewählte große Banken im *Ersatzmarkt* zum *Zeitpunkt der Notierung* an diesem Tag führenden europäischen Banken für Darlehen in der jeweiligen Währung für diesen *Zinssatz* mit einer *Laufzeit* entsprechend der *Festgelegten Laufzeit* mit Beginn an diesem Tag und in Höhe eines *Repräsentativen Betrags* anbieten.]

(2)/(3) **Definitionen:**

["**Ersatzmarkt**" ist [**sofern sich der maßgebliche Zinssatz auf Darlehen in US-Dollar bzw einer anderen Währung als Euro bezieht, einfügen:** New York City] [**sofern sich der maßgebliche Zinssatz auf Darlehen in Euro bezieht, einfügen:** die Eurozone.]]

["**Eurozone**" ist die Region, die sich aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zusammensetzt, die den Euro gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in der jeweils gültigen Fassung, eingeführt haben.]

["**Festgelegte Laufzeit**" ist die *Laufzeit* der Darlehen, auf die sich der maßgebliche *Zinssatz* bezieht.]

["**Marktrelevanter Zeitpunkt**" ist in Bezug auf einen *Maßgeblichen Markt* oder *Ersatzmarkt* ca. 11.00 Uhr Ortszeit am jeweiligen Ort dieses *Maßgeblichen Marktes* bzw *Ersatzmarktes*, wobei in Bezug auf die *Eurozone* Brüssel als entsprechender Ort des Marktes gilt.]

["**Maßgeblicher Markt**" ist [**sofern sich der maßgebliche Zinssatz auf Darlehen in US-Dollar bzw einer anderen Währung als Euro bezieht, einfügen:** der Londoner Interbankenmarkt] [**sofern sich der maßgebliche Zinssatz auf Darlehen in Euro bezieht, einfügen:** der Interbankenmarkt der *Eurozone*].]

["**Referenzbanken**" sind vier von der *Berechnungsstelle* ausgewählte große Banken des *Maßgeblichen Marktes*, die die *Emittentin* und/oder eines ihrer Verbundenen Unternehmen einschließen können.]

["**Referenzstelle**" ist in Bezug auf die *Referenzwerte* bzw *Maßgeblichen Referenzwerte* die in den *Emissionsbedingungen* bei der Definition des "Basiswerts" angegebene Stelle(n) oder ein für die *Berechnungsstelle* akzeptabler und von dieser bestimmter Nachfolger einer entsprechenden *Referenzstelle*, bzw in Ermangelung entsprechender Angaben, die *Referenzstelle(n)*, die nach Festlegung der *Berechnungsstelle* für die Bestimmung des jeweiligen Stands oder Werts des *Referenzwerts* bzw

Maßgeblichen Referenzwerts und damit für dessen Bewertung maßgeblich ist bzw sind.]

["Repräsentativer Betrag" ist ein Betrag, der für eine einzelne Transaktion am jeweiligen Markt zum entsprechenden Zeitpunkt repräsentativ ist, wobei im Hinblick auf den *Maßgeblichen Markt*, sofern sich der maßgebliche *Zinssatz* auf Darlehen in Euro bezieht, eine Actual/360 Tage-Basis zugrunde gelegt wird.]

(3)/(4) Ereignisse und/oder Situationen, die eine Marktstörung begründen.

"Marktstörung" ist eine(s) der folgenden Ereignisse oder Situationen, sofern diese(s) nach Feststellung der *Berechnungsstelle* wesentlich für die Bewertung eines *Referenzwerts* oder von *Absicherungsmaßnahmen* der *Emittentin* in Bezug auf die Wertpapiere ist, wobei eine *Marktstörung* in Bezug auf einen *Maßgeblichen Referenzwert* als eine *Marktstörung* in Bezug auf den *verbundenen Referenzwert* gilt:

[Wenn die Referenzstelle (EB Punkt 13) für einen Referenzwert oder einen Maßgeblichen Referenzwert nach Bestimmung der Berechnungsstelle eine Börse oder ein Handels- oder Notierungssystem ist, einfügen:

- (a) Wenn, sofern die *Referenzstelle* für einen *Referenzwert* oder einen *Maßgeblichen Referenzwert* nach Bestimmung der *Berechnungsstelle* eine Börse oder ein Handels- oder Notierungssystem ist,
 - (i) die jeweilige *Verbundene Börse* oder *Referenzstelle* nicht für den Handel zu regulären Handelszeiten an einem *Handelstag* geöffnet ist; oder
 - (ii) (aa) der jeweilige *Index-Sponsor* den Stand eines *Referenzwerts* oder *Maßgeblichen Referenzwerts*, bei dem es sich um einen Index handelt, an einem *Handelstag* nicht veröffentlicht oder (bb) die jeweilige *Verbundene Börse* nicht für den Handel zu regulären Handelszeiten geöffnet ist; oder
 - (iii) an einem *Handelstag* zum Zeitpunkt der Notierung für einen *Referenzwert* oder *Maßgeblichen Referenzwert* bzw zu einem Zeitpunkt innerhalb der Stunde, die mit dem Zeitpunkt der Notierung für diesen *Referenzwert* oder *Maßgeblichen Referenzwert* endet, eines der folgenden Ereignisse eintritt oder vorliegt:
 - (A) eine Aussetzung oder Beschränkung des Handels durch die jeweilige *Referenzstelle* oder *Verbundene Börse* oder anderweitig (wegen Preisbewegungen, die die von der bzw den jeweilige(n) *Referenzstelle(n)* oder *Verbundenen Börse(n)* zugelassenen Grenzen überschreiten, oder aus anderen Gründen):

- (I) für einen *Referenzwert* oder *Maßgeblichen Referenzwert* an der jeweiligen *Referenzstelle* oder
 - (II) an der *Referenzstelle* insgesamt, sofern es sich bei dem *Referenzwert* nicht um einen *Multi-Exchange Index* handelt, oder
 - (III) für Options- oder Futures-Kontrakte auf oder in Bezug auf einen *Referenzwert* an einer *Verbundenen Börse* oder
 - (IV) an einer anderen Börse oder einem anderen Handels- oder Notierungssystem, an dem der *Referenzwert* zugelassen ist oder notiert wird, oder
- (B) ein Ereignis, das (nach Bestimmung der *Berechnungsstelle*) allgemein die Möglichkeit der Marktteilnehmer stört oder beeinträchtigt, (i) an der jeweiligen *Referenzstelle* Transaktionen in Bezug auf einen *Referenzwert* oder *Maßgeblichen Referenzwert* durchzuführen bzw Marktwerte für einen *Referenzwert* oder *Maßgeblichen Referenzwert* zu ermitteln oder (ii) an einer entsprechenden *Verbundenen Börse* Transaktionen in Bezug auf Options- oder Futures-Kontrakte auf einen *Referenzwert* oder *Maßgeblichen Referenzwert* durchzuführen bzw Marktwerte für solche Options- oder Futures-Kontrakte zu ermitteln; oder
- (iv) der Handel an einem *Börsengeschäftstag* an der bzw den jeweiligen *Referenzstelle(n)* oder der bzw den *Verbundenen Börse(n)* vor dem *Üblichen Börsenschluss* geschlossen wird, es sei denn, die frühere Schließung des Handels wird von der bzw den *Referenzstelle(n)* oder *Verbundenen Börse(n)* mindestens eine Stunde vor (je nachdem, welches Ereignis früher eintritt) (aa) dem tatsächlichen Börsenschluss für den regulären Handel an dieser bzw diesen *Referenzstelle(n)* oder *Verbundenen Börse(n)* an dem betreffenden *Börsengeschäftstag* oder (bb) dem Orderschluss (sofern gegeben) der *Referenzstelle* oder *Verbundenen Börse* für die Ausführung von Aufträgen zum Zeitpunkt der Notierung an diesem *Börsengeschäftstag* angekündigt.]

[Wenn die *Referenzstelle* (EB Punkt 13) für einen *Referenzwert* oder einen *Maßgeblichen Referenzwert* nach Bestimmung der *Berechnungsstelle* keine *Börse* und kein Handels- oder Notierungssystem ist, einfügen:

- (a)/(b) Wenn, sofern die *Referenzstelle* für einen *Referenzwert* oder einen *Maßgeblichen Referenzwert* nach Bestimmung der *Berechnungsstelle* keine *Börse* und kein Handels- oder Notierungssystem ist, aus Gründen, auf welche die *Berechnungsstelle* nach billigem Ermessen keinen Einfluss hat, die Bestimmung des Preises oder Werts (oder eines Preis-

oder Wertbestandteils) des betreffenden *Referenzwerts* oder *Maßgeblichen Referenzwerts* unter Bezugnahme auf die jeweilige *Referenzstelle* gemäß den Vorschriften oder dem üblichen oder akzeptierten Verfahren zur Bestimmung dieses Preises oder Werts, nicht möglich ist (unabhängig davon, ob dies dadurch bedingt ist, dass der entsprechende Preis oder Wert nicht veröffentlicht wurde, oder eine andere Ursache hat).]

(b)/(c) Ein allgemeines Moratorium für Bankgeschäfte in dem *Maßgeblichen Land* wird verhängt.

(4)/(5) **Definitionen:**

"**Verbundenes Unternehmen**" ist ein Rechtsträger, der unter direkter oder indirekter Kontrolle der *Emittentin* steht, die *Emittentin* direkt oder indirekt kontrolliert oder mit der *Emittentin* unter gemeinsamer Kontrolle steht. Kriterium für die Auslegung der Begriffe "**Kontrolle**" und "**kontrollieren**" ist eine Stimmrechtsmehrheit bei dem Rechtsträger oder der *Emittentin*.

"**Börsengeschäftstag**" ist

- (i) wenn der jeweilige *Referenzwert* kein *Multi-Exchange Index* ist, ein *Handelstag*, an dem jede *Referenzstelle* und jede *Verbundene Börse* während der jeweiligen regulären Handelszeiten für den Handel geöffnet ist, unbeschadet der Schließung des Handels an einer solchen *Referenzstelle* oder *Verbundenen Börse* vor dem *Üblichen Börsenschluss*, und
- (ii) wenn der *Referenzwert* ein *Multi-Exchange Index* ist, ein *Handelstag*, an dem der jeweilige *Index-Sponsor* den Stand dieses *Referenzwerts* veröffentlicht und die *Verbundene Börse* innerhalb der jeweiligen regulären Handelszeiten für den Handel geöffnet ist, unbeschadet der Schließung des Handels an dieser *Verbundenen Börse* vor dem *Üblichen Börsenschluss*.

"**Absicherungsmaßnahmen**" sind Maßnahmen der *Emittentin* mit dem Ziel, dass ihr die jeweils im Rahmen der *Schuldverschreibungen* zu zahlenden Barbeträge oder die zu liefernden Vermögenswerte bei Fälligkeit zur Verfügung stehen. Dazu investiert die *Emittentin* gegebenenfalls direkt oder indirekt in den *Referenzwert*. Eine indirekte Anlage kann über ein *Verbundenes Unternehmen* bzw einen Vertreter der *Emittentin* oder sonstige Dritte, die eine Anlage in den *Referenzwert* tätigen, erfolgen. Alternativ dazu ist eine indirekte Anlage durch die *Emittentin* bzw ein *Verbundenes Unternehmen*, einen Vertreter oder sonstige Dritte auch über eine Anlage in Derivategeschäfte bezogen auf den *Referenzwert* möglich. Die *Emittentin* wählt *Absicherungsmaßnahmen*, die sie unter Berücksichtigung des steuerlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmens sowie ihres operativen Umfelds als effizient ansieht. Die *Emittentin* kann zudem

Anpassungen an den *Absicherungsmaßnahmen* vornehmen, wobei zusätzliche Kosten, Steuern oder nachteilige aufsichtsrechtliche Änderungen, die Auswirkungen auf ihre *Absicherungsmaßnahmen* haben, nicht immer vermeidbar sind.

[Falls der/ein Referenzwert ein Index ist, einfügen: "Index-Sponsor" ist [in Bezug auf einen Referenzwert oder Maßgeblichen Referenzwert, bei dem es sich um einen Index handelt, Index-Sponsor (EB Punkt 18) einfügen, falls dieser nicht bestimmbar ist, folgendes einfügen: in Bezug auf einen anderen Referenzwert oder *Maßgeblichen Referenzwert*, bei dem es sich um einen Index handelt, der Rechtsträger, der nach Bestimmung der *Berechnungsstelle* hauptsächlich für die Festlegung und Veröffentlichung dieses Index verantwortlich ist, wobei in beiden Fällen Bezugnahmen auf einen Index-Sponsor einen Nachfolger des Index-Sponsors einschließen.]]

[Soweit anwendbar, einfügen: "Multi-Exchange Index" ist/sind folgende(r) Referenzwerte: [Referenzwerte (EB Punkt 13) einfügen].]

"Referenzwert(e)" ist/sind folgende Vermögenswerte und/oder Referenzgrößen: [Referenzwert(e) (EB Punkt 13) einfügen].

"Verbundene Börse" ist [Im Falle einer Verbundenen Börse (EB Punkt 13) diese einfügen, falls dort "standard" angegeben ist, folgendes einfügen: in Bezug auf einen *Referenzwert* oder *Maßgeblichen Referenzwert* jede Börse und jedes Handels- oder Notierungssystem, deren bzw dessen Handel eine Auswirkung auf den Gesamtmarkt für Options- oder Futures-Kontrakte auf den *Referenzwert* oder *Maßgeblichen Referenzwert* hat, sowie jeder entsprechende, für die *Berechnungsstelle* akzeptable Nachfolger, wie von der *Berechnungsstelle* bestimmt.]]

"Maßgeblicher Referenzwert" ist in Bezug auf einen *Referenzwert*, der einen *Index* darstellt, ein Index oder anderer Bestandteil, der für die Berechnung oder Bestimmung dieses *Index* herangezogen wird, oder ein Vermögenswert bzw eine Referenzgröße, der bzw die zum maßgeblichen Zeitpunkt Bestandteil dieses *Referenzwerts* ist.

"Zeitpunkt der Notierung" ist in Bezug auf einen *Referenzwert* oder *Maßgeblichen Referenzwert*:

- (i) sofern der *Referenzwert* kein *Multi-Exchange Index* ist sowie in Bezug auf jeden *Maßgeblichen Referenzwert*, der Zeitpunkt der Notierung, zu dem die *Berechnungsstelle* den Stand oder Wert dieses *Referenzwerts* oder *Maßgeblichen Referenzwerts* bestimmt, und
- (ii) sofern der jeweilige *Referenzwert* ein Index sowie ein *Multi-Exchange Index* ist,

- (A) zur Feststellung, ob eine *Marktstörung* vorliegt,
 - (I) in Bezug auf einen *Referenzwert*, der *Übliche Börsenschluss* an der jeweiligen *Referenzstelle* für diesen *Referenzwert* und
 - (II) in Bezug auf Options- oder Futures-Kontrakte auf oder in Bezug auf diesen *Referenzwert*, der Börsenschluss an der *Verbundenen Börse*;
- (B) in allen anderen Fällen, der Zeitpunkt, an dem der amtliche Schlussstand dieses Index vom jeweiligen Index-Sponsor berechnet und veröffentlicht wird.

"**Üblicher Börsenschluss**" ist, in Bezug auf eine *Referenzstelle* oder *Verbundene Börse* und einen *Handelstag*, der zu Werktagen übliche Börsenschluss der *Referenzstelle* oder *Verbundenen Börse* an diesem *Handelstag*, ohne Berücksichtigung eines nachbörslichen Handels oder anderer Handelsaktivitäten außerhalb der regulären Handelszeiten.

"**Letztmöglicher Handelstag**" ist der [dritte] [fünfte] [achte] [zehnte] [vierzehnte] [zwanzigste] [dreißigste] [**wie in EB Punkt 13 angegeben**] *Handelstag*.

"**Maßgebliches Land**" ist, wie von der *Berechnungsstelle* bestimmt:

- (i) ein Land (oder eine Verwaltungs- oder Aufsichtsbehörde desselben), in dem eine *Referenzwährung* oder die *Währung* gesetzliches Zahlungsmittel oder offizielle Währung ist, und
- (ii) ein Land (oder eine Verwaltungs- oder Aufsichtsbehörde desselben), zu dem ein *Referenzwert* oder *Maßgeblicher Referenzwert* bzw, im Falle eines Wertpapiers, der jeweilige *Emittent* in einer wesentlichen Beziehung steht, wobei sich die *Berechnungsstelle* bei ihrer Bestimmung, was als wesentlich zu betrachten ist, auf das Land, in dem dieser *Emittent* seinen Sitz hat bzw, in Bezug auf einen Index, auf das Land/die Länder, in dem/denen der Index oder der/die *Maßgebliche(n) Referenzwert(e)* berechnet oder veröffentlicht wird/werden, und/oder auf andere ihrer Ansicht nach geeignete Faktoren beziehen kann.

"**Referenzwährung**" ist [**Referenzwährung(en) für den/jeden Referenzwert wie den Endgültigen Bedingungen (EB Punkt 13) angegeben oder (wenn es sich um einen Basketbestandteil handelt) die Basketbestandteil-Währung einfügen**] [**für einen Index (zusätzlich) einfügen**: in Bezug auf einen *Maßgeblichen Referenzwert* die Währung, auf die dieser Vermögenswert lautet, in der dieser notiert wird oder zu der dieser die engste Verbindung aufweist, wie von der *Berechnungsstelle* bestimmt].

§ 6

(Anpassungsereignisse und Anpassungs-/Beendigungsereignisse)

(1) **Anpassungsereignisse.** Der Eintritt eines der nachstehend unter "(a) Allgemeine Ereignisse" oder "(b) Besondere Ereignisse" aufgeführten Ereignisse stellt, jeweils in Bezug auf einen *Referenzwert*, ein "**Anpassungsereignis**" dar:

(a) Allgemeine Ereignisse:

- (i) Ein Ereignis tritt ein, das den theoretischen wirtschaftlichen Wert des jeweiligen *Referenzwerts* wesentlich beeinflusst bzw wesentlich beeinflussen kann oder wirtschaftliche Auswirkungen bzw einen Verwässerungs- oder Konzentrationseffekt auf den theoretischen wirtschaftlichen Wert dieses *Referenzwerts* haben kann.
- (ii) Ein Ereignis tritt ein, das die wirtschaftliche Verbindung zwischen dem Wert des jeweiligen *Referenzwerts* und den *Schuldverschreibungen*, die unmittelbar vor Eintritt dieses Ereignisses besteht, in erheblichem Maße beeinträchtigt.
- (iii) Es erfolgt eine wesentliche Veränderung eines *Referenzwerts* bzw des/der einem *Referenzwert* zugrunde liegenden Bestandteils/Bestandteilen oder Referenzgröße(n).

(b) Besondere Ereignisse:

jedes/jeder der in Abs (5) unten als Anpassungsereignis aufgeführten Ereignisse oder Umstände.

Ein solches *Anpassungsereignis* kann jeweils sowohl vor als auch nach seinem Eintritt die Kosten für die Verwaltung der *Schuldverschreibungen* bzw die Aufrechterhaltung der *Absicherungsmaßnahmen* für die *Schuldverschreibungen* oder die Wahrung des gleichen wirtschaftlichen Werts der *Schuldverschreibungen* in einer Weise wesentlich beeinflussen, die im Preis der *Schuldverschreibungen* nicht berücksichtigt ist.

Daher ist die *Emittentin* berechtigt, nach Eintritt eines *Anpassungsereignisses* Anpassungen der *Emissionsbedingungen* gemäß nachstehendem Abs (2) vorzunehmen, bzw, falls nach Feststellung der *Emittentin* eine geeignete Anpassung gemäß nachstehendem Abs (2) unten nicht möglich ist, das *Anpassungsereignis* als ein *Anpassungs-/Beendigungsereignis* gemäß nachstehendem Abs (3) unten zu behandeln. Dies stellt einen Teil des von den *Anleihegläubigern* bei einer Anlage in die *Schuldverschreibungen* zu tragenden wirtschaftlichen Risikos und die Bestimmungsgrundlage für den Preis der *Schuldverschreibungen* dar.

Hinweis: Ein Ereignis oder Umstand kann aufgrund der gleichzeitigen Erfüllung mehrerer Kriterien ein Anpassungsereignis im Sinne von mehreren der Buchstaben (i)-(iii) dieses Abs (1)(a) sein, und jedes der im nachstehenden Abs (5) aufgeführten Anpassungsereignisse in Bezug auf einen Referenzwert stellt ein Anpassungsereignis dar.

- (2) **Auswirkungen eines Anpassungsereignisses.** Falls mit Wirkung für die Zeit vor oder zum *Laufzeitende* ein Anpassungsereignis (wie nachstehend definiert) eintritt, wird die *Berechnungsstelle* dies unverzüglich gemäß § 12 bekanntmachen. Nach Eintritt eines Anpassungsereignisses kann die *Berechnungsstelle* Anpassungen der *Emissionsbedingungen* vornehmen, die sie nach billigem Ermessen als erforderlich oder angemessen erachtet, um den Auswirkungen dieses Anpassungsereignisses Rechnung zu tragen und/oder soweit wie durchführbar den gleichen wirtschaftlichen Wert der *Schuldverschreibungen* wie vor Eintritt des Anpassungsereignisses auch nach dessen Eintritt sicherzustellen sowie die wirtschaftliche Verbindung zwischen dem *Basiswert* und den *Schuldverschreibungen* zu erhalten und/oder ihre *Absicherungsmaßnahmen* aufrecht erhalten zu können; die *Berechnungsstelle* legt fest, wann diese Anpassungen in Kraft treten. Unter anderem kann in dem Fall, dass es sich bei dem *Basiswert* oder jeweiligen *Referenzwert* um einen Index handelt, die Bestimmung des Stands dieses Index am entsprechenden Tag nicht auf Basis eines veröffentlichten Indexstands, sondern eines Indexstands erfolgen, den die *Berechnungsstelle* für diesen Tag unter Anwendung der vor Eintritt des jeweiligen Anpassungsereignisses zuletzt geltenden Formel und Methode für die Berechnung dieses Index bestimmt, wobei nur diejenigen *Maßgeblichen Referenzwerte* berücksichtigt werden, die unmittelbar vor dem Ereignis Bestandteil dieses Index waren.

Entsprechende Anpassungen erfolgen unter Umständen unter Berücksichtigung zusätzlicher direkter oder indirekter Kosten, die der *Emittentin* im Rahmen des oder im Zusammenhang mit dem jeweiligen Anpassungsereignis entstanden sind, u. a. Steuern, Abgaben, Einbehaltungen, Abzüge oder andere von der *Emittentin* zu tragende Belastungen (u. a. in Folge von Änderungen der steuerlichen Behandlung), und Weitergabe dieser Kosten an die *Anleihegläubiger*. Änderungen der steuerlichen Behandlung können dabei u. a. auch Änderungen beinhalten, die von *Absicherungsmaßnahmen* der *Emittentin* in Bezug auf die *Schuldverschreibungen* herrühren.

Die *Berechnungsstelle* kann (muss jedoch nicht) die Bestimmung dieser sachgerechten Anpassung an der Anpassung ausrichten, die eine Verbundene Börse (wie nachstehend definiert) aus Anlass des betreffenden Ereignisses bei an dieser Verbundenen Börse gehandelten Options- oder Futures-Kontrakten auf den jeweiligen vornimmt. Eine solche Anpassung kann nach Ermessen der *Berechnungsstelle* infolge des Anpassungsereignisses von der *Emittentin* zu tragenden Steuern, Abgaben, Einbehaltungen, Abzügen oder anderen

Belastungen (unter anderem in Folge von Änderungen der steuerlichen Behandlung) Rechnung tragen.

Nach Vornahme der Anpassungen teilt die *Berechnungsstelle* den *Anleihegläubigern* gemäß § 12 unter kurzer Beschreibung des jeweiligen *Anpassungsereignisses* so bald wie praktikabel mit, welche Anpassungen der *Emissionsbedingungen* vorgenommen wurden.

- (3) **Anpassungs-/Beendigungsereignis.** Der Eintritt eines der nachstehend unter "(a) Allgemeine Ereignisse" oder "(b) Besondere Ereignisse" aufgeführten Ereignisse, stellt, jeweils in Bezug auf (i) die *Schuldverschreibungen*, (ii) *Absicherungsmaßnahmen* in Bezug auf die *Schuldverschreibungen* oder (iii) einen *Referenzwert*, ein "**Anpassungs-/Beendigungsereignis**" dar:

(a) Allgemeine Ereignisse:

- (i) Ein Ereignis tritt ein, das wesentliche Auswirkungen auf die von der *Berechnungsstelle* verwendete Methode zur Bestimmung des Stands oder Preises eines *Referenzwertes* bzw die Fähigkeit der *Berechnungsstelle* zur Bestimmung des Stands oder Preises eines *Referenzwertes* hat.
- (ii) Es erfolgt eine wesentliche Veränderung oder Beeinflussung eines *Referenzwertes*, sei es infolge einer Einstellung der Börsennotierung, einer *Verschmelzung*, eines Übernahmeangebots oder einer Beendigung, Tilgung, Insolvenz oder Verstaatlichung, infolge einer wesentlichen Veränderung der Formel oder Methode zur Berechnung dieses *Referenzwertes*, infolge einer wesentlichen Veränderung der Anlagerichtlinien, -politik oder -strategie, der Geschäftsführung oder der Gründungsdokumente oder infolge eines anderen Ereignisses, das nach billigem Ermessen der *Berechnungsstelle* eine wesentliche Veränderung oder Beeinflussung eines *Referenzwertes* darstellt.
- (iii) Ein *Anpassungsereignis* ist eingetreten, in Bezug auf welches die *Berechnungsstelle* nach eigener Feststellung nicht in der Lage ist, eine geeignete Anpassung gemäß vorstehendem §5 (2) oben vorzunehmen.
- (iv) Die *Emittentin* stellt fest, dass:
 - (A) die Erfüllung ihrer Verpflichtungen unter den *Schuldverschreibungen*, sei es vollständig oder in Teilen, illegal geworden ist bzw werden wird oder nach billigem Ermessen nicht länger praktikabel ist bzw sein wird oder dass durch diese Erfüllung wesentlich höhere direkte oder indirekte Kosten, Steuern, Abgaben oder Aufwendungen (im Vergleich zur Situation am *Begebungstag*) entstehen, oder

(B) es für sie illegal oder nach billigem Ermessen nicht länger praktikabel ist bzw sein wird, *Absicherungsmaßnahmen* in Bezug auf die *Schuldverschreibungen* zu erwerben, abzuschließen bzw erneut abzuschließen, zu ersetzen, aufrechtzuerhalten, aufzulösen oder zu veräußern, sei es vollständig oder in Teilen, oder dass ihr durch den Erwerb, Abschluss oder erneuten Abschluss bzw die Ersetzung, Aufrechterhaltung, Auflösung oder Veräußerung von *Absicherungsmaßnahmen* wesentlich höhere direkte oder indirekte Kosten, Steuern, Abgaben oder Aufwendungen (im Vergleich zur Situation am *Begebungstag*) entstehen, u. a. aufgrund einer erhöhten Steuerpflicht, geringerer Steuervorteile oder anderer negativer Auswirkungen auf die Steuersituation der *Emittentin*

(die *Emittentin* kann entsprechende Feststellungen u. a. im Falle einer Änderung von anwendbaren Gesetzen oder Verordnungen (u. a. Steuergesetzen) in einer entsprechenden Rechtsordnung oder Änderung der Auslegung entsprechender Gesetze oder Verordnungen (einschließlich Maßnahmen von Steuerbehörden) durch ein Gericht oder eine Aufsichtsbehörde, eines Rückgangs der Zahl geeigneter Dritter, mit denen in Bezug auf einen *Referenzwert* Verträge geschlossen bzw zu angemessenen Bedingungen geschlossen werden können, oder eines wesentlichen Mangels an Marktliquidität für Aktien, Optionen, Instrumente oder sonstige Vermögenswerte, die typischerweise zum Ausgleich von Risiken in Bezug auf einen *Referenzwert* eingesetzt werden, treffen).

- (v) Die *Emittentin* stellt fest, dass sie auch mit wirtschaftlich zumutbaren Anstrengungen nicht in der Lage ist, die Erlöse von *Absicherungsmaßnahmen* zu realisieren, wiederzugewinnen oder zu transferieren.
- (vi) Die *Emittentin* stellt fest, dass am fünften *Letztmöglichen Handelstag* gemäß § 5 eine *Marktstörung* vorliegt und dass die in § 5 angegebenen Bewertungsmethoden in diesem Fall nicht für die entsprechende Berechnung geeignet sind, und beschließt, diese *Marktstörung* als ein *Anpassungs-/Beendigungsereignis* zu behandeln.
- (vii) Ein Ereignis Höherer Gewalt tritt ein. Für diese Zwecke ist unter einem "**Ereignis höherer Gewalt**" ein Ereignis oder eine Situation zu verstehen, das/die die *Emittentin* in der Ausübung ihrer Verpflichtungen hindert oder wesentlich beeinträchtigt; hierzu zählen u. a. Systemstörungen, Brände, Gebäudeevakuierungen,

Naturkatastrophen, durch den Menschen bedingte Katastrophen, höhere Gewalt, bewaffnete Auseinandersetzungen, terroristische Anschläge, Ausschreitungen, Arbeitskämpfe oder ähnliche Ereignisse und Umstände.

- (viii) Es liegt eine wesentliche Beeinträchtigung der Liquidität oder Marktbedingungen in Bezug auf einen *Referenzwert* (einschließlich des Handels eines *Referenzwerts*), die nicht zu einer *Marktstörung* führt, vor.

(b) Besondere Ereignisse:

jedes/jeder der im nachstehenden Abs (5) als *Anpassungs-/Beendigungsereignis* aufgeführten Ereignisse oder Umstände

Der Eintritt eines *Anpassungs-/Beendigungsereignisses* kann dazu führen, dass die *Emittentin* nicht in der Lage ist, weiterhin ihre Verpflichtungen im Rahmen der *Schuldverschreibungen* zu erfüllen bzw ihre *Absicherungsmaßnahmen* aufrechtzuerhalten, oder dass sich für die *Emittentin* durch eine entsprechende Erfüllung bzw Aufrechterhaltung höhere Kosten, Steuern oder Aufwendungen ergeben und dies im Preis der *Schuldverschreibungen* nicht berücksichtigt ist. Daher ist die *Emittentin* berechtigt, nach Eintritt eines *Anpassungs-/Beendigungsereignisses* gemäß nachstehendem Abs (4) Anpassungen der *Emissionsbedingungen* vorzunehmen, einen *Referenzwert* zu ersetzen oder die *Schuldverschreibungen* zu kündigen und zu beenden. **Dies stellt einen Teil des von den Anleihegläubigern bei einer Anlage in die Schuldverschreibungen zu tragenden wirtschaftlichen Risikos und die Bestimmungsgrundlage für den Preis der Schuldverschreibungen dar.**

Hinweis: Ein Ereignis oder Umstand kann aufgrund der gleichzeitigen Erfüllung mehrerer Kriterien ein *Anpassungs-/Beendigungsereignis* im Sinne von mehreren der Punkte (i)-(viii) dieses Abs (3) (a) sein, und jedes der im nachstehenden Abs (5) aufgeführten *Anpassungs-/Beendigungsereignisse* in Bezug auf einen *Referenzwert* stellt ein *Anpassungs-/Beendigungsereignis* dar.

- (4) **Auswirkungen eines Anpassungs-/Beendigungsereignisses.** Nach Eintritt eines *Anpassungs-/Beendigungsereignisses* kann die *Berechnungsstelle* eine der nachstehend aufgeführten Maßnahmen ergreifen. **Insbesondere ist zu beachten, dass gemäß nachstehendem Abs (c) eine Beendigung und Kündigung der Schuldverschreibungen zulässig ist.**

- (a) Außer in Bezug auf ein *Anpassungs-/Beendigungsereignis* gemäß vorstehendem § 6(3)(a)(iii) kann die *Berechnungsstelle* Anpassungen der *Emissionsbedingungen* vornehmen, die sie nach billigem Ermessen als erforderlich oder angemessen erachtet, um den Auswirkungen dieses

Anpassungs-/Beendigungsereignisses Rechnung zu tragen und/oder soweit wie durchführbar den gleichen wirtschaftlichen Wert der *Schuldverschreibungen* wie vor Eintritt des *Anpassungs-/Beendigungsereignisses* auch nach dessen Eintritt sicherzustellen sowie die wirtschaftliche Verbindung zwischen dem *Basiswert* und den *Schuldverschreibungen* zu erhalten und/oder ihre *Absicherungsmaßnahmen* aufrecht erhalten zu können; die *Berechnungsstelle* legt fest, wann diese Anpassungen in Kraft treten. Unter anderem kann in dem Fall, dass es sich bei dem *Basiswert* oder jeweiligen *Referenzwert* um einen Index handelt, die Bestimmung des Stands dieses Index am entsprechenden Tag nicht auf Basis eines veröffentlichten Indexstands, sondern eines Indexstands erfolgen, den die *Berechnungsstelle* für diesen Tag unter Anwendung der vor Eintritt des jeweiligen *Anpassungsereignisses* zuletzt geltenden Formel und Methode für die Berechnung dieses Index bestimmt, wobei nur diejenigen Indexkomponenten berücksichtigt werden, die unmittelbar vor dem Ereignis Bestandteil dieses Index waren.

Entsprechende Anpassungen erfolgen unter Umständen unter Berücksichtigung zusätzlicher direkter oder indirekter Kosten, die der *Emittentin* im Rahmen des oder im Zusammenhang mit dem jeweiligen *Anpassungs-/Beendigungsereignis* entstanden sind, u. a. Steuern, Abgaben, Einbehaltungen, Abzüge oder andere von der *Emittentin* zu tragende Belastungen (u. a. in Folge von Änderungen der steuerlichen Behandlung), und Weitergabe dieser Kosten an die *Anleihegläubiger*. Änderungen der steuerlichen Behandlung können dabei u. a. auch Änderungen beinhalten, die von *Absicherungsmaßnahmen* der *Emittentin* in Bezug auf die *Schuldverschreibungen* herrühren.

Die *Berechnungsstelle* kann (muss jedoch nicht) die Bestimmung dieser sachgerechten Anpassung an der Anpassung ausrichten, die *Verbundene Börse* aus Anlass des betreffenden Ereignisses bei an dieser *Verbundenen Börse* gehandelten Options- oder Futures-Kontrakten auf den jeweiligen *Referenzwert* vornimmt, bzw an den Anpassungen, die sich aus den von einer Börse oder einem Handels- oder Notierungssystem vorgegebenen Richtlinien und Präzedenzfällen zur Berücksichtigung des betreffenden *Anpassungs-/Beendigungsereignisses* ergeben, das nach Feststellung der *Berechnungsstelle* eine Anpassung durch die Börse oder das Handels- oder Notierungssystem zur Folge hätte, falls solche Options- oder Futures-Kontrakte dort gehandelt würden.

[Im Fall einer Basiswertaersetzung (EB Punkt 13), einfügen:

- (b) Die *Berechnungsstelle* kann den jeweiligen von dem *Anpassungs-/Beendigungsereignis* betroffenen *Referenzwert* an oder nach dem Stichtag dieses *Anpassungs-/Beendigungsereignisses* durch einen

Ersatzvermögenswert entsprechend folgender Angaben ersetzen:
[Angaben aus den EB zur Basiswertersetzung (EB Punkt 13) einfügen.]

[Handelt es sich bei dem jeweiligen *Anpassungs-/Beendigungsereignis* jedoch um eine *Verschmelzung* (wie nachstehend definiert) und besteht die im Rahmen der *Verschmelzung* für den jeweiligen *Referenzwert* gewährte Gegenleistung aus Vermögenswerten, bei denen es sich nicht um Barvermögen handelt und die nicht bereits im *Basiswert* enthalten sind, so kann die *Berechnungsstelle* den *Basiswert* nach eigener Wahl dahingehend anpassen, dass dieser die entsprechenden (unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedingungen der *Schuldverschreibungen* bestimmte) Menge an Vermögenswerten, zu dem ein Inhaber des *Referenzwerts* vor dem Eintritt der *Verschmelzung* berechtigt wäre, umfasst. Die *Berechnungsstelle* nimmt diejenigen Anpassungen der *Emissionsbedingungen* vor, die sie nach billigem Ermessen für angemessen hält, um dieser Ersetzung bzw diesen zusätzlichen Vermögenswerten Rechnung zu tragen.]

- (b/c) Ist die *Berechnungsstelle* nicht in der Lage oder willens, eine geeignete Anpassung gemäß vorstehendem § 6(4)(a) oder § 6(4)(b) festzulegen oder vorzunehmen, kann die *Emittentin* die *Schuldverschreibungen* durch eine so bald wie praktikabel gemäß § 12 erfolgende Mitteilung, die eine kurze Beschreibung des *Anpassungs-/Beendigungsereignisses* enthält, beenden und kündigen. Werden die *Schuldverschreibungen* derart beendet und gekündigt, zahlt die *Emittentin*, soweit nach anwendbarem Recht zulässig, an jeden *Anleihegläubiger* für jede von diesem gehaltene Schuldverschreibung einen Betrag in Höhe des *Marktwerts* (wie nachstehend definiert) der Schuldverschreibung.

Wobei:

"Marktwert" ist in Bezug auf ein Wertpapier der angemessene Marktwert (*fair market value*) dieses Wertpapiers. Er wird von der *Berechnungsstelle* u. a. unter Bezugnahme auf folgende, nach ihrem Dafürhalten zum jeweiligen Zeitpunkt geeignete, Faktoren bestimmt:

- (a) maßgebliche Quotierungen oder sonstige maßgebliche Marktdaten des/der jeweiligen Marktes/Märkte, zB maßgebliche Sätze, Preise, Renditen, Renditekurven, Volatilitäten, Spreads, Korrelationen und Preismodelle für Optionen oder sonstige Derivate,
- (b) Informationen nach Art der vorstehend unter (a) aufgezählten Informationen, die aus internen Quellen der *Emittentin* oder eines ihrer *Verbundenen Unternehmen* stammen, sofern die *Emittentin* diese Art von Informationen im Rahmen der normalen

Geschäftstätigkeit zur Bewertung mit den *Wertpapieren* vergleichbarer Instrumente einsetzt.

Sehen die jeweiligen *Wertpapiere* (einen) zu zahlende(n) Mindestbetrag/Mindestbeträge bzw zu liefernde(n) Mindestbestand/Mindestbestände vor, wird dies bei der Bestimmung des *Marktwerts* berücksichtigt. Im Rahmen der Bestimmung des *Marktwerts* reduziert die *Berechnungsstelle* jedoch den Wert dieser Beträge/Bestände (d. h. nimmt einen Abschlag vor), um der verbleibenden Zeit bis zum erstmöglichen Tag, an dem diese(r) Betrag/Beträge bzw Bestand/Bestände andernfalls erstmals zu zahlen bzw zu liefern wäre(n), Rechnung zu tragen. Diese Abschläge werden unter Bezugnahme auf Informationen wie die vorstehend unter (a) und/oder (b) genannten Informationen, u. a. risikolose Zinssätze, bestimmt.

Die *Berechnungsstelle* berücksichtigt darüber hinaus angemessene Werte für andere Beträge bzw Bestände, die gegebenenfalls andernfalls in Bezug auf die jeweiligen *Wertpapiere* zu zahlen bzw zu liefern gewesen wären. Darin eingeschlossen ist gegebenenfalls der Teil der Rendite der *Wertpapiere*, der unter Bezugnahme auf den *Basiswert* bestimmt wird (d. h. das derivative Element). Die Bestimmung des jeweiligen Werts dieses Elements der *Wertpapiere* erfolgt unter Umständen anhand der Kosten des Abschlusses einer Transaktion zur Beschaffung vergleichbarer Beträge/Bestände, die zum jeweiligen Zeitpunkt entstehen würden.

Unbeschadet vorstehender Bestimmungen erfolgt jede der erwähnten Bestimmungen ohne Berücksichtigung der Bonität der *Emittentin* zum Zeitpunkt der vorzeitigen Beendigung. Dies bedeutet, dass keine Reduzierung des *Marktwerts* vorgenommen wird, um Annahmen bezüglich der Zahlungsfähigkeit der *Emittentin* zum Zeitpunkt der vorzeitigen Beendigung Rechnung zu tragen.

Die *Berechnungsstelle* setzt einen *Anleihegläubiger* so bald wie möglich nach Erhalt einer entsprechenden schriftlichen Anfrage dieses *Anleihegläubigers* über von ihr im Rahmen dieses § 6 bis einschließlich zum Tag des Eingangs dieser Anfrage getroffene Feststellungen in Kenntnis. Kopien dieser Feststellungen können von den *Anleihegläubigern* bei der *Berechnungsstelle* eingesehen werden.

- (5) **Bestimmte Anpassungsereignisse und Anpassungs-/Beendigungsereignisse in Bezug auf unterschiedliche Referenzwerte.** Nachstehend sind *Anpassungsereignisse* und *Anpassungs-/Beendigungsereignisse* aufgeführt, die auf den jeweiligen *Referenzwert* abstellen.

[Falls es sich bei dem (einem) Referenzwert (EB Punkt 13) um eine Aktie handelt, einfügen:

- (a) **Aktie.** Sofern es sich bei dem *Basiswert* oder einem maßgeblichen *Referenzwert*, um eine Aktie handelt, gilt:
- (i) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 6(1)(a)-(b) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein *Anpassungsereignis* dar:
- (A) eine Teilung, Zusammenlegung oder Gattungsänderung der jeweiligen Aktien (soweit keine *Verschmelzung* vorliegt) oder die Ausgabe von Gratisaktien bzw Ausschüttung einer Aktiendividende an die vorhandenen Aktionäre als Bonus, Teil einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln oder einer ähnlichen Emission;
 - (B) eine Dividende, sonstige Ausschüttung oder Emission an die vorhandenen Aktionäre in Form (I) zusätzlicher Aktien, (II) sonstigen Aktienkapitals oder von Wertpapieren, das bzw die Anspruch auf Zahlung einer Dividende und/oder des Erlöses aus der Liquidation der *Aktiengesellschaft* in gleicher Weise oder proportional zu den Zahlungen an die Inhaber dieser Aktien gewährt bzw gewähren, (III) von Aktienkapital oder sonstigen Wertpapieren eines anderen Emittenten als Ergebnis einer Ausgliederung eines Teils des Unternehmens oder einer ähnlichen Transaktion, oder (IV) von Wertpapieren, Rechten, Optionsscheinen oder sonstigen Vermögenswerten anderer Art, und zwar in jedem dieser Fälle zu einem (in bar oder in anderer Form zu entrichtenden) Preis, der unter dem von der *Berechnungsstelle* festgestellten jeweiligen Marktpreis liegt;
 - (C) eine Sonderdividende;
 - (D) eine Einzahlungsaufforderung seitens der *Aktiengesellschaft* für die jeweiligen Aktien, die nicht voll eingezahlt worden sind;
 - (E) ein aus Erträgen oder dem Grundkapital finanzierter Rückkauf der jeweiligen Aktien durch die, oder im Namen der, *Aktiengesellschaft* oder eines ihrer Tochterunternehmen, gleich ob die Gegenleistung für den Rückkauf aus Geld, Wertpapieren oder sonstigen Gegenständen besteht;
 - (F) ein Ereignis, das bei einer *Aktiengesellschaft* zur Ausgabe von Aktionärsrechten oder der Abtrennung solcher Rechte von Stammaktien oder anderen Aktien des Grundkapitals der betreffenden *Aktiengesellschaft* führt, in Folge eines gegen

feindliche Übernahmen gerichteten Plans oder einer entsprechenden Maßnahme, der bzw die im Falle bestimmter Ereignisse die Gewährung von Rechten zum Erwerb von Vorzugsaktien, Optionsscheinen, Schuldtiteln oder Aktienbezugsrechten zu einem Preis unter ihrem von der *Berechnungsstelle* festgestellten *Marktwert* vorsieht bzw vorsehen;

- (G) eine Rücknahme von Aktionärsrechten der vorstehend unter (F) beschriebenen Art und
 - (H) andere vergleichbare Ereignisse, die einen Verwässerungs-, Konzentrations- oder sonstigen Effekt auf den rechnerischen Wert der jeweiligen Aktien haben können.
- (ii) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 6(3)(a)(i)-(viii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein *Anpassungs-/Beendigungsereignis* dar:
- (A) "**Einstellung der Börsennotierung**", die in Bezug auf eine Aktie vorliegt, wenn die *Referenzstelle* bekannt gibt, dass, gemäß den Vorschriften der jeweiligen *Referenzstelle*, die Zulassung, der Handel oder die öffentliche Notierung der jeweiligen Aktie an dieser *Referenzstelle* sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt, gleich aus welchem Grund (sofern die Einstellung der Börsennotierung nicht durch eine *Verschmelzung* oder ein Übernahmeangebot bedingt ist), beendet wird und wenn die jeweilige Aktie nicht unmittelbar wieder an einer bzw einem für die *Berechnungsstelle* akzeptablen Börse, Handels- oder Notierungssystem zugelassen, gehandelt oder notiert wird;
 - (B) "**Insolvenz**", die vorliegt, wenn aufgrund freiwilliger oder zwangsweiser Liquidation, Konkurs, Insolvenz, Abwicklung, Auflösung oder eines vergleichbaren die *Aktiengesellschaft* betreffenden Verfahrens (x) sämtliche Aktien der Aktiengesellschaft auf einen Treuhänder, Liquidator, Insolvenzverwalter oder ähnlichen Amtsträger übertragen werden müssen oder (y) es den Inhabern der Aktien dieser *Aktiengesellschaft* rechtlich untersagt wird, diese zu übertragen;
 - (C) "**Verschmelzung**", d. h. in Bezug auf die jeweiligen Aktien (I) eine Gattungsänderung oder Umstellung der betreffenden Aktien, die eine Übertragung oder endgültige Verpflichtung zur Übertragung aller entsprechenden umlaufenden Aktien auf einen anderen Rechtsträger zur Folge hat, (II) eine *Verschmelzung* (durch Aufnahme oder Neubildung) oder ein

bindender Aktientausch einer *Aktiengesellschaft* mit oder zu einem anderen Rechtsträger (außer bei einer *Verschmelzung* oder einem Aktientausch, bei der bzw dem die betreffende Aktiengesellschaft die aufnehmende bzw fortbestehende Gesellschaft ist und die bzw der keine Gattungsänderung oder Umstellung aller entsprechenden umlaufenden Aktien zur Folge hat) oder (III) ein Übernahmeangebot, Tauschangebot, sonstiges Angebot oder ein anderer Akt eines Rechtsträgers zum Erwerb oder der anderweitigen Erlangung von 100% der umlaufenden Aktien der *Aktiengesellschaft*, das bzw der eine Übertragung oder endgültige Verpflichtung zur Übertragung aller entsprechenden Aktien zur Folge hat (mit Ausnahme der Aktien, die von dem betreffenden Rechtsträger gehalten oder kontrolliert werden), oder (IV) eine *Verschmelzung* (durch Aufnahme oder Neubildung) oder ein bindender Aktientausch einer *Aktiengesellschaft* oder ihrer Tochtergesellschaften mit oder zu einem anderen Rechtsträger, wobei die Aktiengesellschaft die aufnehmende bzw fortbestehende Gesellschaft ist und keine Gattungsänderung oder Umstellung aller entsprechenden umlaufenden Aktien erfolgt, sondern die unmittelbar vor einem solchen Ereignis umlaufenden Aktien (mit Ausnahme der Aktien, die von dem betreffenden Rechtsträger gehalten oder kontrolliert werden) in der Summe weniger als 50% der unmittelbar nach einem solchen Ereignis umlaufenden Aktien ausmachen, in jedem der genannten Fälle, sofern das Verschmelzungsdatum einem Tag vor dem oder dem letzten möglichen Datum entspricht, an dem gemäß den *Emissionsbedingungen* eine Bestimmung des Preises oder Werts der jeweiligen Aktie durch die *Berechnungsstelle* erforderlich sein könnte;

- (D) "**Verstaatlichung**", d. h. ein Vorgang, durch den alle entsprechenden Aktien oder alle bzw im Wesentlichen alle Vermögenswerte der *Aktiengesellschaft* verstaatlicht oder enteignet werden oder sonst auf staatliche Stellen, Behörden oder Einrichtungen übertragen werden müssen;
- (E) "**Übernahmeangebot**", d. h. ein Angebot zur Übernahme, Tauschangebot, sonstiges Angebot oder ein anderer Akt eines Rechtsträgers, das bzw der dazu führt, dass der betreffende Rechtsträger, in Folge eines Umtausches oder anderweitig, mehr als 10% und weniger als 100% der umlaufenden Stimmrechtsaktien der *Aktiengesellschaft* kauft, anderweitig erwirbt oder ein Recht zum Erwerb dieser Aktien erlangt, wie von der *Berechnungsstelle* auf der Grundlage von Anzeigen an staatliche oder Selbstregulierungsbehörden oder anderen als relevant erachteten Informationen bestimmt.

In diesem Zusammenhang gelten folgende Definitionen:

"**Verschmelzungsdatum**" ist der Abschlusszeitpunkt einer *Verschmelzung* oder, wenn gemäß dem für die betreffende *Verschmelzung* anwendbaren Recht kein solcher bestimmt werden kann, das von der *Berechnungsstelle* festgelegte Datum.

"**Aktiengesellschaft**" ist, in Bezug auf eine Aktie, der in diesen *Emissionsbedingungen* unter der Überschrift "Basiswert" angegebene Emittent der jeweiligen Aktie.]

[Falls es sich bei dem (einem) Referenzwert (EB Punkt 18) um einen Index handelt, einfügen:

(a)/(b) **Index.** Sofern es sich bei dem *Basiswert* oder einem maßgeblichen *Referenzwert* um einen *Index* handelt, gilt:

(i) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 6(1)(a)(i)-(iii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein *Anpassungsereignis* dar:

(A) die Berechnung oder Veröffentlichung eines Index erfolgt nicht durch den in den *Index-Sponsor*, sondern ein nach Ansicht der *Berechnungsstelle* geeigneter Nachfolger (der "**Nachfolger des Index-Sponsors**") übernimmt die Berechnung eines Index.

(B) Der entsprechende Index wird durch einen Nachfolgeindex ersetzt, für den nach Feststellung der *Berechnungsstelle* eine Formel und Berechnungsmethode angewandt wird, die derjenigen des in diesen *Emissionsbedingungen* angegebenen Index entspricht oder mit dieser im Wesentlichen vergleichbar ist.

Ein entsprechendes *Anpassungsereignis* kann jeweils zur Folge haben, dass der von dem *Nachfolger des Index-Sponsors* berechnete und bekannt gegebene Index bzw der Nachfolgeindex als maßgeblicher Index gilt.

(ii) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 6(3)(a)(i)-(viii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein *Anpassungs-/Beendigungsereignis* dar:

An oder vor einem Tag, in Bezug auf den die *Berechnungsstelle* den Stand eines *Index* zu bestimmen hat, erfolgt durch den jeweiligen *Index-Sponsor* bzw *Nachfolger des Index-Sponsors* (I) eine wesentliche Änderung an der Formel oder Methode zur

Berechnung dieses Index bzw. Ankündigung einer solchen Änderung oder eine anderweitige wesentliche Veränderung dieses *Index*, (II) die dauerhafte Einstellung dieses *Index* oder (III) eine Unterlassung der Berechnung und Veröffentlichung dieses *Index*, wobei in jedem dieser Fälle die vorstehenden Bestimmungen unter § 6(5)(b)(i) keine Anwendung finden.]

[Falls es sich bei dem (einem) Referenzwert (EB Punkt 18) um einen Wechselkurs handelt, einfügen:

(a)/(b)/(c) **Wechselkurs.** Sofern es sich bei dem Basiswert oder einem maßgeblichen *Referenzwert* um einen Wechselkurs (ein "**Wechselkurs**") in Bezug auf zwei oder mehr Währungen (jeweils eine "**Maßgebliche Währung**") handelt, gilt:

- (i) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 6(1)(a)(i)-(iii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein *Anpassungsereignis* dar:
 - (A) die Ersetzung der *Maßgeblichen Währung* in ihrer Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel des Landes oder der Rechtsordnung bzw. der Länder oder Rechtsordnungen, welche(s) die Behörde, Institution oder sonstige Körperschaft unterhält bzw. unterhalten, die diese *Maßgebliche Währung* ausgibt, durch eine andere Währung bzw. die *Verschmelzung* dieser Maßgeblichen Währung mit einer anderen Währung zu einer gemeinsamen Währung,
 - (B) die Aufhebung, gleich aus welchem Grund, einer *Maßgeblichen Währung* als gesetzliches Zahlungsmittel des Landes oder der Rechtsordnung bzw. der Länder oder Rechtsordnungen, welche(s) die Behörde, Institution oder sonstige Körperschaft unterhält bzw. unterhalten, die diese Maßgebliche Währung ausgibt, und
 - (C) die Bekanntgabe einer *Referenzstelle* für einen *Wechselkurs*, dass die (öffentliche) Notierung oder der Handel des jeweiligen Wechselkurses zwischen der jeweiligen *Erstwährung* und *Zweitwährung* an der *Referenzstelle* gemäß den Vorschriften dieser *Referenzstelle* sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt, gleich aus welchem Grund, beendet wird, wobei dieser *Wechselkurs* nicht unmittelbar wieder an einer bzw. einem für die *Referenzstelle* akzeptablen Börse, Handels- oder Notierungssystem gehandelt oder notiert wird.

In diesem Zusammenhang gelten folgende Definitionen:

"**Erstwährung**" ist die in der Definition des maßgeblichen *Wechselkurses* als erstes aufgeführte Währung bzw, falls sich ein *Wechselkurs* auf mehr als zwei Währungen bezieht, die für jeden Bestandteilswechselkurs dieses *Wechselkurses* als erstes aufgeführte Währung.

"**Zweitwährung**" ist die in der Definition des maßgeblichen *Wechselkurses* als zweites aufgeführte Währung bzw, falls sich ein *Wechselkurs* auf mehr als zwei Währungen bezieht, die für jeden Bestandteilswechselkurs dieses *Wechselkurses* als zweites aufgeführte Währung.

[Falls es sich bei dem (einem) Referenzwert (EB Punkt 18) um eine Ware handelt, einfügen:

(a)/(b)/(c)/(d) **Ware.** Sofern es sich bei dem *Basiswert* oder einem maßgeblichen *Referenzwert* um eine Ware handelt, die gegebenenfalls unter Bezugnahme auf einen Futures-Kontrakt (ein "**Futures-Kontrakt**") bestimmt wird, gilt.

(i) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 6(1)(a)(i)-(iii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein *Anpassungsereignis* dar:

(A) Eine entsprechende Ware oder ein entsprechender Futures-Kontrakt wird im Vergleich zum *Begebungstag* an der *Referenzstelle* in einer anderen Qualität oder in anderer (inhaltlicher) Zusammensetzung bzw Zusammenstellung gehandelt (zB mit einem anderen Reinheitsgrad oder Herkunftsort).

(B) Infolge eines sonstigen Ereignisses oder einer sonstigen Maßnahme wird die Ware oder der maßgebliche Futures-Kontrakt, wie sie bzw er an der *Referenzstelle* gehandelt wird, verändert.

(C) Es liegt eine wesentliche Aussetzung oder Einschränkung des Handels in dem Futures-Kontrakt oder der Ware an der *Referenzstelle* oder in einem anderen maßgeblichen Futures- oder Optionskontrakt bzw einer anderen maßgeblichen Ware an einer Börse oder in einem Handels- oder Notierungssystem vor, sofern es sich hierbei nach Feststellung der *Berechnungsstelle* nicht um eine *Marktstörung* handelt.

(ii) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 6(3)(a)(i)-(viii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein *Anpassungs-/Beendigungsereignis* dar:

- (A) die dauerhafte Einstellung des Handels in einem maßgeblichen Futures-Kontrakt oder einer maßgeblichen Ware an der *Referenzstelle*, das Verschwinden dieser Ware vom Markt bzw die Einstellung des Handels in dieser Ware oder das Verschwinden bzw die dauerhafte Einstellung der Berechnung bzw Nichtverfügbarkeit eines maßgeblichen Preises oder Werts einer Ware oder eines Futures-Kontrakts (ungeachtet der Verfügbarkeit der *Referenzstelle* oder des Status des Handels in dem maßgeblichen Futures-Kontrakt oder der Ware);
- (B) Eintritt einer wesentlichen Änderung bezüglich der Formel oder Methode zur Berechnung eines maßgeblichen Preises oder Werts für eine Ware oder einen Futures-Kontrakt nach dem *Begebungstag*;
- (C) die Unterlassung der Bekanntgabe oder Veröffentlichung eines maßgeblichen Preises oder Werts einer Ware oder eines Futures-Kontrakts (oder der für die Bestimmung eines entsprechenden Preises oder Werts erforderlichen Informationen) durch die *Referenzstelle* oder die vorübergehende oder dauerhafte Aussetzung oder Unterbrechung des Geschäftsbetriebs der *Referenzstelle*, sofern es sich bei einem entsprechenden Ereignis nach Feststellung der *Berechnungsstelle* nicht um eine *Marktstörung* handelt, und
- (D) die Bekanntgabe der *Referenzstelle* für eine maßgebliche Ware, bei der es sich um eine Börse oder ein Handels- oder Notierungssystem handelt, dass die Zulassung, der Handel oder die öffentliche Notierung eines wesentlichen Options- oder Futures-Kontrakts auf oder in Bezug auf diese Ware an der *Referenzstelle* gemäß den Vorschriften dieser *Referenzstelle* sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt, gleich aus welchem Grund, beendet wird.]

§ 7 (Zahlungen)

- (1) **Zahlungen.** Zahlungen auf Kapital und Zinsen auf die *Schuldverschreibungen* erfolgen bei Fälligkeit vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Regelungen und Vorschriften in der frei handelbaren und konvertierbaren Währung, die am entsprechenden Fälligkeitstag die Währung des Staates der festgelegten Währung ist. Die Zahlung von Kapital und Zinsen erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die *Zahlstelle* zur Weiterleitung an die Verwahrstelle oder nach

deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den *Anleihegläubiger* depotführende Stelle.

- (2) **Geschäftstag.** Fällt der *Endfälligkeitstag* (wie in § 4 (1) definiert) in Bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein *Geschäftstag* ist, hat der *Anleihegläubiger* keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten *Geschäftstag* am jeweiligen Ort und ist nicht berechtigt, zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen auf Grund dieser Verspätung zu verlangen.

"**Geschäftstag**" ist jeder Tag (außer einem Samstag und einem Sonntag) an dem die Banken in **[maßgeblichen Finanzzentrum (oder -zentren) (EB Punkt 20) einfügen]** für Geschäfte (einschließlich Devisenhandelsgeschäfte und Fremdwährungseinlagengeschäfte) geöffnet sind **[falls die festgelegte Währung (oder eine der festgelegten Währungen) Euro ist, einfügen:** und alle für die Abwicklung von Zahlungen in Euro wesentlichen Teile des Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer Systems ("TARGET2") in Betrieb sind].

- (3) **Bezugnahmen auf Kapital.** Bezugnahmen in diesen *Emissionsbedingungen* auf "Kapital" schließen den *Rückzahlungsbetrag* [, den *Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag*] [, den *Wahlrückzahlungsbetrag (Call)*] [, den *Wahlrückzahlungsbetrag (Put)*] sowie sonstige auf oder in Bezug auf die *Schuldverschreibungen* zahlbaren Beträge mit ein.

§ 8 (Steuern)

- (1) Die *Emittentin* haftet nicht für und ist nicht zur Zahlung irgendwelcher Steuern, Abgaben, Gebühren, Abzüge und sonstiger Kosten verpflichtet, welche für den *Anleihegläubiger* zur Anwendung gelangen können oder könnten.
- (2) Alle in Bezug auf die Schuldverschreibungen zahlbaren Beträge werden unter Abzug oder Einbehalt von Steuern, Abgaben oder amtlichen Gebühren gleich welcher Art, gezahlt, falls der Abzug oder Einbehalt verpflichtend vorgeschrieben ist. In diesem Fall werden keine zusätzlichen Beträge in Bezug auf diesen Abzug oder Einbehalt geleistet.

§ 9 (Verjährung)

Ansprüche gegen die *Emittentin* auf Zahlungen hinsichtlich der *Schuldverschreibungen* verjähren, sofern sie nicht innerhalb von [zehn] **[anderes (EB Punkt 26) angeben]** Jahren (im Falle des Kapitals) und innerhalb von [drei] **[anderes (EB Punkt 26) angeben]** Jahren (im Falle von Zinsen) ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden.

§ 10 (Beauftragte Stellen)

- (1) **Bestellung.** Die Zahlstelle und die *Berechnungsstelle* (zusammen die "beauftragten Stellen") lauten:

Zahlstelle: *[in den Endgültigen Bedingungen bezeichnete Zahlstelle(n) (EB Punkt 14) einfügen]*

Berechnungsstelle: *[in den Endgültigen Bedingungen bezeichnete Berechnungsstelle(n) (EB Punkt 15) einfügen]*

- (2) **Änderung der Bestellung oder Abberufung.** Die *Emittentin* wird zu jedem Zeitpunkt eine Zahlstelle und eine Berechnungsstelle unterhalten, behält sich aber das Recht vor, jederzeit die Bestellung einer beauftragten Stelle zu ändern oder zu beenden und/oder zusätzliche oder andere Zahlstellen und/oder *Berechnungsstellen* im EWR zu bestellen. Änderungen in Bezug auf die Zahlstelle und die *Berechnungsstelle* werden den *Anleihegläubigern* gemäß § 12 mitgeteilt.
- (3) **Beauftragte der Emittentin.** Jede *beauftragte Stelle* handelt ausschließlich als Beauftragte der *Emittentin* und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den *Anleihegläubigern* und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und den *Anleihegläubigern* begründet.
- (4) **Verbindlichkeit der Festsetzungen.** Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der *Emittentin*, einer Zahlstelle und/oder der *Berechnungsstelle* für die Zwecke dieser *Emissionsbedingungen* gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die *Emittentin*, die Zahlstelle(n) und die *Anleihegläubiger* bindend.
- (5) **Haftungsausschluss.** Soweit gesetzlich zulässig, übernehmen weder die *Berechnungsstelle* noch die Zahlstelle(n) eine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die *Schuldverschreibungen*, sei es auf Grund von Fahrlässigkeit oder aus sonstigen Gründen.

§ 11 (Begebung weiterer Schuldverschreibungen. Ankauf. Entwertung)

- (1) **Begebung weiterer Schuldverschreibungen.** Die *Emittentin* ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der *Anleihegläubiger* weitere *Schuldverschreibungen* mit gleicher Ausstattung (mit Ausnahme des Kalendertags der Begebung, des Emissionspreises und/oder des ersten Zinszahlungstags) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen *Schuldverschreibungen* eine einheitliche Serie

bilden, wobei in diesem Fall der Begriff "Schuldverschreibungen" entsprechend auszulegen ist.

- (2) **Ankauf.** Die *Emittentin* und jedes ihrer Tochterunternehmen sind **[Im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen einfügen:** nur unter Einhaltung sämtlicher anwendbarer aufsichtsrechtlicher und sonstiger gesetzlicher Beschränkungen und unter der Voraussetzung, dass die Bedingungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (5) erfüllt sind, möglich.] **berechtig**t, *Schuldverschreibungen* im Markt oder anderweitig (zB durch Privatkauf) zu jedem beliebigen Preis zu kaufen und diese zu halten, weiterzuverkaufen oder zu entwerten.

§ 12 (Mitteilungen)

- (1) **Bekanntmachung.** Alle die *Schuldverschreibungen* betreffenden Mitteilungen sind auf [der Website der *Emittentin* (www.rvs.at)] **[anderes (EB Punkt 27) angeben]** und – soweit gesetzlich zwingend erforderlich - in den gesetzlich bestimmten Medien zu veröffentlichen und jede derartig erfolgte Mitteilung gilt am fünften Tag nach der Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen am fünften Tag nach der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.
- (2) **Mitteilung über die Verwahrstelle:** Die *Emittentin* ist berechtigt, eine Veröffentlichung gemäß § 12 (1) durch eine schriftliche Mitteilung an die Verwahrstelle zur Weiterleitung an die *Anleihegläubiger* zu ersetzen. Jede derartige Bekanntmachung gilt am fünften *Geschäftstag* nach dem Tag der Mitteilung an die Verwahrstelle als wirksam.
- (3) **Form der von Anleihegläubigern zu machenden Mitteilungen:** Die Schuldverschreibungen betreffende Mitteilungen der Anleihegläubiger an die Emittentin gelten als wirksam erfolgt, wenn sie der Emittentin oder der Zahlstelle (zur Weiterleitung an die Emittentin) in schriftlicher Form in der deutschen Sprache persönlich übergeben oder per Brief übersandt werden. Der Anleihegläubiger muss einen die Emittentin zufriedenstellenden Nachweis über die von ihm gehaltenen Schuldverschreibungen erbringen. Dieser Nachweis kann (i) in Form einer Bestätigung durch die Verwahrstelle oder die Depotbank, bei der der *Anleihegläubiger* ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, dass der Anleihegläubiger zum Zeitpunkt der Mitteilung *Anleihegläubiger* der betreffenden Schuldverschreibungen ist, oder (ii) auf jede andere geeignete Weise erfolgen. "**Depotbank**" bezeichnet jede Bank oder ein sonstiges anerkanntes Finanzinstitut, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrungsgeschäft zu betreiben und bei der/dem der *Anleihegläubiger* ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, einschließlich des der Verwahrstelle.

§ 13
(Salvatorische Klausel)

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser *Emissionsbedingungen* ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein oder werden, bleiben die übrigen Bestimmungen dieser *Emissionsbedingungen* in Kraft.

§ 14
(Anwendbares Recht. Gerichtsstand. Erfüllungsort)

- (1) **Anwendbares Recht.** Die *Schuldverschreibungen* unterliegen österreichischem Recht unter Ausschluss der Kollisionsnormen.
- (2) **Gerichtsstand.** Ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den *Schuldverschreibungen* entstehenden Klagen oder sonstigen Verfahren sind die für [5020 Salzburg] **[anderes (EB Punkt 28) angeben]** in Handelssachen sachlich zuständigen Gerichte. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.
- (3) **Erfüllungsort.** Erfüllungsort ist der Sitz der *Emittentin* in Salzburg, Österreich.

Option 4 - Muster-Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen mit strukturierter Verzinsung

§ 1

(Währung. Stückelung. Form. Zeichnung. Sammelurkunden. Verwahrung)

- (1) **Währung. Stückelung. Form.** Diese Serie von *Schuldverschreibungen* (die "**Schuldverschreibungen**") wird von der Raiffeisenverband Salzburg eGen (die "**Emittentin**") in [**Währung (EB Punkt 2) einfügen**] (die "**Währung**") [**im Falle einer Daueremission (EB Punkt 6), einfügen:** als Daueremission ab dem] [**im Falle keiner Daueremission einfügen:** am] [**(Erst-)Begebungstag (EB Punkt 6) einfügen**] (der "**(Erst-)Begebungstag**") begeben. Die Serie von *Schuldverschreibungen* ist eingeteilt in Stückelungen im *Nennbetrag* (oder den Nennbeträgen) von [**Nennbetrag (oder Nennbeträge) (EB Punkt 5) einfügen**] (jeweils ein "**Nennbetrag**") und weist einen Gesamtnennbetrag von [bis zu] [**Gesamtnennbetrag (EB Punkt 3) einfügen**] auf. Die *Schuldverschreibungen* lauten auf den Inhaber (jeweils ein "**Anleihegläubiger**").
- (2) **Zeichnung.** Die Zeichnung erfolgt zum Emissionspreis, der [zum Ausgabetag] [**(Erst-) Emissionspreis (EB Punkt 4) einfügen**] beträgt [**im Falle einer Daueremission einfügen:** und danach laufend an die Marktgegebenheiten angepasst wird] [, im Ausmaß von zumindest einem Stück] [**Im Falle eines Mindestzeichnungsbetrags einfügen:** zum Mindestzeichnungsbetrag von [**Mindestzeichnungsbetrag (EB Punkt 7) einfügen**] [**Im Falle eines Höchstzeichnungsbetrags einfügen:** und höchstens zum Höchstzeichnungsbetrag von [**Höchstzeichnungsbetrag (EB Punkt 7) einfügen**].
- (3) **Sammelurkunde.** Jede Serie der *Schuldverschreibungen* wird zur Gänze durch eine veränderbare Sammelurkunde (die "**Sammelurkunde**") gemäß § 24 lit b Depotgesetz (BGBl Nr. 424/1969 idgF) ohne Zinsscheine verbrieft, welche die Unterschriften der erforderlichen Anzahl zeichnungsberechtigter Vertreter der *Emittentin* trägt. Ein Anspruch auf Einzelverbrieftung oder Ausfolgung einzelner Urkunden oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.
- (4) **Verwahrung.** Jede *Sammelurkunde* wird [**im Fall von Eigenverwahrung (EB Punkt 8) einfügen:** von der *Emittentin* und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt] von der Wertpapiersammelbank der OeKB CSD GmbH ("**OeKB CSD**") mit der Geschäftsanschrift 1010 Wien, Strauchgasse 1-3 (die "**Verwahrstelle**") verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der *Emittentin* aus den *Schuldverschreibungen* erfüllt sind.

**§ 2
(Status)**

[Für nicht-nachrangige Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

Die Verpflichtungen aus den *Schuldverschreibungen* begründen direkte, unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin* gleichrangig sind, ausgenommen solche, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt.]

[Für Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

- (1) Die Verpflichtungen aus den *Schuldverschreibungen* begründen direkte, unbesicherte und nachrangige Verbindlichkeiten der *Emittentin* und haben den gleichen Rang untereinander und zumindest den gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin*, ausgenommen nachrangige Verbindlichkeiten, welche gemäß ihren Bedingungen als nachrangig gegenüber den *Schuldverschreibungen* bezeichnet werden.
- (2) Die *Schuldverschreibungen* stellen Instrumente des Ergänzungskapitals (*Tier 2*) gemäß Artikel 63 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (*Capital Requirements Regulation – "CRR"*) dar und haben eine Mindestlaufzeit von fünf Jahren.
- (3) Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der *Emittentin* stehen die Zahlungsverpflichtungen der *Emittentin* gemäß den *Schuldverschreibungen* im Rang nach den nicht-nachrangigen *Anleihegläubiger* der *Emittentin*, aber zumindest im gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die nicht aufgrund ihrer Bedingungen nachrangig gegenüber den *Schuldverschreibungen* sind, sowie vorrangig gegenüber den Ansprüchen von Aktionären, Eigentümern von (anderen) Instrumenten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1*) gemäß Artikel 28 CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1*) gemäß Artikel 52 CRR der *Emittentin* und alle anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die gemäß ihren Bedingungen als nachrangig gegenüber den *Schuldverschreibungen* sind.
- (4) Forderungen der *Emittentin* dürfen nicht gegen Rückzahlungspflichten der *Emittentin* gemäß diesen *Schuldverschreibungen* aufgerechnet werden und für die *Schuldverschreibungen* dürfen keine vertraglichen Sicherheiten durch die *Emittentin* oder einen Dritten bestellt werden. Durch nachträgliche Vereinbarung darf weder die Nachrangigkeit gemäß diesem § 2 eingeschränkt werden, noch darf die Fälligkeit der *Schuldverschreibungen*, geändert werden.]

[Für fundierte Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

- (1) Die *Schuldverschreibungen* begründen nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die untereinander und mit allen anderen nicht-nachrangigen fundierten *Schuldverschreibungen* desselben Deckungsstocks (wie nachstehend definiert) der *Emittentin* gleichrangig sind.
- (2) Die *Schuldverschreibungen* werden gemäß dem Gesetz betreffend fundierte Bankschuldverschreibungen (FBSchVG) durch die gesonderten Deckungswerte des Deckungsstocks für hypothekarisch fundierte Bankschuldverschreibungen (der "**Deckungsstock**") besichert, welche zur vorzugsweisen Deckung aller durch diesen Deckungsstock besicherten fundierten Bankschuldverschreibungen der Emittentin bestimmt sind (hauptsächlich Werte gemäß § 1 Abs 5 Z 1 und 2 FBSchVG). Die Deckungswerte für *Schuldverschreibungen* werden im Deckungsregister eingetragen, welches von der Emittentin gemäß dem FBSchVG geführt wird.]

**§ 3
(Zinsen)**

- (1) **Verzinsung.** Diese *Schuldverschreibungen* mit strukturierter Verzinsung ("**Schuldverschreibungen mit strukturierter Verzinsung**") werden bezogen auf ihren *Nennbetrag* ab dem [**Verzinsungsbeginn (EB Punkt 6) einfügen**] (der "**Verzinsungsbeginn**") (einschließlich) bis zum ersten *Zinszahlungstag* (ausschließlich) und anschließend von jedem *Zinszahlungstag* (einschließlich) bis zum unmittelbar folgenden *Zinszahlungstag* (ausschließlich), längstens aber bis zum [**Verzinsungsende (EB Punkt 19) einfügen**] (ausschließlich) gemäß der in Abs 2 dargestellten Formel zur Errechnung des Zinssatzes (der "**Zinssatz**") verzinst.

[Für Schuldverschreibungen mit strukturierter Verzinsung nach Struktur CMS-linked (EB Punkt 10) einfügen:

- (2) **Zinssatz.** Der *Zinssatz* dieser *Schuldverschreibungen* mit strukturierter Verzinsung, bei denen es sich um "**Schuldverschreibungen mit CMS-linked Verzinsung**" handelt, errechnet sich wie folgt (der Zinssatz ist in jedem Fall größer oder gleich null):

[**Faktor (EB Punkt 19) einfügen**] [mal] [**Swapsatz 1 (EB Punkt 19) einfügen**]
[**gegebenenfalls einfügen**: minus [**Swapsatz 2 (EB Punkt 19) einfügen**]] *per annum* wie jeweils gemäß der *Swapsatzberechnungsbasis* festgestellt]

[Für Schuldverschreibungen mit strukturierter Verzinsung nach Struktur Reverse-floating (EB Punkt 10) einfügen:

- (2) **Zinssatz.** Der *Zinssatz* dieser *Schuldverschreibungen* mit strukturierter Verzinsung, bei denen es sich um "**Schuldverschreibungen mit reverse**

floating Verzinsung" handelt, errechnet sich wie folgt (der Zinssatz ist in jedem Fall größer oder gleich null):

[Minuend (EB Punkt 19) einfügen] minus **[[Faktor (EB Punkt 19) einfügen]** mal] *Zinsberechnungsbasis* (wie nachstehend definiert) *per annum*]

[Für Schuldverschreibungen mit strukturierter Verzinsung nach Struktur Fix-to-floating (EB Punkt 10) einfügen:

(2) **Zinssatz.** Der *Zinssatz* errechnet sich wie folgt:

- (a) In der *Zinsperiode* vom **[Verzinsungsbeginn (EB Punkt 6) einfügen]** (einschließlich) bis **[Fixverzinsungsende (EB Punkt 19) einfügen]** werden die *Schuldverschreibungen* mit dem *Fixzinssatz* von **[Fixzinssatz (EB Punkt 19) einfügen]** (der "**Fixzinssatz**") verzinst.
- (b) Danach werden die *Schuldverschreibungen* mit einem *variablen Zinssatz* (der "**variable Zinssatz**") verzinst, der sich wie folgt berechnet (der Zinssatz ist in jedem Fall größer oder gleich null):

[Zinsberechnungsbasis (wie nachstehend definiert), **[im Falle eines Hebelfaktors einfügen:** multipliziert mit **[Hebelfaktor (EB Punkt 19) einfügen]** **[Im Falle einer Marge (EB Punkt 19) je nach Vorzeichen einfügen:** zuzüglich/abzüglich **[Marge (EB Punkt 19) einfügen].]**

[Swapsatzberechnungsbasis (wie nachstehend definiert), **[Faktor (EB Punkt 19) einfügen]** [mal] **[Swapsatz 1 (EB Punkt 19) einfügen]** **[gegebenenfalls einfügen:** minus **[Swapsatz 2 (EB Punkt 19) einfügen]** *per annum* wie jeweils gemäß der *Swapsatzberechnungsbasis* festgestellt].]

[Für Schuldverschreibungen mit strukturierter Verzinsung nach Struktur Fix-to-reverse-floating (EB Punkt 10) einfügen:

(2) **Zinssatz.** Der *Zinssatz* errechnet sich wie folgt (der Zinssatz ist in jedem Fall größer oder gleich null):

- (a) In der *Zinsperiode* vom **[Verzinsungsbeginn (EB Punkt 6) einfügen]** (einschließlich) bis **[Fixverzinsungsende (EB Punkt 19) einfügen]** werden die *Schuldverschreibungen* mit dem *Fixzinssatz* von **[Fixzinssatz (EB Punkt 19) einfügen]** (der "**Fixzinssatz**") verzinst.
- (b) Danach werden die *Schuldverschreibungen* mit einem *variablen Zinssatz* (der "**variable Zinssatz**") verzinst, der sich wie folgt berechnet:

[*Minuend (EB Punkt 19) einfügen*] minus [[*Faktor (EB Punkt 19) einfügen*] mal] *Zinsrechnungsbasis* (wie nachstehend definiert) *per annum*]

[*Im Falle eines Maximal- und/oder Mindestzinssatzes (EB Punkt 20) einfügen:*

[*Maximalzinssatz*] [und] [*Mindestzinssatz*]. Der *Zinssatz* ist durch [den *Maximalzinssatz* von [*Maximalzinssatz einfügen*]] [und] [den *Mindestzinssatz* von [*Mindestzinssatz einfügen*]] begrenzt.]

[*Im Falle eines Zielzinsbetrags (Target Coupon) (EB Punkt 20) einfügen:*

Der auf eine *Schuldverschreibung* für eine *Zinsperiode* zu zahlende maximale *Zinsbetrag* entspricht dem Ergebnis der Subtraktion (a) des *Zielzinsbetrags* von [*Zielzinsbetrag einfügen*] und (b) der Summe der je *Nennbetrag* für alle vorausgehenden *Zinsperioden* gezahlten *Zinsbeträge*.]

- (3) **Fälligkeit der Zinsen.** Der *Zinsbetrag* (wie unten definiert) ist an jedem *Zinszahlungstag* (wie unten definiert) zahlbar.
- (4) **Zinsbetrag.** Die *Berechnungsstelle* wird zu oder baldmöglichst nach jedem Zeitpunkt, an dem der maßgebliche *Zinssatz* zu bestimmen ist, den auf die *Schuldverschreibungen* zahlbaren *Zinsbetrag* (der "**Zinsbetrag**") für die entsprechende *Zinsperiode* berechnen. Der *Zinsbetrag* wird ermittelt, indem der *Zinssatz* und der *Zinstagequotient* (wie nachstehend definiert) auf die einzelnen *Nennbeträge* der *Schuldverschreibungen* angewendet werden, wobei der resultierende Betrag auf die kleinste Einheit der festgelegten *Währung* auf- oder abgerundet wird, wobei 0,5 solcher Einheiten aufgerundet werden.
- (5) **Mitteilung von Zinssatz und Zinsbetrag.** Ausgenommen bei festverzinslichen *Schuldverschreibungen* wird die *Berechnungsstelle* veranlassen, dass der *Zinssatz*, der *Zinsbetrag* für die jeweilige *Zinsperiode*, die jeweilige *Zinsperiode* und der betreffende *Zinszahlungstag* der *Emittentin* und den *Anleihegläubigern* gemäß § 10 baldmöglichst nach deren Bestimmung mitgeteilt werden; die *Berechnungsstelle* wird diese Mitteilung ferner auch gegenüber jeder Börse vornehmen, an der die betreffenden *Schuldverschreibungen* zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen, wobei die Mitteilung baldmöglichst nach der Bestimmung zu erfolgen hat. Im Fall einer Verlängerung oder Verkürzung der *Zinsperiode* können der mitgeteilte *Zinsbetrag* und *Zinszahlungstag* ohne Vorankündigung nachträglich angepasst (oder andere geeignete Anpassungsmaßnahmen getroffen) werden. Jede solche Anpassung wird umgehend allen Börsen, an denen die *Schuldverschreibungen* zu diesem Zeitpunkt notiert sind und deren Regeln eine Mitteilung an die Börse verlangen, sowie den *Anleihegläubigern* mitgeteilt.
- (6) **Verzugszinsen.** Wenn die *Emittentin* eine fällige Zahlung auf die *Schuldverschreibungen* aus irgendeinem Grund nicht leistet, wird der

ausstehende Betrag ab dem *Endfälligkeitstag* (einschließlich) bis zum Tag der vollständigen Zahlung an die *Anleihegläubiger* (ausschließlich) weiterhin in der Höhe des in §3 (2) vorgesehenen *Zinssatzes* verzinst. Weitergehende Ansprüche der *Anleihegläubiger* bleiben unberührt.

(7) **Zinszahlungstage und Zinsperioden.**

[Im Fall von festgelegten Fixzinszahlungstagen (EB Punkt 20) einfügen: "Fixzinszahlungstag" bedeutet **[festgelegte Fixzinszahlungstage (EB Punkt 20) einfügen]**. "Fixzinsperiode" bedeutet den Zeitraum ab dem *Verzinsungsbeginn* (einschließlich) bis zum ersten *Fixzinszahlungstag* (ausschließlich) und jeden weiteren Zeitraum von einem *Fixzinszahlungstag* (einschließlich) bis zum folgenden *Fixzinszahlungstag* (ausschließlich). [Die [erste/letzte] *Fixzinsperiode* ist [kurz/lang], sie beginnt am **[Datum Beginn Fixzinsperiode (EB Punkt 20) einfügen]** und endet am **[Datum Ende Fixzinsperiode (EB Punkt 20) einfügen]**.] Der erste Fixzinszahlungstag ist der **[Datum erster Fixzinszahlungstag (EB Punkt 20) einfügen]** [(langer/kurzer erster Kupon)].]

[Im Fall von festgelegten Fixzinsperioden (EB Punkt 20) einfügen: "Fixzinszahlungstag" bedeutet jeweils den Tag, der auf den Ablauf der *festgelegten Fixzinsperiode* von **[festgelegten Fixzinsperiode (EB Punkt 20) einfügen]** (jeweils eine "Fixzinsperiode") nach dem vorhergehenden *Fixzinszahlungstag*, oder im Fall des ersten *Fixzinszahlungstags*, nach dem *Verzinsungsbeginn*, folgt. [Die [erste/letzte] *Fixzinsperiode* ist [kurz/lang], sie beginnt am **[Datum Beginn Fixzinsperiode (EB Punkt 20) einfügen]** und endet am **[Datum Ende Fixzinsperiode (EB Punkt 20) einfügen]**.]

[Im Fall von festgelegten Variabelzinszahlungstagen (EB Punkt 20) einfügen: "Variabelzinszahlungstag" (und [zusammen mit dem Fixzinszahlungstag,] ein "Zinszahlungstag") bedeutet **[festgelegte Variabelzinszahlungstage (EB Punkt 20) einfügen]**. "Variabelzinsperiode" (und [zusammen mit der Fixzinsperiode,] eine "Zinsperiode") bedeutet den Zeitraum ab dem **[Variabelverzinsungsbeginn]** [*Verzinsungsbeginn*] (einschließlich) bis zum ersten *Variabelzinszahlungstag* (ausschließlich) und jeden weiteren Zeitraum von einem *Variabelzinszahlungstag* (einschließlich) bis zum folgenden *Variabelzinszahlungstag* (ausschließlich). [Die [erste/letzte] *Variabelzinsperiode* ist [kurz/lang], sie beginnt am **[Datum Beginn Variabelzinsperiode (EB Punkt 20) einfügen]** und endet am **[Datum Ende Variabelzinsperiode (EB Punkt 20) einfügen]**.] Der erste Variabelzinszahlungstag ist der **[Datum des ersten Variabelzinszahlungstags (EB Punkt 20) einfügen]** [(langer/kurzer erster Kupon)].]

[Im Fall von festgelegten Variabelzinsperioden (EB Punkt 20) einfügen: "Variabelzinszahlungstag" (und [zusammen mit dem Fixzinszahlungstag,] ein "Zinszahlungstag") bedeutet jeweils den Tag, der auf den Ablauf der *festgelegten Variabelzinsperiode* von **[festgelegten Variabelzinsperiode (EB**

Punkt 20) einfügen] (jeweils eine "Variabelzinsperiode" und [zusammen mit der Fixzinsperiode,] eine "Zinsperiode") nach dem vorhergehenden *Variabelzinszahlungstag*, oder im Fall des ersten *Variabelzinszahlungstags*, nach dem [*Variabelverzinsungsbeginn*] [*Verzinsungsbeginn*], folgt. [Die [erste/letzte] *Variabelzinsperiode* ist [kurz/lang], sie beginnt am [*Datum Beginn Variabelzinsperiode (EB Punkt 20) einfügen*] und endet am [*Datum Ende Variabelzinsperiode (EB Punkt 20) einfügen*].]

[Für Schuldverschreibungen mit fixer Zinsperiode einfügen:

Fällt ein *Zinszahlungstag* [betreffend die Fixzinsperiode] auf einen Tag, der kein *Geschäftstag* (wie in § 5 (2) definiert) ist, wird der Zahlungstermin:

[Bei Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Punkt 20) einfügen: auf den nächstfolgenden *Geschäftstag* verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der *Zinszahlungstag* auf den unmittelbar vorausgehenden *Geschäftstag* vorgezogen.]

[Bei Anwendung der Floating Rate Note Konvention ("FRN Convention") (EB Punkt 20) einfügen: auf den nächstfolgenden *Geschäftstag* verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall (i) wird der *Zinszahlungstag* auf den unmittelbar vorausgehenden *Geschäftstag* vorgezogen und (ii) ist jeder nachfolgende *Zinszahlungstag* der jeweils letzte *Geschäftstag* des Monats, der [[●] Monate] [die festgelegte *Zinsperiode*] nach dem vorhergehenden anwendbaren *Zinszahlungstag* liegt.]

[Bei Anwendung der Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Punkt 20) einfügen: auf den nächstfolgenden *Geschäftstag* verschoben.]

[Im Falle der Anwendung der Vorangegangener-Geschäftstag-Konvention (EB Punkt 20) einfügen: auf den unmittelbar vorausgehenden *Geschäftstag* vorgezogen.]]

[Für Schuldverschreibungen mit variabler Zinsperiode einfügen:

Fällt ein *Zinszahlungstag* [betreffend die variabler Zinsperiode] auf einen Tag, der kein *Geschäftstag* (wie in § 5 (2) definiert) ist, wird der Zahlungstermin:

[Bei Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Punkt 20) einfügen: auf den nächstfolgenden *Geschäftstag* verschoben, es sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall wird der *Zinszahlungstag* auf den unmittelbar vorausgehenden *Geschäftstag* vorgezogen.]

[Bei Anwendung der Floating Rate Note Konvention ("FRN Convention") (EB Punkt 20) einfügen: auf den nächstfolgenden *Geschäftstag* verschoben, es

sei denn, jener würde dadurch in den nächsten Kalendermonat fallen; in diesem Fall (i) wird der *Zinszahlungstag* auf den unmittelbar vorausgehenden *Geschäftstag* vorgezogen und (ii) ist jeder nachfolgende *Zinszahlungstag* der jeweils letzte *Geschäftstag* des Monats, der **[●] Monate** [die *festgelegte Zinsperiode*] nach dem vorhergehenden anwendbaren *Zinszahlungstag* liegt.]

[Bei Anwendung der Folgender-Geschäftstag-Konvention (EB Punkt 20) einfügen: auf den nächstfolgenden *Geschäftstag* verschoben.]

[Im Falle der Anwendung der Vorangegangener-Geschäftstag-Konvention (EB Punkt 20) einfügen: auf den unmittelbar vorausgehenden *Geschäftstag* vorgezogen.]]

[Für Schuldverschreibungen mit fixer Zinsperiode einfügen:

[Falls die Zinsperiode (EB Punkt 12) angepasst wird, einfügen:

Falls ein *Zinszahlungstag* [in der *Fixzinsperiode*] (wie oben beschrieben) verschoben wird, wird die *Zinsperiode* entsprechend angepasst.]

[Falls die Zinsperiode (EB Punkt 12) nicht angepasst wird, einfügen:

Falls ein *Zinszahlungstag* [in der *Fixzinsperiode*] (wie oben beschrieben) verschoben wird, wird die *Zinsperiode* nicht entsprechend angepasst. Die *Anleihegläubiger* sind nicht berechtigt, zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen auf Grund dieser Verschiebung zu verlangen.]]

[Für Schuldverschreibungen mit variabler Zinsperiode einfügen:

[Falls die Zinsperiode (EB Punkt 12) angepasst wird, einfügen:

Falls ein *Zinszahlungstag* [in der *variablen Zinsperiode*] (wie oben beschrieben) verschoben wird, wird die *Zinsperiode* entsprechend angepasst.]

[Falls die Zinsperiode (EB Punkt 12) nicht angepasst wird, einfügen:

Falls ein *Zinszahlungstag* [in der *variablen Zinsperiode*] (wie oben beschrieben) verschoben wird, wird die *Zinsperiode* nicht entsprechend angepasst. Die *Anleihegläubiger* sind nicht berechtigt, zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen auf Grund dieser Verschiebung zu verlangen.]]

[Für Schuldverschreibungen mit anfänglich fixer Verzinsung einfügen:

- (8) "**Zinstagequotient**" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Betrages für einen beliebigen Zeitraum mit fixer Verzinsung (der "**Zinsberechnungszeitraum**"):

[Im Falle der Anwendung von Actual/Actual (ICMA) (EB Punkt 11) einfügen:

- (i) Falls der *Zinsberechnungszeitraum* gleich oder kürzer als die *Zinsperiode* ist, innerhalb welcher er fällt, die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch das Produkt (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in der jeweiligen *Zinsperiode* und (B) der Anzahl der *Zinsperioden* in einem Jahr.
- (ii) Falls der *Zinsberechnungszeitraum* länger als eine *Zinsperiode* ist, die Summe: (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen *Zinsberechnungszeitraum*, der in die *Zinsperiode* fällt, in der er beginnt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser *Zinsperiode* und (y) die Anzahl von *Zinsperioden* in einem Jahr, und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen *Zinsberechnungszeitraum*, der in die nächste *Zinsperiode* fällt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser *Zinsperiode* und (y) die Anzahl von *Zinsperioden* in einem Jahr.]

[Im Falle der Anwendung von 30/360 (EB Punkt 11) einfügen:

Die Anzahl von Tagen im jeweiligen *Berechnungszeitraum*, dividiert durch 360 (wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der diesen Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist)).]

[Im Falle der Anwendung von 30E/360 oder Eurobond Basis (EB Punkt 11) einfügen:

Die Anzahl der Tage im *Zinsberechnungszeitraum* dividiert durch 360 (es sei denn, im Fall des letzten *Zinsberechnungszeitraumes* fällt der *Endfälligkeitstag* auf den letzten Tag des Monats Februar, in welchem Fall der Monat Februar als nicht auf einen Monat zu 30 Tagen verlängert gilt).]

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 oder Actual/Actual (ISDA) (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch 365 (oder, falls ein Teil dieses *Zinsberechnungszeitraumes* in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (i) der tatsächlichen Anzahl der in das Schaltjahr fallenden Tage des *Zinsberechnungszeitraumes* dividiert durch

366 und (ii) die tatsächliche Anzahl der nicht in das Schaltjahre fallenden Tage des *Zinsberechnungszeitraumes* dividiert durch 365).]

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 (Fixed) (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum* dividiert durch 365.]

[Im Falle der Anwendung von Actual/360 (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch 360.]]

"**Zinstagequotient**" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Betrages für einen beliebigen Zeitraum mit variabler Verzinsung (der "**Zinsberechnungszeitraum**"):

[Im Falle der Anwendung von Actual/Actual (ICMA) (EB Punkt 11) einfügen:

- (i) Falls der *Zinsberechnungszeitraum* gleich oder kürzer als die *Zinsperiode* ist, innerhalb welcher er fällt, die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch das Produkt (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in der jeweiligen *Zinsperiode* und (B) der Anzahl der *Zinsperioden* in einem Jahr.
- (ii) Falls der *Zinsberechnungszeitraum* länger als eine *Zinsperiode* ist, die Summe: (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen *Zinsberechnungszeitraum*, der in die *Zinsperiode* fällt, in der er beginnt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser *Zinsperiode* und (y) die Anzahl von *Zinsperioden* in einem Jahr, und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen *Zinsberechnungszeitraum*, der in die nächste *Zinsperiode* fällt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser *Zinsperiode* und (y) die Anzahl von *Zinsperioden* in einem Jahr.]

[Im Falle der Anwendung von 30/360 (EB Punkt 11) einfügen:

Die Anzahl von Tagen im jeweiligen *Berechnungszeitraum*, dividiert durch 360 (wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der diesen Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* fällt

auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist).]

[Im Falle der Anwendung von 30E/360 oder Eurobond Basis (EB Punkt 11) einfügen:

Die Anzahl der Tage im *Zinsberechnungszeitraum* dividiert durch 360 (es sei denn, im Fall des letzten *Zinsberechnungszeitraumes* fällt der *Endfälligkeitstag* auf den letzten Tag des Monats Februar, in welchem Fall der Monat Februar als nicht auf einen Monat zu 30 Tagen verlängert gilt).]

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 oder Actual/Actual (ISDA) (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch 365 (oder, falls ein Teil dieses *Zinsberechnungszeitraumes* in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (i) der tatsächlichen Anzahl der in das Schaltjahr fallenden Tage des *Zinsberechnungszeitraumes* dividiert durch 366 und (ii) die tatsächliche Anzahl der nicht in das Schaltjahre fallenden Tage des *Zinsberechnungszeitraumes* dividiert durch 365).]

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 (Fixed) (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum* dividiert durch 365.]

[Im Falle der Anwendung von Actual/360 (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch 360.]

[(9) "Zinsberechnungsbasis" ist

[Im Falle der Anwendung von ISDA-Feststellung (EB Punkt 20) einfügen:
der jeweilige *ISDA Zinssatz* (wie nachstehend definiert).

"**ISDA Zinssatz**" bezeichnet einen *Zinssatz*, welcher der variablen Verzinsung entspricht, die von der *Berechnungsstelle* unter einem Zins-Swap-Geschäft bestimmt würde, bei dem die *Berechnungsstelle* ihre Verpflichtungen aus diesem Swap-Geschäft gemäß einer vertraglichen Vereinbarung ausübt, welche die von der International Swap and Derivatives Association, Inc. veröffentlichten 2000 ISDA-Definitionen und 1998 ISDA-Euro-Definitionen, jeweils wie bis zum *Begebungstag* der ersten Serie von *Schuldverschreibungen* ergänzt und aktualisiert (die "**ISDA-Definitionen**"), einbezieht.

Wobei:

- (i) die *variable Verzinsungsoption* (in den ISDA-Definitionen: "Floating Rate Option" genannt) wie folgt lautet: [**variable Verzinsungsoption (EB Punkt 20) einfügen**];
- (ii) die *vorbestimmte Laufzeit* (in den ISDA-Definitionen: "Designated Maturity" genannt) wie folgt lautet: [**vorbestimmte Laufzeit (EB Punkt 20) einfügen**];
- (iii) der jeweilige *Neufeststellungstag* (in den ISDA-Definitionen: "Reset Date" genannt) wie folgt lautet: [**Neufeststellungstag (EB Punkt 20) einfügen**].

Im Rahmen dieses Unterabschnitts bedeuten "**variable Verzinsung**", "**Berechnungsstelle**", "**variable Verzinsungsoption**", "**vorbestimmte Laufzeit**" und "**Neufeststellungstag**" dasselbe wie in den ISDA-Definitionen.]

[**Im Falle der Anwendung von Bildschirmfeststellung (EB Punkt 20) einfügen:**

Der Angebotssatz oder das arithmetische Mittel der Angebotssätze (ausgedrückt als Prozentsatz *per annum*) für Einlagen in [**Währung (EB Punkt 2) einfügen**] wie auf der *Bildschirmseite* (wie unten definiert) gegen 11:00 Uhr ([**im Falle von LIBOR einfügen:** Londoner] [**Im Falle von EURIBOR:** Brüsseler] [**Im Falle von PRIBOR:** Prager] Ortszeit) (die "**festgelegte Zeit**") am [**im Falle von LIBOR einfügen:** zweiter Londoner Geschäftstag vor Beginn der jeweiligen *Zinsperiode*] [**im Falle von PRIBOR einfügen:** zweiter Prager Geschäftstag vor Beginn der jeweiligen *Zinsperiode*] [**Im Falle von EURIBOR einfügen:** am zweiten TARGET Geschäftstag vor Beginn der jeweiligen *Zinsperiode*] (jeweils ein "**Zinsfeststellungstag**") angezeigt, wie von der *Berechnungsstelle* festgestellt. Wenn fünf oder mehr solcher Angebotssätze auf der *Bildschirmseite* verfügbar sind, werden der höchste Angebotssatz (oder wenn mehrere höchste Angebotssätze vorhanden sind, nur einer dieser Angebotssätze) und der niedrigste Angebotssatz (oder, wenn mehrere niedrigste Angebotssätze vorhanden sind, nur einer dieser Angebotssätze) von der *Berechnungsstelle* zum Zwecke der Bestimmung des arithmetischen Mittels der Angebotssätze außer Betracht gelassen.

"**Bildschirmseite**" meint die [**Bildschirmseite (EB Punkt 20) einfügen**].

Sollte der Angebotssatz zur *festgelegten Zeit* nicht auf der *Bildschirmseite* erscheinen wird die *Berechnungsstelle* von je einer Geschäftsstelle der vier Banken mit der größten Bilanzsumme, deren Angebotssätze zur Bestimmung des zuletzt auf der *Bildschirmseite* erschienen Referenzsatzes verwendet wurden (die "**Referenzbanken**") deren Angebotssätze

(ausgedrückt als Prozentsatz p.a.) für Einlagen in der *Währung* für die jeweilige *Zinsperiode* gegenüber führenden Banken [**im Falle von LIBOR einfügen:** Londoner Interbanken-Markt] [**im Falle von EURIBOR einfügen:** in der Euro-Zone] [**im Falle von PRIBOR einfügen:** Prager Interbanken-Markt] (der "**relevante Markt**") etwa zur *festgelegten Zeit* am *Zinsfeststellungstag* anfordern. Falls zumindest zwei *Referenzbanken* der *Berechnungsstelle* solche Angebotssätze nennen, ist der Angebotssatz für die betreffende *Zinsperiode* das arithmetische Mittel (falls erforderlich, auf- oder abgerundet [**im Falle von EURIBOR einfügen:** auf das nächste tausendstel Prozent, wobei ab 0,0005 aufzurunden ist] [**in allen anderen Fällen einfügen:** auf- oder abgerundet auf das nächste einhunderttausendstel Prozent, wobei ab 0,000005 aufgerundet wird]) der ermittelten Angebotssätze.

Falls an einem *Zinsfeststellungstag* nur eine oder keine der *Referenzbanken* der *Berechnungsstelle* solche Angebotssätze nennt, wird der Angebotssatz für die betreffende *Zinsperiode* wie folgt berechnet:

Der Angebotssatz entspricht dem arithmetischen Mittel (gegebenenfalls gerundet wie oben beschrieben) jener Sätze, die die *Berechnungsstelle* von den ausgewählten *Referenzbanken* zur *festgelegten Zeit* am betreffenden *Zinsfeststellungstag* für Einlagen in der *Währung* für die betreffende *Zinsperiode* angeboten bekommt.

Falls weniger als zwei der *Referenzbanken* der *Berechnungsstelle* solche Angebotssätze nennen, dann soll der Angebotssatz für die betreffende *Zinsperiode* der Angebotssatz für Einlagen in der *Währung* für die betreffende *Zinsperiode* oder das arithmetische Mittel (gerundet wie oben beschrieben) der Angebotssätze für Einlagen in der *Währung* für die betreffende *Zinsperiode* sein, den bzw die eine oder mehrere Banken der *Berechnungsstelle* als Sätze bekannt geben, die sie an dem betreffenden *Zinsfeststellungstag* gegenüber führenden Banken am relevanten Markt nennen (bzw den diese Banken gegenüber der *Berechnungsstelle* nennen).

Für den Fall, dass der Angebotssatz nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen ermittelt werden kann, ist der Angebotssatz jener Angebotssatz, bzw das arithmetische Mittel der Angebotssätze, an dem letzten Tag vor dem *Zinsfeststellungstag*, an dem diese Angebotssätze angezeigt wurden.

"**Euro-Zone**" bezeichnet das Gebiet derjenigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die gemäß dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft (unterzeichnet in Rom am 25.3.1957), geändert durch den Vertrag über die Europäische Union (unterzeichnet in Maastricht am 7. Februar 1992), den Amsterdamer Vertrag vom 2.10.1997 und den Vertrag von Lissabon vom 13.12.2007, in seiner jeweiligen

Fassung, eine einheitliche Währung eingeführt haben oder jeweils eingeführt haben werden.]]

- [(9) "**Swapsatzberechnungsbasis**" ist jeweils der Swapsatz 1 [und Swapsatz 2] der auf der *Bildschirmseite* am Zinsfeststellungstag (wie nachstehend definiert) gegen 11.00 Uhr Brüsseler Ortszeit) am zweiten TARGET Geschäftstag vor Beginn der jeweiligen *Zinsperiode* (jeweils ein "**Zinsfeststellungstag**") angezeigt wird, wie von der *Berechnungsstelle* festgestellt.

"**Bildschirmseite**" bedeutet [**Bildschirmseite (EB Punkt 20) einfügen**] oder jede Nachfolgesseite. Sollte die maßgebliche *Bildschirmseite* nicht zur Verfügung stehen oder wird einer der maßgeblichen Swapsätze nicht zu der genannten Zeit angezeigt, wird die *Berechnungsstelle* von den Hauptniederlassungen jeder der *Referenzbanken* (wie nachstehend definiert) in der Euro-Zone deren jeweils maßgebliche Swapsätze (jeweils als Prozentsatz *per annum* ausgedrückt) gegenüber führenden Banken im Interbanken-Markt in der Euro-Zone um ca. 11:00 Uhr (Brüsseler Ortszeit) am *Zinsfeststellungstag* anfordern. Falls zwei oder mehr *Referenzbanken* der *Berechnungsstelle* solche Swapsätze nennen, wird der *Zinssatz* für die betreffende *Zinsperiode* anhand des arithmetischen Mittels (falls erforderlich, auf- oder abgerundet auf das nächste ein Hunderttausendstel Prozent, wobei 0,000005 aufgerundet wird) dieser Swapsätze ermittelt wobei alle Festlegungen durch die *Berechnungsstelle* erfolgen. Falls an einem *Zinsfeststellungstag* nur eine oder keine der *Referenzbanken* der *Berechnungsstelle* solche Swapsätze nennt, wird der *Zinssatz* für die betreffende *Zinsperiode* anhand des arithmetischen Mittels (falls erforderlich, auf oder abgerundet auf das nächste ein Hunderttausendstel Prozent, wobei 0,000005 aufgerundet wird) dieser Swapsätze ermittelt, die die *Referenzbanken* bzw zwei oder mehrere von ihnen der *Berechnungsstelle* auf deren Anfrage als den jeweiligen Satz nennen, zu dem ihnen um ca. 11:00 Uhr (Brüsseler Ortszeit) an dem betreffenden *Zinsfeststellungstag* Einlagen in der festgelegten Währung für die betreffende *Zinsperiode* von führenden Banken im Interbanken-Markt in der Euro-Zone angeboten werden falls weniger als zwei der *Referenzbanken* der *Berechnungsstelle* solche Swapsätze nennen, dann wird der *Zinssatz* für die betreffende *Zinsperiode* anhand der Swapsätze oder des arithmetischen Mittels (gerundet wie oben beschrieben) dieser Swapsätze, den bzw die eine oder mehrere Banken (die nach Ansicht der *Berechnungsstelle* und der *Emittentin* für diesen Zweck geeignet sind) der *Berechnungsstelle* als Sätze bekanntgeben, die sie an dem betreffenden *Zinsfeststellungstag* gegenüber führenden Banken am Interbanken-Markt in der Euro-Zone nennen (bzw den diese Banken gegenüber der *Berechnungsstelle* nennen) ermittelt.

Für den Fall, dass der *Zinssatz* nicht gemäß den vorstehenden Bestimmungen dieses Absatzes 9 ermittelt werden kann, wird der *Zinssatz* anhand der Swapsätze oder des arithmetischen Mittels Swapsätze auf der *Bildschirmseite*, wie vorstehend beschrieben, an dem letzten Tag vor dem *Zinsfeststellungstag*, an dem diese Swapsätze angezeigt wurden, errechnet.

"Referenzbanken" bezeichnet diejenigen Niederlassungen von mindestens vier derjenigen Banken, deren maßgebliche Swapsätze zur Ermittlung des maßgeblichen Swapsatzes zu dem Zeitpunkt benutzt wurden, als ein solcher Swapsatz letztmals auf der maßgeblichen *Bildschirmseite* angezeigt wurde.]]

§ 4 (Rückzahlung)

- (1) **Rückzahlung bei Endfälligkeit.** Die *Schuldverschreibungen* werden zu ihrem *Rückzahlungsbetrag* von **[Rückzahlungsbetrag (EB Punkt 21) einfügen]**% des *Nennbetrags* (der "**Rückzahlungsbetrag**") am **[Endfälligkeitstag (EB Punkt 9) einfügen]** (der "**Endfälligkeitstag**") zurückgezahlt.

[Falls in den EB (EB Punkt 23) vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen:

- (2) **Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.** Es steht der *Emittentin* frei, [zum] [zu jedem] **[Wahlrückzahlungstag(e) (Call) (EB Punkt 23) einfügen]** ([der] [jeweils ein] "**Wahlrückzahlungstag (Call)**") die *Schuldverschreibungen* vollständig oder teilweise zu kündigen und zu ihrem *Wahlrückzahlungsbetrag (Call)* (wie nachstehend definiert) zuzüglich bis zum *Wahlrückzahlungstag (Call)* aufgelaufener Zinsen zurückzuzahlen, nachdem sie die *Anleihegläubiger* mindestens **[Kündigungsfrist (EB Punkt 23) einfügen]** *Geschäftstage* vor dem *Wahlrückzahlungstag (Call)* gemäß § 10 benachrichtigt hat (wobei diese Erklärung den für die Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* festgelegten *Wahlrückzahlungstag (Call)* angeben muss).

[Für Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

Eine solche Kündigung und vorzeitige Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* nach Wahl der *Emittentin* vor dem Ende der Laufzeit des *Schuldverschreibungen* ist nur zulässig, sofern der Zeitpunkt der Emission mindestens fünf Jahre zurückliegt und die Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (5) erfüllt sind.]]

[Falls keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen:

- (2) **Keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.** Die *Emittentin* ist **[im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:** mit Ausnahme des § 4 (4) der Emissionsbedingungen] nicht berechtigt, die *Schuldverschreibungen* zu kündigen und vorzeitig zurückzuzahlen.]

[Falls bei nicht-nachrangigen oder fundierten Schuldverschreibungen in den EB (EB Punkt 24) vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger vorgesehen ist, einfügen:

- (3) **Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger.** Sofern ein *Anleihegläubiger* der *Emittentin* die entsprechende Absicht in Form einer schriftlichen Ausübungserklärung (entsprechende Formulare sind bei der *Emittentin* erhältlich) **[Kündigungsfrist (EB Punkt 24) einfügen]** Geschäftstage im Voraus mitteilt, hat die *Emittentin* die entsprechenden *Schuldverschreibungen* am **[Wahlrückzahlungstag (Put) (EB Punkt 24) einfügen]** (jeweils ein "**Wahlrückzahlungstag (Put)**") zu ihrem *Wahlrückzahlungsbetrag (Put)* (wie nachstehend definiert) zuzüglich bis zum *Wahlrückzahlungstag (Put)* aufgelaufener Zinsen zurückzuzahlen. Ein Widerruf einer erfolgten Ausübung dieses Rechts ist nicht möglich.

Falls die Ausübungserklärung am letzten Tag der Kündigungsfrist vor dem *Wahlrückzahlungstag (Put)* nach 17:00 Uhr Wiener Zeit bei der *Emittentin* eingeht, ist das Wahlrecht nicht wirksam ausgeübt. Die Ausübungserklärung hat anzugeben: (i) den Gesamtnennbetrag der *Schuldverschreibungen*, für die das Wahlrecht ausgeübt wird und (ii) die ISIN dieser *Schuldverschreibungen* (soweit vergeben). Für die Ausübungserklärung kann ein Formular, wie es bei der *Emittentin* erhältlich ist, verwendet werden. Die Rückzahlung der *Schuldverschreibungen*, für welche das Wahlrecht ausgeübt worden ist, erfolgt nur gegen Lieferung der *Schuldverschreibungen* an die *Emittentin* oder deren Order.]

[Falls bei nicht-nachrangigen oder fundierten Schuldverschreibungen in den EB (EB Punkt 24) keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger vorgesehen ist sowie im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1), einfügen:

- (3) **Keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger.** Die *Anleihegläubiger* sind nicht berechtigt, die *Schuldverschreibungen* zu kündigen und die vorzeitige Rückzahlung zu verlangen.]

[Im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

- (4) **Vorzeitige Rückzahlung aus aufsichtsrechtlichen oder steuerlichen Gründen.**

Die *Emittentin* ist berechtigt, jederzeit vor dem Endfälligkeitstag ganz, aber nicht teilweise die *Schuldverschreibungen* zu kündigen und zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag samt bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen an die *Anleihegläubiger* zurückzuzahlen, sofern

- (i) die *Emittentin* nicht weniger als dreißig und nicht mehr als sechzig Tage vor der beabsichtigten Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* die *Anleihegläubiger* von der Kündigung verständigt, wobei eine solche Kündigung unwiderruflich ist;
 - (ii) (A) sich die aufsichtsrechtliche Einstufung der *Schuldverschreibungen* ändert, was wahrscheinlich zu ihrem gänzlichen oder teilweisen Ausschluss aus den Eigenmitteln oder ihrer Neueinstufung als Eigenmittel geringerer Qualität führen würde, und die folgenden Bedingungen erfüllt sind: (x) die *Zuständige Behörde* (wie nachstehend definiert) hält es für ausreichend sicher, dass eine solche Änderung stattfindet; (y) die *Emittentin* weist der *Zuständigen Behörde* hinreichend nach, dass zum Zeitpunkt der Emission der *Schuldverschreibungen* die aufsichtsrechtliche Neueinstufung für die *Emittentin* nicht vorherzusehen war; oder (B) sich die geltende steuerliche Behandlung der *Schuldverschreibungen* ändert, und die *Emittentin* der *Zuständigen Behörde* in Übereinstimmung mit und gemäß Artikel 78 Absatz 4 CRR hinreichend nachweist, dass diese Änderung wesentlich ist und zum Zeitpunkt der Emission der *Schuldverschreibungen* nicht vorherzusehen war; und
 - (iii) die Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (5) erfüllt sind.
- (5) *Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung.*

Eine vorzeitige Rückzahlung nach [***falls vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen:*** Absatz 2 oder] Absatz 4 dieses § 4 setzt voraus, dass die zur Beaufsichtigung der *Emittentin* befugte Behörde gemäß Artikel 4 Absatz 1 Nr 40 CRR (die "***Zuständige Behörde***") der *Emittentin* zuvor die Erlaubnis zur vorzeitigen Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* in Übereinstimmung mit Artikel 78 CRR erteilt hat, wobei diese Erlaubnis unter anderem voraussetzen kann, dass:

- (i) die *Emittentin* vor oder gleichzeitig mit der vorzeitigen Rückzahlung die *Schuldverschreibungen* durch Eigenmittelinstrumente zumindest gleicher Qualität zu Bedingungen ersetzt, die im Hinblick auf die Ertragsmöglichkeiten der *Emittentin* nachhaltig sind; oder
- (ii) die *Emittentin* der *Zuständigen Behörde* hinreichend nachgewiesen hat, dass die Eigenmittel der *Emittentin* nach der vorzeitigen Rückzahlung die Anforderungen nach Artikel 92 Absatz 1 CRR und die kombinierte Kapitalpufferanforderung im Sinne des Artikels 128 Nr. 6 der Richtlinie 2013/36/EU um eine Spanne übertreffen, die die *Zuständige Behörde* auf der Grundlage des Artikels 104 Absatz 3 der Richtlinie 2013/36/EU gegebenenfalls für erforderlich hält.]

[Falls Definitionen anwendbar, einfügen:

(4)/(6) Definitionen:

[Im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen: "Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag" meint [falls in den EB (EB Punkt 22) "standard" angegeben ist, einfügen: [den von der Emittentin nach billigem Ermessen als angemessener Marktpreis der Schuldverschreibungen festgelegten Betrag] [●]].]

[Falls Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin anwendbar ist, einfügen: "Wahrrückzahlungsbetrag (Call)" meint [falls in den EB (EB Punkt 23) besonderes vorgesehen ist, einfügen, anderenfalls einfügen: [den Nennbetrag der Schuldverschreibungen] [●]].]

[Falls Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger anwendbar ist, einfügen: "Wahrrückzahlungsbetrag (Put)" meint [falls in den EB (EB Punkt 24) besonderes vorgesehen ist, einfügen, anderenfalls einfügen: [den Nennbetrag der Schuldverschreibungen] [●]].]

[Falls bei nicht-nachrangigen oder fundierten Schuldverschreibungen in den EB (EB Punkt 25) Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung, einer Absicherungs-Störung und/oder Gestiegenen Absicherungs-Kosten vorgesehen ist, einfügen:

(4)/(5)/(7) **Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen [einer Rechtsänderung] [,] [und/oder] [einer Absicherungs-Störung] [und/oder] [Gestiegenen Absicherungs-Kosten].** Die *Emittentin* ist berechtigt, die *Schuldverschreibungen* jederzeit vor dem *Endfälligkeitstag* bei Vorliegen [einer *Rechtsänderung*] [,] [und/oder] [*Absicherungs-Störung*] [und/oder] [*Gestiegenen Absicherungs-Kosten*] (wie [jeweils] nachstehend definiert) zu ihrem *Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag* (wie nachstehend definiert) vorzeitig zurückzahlen. Die *Emittentin* wird die *Schuldverschreibungen* einer solchen Serie vollständig (aber nicht nur teilweise) am zweiten *Geschäftstag* zurückzahlen, nachdem die Mitteilung der vorzeitigen Rückzahlung gemäß § 10 zugegangen ist, vorausgesetzt, dass dieser Tag nicht später als zwei *Geschäftstage* (wie in § 5 (2) definiert) vor dem *Endfälligkeitstag* liegt (der "**Vorzeitige Rückzahlungstag**").

Wobei:

[Rechtsänderung bedeutet, dass aufgrund (A) des Inkrafttretens von Änderungen der Gesetze oder Verordnungen (einschließlich aber nicht beschränkt auf Steuergesetze) oder (B) der Änderungen der Auslegung von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen, die für die entsprechenden Gesetze oder Verordnungen relevant sind (einschließlich der Aussagen der Steuerbehörden) die *Emittentin* feststellt, dass die Kosten, die mit den

Verpflichtungen unter den *Schuldverschreibungen* verbunden sind, wesentlich gestiegen sind (einschließlich aber nicht beschränkt auf Erhöhungen der Steuerverpflichtungen, der Senkung von steuerlichen Vorteilen oder anderen negativen Auswirkungen auf die steuerrechtliche Behandlung), falls solche Änderungen an oder nach dem *Begebungstag* wirksam werden.}]

[Absicherungs-Störung bedeutet, dass die *Emittentin* nicht in der Lage ist, unter Anwendung wirtschaftlich vernünftiger Bemühungen, (A) Transaktionen abzuschließen, fortzuführen oder abzuwickeln bzw Vermögenswerte zu erwerben, auszutauschen, zu halten oder zu veräußern, welche die *Emittentin* zur Absicherung von Preisrisiken im Hinblick auf ihre Verpflichtungen aus den entsprechenden *Schuldverschreibungen* der maßgeblichen Serie für notwendig erachtet, oder sie (B) nicht in der Lage ist, die Erlöse aus den Transaktionen bzw Vermögenswerten zu realisieren, zurückzugewinnen oder weiterzuleiten.}]

[Gestiegene Absicherungs-Kosten bedeutet, dass die *Emittentin* im Vergleich zum *Begebungstag* einen wesentlich höheren Betrag an Steuern, Abgaben, Aufwendungen und Gebühren (außer Maklergebühren) entrichten muss, um (A) Transaktionen abzuschließen, fortzuführen oder abzuwickeln bzw Vermögenswerte zu erwerben, auszutauschen, zu halten oder zu veräußern, welche die *Emittentin* zur Absicherung von Preisrisiken im Hinblick auf ihre Verpflichtungen aus den entsprechenden *Schuldverschreibungen* der maßgeblichen Serie für notwendig erachtet oder (B) Erlöse aus den Transaktionen bzw Vermögenswerten zu realisieren, zurückzugewinnen oder weiterzuleiten, unter der Voraussetzung, dass Beträge, die sich nur erhöht haben, weil die Kreditwürdigkeit der *Emittentin* zurückgegangen ist, nicht als Gestiegene Absicherungs-Kosten angesehen werden.}]

Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag meint **[falls in den EB (EB Punkt 22) "standard" angegeben ist, einfügen:** den von der *Berechnungsstelle* nach billigem Ermessen als angemessener Marktpreis der *Schuldverschreibungen* festgelegten Betrag] **[Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag wie in EB Punkt 22 angegeben, einfügen].]**

§ 5 (Zahlungen)

- (1) **Zahlungen.** Zahlungen auf Kapital und Zinsen auf die *Schuldverschreibungen* erfolgen bei Fälligkeit vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Regelungen und Vorschriften in der frei handelbaren und konvertierbaren Währung, die am entsprechenden Fälligkeitstag die Währung des Staates der festgelegten Währung ist. Die Zahlung von Kapital und Zinsen erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die *Zahlstelle* zur Weiterleitung an die Verwahrstelle oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den *Anleihegläubiger* depotführende Stelle.

- (2) **Geschäftstag.** Fällt der *Endfälligkeitstag* (wie in § 4 (1) definiert) in Bezug auf eine *Schuldverschreibung* auf einen Tag, der kein *Geschäftstag* ist, hat der *Anleihegläubiger* keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten *Geschäftstag* am jeweiligen Ort und ist nicht berechtigt, zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen auf Grund dieser Verspätung zu verlangen.

"**Geschäftstag**" ist jeder Tag (außer einem Samstag und einem Sonntag) an dem die Banken in **[maßgeblichen Finanzzentrum (oder -zentren) (EB Punkt 20) einfügen]** für Geschäfte (einschließlich Devisenhandelsgeschäfte und Fremdwährungseinlagengeschäfte) geöffnet sind **[falls die festgelegte Währung (oder eine der festgelegten Währungen) Euro ist, einfügen:** und alle für die Abwicklung von Zahlungen in Euro wesentlichen Teile des Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer Systems ("TARGET2") in Betrieb sind].

- (3) **Bezugnahmen auf Kapital.** Bezugnahmen in diesen *Emissionsbedingungen* auf "Kapital" schließen den *Rückzahlungsbetrag* [, den *Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag*] [, den *Wahlrückzahlungsbetrag (Call)*] [, den *Wahlrückzahlungsbetrag (Put)*] sowie sonstige auf oder in Bezug auf die *Schuldverschreibungen* zahlbaren Beträge mit ein.

§ 6 (Steuern)

- (1) Die *Emittentin* haftet nicht für und ist nicht zur Zahlung irgendwelcher Steuern, Abgaben, Gebühren, Abzüge und sonstiger Kosten verpflichtet, welche für den *Anleihegläubiger* zur Anwendung gelangen können oder könnten.
- (2) Alle in Bezug auf die *Schuldverschreibungen* zahlbaren Beträge werden unter Abzug oder Einbehalt von Steuern, Abgaben oder amtlichen Gebühren gleich welcher Art, gezahlt, falls der Abzug oder Einbehalt verpflichtend vorgeschrieben ist. In diesem Fall werden keine zusätzlichen Beträge in Bezug auf diesen Abzug oder Einbehalt geleistet.

§ 7 (Verjährung)

Ansprüche gegen die *Emittentin* auf Zahlungen hinsichtlich der *Schuldverschreibungen* verjähren, sofern sie nicht innerhalb von [zehn] **[anderes (EB Punkt 26) angeben]** Jahren (im Falle des Kapitals) und innerhalb von [drei] **[anderes (EB Punkt 26) angeben]** Jahren (im Falle von Zinsen) ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden.

§ 8 (Beauftragte Stellen)

- (1) **Bestellung.** Die Zahlstelle und die *Berechnungsstelle* (zusammen die "beauftragten Stellen") lauten:

Zahlstelle: *[in den Endgültigen Bedingungen bezeichnete Zahlstelle(n) (EB Punkt 14) einfügen]*

Berechnungsstelle: *[in den Endgültigen Bedingungen bezeichnete Berechnungsstelle(n) (EB Punkt 15) einfügen]*

- (2) **Änderung der Bestellung oder Abberufung.** Die *Emittentin* wird zu jedem Zeitpunkt eine Zahlstelle und eine Berechnungsstelle unterhalten, behält sich aber das Recht vor, jederzeit die Bestellung einer beauftragten Stelle zu ändern oder zu beenden und/oder zusätzliche oder andere Zahlstellen und/oder *Berechnungsstellen* im EWR zu bestellen. Änderungen in Bezug auf die Zahlstelle und die *Berechnungsstelle* werden den *Anleihegläubigern* gemäß § 10 mitgeteilt.
- (3) **Beauftragte der Emittentin.** Jede *beauftragte Stelle* handelt ausschließlich als Beauftragte der *Emittentin* und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den *Anleihegläubigern* und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und den *Anleihegläubigern* begründet.
- (4) **Verbindlichkeit der Festsetzungen.** Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der *Emittentin*, einer Zahlstelle und/oder der *Berechnungsstelle* für die Zwecke dieser *Emissionsbedingungen* gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die *Emittentin*, die Zahlstelle(n) und die *Anleihegläubiger* bindend.
- (5) **Haftungsausschluss.** Soweit gesetzlich zulässig, übernehmen weder die *Berechnungsstelle* noch die Zahlstelle(n) eine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die *Schuldverschreibungen*, sei es auf Grund von Fahrlässigkeit oder aus sonstigen Gründen.

§ 9 (Begebung weiterer Schuldverschreibungen. Ankauf. Entwertung)

- (1) **Begebung weiterer Schuldverschreibungen.** Die *Emittentin* ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der *Anleihegläubiger* weitere *Schuldverschreibungen* mit gleicher Ausstattung (mit Ausnahme des Kalendertags der Begebung, des Emissionspreises und/oder des ersten Zinszahlungstags) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen *Schuldverschreibungen* eine einheitliche Serie

bilden, wobei in diesem Fall der Begriff "Schuldverschreibungen" entsprechend auszulegen ist.

- (2) **Ankauf.** Die *Emittentin* und jedes ihrer Tochterunternehmen sind **[Im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen einfügen:** nur unter Einhaltung sämtlicher anwendbarer aufsichtsrechtlicher und sonstiger gesetzlicher Beschränkungen und unter der Voraussetzung, dass die Bedingungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (5) erfüllt sind, möglich.] berechtigt, *Schuldverschreibungen* im Markt oder anderweitig (zB durch Privatkauf) zu jedem beliebigen Preis zu kaufen und diese zu halten, weiterzuverkaufen oder zu entwerten.

§ 10 (Mitteilungen)

- (1) **Bekanntmachung.** Alle die *Schuldverschreibungen* betreffenden Mitteilungen sind auf [der Website der *Emittentin* (www.rvs.at)] **[anderes (EB Punkt 27) angeben]** und – soweit gesetzlich zwingend erforderlich - in den gesetzlich bestimmten Medien zu veröffentlichen und jede derartig erfolgte Mitteilung gilt am fünften Tag nach der Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen am fünften Tag nach der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.
- (2) **Mitteilung über die Verwahrstelle:** Die *Emittentin* ist berechtigt, eine Veröffentlichung gemäß § 10 (1) durch eine schriftliche Mitteilung an die Verwahrstelle zur Weiterleitung an die *Anleihegläubiger* zu ersetzen. Jede derartige Bekanntmachung gilt am fünften *Geschäftstag* nach dem Tag der Mitteilung an die Verwahrstelle als wirksam.
- (3) **Form der von Anleihegläubigern zu machenden Mitteilungen:** Die *Schuldverschreibungen* betreffende Mitteilungen der *Anleihegläubiger* an die *Emittentin* gelten als wirksam erfolgt, wenn sie der *Emittentin* oder der Zahlstelle (zur Weiterleitung an die *Emittentin*) in schriftlicher Form in der deutschen Sprache persönlich übergeben oder per Brief übersandt werden. Der *Anleihegläubiger* muss einen die *Emittentin* zufriedenstellenden Nachweis über die von ihm gehaltenen *Schuldverschreibungen* erbringen. Dieser Nachweis kann (i) in Form einer Bestätigung durch die Verwahrstelle oder die Depotbank, bei der der *Anleihegläubiger* ein Wertpapierdepot für die *Schuldverschreibungen* unterhält, dass der *Anleihegläubiger* zum Zeitpunkt der Mitteilung *Anleihegläubiger* der betreffenden *Schuldverschreibungen* ist, oder (ii) auf jede andere geeignete Weise erfolgen. "**Depotbank**" bezeichnet jede Bank oder ein sonstiges anerkanntes Finanzinstitut, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrungsgeschäft zu betreiben und bei der/dem der *Anleihegläubiger* ein Wertpapierdepot für die *Schuldverschreibungen* unterhält, einschließlich des der Verwahrstelle.

§ 11
(Salvatorische Klausel)

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser *Emissionsbedingungen* ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein oder werden, bleiben die übrigen Bestimmungen dieser *Emissionsbedingungen* in Kraft.

§ 12
(Anwendbares Recht. Gerichtsstand. Erfüllungsort)

- (1) **Anwendbares Recht.** Die *Schuldverschreibungen* unterliegen österreichischem Recht unter Ausschluss der Kollisionsnormen.
- (2) **Gerichtsstand.** Ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den *Schuldverschreibungen* entstehenden Klagen oder sonstigen Verfahren sind die für [5020 Salzburg] **[anderes (EB Punkt 28) angeben]** in Handelssachen sachlich zuständigen Gerichte. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.
- (3) **Erfüllungsort.** Erfüllungsort ist der Sitz der *Emittentin* in Salzburg, Österreich.

Option 5 - Muster-Emissionsbedingungen für Nullkupon-Schuldverschreibungen

§ 1

(Währung. Stückelung. Form. Zeichnung. Sammelurkunden. Verwahrung)

- (1) **Währung. Stückelung. Form.** Diese Serie von *Schuldverschreibungen* (die "**Schuldverschreibungen**") wird von der Raiffeisenverband Salzburg eGen (die "**Emittentin**") in [**Währung (EB Punkt 2) einfügen**] (die "**Währung**") [**im Falle einer Daueremission (EB Punkt 6), einfügen:** als Daueremission ab dem] [**im Falle keiner Daueremission einfügen:** am] [**((Erst-)Begebungstag (EB Punkt 6) einfügen**] (der "**(Erst-)Begebungstag**") begeben. Die Serie von *Schuldverschreibungen* ist eingeteilt in Stückelungen im *Nennbetrag* (oder den Nennbeträgen) von [**Nennbetrag (oder Nennbeträge) (EB Punkt 5) einfügen**] (jeweils ein "**Nennbetrag**") und weist einen Gesamtnennbetrag von [bis zu] [**Gesamtnennbetrag (EB Punkt 3) einfügen**] auf. Die *Schuldverschreibungen* lauten auf den Inhaber (jeweils ein "**Anleihegläubiger**").
- (2) **Zeichnung.** Die Zeichnung erfolgt zum Emissionspreis, der [zum Ausgabetag] [**((Erst-) Emissionspreis (EB Punkt 4) einfügen**] beträgt [**im Falle einer Daueremission einfügen:** und danach laufend an die Marktgegebenheiten angepasst wird] [, im Ausmaß von zumindest einem Stück] [**Im Falle eines Mindestzeichnungsbetrags einfügen:** zum Mindestzeichnungsbetrag von [**Mindestzeichnungsbetrag (EB Punkt 7) einfügen**] [**Im Falle eines Höchstzeichnungsbetrags einfügen:** und höchstens zum Höchstzeichnungsbetrag von [**Höchstzeichnungsbetrag (EB Punkt 7) einfügen**].
- (3) **Sammelurkunde.** Jede Serie der *Schuldverschreibungen* wird zur Gänze durch eine veränderbare Sammelurkunde (die "**Sammelurkunde**") gemäß § 24 lit b Depotgesetz (BGBl Nr. 424/1969 idgF) ohne Zinsscheine verbrieft, welche die Unterschriften der erforderlichen Anzahl zeichnungsberechtigter Vertreter der *Emittentin* trägt. Ein Anspruch auf Einzelverbrieftung oder Ausfolgung einzelner Urkunden oder Zinsscheine ist ausgeschlossen.
- (4) **Verwahrung.** Jede *Sammelurkunde* wird [**im Fall von Eigenverwahrung (EB Punkt 8) einfügen:** von der *Emittentin* und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt] von der Wertpapiersammelbank der OeKB CSD GmbH ("**OeKB CSD**") mit der Geschäftsanschrift 1010 Wien, Strauchgasse 1-3 (die "**Verwahrstelle**") verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der *Emittentin* aus den *Schuldverschreibungen* erfüllt sind.

§ 2 (Status)

[Für nicht-nachrangige Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

Die Verpflichtungen aus den *Schuldverschreibungen* begründen direkte, unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin* gleichrangig sind, ausgenommen solche, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt.]

[Für Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

- (1) Die Verpflichtungen aus den *Schuldverschreibungen* begründen direkte, unbesicherte und nachrangige Verbindlichkeiten der *Emittentin* und haben den gleichen Rang untereinander und zumindest den gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin*, ausgenommen nachrangige Verbindlichkeiten, welche gemäß ihren Bedingungen als nachrangig gegenüber den *Schuldverschreibungen* bezeichnet werden.
- (2) Die *Schuldverschreibungen* stellen Instrumente des Ergänzungskapitals (*Tier 2*) gemäß Artikel 63 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen und zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 648/2012 (*Capital Requirements Regulation* – "CRR") dar und haben eine Mindestlaufzeit von fünf Jahren.
- (3) Im Falle der Liquidation oder der Insolvenz der *Emittentin* stehen die Zahlungsverpflichtungen der *Emittentin* gemäß den *Schuldverschreibungen* im Rang nach den nicht-nachrangigen *Anleihegläubiger* der *Emittentin*, aber zumindest im gleichen Rang mit allen anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die nicht aufgrund ihrer Bedingungen nachrangig gegenüber den *Schuldverschreibungen* sind, sowie vorrangig gegenüber den Ansprüchen von Aktionären, Eigentümern von (anderen) Instrumenten des harten Kernkapitals (*Common Equity Tier 1*) gemäß Artikel 28 CRR sowie Inhabern von Instrumenten des zusätzlichen Kernkapitals (*Additional Tier 1*) gemäß Artikel 52 CRR der *Emittentin* und alle anderen nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die gemäß ihren Bedingungen als nachrangig gegenüber den *Schuldverschreibungen* sind.
- (4) Forderungen der *Emittentin* dürfen nicht gegen Rückzahlungspflichten der *Emittentin* gemäß diesen *Schuldverschreibungen* aufgerechnet werden und für die *Schuldverschreibungen* dürfen keine vertraglichen Sicherheiten durch die *Emittentin* oder einen Dritten bestellt werden. Durch nachträgliche Vereinbarung darf weder die Nachrangigkeit gemäß diesem § 2 eingeschränkt werden, noch darf die Fälligkeit der *Schuldverschreibungen*, geändert werden.]

[Für fundierte Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

- (1) Die *Schuldverschreibungen* begründen nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die untereinander und mit allen anderen nicht-nachrangigen fundierten *Schuldverschreibungen* desselben Deckungsstocks (wie nachstehend definiert) der *Emittentin* gleichrangig sind.
- (2) Die *Schuldverschreibungen* werden gemäß dem Gesetz betreffend fundierte Bankschuldverschreibungen (FBSchVG) durch die gesonderten Deckungswerte des Deckungsstocks für hypothekarisch fundierte Bankschuldverschreibungen (der "**Deckungsstock**") besichert, welche zur vorzugsweisen Deckung aller durch diesen Deckungsstock besicherten fundierten Bankschuldverschreibungen der Emittentin bestimmt sind (hauptsächlich Werte gemäß § 1 Abs 5 Z 1 und 2 FBSchVG). Die Deckungswerte für *Schuldverschreibungen* werden im Deckungsregister eingetragen, welches von der Emittentin gemäß dem FBSchVG geführt wird.]

**§ 3
(Zinsen)**

Es erfolgen keine periodischen Zinszahlungen auf die *Schuldverschreibungen*.

**§ 4
(Rückzahlung)**

- (1) **Rückzahlung bei Endfälligkeit.** Die *Schuldverschreibungen* werden zu ihrem *Rückzahlungsbetrag* von [**Rückzahlungsbetrag (EB Punkt 21) einfügen**]% des *Nennbetrags* (der "**Rückzahlungsbetrag**") am [**Endfälligkeitstag (EB Punkt 9) einfügen**] (der "**Endfälligkeitstag**") zurückgezahlt.

[Falls in den EB (EB Punkt 23) vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen:

- (2) **Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.** Es steht der *Emittentin* frei, [zum] [zu jedem] [**Wahlrückzahlungstag(e) (Call) (EB Punkt 23) einfügen**] ([der] [jeweils ein] "**Wahlrückzahlungstag (Call)**") die *Schuldverschreibungen* vollständig oder teilweise zu kündigen und zu ihrem *Wahlrückzahlungsbetrag (Call)* (wie nachstehend definiert) zurückzuzahlen, nachdem sie die *Anleihegläubiger* mindestens [**Kündigungsfrist (EB Punkt 23) einfügen**] *Geschäftstage* vor dem *Wahlrückzahlungstag (Call)* gemäß § 10 benachrichtigt hat (wobei diese Erklärung den für die Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* festgelegten *Wahlrückzahlungstag (Call)* angeben muss).

[Für Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

Eine solche Kündigung und vorzeitige Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* nach Wahl der *Emittentin* vor dem Ende der Laufzeit des *Schuldverschreibungen*

ist nur zulässig, sofern der Zeitpunkt der Emission mindestens fünf Jahre zurückliegt und die Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (5) erfüllt sind.]]

[Falls keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen:

- (2) **Keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.** Die Emittentin ist **[im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:** mit Ausnahme des § 4 (4) der Emissionsbedingungen] nicht berechtigt, die *Schuldverschreibungen* zu kündigen und vorzeitig zurückzuzahlen.]

[Falls bei nicht-nachrangigen oder fundierten Schuldverschreibungen in den EB (EB Punkt 24) vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger vorgesehen ist, einfügen:

- (3) **Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger.** Sofern ein *Anleihegläubiger* der *Emittentin* die entsprechende Absicht in Form einer schriftlichen Ausübungserklärung (entsprechende Formulare sind bei der *Emittentin* erhältlich) **[Kündigungsfrist (EB Punkt 24) einfügen]** Geschäftstage im Voraus mitteilt, hat die *Emittentin* die entsprechenden *Schuldverschreibungen* am **[Wahlrückzahlungstag (Put) (EB Punkt 24) einfügen]** (jeweils ein "**Wahlrückzahlungstag (Put)**") zu ihrem *Wahlrückzahlungsbetrag (Put)* (wie nachstehend definiert) zurückzuzahlen. Ein Widerruf einer erfolgten Ausübung dieses Rechts ist nicht möglich.

Falls die Ausübungserklärung am letzten Tag der Kündigungsfrist vor dem *Wahlrückzahlungstag (Put)* nach 17:00 Uhr Wiener Zeit bei der *Emittentin* eingeht, ist das Wahlrecht nicht wirksam ausgeübt. Die Ausübungserklärung hat anzugeben: (i) den Gesamtnennbetrag der *Schuldverschreibungen*, für die das Wahlrecht ausgeübt wird und (ii) die ISIN dieser *Schuldverschreibungen* (soweit vergeben). Für die Ausübungserklärung kann ein Formular, wie es bei der *Emittentin* erhältlich ist, verwendet werden. Die Rückzahlung der *Schuldverschreibungen*, für welche das Wahlrecht ausgeübt worden ist, erfolgt nur gegen Lieferung der *Schuldverschreibungen* an die *Emittentin* oder deren Order.]

[Falls bei nicht-nachrangigen oder fundierten Schuldverschreibungen in den EB (EB Punkt 24) keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger vorgesehen ist sowie im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1), einfügen:

- (3) **Keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger.** Die *Anleihegläubiger* sind nicht berechtigt, die *Schuldverschreibungen* zu kündigen und die vorzeitige Rückzahlung zu verlangen.]

[Im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen:

(4) Vorzeitige Rückzahlung aus aufsichtsrechtlichen oder steuerlichen Gründen.

Die Emittentin ist berechtigt, jederzeit vor dem Endfälligkeitstag ganz, aber nicht teilweise die Schuldverschreibungen zu kündigen und zu ihrem Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag samt bis zum für die Rückzahlung festgesetzten Tag (ausschließlich) aufgelaufener Zinsen an die Anleihegläubiger zurückzuzahlen, sofern

- (i) die *Emittentin* nicht weniger als dreißig und nicht mehr als sechzig Tage vor der beabsichtigten Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* die *Anleihegläubiger* von der Kündigung verständigt, wobei eine solche Kündigung unwiderruflich ist;
- (ii) (A) sich die aufsichtsrechtliche Einstufung der *Schuldverschreibungen* ändert, was wahrscheinlich zu ihrem gänzlichen oder teilweisen Ausschluss aus den Eigenmitteln oder ihrer Neueinstufung als Eigenmittel geringerer Qualität führen würde, und die folgenden Bedingungen erfüllt sind: (x) die *Zuständige Behörde* (wie nachstehend definiert) hält es für ausreichend sicher, dass eine solche Änderung stattfindet; (y) die *Emittentin* weist der *Zuständigen Behörde* hinreichend nach, dass zum Zeitpunkt der Emission der *Schuldverschreibungen* die aufsichtsrechtliche Neueinstufung für die *Emittentin* nicht vorherzusehen war; oder (B) sich die geltende steuerliche Behandlung der *Schuldverschreibungen* ändert, und die Emittentin der *Zuständigen Behörde* in Übereinstimmung mit und gemäß Artikel 78 Absatz 4 CRR hinreichend nachweist, dass diese Änderung wesentlich ist und zum Zeitpunkt der Emission der *Schuldverschreibungen* nicht vorherzusehen war; und
- (iii) die Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (5) erfüllt sind.

(5) Voraussetzungen für eine vorzeitige Rückzahlung.

Eine vorzeitige Rückzahlung nach **[falls vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen: Absatz 2 oder]** Absatz 4 dieses § 4 setzt voraus, dass die zur Beaufsichtigung der *Emittentin* befugte Behörde gemäß Artikel 4 Absatz 1 Nr 40 CRR (die "**Zuständige Behörde**") der *Emittentin* zuvor die Erlaubnis zur vorzeitigen Rückzahlung der *Schuldverschreibungen* in Übereinstimmung mit Artikel 78 CRR erteilt hat, wobei diese Erlaubnis unter anderem voraussetzen kann, dass:

- (i) die *Emittentin* vor oder gleichzeitig mit der vorzeitigen Rückzahlung die *Schuldverschreibungen* durch Eigenmittelinstrumente zumindest gleicher

Qualität zu Bedingungen ersetzt, die im Hinblick auf die Ertragsmöglichkeiten der Emittentin nachhaltig sind; oder

- (ii) die *Emittentin* der *Zuständigen Behörde* hinreichend nachgewiesen hat, dass die Eigenmittel der *Emittentin* nach der vorzeitigen Rückzahlung die Anforderungen nach Artikel 92 Absatz 1 CRR und die kombinierte Kapitalpufferanforderung im Sinne des Artikels 128 Nr. 6 der Richtlinie 2013/36/EU um eine Spanne übertreffen, die die Zuständige Behörde auf der Grundlage des Artikels 104 Absatz 3 der Richtlinie 2013/36/EU gegebenenfalls für erforderlich hält.]

[Falls Definitionen anwendbar, einfügen:

(4)/(6) Definitionen:

["Amortisationsbetrag" meint den vorgesehenen *Rückzahlungsbetrag* der Schuldverschreibung am *Endfälligkeitstag*, abgezinst mit einem jährlichen Satz (als Prozentsatz ausgedrückt), der sich wie folgt berechnet: *Rückzahlungsbetrag* der *Schuldverschreibungen* abgezinst auf den Emissionspreis am Begebungstag auf Basis einer jährlichen Verzinsung unter Berücksichtigung bereits aufgelaufener Zinsen, wobei das Ergebnis kaufmännisch auf zwei Nachkommastellen gerundet wird. Ist eine solche Rechnung für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr aufzustellen, so liegt ihr der *Zinstagequotient* (wie nachstehend definiert) zugrunde.]

[Im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen (EB Punkt 1) einfügen: "Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag" meint **[falls in den EB (EB Punkt 22) "Amortisationsbetrag" angegeben ist, einfügen:** den Amortisationsbetrag der Schuldverschreibungen (wie vorstehend definiert)] **[falls in den EB (EB Punkt 22) "standard" angegeben ist, einfügen:** den von der Emittentin nach billigem Ermessen als angemessener Marktpreis der Schuldverschreibungen festgelegten Betrag] **[Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag wie in EB Punkt 22 angegeben, einfügen].]**

[Falls Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin anwendbar ist, einfügen: "Wahlrückzahlungsbetrag (Call)" meint [den Amortisationsbetrag der Schuldverschreibungen (wie vorstehend definiert).] **[Wahlrückzahlungsbetrag (-beträge) (Call) für die maßgeblichen Wahlrückzahlungstag(e) (Call) (EB Punkt 23) einfügen].]**

[Falls Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger anwendbar ist, einfügen: "Wahlrückzahlungsbetrag (Put)" meint den [Amortisationsbetrag der Schuldverschreibungen (wie vorstehend definiert).] **[Wahlrückzahlungsbetrag (-beträge) (Put) für die maßgeblichen Wahlrückzahlungstag(e) (Put) (EB Punkt 24) einfügen].]**

[Falls bei nicht-nachrangigen oder fundierten Schuldverschreibungen in den EB (EB Punkt 25) Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen einer Rechtsänderung, einer Absicherungs-Störung und/oder Gestiegenen Absicherungs-Kosten vorgesehen ist, einfügen:

(4)/(5)/(7) **Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen [einer Rechtsänderung] [,] [und/oder] [einer Absicherungs-Störung] [und/oder] [Gestiegenen Absicherungs-Kosten].** Die *Emittentin* ist berechtigt, die *Schuldverschreibungen* jederzeit vor dem *Endfälligkeitstag* bei Vorliegen [einer *Rechtsänderung*] [,] [und/oder] [*Absicherungs-Störung*] [und/oder] [*Gestiegenen Absicherungs-Kosten*] (wie [jeweils] nachstehend definiert) zu ihrem *Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag* (wie nachstehend definiert) vorzeitig zurückzahlen. Die *Emittentin* wird die *Schuldverschreibungen* einer solchen Serie vollständig (aber nicht nur teilweise) am zweiten *Geschäftstag* zurückzahlen, nachdem die Mitteilung der vorzeitigen Rückzahlung gemäß § 10 zugegangen ist, vorausgesetzt, dass dieser Tag nicht später als zwei *Geschäftstage* (wie in § 5 (2) definiert) vor dem *Endfälligkeitstag* liegt (der "**Vorzeitige Rückzahlungstag**").

Wobei:

[Rechtsänderung bedeutet, dass aufgrund (A) des Inkrafttretens von Änderungen der Gesetze oder Verordnungen (einschließlich aber nicht beschränkt auf Steuergesetze) oder (B) der Änderungen der Auslegung von gerichtlichen oder behördlichen Entscheidungen, die für die entsprechenden Gesetze oder Verordnungen relevant sind (einschließlich der Aussagen der Steuerbehörden) die *Emittentin* feststellt, dass die Kosten, die mit den Verpflichtungen unter den *Schuldverschreibungen* verbunden sind, wesentlich gestiegen sind (einschließlich aber nicht beschränkt auf Erhöhungen der Steuerverpflichtungen, der Senkung von steuerlichen Vorteilen oder anderen negativen Auswirkungen auf die steuerrechtliche Behandlung), falls solche Änderungen an oder nach dem *Begebungstag* wirksam werden.]

[Absicherungs-Störung bedeutet, dass die *Emittentin* nicht in der Lage ist, unter Anwendung wirtschaftlich vernünftiger Bemühungen, (A) Transaktionen abzuschließen, fortzuführen oder abzuwickeln bzw Vermögenswerte zu erwerben, auszutauschen, zu halten oder zu veräußern, welche die *Emittentin* zur Absicherung von Preisrisiken im Hinblick auf ihre Verpflichtungen aus den entsprechenden *Schuldverschreibungen* der maßgeblichen Serie für notwendig erachtet, oder sie (B) nicht in der Lage ist, die Erlöse aus den Transaktionen bzw Vermögenswerten zu realisieren, zurückzugewinnen oder weiterzuleiten.]

[Gestiegene Absicherungs-Kosten bedeutet, dass die *Emittentin* im Vergleich zum *Begebungstag* einen wesentlich höheren Betrag an Steuern, Abgaben, Aufwendungen und Gebühren (außer Maklergebühren) entrichten muss, um (A) Transaktionen abzuschließen, fortzuführen oder abzuwickeln bzw Vermögenswerte zu erwerben, auszutauschen, zu halten oder zu veräußern, welche die *Emittentin* zur Absicherung von Preisrisiken im Hinblick auf ihre

Verpflichtungen aus den entsprechenden *Schuldverschreibungen* der maßgeblichen Serie für notwendig erachtet oder (B) Erlöse aus den Transaktionen bzw Vermögenswerten zu realisieren, zurückzugewinnen oder weiterzuleiten, unter der Voraussetzung, dass Beträge, die sich nur erhöht haben, weil die Kreditwürdigkeit der *Emittentin* zurückgegangen ist, nicht als Gestiegene Absicherungs-Kosten angesehen werden.}]

Vorzeitiger Rückzahlungsbetrag meint **[falls in den EB (EB Punkt 22) "standard" angegeben ist, einfügen:** den von der *Berechnungsstelle* nach billigem Ermessen als angemessener Marktpreis der *Schuldverschreibungen* festgelegten Betrag] **[Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag wie in EB Punkt 22 angegeben, einfügen].]**

"**Zinstagequotient**" bezeichnet im Hinblick auf die Berechnung eines Betrages für einen beliebigen Zeitraum (der "**Zinsberechnungszeitraum**"):]

[Im Falle der Anwendung von Actual/Actual (ICMA) (EB Punkt 11) einfügen:

- (i) Falls der *Zinsberechnungszeitraum* gleich oder kürzer als die *Zinsperiode* ist, innerhalb welcher er fällt, die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch das Produkt (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in der jeweiligen *Zinsperiode* und (B) der Anzahl der *Zinsperioden* in einem Jahr.
- (ii) Falls der *Zinsberechnungszeitraum* länger als eine *Zinsperiode* ist, die Summe: (A) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen *Zinsberechnungszeitraum*, der in die *Zinsperiode* fällt, in der er beginnt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser *Zinsperiode* und (y) die Anzahl von *Zinsperioden* in einem Jahr, und (B) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in demjenigen *Zinsberechnungszeitraum*, der in die nächste *Zinsperiode* fällt, geteilt durch das Produkt von (x) der tatsächlichen Anzahl von Tagen in dieser *Zinsperiode* und (y) die Anzahl von *Zinsperioden* in einem Jahr.]]

[Im Falle der Anwendung von 30/360 (EB Punkt 11) einfügen:

Die Anzahl von Tagen im jeweiligen *Berechnungszeitraum*, dividiert durch 360 (wobei die Anzahl der Tage auf der Grundlage eines Jahres von 360 mit zwölf Monaten zu 30 Tagen zu ermitteln ist (es sei denn, (A) der letzte Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* fällt auf den 31. Tag eines Monats, während der erste Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* weder auf den 30. noch auf den 31. Tag eines Monats fällt, wobei in diesem Fall der diesen Tag enthaltende Monat nicht als ein auf 30 Tage gekürzter Monat zu behandeln ist, oder (B) der letzte Tag des *Zinsberechnungszeitraumes* fällt auf den letzten Tag des Monats Februar, wobei in diesem Fall der Monat Februar nicht als ein auf 30 Tage verlängerter Monat zu behandeln ist)).]]

[Im Falle der Anwendung von 30E/360 oder Eurobond Basis (EB Punkt 11) einfügen:

Die Anzahl der Tage im *Zinsberechnungszeitraum* dividiert durch 360 (es sei denn, im Fall des letzten *Zinsberechnungszeitraumes* fällt der *Endfälligkeitstag* auf den letzten Tag des Monats Februar, in welchem Fall der Monat Februar als nicht auf einen Monat zu 30 Tagen verlängert gilt).]

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 oder Actual/Actual (ISDA) (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch 365 (oder, falls ein Teil dieses *Zinsberechnungszeitraumes* in ein Schaltjahr fällt, die Summe aus (i) der tatsächlichen Anzahl der in das Schaltjahr fallenden Tage des *Zinsberechnungszeitraumes* dividiert durch 366 und (ii) die tatsächliche Anzahl der nicht in das Schaltjahre fallenden Tage des *Zinsberechnungszeitraumes* dividiert durch 365).]

[Im Falle der Anwendung von Actual/365 (Fixed) (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum* dividiert durch 365.]

[Im Falle der Anwendung von Actual/360 (EB Punkt 11) einfügen:

Die tatsächliche Anzahl von Tagen im *Zinsberechnungszeitraum*, dividiert durch 360.]

§ 5 (Zahlungen)

- (1) **Zahlungen.** Zahlungen auf Kapital auf die *Schuldverschreibungen* erfolgen bei Fälligkeit vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Regelungen und Vorschriften in der frei handelbaren und konvertierbaren Währung, die am entsprechenden Fälligkeitstag die Währung des Staates der festgelegten Währung ist. Die Zahlung von Kapital erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die *Zahlstelle* zur Weiterleitung an die Verwahrstelle oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den *Anleihegläubiger* depotführende Stelle.
- (2) **Geschäftstag.** Fällt der *Endfälligkeitstag* (wie in § 4 (1) definiert) in Bezug auf eine Schuldverschreibung auf einen Tag, der kein *Geschäftstag* ist, hat der *Anleihegläubiger* keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten *Geschäftstag* am jeweiligen Ort und ist nicht berechtigt, zusätzliche Zinsen oder sonstige Zahlungen auf Grund dieser Verspätung zu verlangen.

"**Geschäftstag**" ist jeder Tag (außer einem Samstag und einem Sonntag) an dem die Banken in **[maßgeblichen Finanzzentrum (oder -zentren) (EB Punkt 20) einfügen]** für Geschäfte (einschließlich Devisenhandelsgeschäfte und Fremdwährungseinlagengeschäfte) geöffnet sind **[falls die festgelegte Währung (oder eine der festgelegten Währungen) Euro ist, einfügen:** und alle für die Abwicklung von Zahlungen in Euro wesentlichen Teile des Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer Systems ("**TARGET2**") in Betrieb sind].

- (3) **Bezugnahmen auf Kapital.** Bezugnahmen in diesen *Emissionsbedingungen* auf "Kapital" schließen den *Rückzahlungsbetrag* [, den *Vorzeitigen Rückzahlungsbetrag*] [, den *Wahlrückzahlungsbetrag (Call)*] [, den *Wahlrückzahlungsbetrag (Put)*] sowie sonstige auf oder in Bezug auf die *Schuldverschreibungen* zahlbaren Beträge mit ein.

§ 6 (Steuern)

- (1) Die *Emittentin* haftet nicht für und ist nicht zur Zahlung irgendwelcher Steuern, Abgaben, Gebühren, Abzüge und sonstiger Kosten verpflichtet, welche für den *Anleihegläubiger* zur Anwendung gelangen können oder könnten.
- (2) Alle in Bezug auf die *Schuldverschreibungen* zahlbaren Beträge werden unter Abzug oder Einbehalt von Steuern, Abgaben oder amtlichen Gebühren gleich welcher Art, gezahlt, falls der Abzug oder Einbehalt verpflichtend vorgeschrieben ist. In diesem Fall werden keine zusätzlichen Beträge in Bezug auf diesen Abzug oder Einbehalt geleistet.

§ 7 (Verjährung)

Ansprüche gegen die *Emittentin* auf Zahlungen hinsichtlich der *Schuldverschreibungen* verjähren, sofern sie nicht innerhalb von [zehn] **[anderes (EB Punkt 26) angeben]** Jahren im Falle des Kapitals ab dem Tag der Fälligkeit geltend gemacht werden.

§ 8 (Beauftragte Stellen)

- (1) **Bestellung.** Die Zahlstelle (eine "**beauftragte Stelle**") lautet:

Zahlstelle: **[in den Endgültigen Bedingungen bezeichnete Zahlstelle(n) (EB Punkt 14) einfügen]**

- (2) **Änderung der Bestellung oder Abberufung.** Die *Emittentin* wird zu jedem Zeitpunkt eine Zahlstelle unterhalten, behält sich aber das Recht vor, jederzeit die Bestellung einer beauftragten Stelle zu ändern oder zu beenden und/oder

zusätzliche oder andere Zahlstellen im EWR zu bestellen. Änderungen in Bezug auf die Zahlstelle werden den *Anleihegläubigern* gemäß § 10 mitgeteilt.

- (3) **Beauftragte der Emittentin.** Jede *beauftragte Stelle* handelt ausschließlich als Beauftragte der *Emittentin* und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den *Anleihegläubigern* und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und den *Anleihegläubigern* begründet.
- (4) **Verbindlichkeit der Festsetzungen.** Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der *Emittentin*, und/oder einer Zahlstelle für die Zwecke dieser *Emissionsbedingungen* gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die *Emittentin*, die Zahlstelle(n) und die *Anleihegläubiger* bindend.
- (5) **Haftungsausschluss.** Soweit gesetzlich zulässig, übernimmt die Zahlstelle keine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die *Schuldverschreibungen*, sei es auf Grund von Fahrlässigkeit oder aus sonstigen Gründen.

§ 9

(Begebung weiterer Schuldverschreibungen. Ankauf. Entwertung)

- (1) **Begebung weiterer Schuldverschreibungen.** Die *Emittentin* ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der *Anleihegläubiger* weitere *Schuldverschreibungen* mit gleicher Ausstattung (mit Ausnahme des Kalendertags der Begebung, des Emissionspreises) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen *Schuldverschreibungen* eine einheitliche Serie bilden, wobei in diesem Fall der Begriff "Schuldverschreibungen" entsprechend auszulegen ist.
- (2) **Ankauf.** Die *Emittentin* und jedes ihrer Tochterunternehmen sind **[Im Fall von Tier 2-Schuldverschreibungen einfügen:** nur unter Einhaltung sämtlicher anwendbarer aufsichtsrechtlicher und sonstiger gesetzlicher Beschränkungen und unter der Voraussetzung, dass die Bedingungen für eine vorzeitige Rückzahlung nach § 4 (5) erfüllt sind, möglich.] **berechtigt, Schuldverschreibungen im Markt oder anderweitig (zB durch Privatkauf) zu jedem beliebigen Preis zu kaufen und diese zu halten, weiterzuverkaufen oder zu entwerten.**

§ 10

(Mitteilungen)

- (1) **Bekanntmachung.** Alle die *Schuldverschreibungen* betreffenden Mitteilungen sind auf **[der Website der Emittentin (www.rvs.at)] [anderes (EB Punkt 27) angeben]** und – soweit gesetzlich zwingend erforderlich - in den gesetzlich

bestimmten Medien zu veröffentlichen und jede derartig erfolgte Mitteilung gilt am fünften Tag nach der Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen am fünften Tag nach der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.

- (2) **Mitteilung über die Verwahrstelle:** Die *Emittentin* ist berechtigt, eine Veröffentlichung gemäß § 10 (1) durch eine schriftliche Mitteilung an die Verwahrstelle zur Weiterleitung an die *Anleihegläubiger* zu ersetzen. Jede derartige Bekanntmachung gilt am fünften *Geschäftstag* nach dem Tag der Mitteilung an die Verwahrstelle als wirksam.
- (3) **Form der von Anleihegläubigern zu machenden Mitteilungen:** Die Schuldverschreibungen betreffende Mitteilungen der Anleihegläubiger an die Emittentin gelten als wirksam erfolgt, wenn sie der Emittentin oder der Zahlstelle (zur Weiterleitung an die Emittentin) in schriftlicher Form in der deutschen Sprache persönlich übergeben oder per Brief übersandt werden. Der Anleihegläubiger muss einen die Emittentin zufriedenstellenden Nachweis über die von ihm gehaltenen Schuldverschreibungen erbringen. Dieser Nachweis kann (i) in Form einer Bestätigung durch die Verwahrstelle oder die Depotbank, bei der der *Anleihegläubiger* ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, dass der *Anleihegläubiger* zum Zeitpunkt der Mitteilung *Anleihegläubiger* der betreffenden Schuldverschreibungen ist, oder (ii) auf jede andere geeignete Weise erfolgen. "**Depotbank**" bezeichnet jede Bank oder ein sonstiges anerkanntes Finanzinstitut, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrungsgeschäft zu betreiben und bei der/dem der *Anleihegläubiger* ein Wertpapierdepot für die Schuldverschreibungen unterhält, einschließlich des der Verwahrstelle.

§ 11 (Salvatorische Klausel)

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser *Emissionsbedingungen* ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein oder werden, bleiben die übrigen Bestimmungen dieser *Emissionsbedingungen* in Kraft.

§ 12 (Anwendbares Recht. Gerichtsstand. Erfüllungsort)

- (1) **Anwendbares Recht.** Die *Schuldverschreibungen* unterliegen österreichischem Recht unter Ausschluss der Kollisionsnormen.
- (2) **Gerichtsstand.** Ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den *Schuldverschreibungen* entstehenden Klagen oder sonstigen Verfahren sind die für [5020 Salzburg] [**anderes (EB Punkt 28) angeben**] in Handelssachen sachlich zuständigen Gerichte. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.

- (3) **Erfüllungsort.** Erfüllungsort ist der Sitz der *Emittentin* in Salzburg, Österreich.

**Zusatzoption A -
Zusätzliche Muster-Emissionsbedingungen
für
Aktienanleihen
(zusätzlich zu den maßgeblichen
Emissionsbedingungen für Schuldverschreibungen
anwendbar)**

**§ 4a
(Definitionen)**

"Abrechnungsbetrag bei Lieferungsstörung" ist **[EB Punkt 29 einfügen]**.

"Aktien" oder "Basiswerte" sind folgende Titel **[EB Punkt 29 einfügen]** (und sind keine Aktien der Emittentin oder eines Mitglieds der Gruppe der Emittentin).

[Falls in den EB Punkt 29 angegeben, einfügen: "Aktienkorb-Transaktion" bedeutet Diese Emission.]

"Bewertungstag" meint **[Bewertungstag (EB Punkt 29) einfügen]**. Wenn dieser Tag ein *Störungstag* ist, gilt der nächste *Geschäftstag*, der kein *Störungstag* ist, als *Bewertungstag*. In diesem Fall kann der *Endfälligkeitstag* von der *Emittentin* um dieselbe Anzahl von *Geschäftstagen* verschoben werden, wobei diesfalls der betreffende *Anleihegläubiger* keinen Anspruch auf jegliche Zahlungen hat, seien es Zins- oder sonstige Zahlungen und jedwede diesbezügliche Haftung der *Emittentin* ausgeschlossen ist. Die *Emittentin* gerät durch diese Verschiebung insbesondere nicht in Verzug. Die *Emittentin* wird die Verschiebung unverzüglich gemäß den *Emissionsbedingungen* bekanntmachen.

"Bewertungszeitpunkt" ist **[Bewertungszeitpunkt gemäß EB Punkt 29 einfügen]** festgelegt.

[Im Falle eines Korbes, einfügen: "Korb" bedeutet einen Korb aus den folgenden *Aktien* in der folgenden prozentualen Zusammensetzung: **[Basiswerte (EB Punkt 29) einfügen].]**

"Lieferstelle" bezeichnet **[Lieferstelle (EB Punkt 29) einfügen]**.

"Lieferstörung" bezeichnet im Hinblick auf einen *Basiswert* ein Ereignis, welches außerhalb der Kontrolle der an der Lieferung beteiligten Parteien liegt und welches dazu führt, dass das maßgebliche Clearing-System und/oder die depotführende Stelle die Übertragung der *Basiswerte* nicht abwickeln kann.

"**Liefertag**" bedeutet im Fall der Tilgung einer Serie von *Schuldverschreibungen* durch Lieferung der *Basiswerte* denjenigen von der *Berechnungsstelle* genehmigten *Geschäftstag*, der auf den *Endfälligkeitstag* fällt oder jeweils frühestmöglich nach diesem folgt [●].

"**Maßgebliche Börse**" ist [**Maßgebliche Börse gemäß EB Punkt 29 einfügen**].

"**Störungstag**" bedeutet in Bezug auf eine *Aktie* einen planmäßigen *Handelstag*, an dem eine *Maßgebliche Börse* während ihrer üblichen Geschäftszeiten nicht geöffnet hat oder eine *Marktstörung* eingetreten ist.

"**Wandlungsverhältnis**" meint [**Wandlungsverhältnis (EB Punkt 29) einfügen**], vorbehaltlich einer Anpassung im Einklang mit diesen *Emissionsbedingungen*.

§ 4b (Tilgungswahlrecht. Kündigung)

(1) **Tilgungswahlrecht.** Die *Emittentin* hat das Recht, alle, jedoch nicht nur einige *Schuldverschreibungen* entweder (i) durch Lieferung der *Basiswerte* (die in keinem Fall Aktien der *Emittentin* sind) (physisch oder durch Cash-Settlement) oder (ii) durch Zahlung des *Rückzahlungsbetrags* zu tilgen, in beiden Fällen zusammen mit bis zum *Liefertag* oder *Endfälligkeitstag* aufgelaufenen Zinsen. Im Fall von (i) erfolgt die Lieferung am *Liefertag* gemäß den Bestimmungen des § 4c. Im Fall von (ii) erfolgt die Zahlung des *Rückzahlungsbetrags* am [**Endfälligkeitstag (EB Punkt 9) einfügen**] (der "**Endfälligkeitstag**"). Die *Emittentin* kann in ihrem alleinigen Ermessen am *Bewertungstag* zum *Bewertungszeitpunkt* bestimmen, ob (i) oder (ii) die anwendbare Rückzahlungsmodalität für die *Schuldverschreibungen* ist. [**Im Fall einer Kapitalgarantie (EB Punkt 29), einfügen:** Die Tilgung erfolgt zumindest zum Betrag von [**Kapitalgarantie (EB Punkt 29) einfügen**] (oder nach Wahl der *Emittentin* durch Lieferung von der *Kapitalgarantie* entsprechenden *Basiswerten*).] Unverzüglich nach Ausübung ihres Wahlrechts wird die *Emittentin* die anwendbare Rückzahlungsmodalität der *Berechnungsstelle* und den *Anleihegläubigern* gemäß diesen *Emissionsbedingungen* mitteilen.

[**Im Fall von Cash-Settlement (EB Punkt 29) einfügen:**

(2) **Cash-Settlement.** Die *Emittentin* behält sich das Recht vor, statt der Tilgung durch Lieferung der *Basiswerte* gemäß § 4b(1)(i) die *Schuldverschreibungen* durch Bezahlung eines (allenfalls in die festgelegte Währung konvertierten) Betrages, der dem *Schlusskurs* der *Basiswerte* an der *Maßgeblichen Börse* am *Bewertungstag* entspricht, zu tilgen.]

§ 4c
(Lieferung von Basiswerten)

- (1) **Lieferung von Basiswerten.** Für jede *Schuldverschreibung* mit einer Stückelung in Höhe [des *Nennbetrages*] [des *Nennwertes*] wird die *Emittentin* am *Liefertag* eine dem Verhältnis von [**Wandlungsverhältnis EB Punkt 29 einfügen**] entsprechende Anzahl von *Basiswerten* liefern oder durch die *Lieferstelle* liefern lassen, vorbehaltlich einer Anpassung gemäß diesen *Emissionsbedingungen*.
- (2) **Liefermethode.** Die Lieferung von *Basiswerten* gemäß § 4c(1) erfolgt an die *Anleihegläubiger* oder deren Order durch Gutschrift auf ein vom *Anleihegläubiger* am oder vor dem *Liefertag* zu benennendes Wertpapier-Depotkonto oder im Wege der depotführenden Stelle. Kein *Anleihegläubiger* hat Anspruch auf versprochene oder gezahlte Dividenden oder sonstige Rechte, die sich aus den *Basiswerten* ergeben, soweit der Termin, an dem die Basiswerte ex-Dividende notiert werden, vor dem Termin liegt, an dem die *Basiswerte* dem Wertpapier-Depotkonto des *Anleihegläubigers* gutgeschrieben werden.
- (3) **Ausgleichsbetrag.** Soweit *Schuldverschreibungen* gemäß dieser Bestimmung an denselben *Anleihegläubiger* zurückgezahlt werden, werden diese zum Zweck der Bestimmung der Anzahl der *Basiswerte*, deren Lieferung gemäß den *Schuldverschreibungen* verlangt werden kann, zusammengezählt (insbesondere gilt das auch für die in einem Korb enthaltene jeweilige Gattung von *Basiswerten*). Die *Anleihegläubiger* haben keinen Anspruch auf Zinsen oder sonstige Zahlungen oder Ausgleichsleistungen, falls die *Basiswerte* vor dem vorzeitigen Rückzahlungstermin oder dem *Endfälligkeitstag* geliefert werden. Soweit die Anzahl der *Basiswerte*, die nach diesen *Emissionsbedingungen* berechnet worden sind, eine ganze Zahl ergibt, wird diese an den *Anleihegläubiger* geliefert. Der Anspruch auf die danach verbleibenden Bruchteile an *Basiswerten* wird durch Barauszahlung dieser Bruchteile erfüllt, die zu diesem Zweck auf zwei Dezimalstellen abgerundet werden, wie von der *Berechnungsstelle* auf der Grundlage des *Schlusskurses* der *Basiswerte* an der *maßgeblichen Börse* berechnet, und gegebenenfalls in Euro konvertiert auf Basis des Umrechnungskurses der *Berechnungsstelle* an diesem Tag (der "**Ausgleichsbetrag**").
- (4) **Liefer-Aufwendungen.** Alle Aufwendungen, insbesondere Depotgebühren, Abgaben, Beurkundungsgebühren, Registrierungsgebühren, Transaktionskosten oder Ausführungsgebühren und/oder Steuern und Abgaben, die wegen der Lieferung der *Basiswerte* bezüglich einer *Schuldverschreibung* erhoben werden, gehen zu Lasten des betreffenden *Anleihegläubigers*; es erfolgt keine Lieferung der *Basiswerte* bezüglich einer *Schuldverschreibung*, bevor der betreffende *Anleihegläubiger* nicht alle Liefer-Aufwendungen zur Befriedigung der *Emittentin* geleistet hat.
- (5) **Keine Verpflichtung.** Weder die *Emittentin* noch die *Zahlstelle* sind verpflichtet, den betreffenden *Anleihegläubiger* oder eine andere Person vor oder nach einer

Wandlung als Aktionär in irgendeinem Register einzutragen, anzumelden, dem Emittenten der *Aktie* zu melden oder dafür Sorge zu tragen, dass dies geschieht.

- (6) **Lieferstörung.** Liegt vor und noch andauernd an dem maßgeblichen *Liefertag* eine *Lieferstörung* vor, welche die Lieferung von *Basiswerten* undurchführbar macht, wird der maßgebliche *Liefertag* in Bezug auf die betreffende *Schuldverschreibung* auf den nächstfolgenden *Geschäftstag* verschoben, an dem keine *Lieferstörung* vorliegt; hiervon ist der betreffende *Anleihegläubiger* gemäß diesen *Emissionsbedingungen* zu informieren. Unter diesen Umständen hat der betreffende *Anleihegläubiger* keinen Anspruch auf jegliche Zahlungen, seien es Zins- oder sonstige Zahlungen, in Zusammenhang mit der Verzögerung der Lieferung der entsprechenden *Basiswerte* gemäß diesem Abschnitt, wobei jedwede diesbezügliche Haftung der *Emittentin* ausgeschlossen ist. Die *Emittentin* gerät durch diese Verschiebung insbesondere nicht in Verzug. Solange die Lieferung der *Basiswerte* in Bezug auf eine *Schuldverschreibung* wegen einer *Lieferstörung* nicht durchführbar ist, kann die *Emittentin* nach ihrem alleinigen Ermessen ihre Verpflichtungen in Bezug auf die betreffende *Schuldverschreibung* statt durch Lieferung der *Basiswerte* durch Zahlung des entsprechenden *Abrechnungsbetrages bei Lieferstörung* an den betreffenden *Anleihegläubiger* erfüllen. Die Zahlung des betreffenden *Abrechnungsbetrages bei Lieferstörung* erfolgt auf die den *Anleihegläubigern* gegebenenfalls entsprechend diesen *Emissionsbedingungen* mitgeteilte Art und Weise.

Muster der Endgültigen Bedingungen der Schuldverschreibungen (einschließlich Aktienanleihen)

Endgültige Bedingungen

RAIFFEISENVERBAND SALZBURG eGen

ISIN: [•] [Datum]
Common Code: [•]
WKN: [•]

Emission [*Gesamtnominale der Tranche*] [*Bezeichnung der
Schuldverschreibung*]
(Serie ●)
(die *Schuldverschreibungen*)

unter dem

Angebotsprogramm für Schuldverschreibungen und Zertifikate

Wichtiger Hinweis

Diese *Endgültigen Bedingungen* wurden in Übereinstimmung mit Artikel 5 (4) der Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und der Rates vom 4.11. 2003, in der durch die Richtlinie 2010/73/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. 11.2010 geänderten Fassung, erstellt und müssen im Zusammenhang mit dem Basisprospekt der RAIFFEISENVERBAND SALZBURG eGen (die "**Emittentin**") für das Angebotsprogramm für *Schuldverschreibungen* und *Zertifikate* (das "**Programm**") vom 8. Februar 2016 [einschließlich des/der etwaiger Nachtrags/-träge vom [•]] (der "**Prospekt**") gelesen werden.

Kopien des Prospekts sowie etwaiger Nachträge sind kostenfrei auf Anfrage eines Investors von der *Emittentin* erhältlich. Diese Dokumente sind auf der Website der Bank (www.rvs.at) verfügbar oder können per Brief unter folgender Adresse angefordert werden: Raiffeisenverband Salzburg eGen, Schwarzstraße 13-15, 5020 Salzburg, Österreich.

Vollständige Informationen sind nur verfügbar, wenn der *Prospekt* und diese *Endgültigen Bedingungen* im Zusammenhang gelesen werden.

[Eine emissionspezifische Zusammenfassung ist den *Endgültigen Bedingungen* beigefügt.⁸]

⁸ Nicht anwendbar im Fall einer Emission von Schuldverschreibungen mit einer Mindeststückelung in Höhe von mindestens EUR 100.000.

TEIL 1: EMISSIONSBEDINGUNGEN

TEIL A: VERTRAGLICHE BEDINGUNGEN

[A. Falls die für die betreffende Tranche von Schuldverschreibungen geltenden Optionen durch Wiederholung der betreffenden im Prospekt als eine der Optionen 1 bis 5 (einschließlich der Zusatzoption A) aufgeführten Angaben (einschließlich der jeweils enthaltenen bestimmten weiteren Optionen) bestimmt und die entsprechenden Leerstellen ausgefüllt werden, einfügen:⁹

Die für die *Schuldverschreibungen* geltenden Emissionsbedingungen (die "**Emissionsbedingungen**") sind wie nachfolgend aufgeführt.

[Hier die betreffenden Angaben einer der Optionen 1 bis 5 (soweit anwendbar, ergänzt um die Bestimmungen der Zusatzoption A) einschließlich der betreffenden weiteren Optionen wiederholen und betreffende Leerstellen vervollständigen]

[B. Falls die für die betreffende Tranche von Schuldverschreibungen geltenden Optionen, die durch Verweisung auf die betreffenden im Prospekt als eine der Optionen 1 bis 5 (einschließlich der Zusatzoption A) aufgeführten Angaben (einschließlich der jeweils enthaltenen bestimmten weiteren Optionen) bestimmt werden, einfügen:

Dieser Teil I.A der *Endgültigen Bedingungen* ist in Verbindung mit dem Satz der *Emissionsbedingungen*, der auf *Schuldverschreibungen* Anwendung findet, zu lesen, der als Option [1] [2] [3] [4] [5] im *Prospekt* enthalten ist, [ergänzt um die als Zusatzoption A im *Prospekt* enthaltenen zusätzlichen *Emissionsbedingungen* für *Aktienanleihen*] (die "**Emissionsbedingungen**"). Begriffe, die in den *Emissionsbedingungen* definiert sind, haben die dieselbe Bedeutung, wenn sie in diesen *Endgültigen Bedingungen* verwendet werden. Bezugnahmen in diesen *Endgültigen Bedingungen* auf Paragraphen beziehen sich auf die Paragraphen der *Emissionsbedingungen*.

Die Leerstellen in den auf die *Schuldverschreibungen* anwendbaren Bestimmungen der *Emissionsbedingungen* gelten als durch die in diesen *Endgültigen Bedingungen* enthaltenen Angaben ausgefüllt, als ob die Leerstellen in den betreffenden Bestimmungen durch diese Angaben ausgefüllt wären. Sämtliche Bestimmungen der *Emissionsbedingungen*, die sich auf Variablen dieser *Endgültigen Bedingungen*

⁹ Es ist vorgesehen, dass diese Form der Dokumentation der *Emissionsbedingungen* erforderlich ist, wenn die *Schuldverschreibungen* insgesamt oder teilweise anfänglich an nicht qualifizierte Anleger verkauft oder öffentlich angeboten werden. Alle Bezugnahmen auf B.Teil I der *Endgültigen Bedingungen* einschließlich der Paragraphen und Absätze der *Emissionsbedingungen* entfernen.

beziehen und die weder angekreuzt noch ausgefüllt werden oder die gestrichen werden, gelten als in den auf die *Schuldverschreibungen* anwendbaren *Emissionsbedingungen* (die "**Emissionsbedingungen**") gestrichen.

1. Status: [Nicht-nachrangige Schuldverschreibungen]
[nachrangige Schuldverschreibungen, (dh Schuldverschreibungen, die Ergänzungskapital (*Tier 2*) gemäß Art 63 CRR verbriefen)]
[Fundierte Schuldverschreibungen]
2. Währung: []
3. Gesamtnennbetrag/Anzahl der Stücke: []
4. (Erst-)Emissionspreis: [EUR] [*andere Währung einfügen*] [*Betrag einfügen*] [[]% des Nennbetrages/Nennwertes] [zuzüglich eines Ausgabeaufschlags von []] [zuzüglich aufgelaufener Zinsen ab [*Datum einfügen*] (*nur bei fungiblen Tranchen, wenn erforderlich*)]
[Der Emissionspreis wird von der Emittentin laufend an die jeweiligen Marktbedingungen angepasst.]
5. [Nennbetrag][Nennwert]: []
6. (i) Begebungstag: []
- (ii) Daueremission/Angebotsfrist: [Anwendbar] [Nicht anwendbar] [●]
- (iii) Verzinsungsbeginn: [●] [Nicht anwendbar]
7. Mindest- und/oder Höchstbetrag der Zeichnung: [Nicht anwendbar] [*Falls anwendbar, Einzelheiten zum Mindest- und/oder Höchstbetrag der Zeichnung (entweder in Form der Anzahl der Schuldverschreibungen*

oder des insgesamt zu investierenden Betrages) angeben]

8. (i) Eigenverwahrung/Fremdverwahrung: *[zutreffendes angeben]*
- (ii) Verwahrstelle einschließlich Anschrift: **[Raiffeisenverband Salzburg eGen, mit der Geschäftsanschrift Schwarzstraße 13-15, 5020 Salzburg, Österreich und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt Wertpapiersammelbank der OeKB CSD GmbH ("**OEKB CSD**") mit der Geschäftsanschrift Strauchgasse 1-3, 1010 Wien, Österreich und jeder Rechtsnachfolger**
9. Endfälligkeitstag: *[] [Zinszahlungstag, der in den **[Rückzahlungsmonat und Jahr einfügen]** fällt]*
- Teiltilgung: *[Anwendbar / Nicht anwendbar (falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)]*
- Teiltilgungsbeginn: *[]*
- Zahlungszeitraum: *[halbjährlich] [jährlich] [anderen Zahlungszeitraum einfügen]*
- Teiltilgungstage: *[]*
10. Zinsmodalität: *[Festzinssatz]
[Variable Verzinsung]
[Basiswertabhängige Verzinsung]
[mit anfänglichem Fixzinssatz]
[Strukturierte Verzinsung]
- [CMS-linked]
- [Reverse-floating]
- [Fix-to-floating]
- [Fix-to-reverse-floating]
[Nullkupon-Schuldverschreibung]*

11. Zinstagequotient [für fixverzinsten Perioden]: [Actual/Actual (ICMA)]
[30/ 360]
[30E/ 360 oder Eurobond Basis]
[Actual/ 365 oder Actual/Actual
(ISDA)]
[Actual/ 365 (Fixed)]
[Actual/ 360]
- [Zinstagequotient (für [variabel]
[basiswertabhängig] verzinsten Perioden):] [Actual/Actual (ICMA)]
[30/ 360]
[30E/ 360 oder Eurobond Basis]
[Actual/ 365 oder Actual/Actual
(ISDA)]
[Actual/ 365 (Fixed)]
[Actual/ 360]
12. Zinsperiode [fixe Verzinsung] [Angepasst] [Nicht angepasst]
[Zinsperiode variable/basiswertabhängige
Verzinsung] [Angepasst] [Nicht angepasst]
13. Bestimmungen für Anpassungs- und [Anwendbar / Nicht anwendbar]
Anpassungs-/Beendigungsereignisse: (*falls nicht anwendbar, die
Unterabschnitte dieses Absatzes
streichen*)
- (i) Referenzstelle: []
- (ii) Verbundene Börse: [] [Standard]
- (iii) Basiswertersetzung: [Anwendbar/nicht anwendbar]
*[Falls, anwendbar, Angaben zur
Basiswertersetzung einfügen.]*
- (iv) Separate Referenzwertbestimmung: [Anwendbar/Nicht anwendbar]
- (v) Letztmöglicher Handelstag [dritter] [fünfter] [achter] [zehnter]
[vierzehnter] [zwanzigster]
[dreißigster] Handelstag.
- (vi) Referenzwährung [] [Nicht anwendbar]
14. Zahlstelle: [Namen und Adressen angeben]
15. Berechnungsstelle: [Namen und Adressen angeben]

BESTIMMUNGEN ZUR VERZINSUNG

16. Festzinsmodalitäten: [Anwendbar / Nicht anwendbar]
[falls nicht anwendbar,
Unterabschnitte dieses Absatzes
streichen]
- (i) Zinssatz (Zinssätze): []% per annum
[zahlbar [jährlich/ halbjährlich/
vierteljährlich/anders] nachträglich]
- (ii) Festzinsbetrag (-beträge): [] [Nicht anwendbar]
- (iii) Stufenzinsmodalitäten [Anwendbar / Nicht anwendbar]
[falls nicht anwendbar, diesen
Absatz streichen]
- Zinssätze:
- | Zinsperiode | Zinssatz |
|-------------|----------------|
| [] | []% per annum |
| [] | []% per annum |
17. Modalitäten bei variabler Verzinsung: [Anwendbar / Nicht anwendbar] (der
Zinssatz ist in jedem Fall größer
oder gleich null)
[Falls nicht anwendbar, die
Unterabschnitte dieses Absatzes
streichen.]
- (i) Aufschlag/ Abschlag (Marge): [[+/-] []% per annum] [Nicht
anwendbar]
- (ii) Hebelfaktor: [] [Nicht anwendbar]
18. Modalitäten bei basiswertabhängiger
Verzinsung: [Anwendbar / Nicht anwendbar]
[Falls nicht anwendbar, die
Unterabschnitte dieses Absatzes
streichen.]
- [Anfänglich fixe Verzinsung: [Anwendbar / Nicht anwendbar]

[Falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes (bis "einschließlich (iv) Letzter fixer Zinszahlungstag" streichen.]

- (i) Ende der Fixzinsperiode: []
- (ii) Fixer Zinssatz: []% per annum
- [(iii) Fixzinszahlungstage: []
- (iv) Letzter fixer Zinszahlungstag: []]
- Verzinsungsende: []
- Basiswert (Referenzwert) / Basiswertkorb
(bestehend aus Referenzwerten): Typ: [Basiswertkorb
aus] [Aktie(n)]
[Index(izes)]
[Wechselkurs(e)]
[Ware(n)]
[Zinssatz(-sätze)]
- Bezeichnung: **[einfügen]**
- [Emittent:] **[einfügen]**
- [Sponsor:] **[einfügen]**
- [ISIN:] **[einfügen]**
- [Weitere Beschreibung des Basiswertes einfügen]*
- [Im Falle eines Index angeben:
Multi-Exchange Index/Kein Multi-
Exchange Index]*
- [Im Falle eines Index angeben: Ort,
wo Informationen zu diesem Index
erhältlich sind]*
- [Wenn es sich beim Basiswert nicht
um ein Wertpapier, einen Index
oder einen Zinssatz, handelt,
gleichwertige Informationen
einfügen.]*
- [Im Falle eines Basiswertekorbes,
Gewichtung der einzelnen*

Basiswerte im Korb angeben]

[Hinweis darauf, wo Informationen über die vergangene und künftige Wertentwicklung des Basiswerts und dessen Volatilität erhältlich sind, einfügen.]

Modalitäten für standabhängige Verzinsung [Anwendbar/Nicht anwendbar]
[Falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen.]

(i) Additive Margin: []

(ii) Partizipationsfaktor: []

(iii) Basiswertfeststellungstage: []

Modalitäten für ertragsabhängige Verzinsung [Anwendbar/Nicht anwendbar]
[Falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen.]

(i) Additive Margin: []

(ii) Partizipationsfaktor: []

(iii) Basiswertfeststellungstage: []

Modalitäten für ereignisabhängige Verzinsung [Anwendbar/Nicht anwendbar]
[Falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen.]

(i) Bedingung: []

(ii) Cashflow 1: []

(iii) Cashflow 2: []

19. Modalitäten bei strukturierter Verzinsung: [Anwendbar / Nicht anwendbar]
[Falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen.]

Verzinsungsende []

CMS-linked Struktur	[Anwendbar / Nicht anwendbar] [Falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen.]
(i) Faktor:	[]
(ii) Swapsatz 1:	[]
(iii) Swapsatz 2:	[] [Nicht anwendbar]
Reverse-floating	[Anwendbar / Nicht anwendbar] [Falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen.]
(i) Minuend:	[]
(ii) Faktor	[] [Nicht anwendbar]
(iii) Zinsberechnungsbasis	[]
Fix-to-floating	[Anwendbar / Nicht anwendbar] [Falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen.]
(i) Fixverzinsungsende:	[]
(ii) Fixzinssatz:	[]
(iii) Zinsberechnungsbasis/ Swapsatzberechnungsbasis:	[]
- Faktor:	[]
- Swapsatz 1:	[]
- Swapsatz 2:	[] [Nicht anwendbar]
(iv) Hebel:	[] [Nicht anwendbar]
(v) Marge:	[] [Nicht anwendbar]
Fix-to-reverse-floating	[Anwendbar / Nicht anwendbar] [Falls nicht anwendbar, die

Unterabschnitte dieses Absatzes streichen.]

- | | |
|-------------------------|-----------------------|
| (i) Fixverzinsungsende: | [] |
| (ii) Fixzinssatz | [] |
| (iii) Minuend | [] |
| (iv) Faktor | [] [Nicht anwendbar] |
20. Allgemeine Regelungen betreffend die Verzinsung und Definitionen:
- | | |
|--|---|
| (i) Maximal- und/oder Mindestzinssatz: | [% <i>per annum</i>] [Nicht anwendbar] |
| (i) (b) Zielzinssbetrag (<i>Target Coupon</i>): | [Nicht anwendbar] [●] |
| (ii)[(a)] Festgelegte Fixzinsperiode(n): | [] [Die [erste/letzte] Fixzinsperiode ist [kurz/lang], sie beginnt am [●] und endet am [●].] |
| [(ii)(b) Festgelegte [basiswertabhängige Zinsperiode(n)] [Variabelzinsperioden]: | [] [Die [erste/letzte] [basiswertabhängige Zinsperiode] [Variabelzinsperiode] ist [kurz/lang], sie beginnt am [●] und endet am [●].] |
| (iii)[(a)] Festgelegte Fixzinszahlungstage: | [] [Die [erste/letzte] Fixzinsperiode ist [kurz/lang], sie beginnt am [●] und endet am [●].] Der erste Fixzinszahlungstag ist der [●] [(langer/kurzer erster Kupon)]. |
| [(iii) (b) Festgelegte [basiswertabhängige] [Zinszahlungstage] [Variabelzinszahlungstage]: | [] [Die [erste/letzte] basiswertabhängige Zinsperiode] [Variabelzinsperiode] ist [kurz/lang], sie beginnt am [●] und endet am [●].] Der erste [basiswertabhängige Zinszahlungstag] [Variabelzinszahlungstag] ist der [●] [(langer/kurzer erster Kupon)]. |
| (iv) [(a)] Geschäftstagekonvention [für fixe Zinsperiode]: | [Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-Konvention] [FRN-Konvention (wobei in (ii) [[●] Monate] [die |

	festgelegte Zinsperiode] einzufügen ist)) [Folgender-Geschäftstag-Konvention] [Vorangegangener-Geschäftstag –Konvention]
[(iv) (b) Geschäftstagekonvention [für Variabelzinsperiode:]	[Modifizierte-Folgender-Geschäftstag-Konvention] [FRN-Konvention (wobei in (ii) [[●] Monate] [die festgelegte Zinsperiode] einzufügen ist)] [Folgender-Geschäftstag-Konvention] [Vorangegangener-Geschäftstag –Konvention]
(v) Maßgebliches Finanzzentrum (-zentren) für die Geschäftstage:	[]
(vi) Art und Weise der Bestimmung der Zinsberechnungsbasis:	[ISDA-Feststellung] [Bildschirmfeststellung]
(vii) Berechnungsstelle (falls nicht die in den Emissionsbedingungen genannte Stelle):	[Name einfügen] [Nicht anwendbar]
(viii) Zinsberechnungsbasis ISDA-Feststellung:	[Anwendbar] [Nicht anwendbar] [Falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen.]
– Variable Verzinsungsoption:	[]
– vorbestimmte Laufzeit:	[]
– Neufeststellungstag:	[Der erste Tag der Zinsperiode] [Anderes einfügen]
(ix) Zinsberechnungsbasis Bildschirmfeststellung:	[Anwendbar] [Nicht anwendbar] [Falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen.]
– Referenzzinssatz:	[] [EURIBOR] [LIBOR] [PRIBOR]
– Bildschirmseite:	[]

RÜCKZAHLUNGSMODALITÄTEN

21. [Rückzahlungsbetrag] [Teiltilgungsbetrag]: [] [% vom] [Nennbetrag] [[] pro Stückelung] [*anderen Betrag einfügen*]
22. Vorzeitige(r) Rückzahlungsbetrag: [standard] [Amortisationsbetrag] [Ein Betrag von []]
23. Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin (§ 4 (2)):
- [Anwendbar/Nicht anwendbar] (*falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses Absatzes streichen*)
- (i) Wahlrückzahlungstag(e) (Call): []
- (ii) Wahlrückzahlungsbetrag (-beträge) (Call), falls zutreffend, Methode zu dessen (deren) Berechnung: [[] je Stückelung von [] (*wenn nicht Nennbetrag*)] [Amortisationsbetrag]
- (iii) Kündigungsfrist: []
24. Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger (§ 4 (3)):
- [Anwendbar/Nicht anwendbar] (*falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses Absatzes streichen*)
- (i) Wahlrückzahlungstag(e) (Put): []
- (ii) Wahlrückzahlungsbetrag (-beträge) (Put) bei vorzeitiger Rückzahlung und falls zutreffend, Methoden zu dessen Berechnung: [[] je Stückelung von [] (*wenn nicht Nennbetrag*)] [Amortisationsbetrag]
- (iii) Kündigungsfrist: []
25. Vorzeitige Rückzahlung bei Vorliegen von:
- [Anwendbar/Nicht anwendbar] (*falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses Absatzes streichen*)
- (i) Rechtsänderung: [Anwendbar/Nicht anwendbar]
- (ii) Absicherungs-Störung: [Anwendbar/Nicht anwendbar]
- (iii) Gestiegene Absicherungs-Kosten: [Anwendbar/Nicht anwendbar]

- (iv) vorzeitiger Rückzahlungstag: [Nicht anwendbar]
- (v) Zahlungsfrist:
- (vi) andere Bestimmungen:

ZUSÄTZLICHE BESTIMMUNGEN

26. Verjährungsfrist:
- im Fall des Kapitals:
 - im Fall von Zinsen:
- [Nicht anwendbar]
27. Art der Mitteilungen und Website für Bekanntmachungen:
28. Gerichtsstand:

ZUSÄTZLICHE BESTIMMUNGEN FÜR AKTIENANLEIHEN (CASH-OR-SHARE-SCHULDVERSCHREIBUNGEN)

29. Aktienanleihe (Cash-or-Share-Schuldverschreibung): *[Anwendbar/Nicht Anwendbar] (falls nicht anwendbar, Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)*
- (i) Aktienkorb-Transaktion *[Anwendbar/Nicht Anwendbar]*
 - (ii) Basiswerte: *[Angabe der Anzahl der Basiswerte]
[Beschreibung der Basiswerte]*
 - (iii) Emittent der Aktien: *[Name des Emittenten der Aktien]*
 - (iv) Wandlungsverhältnis: *[Angabe des Verhältnisses]*
 - (v) Bewertungstag: *[Angabe des Termins]*
 - (vi) Bewertungszeitpunkt: *[Angabe des Zeitpunkts und des Finanzzentrums]*
 - (vii) Lieferstelle: *[Angabe von Name und Adresse der Liefer-Agenten]*
 - (viii) Cash-Settlement: *[anwendbar/nicht anwendbar]*
 - (ix) Abrechnungsbetrages bei Lieferstörung: *[Angabe des Betrages oder der Formel]*

- (x) Kapitalgarantie: *[Garantie [[]%] des [Nennbetrages/Nennwertes]/Nicht anwendbar]*
- (xi) Außerordentliches Ereignis: *[Kündigung und Zahlung/Anpassung durch Berechnungsstelle/Sonstiges (Angabe von Einzelheiten)]*
- (xii) Maßgebliche Börse(n): *[]*

TEIL B: WEITERE BEDINGUNGEN

ANGABEN ZUR PLATZIERUNG

30. Vertriebsmethode: *[Nicht syndiziert]
[Syndiziert]*
31. (i) Falls syndiziert, Namen der Manager: *[Nicht anwendbar] [Namen, Adressen und jeweiligen Betrag der Übernahmeverpflichtung der Manager angeben; weitere Informationen anzugeben, wenn die Platzierung auf "best efforts"-Basis erfolgt]*
- (ii) feste Zusage: *[Nicht Anwendbar] [Falls anwendbar, Einzelheiten angeben]*
- (iii) keine feste Zusage/zu den bestmöglichen Bedingungen: *[Nicht Anwendbar] [Falls anwendbar, Einzelheiten angeben]*
32. Intermediäre im Sekundärhandel: *[Nicht Anwendbar / Anwendbar]*
- (i) Kursstabilisierender Manager: *[Einzelheiten einfügen: Name und Anschrift sowie Hauptbedingungen der Zusagevereinbarung]*
33. Stelle(n), die Zeichnungen entgegennimmt/-nehmen:
- (i) in der Bundesrepublik Deutschland: *[angeben] [nicht anwendbar]*
- (ii) in Österreich: *[RAIFFEISENVERBAND SALZBURG eGen] [angeben] [nicht*

- anwendbar]
34. Emissionsrendite [Die Emissionsrendite kann im Vorhinein nicht angegeben werden.]
35. Zeitraum für die Zeichnung: *[Angabe von Einzelheiten einschließlich etwaiger Möglichkeiten der Verkürzung des Zeitraums für die Zeichnung und/oder der Kürzung von Zeichnungen]*
36. Übernahmevertrag (soweit vorhanden):
- (i) Datum des Übernahmevertrags:
- (ii) Angabe der Hauptmerkmale des Übernahmevertrags: *[Im Übernahmevertrag verpflichtet sich die *Emittentin* die Wertpapiere zu begeben und die Manager verpflichten sich, die *Schuldverschreibungen* zu zeichnen und die *Emittentin* und die Manager vereinbaren die Provisionen.]
[Sonstige angeben, einschließlich Quoten, soweit anwendbar]*
37. Provisionen:
- (i) Management- und Übernahmeprovision: *[keine/angeben]*
- (ii) Verkaufsprovision (angeben): *[keine/angeben]*
- (iii) Börsenzulassungsprovision: *[Nicht anwendbar] [Details angeben]*
38. Methode und Fristen für die Bedienung der Wertpapiere und ihre Lieferung: *[Einzelheiten angeben]*
39. Bekanntgabe der Ergebnisse des Angebotes: Die Ergebnisse des Angebotes der Wertpapiere werden nach Ablauf der Zeichnungsfrist durch die Emittentin u.a. auf ihrer Homepage veröffentlicht.
40. Verfahren zur Meldung zugeteilter Beträge: Die Anleihegläubiger werden über ihre depotführende Bank über die ihnen zugeteilten Wertpapiere

verständlich.

41. Falls nicht syndiziert, Name des Platzeurs: [Nicht anwendbar] [*Angabe von Einzelheiten*]

ANGABEN ZUR ABWICKLUNG

42. (i) Serie: []
- (ii) Nummer der Tranche: []
[ISIN: []]
[Tranche Nr.: []]
[Tag der Zusammenlegung: []]
(*falls fungibel mit einer bestehenden unter diesem Prospekt begebenen Serie*)
43. Lieferung: Lieferung [*gegen/frei von*] Zahlung
44. Angebotsfrist, während der die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der Schuldverschreibungen durch Finanzintermediäre erfolgen kann: []
45. Börsenzulassung: [Dritter Markt (MTF) der Wiener Börse] [Nicht anwendbar]
46. Geregelt oder gleichwertige Märkte, an denen Wertpapiere der Emittentin derselben Gattung wie die angebotenen Wertpapiere zum Handel zugelassen sind: [Nicht anwendbar] [*Märkte angeben*]
47. Rating der Wertpapiere: [Nicht anwendbar] [*Ausführen, samt kurzer Darstellung der Bedeutung des Ratings, wenn dieses zuvor durch die Rating-Agentur veröffentlicht wurde.*]
48. Nettoemissionserlös: []
49. Gründe für das Angebot und Verwendung der Erlöse: [Gewinnerzielung und/oder der Absicherung bestimmter Risiken]
[*Gründe für das Angebot angeben sofern diese nicht in der Gewinnerzielung und/oder der Absicherung bestimmter Risiken liegen.*]

50. Interessen von ausschlaggebender Bedeutung:

[Nicht anwendbar] [*Falls anwendbar, Angabe von Einzelheiten in Bezug auf jegliche Interessen – einschließlich kollidierender Interessen -, die für die Emission/das Angebot von ausschlaggebender Bedeutung sind, unter Spezifizierung der involvierten Personen und Angabe der Wesensart der Interessen.*]

TEIL 2: EMISSIONSSPEZIFISCHE ZUSAMMENFASSUNG¹⁰

[Um die Details zur maßgeblichen Emission ergänzte Zusammenfassung des Prospekts einfügen]

RAIFFEISENVERBAND SALZBURG eGen
als Emittentin

¹⁰ Es besteht keine Verpflichtung, Teil II. der *Endgültigen Bedingungen* bei Schuldverschreibungen mit einer festgelegten Stückelung von mindestens EUR 100.000 oder dem Gegenwert in einer anderen Währung vollständig auszufüllen.

Option 6 - Muster-Emissionsbedingungen für Zertifikate

§ 1

(Währung. Stückelung. Form. Zeichnung. Sammelurkunden. Verwahrung)

- (1) **Währung. Stückelung. Form.** Diese Serie von *Zertifikaten* (die "**Zertifikate**") wird von der Raiffeisenverband Salzburg eGen (die "**Emittentin**") in [**Währung (EB Punkt 1) einfügen**] (die "**Währung**") [**im Falle einer Daueremission (EB Punkt 5), einfügen:** als Daueremission ab dem] [**im Falle keiner Daueremission einfügen:** am] [**(Erst-)Begebungstag (EB Punkt 5) einfügen**] (der "**(Erst-)Begebungstag**") begeben. Die *Zertifikate* werden in einer Anzahl von [bis zu] [**Anzahl (EB Punkt 2) einfügen**] Stück mit einem Nennwert von je [**Nennwert einfügen**] (der "**Nennwert**") ausgegeben. Die *Zertifikate* lauten auf den Inhaber (jeweils ein "**Anleihegläubiger**").
- (2) **Zeichnung.** Die Zeichnung erfolgt zum Emissionspreis, der [zum Ausgabetag] [**(Erst-) Emissionspreis (EB Punkt 3) einfügen**] beträgt [**im Falle einer Daueremission einfügen:** und danach laufend an die Marktgegebenheiten angepasst wird] [, im Ausmaß von zumindest einem Stück] [**Im Falle eines Mindestzeichnungsbetrags einfügen:** zum *Mindestzeichnungsbetrag* von [**Mindestzeichnungsbetrag (EB Punkt 6) einfügen**] [**Im Falle eines Höchstzeichnungsbetrags einfügen:** und höchstens zum *Höchstzeichnungsbetrag* von [**Höchstzeichnungsbetrag (EB Punkt 6) einfügen**].
- (3) **Sammelurkunde.** Jede Serie der *Zertifikate* wird zur Gänze durch eine veränderbare *Sammelurkunde* (die "**Sammelurkunde**") gemäß § 24 lit b Depotgesetz (BGBl Nr. 424/1969 idgF) ohne Zinsscheine verbrieft, welche die Unterschriften der erforderlichen Anzahl zeichnungsberechtigter Vertreter der *Emittentin* trägt. Ein Anspruch auf Einzelverbriefung oder Ausfolgung einzelner Urkunden ist ausgeschlossen.
- (4) **Verwahrung.** Jede *Sammelurkunde* wird [**im Fall von Eigenverwahrung (EB Punkt 7) einfügen:** von der *Emittentin* und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt] von der Wertpapiersammelbank der OeKB CSD GmbH ("**OeKB CSD**") mit der Geschäftsanschrift 1010 Wien, Strauchgasse 1-3 (die "**Verwahrstelle**") verwahrt, bis sämtliche Verbindlichkeiten der *Emittentin* aus den *Zertifikaten* erfüllt sind.

§ 2 (Status)

Die Verpflichtungen aus den *Zertifikaten* begründen unbesicherte und nicht-nachrangige Verbindlichkeiten der *Emittentin*, die untereinander und mit allen anderen unbesicherten und nicht-nachrangigen Verbindlichkeiten der *Emittentin* gleichrangig sind, ausgenommen solche, denen aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften Vorrang zukommt.

§ 3 (Zinsen)

Es erfolgen keine periodischen Zinszahlungen auf die *Zertifikate*.

§ 4 (Rückzahlung)

- (1) **Rückzahlung.** Die *Laufzeit* der *Zertifikate* endet am **[Endfälligkeitstag (EB Punkt 8) einfügen]** (der "**Endfälligkeitstag**"). [Wenn die *Zertifikate* keine vorbestimmte *Laufzeit* aufweisen ("**open-end**"), hat die *Emittentin* erstmals nach Ablauf von **[Mindestlaufzeit (EB Punkt 8) einfügen]** (die "**Mindestlaufzeit**") nach dem *Begebungstag* das Recht, das Laufzeitende festzusetzen, das in diesem Fall als "**Endfälligkeitstag**" gilt wobei zum Zeitpunkt der Festsetzung die Restlaufzeit der *Zertifikate* mindestens **[Mindestrestlaufzeit (EB Punkt 8) einfügen]** (die "**Mindestrestlaufzeit**") betragen muss.] Die Festsetzung des Laufzeitendes wird gemäß § 12 bekannt gemacht.

Am Ende der *Laufzeit* werden die *Zertifikate* automatisch durch die *Emittentin* rückgelöst und am *Endfälligkeitstag* an die *Anleihegläubiger* ausbezahlt.

- (2) **Tilgungsbetrag.** Die Einlösung der *Zertifikate* erfolgt durch Zahlung eines Betrages in der *Währung* (der "**Tilgungsbetrag**") je *Zertifikat*, der folgendermaßen berechnet wird:
- (a) **Basiswert.** Der *Tilgungsbetrag* ist abhängig von der Entwicklung des nachfolgend beschriebenen *Basiswerts* (der "**Basiswert**"), allenfalls angepasst gemäß § 5 wie folgt:

[Informationen zum Basiswert (EB Punkt 10) einfügen (Referenzwerte, Referenzstellen, etc)]

[Für endstandsabhängige Zertifikate (gemäß EB Punkt 10) einfügen:

- (b) **Mindestbetrag.** Der *Anleihegläubiger* erhält als *Tilgungskurs* zumindest **[Mindestbetrag (EB Punkt 10) einfügen]%** des *Nennwertes* (der "**Mindestbetrag**").

- (c) Falls der folgende *Tilgungsbetrag* höher als der *Mindestbetrag* ist, erhält der *Anleihegläubiger* den *Tilgungsbetrag*.

Der *Tilgungsbetrag* entspricht **[Nennwertpartizipationsfaktor (EB Punkt 10) einfügen]**% vom *Nennwert* plus **[Ertragspartizipationsfaktor (EB Punkt 10) einfügen]**% des *Ertrags* des *Basiswerts* wie nachfolgend berechnet (der "**Ertrag**"):

$$\text{Ertrag} = \min \left\{ \max \left[\left(\text{AdditiveM arg in} \% + \text{Partizipationsfaktor} * \text{Basiswert}_{\text{final}} \right), \text{Floor} \right]; \text{Cap} \right\}$$

wobei:

$$\text{AdditiveM arg in} = \text{[Additive Margin (EB Punkt 10 einfügen)]}$$

$$\text{Partizipationsfaktor} = \text{[Partizipationsfaktor(EB Punkt 10 einfügen)]}$$

$$\text{Basiswert}_{\text{final}} = \text{der Schlusskurs des Basiswerts zum [Endbeobachtungstag (EB Punkt 10) einfügen] (der "Endbeobachtungstag")}$$

[Für Zertifikate mit zwei Beobachtungstagen (absolut) (EB Punkt 10) einfügen:

- (b) **Mindestbetrag.** Der *Anleihegläubiger* erhält als *Tilgungskurs* zumindest **[Mindestbetrag (EB Punkt 10) einfügen]**% des *Nennwertes* (der "**Mindestbetrag**").
- (c) Falls der folgende *Tilgungsbetrag* höher als der *Mindestbetrag* ist, erhält der *Anleihegläubiger* den *Tilgungsbetrag*.

Der *Tilgungsbetrag* entspricht **[Nennwertpartizipationsfaktor (EB Punkt 10) einfügen]**% vom *Nennwert* plus **[Ertragspartizipationsfaktor (EB Punkt 10) einfügen]**% des *Ertrags* des *Basiswerts* wie nachfolgend berechnet (der "**Ertrag**").

$$\text{Ertrag} = \min \left\{ \max \left[\left(\text{AdditiveM arg in} \% + \text{Partizipationsfaktor} * \frac{\text{Basiswert}_{\text{final}} - \text{Basiswert}_{\text{start}}}{\text{Basiswert}_{\text{start}}} \right), \text{Floor} \right]; \text{Cap} \right\}$$

wobei:

$$\text{AdditiveM arg in} = \text{[Additive Margin (EB Punkt 10 einfügen)]}$$

$$\text{Partizipationsfaktor} = \text{[Partizipationsfaktor(EB Punkt 10 einfügen)]}$$

$$\text{Basiswert}_{\text{final}} = \text{der Schlusskurs des Basiswerts zum [Endbeobachtungstag (EB Punkt 10) einfügen] (der "Endbeobachtungstag")}$$

$Basiswert_{start} =$ der *Schlusskurs* des *Basiswerts* zum
[**Anfangsbeobachtungstag (EB Punkt 10 einfügen)**]
(der "**Anfangsbeobachtungstag**")]

[Für Zertifikate mit mehrfacher Beobachtung (Durchschnitt) (gemäß EB Punkt 10) einfügen:

- (b) **Mindestbetrag.** Der *Anleihegläubiger* erhält als *Tilgungskurs* zumindest [**Mindestbetrag (EB Punkt 10) einfügen**]% des *Nennwertes* (der "**Mindestbetrag**").
- (c) Falls der folgende *Tilgungsbetrag* höher als der *Mindestbetrag* ist, erhält der *Anleihegläubiger* den *Tilgungsbetrag*.

Der *Tilgungsbetrag* entspricht [**Nennwertpartizipationsfaktor (EB Punkt 10) einfügen**]% vom *Nennwert* plus [**Ertragspartizipationsfaktor (EB Punkt 10) einfügen**]% des *Ertrags* des *Basiswerts* wie nachfolgend berechnet (der "**Ertrag**").

Der *Ertrag* des *Basiswerts* wird wie folgt berechnet.

$$Ertrag = \max \left\{ 0\%; \frac{1}{n_{Beobachtungstage}} \frac{\sum_{i=1}^{n_{Beobachtungstage}} Basiswert \dots t_{(i)}}{Basiswert_{start}} - 1 \right\}$$

$Basiswert \dots t_{(i)} =$ *Schlusskurse* des *Basiswerts* an den folgenden Tagen [**Beobachtungsstichtagen (EB Punkt 10) einfügen**] (die "**Beobachtungsstichtage**")

$Basiswert_{start} =$ der *Schlusskurs* des *Basiswerts* zum [**Anfangsbeobachtungstag (EB Punkt 10) einfügen**] (der "**Anfangsbeobachtungstag**")

$n_{Beobachtungstage} =$ Anzahl der *Beobachtungstage*]

[Für ereignisabhängige Zertifikate (gemäß EB Punkt 10) einfügen:

- (b) Der *Anleihegläubiger* erhält den *Tilgungsbetrag*, der wie folgt berechnet wird:

$$\text{Tilgungsbetrag} = \text{falls} \left\{ \begin{array}{l} \text{Bedingungerfüllt;} \\ \text{dann CashFlow1} \\ \text{sonst CashFlow2} \end{array} \right\}$$

wobei:

Bedingungerfüllt = [**Bedingung (EB Punkt 10 einfügen)**]

CashFlow1 = [**Cashflow 1 (EB Punkt 10 einfügen)**]

CashFlow2 = [**Cashflow 2 (EB Punkt 10 einfügen)**]

(3) Definitionen:

"**Schlusskurs**" meint den Kurs des *Basiswertes*, wie er am *Endfälligkeitstag* bzw an einem anderen für eine das Zertifikat betreffende Berechnung nach diesen *Emissionsbedingungen* maßgeblichen *Beobachtungstag* von der *Referenzstelle* festgestellt und veröffentlicht wird.

"**Beobachtungstag**" meint, soweit anwendbar jeden *Beobachtungstag*, *Beobachtungsstichtag*, *Anfangsbeobachtungstag* und *Endbeobachtungstag*.

[Falls in den EB (EB Punkt 12) Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen:

(4) **Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.** Es steht der *Emittentin* frei, [zum] [zu jedem] [**Wahlrückzahlungstag(e) (Call) (EB Punkt 12) einfügen**] ([der] [jeweils ein] "**Wahlrückzahlungstag (Call)**") die *Zertifikate* vollständig oder teilweise zu kündigen und zu ihrem *Wahlrückzahlungsbetrag (Call)* (wie nachstehend definiert) zurückzuzahlen, nachdem sie die *Anleihegläubiger* mindestens [**Kündigungsfrist (EB Punkt 12) einfügen**] *Geschäftstage* vor dem *Wahlrückzahlungstag (Call)* gemäß § 12 benachrichtigt hat (wobei diese Erklärung den für die Rückzahlung der *Zertifikate* festgelegten *Wahlrückzahlungstag (Call)* angeben muss).

[Falls in den EB (EB Punkt 12) keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin vorgesehen ist, einfügen:

(4) **Keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin.** Die *Emittentin* ist nicht berechtigt, die *Zertifikate* zu kündigen oder vorzeitig zurückzuzahlen.]

[Falls in den EB (EB Punkt 13) Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger vorgesehen ist, einfügen:

- (5) **Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger.** Sofern ein *Anleihegläubiger* der *Emittentin* die entsprechende Absicht in Form einer schriftlichen Ausübungserklärung (entsprechende Formulare sind bei der *Emittentin* erhältlich) mindestens **[Kündigungsfrist (EB Punkt 13) einfügen]** *Geschäftstage* im Voraus mitteilt, hat die *Emittentin* die entsprechenden *Zertifikate* am **[Wahlrückzahlungstag (Put) (EB Punkt 13) einfügen]** (jeweils ein "**Wahlrückzahlungstag (Put)**") zu ihrem *Wahlrückzahlungsbetrag (Put)* (wie nachstehend definiert) zurückzuzahlen. Ein Widerruf einer erfolgten Ausübung dieses Rechts ist nicht möglich.

Falls die Ausübungserklärung am letzten Tag der Kündigungsfrist vor dem *Wahlrückzahlungstag (Put)* nach 17:00 Uhr Wiener Zeit bei der *Emittentin* eingeht, ist das Wahlrecht nicht wirksam ausgeübt. Die Ausübungserklärung hat anzugeben: (i) **[den Gesamtnennbetrag]** **[die Gesamtstückzahl]** der *Zertifikate*, für die das Wahlrecht ausgeübt wird und (ii) die ISIN dieser *Zertifikate* (soweit vergeben). Für die Ausübungserklärung kann ein Formular, wie es bei der *Emittentin* erhältlich ist, verwendet werden. Die Rückzahlung der *Zertifikate*, für welche das Wahlrecht ausgeübt worden ist, erfolgt nur gegen Lieferung der *Zertifikate* an die *Emittentin* oder deren Order.]

[Falls in den EB (EB Punkt 13) keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger vorgesehen ist, einfügen:

- (5) **Keine vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger.** Ein Recht auf Kündigung oder vorzeitige Rückzahlung der *Zertifikate* nach Wahl der *Anleihegläubiger* besteht nicht.]
- (6) **Definitionen:**

[Falls Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin anwendbar ist, einfügen: "Wahlrückzahlungsbetrag (Call)" meint **[falls in den EB (EB Punkt 12) besonderes vorgesehen ist, einfügen, anderenfalls einfügen:** den Nennwert der *Zertifikate]* **[Falls kein Nennwert vorhanden ist, einfügen:** den Marktwert der *Zertifikate]*, allenfalls auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet.]

[Falls Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger anwendbar ist, einfügen: "Wahlrückzahlungsbetrag (Put)" meint **[falls in den EB (EB Punkt 13) besonderes vorgesehen ist, einfügen, anderenfalls einfügen:** den Nennwert der *Zertifikate]* **[Falls kein Nennwert vorhanden ist, einfügen:** den Marktwert der *Zertifikate]*, allenfalls auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet.]

§ 5
(Marktstörungen und Handelstagsausfall)

(1) **Auswirkungen einer Marktstörung und eines Handelstagsausfalls.** Eine *Marktstörung* oder ein *Handelstagsausfall* kann die Bewertung eines *Referenzwertes* bzw. von *Absicherungsmaßnahmen* der *Emittentin* in unvorhergesehener und nicht beabsichtigter Weise beeinflussen. Im Falle einer *Marktstörung* oder eines *Handelstagsausfalls* ist daher eine Anpassung der Bewertung des *Referenzwertes* wie folgt erforderlich:

(a) Ist ein Tag, in Bezug auf den die *Berechnungsstelle* für die Zwecke dieser *Emissionsbedingungen* den Preis oder Stand eines *Referenzwertes* bestimmen muss, kein *Handelstag* (wie nachstehend definiert), erfolgt die Bestimmung des entsprechenden Preises oder Stands vorbehaltlich nachstehender Bestimmungen am nächstfolgenden *Handelstag*. Ein entsprechender für die Bestimmung vorgesehener Tag wird als "**Planmäßiger Bewertungstag**" bezeichnet.

"**Handelstag**" ist

[wenn der Referenzwert in den EB (EB Punkt 10) nicht als Basiswertkorb ausgewiesen ist bzw. ein Basiswertkorb ist und die separate Referenzwertbestimmung Anwendung findet, einfügen: (i) in Bezug auf einen *Referenzwert*, dessen *Referenzstelle* eine Börse, ein Handels- oder ein Notierungssystem ist und der nicht als *Multi-Exchange Index* ausgewiesen ist, ein Tag, an dem die *Referenzstelle* und gegebenenfalls die *Verbundene Börse* in Bezug auf diesen *Referenzwert* planmäßig zu ihrer/ihren jeweiligen regulären Handelszeit(en) für den Handel geöffnet sind, (ii) in Bezug auf einen als *Multi-Exchange Index* ausgewiesenen *Referenzwert* ein Tag, an dem (aa) der maßgebliche *Index-Sponsor* planmäßig den Stand dieses *Referenzwertes* veröffentlicht und (bb) jede gegebenenfalls vorhandene *Verbundene Börse* planmäßig zu ihren regulären Handelszeiten in Bezug auf diesen *Referenzwert* für den Handel geöffnet ist, und (iii) in Bezug auf einen *Referenzwert*, der nicht als *Multi-Exchange Index* ausgewiesen ist und bei dessen *Referenzstelle* es sich nicht um eine Börse, ein Handels- oder ein Notierungssystem handelt, ein *Geschäftstag*, an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte in dem Land/den Ländern, wo sich die jeweilige *Referenzstelle* für diesen *Referenzwert* befindet, geöffnet sind.]

[wenn der Referenzwert in den EB (EB Punkt 10) als Basiswertkorb ausgewiesen ist und die separate Referenzwertbestimmung laut EB keine Anwendung findet, einfügen: ein Tag, der (i) in Bezug auf jeden *Referenzwert*, dessen *Referenzstelle* eine Börse, ein Handels- oder ein Notierungssystem ist und der nicht als *Multi-Exchange Index* ausgewiesen ist, ein Tag, an dem die *Referenzstelle* und gegebenenfalls die *Verbundene*

Börse in Bezug auf jeden dieser *Referenzwerte* planmäßig zu ihrer/ihren jeweiligen regulären Handelszeit(en) für den Handel geöffnet sind, (ii) in Bezug auf jeden als *Multi-Exchange Index* ausgewiesenen *Referenzwert* ein Tag, an dem (aa) der *Index-Sponsor* planmäßig den Stand jedes dieser *Referenzwerte* veröffentlicht und (bb) jede gegebenenfalls vorhandene *Verbundene Börse* für jeden dieser *Referenzwerte* planmäßig zu ihren regulären Handelszeiten in Bezug auf jeden dieser *Referenzwerte* für den Handel geöffnet ist, und (iii) in Bezug auf jeden *Referenzwert*, der nicht als *Multi-Exchange Index* ausgewiesen ist und bei dessen *Referenzstelle* es sich nicht um eine Börse, ein Handels- oder ein Notierungssystem handelt, ein *Geschäftstag*, an dem Geschäftsbanken und Devisenmärkte in dem Land/den Ländern, wo sich die jeweilige *Referenzstelle* für jeden dieser *Referenzwerte* befindet, geöffnet sind.]

- (b) Liegt nach Auffassung der *Berechnungsstelle* an einem *Planmäßigen Bewertungstag* eine *Marktstörung* in Bezug auf einen *Referenzwert* vor, gilt Folgendes:

[Falls die EB (EB Punkt 11) nicht Separate Referenzwertbestimmung vorsehen, einfügen: alle Bestimmungen an diesem *Planmäßigen Bewertungstag* werden für alle *Referenzwerte* (einschließlich des betroffenen *Referenzwerts*) auf den nächstfolgenden *Handelstag* verschoben, an dem keine *Marktstörung* in Bezug auf einen *Referenzwert* vorliegt.]

[Falls es sich beim Referenzwert gemäß den EB (EB Punkt 10) nicht um einen Basiswertkorb handelt bzw zwar um einen Basket handelt, aber Separate Referenzwertbestimmung gilt, einfügen: wird die Bestimmung an diesem *Planmäßigen Bewertungstag* nur für einen betroffenen *Referenzwert* auf den nächstfolgenden *Handelstag* verschoben, an dem keine *Marktstörung* in Bezug auf diesen *Referenzwert* vorliegt.]

Dabei gilt: Wenn der nächstfolgende *Handelstag* nicht bis zum *Letztmöglichen Handelstag* nach dem *Planmäßigen Bewertungstag* eingetreten ist, bestimmt die *Berechnungsstelle* nach vernünftigem Ermessen den Preis oder Stand jedes unbestimmten *Referenzwerts* zum *Letztmöglichen Handelstag* nach dem *Planmäßigen Bewertungstag*; im Falle eines *Referenzwerts*, für den zu diesem Zeitpunkt eine *Marktstörung* vorliegt, handelt es sich dabei um jenen Preis oder Stand, der nach Feststellung der *Berechnungsstelle* unter Berücksichtigung der zum jeweiligen Zeitpunkt herrschenden Marktbedingungen bzw des zuletzt gemeldeten, veröffentlichten oder notierten Stands oder Preises des *Referenzwerts* sowie gegebenenfalls unter Anwendung der vor Eintritt der *Marktstörung* zuletzt geltenden Formel und Methode für die Berechnung des Preises oder Stands des *Referenzwerts*, ohne Eintritt einer *Marktstörung* vorgelegen hätte. Die *Berechnungsstelle* gibt eine

entsprechende Bestimmung so bald wie vernünftigerweise praktikabel gemäß § 12 bekannt.

[Sofern es sich beim Referenzwert gemäß EB um einen Basiswertkorb handelt und die EB Separate Referenzwertbestimmung (EB Punkt 11) vorsehen, einfügen: Für die Zwecke dieses § 5 (1) gilt: Vorbehaltlich nachstehender Bestimmungen, sind sämtliche Bezugnahmen auf einen *Handelstag* als Bezugnahmen auf einen *Handelstag* zu verstehen, der bestimmt wurde, als sei der jeweilige *Referenzwert* der einzige *Referenzwert*, für Zwecke der Bestimmung, ob an einem Tag eine *Marktstörung* vorliegt, findet nachstehender § 5 (4) unten in Bezug auf jeden *Referenzwert* separat Anwendung, und darin enthaltene Bezugnahmen auf einen *Handelstag* beziehen sich auf einen *Handelstag*, der auf die vorstehend dargestellte Weise ausschließlich in Bezug auf den jeweiligen *Referenzwert* bestimmt wurde, wobei es sich, wenn für die Zwecke der *Emissionsbedingungen* an einem *Handelstag* eine Berechnung eines Werts oder Stands für jeden *Referenzwert* erforderlich ist, bei diesem *Handelstag* um einen *Handelstag* für alle *Referenzwerte* handeln muss.]

Zur Klarstellung: Wird eine durch die *Berechnungsstelle* vorzunehmende Bestimmung in Bezug auf einen Tag oder einen *Referenzwert* gemäß diesem § 5 (1) aufgeschoben, so gilt auch dieser Tag auf dieselbe Weise wie die jeweilige(n) Bestimmung(en) und unter Bezugnahme auf den/die jeweiligen betroffenen *Referenzwert(e)* bis zu dem Tag als aufgeschoben, an dem die entsprechenden aufgeschobenen Bestimmungen für den/die jeweiligen betroffenen *Referenzwert(e)* vorgenommen wurden.

[Sofern es sich bei dem Referenzwert oder bei einem Referenzwert um einen Zinssatz handelt, einfügen:

- (2) **Bestimmung von Zinssätzen.** Handelt es sich bei dem *Referenzwert* oder bei einem *Referenzwert* um einen *Zinssatz*, oder ist für Zwecke der Berechnung einer gemäß diesen *Emissionsbedingungen* fälligen Verbindlichkeit die Bestimmung eines Zinses unter Bezugnahme auf einen oder mehrere *Zinssätze* (jeweils ein "**Zinssatz**") erforderlich, gelten folgende Bestimmungen: Ist die Bestimmung des jeweiligen Zinses unter Bezugnahme auf den/die jeweiligen *Zinssatz/-sätze* gemäß den Vorschriften oder dem üblichen oder akzeptierten Verfahren zur Bestimmung dieses/-er *Zinssatzes/-sätze* aus Gründen, auf welche die *Berechnungsstelle* nach billigem Ermessen keinen Einfluss hat, an einem maßgeblichen Tag nicht möglich (sei es aufgrund der Nichtveröffentlichung eines Preises oder Werts oder aus einem anderen Grund), erfolgt die Bestimmung jedes betroffenen *Zinssatzes* auf Basis der *Zinssätze*, zu denen die *Referenzbanken* Einlagen in der jeweiligen Währung für diesen *Zinssatz* zum oder in etwa zum *Marktrelevanten Zeitpunkt* an diesem Tag führenden Banken des *Maßgeblichen Marktes* mit einer *Laufzeit* entsprechend der *Festgelegten Laufzeit* mit Beginn am jeweiligen Tag und in Höhe eines *Repräsentativen*

Betrags anbieten. Die *Berechnungsstelle* fordert von der am *Maßgeblichen Markt* vertretenen Hauptgeschäftsstelle der *Referenzbanken* die Mitteilung des von ihr zugrunde gelegten Zinssatzes an. Liegen mindestens zwei der angeforderten Notierungen vor, ist der maßgebliche *Zinssatz* für diesen Tag das arithmetische Mittel der Notierungen. Werden weniger als zwei Notierungen bereitgestellt, so ist der maßgebliche *Zinssatz* für diesen Tag das arithmetische Mittel der Zinssätze, die von der *Berechnungsstelle* ausgewählte große Banken im *Ersatzmarkt* zum *Zeitpunkt der Notierung* an diesem Tag führenden europäischen Banken für Darlehen in der jeweiligen Währung für diesen *Zinssatz* mit einer *Laufzeit* entsprechend der *Festgelegten Laufzeit* mit Beginn an diesem Tag und in Höhe eines *Repräsentativen Betrags* anbieten.]

(2)/(3) Definitionen

["**Ersatzmarkt**" ist [**sofern sich der maßgebliche Zinssatz auf Darlehen in US-Dollar bzw einer anderen Währung als Euro bezieht, einfügen:** New York City] [**sofern sich der maßgebliche Zinssatz auf Darlehen in Euro bezieht, einfügen:** die Eurozone.]]

["**Eurozone**" ist die Region, die sich aus den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zusammensetzt, die den Euro gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in der jeweils gültigen Fassung, eingeführt haben.]

["**Festgelegte Laufzeit**" ist die *Laufzeit* der Darlehen, auf die sich der maßgebliche *Zinssatz* bezieht.]

["**Marktrelevanter Zeitpunkt**" ist in Bezug auf einen *Maßgeblichen Markt* oder *Ersatzmarkt* ca. 11.00 Uhr Ortszeit am jeweiligen Ort dieses *Maßgeblichen Marktes* bzw *Ersatzmarktes*, wobei in Bezug auf die *Eurozone* Brüssel als entsprechender Ort des Marktes gilt.]

["**Maßgeblicher Markt**" ist [**sofern sich der maßgebliche Zinssatz auf Darlehen in US-Dollar bzw einer anderen Währung als Euro bezieht, einfügen:** der Londoner Interbankenmarkt] [**sofern sich der maßgebliche Zinssatz auf Darlehen in Euro bezieht, einfügen:** der Interbankenmarkt der *Eurozone*].]

["**Referenzbanken**" sind vier von der *Berechnungsstelle* ausgewählte große Banken des *Maßgeblichen Marktes*, die die *Emittentin* und/oder eines ihrer Verbundenen Unternehmen einschließen können.]

["**Referenzstelle**" ist in Bezug auf die folgenden *Referenzwerte* bzw *Maßgeblichen Referenzwerte* die in den *Emissionsbedingungen* bei der Definition des "Basiswerts" angegebene Stelle(n) oder ein für die *Berechnungsstelle* akzeptabler und von dieser bestimmter Nachfolger einer entsprechenden *Referenzstelle*, bzw in Ermangelung entsprechender Angaben, die

Referenzstelle(n), die nach Festlegung der *Berechnungsstelle* für die Bestimmung des jeweiligen Stands oder Werts des *Referenzwerts* bzw *Maßgeblichen Referenzwerts* und damit für dessen Bewertung maßgeblich ist bzw sind.]

["Repräsentativer Betrag" ist ein Betrag, der für eine einzelne Transaktion am jeweiligen Markt zum entsprechenden Zeitpunkt repräsentativ ist, wobei im Hinblick auf den Maßgeblichen Markt, sofern sich der maßgebliche *Zinssatz* auf Darlehen in Euro bezieht, eine Actual/360 Tage-Basis zugrunde gelegt wird.]

(3)/(4) **Ereignisse und/oder Situationen, die eine Marktstörung begründen.**

"Marktstörung" ist eine(s) der folgenden Ereignisse oder Situationen, sofern diese(s) nach Feststellung der *Berechnungsstelle* wesentlich für die Bewertung eines *Referenzwerts* oder von *Absicherungsmaßnahmen* der *Emittentin* in Bezug auf die Wertpapiere ist, wobei eine *Marktstörung* in Bezug auf einen Maßgeblichen *Referenzwert* als eine *Marktstörung* in Bezug auf den verbundenen *Referenzwert* gilt:

[Wenn die Referenzstelle für einen Referenzwert oder einen Maßgeblichen Referenzwert nach Bestimmung der Berechnungsstelle eine Börse oder ein Handels- oder Notierungssystem ist, einfügen:

- (a) Wenn, sofern die *Referenzstelle* für einen *Referenzwert* oder einen *Maßgeblichen Referenzwert* nach Bestimmung der *Berechnungsstelle* eine Börse oder ein Handels- oder Notierungssystem ist,
 - (i) die jeweilige *Verbundene Börse* oder *Referenzstelle* nicht für den Handel zu regulären Handelszeiten an einem *Handelstag* geöffnet ist; oder
 - (ii) (aa) der jeweilige *Index-Sponsor* den Stand eines *Referenzwerts* oder *Maßgeblichen Referenzwerts*, bei dem es sich um einen Index handelt, an einem *Handelstag* nicht veröffentlicht oder (bb) die jeweilige *Verbundene Börse* nicht für den Handel zu regulären Handelszeiten geöffnet ist; oder
 - (iii) an einem *Handelstag* zum Zeitpunkt der Notierung für einen *Referenzwert* oder *Maßgeblichen Referenzwert* bzw zu einem Zeitpunkt innerhalb der Stunde, die mit dem Zeitpunkt der Notierung für diesen *Referenzwert* oder *Maßgeblichen Referenzwert* endet, eines der folgenden Ereignisse eintritt oder vorliegt:
 - (A) eine Aussetzung oder Beschränkung des Handels durch die jeweilige *Referenzstelle* oder *Verbundene Börse* oder anderweitig (wegen Preisbewegungen, die die von der bzw den jeweilige(n) *Referenzstelle(n)* oder *Verbundenen Börse(n)*

zugelassenen Grenzen überschreiten, oder aus anderen Gründen):

- (I) für einen *Referenzwert* oder *Maßgeblichen Referenzwert* an der jeweiligen *Referenzstelle* oder
 - (II) an der *Referenzstelle* insgesamt, sofern es sich bei dem *Referenzwert* gemäß den Angaben in den EB nicht um einen Multi-Exchange Index handelt, oder
 - (III) für Options- oder Futures-Kontrakte auf oder in Bezug auf einen *Referenzwert* an einer Verbundenen Börse oder
 - (IV) an einer anderen Börse oder einem anderen Handels- oder Notierungssystem, an dem der *Referenzwert* zugelassen ist oder notiert wird, oder
- (B) ein Ereignis, das (nach Bestimmung der *Berechnungsstelle*) allgemein die Möglichkeit der Marktteilnehmer stört oder beeinträchtigt, (i) an der jeweiligen *Referenzstelle* Transaktionen in Bezug auf einen *Referenzwert* oder *Maßgeblichen Referenzwert* durchzuführen bzw Marktwerte für einen *Referenzwert* oder *Maßgeblichen Referenzwert* zu ermitteln oder (ii) an einer entsprechenden Verbundenen Börse Transaktionen in Bezug auf Options- oder Futures-Kontrakte auf einen *Referenzwert* oder *Maßgeblichen Referenzwert* durchzuführen bzw Marktwerte für solche Options- oder Futures-Kontrakte zu ermitteln; oder
- (iv) der Handel an einem *Börsengeschäftstag* an der bzw den jeweiligen *Referenzstelle(n)* oder der bzw den Verbundenen Börse(n) vor dem *Üblichen Börsenschluss* geschlossen wird, es sei denn, die frühere Schließung des Handels wird von der bzw den *Referenzstelle(n)* oder *Verbundenen Börse(n)* mindestens eine Stunde vor (je nachdem, welches Ereignis früher eintritt) (aa) dem tatsächlichen Börsenschluss für den regulären Handel an dieser bzw diesen *Referenzstelle(n)* oder *Verbundenen Börse(n)* an dem betreffenden *Börsengeschäftstag* oder (bb) dem Orderschluss (sofern gegeben) der *Referenzstelle* oder *Verbundenen Börse* für die Ausführung von Aufträgen zum Zeitpunkt der Notierung an diesem *Börsengeschäftstag* angekündigt.]

[Wenn die Referenzstelle für einen Referenzwert oder einen Maßgeblichen Referenzwert nach Bestimmung der Berechnungsstelle keine Börse und kein Handels- oder Notierungssystem ist, einfügen:

- (a) Wenn, sofern die *Referenzstelle* für einen *Referenzwert* oder einen *Maßgeblichen Referenzwert* nach Bestimmung der *Berechnungsstelle* keine Börse und kein Handels- oder Notierungssystem ist,

aus Gründen, auf welche die *Berechnungsstelle* nach billigem Ermessen keinen Einfluss hat, die Bestimmung des Preises oder Werts (oder eines Preis- oder Wertbestandteils) des betreffenden *Referenzwerts* oder *Maßgeblichen Referenzwerts* unter Bezugnahme auf die jeweilige *Referenzstelle* gemäß den Vorschriften oder dem üblichen oder akzeptierten Verfahren zur Bestimmung dieses Preises oder Werts, nicht möglich ist (unabhängig davon, ob dies dadurch bedingt ist, dass der entsprechende Preis oder Wert nicht veröffentlicht wurde, oder eine andere Ursache hat).]

- (b) Ein allgemeines Moratorium für Bankgeschäfte in dem *Maßgeblichen Land* wird verhängt.

(5) **Definitionen:**

"Verbundenes Unternehmen" ist ein Rechtsträger, der unter direkter oder indirekter Kontrolle der *Emittentin* steht, die *Emittentin* direkt oder indirekt kontrolliert oder mit der *Emittentin* unter gemeinsamer Kontrolle steht. Kriterium für die Auslegung der Begriffe **"Kontrolle"** und **"kontrollieren"** ist eine Stimmrechtsmehrheit bei dem Rechtsträger oder der *Emittentin*.

"Börsengeschäftstag" ist

- (i) wenn der jeweilige *Referenzwert* kein *Multi-Exchange Index* ist, ein *Handelstag*, an dem jede *Referenzstelle* und jede *Verbundene Börse* während der jeweiligen regulären Handelszeiten für den Handel geöffnet ist, unbeschadet der Schließung des Handels an einer solchen *Referenzstelle* oder *Verbundenen Börse* vor dem *Üblichen Börsenschluss*, und
- (ii) wenn der *Referenzwert* ein *Multi-Exchange Index* ist, ein *Handelstag*, an dem der jeweilige *Index-Sponsor* den Stand dieses *Referenzwerts* veröffentlicht und die *Verbundene Börse* innerhalb der jeweiligen regulären Handelszeiten für den Handel geöffnet ist, unbeschadet der Schließung des Handels an dieser *Verbundenen Börse* vor dem *Üblichen Börsenschluss*.

"Absicherungsmaßnahmen" sind Maßnahmen der *Emittentin* mit dem Ziel, dass ihr die jeweils im Rahmen der Wertpapiere zu zahlenden Barbeträge oder

die zu liefernden Vermögenswerte bei Fälligkeit zur Verfügung stehen. Dazu investiert die *Emittentin* gegebenenfalls direkt oder indirekt in den *Referenzwert*. Eine indirekte Anlage kann über ein *Verbundenes Unternehmen* bzw einen Vertreter der *Emittentin* oder sonstige Dritte, die eine Anlage in den *Referenzwert* tätigen, erfolgen. Alternativ dazu ist eine indirekte Anlage durch die *Emittentin* bzw ein *Verbundenes Unternehmen*, einen Vertreter oder sonstige Dritte auch über eine Anlage in Derivategeschäfte bezogen auf den *Referenzwert* möglich. Die *Emittentin* wählt *Absicherungsmaßnahmen*, die sie unter Berücksichtigung des steuerlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmens sowie ihres operativen Umfelds als effizient ansieht. Die *Emittentin* kann zudem Anpassungen an den *Absicherungsmaßnahmen* vornehmen, wobei zusätzliche Kosten, Steuern oder nachteilige aufsichtsrechtliche Änderungen, die Auswirkungen auf ihre *Absicherungsmaßnahmen* haben, nicht immer vermeidbar sind.

[Falls der/ein Referenzwert ein Index ist, einfügen: "Index-Sponsor" ist [in Bezug auf einen Referenzwert oder Maßgeblichen Referenzwert, bei dem es sich um einen Index handelt, Index-Sponsor laut EB einfügen, falls in den EB nichts bestimmt ist, einfügen: in Bezug auf einen anderen Referenzwert oder Maßgeblichen Referenzwert, bei dem es sich um einen Index handelt, der Rechtsträger, der nach Bestimmung der Berechnungsstelle hauptsächlich für die Festlegung und Veröffentlichung dieses Index verantwortlich ist, wobei in beiden Fällen Bezugnahmen auf einen Index-Sponsor einen Nachfolger des Index-Sponsors einschließen.]]

[Soweit anwendbar, einfügen: "Multi-Exchange Index" ist/sind folgende(r) Referenzwerte: [Referenzwerte einfügen].]

"Referenzwert(e)" ist/sind folgende Vermögenswerte und/oder Referenzgrößen: [Referenzwert(e) einfügen].

"Verbundene Börse" ist [Falls in den EB (EB Punkt 11) eine Börse angegeben ist, diese einfügen, falls dort "standard" angegeben ist, einfügen: in Bezug auf einen Referenzwert oder Maßgeblichen Referenzwert jede Börse und jedes Handels- oder Notierungssystem, deren bzw dessen Handel eine Auswirkung auf den Gesamtmarkt für Options- oder Futures-Kontrakte auf den Referenzwert oder Maßgeblichen Referenzwert hat, sowie jeder entsprechende, für die Berechnungsstelle akzeptable Nachfolger, wie von der Berechnungsstelle bestimmt.]

"Maßgeblicher Referenzwert" ist in Bezug auf einen Referenzwert, der einen Index darstellt, ein Index oder anderer Bestandteil, der für die Berechnung oder Bestimmung dieses Index herangezogen wird, oder ein Vermögenswert bzw eine Referenzgröße, der bzw die zum maßgeblichen Zeitpunkt Bestandteil dieses Referenzwerts ist.

"Zeitpunkt der Notierung" ist in Bezug auf einen Referenzwert oder Maßgeblichen Referenzwert.

- (i) sofern der *Referenzwert* kein *Multi-Exchange Index* ist sowie in Bezug auf jeden *Maßgeblichen Referenzwert*, der Zeitpunkt der Notierung, zu dem die *Berechnungsstelle* den Stand oder Wert dieses *Referenzwerts* oder *Maßgeblichen Referenzwerts* bestimmt, und
- (ii) sofern der jeweilige *Referenzwert* ein Index sowie ein *Multi-Exchange Index* ist,
 - (A) zur Feststellung, ob eine *Marktstörung* vorliegt,
 - (I) in Bezug auf einen *Referenzwert*, der *Übliche Börsenschluss* an der jeweiligen *Referenzstelle* für diesen *Referenzwert* und
 - (II) in Bezug auf Options- oder Futures-Kontrakte auf oder in Bezug auf diesen *Referenzwert*, der *Börsenschluss* an der *Verbundenen Börse*;
 - (B) in allen anderen Fällen, der Zeitpunkt, an dem der amtliche Schlusstand dieses Index vom jeweiligen Index-Sponsor berechnet und veröffentlicht wird.

"**Üblicher Börsenschluss**" ist, in Bezug auf eine *Referenzstelle* oder *Verbundene Börse* und einen *Handelstag*, der zu Werktagen übliche Börsenschluss der *Referenzstelle* oder *Verbundenen Börse* an diesem *Handelstag*, ohne Berücksichtigung eines nachbörslichen Handels oder anderer Handelsaktivitäten außerhalb der regulären Handelszeiten.

"**Letztmöglicher Handelstag**" ist der [**Angabe laut EB Punkt 11 einfügen**] *Handelstag*.

"**Maßgebliches Land**" ist, wie von der *Berechnungsstelle* bestimmt:

- (i) ein Land (oder eine Verwaltungs- oder Aufsichtsbehörde desselben), in dem eine *Referenzwährung* oder die *Währung* gesetzliches Zahlungsmittel oder offizielle Währung ist, und
- (ii) ein Land (oder eine Verwaltungs- oder Aufsichtsbehörde desselben), zu dem ein *Referenzwert* oder *Maßgeblicher Referenzwert* bzw, im Falle eines Wertpapiers, der jeweilige *Emittent* in einer wesentlichen Beziehung steht, wobei sich die *Berechnungsstelle* bei ihrer Bestimmung, was als wesentlich zu betrachten ist, auf das Land, in dem dieser *Emittent* seinen Sitz hat bzw, in Bezug auf einen Index, auf das Land/die Länder, in dem/denen der Index oder der/die *Maßgebliche(n) Referenzwert(e)* berechnet oder veröffentlicht wird/werden, und/oder auf andere ihrer Ansicht nach geeignete Faktoren beziehen kann.

"Referenzwährung" ist [*Referenzwährung(en) für den/jeden Referenzwert wie den Endgültigen Bedingungen (EB Punkt 11) angegeben oder (wenn es sich um einen Basketbestandteil handelt) die Basketbestandteil-Währung einfügen*] [*für einen Index (zusätzlich) einfügen*: in Bezug auf einen *Maßgeblichen Referenzwert* die Währung, auf die dieser Vermögenswert lautet, in der dieser notiert wird oder zu der dieser die engste Verbindung aufweist, wie von der *Berechnungsstelle* bestimmt].

 6

(Anpassungsereignisse und Anpassungs-/Beendigungsereignisse)

(1) **Anpassungsereignisse.** Der Eintritt eines der nachstehend unter "(a) Allgemeine Ereignisse" oder "(b) Besondere Ereignisse" aufgeführten Ereignisse stellt, jeweils in Bezug auf einen *Referenzwert*, ein "**Anpassungsereignis**" dar:

(a) Allgemeine Ereignisse:

- (i) Ein Ereignis tritt ein, das den theoretischen wirtschaftlichen Wert des jeweiligen *Referenzwerts* wesentlich beeinflusst bzw wesentlich beeinflussen kann oder wirtschaftliche Auswirkungen bzw einen Verwässerungs- oder Konzentrationseffekt auf den theoretischen wirtschaftlichen Wert dieses *Referenzwerts* haben kann.
- (ii) Ein Ereignis tritt ein, das die wirtschaftliche Verbindung zwischen dem Wert des jeweiligen *Referenzwerts* und den *Zertifikaten*, die unmittelbar vor Eintritt dieses Ereignisses besteht, in erheblichem Maße beeinträchtigt.
- (iii) Es erfolgt eine wesentliche Veränderung eines *Referenzwerts* bzw des/der einem *Referenzwert* zugrunde liegenden Bestandteils/Bestandteilen oder Referenzgröße(n).

(b) Besondere Ereignisse:

jedes/jeder der in Abs (5) unten als Anpassungsereignis aufgeführten Ereignisse oder Umstände.

Ein solches *Anpassungsereignis* kann jeweils sowohl vor als auch nach seinem Eintritt die Kosten für die Verwaltung der *Zertifikate* bzw die Aufrechterhaltung der *Absicherungsmaßnahmen* für die *Zertifikate* oder die Wahrung des gleichen wirtschaftlichen Werts der *Zertifikate* in einer Weise wesentlich beeinflussen, die im Preis der *Zertifikate* nicht berücksichtigt ist.

Daher ist die *Emittentin* berechtigt, nach Eintritt eines *Anpassungsereignisses* Anpassungen der *Emissionsbedingungen* gemäß nachstehendem Abs (2) vorzunehmen, bzw, falls nach Feststellung der *Emittentin* eine geeignete

Anpassung gemäß nachstehendem Abs (2) unten nicht möglich ist, das *Anpassungsereignis* als ein *Anpassungs-/Beendigungsereignis* gemäß nachstehendem Abs (3) unten zu behandeln. Dies stellt einen Teil des von den *Anleihegläubigern* bei einer Anlage in die *Zertifikate* zu tragenden wirtschaftlichen Risikos und die Bestimmungsgrundlage für den Preis der *Zertifikate* dar.

Hinweis: *Ein Ereignis oder Umstand kann aufgrund der gleichzeitigen Erfüllung mehrerer Kriterien ein Anpassungsereignis im Sinne von mehreren der Buchstaben (i)-(iii) dieses Abs (1)(a) sein, und jedes der im nachstehenden Abs (5) aufgeführten Anpassungsereignisse in Bezug auf einen Referenzwert stellt ein Anpassungsereignis dar.*

- (2) **Auswirkungen eines Anpassungsereignisses.** Falls mit Wirkung für die Zeit vor oder zum *Endfälligkeitstag* ein *Anpassungsereignis* (wie nachstehend definiert) eintritt, wird die *Berechnungsstelle* dies unverzüglich gemäß § 12 bekanntmachen. Nach Eintritt eines *Anpassungsereignisses* kann die *Berechnungsstelle* Anpassungen der *Emissionsbedingungen* vornehmen, die sie nach billigem Ermessen als erforderlich oder angemessen erachtet, um den Auswirkungen dieses *Anpassungsereignisses* Rechnung zu tragen und/oder soweit wie durchführbar den gleichen wirtschaftlichen Wert der *Zertifikate* wie vor Eintritt des *Anpassungsereignisses* auch nach dessen Eintritt sicherzustellen sowie die wirtschaftliche Verbindung zwischen dem *Basiswert* und den *Zertifikate* zu erhalten und/oder ihre *Absicherungsmaßnahmen* aufrecht erhalten zu können; die *Berechnungsstelle* legt fest, wann diese Anpassungen in Kraft treten. Unter anderem kann in dem Fall, dass es sich bei dem *Basiswert* oder jeweiligen *Referenzwert* um einen Index handelt, die Bestimmung des Stands dieses Index am entsprechenden Tag nicht auf Basis eines veröffentlichten Indexstands, sondern eines Indexstands erfolgen, den die *Berechnungsstelle* für diesen Tag unter Anwendung der vor Eintritt des jeweiligen *Anpassungsereignisses* zuletzt geltenden Formel und Methode für die Berechnung dieses Index bestimmt, wobei nur diejenigen *Maßgeblichen Referenzwerte* berücksichtigt werden, die unmittelbar vor dem Ereignis Bestandteil dieses Index waren.

Entsprechende Anpassungen erfolgen unter Umständen unter Berücksichtigung zusätzlicher direkter oder indirekter Kosten, die der *Emittentin* im Rahmen des oder im Zusammenhang mit dem jeweiligen *Anpassungsereignis* entstanden sind, u. a. Steuern, Abgaben, Einbehaltungen, Abzüge oder andere von der *Emittentin* zu tragende Belastungen (u. a. in Folge von Änderungen der steuerlichen Behandlung), und Weitergabe dieser Kosten an die *Anleihegläubiger*. Änderungen der steuerlichen Behandlung können dabei u. a. auch Änderungen beinhalten, die von *Absicherungsmaßnahmen* der *Emittentin* in Bezug auf die *Zertifikate* herrühren.

Die *Berechnungsstelle* kann (muss jedoch nicht) die Bestimmung dieser sachgerechten Anpassung an der Anpassung ausrichten, die eine *Verbundene Börse* (wie nachstehend definiert) aus Anlass des betreffenden Ereignisses bei

an dieser *Verbundenen Börse* gehandelten Options- oder Futures-Kontrakten auf den jeweiligen *Basiswert* vornimmt. Eine solche Anpassung kann nach Ermessen der *Berechnungsstelle* infolge des *Anpassungsereignisses* von der *Emittentin* zu tragenden Steuern, Abgaben, Einbehaltungen, Abzügen oder anderen Belastungen (unter anderem in Folge von Änderungen der steuerlichen Behandlung) Rechnung tragen.

Nach Vornahme der Anpassungen teilt die *Berechnungsstelle* den *Anleihegläubigern* gemäß § 12 unter kurzer Beschreibung des jeweiligen *Anpassungsereignisses* so bald wie praktikabel mit, welche Anpassungen der *Emissionsbedingungen* vorgenommen wurden.

- (3) **Anpassungs-/Beendigungsereignis.** Der Eintritt eines der nachstehend unter "(a) Allgemeine Ereignisse" oder "(b) Besondere Ereignisse" aufgeführten Ereignisse, stellt, jeweils in Bezug auf (i) die *Zertifikate*, (ii) *Absicherungsmaßnahmen* in Bezug auf die *Zertifikate* oder (iii) einen *Referenzwert*, ein "**Anpassungs-/Beendigungsereignis**" dar:

(a) Allgemeine Ereignisse:

- (i) Ein Ereignis tritt ein, das wesentliche Auswirkungen auf die von der *Berechnungsstelle* verwendete Methode zur Bestimmung des Stands oder Preises eines *Referenzwertes* bzw die Fähigkeit der *Berechnungsstelle* zur Bestimmung des Stands oder Preises eines *Referenzwertes* hat.
- (ii) Es erfolgt eine wesentliche Veränderung oder Beeinflussung eines *Referenzwertes*, sei es infolge einer Einstellung der Börsennotierung, einer *Verschmelzung*, eines Übernahmeangebots oder einer Beendigung, Tilgung, Insolvenz oder Verstaatlichung, infolge einer wesentlichen Veränderung der Formel oder Methode zur Berechnung dieses *Referenzwertes*, infolge einer wesentlichen Veränderung der Anlagerichtlinien, -politik oder -strategie, der Geschäftsführung oder der Gründungsdokumente oder infolge eines anderen Ereignisses, das nach billigem Ermessen der *Berechnungsstelle* eine wesentliche Veränderung oder Beeinflussung eines *Referenzwertes* darstellt.
- (iii) Ein *Anpassungsereignis* ist eingetreten, in Bezug auf welches die *Berechnungsstelle* nach eigener Feststellung nicht in der Lage ist, eine geeignete Anpassung gemäß vorstehendem § 6 (2) oben vorzunehmen.
- (iv) Die *Emittentin* stellt fest, dass:
 - (A) die Erfüllung ihrer Verpflichtungen unter den *Zertifikaten*, sei es vollständig oder in Teilen, illegal geworden ist bzw werden wird oder nach billigem Ermessen nicht länger praktikabel ist bzw

sein wird oder dass durch diese Erfüllung wesentlich höhere direkte oder indirekte Kosten, Steuern, Abgaben oder Aufwendungen (im Vergleich zur Situation am *Begebungstag*) entstehen, oder

- (B) es für sie illegal oder nach billigem Ermessen nicht länger praktikabel ist bzw sein wird, *Absicherungsmaßnahmen* in Bezug auf die *Zertifikate* zu erwerben, abzuschließen bzw erneut abzuschließen, zu ersetzen, aufrechtzuerhalten, aufzulösen oder zu veräußern, sei es vollständig oder in Teilen, oder dass ihr durch den Erwerb, Abschluss oder erneuten Abschluss bzw die Ersetzung, Aufrechterhaltung, Auflösung oder Veräußerung von *Absicherungsmaßnahmen* wesentlich höhere direkte oder indirekte Kosten, Steuern, Abgaben oder Aufwendungen (im Vergleich zur Situation am *Begebungstag*) entstehen, u. a. aufgrund einer erhöhten Steuerpflicht, geringerer Steuervorteile oder anderer negativer Auswirkungen auf die Steuersituation der *Emittentin*

(die *Emittentin* kann entsprechende Feststellungen u. a. im Falle einer Änderung von anwendbaren Gesetzen oder Verordnungen (u. a. Steuergesetzen) in einer entsprechenden Rechtsordnung oder Änderung der Auslegung entsprechender Gesetze oder Verordnungen (einschließlich Maßnahmen von Steuerbehörden) durch ein Gericht oder eine Aufsichtsbehörde, eines Rückgangs der Zahl geeigneter Dritter, mit denen in Bezug auf einen *Referenzwert* Verträge geschlossen bzw zu angemessenen Bedingungen geschlossen werden können, oder eines wesentlichen Mangels an Marktliquidität für Aktien, Optionen, Instrumente oder sonstige Vermögenswerte, die typischerweise zum Ausgleich von Risiken in Bezug auf einen *Referenzwert* eingesetzt werden, treffen).

- (v) Die *Emittentin* stellt fest, dass sie auch mit wirtschaftlich zumutbaren Anstrengungen nicht in der Lage ist, die Erlöse von *Absicherungsmaßnahmen* zu realisieren, wiederzugewinnen oder zu transferieren.
- (vi) Die *Emittentin* stellt fest, dass am fünften *Letztmöglichen Handelstag* gemäß § 5 eine *Marktstörung* vorliegt und dass die in § 5 angegebenen Bewertungsmethoden in diesem Fall nicht für die entsprechende Berechnung geeignet sind, und beschließt, diese *Marktstörung* als ein *Anpassungs-/Beendigungsereignis* zu behandeln.
- (vii) Ein Ereignis Höherer Gewalt tritt ein. Für diese Zwecke ist unter einem "**Ereignis höherer Gewalt**" ein Ereignis oder eine Situation zu

verstehen, das/die die *Emittentin* in der Ausübung ihrer Verpflichtungen hindert oder wesentlich beeinträchtigt; hierzu zählen u. a. Systemstörungen, Brände, Gebäudeevakuierungen, Naturkatastrophen, durch den Menschen bedingte Katastrophen, höhere Gewalt, bewaffnete Auseinandersetzungen, terroristische Anschläge, Ausschreitungen, Arbeitskämpfe oder ähnliche Ereignisse und Umstände.

- (viii) Es liegt eine wesentliche Beeinträchtigung der Liquidität oder Marktbedingungen in Bezug auf einen *Referenzwert* (einschließlich des Handels eines *Referenzwerts*), die nicht zu einer *Marktstörung* führt, vor.

- (b) Besondere Ereignisse:

jedes/jeder der im nachstehenden Abs (5) als *Anpassungs-/Beendigungsereignis* aufgeführten Ereignisse oder Umstände

Der Eintritt eines *Anpassungs-/Beendigungsereignisses* kann dazu führen, dass die *Emittentin* nicht in der Lage ist, weiterhin ihre Verpflichtungen im Rahmen der *Zertifikate* zu erfüllen bzw ihre *Absicherungsmaßnahmen* aufrechtzuerhalten, oder dass sich für die *Emittentin* durch eine entsprechende Erfüllung bzw Aufrechterhaltung höhere Kosten, Steuern oder Aufwendungen ergeben und dies im Preis der *Zertifikate* nicht berücksichtigt ist. Daher ist die *Emittentin* berechtigt, nach Eintritt eines *Anpassungs-/Beendigungsereignisses* gemäß nachstehendem Abs (4) Anpassungen der *Emissionsbedingungen* vorzunehmen, einen *Referenzwert* zu ersetzen oder die *Zertifikate* zu kündigen und zu beenden. **Dies stellt einen Teil des von den Anleihegläubigern bei einer Anlage in die *Zertifikate* zu tragenden wirtschaftlichen Risikos und die Bestimmungsgrundlage für den Preis der *Zertifikate* dar.**

Hinweis: Ein Ereignis oder Umstand kann aufgrund der gleichzeitigen Erfüllung mehrerer Kriterien ein *Anpassungs-/Beendigungsereignis* im Sinne von mehreren der Punkte (i)-(viii) dieses Abs (3)(a) sein, und jedes der im nachstehenden Abs (5) aufgeführten *Anpassungs-/Beendigungsereignisse* in Bezug auf einen *Referenzwert* stellt ein *Anpassungs-/Beendigungsereignis* dar.

- (4) **Auswirkungen eines Anpassungs-/Beendigungsereignisses.** Nach Eintritt eines *Anpassungs-/Beendigungsereignisses* kann die *Berechnungsstelle* eine der nachstehend aufgeführten Maßnahmen ergreifen. **Insbesondere ist zu beachten, dass gemäß nachstehendem Abs (c) eine Beendigung und Kündigung der *Zertifikate* zulässig ist.**

- (a) Außer in Bezug auf ein *Anpassungs-/Beendigungsereignis* gemäß vorstehendem § 6 (3)(a)(iii) kann die *Berechnungsstelle* Anpassungen der

Emissionsbedingungen vornehmen, die sie nach billigem Ermessen als erforderlich oder angemessen erachtet, um den Auswirkungen dieses *Anpassungs-/Beendigungsereignisses* Rechnung zu tragen und/oder soweit wie durchführbar den gleichen wirtschaftlichen Wert der *Zertifikate* wie vor Eintritt des *Anpassungs-/Beendigungsereignisses* auch nach dessen Eintritt sicherzustellen sowie die wirtschaftliche Verbindung zwischen dem *Basiswert* und den *Zertifikaten* zu erhalten und/oder ihre *Absicherungsmaßnahmen* aufrecht erhalten zu können; die *Berechnungsstelle* legt fest, wann diese Anpassungen in Kraft treten. Unter anderem kann in dem Fall, dass es sich bei dem *Basiswert* oder jeweiligen *Referenzwert* um einen Index handelt, die Bestimmung des Stands dieses Index am entsprechenden Tag nicht auf Basis eines veröffentlichten Indexstands, sondern eines Indexstands erfolgen, den die *Berechnungsstelle* für diesen Tag unter Anwendung der vor Eintritt des jeweiligen *Anpassungsereignisses* zuletzt geltenden Formel und Methode für die Berechnung dieses Index bestimmt, wobei nur diejenigen Indexkomponenten berücksichtigt werden, die unmittelbar vor dem Ereignis Bestandteil dieses Index waren.

Entsprechende Anpassungen erfolgen unter Umständen unter Berücksichtigung zusätzlicher direkter oder indirekter Kosten, die der *Emittentin* im Rahmen des oder im Zusammenhang mit dem jeweiligen *Anpassungs-/Beendigungsereignis* entstanden sind, u. a. Steuern, Abgaben, Einbehaltungen, Abzüge oder andere von der *Emittentin* zu tragende Belastungen (u. a. in Folge von Änderungen der steuerlichen Behandlung), und Weitergabe dieser Kosten an die *Anleihegläubiger*. Änderungen der steuerlichen Behandlung können dabei u. a. auch Änderungen beinhalten, die von *Absicherungsmaßnahmen* der *Emittentin* in Bezug auf die *Zertifikate* herrühren.

Die *Berechnungsstelle* kann (muss jedoch nicht) die Bestimmung dieser sachgerechten Anpassung an der Anpassung ausrichten, die *Verbundene Börse* aus Anlass des betreffenden Ereignisses bei an dieser *Verbundenen Börse* gehandelten Options- oder Futures-Kontrakten auf den jeweiligen *Referenzwert* vornimmt, bzw an den Anpassungen, die sich aus den von einer Börse oder einem Handels- oder Notierungssystem vorgegebenen Richtlinien und Präzedenzfällen zur Berücksichtigung des betreffenden *Anpassungs-/Beendigungsereignisses* ergeben, das nach Feststellung der *Berechnungsstelle* eine Anpassung durch die Börse oder das Handels- oder Notierungssystem zur Folge hätte, falls solche Options- oder Futures-Kontrakte dort gehandelt würden.

[Falls in den EB (EB Punkt 11) Basiswertersetzung vorgesehen ist, einfügen:

- (b) Die *Berechnungsstelle* kann den jeweiligen von dem *Anpassungs-/Beendigungsereignis* betroffenen *Referenzwert* an oder nach dem Stichtag dieses *Anpassungs-/Beendigungsereignisses* durch einen Ersatzvermögenswert entsprechend folgender Angaben ersetzen:
[Angaben aus den EB zur Basiswertersetzung (EB Punkt 11) einfügen.]

[Handelt es sich bei dem jeweiligen *Anpassungs-/Beendigungsereignis* jedoch um eine *Verschmelzung* (wie nachstehend definiert) und besteht die im Rahmen der *Verschmelzung* für den jeweiligen *Referenzwert* gewährte Gegenleistung aus Vermögenswerten, bei denen es sich nicht um Barvermögen handelt und die nicht bereits im *Basiswert* enthalten sind, so kann die *Berechnungsstelle* den *Basiswert* nach eigener Wahl dahingehend anpassen, dass dieser die entsprechenden (unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedingungen der *Zertifikate* bestimmte) Menge an Vermögenswerten, zu dem ein Inhaber des *Referenzwerts* vor dem Eintritt der *Verschmelzung* berechtigt wäre, umfasst. Die *Berechnungsstelle* nimmt diejenigen Anpassungen der *Emissionsbedingungen* vor, die sie nach billigem Ermessen für angemessen hält, um dieser Ersetzung bzw diesen zusätzlichen Vermögenswerten Rechnung zu tragen.]

- (b/c) Ist die *Berechnungsstelle* nicht in der Lage oder willens, eine geeignete Anpassung gemäß vorstehendem § 6 (4)(a) oder § 6 (4)(b) festzulegen oder vorzunehmen, kann die *Emittentin* die *Zertifikate* durch eine so bald wie praktikabel gemäß § 12 erfolgende Mitteilung, die eine kurze Beschreibung des *Anpassungs-/Beendigungsereignisses* enthält, beenden und kündigen. Werden die *Zertifikate* derart beendet und gekündigt, zahlt die *Emittentin*, soweit nach anwendbarem Recht zulässig, an jeden *Anleihegläubiger* für jedes von diesem gehaltene Zertifikat einen Betrag in Höhe des *Marktwerts* (wie nachstehend definiert) der *Zertifikate*.

Wobei:

"**Marktwert**" ist in Bezug auf ein Wertpapier der angemessene Marktwert (*fair market value*) dieses Wertpapiers. Er wird von der *Berechnungsstelle* u. a. unter Bezugnahme auf folgende nach ihrem Dafürhalten zum jeweiligen Zeitpunkt geeignete Faktoren bestimmt:

- (a) maßgebliche Quotierungen oder sonstige maßgebliche Marktdaten des/der jeweiligen Marktes/Märkte, zB maßgebliche Sätze, Preise, Renditen, Renditekurven, Volatilitäten, Spreads, Korrelationen und Preismodelle für Optionen oder sonstige Derivate,

- (b) Informationen nach Art der vorstehend unter (a) aufgezählten Informationen, die aus internen Quellen der *Emittentin* oder eines ihrer *Verbundenen Unternehmen* stammen, sofern die *Emittentin* diese Art von Informationen im Rahmen der normalen Geschäftstätigkeit zur Bewertung mit den *Wertpapieren* vergleichbarer Instrumente einsetzt.

Sehen die jeweiligen *Wertpapiere* (einen) zu zahlende(n) Mindestbetrag/Mindestbeträge bzw zu liefernde(n) Mindestbestand/Mindestbestände vor, wird dies bei der Bestimmung des *Marktwerts* berücksichtigt. Im Rahmen der Bestimmung des *Marktwerts* reduziert die *Berechnungsstelle* jedoch den Wert dieser Beträge/Bestände (d. h. nimmt einen Abschlag vor), um der verbleibenden Zeit bis zum erstmöglichen Tag, an dem diese(r) Betrag/Beträge bzw Bestand/Bestände andernfalls erstmals zu zahlen bzw zu liefern wäre(n), Rechnung zu tragen. Diese Abschläge werden unter Bezugnahme auf Informationen wie die vorstehend unter (a) und/oder (b) genannten Informationen, u. a. risikolose Zinssätze, bestimmt.

Die *Berechnungsstelle* berücksichtigt darüber hinaus angemessene Werte für andere Beträge bzw Bestände, die gegebenenfalls andernfalls in Bezug auf die jeweiligen *Wertpapiere* zu zahlen bzw zu liefern gewesen wären. Darin eingeschlossen ist gegebenenfalls der Teil der Rendite der *Wertpapiere*, der unter Bezugnahme auf den *Basiswert* bestimmt wird (d. h. das derivative Element). Die Bestimmung des jeweiligen Werts dieses Elements der *Wertpapiere* erfolgt unter Umständen anhand der Kosten des Abschlusses einer Transaktion zur Beschaffung vergleichbarer Beträge/Bestände, die zum jeweiligen Zeitpunkt entstehen würden.

Unbeschadet vorstehender Bestimmungen erfolgt jede der erwähnten Bestimmungen ohne Berücksichtigung der Bonität der *Emittentin* zum Zeitpunkt der vorzeitigen Beendigung. Dies bedeutet, dass keine Reduzierung des *Marktwerts* vorgenommen wird, um Annahmen bezüglich der Zahlungsfähigkeit der *Emittentin* zum Zeitpunkt der vorzeitigen Beendigung Rechnung zu tragen.

Die *Berechnungsstelle* setzt einen *Anleihegläubiger* so bald wie möglich nach Erhalt einer entsprechenden schriftlichen Anfrage dieses *Anleihegläubigers* über von ihr im Rahmen dieses § 6 bis einschließlich zum Tag des Eingangs dieser Anfrage getroffene Feststellungen in Kenntnis. Kopien dieser Feststellungen können von den *Anleihegläubigern* bei der *Berechnungsstelle* eingesehen werden.

- (5) **Bestimmte Anpassungsereignisse und Anpassungs-/Beendigungsereignisse in Bezug auf unterschiedliche Referenzwerte.** Nachstehend sind *Anpassungsereignisse* und *Anpassungs-/Beendigungsereignisse* aufgeführt, bei denen der jeweilige *Referenzwert* entweder einen Index, eine Aktie, einen Wechselkurs, Ware, *Zinssatz* oder andere Variable oder einen Korb darstellt.

[Falls es sich bei dem (einem) Referenzwert um eine Aktie handelt, einfügen:

- (a) **Aktie.** Sofern es sich bei dem *Basiswert* oder einem maßgeblichen *Referenzwert*, um eine Aktie handelt, gilt:
- (i) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 6 (1)(a)-(b) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein *Anpassungsereignis* dar:
- (A) eine Teilung, Zusammenlegung oder Gattungsänderung der jeweiligen Aktien (soweit keine *Verschmelzung* vorliegt) oder die Ausgabe von Gratisaktien bzw Ausschüttung einer Aktiendividende an die vorhandenen Aktionäre als Bonus, Teil einer Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln oder einer ähnlichen Emission;
- (B) eine Dividende, sonstige Ausschüttung oder Emission an die vorhandenen Aktionäre in Form (I) zusätzlicher Aktien, (II) sonstigen Aktienkapitals oder von Wertpapieren, das bzw die Anspruch auf Zahlung einer Dividende und/oder des Erlöses aus der Liquidation der *Aktiengesellschaft* in gleicher Weise oder proportional zu den Zahlungen an die Inhaber dieser Aktien gewährt bzw gewähren, (III) von Aktienkapital oder sonstigen Wertpapieren eines anderen Emittenten als Ergebnis einer Ausgliederung eines Teils des Unternehmens oder einer ähnlichen Transaktion, oder (IV) von Wertpapieren, Rechten, Optionsscheinen oder sonstigen Vermögenswerten anderer Art, und zwar in jedem dieser Fälle zu einem (in bar oder in anderer Form zu entrichtenden) Preis, der unter dem von der *Berechnungsstelle* festgestellten jeweiligen Marktpreis liegt;
- (C) eine Sonderdividende;
- (D) eine Einzahlungsaufforderung seitens der *Aktiengesellschaft* für die jeweiligen Aktien, die nicht voll eingezahlt worden sind;
- (E) ein aus Erträgen oder dem Grundkapital finanzierter Rückkauf der jeweiligen Aktien durch die, oder im Namen der, *Aktiengesellschaft* oder eines ihrer Tochterunternehmen, gleich

ob die Gegenleistung für den Rückkauf aus Geld, Wertpapieren oder sonstigen Gegenständen besteht;

- (F) ein Ereignis, das bei einer *Aktiengesellschaft* zur Ausgabe von Aktionärsrechten oder der Abtrennung solcher Rechte von Stammaktien oder anderen Aktien des Grundkapitals der betreffenden *Aktiengesellschaft* führt, in Folge eines gegen feindliche Übernahmen gerichteten Plans oder einer entsprechenden Maßnahme, der bzw die im Falle bestimmter Ereignisse die Gewährung von Rechten zum Erwerb von Vorzugsaktien, Optionsscheinen, Schuldtiteln oder Aktienbezugsrechten zu einem Preis unter ihrem von der *Berechnungsstelle* festgestellten *Marktwert* vorsieht bzw vorsehen;
 - (G) eine Rücknahme von Aktionärsrechten der vorstehend unter (F) beschriebenen Art und
 - (H) andere vergleichbare Ereignisse, die einen Verwässerungs-, Konzentrations- oder sonstigen Effekt auf den rechnerischen Wert der jeweiligen Aktien haben können.
- (ii) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 6 (3)(a)(i)-(viii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein Anpassungs-/Beendigungsereignis dar:
- (A) "**Einstellung der Börsennotierung**", die in Bezug auf eine Aktie vorliegt, wenn die *Referenzstelle* bekannt gibt, dass, gemäß den Vorschriften der jeweiligen *Referenzstelle*, die Zulassung, der Handel oder die öffentliche Notierung der jeweiligen Aktie an dieser *Referenzstelle* sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt, gleich aus welchem Grund (sofern die Einstellung der Börsennotierung nicht durch eine *Verschmelzung* oder ein Übernahmeangebot bedingt ist), beendet wird und wenn die jeweilige Aktie nicht unmittelbar wieder an einer bzw einem für die *Berechnungsstelle* akzeptablen Börse, Handels- oder Notierungssystem zugelassen, gehandelt oder notiert wird;
 - (B) "**Insolvenz**", die vorliegt, wenn aufgrund freiwilliger oder zwangsweiser Liquidation, Konkurs, Insolvenz, Abwicklung, Auflösung oder eines vergleichbaren die *Aktiengesellschaft* betreffenden Verfahrens (x) sämtliche Aktien der *Aktiengesellschaft* auf einen Treuhänder, Liquidator, Insolvenzverwalter oder ähnlichen Amtsträger übertragen werden müssen oder (y) es den Inhabern der Aktien dieser *Aktiengesellschaft* rechtlich untersagt wird, diese zu übertragen;

- (C) "**Verschmelzung**", d. h. in Bezug auf die jeweiligen Aktien (I) eine Gattungsänderung oder Umstellung der betreffenden Aktien, die eine Übertragung oder endgültige Verpflichtung zur Übertragung aller entsprechenden umlaufenden Aktien auf einen anderen Rechtsträger zur Folge hat, (II) eine *Verschmelzung* (durch Aufnahme oder Neubildung) oder ein bindender Aktientausch einer *Aktiengesellschaft* mit oder zu einem anderen Rechtsträger (außer bei einer *Verschmelzung* oder einem Aktientausch, bei der bzw dem die betreffende *Aktiengesellschaft* die aufnehmende bzw fortbestehende Gesellschaft ist und die bzw der keine Gattungsänderung oder Umstellung aller entsprechenden umlaufenden Aktien zur Folge hat) oder (III) ein Übernahmeangebot, Tauschangebot, sonstiges Angebot oder ein anderer Akt eines Rechtsträgers zum Erwerb oder der anderweitigen Erlangung von 100% der umlaufenden Aktien der *Aktiengesellschaft*, das bzw der eine Übertragung oder endgültige Verpflichtung zur Übertragung aller entsprechenden Aktien zur Folge hat (mit Ausnahme der Aktien, die von dem betreffenden Rechtsträger gehalten oder kontrolliert werden), oder (IV) eine *Verschmelzung* (durch Aufnahme oder Neubildung) oder ein bindender Aktientausch einer *Aktiengesellschaft* oder ihrer Tochtergesellschaften mit oder zu einem anderen Rechtsträger, wobei die *Aktiengesellschaft* die aufnehmende bzw fortbestehende Gesellschaft ist und keine Gattungsänderung oder Umstellung aller entsprechenden umlaufenden Aktien erfolgt, sondern die unmittelbar vor einem solchen Ereignis umlaufenden Aktien (mit Ausnahme der Aktien, die von dem betreffenden Rechtsträger gehalten oder kontrolliert werden) in der Summe weniger als 50% der unmittelbar nach einem solchen Ereignis umlaufenden Aktien ausmachen, in jedem der genannten Fälle, sofern das Verschmelzungsdatum einem Tag vor dem oder dem letzten möglichen Datum entspricht, an dem gemäß den *Emissionsbedingungen* eine Bestimmung des Preises oder Werts der jeweiligen Aktie durch die *Berechnungsstelle* erforderlich sein könnte;
- (D) "**Verstaatlichung**", d. h. ein Vorgang, durch den alle entsprechenden Aktien oder alle bzw im Wesentlichen alle Vermögenswerte der *Aktiengesellschaft* verstaatlicht oder enteignet werden oder sonst auf staatliche Stellen, Behörden oder Einrichtungen übertragen werden müssen;
- (E) "**Übernahmeangebot**", d. h. ein Angebot zur Übernahme, Tauschangebot, sonstiges Angebot oder ein anderer Akt eines Rechtsträgers, das bzw der dazu führt, dass der betreffende

Rechtsträger, in Folge eines Umtausches oder anderweitig, mehr als 10% und weniger als 100% der umlaufenden Stimmrechtsaktien der *Aktiengesellschaft* kauft, anderweitig erwirbt oder ein Recht zum Erwerb dieser Aktien erlangt, wie von der *Berechnungsstelle* auf der Grundlage von Anzeigen an staatliche oder Selbstregulierungsbehörden oder anderen als relevant erachteten Informationen bestimmt.

In diesem Zusammenhang gelten folgende Definitionen:

"**Verschmelzungsdatum**" ist der Abschlusszeitpunkt einer *Verschmelzung* oder, wenn gemäß dem für die betreffende *Verschmelzung* anwendbaren Recht kein solcher bestimmt werden kann, das von der *Berechnungsstelle* festgelegte Datum.

"**Aktiengesellschaft**" ist, in Bezug auf eine Aktie, der in diesen *Emissionsbedingungen* unter der Überschrift "Basiswert" angegebene Emittent der jeweiligen Aktie.]

[Falls es sich bei dem (einem) Referenzwert um einen Index handelt, einfügen:

(a)/(b) **Index.** Sofern es sich bei dem *Basiswert* oder einem maßgeblichen *Referenzwert* um einen *Index* handelt, gilt:

(i) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 6 (1)(a)(i)-(iii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein *Anpassungsereignis* dar:

(A) die Berechnung oder Veröffentlichung eines Index erfolgt nicht durch den in den *Index-Sponsor*, sondern ein nach Ansicht der *Berechnungsstelle* geeigneter Nachfolger (der "**Nachfolger des Index-Sponsors**") übernimmt die Berechnung eines Index.

(B) Der entsprechende Index wird durch einen Nachfolgeindex ersetzt, für den nach Feststellung der *Berechnungsstelle* eine Formel und Berechnungsmethode angewandt wird, die derjenigen des in diesen *Emissionsbedingungen* angegebenen Index entspricht oder mit dieser im Wesentlichen vergleichbar ist.

Ein entsprechendes *Anpassungsereignis* kann jeweils zur Folge haben, dass der von dem *Nachfolger des Index-Sponsors* berechnete und bekannt gegebene Index bzw der Nachfolgeindex als maßgeblicher Index gilt.

- (ii) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 6 (3)(a)(i)-(viii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein *Anpassungs-/Beendigungsereignis* dar:

An oder vor einem Tag, in Bezug auf den die *Berechnungsstelle* den Stand eines *Index* zu bestimmen hat, erfolgt durch den jeweiligen *Index-Sponsor* bzw *Nachfolger des Index-Sponsors* (I) eine wesentliche Änderung an der Formel oder Methode zur Berechnung dieses *Index* bzw Ankündigung einer solchen Änderung oder eine anderweitige wesentliche Veränderung dieses *Index*, (II) die dauerhafte Einstellung dieses *Index* oder (III) eine Unterlassung der Berechnung und Veröffentlichung dieses *Index*, wobei in jedem dieser Fälle die vorstehenden Bestimmungen unter § 6 (5)(b)(i) keine Anwendung finden.]

[Falls es sich bei dem (einem) Referenzwert um einen Wechselkurs handelt, einfügen:

(a)/(b)/(c) **Wechselkurs.** Sofern es sich bei dem *Basiswert* oder einem maßgeblichen *Referenzwert* um einen Wechselkurs (ein "**Wechselkurs**") in Bezug auf zwei oder mehr Währungen (jeweils eine "**Maßgebliche Währung**") handelt, gilt:

- (i) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 6 (1)(a)(i)-(iii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein *Anpassungsereignis* dar:
- (A) die Ersetzung der *Maßgeblichen Währung* in ihrer Funktion als gesetzliches Zahlungsmittel des Landes oder der Rechtsordnung bzw der Länder oder Rechtsordnungen, welche(s) die Behörde, Institution oder sonstige Körperschaft unterhält bzw unterhalten, die diese *Maßgebliche Währung* ausgibt, durch eine andere Währung bzw die *Verschmelzung* dieser Maßgeblichen Währung mit einer anderen Währung zu einer gemeinsamen Währung,
 - (B) die Aufhebung, gleich aus welchem Grund, einer *Maßgeblichen Währung* als gesetzliches Zahlungsmittel des Landes oder der Rechtsordnung bzw der Länder oder Rechtsordnungen, welche(s) die Behörde, Institution oder sonstige Körperschaft unterhält bzw unterhalten, die diese Maßgebliche Währung ausgibt, und
 - (C) die Bekanntgabe einer *Referenzstelle* für einen *Wechselkurs*, dass die (öffentliche) Notierung oder der Handel des jeweiligen Wechselkurses zwischen der jeweiligen *Erstwährung* und *Zweitwährung* an der *Referenzstelle* gemäß den Vorschriften

dieser *Referenzstelle* sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt, gleich aus welchem Grund, beendet wird, wobei dieser *Wechselkurs* nicht unmittelbar wieder an einer bzw einem für die *Referenzstelle* akzeptablen Börse, Handels- oder Notierungssystem gehandelt oder notiert wird.

In diesem Zusammenhang gelten folgende Definitionen:

"Erstwährung" ist die in der Definition des maßgeblichen *Wechselkurses* als erstes aufgeführte Währung bzw, falls sich ein *Wechselkurs* auf mehr als zwei Währungen bezieht, die für jeden Bestandteilswechselkurs dieses *Wechselkurses* als erstes aufgeführte Währung.

"Zweitwährung" ist die in der Definition des maßgeblichen *Wechselkurses* als zweites aufgeführte Währung bzw, falls sich ein *Wechselkurs* auf mehr als zwei Währungen bezieht, die für jeden Bestandteilswechselkurs dieses *Wechselkurses* als zweites aufgeführte Währung.]

[Falls es sich bei dem (einem) Referenzwert um eine Ware handelt, einfügen:

(a)/(b)/(c)/(d) **Ware.** Sofern es sich bei dem *Basiswert* oder einem maßgeblichen *Referenzwert* um eine Ware handelt, die gegebenenfalls unter Bezugnahme auf einen Futures-Kontrakt (ein "**Futures-Kontrakt**") bestimmt wird, gilt.

(i) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 6 (1)(a)(i)-(iii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein *Anpassungsereignis* dar:

(A) Eine entsprechende Ware oder ein entsprechender Futures-Kontrakt wird im Vergleich zum *Begebungstag* an der *Referenzstelle* in einer anderen Qualität oder in anderer (inhaltlicher) Zusammensetzung bzw Zusammenstellung gehandelt (zB mit einem anderen Reinheitsgrad oder Herkunftsort).

(B) Infolge eines sonstigen Ereignisses oder einer sonstigen Maßnahme wird die Ware oder der maßgebliche Futures-Kontrakt, wie sie bzw er an der *Referenzstelle* gehandelt wird, verändert.

(C) Es liegt eine wesentliche Aussetzung oder Einschränkung des Handels in dem Futures-Kontrakt oder der Ware an der *Referenzstelle* oder in einem anderen maßgeblichen Futures-

oder Optionskontrakt bzw einer anderen maßgeblichen Ware an einer Börse oder in einem Handels- oder Notierungssystem vor, sofern es sich hierbei nach Feststellung der *Berechnungsstelle* nicht um eine *Marktstörung* handelt.

- (ii) Folgende Ereignisse stellen zusätzlich zu den unter § 6 (3)(a)(i)-(viii) (einschließlich) genannten Ereignissen jeweils ein *Anpassungs-/Beendigungsereignis* dar:
- (A) die dauerhafte Einstellung des Handels in einem maßgeblichen Futures-Kontrakt oder einer maßgeblichen Ware an der *Referenzstelle*, das Verschwinden dieser Ware vom Markt bzw die Einstellung des Handels in dieser Ware oder das Verschwinden bzw die dauerhafte Einstellung der Berechnung bzw Nichtverfügbarkeit eines maßgeblichen Preises oder Werts einer Ware oder eines Futures-Kontrakts (ungeachtet der Verfügbarkeit der *Referenzstelle* oder des Status des Handels in dem maßgeblichen Futures-Kontrakt oder der Ware);
 - (B) Eintritt einer wesentlichen Änderung bezüglich der Formel oder Methode zur Berechnung eines maßgeblichen Preises oder Werts für eine Ware oder einen Futures-Kontrakt nach dem *Begebungstag*;
 - (C) die Unterlassung der Bekanntgabe oder Veröffentlichung eines maßgeblichen Preises oder Werts einer Ware oder eines Futures-Kontrakts (oder der für die Bestimmung eines entsprechenden Preises oder Werts erforderlichen Informationen) durch die *Referenzstelle* oder die vorübergehende oder dauerhafte Aussetzung oder Unterbrechung des Geschäftsbetriebs der *Referenzstelle*, sofern es sich bei einem entsprechenden Ereignis nach Feststellung der *Berechnungsstelle* nicht um eine *Marktstörung* handelt, und
 - (D) die Bekanntgabe der *Referenzstelle* für eine maßgebliche Ware, bei der es sich um eine Börse oder ein Handels- oder Notierungssystem handelt, dass die Zulassung, der Handel oder die öffentliche Notierung eines wesentlichen Options- oder Futures-Kontrakts auf oder in Bezug auf diese Ware an der *Referenzstelle* gemäß den Vorschriften dieser *Referenzstelle* sofort oder zu einem späteren Zeitpunkt, gleich aus welchem Grund, beendet wird.]

§ 7 (Zahlungen)

- (1) **Zahlungen.** Zahlungen auf die *Zertifikate* erfolgen bei Fälligkeit vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Regelungen und Vorschriften in der frei handelbaren und konvertierbaren Währung, die am entsprechenden Fälligkeitstag die Währung des Staates der festgelegten Währung ist. Die Zahlung auf die *Zertifikate* erfolgt, vorbehaltlich geltender steuerlicher und sonstiger gesetzlicher Vorschriften, über die *Zahlstelle* zur Weiterleitung an die Verwahrstelle oder nach deren Anweisung durch Gutschrift auf die jeweilige für den *Anleihegläubiger* depotführende Stelle.

- (2) **Geschäftstag.** Fällt der *Endfälligkeitstag* (wie in § 4 (1) definiert) in Bezug auf ein *Zertifikat* auf einen Tag, der kein *Geschäftstag* ist, hat der *Anleihegläubiger* keinen Anspruch auf Zahlung vor dem nächsten *Geschäftstag* am jeweiligen Ort und ist nicht berechtigt, zusätzliche Zahlungen auf Grund dieser Verspätung zu verlangen.

"**Geschäftstag**" ist jeder Tag (außer einem Samstag und einem Sonntag) an dem die Banken in **[maßgeblichen Finanzzentrum (oder -zentren) (EB Punkt 9) einfügen]** für Geschäfte (einschließlich Devisenhandelsgeschäfte und Fremdwährungseinlagengeschäfte) geöffnet sind **[falls die festgelegte Währung (oder eine der festgelegten Währungen) Euro ist, einfügen:** und alle für die Abwicklung von Zahlungen in Euro wesentlichen Teile des Trans-European Automated Real-Time Gross Settlement Express Transfer Systems ("TARGET2") in Betrieb sind].

- (3) **Bezugnahmen auf Kapital.** Bezugnahmen in diesen *Emissionsbedingungen* auf "Kapital" schließen den *Tilgungsbetrag* [, den *Wahlrückzahlungsbetrag (Call)*] [, den *Wahlrückzahlungsbetrag (Put)*] sowie sonstige auf oder in Bezug auf die *Zertifikate* zahlbaren Beträge mit ein.

§ 8 (Steuern)

- (1) Die *Emittentin* haftet nicht für und ist nicht zur Zahlung irgendwelcher Steuern, Abgaben, Gebühren, Abzüge und sonstiger Kosten verpflichtet, welche für den *Anleihegläubiger* zur Anwendung gelangen können oder könnten.

- (2) Alle in Bezug auf die *Zertifikate* zahlbaren Beträge werden unter Abzug oder Einbehalt von Steuern, Abgaben oder amtlichen Gebühren gleich welcher Art, gezahlt, falls der Abzug oder Einbehalt verpflichtend vorgeschrieben ist. In diesem Fall werden keine zusätzlichen Beträge in Bezug auf diesen Abzug oder Einbehalt geleistet.

§ 9 (Verjährung)

Ansprüche gegen die *Emittentin* auf Zahlungen hinsichtlich der *Zertifikate* verjähren, sofern sie nicht innerhalb von [zehn] [**anderes (EB Punkt 14) angeben**] Jahren geltend gemacht werden.

§ 10 (Beauftragte Stellen)

- (1) **Bestellung.** Die Zahlstelle und die *Berechnungsstelle* (zusammen die "**beauftragten Stellen**") lauten:

Zahlstelle: [Zahlstelle(n) (EB Punkt 15) einfügen]

Berechnungsstelle: [Berechnungsstelle(n) (EB Punkt 16) einfügen]

- (2) **Änderung der Bestellung oder Abberufung.** Die *Emittentin* wird zu jedem Zeitpunkt eine Zahlstelle und eine Berechnungsstelle unterhalten, behält sich aber das Recht vor, jederzeit die Bestellung einer beauftragten Stelle zu ändern oder zu beenden und/oder zusätzliche oder andere Zahlstellen und/oder *Berechnungsstellen* im EWR zu bestellen. Änderungen in Bezug auf die Zahlstelle und die *Berechnungsstelle* werden den *Anleihegläubigern* gemäß § 12 mitgeteilt.
- (3) **Beauftragte der Emittentin.** Jede *beauftragte Stelle* handelt ausschließlich als Beauftragte der *Emittentin* und übernimmt keinerlei Verpflichtungen gegenüber den *Anleihegläubigern* und es wird kein Auftrags- oder Treuhandverhältnis zwischen ihr und den *Anleihegläubigern* begründet.
- (4) **Verbindlichkeit der Festsetzungen.** Alle Bescheinigungen, Mitteilungen, Gutachten, Festsetzungen, Berechnungen, Quotierungen und Entscheidungen, die von der *Emittentin*, einer Zahlstelle und/oder der *Berechnungsstelle* für die Zwecke dieser *Emissionsbedingungen* gemacht, abgegeben, getroffen oder eingeholt werden, sind (sofern nicht ein offensichtlicher Irrtum vorliegt) für die *Emittentin*, die Zahlstelle(n) und die *Anleihegläubiger* bindend.
- (5) **Haftungsausschluss.** Soweit gesetzlich zulässig, übernehmen weder die *Berechnungsstelle* noch die Zahlstelle(n) eine Haftung für irgendeinen Irrtum oder eine Unterlassung oder irgendeine darauf beruhende nachträgliche Korrektur in der Berechnung oder Veröffentlichung irgendeines Betrags oder einer Festlegung in Bezug auf die *Zertifikate*, sei es auf Grund von Fahrlässigkeit oder aus sonstigen Gründen.

§ 11

(Begebung weiterer Zertifikate. Ankauf. Entwertung)

- (1) **Begebung weiterer Zertifikate.** Die *Emittentin* ist berechtigt, jederzeit ohne Zustimmung der *Anleihegläubiger* weitere *Zertifikate* mit gleicher Ausstattung (mit Ausnahme des Kalendertags der Begebung, des Emissionspreises) in der Weise zu begeben, dass sie mit diesen *Zertifikaten* eine einheitliche Serie bilden, wobei in diesem Fall der Begriff "Zertifikate" entsprechend auszulegen ist.
- (2) **Ankauf.** Die *Emittentin* und jedes ihrer Tochterunternehmen sind berechtigt, *Zertifikate* im Markt oder anderweitig (zB durch Privatkauf) zu jedem beliebigen Preis zu kaufen. Die von der *Emittentin* erworbenen *Zertifikate* können nach Wahl der *Emittentin* von ihr gehalten, weiterverkauft, eingezogen oder entwertet werden.

§ 12

(Mitteilungen)

- (1) **Bekanntmachung.** Alle die *Zertifikate* betreffenden Mitteilungen sind auf [der Website der *Emittentin* (www.rvs.at)] [**anderes (EB Punkt 17) angeben**] und – soweit gesetzlich zwingend erforderlich - in den gesetzlich bestimmten Medien zu veröffentlichen und jede derartig erfolgte Mitteilung gilt am fünften Tag nach der Veröffentlichung (oder bei mehreren Veröffentlichungen am fünften Tag nach der ersten solchen Veröffentlichung) als wirksam erfolgt.
- (2) **Mitteilung über die Verwahrstelle:** Die *Emittentin* ist berechtigt, eine Veröffentlichung gemäß § 12 (1) durch eine schriftliche Mitteilung an die Verwahrstelle zur Weiterleitung an die *Anleihegläubiger* zu ersetzen. Jede derartige Bekanntmachung gilt am fünften *Geschäftstag* nach dem Tag der Mitteilung an die Verwahrstelle als wirksam.
- (3) **Form der von Anleihegläubigern zu machenden Mitteilungen:** Die *Zertifikate* betreffende Mitteilungen der *Anleihegläubiger* an die *Emittentin* gelten als wirksam erfolgt, wenn sie der *Emittentin* oder der Zahlstelle (zur Weiterleitung an die *Emittentin*) in schriftlicher Form in der deutschen Sprache persönlich übergeben oder per Brief übersandt werden. Der *Anleihegläubiger* muss einen die *Emittentin* zufriedenstellenden Nachweis über die von ihm gehaltenen *Zertifikate* erbringen. Dieser Nachweis kann (i) in Form einer Bestätigung durch die Verwahrstelle oder die Depotbank, bei der der *Anleihegläubiger* ein Wertpapierdepot für die *Zertifikate* unterhält, dass der *Anleihegläubiger* zum Zeitpunkt der Mitteilung *Anleihegläubiger* der betreffenden *Zertifikate* ist, oder (ii) auf jede andere geeignete Weise erfolgen. "**Depotbank**" bezeichnet jede Bank oder ein sonstiges anerkanntes Finanzinstitut, das berechtigt ist, das Wertpapierverwahrungsgeschäft zu betreiben und bei der/dem der *Anleihegläubiger* ein Wertpapierdepot für die *Zertifikate* unterhält, einschließlich des der Verwahrstelle.

§ 13
(Salvatorische Klausel)

Sollten eine oder mehrere Bestimmungen dieser *Emissionsbedingungen* ganz oder teilweise rechtsunwirksam sein oder werden, bleiben die übrigen Bestimmungen dieser *Emissionsbedingungen* in Kraft.

§ 14
(Anwendbares Recht. Gerichtsstand. Erfüllungsort)

- (1) **Anwendbares Recht.** Die *Zertifikate* unterliegen österreichischem Recht unter Ausschluss der Kollisionsnormen.
- (2) **Gerichtsstand.** Ausschließlich zuständig für sämtliche im Zusammenhang mit den *Zertifikaten* entstehenden Klagen oder sonstigen Verfahren sind die für [5020 Salzburg] [**anderes (EB Punkt 18) angeben**] in Handelssachen sachlich zuständigen Gerichte. Verbraucher im Sinne des Konsumentenschutzgesetzes können ihre Ansprüche auch bei allen anderen zuständigen Gerichten geltend machen.
- (3) **Erfüllungsort.** Erfüllungsort ist der Sitz der *Emittentin* in Salzburg, Österreich.

Muster der Endgültigen Bedingungen der Zertifikate

Endgültige Bedingungen

RAIFFEISENVERBAND SALZBURG eGen

ISIN: [•] [Datum]
Common Code: [•]
WKN: [•]

Emission [Gesamtnominale der Tranche] [Bezeichnung der Zertifikate] (Serie ●)
(die "Zertifikate")
unter dem
Angebotsprogramm für Schuldverschreibungen und Zertifikate

Wichtiger Hinweis

Diese Endgültigen Bedingungen wurden in Übereinstimmung mit Artikel 5 (4) der Richtlinie 2003/71/EG des Europäischen Parlaments und der Rates vom 4. 11.2003, in der durch die Richtlinie 2010/73/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. 11.2010 geänderten Fassung, erstellt und müssen im Zusammenhang mit dem Basisprospekt der RAIFFEISENVERBAND SALZBURG eGen (die "**Emittentin**") für das Angebotsprogramm für Schuldverschreibungen und Zertifikate (das "**Programm**") vom 8. Februar 2016 [einschließlich des/der etwaiger Nachtrags/-träge vom [●]] (der "**Prospekt**") gelesen werden.

Kopien des Prospekts sowie etwaiger Nachträge sind kostenfrei auf Anfrage eines Investors von der Emittentin erhältlich. Diese Dokumente sind auf der Website der Bank (www.rvs.at) verfügbar oder können per Brief unter folgender Adresse angefordert werden: Raiffeisenverband Salzburg eGen, Schwarzstraße 13-15, 5020 Salzburg, Österreich.

Vollständige Informationen sind nur verfügbar, wenn der Prospekt und diese Endgültigen Bedingungen im Zusammenhang gelesen werden.

[Eine emissionspezifische Zusammenfassung ist den Endgültigen Bedingungen beigefügt.¹¹]

¹¹ Nicht anwendbar im Fall einer Emission von Zertifikaten mit einem Nennwert in Höhe von mindestens EUR 100.000.

TEIL 1: EMISSIONSBEDINGUNGEN

TEIL A: VERTRAGLICHE BEDINGUNGEN

[A. Falls die für die betreffende Tranche von Zertifikaten geltenden Optionen durch Wiederholung der betreffenden im Basisprospekt als Option 6 aufgeführten Angaben (einschließlich der jeweils enthaltenen bestimmten weiteren Optionen) bestimmt und die entsprechenden Leerstellen ausgefüllt werden, einfügen:¹²

Die für die Zertifikate geltenden Emissionsbedingungen (die "Emissionsbedingungen") sind wie nachfolgend aufgeführt.

[Hier die betreffenden Angaben der Option 6 (einschließlich der betreffenden weiteren Optionen) wiederholen und betreffende Leerstellen vervollständigen]

[B. Falls die für die betreffende Tranche von Zertifikaten geltenden Optionen, die durch Verweisung auf die betreffenden im Prospekt als Option 6 aufgeführten Angaben (einschließlich der jeweils enthaltenen bestimmten weiteren Optionen) bestimmt werden, einfügen:

Dieser Teil I.A der Endgültigen Bedingungen ist in Verbindung mit dem Satz der Emissionsbedingungen, der auf Zertifikate Anwendung findet (die "Emissionsbedingungen"), zu lesen, der als Option 6 im Prospekt enthalten ist. Begriffe, die in den *Emissionsbedingungen* definiert sind, haben die dieselbe Bedeutung, wenn sie in diesen Endgültigen Bedingungen verwendet werden. Bezugnahmen in diesen Endgültigen Bedingungen auf Paragraphen beziehen sich auf die Paragraphen der *Emissionsbedingungen*.

Die Leerstellen in den auf die Zertifikate anwendbaren Bestimmungen der *Emissionsbedingungen* gelten als durch die in den Endgültigen Bedingungen enthaltenen Angaben ausgefüllt, als ob die Leerstellen in den betreffenden Bestimmungen durch diese Angaben ausgefüllt wären. Sämtliche Bestimmungen der *Emissionsbedingungen*, die sich auf Variablen dieser Endgültigen Bedingungen beziehen und die weder angekreuzt noch ausgefüllt werden oder die gestrichen werden, gelten als in den auf die Zertifikate anwendbaren Emissionsbedingungen (die "Emissionsbedingungen") gestrichen.

¹² Es ist vorgesehen, dass diese Form der Dokumentation der *Emissionsbedingungen* erforderlich ist, wenn die Zertifikate insgesamt oder teilweise anfänglich an nicht qualifizierte Anleger verkauft oder öffentlich angeboten werden. Alle Bezugnahmen auf B.Teil I der *Endgültigen Bedingungen* einschließlich der Paragraphen und Absätze der *Emissionsbedingungen* entfernen.

TEIL 1: EMISSIONSBEDINGUNGEN

1. Währung(en):
2. Anzahl der Stücke:
3. (Erst-)Emissionspreis: *[EUR/andere Währung] [Betrag einfügen] pro Stück [zuzüglich eines Ausgabeaufschlags von []]*
- [Der Emissionspreis wird von der Emittentin laufend an die jeweiligen Marktbedingungen angepasst.]*
4. Nennwert:
5. (i) Begebungstag:
- (ii) Daueremission/Angebotsfrist: *[Anwendbar] [Nicht anwendbar] [●]*
-
6. Mindest- und/oder Höchstbetrag der Zeichnung: *[Anwendbar/Nicht anwendbar; falls anwendbar, Einzelheiten zum Mindest- und/oder Höchstbetrag der Zeichnung (entweder in Form der Anzahl der Zertifikate oder des insgesamt zu investierenden Betrages)]*
7. (i) Eigenverwahrung/Fremdverwahrung: *[zutreffendes angeben]*
- (ii) Verwahrstelle einschließlich Anschrift: *[Raiffeisenverband Salzburg eGen, mit der Geschaftsanschrift Schwarzstraße 13-15, 5020 Salzburg, Österreich und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt
Wertpapiersammelbank der OeKB CSD GmbH ("OeKB CSD ") mit der Geschaftsanschrift Strauchgasse 1-3, 1010 Wien, Österreich und jeder Rechtsnachfolger]*
8. Endfälligkeitstag: *[open-end]*

[Mindestlaufzeit:] *[Im Fall von open-end angeben]*

[Mindestrestlaufzeit:] *[Im Fall von open-end angeben]*

9. Geschäftstage:

Maßgebliches Finanzzentrum (-zentren) für die Geschäftstage: [nicht anwendbar]

BESTIMMUNGEN ZUR BERECHNUNG DES TILGUNGSBETRAGS

10. Basiswert:

Typ: [Basiswertkorb aus] [Aktie(n)]
[Index(izes)]
[Wechselkurs(e)]
[Ware(n)]
[Zinssatz(-sätze)]

Bezeichnung: **[einfügen]**

[Emittent:] **[einfügen]**

[Sponsor:] **[einfügen]**

[ISIN:] **[einfügen]**

[Weitere Beschreibung des Basiswertes einfügen]

[Im Falle eines Index angeben: Multi-Exchange Index/Kein Multi-Exchange Index]

[Im Falle eines Index angeben: Ort, wo Informationen zu diesem Index erhältlich sind]

[Wenn es sich beim Basiswert nicht um ein Wertpapier, einen Index oder einen Zinssatz, handelt, gleichwertige Informationen einfügen.]

[Im Falle eines Basiswertekorb, Gewichtung der einzelnen Basiswerte im Korb angeben]

[Hinweis darauf, wo Informationen

über die vergangene und künftige Wertentwicklung des Basiswerts und dessen Volatilität erhältlich sind, einfügen.]

Modalitäten für endstandsabhängige Zertifikate

[Anwendbar/Nicht anwendbar]
(falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)

- (i) Mindestbetrag in%:
- (ii) Nennwertpartizipationsfaktor in%:
- (iii) Ertragspartizipationsfaktor in%:
- (iv) Additive Margin:
- (v) Partizipationsfaktor:
- (vi) Endbeobachtungstag:
- (vii) Cap:
- (viii) Floor:

Modalitäten für Zertifikate mit zwei Beobachtungstagen

[Anwendbar/Nicht anwendbar]
(falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)

- (i) Mindestbetrag in%:
- (ii) Nennwertpartizipationsfaktor in%:
- (iii) Ertragspartizipationsfaktor in%:
- (iv) Anfangsbeobachtungstag:
- (v) Endbeobachtungstag:
- (iv) Additive Margin:
- (v) Partizipationsfaktor:
- (vi) Cap:

(vii) Floor:	[]
<u>Modalitäten für Zertifikate mit mehreren Beobachtungstagen</u>	[Anwendbar/Nicht anwendbar] <i>(falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)</i>
(i) Mindestbetrag in%:	[]
(ii) Nennwertpartizipationsfaktor in%:	[]
(iii) Ertragspartizipationsfaktor in%:	[]
(iv) Anfangsbeobachtungstag:	[]
(v) Beobachtungsstichtage:	[]
<u>Modalitäten für ereignisabhängige Zertifikate</u>	[Anwendbar/Nicht anwendbar] <i>(falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)</i>
(i) Bedingung:	[]
(ii) Cashflow 1:	[]
(iii) Cashflow 2:	[]
11. Bestimmungen für Anpassungs- und Anpassungs-/Beendigungsereignisse:	[Anwendbar/Nicht anwendbar] <i>(falls nicht anwendbar, die Unterabschnitte dieses Absatzes streichen)</i>
(i) Maßgebliche Börse / Referenzstelle:	[]
(ii) Verbundene Börse:	[] [standard]
(iii) Basiswertersetzung:	[Anwendbar / Nicht anwendbar] <i>[Falls, anwendbar, Angaben zur Basiswertersetzung einfügen.]</i>
(iv) Separate Referenzwertbestimmung:	[Anwendbar/Nicht anwendbar]
(v) Letztmöglicher Handelstag	[dritter] [fünfter] [achter] [zehnter] [vierzehnter] [zwanzigster]

[dreißigster] Handelstag.

(vi) Referenzwährung

[Nicht anwendbar]

VORZEITIGE RÜCKZAHLUNG

12. Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Emittentin (§ 4 (4)):

[Anwendbar/Nicht anwendbar]
(falls nicht anwendbar,
Unterabschnitte dieses Absatzes
streichen)

(i) Wahlrückzahlungstag(e) (Call):

(ii) Wahlrückzahlungsbetrag (-beträge) (Call), falls zutreffend, Methode zu dessen (deren) Berechnung:

je Stückelung von (wenn nicht Nennwert)

(iii) Kündigungsfrist:

13. Vorzeitige Rückzahlung nach Wahl der Anleihegläubiger (§ 4 (5)):

[Anwendbar/Nicht anwendbar]
(falls nicht anwendbar,
Unterabschnitte dieses Absatzes
streichen)

(i) Wahlrückzahlungstag(e) (Put):

(ii) Wahlrückzahlungsbetrag (-beträge) (Put) bei vorzeitiger Rückzahlung und falls zutreffend, Methoden zu dessen Berechnung:

je Stückelung von (wenn nicht Nennwert)

(iii) Kündigungsfrist:

ZUSÄTZLICHE BESTIMMUNGEN

14. Verjährungsfrist:

[Nicht anwendbar]

15. Zahlstelle:

[Namen und Adressen angeben]

16. Berechnungsstelle:

[Namen und Adressen angeben]

17. Art der Mitteilungen und Website für Bekanntmachungen:

18. Gerichtsstand:

TEIL B: WEITERE BEDINGUNGEN

ANGABEN ZUR PLATZIERUNG

19. Vertriebsmethode: [Nicht syndiziert]
[Syndiziert]
20. (i) Falls syndiziert, Namen und Adressen der Manager und deren Übernahmeverpflichtung: [Nicht anwendbar] [*Namen, Adressen und jeweiligen Betrag der Übernahmeverpflichtung der Manager angeben; weitere Informationen anzugeben, wenn die Platzierung auf "best efforts"-Basis erfolgt*)]
- (ii) feste Zusage: [Nicht Anwendbar] [*Falls anwendbar, Einzelheiten angeben*]
- (iii) keine feste Zusage/zu den bestmöglichen Bedingungen: [Nicht Anwendbar] [*Falls anwendbar, Einzelheiten angeben*]
21. Intermediäre im Sekundärhandel: [Nicht Anwendbar / Anwendbar]
- (i) Kursstabilisierender Manager: [*Einzelheiten einfügen: Name und Anschrift sowie Hauptbedingungen der Zusagevereinbarung*]
22. Stelle(n), die Zeichnungen entgegennimmt/-nehmen:
- (i) in der Bundesrepublik Deutschland: [*angeben*] [nicht anwendbar]
- (ii) in Österreich: [RAIFFEISENVERBAND SALZBURG eGen] [*angeben*] [nicht anwendbar]
23. Zeitraum für die Zeichnung: [*Angabe von Einzelheiten einschließlich etwaiger Möglichkeiten der Verkürzung des Zeitraums für die Zeichnung und/oder der Kürzung von Zeichnungen*]
24. Übernahmevertrag (soweit vorhanden):
- (i) Datum des Übernahmevertrags: []

- (ii) Angabe der Hauptmerkmale des
Übernahmevertrags: [Im Übernahmevertrag verpflichtet
sich die *Emittentin* die *Zertifikate* zu
begeben und die Manager
verpflichten sich, die *Zertifikate* zu
zeichnen und die *Emittentin* und die
Manager vereinbaren die
Provisionen.] [*Sonstige angeben,*
einschließlich Quoten, soweit
anwendbar]
25. Provisionen:
- (i) Management- und
Übernahmeprovision: [*keine/angeben*]
- (ii) Verkaufsprovision (angeben): [*keine/angeben*]
- (iii) Börsezulassungsprovision: [*keine/angeben*]
26. Methode und Fristen für die Bedienung der
Wertpapiere und ihre Lieferung: [*Einzelheiten angeben*]
27. Bekanntgabe der Ergebnisse des
Angebotes: Die Ergebnisse des Angebotes der
Wertpapiere werden nach Ablauf
der Zeichnungsfrist durch die
Emittentin u.a. auf ihrer Homepage
veröffentlicht.
28. Verfahren zur Meldung zugeteilter Beträge:
Die Anleihegläubiger werden über
ihre depotführende Bank über die
ihnen zugeteilten Wertpapiere
verständigt.
29. Falls nicht syndiziert, Name des Platzeurs: [*Nicht anwendbar/Angabe von*
Einzelheiten]

ANGABEN ZUR ABWICKLUNG

30. (i) Serie: []
- (ii) Nummer der Tranche: []
[ISIN: []]
[Tranche Nr.: []]
[Tag der Zusammenlegung: []]
(falls fungibel mit einer bestehenden

- unter diesem Prospekt begebenen Serie)]*
31. Lieferung: Lieferung [*gegen/frei von*] Zahlung
32. Angebotsfrist, während der die spätere Weiterveräußerung oder endgültige Platzierung der *Zertifikate* durch Finanzintermediäre erfolgen kann: []
33. Börsenzulassung: [Dritter Markt (MTF) der Wiener Börse] [Nicht anwendbar]
34. Geregelt oder gleichwertige Märkte, an denen Wertpapiere der Emittentin derselben Gattung wie die angebotenen Wertpapiere zum Handel zugelassen sind: [Nicht anwendbar] [*Märkte angeben*]
35. Rating der Wertpapiere: [Nicht anwendbar] [*Ausführen, samt kurzer Darstellung der Bedeutung des Ratings, wenn dieses zuvor durch die Rating-Agentur veröffentlicht wurde.*]
36. Geschätzte Gesamtkosten der Emission: [*Kosten einfügen*]
37. Nettoemissionserlös: []
38. Gründe für das Angebot und Verwendung der Erlöse: [Gewinnerzielung und/oder der Absicherung bestimmter Risiken] [*Gründe für das Angebot angeben sofern diese nicht in der Gewinnerzielung und/oder der Absicherung bestimmter Risiken liegen.*]
39. Interessen von ausschlaggebender Bedeutung: [Nicht anwendbar] [*Falls anwendbar, Angabe von Einzelheiten in Bezug auf jegliche Interessen – einschließlich kollidierender Interessen -, die für die Emission/das Angebot von ausschlaggebender Bedeutung sind, unter Spezifizierung der involvierten Personen und Angabe der Wesensart der Interessen.*]

TEIL 2: EMISSIONSSPEZIFISCHE ZUSAMMENFASSUNG¹³

[Um die Details zur maßgeblichen Emission ergänzte Zusammenfassung des Prospekts einfügen]

RAIFFEISENVERBAND SALZBURG eGen
als Emittentin

¹³ Es besteht keine Verpflichtung, Teil II. der *Endgültigen Bedingungen* bei Zertifikaten mit einem Nennwert in Höhe von mindestens EUR 100.000 oder dem Gegenwert in einer anderen Währung vollständig auszufüllen.

UNTERFERTIGUNG DES PROSPEKTS

Die Emittentin mit Sitz in Salzburg und der Geschäftsanschrift Schwarzstraße 13-15, 5020 Salzburg, eingetragen im Firmenbuch unter der FN 38219 f, übernimmt die Haftung für die in diesem Prospekt enthaltenen Informationen und erklärt, die erforderliche Sorgfalt angewendet zu haben, um sicherzustellen, dass die in diesem Prospekt genannten Angaben ihres Wissens nach richtig sind und keine Tatsachen ausgelassen worden sind, die die Aussage des Prospekts wahrscheinlich verändern können.

Raiffeisenverband Salzburg eGen
als Emittentin gemäß § 8 KMG

Salzburg, am 8. Februar 2016

GD Dr. Günther Reibersdorfer
als kollektiv zeichnungsberechtigter Geschäftsleiter

Dir. Mag. Andreas Derndorfer
als kollektiv zeichnungsberechtigter Geschäftsleiter

EMITTENTIN

RAIFFEISENVERBAND SALZBURG eGen

Schwarzstraße 13-15

A-5020 Salzburg

RECHTSBERATER

WOLF THEISS

Rechtsanwälte GmbH & Co KG

Schubertring 6

A-1010 Wien

Anlage .1

Sonderbericht gemäß § 88 Abs. 2 BörseG

Verkürzte Bilanz & GuV per 30.09.2014 und 30.09.2015

RVS Konzern

(VERA Daten gemäß § 74 BWG)

AKTIVA in TEUR	Stichtag 30.09.2014	Stichtag 30.09.2015
1. Kassenbestand, Guthaben bei Zentralnotenbanken	14.981	14.885
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen	566.447	556.499
3. Forderungen an Kreditinstitute	1.734.754	1.611.917
4. Forderungen an Kunden	2.838.170	3.002.663
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	384.841	315.023
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	10.053	41.660
7. Beteiligungen	340.159	311.858
8. Anteile an verbundenen Unternehmen	40.298	35.810
9. Übrige Aktiva	244.314	276.173
SUMME AKTIVA	6.174.017	6.166.488

PASSIVA in TEUR	Stichtag 30.09.2014	Stichtag 30.09.2015
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.238.713	2.131.220
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.133.292	2.363.792
a) Spareinlagen	776.178	803.763
b) Sonstige Verbindlichkeiten	1.357.114	1.560.029
3. Verbriefte Verbindlichkeiten	1.137.420	1.020.288
4. Rückstellungen	62.770	67.590
5. Fonds für allgemeine Bankrisiken	16.756	16.756
6. Ergänzungskapital gemäß Teil 2 Titel I Kapitel 4 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013	41.350	41.350
8. Gezeichnetes Kapital	54.398	54.396
12. Rücklagen	277.099	339.774
13. Haftrücklage	72.058	72.058
14. Übrige Passiva	140.161	59.264
SUMME PASSIVA	6.174.017	6.166.488
Posten unter der Bilanz		
Eventualverbindlichkeiten	776.360	667.502
Kreditrisiken	666.615	676.980

Verkürzte Gewinn-/ und Verlustrechnung in TEUR	01.01.- 30.09.2014	01.01.- 30.09.2015
1. Zinsen und ähnliche Erträge	85.234	75.041
2. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-43.114	-33.479
I. NETTOZINSERTRAG	42.120	41.562
3. Erträge aus Aktien, anderen Anteilsrechten und nicht festverzinslichen Wertpapieren	0	107
4. Erträge aus Beteiligungen und Anteilen an verbundenen unternehmen	15.036	1.195
5. Provisionsergebnis	26.354	27.040
6. Ergebnis aus Finanzgeschäften	1.753	2.620
7. Sonstige betriebliche Erträge	59.745	61.708
II. BETRIEBERTRÄGE	145.008	134.232
8. Personalaufwand	-71.896	-70.509
9. Sonstige Verwaltungsaufwendungen (Sachaufwand)	-26.334	-28.316
10. Wertberichtigungen auf Anlagegüter	-8.062	-8.669
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen	-1.393	-1.498
III. BETRIEBSAUFWENDUNGEN	-107.686	-108.992
IV. BETRIEBSERGEBNIS	37.322	25.240

Diese Zwischenfinanzinformation wurde keiner Prüfung unterzogen

Anlage ./2

KONZERNANHANG 2014

Gemäß § 265 UGB sind im Konzernanhang die Konzernbilanz, die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie die darin angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu erläutern. Der Konzernanhang wurde unter Berücksichtigung der Vorschriften des Unternehmensgesetzbuches sowie der Sondervorschriften des Bankwesengesetzes erstellt. Die Gliederung der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgte entsprechend den Formblättern der Anlage 2 zu § 43 Bankwesengesetz, BGBl 532/1993, in der geltenden Fassung.

A. KONSOLIDIERUNGSGRUNDSÄTZE

A. Vollkonsolidierung

Die Kapitalkonsolidierung wurde gemäß § 254 (1) Z 1 UGB (Buchwertmethode) durchgeführt, wobei die Anschaffungskosten für die Anteile an den Tochterunternehmen mit dem jeweiligen anteiligen Eigenkapital zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung verrechnet wurden. Die Erstkonsolidierung erfolgte zu dem in der Tabelle auf Seite 2 angegebenen Stichtag.

Forderungen und Verbindlichkeiten, die zwischen den einbezogenen Tochterunternehmen bestanden, wurden im Wege der Schuldenkonsolidierung eliminiert. Ebenso wurden konzernintern entstandene Aufwendungen und Erträge mittels der Aufwands- und Ertragskonsolidierung miteinander saldiert.

B. At-Equitykonsolidierung

Die At-Equitykonsolidierung wurde gemäß § 264 (1) Z 1 UGB (Buchwertmethode) durchgeführt. Für die Ermittlung des Unterschiedsbetrages zwischen dem Buchwert der jeweiligen Beteiligung und des jeweils anteiligen Eigenkapitals wurde der Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung des Tochterunternehmens in den Konzernabschluss als maßgeblicher Zeitpunkt gewählt.

Die Erstkonsolidierung der Heimat Österreich gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft m.b.H. erfolgte zum Stichtag 31.12.2000. Die At-Equitykonsolidierung erfolgte auf Basis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses. Etwaige Abweichungen von Bewertungsmethoden des Mutterunternehmens wurden nicht angeglichen.

B. ANGABEN ZUM KONSOLIDIERUNGSKREIS

Änderungen im Konsolidierungskreis

2014 hat sich der Konzern aufgrund der neuen aufsichtsrechtlichen Vorschriften und des Verkaufs der Salzburg München Bank AG verändert.

Per 31.12.2013 bestand der Konsolidierungskreis aus dem Raiffeisenverband Salzburg eGen sowie der Salzburg München Bank AG.

Mitte Dezember 2013 wurden alle Aktien an der Salzburg München Bank AG an die Airbus Group verkauft. Im Juli 2014 fand das Closing statt. Die Salzburg München Bank AG wurde per 25. 07. 2014 endkonsolidiert.

Durch das Inkrafttreten der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 wurde der Kreis der einbeziehungspflichtigen Unternehmen um Finanzinstitute gem. Art. 4 (1) Z. 26 CRR erweitert.

Mit 01.01.2014 wurde eine Wesentlichkeitsrechnung nach § 249 (2) UGB durchgeführt und die ersten vier, in unten stehender Tabelle angeführten Tochterunternehmen erstkonsolidiert.

Aufgrund einer Auflage der Finanzmarktaufsicht, nach der zur Erstellung der Finanzinformationen sowie aufsichtsrechtlichen Meldungen des Bundes-IPS einheitliche Konsolidierungskreise zu verwenden sind, wurde der Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen mit 31.12.2014 um die restlichen 15 Unternehmen (siehe nachstehende Tabelle) erweitert.

Angaben zum Beteiligungsbesitz

a) Vollkonsolidierung

Der Vollkonsolidierungskreis wurde den neuen aufsichtsrechtlichen Vorschriften angepasst.

Name und Sitz	Ausmaß der Beteiligung		Erstkonsolidierung
	direkt	indirekt	
Agroconsult Austria Gesellschaft m.b.H., Sbg.	100,00 %		01.01.2014
Industriebeteiligungs-GmbH, Sbg.	100,00 %		01.01.2014
Unternehmensbeteiligung GmbH, Sbg.	Einbeziehung gem. § 30 (1) Z. 5 BWG		01.01.2014
Fremdenverkehrs GmbH, Sbg.	100,00 %		01.01.2014
West Consult Objekterrichtungs- und Verwaltungs II Gesellschaft m.b.H., Sbg.	99,00 %	0,50 %	31.12.2014
West Consult Objekterrichtungs- und Verwaltungs III Gesellschaft m.b.H., Sbg.	99,00 %	0,50 %	31.12.2014
West Consult Objekterrichtungs- und Verwaltungs-IV Gesellschaft m.b.H., Sbg.	100,00 %		31.12.2014
West Consult Leasing GmbH, Sbg.	99,00 %	0,50 %	31.12.2014
WECO FH Holztechnikum GmbH, Sbg.	100,00 %		31.12.2014
West Consult Revitalisierung Gesellschaft m.b.H., Sbg.	100,00 %		31.12.2014
WECO REHA Leasing GmbH	100,00 %		31.12.2014
Kienberg - Panoramastraße Errichtungs-GmbH, Sbg.	100,00 %		31.12.2014
SABAG Garagen Projekterrichtungs- und Vermietungs-GmbH, Sbg.	99,00 %	1,00 %	31.12.2014
SABAG Schulen Errichtungs- und Vermietungs-GmbH, Sbg.	99,00 %	1,00 %	31.12.2014
SABAG Projekterrichtungs- und Vermietungs-GmbH, Sbg.	99,00 %	1,00 %	31.12.2014
Tinca-Beteiligungs-GmbH, Sbg.	100,00 %		31.12.2014

vis-vitalis Lizenz- und Handels GmbH	100,00 %		31.12.2014
PMN Beteiligungs- u. Finanzberatungs Gesellschaft m.b.H., Sbg.	100,00 %		31.12.2014
BVG Liegenschaftsverwaltung GmbH, Sbg.	100,00 %		31.12.2014

b) At-Equitykonsolidierung

Der Konsolidierungskreis wurde auf Grund der neuen Erfordernisse nach Basel III einer kritischen Würdigung unterzogen. Im Zuge dieses Anpassungsprozesses wurden auch die At-Equity-konsolidierten Unternehmen neu beurteilt. Um die Wesentlichkeit für assoziierte Unternehmen zu bewerten, wurde eine Wesentlichkeitsrechnung anhand quantitativer Indikatoren (Eigenkapital, Betriebsergebnis) sowie qualitativer Kriterien (Einmaleffekte, Nachhaltigkeit) durchgeführt. Unternehmen, die wegen Geringfügigkeit nicht at-equity konsolidiert werden, sind in der Konzern-Beteiligungsliste ersichtlich.

Bei der Heimat Österreich handelt es sich um ein gemeinnütziges Wohnbauunternehmen. Um dieser Gemeinnützigkeit in der Konzernbilanz gerecht zu werden, wurde der Beteiligungsansatz der Heimat Österreich in der Konzernbilanz des RVS um TSD € 13.044 abgewertet. Davon wurden TSD € 10.273 über die GuV-Rechnung gebucht.

Name und Sitz	Ausmaß Beteiligung		Bilanz vom
	direkt	indirekt	
Heimat Österreich gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft m.b.H., Sbg.	25 %		31.12.2013

c) Andere Unternehmen

Es handelt sich um Tochterunternehmen, die für die Beurteilung der Vermögens- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind und nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen werden.

Name und Sitz	Ausmaß der Beteiligung		Eigenkap. TSD €	Betriebsergebnis TSD €	Bilanz aus
	direkt	indirekt			
Value Holdings Vermögensmanagement GmbH, München	67,5 %		827	409	12/13
München Salzburg Besitzgesellschaft mbH, München	100,00 %		29	-44	12/13
Mittelstandsbeteiligungs GmbH, Sbg.	100,00 %		8.679	11.118	12/14
Value-Holding Fondsvermittlung GmbH, München		67,5%	110	83	12/13
„Gut Schloßhof“ Handels GmbH, Sbg.	100,00 %		1.281	56	12/14
Raiffeisenverband Salzburg Anteils- und Beteiligungsverwaltung GmbH, Sbg.	100,00 %		1.724	33	12/14

C. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Allgemeine Grundsätze

Die Aufstellung des Konzernabschlusses erfolgte unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, der Finanz- und der Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln. Es fanden die Bestimmungen des Unternehmensgesetzbuches, die Vorschriften des Bankwesengesetzes sowie die Regelungen der VO 575/2013 EU (CRR) in der zum 31.12.2014 geltenden Fassung Anwendung.

Bei der Erstellung des Konzernabschlusses wurde der Grundsatz der Bilanzkontinuität eingehalten.

Die Hybrid-/Ergänzungskapitalanleihe AT0000A0F8Y2 (€ 10 Mio.) wurde im Vorjahr unter dem Bilanzposten Ergänzungskapital ausgewiesen. Aufgrund geänderter Gesetzeslage erfüllt diese Anleihe nicht zur Gänze die Bedingungen für ergänzendes Kernkapital gem. Artikel 52 (1) n) der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 und wurde zum 31.12.2014 in den Bilanzposten Verbriefte Verbindlichkeiten umgereiht.

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Grundsatz der Vorsicht wurde insofern entsprochen, als nur die am Bilanzstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden und alle erkennbaren Risiken und drohende Verluste bilanzmäßig erfasst worden sind.

Währungsumrechnung

Fremdwährungsbeträge wurden gemäß § 58 (1) BWG zu EZB-Bewertungskursen umgerechnet. Soweit keine EZB-Referenzkurse vorlagen, wurden Mittelkurse von Referenzbanken herangezogen.

Wertpapiere

– Anlagevermögen

Für festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens, die an einer anerkannten Börse gem. Artikel 4 Ziffer 72 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 notieren, wurde vom Wahlrecht der zeitanteiligen Ab- bzw. Zuschreibung gem. § 56 (2) bzw. (3) BWG Gebrauch gemacht.

Bei festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens, die nicht an einer anerkannten Börse gem. Artikel 4 Ziffer 72 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 notieren, wurde ein positiver Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag sofort aufwandswirksam erfasst (§ 56 (2) BWG).

Dem Deckungsstock für Mündelgelder dienende Wertpapiere wurden gem. § 2 (3) Mündelsicherheitsverordnung zum strengen Niederstwertprinzip bewertet. Alle anderen Wertpapiere des Anlagevermögens wurden gem. § 56 (1) BWG nach den unternehmensrechtlichen Vorschriften für Anlagevermögen bewertet.

– Umlaufvermögen/Handelsbestand

An einer anerkannten Börse gem. Artikel 4 Ziffer 72 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013 notierte Wertpapiere des Umlaufvermögens/Handelsbestandes wurden

mit dem Tageskurs bewertet. Wenn am Bewertungsstichtag ein Börsenkurs unter liquiden Bedingungen ermittelt wurde, gilt dieser Kurs als Tageskurs. In allen anderen Fällen werden die Wertpapiere nach § 207 UGB bewertet. Investmentfonds werden mit dem Rechenwert bewertet.

– **Eigenbestand nachrangiger Eigenemissionen**

Auf der Aktivseite der Bilanz wurde ein Eigenbestand an nachrangigen Eigenemissionen in Höhe von TSD € 1.850 (VJ TSD € 3.100) zum Nominalwert ausgewiesen.

Risiken

Bei der Bewertung der Forderungen an Kreditinstitute sowie der Forderungen an Kunden wurden für erkennbare Risiken Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen gebildet.

Beteiligungen

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen zur Berücksichtigung von Wertminderungen, die aufgrund anhaltender Verluste eines verringerten Eigenkapitals und/oder eines verminderten Einlagenwertes voraussichtlich von Dauer sind, bewertet.

Sachanlagen

Die Bewertung von Grundstücken und Gebäuden sowie von Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgte zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der planmäßigen Abschreibungen. Die planmäßige Abschreibung wird linear vorgenommen. Die Abschreibungssätze bewegen sich bei unbeweglichen Anlagen von 1,84 % - 20 % und bei beweglichen Anlagen von 5 % bis 33,3 %. Außerplanmäßige Abschreibungen werden im Bedarfsfall bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen.

Die geringwertigen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurden gemäß § 226 (3) UGB im Jahr der Anschaffung als Abgang behandelt.

Emissionskosten

Agios/Disagios wurden auf die Laufzeit der Schuld verteilt aufgelöst. Sonstige Emissionskosten wurden im Jahr der Begebung erfolgswirksam erfasst.

Warenvorräte

Die Bewertung erfolgte nach dem strengen Niederstwertprinzip. Dabei wurde bei Landmaschinen und Gebrauchtmachines das Identitätspreisverfahren und bei den sonstigen Vorräten die FIFO-Methode angewendet. Auf eine verlustfreie Bewertung wurde Bedacht genommen.

Verbindlichkeiten

Diese wurden mit dem Nennwert bzw. dem höheren Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Rückstellungen

- Pensionsverpflichtungen

Der Ansatz in der Unternehmensbilanz erfolgte nach den Bestimmungen der §§ 198 und 211 UGB und nach den Empfehlungen des Fachgutachtens Nr. 80 des Fachsenates für Unternehmensrecht und Revision des Instituts für Betriebswirtschaft, Steuerrecht und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhänder (KFS/RL3).

Die Rückstellungen für Anwartschaften auf Leistungen wurden nach dem Teilwertverfahren unter Verwendung der biometrischen Richttafeln „AVÖ 2008 – P Pagler & Pagler“ in der Ausprägung für Angestellte berechnet. Beim Teilwertverfahren wird der Gesamtaufwand einer Verpflichtung bestimmt und gleichmäßig über den gesamten Zeitraum vom Finanzierungsbeginn bis zum Finanzierungsende verteilt.

Für Leistungsberechtigte mit ruhendem oder laufendem Anspruch und für Anspruchsberechtigte, die das kalkulatorische Pensionsalter bereits erreicht haben, wurde als Rückstellung der Barwert angesetzt.

Die Berechnungen erfolgten auf Basis eines kalkulatorischen Pensionsalters von 65 für zwei Herren und 62 für alle übrigen Aktiven. Die Pensionsverpflichtungen sind individuell gestaltet und teilweise wertgesichert.

Es kam ein Rechnungszins von 2,25 % zur Anwendung.

- Abfertigungsverpflichtungen

Die Rückstellungen für Abfertigungen wurden nach finanzmathematischen Grundsätzen ermittelt. Das kalkulatorische Pensionsalter wurde mit 60 bis 65 Jahren für Frauen und 65 Jahren für Männer unter Beachtung der Bestimmungen des Fachgutachtens und der Änderung und Ergänzung von KFS/RL 2 des Instituts für Betriebswirtschaft, Steuerrecht und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhänder angesetzt. Als Zinssatz kamen 2,25 % zur Anwendung. Zusätzlich wurden Fluktuationsabschläge berücksichtigt.

- Jubiläumsgelder

Für die Verpflichtung zur Zahlung von Jubiläumsgeldern wurde nach finanzmathematischen Grundsätzen unter Anwendung eines Fluktuationsabschlages sowie eines Zinssatzes von 2,25 % und unter Berücksichtigung der Erlebenswahrscheinlichkeit gemäß der Allgemeinen Österreichischen Sterbetafel vorgesorgt.

Gruppenbesteuerung

Die Raiffeisenverband Salzburg eGen hat als Gruppenträger mit 21 Tochtergesellschaften als Gruppenmitglieder eine steuerliche Unternehmensgruppe gem. § 9 (1) KStG gebildet. Im Geschäftsjahr 2014 sind folgende Gesellschaften als Gruppenmitglieder weggefallen:

- Raiffeisen Salzburg Bankleasing GmbH (Verschmelzung)
- Raiffeisen Salzburg Leasing GmbH
- Raiffeisen Salzburg Anlagenleasing GmbH
- Raiffeisen Salzburg Immobilienleasing GmbH
- Raiffeisen Salzburg IT-Service eGen

Der Gruppen- und Steuerausgleichsvertrag regelt die Höhe der Vergütung (Steuermulage) für die Weiterleitung des steuerlichen Ergebnisses vom Gruppenmit-

glied an den Gruppenträger. Bei der Weiterleitung eines steuerrechtlichen Gewinnes erhält der Gruppenträger 20 % vom Gruppenmitglied als Steuerumlage; wird ein steuerrechtlicher Verlust an den Gruppenträger weitergeleitet, vergütet der Gruppenträger 12,5 % des steuerrechtlichen Verlustes an das Gruppenmitglied.

Im Gewinn- und Verlustposten Steuern vom Einkommen und Ertrag sind Erträge aus Steuerumlagen in Höhe von TSD € 93 (VJ TSD € 125) und Aufwendungen aus Steuerumlagen in Höhe von TSD € 1 (VJ TSD € 155) enthalten.

Derivative Finanzinstrumente

Bei derivativen Finanzinstrumenten wird der beizulegende Zeitwert (Fair Value) ermittelt. Der beizulegende Zeitwert ist jener Betrag, zu dem Finanzinstrumente am Bilanzstichtag zu fairen Bedingungen verkauft oder gekauft werden können. Sofern Börsenkurse vorhanden waren, wurden diese zur Bewertung herangezogen. Für Finanzinstrumente ohne Börsenkurs wurden interne Bewertungsmodelle mit aktuellen Marktparametern, insbesondere die Barwertmethode und Optionspreismodelle, herangezogen.

Zinsoptionen (Caps, Floors) und Devisenoptionen sind in der Regel Arbitragegeschäfte. Kauf- und Verkaufprodukte haben identische Ausstattung. Die Spanne zwischen erhaltener und bezahlter Prämie wird in der Gewinn- und Verlustrechnung als Ertrag bzw. Aufwand erfasst. Wenn in Einzelfällen offene Positionen bestehen, werden diese imparitatisch bewertet.

Sämtliche Zins- sowie Währungsswaps bzw. Währungstermingeschäfte sind als Sicherungsgeschäfte für das Zinsänderungs- bzw. Wechselkursrisiko abgeschlossen. Macrohedges und Cashflow-Hedges werden nicht eingesetzt.

Absicherung des Fixzinsrisikos folgender Grundgeschäfte durch Zinsswaps:

- Eigenemissionen (Microhedge)
- Nostrowertpapiere (Microhedge)
- Kredite (Micro-, Portfoliohedge)
- Vermögensspargbücher (Portfoliohedge)
- Festgelder (Portfoliohedge)

Die Absicherung erfolgt über die Laufzeit des Grundgeschäftes (Microhedge) bzw. über die Laufzeit des Portfolios.

Diese Sicherungsgeschäfte bilden mit dem jeweiligen Grundgeschäft/Portfolio eine Bewertungseinheit, da sich die jeweiligen risikobehafteten Zahlungsströme in der Zukunft ausgleichen werden. Die Wirksamkeit von Portfoliohedgebeziehungen wird durch zwei Arten von Effektivitätstests überprüft. Unterjährig wird die Absicherungsbeziehung mittels prospektivem Effektivitätstest geprüft. Auf Basis einer Barwertsimulation, mit einem Planungshorizont von einem Jahr, wird eine Zinsänderung von +/- 100 Basispunkten unterstellt. Dabei wird der Kapitalzahlungsstrom für das Grundgeschäft, wie auch für das Absicherungsprodukt (Zinsswap) getrennt analysiert. Diese beiden Barwtergebnisse werden in Relation zu einander gesetzt und dürfen gemäß AFRAC zwischen 0,8 und 1,25 liegen.

Am Ende eines Wirtschaftsjahres wird einmalig ein retrospektiver Effektivitätstest durchgeführt. Hierbei wird die Barwertveränderung der Grundgeschäfte und Absicherungsprodukte (Zinsswap) mittels einer modernen historischen Simulation analysiert. Die Relation der Barwerte darf sich gem. AFRAC innerhalb von 0,8 und 1,25 bewegen.

Zinsswaps, die nicht in einem effektiven Sicherungszusammenhang stehen, werden imparitatisch bewertet.

Absicherung des Wechselkursrisikos durch:

- Währungsswaps
- Devisentermingeschäfte

D. ERLÄUTERUNGEN ZU POSTEN DER KONZERNBILANZ

1. Darstellung der Fristigkeiten

Gliederung der nicht täglich fälligen Forderungen und Guthaben sowie der nicht täglich fälligen Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten und Nichtbanken nach folgenden Restlaufzeiten:

Nicht täglich fällige Forderungen u. Guthaben gegenüber Kreditinstituten

	in TSD €	in TSD € (VJ)
bis 3 Monate	234.228	394.407
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	205.797	257.169
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	454.134	266.620
mehr als 5 Jahre	1.418	2.765

Nicht täglich fällige Forderungen u. Guthaben gegenüber Nichtbanken

	in TSD €	in TSD € (VJ)
bis 3 Monate	248.680	273.040
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	256.353	298.767
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	746.602	817.924
mehr als 5 Jahre	898.962	966.277

Nicht täglich fällige Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten

	in TSD €	in TSD € (VJ)
bis 3 Monate	415.708	314.309
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	608.937	426.069
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	236.662	261.162
mehr als 5 Jahre	24.614	14.424

Nicht täglich fällige Verpflichtungen inkl. Spareinlagen gegenüber Nichtbanken

	in TSD €	in TSD € (VJ)
bis 3 Monate	306.386	503.745
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	460.819	466.629
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	46.534	99.640
mehr als 5 Jahre	1.898	1.703

In den Forderungen an Kunden sind Besitzwechsel in Höhe von TSD € 903 (VJ TSD € 1.078) enthalten.

2. Wertpapiere

Folgende Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Aktivseite sind im Jahr 2015 fällig:

	in TSD €	in TSD € (VJ)
festverzinsl. Wertpapiere	181.822	142.409

Die in den Aktivposten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen sowie Anteile an verbundenen Unternehmen enthaltenen zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere gliedern sich wie folgt in börsennotierte und nicht börsennotierte Wertpapiere:

a) börsennotierte Wertpapiere	in TSD €	in TSD € (VJ)
Schuldverschreibungen/ andere festverzinsliche Wertpapiere	378.875	503.970
Aktien/sonstige Wertpapiere	93	255
Beteiligungen	0	0
Verbundene Unternehmen	0	0

b) nicht börsennotierte Wertpapiere	in TSD €	in TSD € (VJ)
Schuldverschreibungen/ andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Aktien/sonstige Wertpapiere	40.404	2.725
Beteiligungen	312.297	129.182
Verbundene Unternehmen	35.810	259.963

Der Buchwert (inklusive Zinsenabgrenzung) der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere im Aktivposten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere beträgt TSD € 384.113 (VJ TSD € 513.007). Davon wurden Wertpapiere mit einem Nominale von TSD € 378.775 (VJ TSD € 503.017) wie Anlagevermögen bewertet. Die Zuordnung zum Anlagevermögen erfolgt aufgrund von Widmungen durch die Geschäftsleitung.

Der positive Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag von Wertpapieren des Anlagevermögens aufgrund der zeitanteiligen Ab- bzw. Zuschreibung gem. § 56 (2) bzw. (3) BWG wird zum Bilanzstichtag mit TSD € 8.283 (VJ TSD € 11.587) ausgewiesen, der negative mit TSD € 4.820 (VJ TSD € 5.561).

Der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und höherem Marktwert der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere des Handelsbestandes/Umlaufvermögens beträgt zum Bilanzstichtag TSD € 4 (VJ TSD € 137).

Es wird ein Wertpapier-Handelsbuch geführt, das sich aus folgenden Positionen zusammensetzt:

	in TSD €	in TSD € (VJ)
Anleihen, Wandelschuldverschreibungen	2.027	2.466
Investmentzertifikate/Zertifikate	1	183
Zinsfuture Verkauf	-1.354	-8.192

Derivative Finanzinstrumente gem. § 237a (1) Z 1 UGB und § 64 (1) Z 3 BWG

Auch die Darstellung der noch nicht abgewickelten Termingeschäfte gem. § 64 (1) Z 3 BWG wird aus nachstehender Tabelle ersichtlich.

Art des Termingeschäftes	Umfang		beizulegender Zeitwert in T€	
	Nominale in T€	Anzahl	positiver	negativer
Zinsswaps				
Bis 3 Monate	89.001	36	721	747
Bis 1 Jahr	276.925	125	2.862	2.273
Bis 5 Jahre	1.945.394	701	32.501	105.866
Über 5 Jahre	256.232	253	14.955	19.936
Zinsswaps VJ				
Bis 3 Monate	169.917	26	781	2.042
Bis 1 Jahr	365.991	127	3.823	3.170
Bis 5 Jahre	1.258.670	606	23.853	25.219
Über 5 Jahre	958.053	391	15.591	76.195
Zinsoptionen				
Bis 1 Jahr	1.263	4	0	0
Bis 5 Jahre	122.348	153	82	82
Über 5 Jahre	61.197	183	230	231
Zinsoptionen VJ				
Bis 3 Monate	25.500	5	26	26
Bis 5 Jahre	38.226	57	88	89
Über 5 Jahre	151.702	269	1.187	1.187
Zinsfutures				
Bis 3 Monate	11.400	114	0	14.001
Zinsfutures VJ				
Bis 3 Monate	7.000	70		8.192
Devisentermingeschäfte				
Bis 3 Monate	4.861	37	156	44
Bis 1 Jahr	10.977	73	206	297
Devisentermingeschäfte VJ				
Bis 3 Monate	10.907	44	105	341
Bis 1 Jahr	3.079	20	49	3
Bis 5 Jahre	780	2	13	0
Währungsswaps				
Bis 3 Monate	688.274	33	5.937	5.366
Bis 1 Jahr	78.766	12	2.466	549
Währungsswaps VJ				
Bis 3 Monate	355.703	31	2.006	1.206
Bis 1 Jahr	234.379	17	151	837

Für gekaufte Zinsoptionen wurden TSD € 237 (VJ TSD € 1.218) im Bilanzposten Sonstige Vermögensgegenstände aktiviert, für verkaufte Zinsoptionen wurden T€ 275 (VJ T€ 1.357) im Bilanzposten Sonstige Verbindlichkeiten passiviert.

Die negativen Zeitwerte im Bereich der Zinsswaps wurden nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung abgebildet, weil ein Sicherungszusammenhang mit Grundgeschäften (Bewertungseinheiten) besteht. Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wurde durch Effektivitätstests überprüft und bestätigt.

Für die negativen Zeitwerte aus Zinsswaps, die nicht in einem Sicherungszusammenhang stehen, wurde eine Drohverlustrückstellung in Höhe von TSD € 800 (VJ TSD € 459) gebildet.

Bei der Modellbewertung von Derivaten wurden Kreditausfallrisiken berücksichtigt. Mit den wesentlichen Kontrahenten wurden Besicherungsverträge abgeschlossen. Für das verbleibende Kundenderivateportfolio wurde auf Basis von Faktoren wie insbesondere Restlaufzeit und Kontrahentenausfallsrisiko ein unwesentliches Credit Value Adjustment (CVA) ermittelt.

Aufgliederung Buchwert/beizulegender Zeitwert gem. § 237a (1) Z 2 UGB in TSD €

Bilanzposten	Kurswert 2014	Buchwert 2014	Kurswert 2013	Buchwert 2013
Schuldtitel öffentl. Stellen	10.010	10.025	0	0
Forderungen an KI	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	0	0	0	0
Schuldverschreibungen/ festverzinsliche WP	73.601	75.213	55.618	57.684
Summen	83.611	85.238	55.618	57.684

Es handelt sich um Anleihen von Emittenten mit überwiegend erstklassigem Rating. Aus diesem Grund wird weiterhin mit einer planmäßigen vollständigen Tilgung gerechnet.

Nachrangige Verbindlichkeiten gem. § 64 (1) Z 5 BWG

Zum 31.12.2014 übersteigen folgende nachrangige verbrieftete Verbindlichkeiten 10 % der Gesamtsumme der nachrangigen Verbindlichkeiten:

- Salzburger Nachranganleihe 08-2018/17, TSD € 30.000 (VJ TSD € 30.000), fällig am 24.12.2018, Zinssatz 4,75 % fix bis 23.12.2013, anschließend Verzinsung 3-Monats-Euribor plus 125 Basispunkte, Kündigungsmöglichkeit zu Kurs 100 am 23.12.2013
- Kündbare Salzburger Nachranganleihe variabel 2011-2021/19, TSD € 6.250 (VJ TSD € 6.250), fällig am 16.12.2021, Zinssatz 1. Jahr: 3,5 % fix, Zinssatz Jahre 2-5: 3-Monats-Euribor plus 120 Basispunkte, Zinssatz Jahre 6-10: 3-Monats-Euribor plus 150 Basispunkte, Kündigungsmöglichkeit zu Kurs 100, erstmals zum 16.12.2016 vierteljährlich

Außerdem gibt es zwei nachrangige verbrieftete Verbindlichkeiten mit einem Emissionsvolumen von insgesamt TSD € 5.100 (fällig 2021 bzw. 2022), die 10 % der Gesamtsumme der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen.

Folgende, im Passivposten 3 enthaltene Hybridkapital-Anleihe ist zudem nachrangig gegenüber den oben genannten nachrangigen verbriefteten Verbindlichkeiten:

- Nicht-nachzahlbare, nachrangige Hybridkapital-Anleihe 2009, TSD € 10.000 (VJ TSD € 10.000), ohne feste Laufzeit, Zinssatz 5 % p.a., Kündigungsmöglichkeit ausgeschlossen

Im Berichtsjahr wurden TSD € 1.328 (VJ TSD € 2.279) an Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten geleistet.

Mündelgelder

Der Stand an Mündelgeldern belief sich per Jahresultimo auf TSD € 6.480 (VJ TSD € 4.694). Zur Deckung wurden mündelsichere Wertpapiere mit einem Nominale in Höhe von TSD € 7.500 gewidmet.

3. Beteiligungen und Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen

Die Angaben über Beteiligungsunternehmungen gem. § 238 (2) UGB sind in der Beilage des Anhangs angeführt. Auf Grund des Bankwesengesetzes sind im Beteiligungsspiegel jene Unternehmen angeführt, an denen das Kreditinstitut mindestens 20 % der Anteile besitzt.

Mit folgenden verbundenen Unternehmen wurden Ergebnisabführungsverträge abgeschlossen:

- Raiffeisen Immobilien Salzburg eGen (vormals Raiffeisen Realitäten reg. GenmbH)
- Raiffeisen Salzburg Vorsorge GmbH
- LGH Obertrum reg. GenmbH

4. Anlagevermögen

Im Anlagespiegel (Beilage zum Anhang) wurde die Entwicklung der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten samt dazugehöriger kumulierter Abschreibungen und Bewertungsreserve folgender Vermögensgegenstände dargestellt:

- Sachanlagen
- Immaterielle Vermögensgegenstände
- Wertpapiere, die wie Anlagevermögen bewertet wurden
- Beteiligungen sowie Anteile an verbundenen Unternehmen, die wie Anlagevermögen bewertet wurden

Der Grundwert der bebauten Grundstücke beträgt TSD € 83.084 (VJ TSD € 76.983).

Anlässlich der Erstkonsolidierung sind Firmenwerte iHv. TSD € 7.744 entstanden, die in der Position Immaterielle Vermögensgegenstände ausgewiesen werden.

Gem. § 238 Z 1 UGB werden zum 31.12.2014 in der Bilanz keine immateriellen Vermögensgegenstände ausgewiesen, die von einem verbundenen Unternehmen oder von einem Gesellschafter erworben wurden, dessen Anteil 10 % erreicht.

5. Sonstige Vermögensgegenstände

Aufgliederung und Erläuterung der sonstigen Vermögenswerte nach den wichtigsten Einzelbeträgen, sofern diese Beträge für die Beurteilung des Konzernabschlusses nicht unwesentlich sind:

	in TSD €	in TSD € (VJ)
Forderungen aus Warengeschäft	18.553	18.423
Warenbestand	26.332	27.643
Kontraktabgrenzungen	7.932	10.111
Sonstige Forderungen	7.160	12.408

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind folgende wesentliche Erträge enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden:

	in TSD €	in TSD € (VJ)
Forderungen aus Warengeschäft	18.553	18.423
Kontraktabgrenzungen	7.932	10.113
Sonstige Forderungen	7.160	12.571

Vom Wahlrecht, latente Gewinnsteuern auf temporäre Differenzen zwischen dem unternehmensrechtlichen und dem steuerlichen Ergebnis zu aktivieren, wurde nicht Gebrauch gemacht. Der gemäß § 198 (10) UGB aktivierbare Betrag beträgt TSD € 10.660 (VJ TSD € 4.494).

Sich aus der Konsolidierung ergebende aktive Steuerlatenzen iHv. TSD € 13 wurden unter Aktive Rechnungsabgrenzungen, sich ergebende passive Steuerlatenzen iHv TSD € 201 wurden unter Steuerrückstellungen ausgewiesen. Der anwendbare Steuersatz ist 25%.

6. Eigenkapital und eigenkapitalnahe Verbindlichkeiten

Die un versteuerten Rücklagen des Mutterunternehmens in Höhe von € 6.195.208,40 (VJ TSD 6.482) wurden in der Konzernbilanz zur Gänze den Gewinnrücklagen zugeordnet.

In den Gewinnrücklagen sind TSD € 1.053 (VJ € 0) an Dotierung des Sondervermögens für das Institutsbezogene Sicherungssystem enthalten, die gemäß Vereinbarung mit der Aufsicht nicht in den Eigenmittel zuzurechnen sind.

Die Aufgliederung des Kernkapitals und der ergänzenden Eigenmittel stellt sich wie folgt dar:

	in TSD €	in TSD € (VJ)
Anrechenbare Geschäftsanteile	48.759	54.220
Kapitalrücklagen	1.344	1.344
Gewinnrücklagen	344.138	310.877
Sonstige Rücklagen	69.892	79.270
Abzugsposten vom Kernkapital	-1.564	-4.463
Hartes Kernkapital	462.569	441.248
Zusätzliches Kernkapital	6.400	10.000
Kernkapital	468.969	451.248
Ergänzende Eigenmittel	155.489	204.579
Abzugsposten von ergänzenden Eigenmitteln	-115	-2.944
Gesamte Eigenmittel	624.343	652.883

Die Vorjahreswerte werden auf Basis der damals gültigen Rechtslage nach Basel II dargestellt.

Die Aufstellung über die Konsolidierung der Eigenmittel gem. § 64 (1) Z. 17 BWG sowie weitere Details zur Aufgliederung der Kernkapitals und der ergänzenden Eigenmittel werden in der Offenlegung unter www.salzburg.raiffeisen.at (Impressum – Offenlegung) dargestellt. .

7. Rückstellungen und Sonstige Verbindlichkeiten

Rückstellungen ohne gesonderten Ausweis mit erheblichem Umfang:

	in TSD €	in TSD € (VJ)
Jubiläumsgeldrückstellung	4.329	4.211
Urlaubsrückstellung	6.062	6.553
Rückstellung für Eventualverpflichtungen	3.481	3.189

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Aufwendungen enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden:

	in TSD €	in TSD € (VJ)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen des Warenbereiches	14.868	17.670
Verbindlichkeiten gg. Finanzamt und öffentlich rechtliche Gläubiger	2.191	2.145
Zinsabgrenzungen für derivative Produkte	15.166	18.674

Erhaltene Anzahlungen für Grundstücksverkauf	5.300	0
--	-------	---

8. Mehrere Bilanzposten betreffende Angaben

1. In den Aktivposten der Bilanz sind folgende Vermögensgegenstände nachrangiger Art enthalten:

	in TSD €	in TSD € (VJ)
Forderungen an Kreditinstitute	3.530	5.494
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	0	0
Forderungen an Kunden	11.582	4.338
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	2.537	2.371
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	0	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	40.344	2.574
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	0	0

2. Verbindlichkeiten aus Treuhandgeschäften war zum 31.12.2014 in Höhe von TSD € 57.903 (VJ TSD € 57.268) vorhanden; hievon Exportfondskredite TSD € 57.903 (VJ TSD € 57.268).

3. Als Sicherstellung für die Mitgliedschaft an der Wiener Börse (Arrangementkaution) wurden auf einem Depot bei der OeKB Anleihen mit einem Nominale in Höhe von TSD € 50 hinterlegt.

Weitere Sicherstellungen:

- Pfanddepot für Euroclear	Nom. TSD €	10.500
- Pfanddepot für Clearstreambanking Frankfurt	Nom. TSD €	1.500
- Pfanddepot für Commerzbank	Nom. TSD €	1.000
- Pfanddepot für Pensionsrückstellungen	Nom. TSD €	10.175
- Pfanddepot für OeKB/CBF	Nom. TSD €	1.500
- Pfanddepot für Derivate RBI	Nom. TSD €	77.500

Aufstellung der zedierten Forderungen

Grund der Zession	in TSD €	VJ in TSD €	zediert an
Exportförderkredite	30.074	39.582	Österreichische Kontrollbank
Globaldarlehen	45.645	30.957	Europäische Investitionsbank
Deutscher Förderkredit	1.788	963	KfW Bankengruppe
Bayrischer Förderkredit	22.555	16.953	LFA Förderbank Bayern
geldpolitische Geschäfte d. OeNB	260.532	261.385	Österreichische Nationalbank

4. Zum 31.12.2014 waren keine Vermögensgegenstände in Pension gegeben (VJ TSD € 0).

5. Zum 31.12.2014 wurden keine Wertpapiere verliehen (VJ TSD € 30.000).

6. Gesamtbetrag der Aktiva und Passiva in Fremdwährung:

	in Mio. €	in Mio. € (VJ)
Aktiva in fremder Währung	510	590
Passiva in fremder Währung	175	228

7. In den folgenden Aktiv- und Passivposten sind verbriefte und unverbrieftete Forderungen (Verbindlichkeiten) an (gegenüber) verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in folgender Höhe enthalten:

Verbrieftete Aktiva:	in TSD €	in TSD € (VJ)
Forderungen an Kreditinstitute	178.503	216.448
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	0	0
Forderungen an Kunden	0	0
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	0	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsl. Wertpapiere	85.876	164.820
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	0	0

Unverbrieftete Aktiva:

Forderungen an Kreditinstitute	642.912	650.901
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	0	0
Forderungen an Kunden	315.928	413.424
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	61.511	180.048

Verbrieftete Passiva:

Verbrieftete Verbindlichkeiten	23.582	26.167
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	2.200	4.910
Nachrangige Verbindlichkeiten	30.000	38.500
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	0	7.500

Unverbrieftete Passiva:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	366.598	670.860
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	69.472	83.721
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	9.492	15.042

9. Unter-Strich-Posten

Wesentliche Eventualverbindlichkeiten gem. Anhang I zu Verordnung (EU) Nr. 575/2013, die in Bezug auf die Gesamttätigkeit des Kreditinstitutes von Bedeutung sind:

- Haftungen im Rahmen des Raiffeisen Public Finance Verfahrens	TSD € 97.970	VJ TSD €	93.909
- Haftungen im Rahmen des Public Finance Verfahrens	TSD € 42.241	VJ TSD €	30.957

- Bestellung von Sicherheiten für Verbindlichkeiten der RBI im Rahmen des EIB-Refinanzierungsverfahrens TSD € 45.645 VJ TSD € 44.133

Wesentliche Kreditrisiken gem. Anhang I zu Verordnung (EU) Nr. 575/2013, die in Bezug auf die Gesamttätigkeit des Kreditinstitutes von Bedeutung sind:

- Cash-Pooling TSD € 84.082 VJ TSD € 83.779

Zu den nicht in der Bilanz ausgewiesenen Geschäften zählen die unter den Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten angeführten positiven Marktwerte. Für negative Marktwerte wurde eine Drohverlustrückstellung gebildet, sofern es sich nicht um Sicherungsgeschäfte handelt.

Weiters werden im Zuge der Kreditvergabe Sicherungsgeschäfte abgeschlossen, die nicht in der Bilanz aufscheinen. Als Sicherheiten dienen vorwiegend Hypotheken, Garantien bzw. Bürgschaften, Barbesicherungen und andere sicherungsfähige Vermögenswerte. In der Offenlegung gem. Teil 8 VO 575/2013 EU erfolgt die Angabe der nach aufsichtsrechtlichen Gesichtspunkten bewerteten Sicherheiten.

Diese Offenlegung erfolgt auf konsolidierter Basis unter www.salzburg.raiffeisen.at (Impressum – Offenlegung).

10. Ergänzende Angaben

Patronatserklärungen wurden abgegeben gegenüber:

- Raiffeisen-Leasing Mobilien und KFZ GmbH, limitiert mit TSD € 376, Laufzeit b.a.w.
- RLKG Raiffeisen-Leasing GmbH, limitiert mit TSD € 250, Laufzeit b.a.w.
- Raiffeisen-Leasing Anlagen und KFZ-Vermietungs GmbH, limitiert mit TSD € 134, Laufzeit b.a.w.
- Raiffeisen Leasing Österreich GmbH, limitiert mit TSD € 1.474, Laufzeit b.a.w.
- RBI Leasing GmbH, limitiert mit TSD € 148, Laufzeit b.a.w.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen betragen im folgenden Geschäftsjahr TSD € 4.032 (VJ TSD € 5.285), davon an verbundene Unternehmen TSD € 183 (VJ TSD € 177) und der Gesamtbetrag der folgenden 5 Jahre TSD € 20.693 (VJ TSD € 27.236), davon an verbundene Unternehmen TSD € 913 (VJ TSD € 884).

11. Sicherungseinrichtungen der Raiffeisen-Bankengruppe

Zur Sicherung der anvertrauten Kundengelder und der Fortbestandssicherung haben sich die Kreditinstitute der RBG Salzburg und der RBG Österreich in mehreren Einrichtungen zusammengeschlossen:

Einlagensicherungseinrichtungen der RBG Österreich

Die Mitgliedsinstitute der RBG Salzburg sind gemeinsam über die Raiffeisen-Einlagensicherung Salzburg reg. Gen. mbH Mitglied der Österreichischen Raiffeisen-Einlagensicherung eGen (ÖRE). Diese Einlagensicherungsgenossenschaft stellt die Haftungseinrichtung für die gesamte Raiffeisen Bankengruppe gemäß §§ 93, 93a und 93b BWG dar.

Zum Zwecke der Einlagensicherung ist in der RBG Österreich ein entsprechendes Frühwarnsystem implementiert, das basierend auf einem umfassenden Meldewesen über Ertrags- und Risikoentwicklung seitens aller Mitgliedsinstitute laufende Analysen und Beobachtungen durchführt.

Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Salzburg

Diese Gemeinschaft aus der Raiffeisenverband Salzburg eGen und 59 Salzburger Raiffeisenbanken garantiert solidarisch die zeitgerechte Erfüllung aller Verpflichtungen gegenüber Kunden über die gesetzliche Einlagensicherung hinaus bis zu 100 %. Von dieser Garantie sind Geldforderungen aufgrund von Einlagen und sonstigen Guthaben sowie Forderungen aus der Begebung von Wertpapieren (wie z.B. Schuldverschreibungen oder Kassenobligationen) erfasst.

Salzburger Raiffeisen-Garantiefonds

Die Raiffeisenbanken der RBG Salzburg haben gemeinsam mit der Raiffeisenverband Salzburg eGen den Raiffeisen-Garantiefonds eingerichtet, der durch geeignete Maßnahmen sicherstellt, dass in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene Mitglieder bei Bedarf Hilfestellung erhalten.

Institutsbezogenes Sicherungssystem

Zwischen der Raiffeisenverband Salzburg eGen, der RZB, sämtlichen anderen Raiffeisenlandesbanken, der Raiffeisen Holding NÖ-Wien, der ZVEZA Bank, der Raiffeisen Bausparkasse, der Raiffeisen Wohnbaubank und der ÖRE wurde ein „Institutsbezogenes Sicherungssystem“ oder „Institutional Protection Scheme“ (Bundes-IPS-Vertrag) errichtet, in dem die Vertragsparteien die in den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen des IPS-Rechtsrahmens und die zu deren Umsetzung im Bundes-IPS-Vertrag geregelten Rechte und Pflichten übernehmen.

E. ERLÄUTERUNGEN ZU POSTEN DER KONZERN-GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

1. Die wichtigsten Einzelposten der sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

	in TSD €	in TSD € (VJ)
Gesamtbetrag	82.165	94.905
- davon Nettoertrag der Warenbetriebe	45.692	45.992
- davon Erträge des Rechenzentrums	11.424	19.469

Für die sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfällt die Angabe wegen Unwesentlichkeit.

2. Der Gesamtbetrag der Erträge für Verwaltungs- und Agenturdienstleistungen beträgt TSD € 8.712 (VJ 9.158 TSD €).
3. Die Aufwendungen für den Abschlussprüfer belaufen sich auf € TSD 440 (VJ 365 TSD €) und untergliedern sich in folgende Tätigkeitsbereiche:

	in TSD €	in TSD € (VJ)
Prüfung des Jahresabschlusses	413	327
Steuerberatungsleistung	32	2
andere Bestätigungsleistungen	8	2
sonstige Leistungen	24	33

4. Die Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen betragen in Summe TSD € 116 (VJ TSD € 242).
5. Die in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten 8 a) ff) der Anlage 2 zu § 43 BWG enthaltenen Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen beinhalten Aufwendungen für Abfertigungen in Höhe von TSD € 2.918 (VJ TSD € 2.106).
6. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurde in Höhe von TSD € 185 (VJ TSD € 1.801) mit Steuern vom Einkommen und Ertrag belastet.

F. SONSTIGE ANGABEN

1. Im Geschäftsjahr 2014 waren durchschnittlich gesamt 1.684 Personen (VJ 1.764) beschäftigt, davon 1.419 (VJ 1.494) Angestellte und 265 (VJ 270) Arbeiter. Darin enthalten sind durchschnittlich gesamt 64 Personen (VJ 74), die bei Tochtergesellschaften mit Ergebnisabführungsvertrag beschäftigt waren, davon 60 (VJ 70) Angestellte und 4 (VJ 4) Arbeiter. Die Personalkosten der Tochtergesellschaften mit Ergebnisabführungsvertrag werden im Personalaufwand ausgewiesen und gesondert ermittelt.
2. Die Kredite an Aufsichtsratsmitglieder betragen per 31.12.2014 TSD € 178 (VJ TSD € 398). Auf diese Kredite wurden im Geschäftsjahr 2014 TSD € 220 (VJ TSD € 65) an Rückzahlungen geleistet.
3. Die Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen betragen im Berichtsjahr für Geschäftsleiter und leitende Angestellte TSD € 4.630 (VJ TSD € 2.563) und für andere Arbeitnehmer TSD € 3.895 (VJ TSD € 3.427).
4. Die Gesamtbezüge (Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder) der Vorstandsmitglieder des Mutterunternehmens, die für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährt wurden, betragen TSD € 48 (VJ TSD € 48). Die Gesamtbezüge der Aufsichtsratsmitglieder im Geschäftsjahr betragen TSD € 29 (VJ TSD € 29). An frühere Mitglieder des Vorstandes und ihre Hinterbliebenen wurden keine Vergütungen ausbezahlt. Die Gesamtbezüge der aktiven Geschäftsleiter betragen TSD € 1.307 (VJ TSD € 1.174); davon aus verbundenen Unternehmen € 0 (VJ € 0). Der Aufwand für die Geschäftsleiter in Pension beträgt TSD € 1.372 (VJ TSD € 1.258); davon aus verbundenen Unternehmen € 0 (VJ € 0).
5. Es wurden keine wesentlichen und marktunüblichen Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen gem. § 237 Z 8b UGB getätigt.
6. Die Gesamtkapitalrentabilität als Quotient des Jahresergebnisses nach Steuern geteilt durch die Bilanzsumme zum Bilanzstichtag beträgt 0,11% (VJ 0,51%).
7. Der Vorstand des Mutterunternehmens setzte sich während des Geschäftsjahres 2014 wie folgt zusammen:

- | | |
|-----------------------------|---|
| - ÖR Sebastian Schönbuchner | (Obmann) |
| - ÖR Johann Fenninger | (Obmann-Stellvertreter bis 25.4.2014) |
| - Richard Hacksteiner | (Obmann-Stellvertreter seit 25.4.2014, vorher normales Vorstandsmitglied) |
| - KA Albin Berendt | bis 25.4.2014 |
| - Felix Berger | seit 25.4.2014 |
| - Alois Lüftenegger | |
| - Anton Ronacher | |
| - Herbert Steger | |
| - Ing. Herbert Sturm | seit 25.4.2014 |
| - Thomas Winter | bis 25.4.2014 |
| - Erich Zauner | seit 25.4.2014 |

Der Aufsichtsrat setzte sich folgendermaßen zusammen:

- | | |
|----------------------------|--|
| - Ing. Peter Burgschwaiger | (Vorsitzender) |
| - Alois Obermoser | (Vorsitzender-Stellvertreter bis 25.4.2014) |
| - Thomas Winter | (Vorsitzender-Stellvertreter seit 25.4.2014) |
| - Friedrich Geisler | |
| - Renate Hofbauer | |
| - Blasius Reschreiter | |

⇒ Johann Riedl

Vom Betriebsrat entsandt:

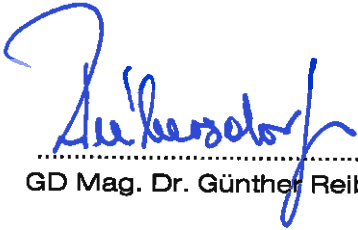
- ⇒ Bernhard Befurt
- Hubert Dorfer
- ⇒ Johannes Huber

Staatskommissäre:

- MMag. Bernhard Mazegger
- Mag. Wolfgang Ebner

Die Geschäftsleitung des Mutterunternehmens setzte sich während des Jahres 2014 wie folgt zusammen:

- | | |
|--|--|
| - Generaldirektor Mag. Dr. Günther Reibersdorfer | Geschäftsführung
Corporate Center
Warenbetriebe |
| - Direktor Mag. Andreas Derndorfer MBA MSc | Unternehmenssteuerung |
| ⇒ Direktor Mag. Dr. Heinz Konrad | Firmenkunden |
| ⇒ Direktor Mag. Thomas Nussbaumer | Servicecenter Bank |
| ⇒ Direktor Erich Ortner | Privat- und Geschäftskun-
den |
| - Direktor Mag. Hans Schinwald | Privat- und Geschäftskun-
den bis zur Pensionierung
am 28.2.2014 |



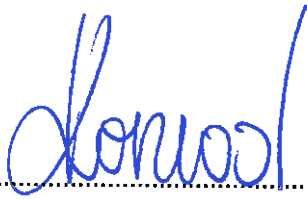
.....

GD Mag. Dr. Günther Reibersdorfer



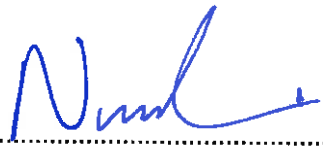
.....

Dir. Mag. Andreas Derndorfer MBA MSc



.....

Dir. Mag. Dr. Heinz Konrad



.....

Dir. Mag. Thomas Nussbaumer



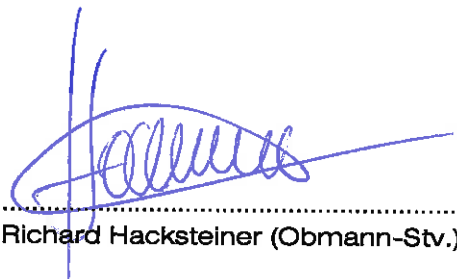
.....

Dir. Erich Ortner



.....

ÖR Bgm. Sebastian Schönbuchner (Obmann)



.....

Richard Hacksteiner (Obmann-Stv.)

Anlage ./3

KONZERNANHANG 2013

Gemäß § 265 UGB sind im Konzernanhang die Konzernbilanz und die Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung sowie die darin angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden zu erläutern. Der Konzernanhang wurde unter Berücksichtigung der Vorschriften des Unternehmensgesetzbuches sowie der Sondervorschriften des Bankwesengesetzes erstellt. Die Gliederung erfolgte entsprechend den Formblättern der Anlage 2 zu § 43 Bankwesengesetz, BGBl 532/1993, in der geltenden Fassung.

A. ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE

Der Konzernabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, der Finanz- und der Ertragslage des Konzerns zu vermitteln, aufgestellt. Es fanden die Bestimmungen des Unternehmensgesetzbuches sowie die Vorschriften des Bankwesengesetzes in der jeweils geltenden Fassung Anwendung.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Bilanzkontinuität eingehalten.

Die Personalaufwendungen, Sachaufwendungen und Abschreibungen von Unternehmen mit denen ein Ergebnisabführungsvertrag besteht, wurden im Vorjahr in der Gewinn- und Verlustrechnung saldiert ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2013 wurde die Darstellung auf einen Bruttoausweis umgestellt. Um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst.

Die Wertberichtigungen von Zinsforderungen (€ 1.852.122,20) und Provisionen (€ 100.554,07) wurden im Vorjahr mit dem Posten Zinsen und ähnliche Erträge bzw. Provisionserträge saldiert; das Bewertungsergebnis (€ 1.952.676,27) des Vorjahres wurde dadurch entsprechend verbessert.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden die Wertberichtigungen von Zinsforderungen und Provisionen des laufenden Jahres nicht saldiert, sondern im Bewertungsergebnis berücksichtigt.

Die Zinsabgrenzungen für Nachrangkapital und Ergänzungskapital wurden im Vorjahr im Bilanzposten Nachrangkapital und Ergänzungskapital ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2013 erfolgte der Ausweis im Bilanzposten Verbriefte Verbindlichkeiten. Um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst.

B. KONSOLIDIERUNGSGRUNDSATZE

a.) Vollkonsolidierung

Die Kapitalkonsolidierung wurde gemäß § 254 Abs. 1 Z 1 UGB (Buchwertmethode) durchgeführt, wobei die Anschaffungskosten für die Anteile an den Tochterunternehmen mit dem jeweiligen anteiligen Eigenkapital zum Erwerbszeitpunkt oder zum Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung verrechnet wurden.

Die Erstkonsolidierung erfolgte zum Stichtag 01.01.1995 bzw. für Unternehmen, die nach diesem Zeitpunkt zu vollkonsolidierungspflichtigen Unternehmen wurden, mit erstmaliger Einbeziehung in den Konzernabschluss.

Forderungen und Verbindlichkeiten, die zwischen den einbezogenen Tochterunternehmen bestanden, wurden im Wege der Schuldenkonsolidierung eliminiert. Ebenso wurden konzernintern entstandene Aufwendungen und Erträge mittels der Aufwands- und Ertragskonsolidierung miteinander saldiert.

Bei den Zwischenergebnissen wurde § 256 Abs. 2 Z 2 UGB angewandt, wonach auf eine Zwischenergebniseliminierung verzichtet werden kann, wenn die Zwischenergebnisse gemäß Abs. 1 für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von nur untergeordneter Bedeutung sind.

b.) Equitykonsolidierung

Die Equitykonsolidierung wurde gemäß § 264 Abs.1 Z 1 UGB (Buchwertmethode) durchgeführt. Für die Ermittlung des Unterschiedsbetrages zwischen dem Buchwert der jeweiligen Beteiligung und des jeweils anteiligen Eigenkapitals wurde der Zeitpunkt der erstmaligen Einbeziehung der Tochterunternehmen in den Konzernabschluss als maßgeblicher Zeitpunkt gewählt.

Die Erstkonsolidierung erfolgte zum Stichtag 01.01.1995 bzw. für Unternehmen, die ab diesem Stichtag einbezogen wurden, mit erstmaliger Einbeziehung in den Konzernabschluss. Die Equitykonsolidierung erfolgte auf Basis der letzten vorliegenden Jahresabschlüsse. Etwaige Abweichungen von Bewertungsmethoden des Mutterunternehmens wurden nicht angeglichen.

Eine Zwischenergebniseliminierung nach § 256 Abs. 1 UGB wurde nicht durchgeführt.

C. ANGABEN ZUM KONSOLIDIERUNGSKREIS

1. Angaben zum Beteiligungsbesitz

a) Vollkonsolidierung

Name und Sitz	Ausmaß der Beteiligung	
	direkt	indirekt
Salzburg München Bank AG, München	100 %	

b) Equitykonsolidierung

Name und Sitz	Ausmaß Beteiligung		Jahresabschluss vom
	direkt	indirekt	
Heimat Österreich, Salzburg	25 %		31.12.2012

c) Andere Unternehmen

Es handelt sich um Tochterunternehmen, die für die Beurteilung der Vermögens- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind und nicht in den Konsolidierungskreis einbezogen werden. Für die Wesentlichkeitsberechnung wird ab 2013 das Betriebsergebnis statt dem Jahresüberschuss/-fehlbetrag herangezogen.

Name und Sitz	Ausmaß der Beteiligung		Eigenkap. TSD €	Betriebs- ergebnis TSD €	Bilanz aus
	direkt	indirekt			
West Consult Objekterrichtungs- und Verwaltungs II GmbH, Sbg.	99,00 %	0,50 %	492	12	12/13
West Consult Objekterrichtungs- und Verwaltungs III GmbH, Sbg.	99,00 %	0,50 %	54	-3	12/13
West Consult Objekterrichtungs- und Verwaltungs-IV GmbH, Sbg.	100,00 %		182	13	12/13
West Consult Leasing GmbH, Sbg.	99,00 %	0,50 %	662	11	12/13
WECO FH Holztechnikum GmbH, Sbg.	100,00 %		28	-6	12/13
West Consult Revitalisierung GmbH, Sbg.	100,00 %		514	0	12/13
Kienberg Panoramastraße Err. GmbH, Sbg.	100,00 %		391	-11	12/13
SABAG Garagen Proj.Err.u. Vermietung GmbH, Sbg.	99,00 %	1,00 %	126	-11	12/13
SABAG Schulen Err.u.Vermietung GmbH, Sbg.	99,00 %	1,00 %	2.602	-66	12/13
SABAG Proj.Err. u. Vermietung GmbH, Sbg.	99,00 %	1,00 %	440	-12	12/13
Raiffeisen Sbg. Immobilienleasing GmbH, Sbg.		81,00 %	118	11	12/13
Raiffeisen Sbg. Anlagenleasing GmbH, Sbg.		81,00 %	587	246	12/13
Raiffeisen Sbg. Bankleasing GmbH, Sbg.		81,00 %	23	-3	12/13
WECO REHA Leasing GmbH	100 %		60	-7	12/13
Value-Holdings Vermögensmanagement GmbH, München	67,5 %		828	42	12/13 vorläufig

Das Eigenkapital wurde aufgrund vorliegender Barwertbilanzen zuzüglich unversteuerter Rücklagen angegeben.

Änderungen im Konsolidierungskreis

- Im Jahr 2013 wurden 75 % der Anteile an der Raiffeisen Salzburg Invest Kapitalanlage GmbH verkauft. Das Unternehmen schied aus dem Vollkonsolidierungskreis aus. Der Endkonsolidierungsüberschuss wurde als sonstiger Ertrag gebucht.

Für die Vermittlung eines möglichst getreuen Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns ist die Beteiligung nur noch von untergeordneter Bedeutung. Eine Equitykonsolidierung wurde deshalb nicht durchgeführt.

Name und Sitz	Ausmaß der Beteiligung	Eigenkap. TSD €	Betriebsergebnis TSD €	Bilanz aus
Raiffeisen Salzburg Invest Kapitalanlage GmbH, Salzburg	25 %	3.659	255	12/13

- Die Salzburg München Vermögensmanagement AG in München wurde mit der Value-Holdings Vermögensmanagement GmbH fusioniert.
- Mitte Dezember 2013 wurden, vorbehaltlich der Zustimmung der Bankenaufsicht, der Einlagensicherung und des Bundeskartellamtes, alle Aktien an der Salzburg München Bank AG an die Airbus Group verkauft. Die Endkonsolidierung erfolgt nach der Freigabe durch die Behörden. Für das Endkonsolidierungsergebnis wurde eine entsprechende Rückstellung gebildet.

Im Berichtsjahr gab es deshalb keine passiven Unterschiedsbeträge mehr. (VJ TSD 1.717)

D. BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Allgemeine Grundsätze

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Bilanzkontinuität eingehalten.

Die Personalaufwendungen, Sachaufwendungen und Abschreibungen von Unternehmen mit denen ein Ergebnisabführungsvertrag besteht, wurden im Vorjahr in der Gewinn- und Verlustrechnung saldiert ausgewiesen. In 2013 wurde die Darstellung auf einen Bruttoausweis umgestellt. Um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten, wurden die Vorjahreszahlen entsprechend angepasst.

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Grundsatz der Vorsicht wurde insofern entsprochen, als nur die am Bilanzstichtag verwirklichten Gewinne ausgewiesen wurden und alle erkennbaren Risiken und drohende Verluste bilanzmäßig erfasst worden sind.

Währungsumrechnung

Fremdwährungsbeträge wurden gemäß § 58 Abs. 1 BWG zu EZB-Bewertungskursen umgerechnet. Soweit keine EZB-Referenzkurse vorlagen, wurden Mittelkurse von Referenzbanken herangezogen.

Wertpapiere

– Anlagevermögen

Für festverzinsliche Wertpapiere des Anlagevermögens, die an einer anerkannten Börse gem. § 2 Z 32 BWG notieren, wurde vom Wahlrecht der zeitanteiligen Ab- bzw. Zuschreibung gem. § 56 (2) bzw. (3) BWG Gebrauch gemacht.

Bei festverzinslichen Wertpapieren des Anlagevermögens, die nicht an einer anerkannten Börse gem. § 2 Z 32 BWG notieren, wurde ein positiver Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem Rückzahlungsbetrag sofort aufwandswirksam erfasst (§ 56 (2) BWG).

Dem Deckungsstock für Mündelgelder dienende Wertpapiere wurden gem. § 2 (3) Mündelsicherheitsverordnung zum strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Alle anderen Wertpapiere des Anlagevermögens wurden gem. § 56 (1) BWG nach den unternehmensrechtlichen Vorschriften für Anlagevermögen bewertet.

– Umlaufvermögen

Wertpapiere des Umlaufvermögens wurden nach § 207 UGB bewertet. Bezugspunkt für Bewertungsvorgänge sind die historischen Anschaffungskosten.

– Handelsbestand

Die an einer anerkannten Börse gem. § 2 Z 32 BWG notierten Wertpapiere, die nicht die Eigenschaft von Finanzanlagen haben, werden mit dem Tageskurs bewertet. Wenn am Bewertungsstichtag ein Börsenkurs unter liquiden Bedingungen ermittelt wurde, gilt dieser Kurs als Tageskurs. In allen anderen Fällen werden die Wertpapiere nach § 207 (1) UGB bewertet.

- Eigenbestand Eigene Emissionen

Auf der Aktivseite der Bilanz wurde ein Eigenbestand an Eigenemissionen in Höhe von TSD € 3.100 (VJ TSD € 1.750) zum Nominalwert ausgewiesen.

Risiken

Bei der Bewertung der Forderungen an Kreditinstitute sowie der Forderungen an Kunden wurden für erkennbare Risiken Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen gebildet.

Beteiligungen

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um außerplanmäßige Abschreibungen zur Berücksichtigung von Wertminderungen, die aufgrund anhaltender Verluste eines verringerten Eigenkapitals und/oder eines verminderten Einlagenwertes voraussichtlich von Dauer sind, bewertet.

Sachanlagen

Die Bewertung von Grundstücken und Gebäuden sowie von Betriebs- und Geschäftsausstattung erfolgte zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich der planmäßigen Abschreibungen. Die planmäßige Abschreibung wird linear vorgenommen. Die Abschreibungssätze bewegen sich bei unbeweglichen Anlagen von 1,84 % - 20 %, bei beweglichen Anlagen von 5 % bis 33,3 %. Außerplanmäßige Abschreibungen werden im Bedarfsfall bei voraussichtlich dauernder Wertminderung vorgenommen.

Die geringwertigen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurden gemäß § 226 (3) UGB im Jahr der Anschaffung als Abgang behandelt.

Emissionskosten

Agios/Disagios wurden auf die Laufzeit der Schuld verteilt aufgelöst. Sonstige Emissionskosten wurden im Jahr der Begebung erfolgswirksam erfasst.

Warenvorräte

Die Bewertung erfolgte nach dem strengen Niederstwertprinzip. Dabei wurde bei Landmaschinen und Gebrauchsmaschinen das Identitätspreisverfahren, bei den sonstigen Vorräten die FIFO-Methode angewendet. Auf eine verlustfreie Bewertung wurde Bedacht genommen.

Verbindlichkeiten

Diese wurden mit dem Nennwert bzw. dem höheren Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Rückstellungen

- Pensionsverpflichtungen

Der Ansatz in der Unternehmensbilanz erfolgte nach den Bestimmungen des § 198 und § 211 UGB und nach den Empfehlungen des Fachgutachtens Nr. 80 des Fachsenates für Unternehmensrecht und Revision des Instituts für Betriebswirtschaft, Steuerrecht und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhänder (KFS/RL3).

Die Rückstellungen für Anwartschaften auf Leistungen wurden nach dem Teilwertverfahren unter Verwendung der biometrischen Richttafeln „AVÖ 2008 – P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler“ in der Ausprägung für Angestellte, berechnet. Beim Teilwertverfahren wird der Gesamtaufwand einer Verpflichtung bestimmt und gleichmäßig über den gesamten Zeitraum vom Finanzierungsbeginn bis zum Finanzierungsende verteilt.

Für Leistungsberechtigte mit ruhendem oder laufendem Anspruch und für Anspruchsberechtigte, die das kalkulatorische Pensionsalter bereits erreicht haben, wurde als Rückstellung der Barwert angesetzt.

Die Berechnungen erfolgten auf Basis eines kalkulatorischen Pensionsalters von 65 für zwei Herren und 62 für alle übrigen Aktiven. Die Pensionsverpflichtungen sind individuell gestaltet und teilweise wertgesichert.

Es kam ein unveränderter Rechnungszins von 3% zur Anwendung.

- Abfertigungsverpflichtungen

Die Rückstellungen wurden nach finanzmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren unter Verwendung der biometrischen Richttafeln „AVÖ 2008 – P – Rechnungsgrundlagen für die Pensionsversicherung – Pagler & Pagler“ in der Ausprägung für Angestellte ermittelt.

Das kalkulatorische Pensionsalter wurde mit 60 Jahren für Frauen bzw. 65 Jahren für Männer unter Beachtung der Bestimmungen des Fachgutachtens und der Änderung und Ergänzung von KFS/RL 2 des Instituts für Betriebswirtschaft, Steuerrecht und Organisation der Kammer der Wirtschaftstreuhänder angesetzt. Als Zinssatz kamen unverändert 3 % zur Anwendung. Zusätzlich wurden Fluktuationsabschläge berücksichtigt.

- Jubiläumsgelder

Für die Verpflichtung zur Zahlung von Jubiläumsgeldern wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung eines Fluktuationsabschlages sowie eines unveränderten Zinssatzes von 3 % und unter Berücksichtigung der Erlebenswahrscheinlichkeit gemäß der Allgemeinen Österreichischen Sterbetafel vorgesorgt.

Gruppenbesteuerung

Die Raiffeisenverband Salzburg eGen hat als Gruppenträger mit 26 Tochtergesellschaften als Gruppenmitglieder eine steuerliche Unternehmensgruppe gem. § 9 (1) KStG gebildet. Im Geschäftsjahr 2013 sind folgende Gesellschaften als Gruppenmitglieder weggefallen:

- Raiffeisen Salzburg Invest Kapitalanlage GmbH
- Paifinvest Immobilien Leasing GmbH
- Haus-, Garten- und Geräte-Service GmbH
- Raiffeisen Warenbetriebe Salzburg GmbH
- Vis-vitalis Vital Food GmbH
- Raiffeisen Beteiligung GmbH

Der Gruppen- und Steuerausgleichsvertrag regelt die Höhe der Vergütung (Steuerumlage) für die Weiterleitung des steuerlichen Ergebnisses vom Gruppenmitglied an den Gruppenträger. Bei der Weiterleitung eines steuerrechtlichen Gewinnes erhält der Gruppenträger 20 % vom Gruppenmitglied als Steuerumlage; wird ein steuerrechtlicher Verlust an den Gruppenträger weitergeleitet, vergütet der Gruppenträger 12,5 % des steuerrechtlichen Verlustes an das Gruppenmitglied.

Im Gewinn- und Verlustrechnungsposten Steuern vom Einkommen und Ertrag sind Erträge aus Steuerumlagen in Höhe von TSD € 125 (VJ TSD € 391) und Aufwendungen aus Steuerumlagen in Höhe von TSD € 155 (VJ TSD € 61) enthalten.

Derivative Finanzinstrumente

Bei derivativen Finanzinstrumenten wird der beizulegende Zeitwert (Fair Value) ermittelt. Der beizulegende Zeitwert ist jener Betrag, zu dem Finanzinstrumente am Bilanzstichtag zu fairen Bedingungen verkauft oder gekauft werden können. Sofern Börsenkurse vorhanden waren, wurden diese zur Bewertung herangezogen. Für Finanzinstrumente ohne Börsenkurs wurden interne Bewertungsmodelle mit aktuellen Marktparametern, insbesondere die Barwertmethode und Optionspreismodelle, herangezogen.

Zinsoptionen (Caps, Floors) und Devisenoptionen sind in der Regel Arbitragegeschäfte. Kauf- und Verkaufsprodukte haben identische Ausstattung. Die Spanne zwischen erhaltener und bezahlter Prämie wird in der Gewinn- und Verlustrechnung als Ertrag bzw. Aufwand erfasst. Wenn in Einzelfällen offene Positionen bestehen, werden diese imparitätisch bewertet.

Sämtliche Zins- sowie Währungsswaps bzw. Währungstermingeschäfte sind als Sicherungsgeschäfte für das Zinsänderungs- bzw. Wechselkursrisiko abgeschlossen.

Absicherung des Fixzinsrisikos folgender Grundgeschäfte durch Zinsswaps:

- Eigenemissionen (Microhedge)
- Nostrowertpapiere (Microhedge)
- Kredite (Micro-, Portfoliohedge)
- Vermögenssparbücher (Portfoliohedge)
- Festgelder (Portfoliohedge)

- Macrohedges und Cashflow-Hedges werden nicht eingesetzt

Die Absicherung erfolgt über die Laufzeit des Grundgeschäftes (Microhedge) bzw. über die Laufzeit des Portfolios.

Diese Sicherungsgeschäfte bilden mit dem jeweiligen Grundgeschäft/Portfolio eine Bewertungseinheit, da sich die jeweiligen risikobehafteten Zahlungsströme in der Zukunft ausgleichen werden. Die Wirksamkeit von Portfoliohedgebeziehungen wird durch zwei Arten von Effektivitätstests überprüft. Unterjährig wird die Absicherungsbeziehung mittels prospektivem Effektivitätstest geprüft. Auf Basis einer Barwertsimulation, mit einem Planungshorizont von einem Jahr, wird eine Zinsänderung von +/- 100 Basispunkten unterstellt. Dabei wird der Kapitalzahlungsstrom für das Grundgeschäft, wie auch für das Absicherungsprodukt (Zinsswap) getrennt analysiert. Diese beiden Barwertergebnisse werden in Relation zu einander gesetzt und dürfen gemäß AFRAC zwischen 0,8 und 1,25 liegen.

Am Ende eines Wirtschaftsjahres wird einmalig ein retrospektiver Effektivitätstest durchgeführt. Hierbei wird die Barwertveränderung der Grundgeschäfte und Absicherungsprodukte (Zinsswap) mittels einer modernen historischen Simulation analysiert. Die Relation der Barwerte darf sich gem. AFRAC innerhalb von 0,8 und 1,25 bewegen.

Zinsswaps, die nicht in einem effektiven Sicherungszusammenhang stehen, werden imparitätlich bewertet

Absicherung des Wechselkursrisikos durch

- Währungsswaps
- Devisentermingeschäfte

E. ERLÄUTERUNGEN ZU POSTEN DER KONZERNBILANZ

1. Darstellung der Fristigkeiten

Gliederung der nicht täglich fälligen Forderungen und Guthaben sowie der nicht täglich fälligen Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten und Nichtbanken nach folgenden Restlaufzeiten:

Nicht täglich fällige Forderungen u. Guthaben gegenüber Kreditinstituten

	in TSD €	in TSD € (VJ)
bis 3 Monate	394.407	364.371
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	257.169	373.959
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	266.620	241.296
mehr als 5 Jahre	2.765	25.154

Nicht täglich fällige Forderungen u. Guthaben gegenüber Nichtbanken

	in TSD €	in TSD € (VJ)
bis 3 Monate	273.040	296.751
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	298.767	318.026
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	817.924	763.298
mehr als 5 Jahre	966.277	962.427

Nicht täglich fällige Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten

	in TSD €	in TSD € (VJ)
bis 3 Monate	314.309	500.780
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	426.069	722.520
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	261.162	212.354
mehr als 5 Jahre	14.424	14.621

Nicht täglich fällige Verpflichtungen inkl. Spareinlagen gegenüber Nichtbanken

	in TSD €	in TSD € (VJ)
bis 3 Monate	503.745	828.860
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	466.629	601.708
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	99.640	59.237
mehr als 5 Jahre	1.703	179

In den Forderungen an Kunden sind Besitzwechsel in Höhe von TSD € 1.078 (VJ TSD € 1.641) enthalten sowie eine Pauschale Wertberichtigung gem. § 57 (1) BWG in Höhe von TSD € 18.948 (VJ TSD € 5.100)

2. Wertpapiere

Folgende Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere der Aktivseite sind im Jahr 2014 fällig:

	in TSD €	in TSD € (VJ)
festverzinsl. Wertpapiere	142.409	538.001

Die in den Aktivposten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, Beteiligungen sowie Anteile an verbundenen Unternehmen enthaltenen zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere gliedern sich wie folgt in börsennotierte und nicht börsennotierte Wertpapiere:

a) börsennotierte Wertpapiere	in TSD €	in TSD € (VJ)
Schuldverschreibungen/ andere festverzinsliche Wertpapiere	503.970	1.041.411
Aktien/sonstige Wertpapiere	255	271
Beteiligungen	0	0
Verbundene Unternehmen	0	0

b) nicht börsennotierte Wertpapiere	in TSD €	in TSD € (VJ)
Schuldverschreibungen/ andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Aktien/sonstige Wertpapiere	2.725	13.655
Beteiligungen	129.182	126.749
Verbundene Unternehmen	259.963	260.704

Der Buchwert (inklusive Zinsenabgrenzung) der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere im Aktivposten Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere beträgt TSD € 513.007 (VJ TSD € 1.054.938). Davon wurden Wertpapiere mit einem Nominale von TSD € 503.017 (VJ TSD € 1.015.096) wie Anlagevermögen bewertet. Die Zuordnung zum Anlagevermögen erfolgt aufgrund von Widmungen durch die Geschäftsleitung.

Der positive Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag von Wertpapieren des Anlagevermögens aufgrund der zeitanteiligen Ab- bzw. Zuschreibung gem. § 56 (2) bzw. (3) BWG wird zum Bilanzstichtag mit TSD € 11.587 (VJ TSD € 15.851) ausgewiesen, der negative mit TSD € 5.561 (VJ TSD € 6.581).

Der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und höherem Marktwert der zum Börsenhandel zugelassenen Wertpapiere des Handelsbestandes beträgt zum Bilanzstichtag € 985,15 (VJ TSD € 0).

Der Unterschiedsbetrag zwischen den Anschaffungskosten und dem höheren Marktwert für an einer anerkannten Börse zugelassene Wertpapiere des Umlaufvermögens, die nicht die Eigenschaft von Finanzanlagen haben, beträgt zum Bilanzstichtag € 136.700 (VJ TSD € 334).

Es wird ein Wertpapier-Handelsbuch geführt, das sich aus folgenden Positionen zusammensetzt:

	in TSD €	in TSD € (VJ)
Anleihen, Wandelschuldverschreibungen	2.466	36.474
Investmentzertifikate/Zertifikate	183	4.799
Cap Kauf	1	1
Zinsfuture Verkauf	-8.192	-10.973
Devisenoptionen Kauf	0	6
Devisenoptionen Verkauf	-0	-6

Derivative Finanzinstrumente gem. § 237a (1) Z 1 UGB und § 64 (1) Z 3 BWG

Auch die Darstellung der noch nicht abgewickelten Termingeschäfte gem. § 64 (1) Z 3 BWG wird aus nachstehender Tabelle ersichtlich.

zinssatzbezogene Termingeschäfte	Umfang		beizulegender Zeitwert		Buchwert
	Nominale	Anzahl	positiver	negativer	
OTC -Produkte					
Forward Rate Agreements					
<i>Forward Rate Agreements VJ</i>					
Zinsswaps	2.688.130	1.101	44.048	106.615	
<i>Zinsswaps VJ</i>	<i>3.480.501</i>	<i>898</i>	<i>56.933</i>	<i>96.599</i>	
Zinsoptionen	215.428	331	1.302		1.218
Zinsoptionen				1.303	1.357
<i>Zinsoptionen VJ</i>	<i>224.725</i>	<i>310</i>	<i>798</i>		<i>709</i>
<i>Zinsoptionen VJ</i>				<i>786</i>	<i>886</i>
börsengehandelte Produkte					
Zinsfutures	7.000	70		8.192	
<i>Zinsfutures VJ</i>	<i>9.700</i>	<i>97</i>		<i>10.973</i>	
fremdwährungsbezogene Termingeschäfte	Umfang		beizulegender Zeitwert		Buchwert
	Nominale	Anzahl	positiver	negativer	
OTC -Produkte					
Devisentermingeschäfte	14.765	66	168	344	
<i>Devisentermingeschäfte VJ</i>	<i>35.866</i>	<i>135</i>	<i>343</i>	<i>451</i>	
Währungsswaps	590.082	48	2.157	2.043	
<i>Währungsswaps VJ</i>	<i>652.497</i>	<i>96</i>	<i>3.725</i>	<i>4.547</i>	
Devisenoptionen					
Devisenoptionen					
<i>Devisenoptionen VJ</i>	<i>290.553</i>	<i>26</i>	<i>6</i>		<i>6</i>
<i>Devisenoptionen VJ</i>				<i>6</i>	<i>6</i>

Die negativen Zeitwerte im Bereich der Zinsswaps wurden nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung abgebildet, weil ein Sicherungszusammenhang mit Grundgeschäften (Bewertungseinheiten) besteht. Die Wirksamkeit der Sicherungsbeziehung wurde durch Effektivitätstests überprüft und bestätigt. Für die negativen Zeitwerte aus Macrohedgebeziehungen bzw. aus offenen Zinsswaps wurde eine Drohverlustrückstellung in Höhe von Tsd. € 459 gebildet.

Im Geschäftsjahr 2013 wurden aufgrund von aktuellen aufsichtsrechtlichen und rechnungslegungsspezifischen Anforderungen sowie aufgrund von geänderten Markt- und Bewertungsstandards die Kreditrisiken bei der Modellbewertung von Derivaten fachlich berücksichtigt. Mit den wesentlichen Kontrahenten wurden Besicherungsverträge abgeschlossen. Für das verbleibende Kundenderivateportfolio wurde auf Basis von Faktoren wie insbesondere Restlaufzeit und Kontrahentenausfallrisiko ein betragslich unwesentliches Credit Value Adjustment (CVA) ermittelt.

Aufgliederung Buchwert/beizulegender Zeitwert gem. § 237a Abs. 1 Z 2 UGB in TSD €

Bilanzposten	Kurswert 2013	Buchwert 2013	Kurswert 2012	Buchwert 2012
Schuldtitle öffentlicher Stellen	0	0	8.343	8.563
Forderungen an KI	0	0	0	0
Forderungen an Kunden	0	0	0	0
Schuldverschreibungen/ festverzinsliche WP	55.618	57.684	73.574	75.977
Summen	55.618	57.984	81.917	84.540

Es handelt sich um Anleihen von Emittenten mit erstklassigem Rating. Aus diesem Grund wird weiterhin mit einer planmäßigen vollständigen Tilgung gerechnet.

Nachrangige Verbindlichkeiten gem. § 64 (1) Z 5 BWG

Zum 31.12.2013 übersteigen folgende nachrangige verbrieftete Verbindlichkeiten 10 % der Gesamtsumme der nachrangigen Verbindlichkeiten:

Nachrangig gegenüber den Verbindlichkeiten der Passivposten 1-4:

- Salzburger Nachranganleihe 08-2018/17, TSD € 30.000 (VJ TSD € 30.000), fällig am 24.12.2018, Zinssatz 4,75 % fix bis 23.12.2013, anschließend Verzinsung 3-Monats-Euribor plus 125 Basispunkte, Kündigungsmöglichkeit zu Kurs 100 am 23.12.2013
- Kündbare Salzburger Nachranganleihe variabel 09-2019/5, TSD € 7.400 (VJ TSD € 7.400), fällig am 17.08.2019, Zinssatz 3-Monats-Euribor plus 125 Basispunkte, Kündigungsmöglichkeit zu Kurs 100, erstmals zum 18.08.2014 vierteljährlich
- Kündbare Salzburger Nachranganleihe variabel 2011-2021/19, TSD € 6.250 (VJ TSD € 6.250), fällig am 16.12.2021, Zinssatz 1. Jahr: 3,5 % fix, Zinssatz Jahre 2-5: 3-Monats-Euribor plus 120 Basispunkte, Zinssatz Jahre 6-10: 3-Monats-Euribor plus 150 Basispunkte, Kündigungsmöglichkeit zu Kurs 100, erstmals zum 16.12.2016 vierteljährlich

Nachrangig gegenüber den Verbindlichkeiten der Passivposten 1-4 und 8:

- Nicht-nachzahlbare nachrangige Hybridkapital-Anleihe 2009, TSD € 10.000 (VJ TSD € 10.000), ohne feste Laufzeit, Zinssatz 5 % p.a., Kündigungsmöglichkeit ausgeschlossen

Außerdem gibt es zwei nachrangige verbrieftete Verbindlichkeiten mit einem Emissionsvolumen von insgesamt TSD € 5.100 (fällig 2021 bzw. 2022), die 10 % der Gesamtsumme der nachrangigen Verbindlichkeiten nicht übersteigen. Diese Wertpapiere sind nachrangig gegenüber den Verbindlichkeiten der Passivposten 1-4.

Im Berichtsjahr wurden TSD € 2.279 (VJ TSD € 2.497) an Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten geleistet.

Mündelgelder

Der Stand an Mündelgeldern belief sich per Jahresultimo auf TSD € 4.694 (VJ TSD € 3.962). Zur Deckung wurden mündelsichere Wertpapiere mit einem Nominale in Höhe von TSD € 6.000 gewidmet.

3. Beteiligungen und Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen

Die Angaben über Beteiligungsunternehmungen gem. § 238 (2) UGB sind in der Beilage des Anhangs angeführt. Beteiligungen von untergeordneter Bedeutung wurden im Beteiligungsspiegel gemäß § 241 Abs. 2 (1) UGB nicht ausgewiesen. Auf Grund des Bankwesengesetzes sind im Beteiligungsspiegel jene Unternehmen angeführt, an denen das Kreditinstitut mindestens 20 % der Anteile besitzt.

Mit folgenden verbundenen Unternehmen wurden Ergebnisabführungsverträge abgeschlossen.

- Raiffeisen Realitäten reg. GenmbH
- Raiffeisen Salzburg Vorsorge GmbH
- LGH Obertrum reg. GenmbH
- BVG Liegenschaftsverwaltung GmbH

4. Anlagevermögen

Im Anlagespiegel (Beilage zum Anhang) wurde die Entwicklung der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten samt dazugehöriger kumulierter Abschreibungen und Bewertungsreserve folgender Vermögensgegenstände dargestellt:

- Sachanlagen
- Immaterielle Vermögensgegenstände
- Wertpapiere, die wie Anlagevermögen bewertet wurden
- Beteiligungen sowie Anteile an verbundenen Unternehmen, die wie Anlagevermögen bewertet wurden

Der Grundwert der bebauten Grundstücke beträgt TSD € 76.983 (VJ TSD € 76.951).

Gem. § 238 Z 1 UGB werden zum 31.12.2013 in der Bilanz keine immateriellen Vermögensgegenstände ausgewiesen, die von einem verbundenen Unternehmen oder von einem Gesellschafter erworben wurden, dessen Anteil 10 % erreicht.

5. Sonstige Vermögensgegenstände

Aufgliederung und Erläuterung der sonstigen Vermögenswerte nach den wichtigsten Einzelbeträgen, sofern diese Beträge für die Beurteilung des Jahresabschlusses nicht unwesentlich sind.

	in TSD €	in TSD € (VJ)
Forderungen aus Warengeschäft	18.423	48.419
Warenbestand	27.643	29.673
Kontraktabgrenzungen	10.111	14.318
Sonstige Forderungen	12.408	17.707

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind folgende wesentliche Erträge enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden:

	in TSD €	in TSD € (VJ)
Forderungen aus Warengeschäft	18.423	48.419
Kontraktabgrenzungen	10.113	14.318
Sonstige Forderungen	12.571	17.707

Vom Wahlrecht, latente Gewinnsteuern auf temporäre Differenzen zwischen dem unternehmensrechtlichen und dem steuerlichen Ergebnis zu aktivieren, wurde nicht Gebrauch gemacht. Der gemäß § 198 Abs. 10 UGB aktivierbare Betrag beträgt TSD € 4.494 (VJ TSD € 4.908).

6. Eigenkapital und eigenkapitalnahe Verbindlichkeiten

Die un versteuerten Rücklagen des Mutterunternehmens in Höhe von € 6.481.664,06 (VJ TSD 6.705) wurden in der Konzernbilanz zur Gänze den Gewinnrücklagen zugeordnet.

Im Eigenkapital sind fremde Anteile gemäß § 10 und § 11 WGG in Höhe von TSD € 13.044 (VJ 11.588) enthalten.

7. Rückstellungen und Sonstige Verbindlichkeiten

Rückstellungen ohne gesonderten Ausweis mit erheblichem Umfang:

	in TSD €	in TSD € (VJ)
Jubiläumsgeldrückstellung	4.211	4.159
Urlaubsrückstellung	6.553	6.265
Rückstellung für Eventualverpflichtungen	3.189	2.803

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind folgende wesentliche Aufwendungen enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag zahlungswirksam werden:

	in TSD €	in TSD € (VJ)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen des Warenbereiches	17.670	35.369
Verbindlichkeiten gg. Finanzamt und öffentlich rechtliche Gläubiger	2.145	7.805
Zinsabgrenzungen für derivative Produkte	18.674	22.259

8. Mehrere Bilanzposten betreffende Angaben

1. In den Aktivposten der Bilanz sind folgende Vermögensgegenstände nachrangiger Art enthalten:

	in TSD €	in TSD € (VJ)
Forderungen an Kreditinstitute	5.494	1.876
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	0	0
Forderungen an Kunden	4.338	5.012
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	2.371	4.412
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	0	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.574	12.574
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	0	0

2. Treuhandvermögen war zum 31.12.2013 in Höhe von TSD € 57.268 (VJ TSD € 73.416) vorhanden; hievon Exportfondskredite TSD € 57.267 (VJ TSD € 48.926).

3. Als Sicherstellung für die Mitgliedschaft an der Wiener Börse (Arrangementkaution) wurden auf einem Depot bei der OeKB Anleihen mit einem Nominale in Höhe von TSD € 50 hinterlegt.

Weitere Sicherstellungen:

- Pfanddepot für Euroclear	Nom. TSD €	10.500
- Pfanddepot für SMB	Nom. TSD €	9.000
- Pfanddepot für Optionen Commerzbank	Nom. TSD €	5.000
- Pfanddepot für Pensionsrückstellungen	Nom. TSD €	10.175
- Pfanddepot für OeKB/CBF	Nom. TSD €	1.500
- Pfanddepot für OeNB	Nom. TSD €	977.345
- Pfanddepots für Repo-Geschäfte	Nom. TSD €	1.500
- Pfanddepot für Deutsche Bundesbank	Nom. TSD €	12.500

Aufstellung der zedierten Forderungen

Grund der Zession	in TSD €	VJ in TSD €	zediert an
Exportförderkredite	39.582	41.636	Österreichische Kontrollbank
Globaldarlehen	30.957	33.480	Europäische Investitionsbank
Deutscher Förderkredit	963	1.010	KfW Bankengruppe
Bayrischer Förderkredit	16.953	11.471	LFA Förderbank Bayern
geldpolitische Geschäfte d. OeNB	261.385	145.373	Österreichische Nationalbank

4. Zum 31.12.2013 waren keine Vermögensgegenstände in Pension gegeben (VJ TSD € 294.184).

5. Der Buchwert der verliehenen Wertpapiere beträgt zum Jahresultimo TSD € 30.000 (VJ TSD € 100.000).

6. Gesamtbetrag der Aktiva und Passiva in Fremdwährung:

	in Mio. €	in Mio. € (VJ)
Aktiva in fremder Währung	590	711
Passiva in fremder Währung	228	281

7. In den folgenden Aktiv- und Passivposten sind verbriefte und unverbrieftete Forderungen (Verbindlichkeiten) an (gegenüber) verbundenen Unternehmen und Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in folgender Höhe enthalten:

Verbrieftete Aktiva:	in TSD €	in TSD € (VJ)
Forderungen an Kreditinstitute	216.448	241.705
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	0	0
Forderungen an Kunden	0	0
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	0	0
Schuldverschreibungen und andere festverzinsl. Wertpapiere	164.820	481.936
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	0	0

Unverbrieftete Aktiva:

Forderungen an Kreditinstitute	650.901	815.851
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	0	0
Forderungen an Kunden	413.424	433.096
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	180.048	122.029

Verbrieftete Passiva:

Verbrieftete Verbindlichkeiten	26.167	29.083
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	4.910	0
Nachrangige Verbindlichkeiten	38.500	30.000
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	7.500	0

Unverbrieftete Passiva:

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	670.860	1.205.712
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	83.721	84.665
<i>davon verbundene Unternehmen</i>	15.042	35.018

9. Unter-Strich-Posten

Der Raiffeisenverband Salzburg eGen ist Mitglied des Vereins „Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Salzburg“. Neben den Bestimmungen der Vereins-satzung ist dadurch die solidarische Erfüllung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Kundeneinlagen gemäß Pos. 2, Passiva der Bilanz) sowie der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (gemäß Pos. 1, Passiva der Bilanz) und der Eigenemissionen des Raiffeisenverbandes Salzburg bis zur Grenze, die sich aus der Summe der individuellen Tragfähigkeit der anderen Vereinsmitglieder ergibt, garantiert.

Die individuelle Tragfähigkeit eines Vereinsmitgliedes bestimmt sich nach den frei verwendbaren Reserven unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen des BWG.

Wesentliche Eventualverbindlichkeiten gem. Anlage 1 zu § 22 BWG, die in Bezug auf die Gesamttätigkeit des Kreditinstitutes von Bedeutung sind:

– Haftungen im Rahmen des Public Finance Verfahrens	TSD € 93.909	VJ TSD € 136.175
– Bestellung von Sicherheiten für Verbindlichkeiten der RBI im Rahmen des EIB-Refinanzierungsverfahrens	TSD € 44.133	VJ TSD € 33.832

Wesentliche Kreditrisiken gem. Anlage 1 zu § 22 BWG, die in Bezug auf die Gesamttätigkeit des Kreditinstitutes von Bedeutung sind:

– Cash-Pooling	TSD € 83.779	VJ TSD € 89.189
– Finanzierungszusage öffentliche Hand	TSD € 0	VJ TSD € 78.586

Zu den nicht in der Bilanz ausgewiesenen Geschäften zählen die unter den Angaben zu derivativen Finanzinstrumenten angeführten positiven Marktwerte. Für negative Marktwerte wurde eine Drohverlustrückstellung, sofern es sich nicht um Sicherungsgeschäfte handelt, gebildet.

Weiters werden im Zuge der Kreditvergabe Sicherungsgeschäfte abgeschlossen, die nicht in der Bilanz aufscheinen. Als Sicherheiten dienen vorwiegend Hypotheken, Garantien bzw. Bürgschaften, Barbesicherungen und andere sicherungsfähige Vermögenswerte. In der Offenlegung gem. § 26a BWG erfolgt die Angabe der nach aufsichtsrechtlichen Gesichtspunkten bewerteten Sicherheiten.

Diese Offenlegung erfolgt auf konsolidierter Basis unter www.salzburg.raiffeisen.at (Impressum – Offenlegung).

10. Ergänzende Angaben

Nicht in der Bilanz ausgewiesene Haftungsverhältnisse

Patronatserklärungen wurden abgegeben gegenüber

- Raiffeisen-Leasing Mobilien und KFZ GmbH, limitiert mit TSD € 376, Laufzeit b.a.w.
- RLKG Raiffeisen-Leasing GmbH, limitiert mit TSD € 250, Laufzeit b.a.w.
- Raiffeisen-Leasing Anlagen und KFZ-Vermietungs GmbH, limitiert mit TSD € 134, Laufzeit b.a.w.
- Raiffeisen Leasing Österreich GmbH, limitiert mit TSD € 516, Laufzeit b.a.w.
- Raiffeisen Leasing Österreich GmbH, limitiert mit TSD € 86, Laufzeit b.a.w.
- RBI Leasing GmbH, limitiert mit TSD € 50, Laufzeit b.a.w.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen betragen im folgenden Geschäftsjahr TSD € 5.285 (VJ TSD € 5.852), davon an verbundene Unternehmen TSD € 177 (VJ TSD € 177) und der Gesamtbetrag der folgenden 5 Jahre TSD € 27.236 (VJ TSD € 30.006), davon an verbundene Unternehmen TSD € 884 (VJ TSD € 886).

K. SICHERUNGSEINRICHTUNGEN DER RAIFFEISEN-BANKENGRUPPE

Zur Sicherung der anvertrauten Kundengelder und der Fortbestandssicherung haben sich die Kreditinstitute der RBG Salzburg und der RBG Österreich in mehreren Einrichtungen zusammengeschlossen:

Einlagensicherungseinrichtungen der RBG Österreich

Die Mitgliedsinstitute der RBG Salzburg sind gemeinsam über die Raiffeisen-Einlagensicherung Salzburg reg. Gen. mbH Mitglied der Österreichischen Raiffeisen-Einlagensicherung eGen (ÖRE). Diese Einlagensicherungsgenossenschaft stellt die Haftungseinrichtung für die gesamte Raiffeisen Bankengruppe gemäß §§ 93, 93a und 93b BWG dar.

Zum Zwecke der Einlagensicherung ist in der RBG Österreich ein entsprechendes Frühwarnsystem implementiert, das basierend auf einem umfassenden Meldewesen über Ertrags- und Risikoentwicklung seitens aller Mitgliedsinstitute laufende Analysen und Beobachtungen durchführt.

Raiffeisen-Kundengarantiegemeinschaft Salzburg

Diese Gemeinschaft aus dem Raiffeisenverband Salzburg und 61 Salzburger Raiffeisenbanken garantiert solidarisch die zeitgerechte Erfüllung aller Verpflichtungen gegenüber Kunden über die gesetzliche Einlagensicherung hinaus bis zu 100 %. Von dieser Garantie sind Geldforderungen aufgrund von Einlagen und sonstigen Guthaben sowie Forderungen aus der Begebung von Wertpapieren (wie z.B. Schuldverschreibungen oder Kassenobligationen) erfasst.

Salzburger Raiffeisen-Garantiefonds

Die Raiffeisenbanken der RBG Salzburg haben gemeinsam mit dem Raiffeisenverband Salzburg den Raiffeisen-Garantiefonds eingerichtet, der durch geeignete Maßnahmen sicherstellt, dass in wirtschaftliche Schwierigkeiten geratene Mitglieder bei Bedarf Hilfestellung erhalten.

Institutsbezogenes Sicherungssystem

Zwischen dem Raiffeisenverband Salzburg, der RZB, sämtlichen anderen Raiffeisenlandesbanken, der Raiffeisen Holding NÖ-Wien, der ZVEZA Bank, der Raiffeisen Bausparkasse, der Raiffeisen Wohnbaubank und der ÖRE besteht eine Vereinbarung über die Errichtung eines „Institutsbezogenen Sicherungssystems“ oder „Institutional Protection Scheme“ (Bundes-IPS-Vertrag). Mit dem Bundes-IPS-Vertrag wird ein institutsbezogenes Sicherungssystem errichtet, in dem die Vertragsparteien die in den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen des IPS-Rechtsrahmens und die zu deren Umsetzung im Bundes-IPS-Vertrag geregelten Rechte und Pflichten übernehmen. Die Finanzmarktaufsichtsbehörde hat den Anträgen auf Genehmigung des Bundes-IPS (gemäß Artikel 113 Abs. 7 und Artikel 49 Abs. 3 CRR) im Dezember 2013 per Verfahrensordnung für die Dauer des Bewilligungsverfahrens eine vorläufige Zustimmung erteilt.

F. ERLÄUTERUNGEN ZU POSTEN DER KONZERN-GEWINN-UND VERLUSTRECHNUNG

1. Die wichtigsten Einzelposten der sonstigen betrieblichen Erträge setzen sich wie folgt zusammen:

	in TSD €	in TSD € (VJ)
Gesamtbetrag	94.905	94.287
= davon Nettoertrag der Warenbetriebe	45.992	46.526
= davon Erträge des Rechenzentrums	19.469	18.712

Für die sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfällt die Angabe wegen Unwesentlichkeit.

2. Der Gesamtbetrag der Erträge für Verwaltungs- und Agenturdienstleistungen beträgt TSD € 9.158 (VJ 9.398 TSD €).
3. Die Aufwendungen für den Abschlussprüfer der Raiffeisenverband Salzburg eGen belaufen sich auf € 364.982,90 (VJ 355 TSD €) und untergliedern sich in folgende Tätigkeitsbereiche:

	in TSD €	in TSD € (VJ)
Prüfung des Jahresabschlusses	327	318
Steuerberatungsleistung	2	0
andere Bestätigungsleistungen	2	2
Sonstige Leistungen	33	35

Die Aufwendungen für den Abschlussprüfer der Salzburg München Bank AG belaufen sich auf € 327.302,35 (VJ 262 TSD €) und untergliedern sich in folgende Tätigkeitsbereiche:

	in TSD €	in TSD € (VJ)
Prüfung des Jahresabschlusses	205	187
Steuerberatungsleistung	61	20
andere Bestätigungsleistungen	48	48
sonstige Leistungen	14	6

4. Die Verluste aus dem Abgang von Anlagevermögen betragen in Summe TSD € 242 (VJ TSD € 102).
5. In den Erträgen aus Beteiligungen im Posten 3 sind TSD € 1.631 (VJ TSD € 843) der Heimat Österreich (assoziiertes Unternehmen) enthalten.
6. Die in der Gewinn- und Verlustrechnung im Posten 8 A) FF) (gem. § 231 Abs. 2 Z 6c UGB) enthaltenen Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen beinhalten Aufwendungen für Abfertigungen in Höhe von TSD € 2.106 (VJ TSD € 3.712).
7. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit wurde in Höhe von TSD € 1.801 (VJ TSD € 1.204) mit Steuern vom Einkommen und Ertrag belastet.

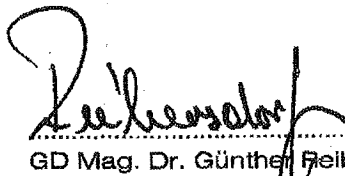
G. SONSTIGE ANGABEN

1. Im Geschäftsjahr 2013 waren durchschnittlich gesamt 1.764 Personen (VJ 1.774) beschäftigt, davon 1.494 (VJ 1.495) Angestellte und 270 (VJ 279) Arbeiter. Darin enthalten sind durchschnittlich gesamt 74 Personen (VJ 86), die bei Tochtergesellschaften mit Ergebnisabführungsvertrag beschäftigt waren, davon 70 (VJ 82) Angestellte und 4 (VJ 4) Arbeiter. Die Personalkosten der Tochtergesellschaften mit Ergebnisabführungsvertrag werden im Personalaufwand ausgewiesen und gesondert ermittelt.
2. Die Kredite an Aufsichtsratsmitglieder betragen per 31.12.2013 TSD € 397 (VJ TSD € 462). Auf diese Kredite wurden im Geschäftsjahr 2013 TSD € 65 (VJ TSD € 47) an Rückzahlungen geleistet.
3. Die Aufwendungen für Abfertigungen und Pensionen betragen im Berichtsjahr für Geschäftsleiter und leitende Angestellte TSD € 2.563 (VJ TSD € 4.402) und für andere Arbeitnehmer TSD € 3.427 (VJ TSD € 4.870).
4. Die Gesamtbezüge (Aufwandsentschädigungen und Sitzungsgelder) der Vorstandsmitglieder, die für ihre Tätigkeit im Geschäftsjahr gewährt wurden, betragen TSD € 48 (VJ TSD € 46). Die Gesamtbezüge der Aufsichtsratsmitglieder im Geschäftsjahr betragen TSD € 29 (VJ TSD € 24).
An frühere Mitglieder des Vorstandes und ihre Hinterbliebenen wurden keine Vergütungen ausbezahlt. Die Gesamtbezüge der aktiven Geschäftsleiter betragen TSD € 1.174 (VJ TSD € 1.051); davon aus verbundenen Unternehmen € 0 (VJ TSD € 0). Der Aufwand für die Geschäftsleiter in Pension beträgt TSD € 1.258 (VJ TSD € 1.367); davon aus verbundenen Unternehmen: € 0 (VJ TSD € 0).
5. Es wurden keine wesentlichen und marktunüblichen Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen mit der Raiffeisenverband Salzburg eGen gem. § 266 Z 2b UGB getätigt.

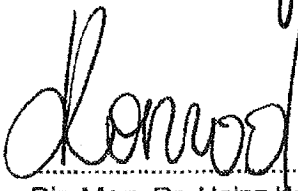
Die Geschäftsleitung der Gesellschaft setzte sich während des Jahres 2013 wie folgt zusammen:

- Generaldirektor Mag. Dr. Günther Reibersdorfer Geschäftsführung
Corporate Center
Warenbetriebe
- Direktor Mag. Andreas Derndorfer MBA MSc Unternehmenssteuerung
- Direktor Mag. Dr. Heinz Konrad Firmenkunden
- Direktor Mag. Johann Schinwald
(bis 28.2.2014) Privat- und
Geschäftskunden

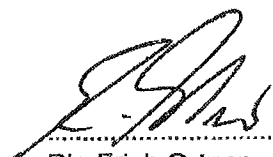
Herr Direktor Erich Ortner und Herr Direktor Mag. Thomas Nussbaumer wurden mit Wirkung 1.1.2014 zu Mitgliedern der Geschäftsleitung bestellt. Herr Direktor Erich Ortner leitet ab 2014 den Geschäftsbereich „Privat- und Geschäftskunden“, Herr Direktor Mag. Thomas Nussbaumer ist für den Geschäftsbereich „Service-center Bank“ verantwortlich.

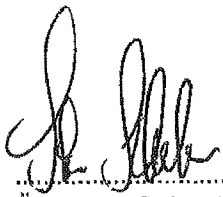

GD Mag. Dr. Günther Reibersdorfer

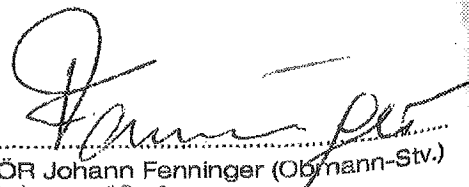

Dir. Mag. Andreas Derndorfer MBA MSc


Dir. Mag. Dr. Heinz Konrad


Dir. Mag. Thomas Nussbaumer


Dir. Erich Ortner


ÖR Bgm. Sebastian Schönbuchner (Obmann)


ÖR Johann Fenninger (Obmann-Stv.)

Job Nr.: 2015-0532
Prospekt gebilligt

Salzburg, 14. März 2014

08. Feb. 2016